

Google




Digitized by Google



ZEITSCHRIFT FÜR
GEOPOLITIK

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, München, General-Major a. D., *Dr. E. Obst*, o. Professor an der technischen Hochschule, Hannover, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover, *Dr. O. Maull*, a. o. Prof. an der Universität, Frankfurt a. M., unter ständiger Mitarbeit des „Wirtschaftsdienst", Hamburg. Schriftleitung: *Dr. F. Hesse*, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83.

II. JAHRGANG 1925
I. HALBBAND
HEFT 1-6 / JANUAR-JUNI

BERLIN-GRUNEWALD
KURT VOWINCKEL VERLAG

INHALTSVERZEICHNIS

VON HEFT 1-6 / JANUAR-JUNI 1925

*ES BEDEUTEN: L LEITAUFSATZ, U UNTERSUCHUNG, B BERICHT, * MIT KARTENBEIGABEN ODER ILLUSTRATIONEN*

ERICH OBST:
SOWJETRUSSISCHE AUSSENPOLITIK

Wenn man einige Monate in Rußland weilt und aufmerksam die Presse verfolgt, so fällt einem auf, ein wie großer Spielraum allenthalben der Außenpolitik eingeräumt wird. Tagtäglich bringen die kommunistischen Zeitungen — andere als kommunistische werden nicht geduldet — große orientierende Aufsätze, Tag für Tag wird der russischen Menschheit eingehämmert, wie weit die mit marxistischer Sicherheit vorausgeahnte sozialrevolutionäre Entwicklung in diesem oder jenem Teile der Welt gediehen ist. Der Russe, durch die riesenhafte Weite seines Staates und die Eigenart seiner Umwelt an sich schon zu großräumigen Vorstellungen geneigt, wird auf diese Weise tatsächlich zu einer planetarischen Betrachtung der politischen Strömungen erzogen. Da die Räteregierung, wie bekannt, dem Analphabetentum mit aller Tatkraft zu Leibe rückt und in wenigen Jahren den Hundertsatz der Analphabeten auf etwa 20 v. H. herabgedrückt hat, so findet die Presse der kommunistischen Partei im heutigen Rußland ein gewaltiges Echo, und auch die breite Masse der Bauern und Arbeiter beschäftigt sich eingehend mit außenpolitischen Problemen.

Man glaube nicht, daß dies alles nur Mittel zum Zweck sei, um die Blicke von innerpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Die Geschicke Rußlands werden zur Zeit von einer kleinen Schar Intellektueller geleitet, die innerpolitisch so lange völlig Herr der Lage sind, als sie selbst einig bleiben und die Wehrmacht einschließlich Polizei bedingungslos hinter ihnen steht. Innerpolitische Schwierigkeiten bestehen für diese Diktatoren kaum ernstlich, und wo solche auftauchen, werden notfalls Heer und Polizei rücksichtslos eingesetzt. Diejenigen, die sich gegen die Sozialisierung des Verstandes auflehnen und sich erdreisten, eine eigene Meinung zu haben, werden je nach ihrer sozialen Stellung bezw. ihrem Ansehen beim Volke kaltgestellt (Trotzki, Radek) oder eingekerkert bezw. verbannt.

1925

Die augenblicklichen Machthaber der Sowjet-Union widmen sich der Außenpolitik um ihrer selbst willen und reden inbrünstig und leidenschaftlich davon, weil sie wissen, daß nur bei erfolgreicher Außenpolitik das von ihnen begründete Staatswesen auf die Dauer Bestand haben kann. Eine kommunistische Insel im Meere des Kapitalismus ist allzusehr gefährdet. Man stelle sich nur einmal vor, die kapitalistisch orientierten Staaten rafften sich in einer starken Stunde dazu auf, den russischen Markt in geschlossener Front zu boykottieren, weder nach Rußland zu liefern, noch den Überschuß der russischen Agrar-

?

produktion abzunehmen. Sowjet-Rußland würde dann zwar nicht auf der Stelle zusammenbrechen, weil die Genügsamkeit und Leidensfähigkeit des russischen Menschen nahezu unbegrenzt sind; nach einigen Jahren aber müßte der Rätebund doch nachgeben, weil sonst die Sowjet-Regierung Gefahr laufen würde, von der in ihren Entschlüssen unberechenbaren Masse des russischen Volkes hinweggefegt zu werden. Daher die eifrige Propaganda für die Weltrevolution, daher die unaufhörlichen Leitartikel und die Versicherung, daß die Sache des revolutionären Proletariats in der ganzen Welt marschiere und mit keinem wie immer gearteten Mittel aufzuhalten sei.

Es wäre ungerecht, zu verschweigen, daß daneben auch ehrlich gemeinte Weltbeglückungsideen eine Rolle spielen. So, wie wir es uns in Europa oft vorstellen, liegen die Verhältnisse in Moskau eben doch nicht. Wenn man sich nicht dazu verleiten läßt, die Dinge zu sehen, wie man wünschte, daß sie wären, sondern unbefangen und unparteiisch urteilt, muß man sagen: die Menschen, die jetzt ohne Rücksicht auf den politischen Willen des Volkes als echt russische Selbstherrscher das Regiment in Moskau führen, sind in der Mehrzahl alles andere denn Gauner, Betrüger, Egoisten usw. In der Regel jedenfalls handelt es sich um Intellektuelle, die trotz jahrelanger Gefängnishaft und Verbannung ihre Gesinnung auch früher schon mutig bekannt haben, radikale Fanatiker, aber Menschen von subjektiv ehrlicher Überzeugung. Sie glauben an die Richtigkeit ihrer Theorien mit einer Festigkeit, die auch dem politischen Gegner Achtung abnötigt, und sie widmen sich ihrem Lebenswerk mit grenzenloser Hingabe, meist ohne dabei irgendwie an sich selbst zu denken. Daß jenseits der eigentlichen Führer in der Masse der Mitarbeiter und Mitläufer viele minderwertige Menschen stecken, ist sicherlich ebenso richtig. Man muß aber anerkennen, daß die Führer sorgsamst darauf bedacht sind, ihre Sache rein zu erhalten. Sie wollen eben nicht nur Führer, sondern auch Vorbild sein und an ihrem Teile ehrlich daran mitarbeiten, die Schäden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung radikal zu bekämpfen, ihr Volk und die Menschheit neueren, besseren Zeiten entgegenzuführen.

Aber was versteht nun der kleine Kreis der Sowjet-Gewaltigen darunter? Welches ist die Leitidee, das Ziel der räterussischen Außenpolitik? Man hört oft die Meinung vertreten, daß alle Sowjet-Programme einer Versittlichung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens bloße Redensarten seien, lediglich dazu bestimmt, den auch von den Bolschewiki betriebenen russischen Imperialismus zu bemänteln. Es ist nicht ganz einfach, sich endgültig hierzu zu äußern. Wenn man verfolgt, wie emsig die Sendboten der Sowjet-Politiker in Beßarabien, Jugoslawien, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland arbeiten, wie eifrig sie sich bemühen, in Zentral- und Ostasien festen Fuß zu fassen, so drängt sich einem tatsächlich der Gedanke auf, Räterußland

trachte in nimmersatter Ländergier nach Wiederherstellung und Erweiterung des zaristischen Territoriums und Verbreiterung seiner wirtschaftlichen Basis. Nimmt man hinzu, daß der sowjetrussische Zentralismus in der Tat kaum mehr zu überbieten ist und auch die autonomen Gliedstaaten der neurussischen Union in allen wichtigen Angelegenheiten absolut nach der Moskauer Pfeife tanzen müssen, so wird man vollends geneigt, an einen bolschewistischen Imperialismus zu glauben. Geht man aber den Dingen auf den Grund, dann wird man gewahr, daß diese Ausdehnungslust doch nicht schlechthin, in primitivem nationalegoistischen Sinne, mit Machthunger gleichzusetzen ist. Ein führender Kommunist sprach sich mir gegenüber einmal folgendermaßen aus: „Wir Bolschewiki sind doch im Grunde nur die Vollstrecker jenes Testamentes, das uns die großen deutschen Sozialisten hinterlassen haben. Wir haben die Mission auf uns genommen, diese deutschen Gedanken in die Tat umzusetzen, nachdem das deutsche Proletariat großenteils seine sozialrevolutionären Führer treulos im Stich gelassen hat. Weil wir an den Segen und den schließlichen Sieg der marxistischen Lehren unbedingt glauben, nehmen wir unseren Beruf als Testamentsvollstrecker so heilig-ernst. Daß diese Rolle gerade uns Russen zufiel, ist nebensächlich; wir würden die Führung lieber heute als morgen dem deutschen Proletariat überlassen, denn wir glauben, daß die Deutschen als Kommunisten viel geeigneter sein würden, weil sie länger und besser gebildet sind. Solange aber in Deutschland der Sieg des Proletariats noch nicht errungen ist, müssen wir notgedrungen die Führung in der Weltrevolution behalten. Wir fühlen uns vor der Geschichte verantwortlich, daß möglichst rasch die ganze Welt des Segens einer kommunistischen Staatsordnung teilhaftig wird. Deshalb werden wir nicht ruhen, sondern mit ganzem Eifer darauf hinarbeiten, daß die Sowjet-Union stetig wächst. Jeder Staat ist uns willkommen und findet bei uns eine Stätte, denn wir sind nicht Rußland, nicht irgend ein anderer Nationalstaat, sondern verkünden schon durch unsern Namen „Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken" unser Ziel: ein Sowjet-Weltbund mit Kulturautonomie für jeden Gliedstaat".

Ähnliche Gedanken begegnen einem in allen Teilen des russischen Reiches. Unwillkürlich wird man an die Briten erinnert, die mit derselben subjektiven Ehrlichkeit ihre imperialistischen Tendenzen durch die Lehre vom auserwählten Volk verbrämen. In Rußland scheint eine neue Art des Imperialismus geboren zu sein. Von dem territorialpolitischen Imperialismus Karls V. („in meinem Reiche geht die Sonne nicht unter") sind die Bolschewiki gänzlich frei. Auch das Streben nach einer autarken Wirtschaftseinheit, das dem wirtschaftspolitischen Imperialismus vieler Großstaaten eigen ist, spielt für Sowjet-Rußland keine erhebliche Rolle. Das Motiv, das ihrem politischen Handeln zugrunde liegt, muß vielmehr als sozialpolitischer Imperialismus bezeichnet werden.

Sein Ziel ist allerdings genau wie bei jeder andern Form des Imperialismus die Beherrschung möglichst des gesamten Erdenraumes.

Wenn sich dieses sozialpolitische Machtbegehren der Bolschewiki auf eine tragfähige, sittliche Idee gründete, ließe sich darüber gewiß durchaus noch reden. Für die Anhänger einer radikal materialistischen Geschichtsauffassung aber haftet dem bloßen Worte „Ethik" schon etwas bourgeoishaft Lächerliches an. Der eingefleischte Sowjet-Politiker ist fest davon überzeugt, daß die Geschichte lediglich ein nach ehernen Gesetzen sich vollziehender Ablauf ökonomisch-soziologisch bedingter Prozesse ist. Er brüstet sich keineswegs, der Welt eine neue Idee beschert zu haben; im Gegenteil, er glaubt, eine Entwicklung bloß zu beschleunigen, die auch ohne ihn zwangsläufig sich vollziehen würde und allenthalben mit der Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat endet. Die Menschen sollen durch den Kommunismus nicht edler, glücklicher usw. gemacht werden, sondern die Vernunft soll siegen. Im Namen der Vernunft (vergl. die Revolution von 1789) werden die politischen Gegner mit raffinierter Grausamkeit verfolgt, alle Brutalitäten des Sowjet-Systems sind unbedenklich, alle Kniffe und Schliche in der Politik erlaubt, sofern damit dem Sowjet-Gedanken als der Verkörperung der Vernunft, d. h. der klar erkannten Gesetzmäßigkeit des Kommenden, gedient ist: Verstaatlichung sämtlicher Produktionsmittel, Übergang der Staatsgewalt auf das Proletariat. Ranke hat einmal von Machiavelli gesagt, „er suchte die Heilung Italiens, doch der Zustand desselben schien ihm so verzweifelt, daß er kühn genug war, ihm Gift zu verschreiben". Nun, in demselben Sinne erstreben die Bolschewiki eine Heilung der gesellschaftlichen Zustände der ganzen Welt und sind kühn genug, der Menschheit Gift zu verschreiben: Herrschaft des Proletariats.

Man muß es einmal deutlich aussprechen, damit hüben und drüben volle Klarheit entsteht: eine irgendwie geartete kommunistische Gesellschaftsordnung als letzten und höchsten Ausdruck sozialer Sittlichkeit würden sehr viele Menschen in allen Erdteilen ernsthaft zu durchdenken bereit sein. Die starre bolschewistische Dogmatik und Skrupellosigkeit in der Erreichung des Ziels aber machen es den meisten Menschen des abendländischen Kulturkreises schlechthin unmöglich, auch nur im mindesten mit den Bolschewiki zu sympathisieren. Das ist tatsächlich die Tragik, der die Sowjet-Politiker nicht entgehen werden, daß sie der Menschheit Gift reichen zu müssen glauben, ohne zu fragen, ob dieses Gift überhaupt und ob es in jedem Falle eine Heilung bewirkt. Sie, die so gerissenen Taktiker, sind in der Tat schlechte Geopolitiker und bedenken nicht, daß in jedem Großraum der Erde Menschen eigener Art unter jeweils recht verschiedenen Bedingungen leben, daß die regionale Differenzierung auf der Erde viel zu stark ist, um mit einem und



demselben Mittel überall dieselbe oder auch nur eine ähnliche Wirkung zu erzielen. Das machiavellistische Experiment, das in ihrem eigenen Lande nur dank der mystisch-religiösen Gebundenheit und grenzenlosen Duldsamkeit des Volkes noch immer fortgehen kann, wollen sie auch auf Gebiete übertragen, in denen die individualistische Schulung viel zu weit gediehen ist, um die schrankenlose Diktatur einer Klasse psychisch erträglich erscheinen zu lassen. Daß in andern Staaten der Welt die Gewalthaber trotz kapitalistischer Wirtschaftsorganisation ehrlich um einen sozialen Ausgleich ringen, daß dort „Unternehmer" und „Ausbeuter" nicht schlechthin Synonyma sind, daß auch auf evolutionärem Wege eine wahrhafte Volksgemeinschaft, eine Versittlichung der Menschheit erzielt werden kann, das alles sind Vorstellungen, die der Bolschewist von vornherein ablehnt. Für ihn gibt es nur ein einziges, allgemeingültiges Rezept: Klassenkampf bis aufs Messer, Revolution und Sieg des Proletariats, Überführung sämtlicher Produktionsmittel in Staatsbesitz.

Diese Lehre der Bolschewiki von der alleinseligmachenden Kraft der Staatswirtschaft und proletarischen Staatsführung wird im Ausland überall da propagiert, wo irgend eine Hoffnung auf Erfolg besteht. In den kapitalistischen Staaten wendet man sich an alle sozial Schwachen, an die Arbeiter, die Arbeitslosen, Kriegsinvaliden usw. und versucht, sie unter Vorgaukelung einer angeblich sicheren herrlichen Zukunft für den Kommunismus zu gewinnen. In ihrem eigenen Lande haben es die Bolschewiki längst aufgegeben, an die egoistischen Triebe der Menschen zu appellieren, denn dort hat es jeder am eigenen Leibe verspürt, daß der Bolschewismus für die große Masse der Werktätigen keine Verbesserung, sondern entschieden eine Verschlechterung ihres materiellen Lebens bedeutet. Warum haben die Sowjet-Politiker nicht den Mut, dies im kapitalistischen Ausland freiweg einzugestehen, die Zahl der russischen Arbeitslosen (der wirklich Erwerbslosen, nicht bloß der amtlich registrierten Arbeitslosen) unfrisiert zu veröffentlichen und auszusprechen: Kommunismus ist die Lehre von der sittlichen Verpflichtung jedes Einzelnen an die Gemeinschaft, Kommunismus ist lebendiges, praktisches Christentum, Kommunismus ist die politische Verwirklichung des Kant'schen kategorischen Imperativs? Warum nicht? Weil man mit einer solchen Lehre die Massen schwerlich für den Bolschewismus begeistern würde, weil man nicht den Mut zur Wahrhaftigkeit aufbringt, nicht an die Kraft sittlicher Ideen glaubt, weil man, von der materialistischen Weltanschauung dazu verleitet, die Herrschaft des Proletariats als Selbstzweck erstrebt, statt in dieser Äußerlichkeit bestenfalls ein Mittel zum Zweck zu erblicken.

Nachdem es sich erwiesen hat, daß man trotz des Appells an die primitivsten egoistischen Triebe außenpolitisch nicht recht vorwärts kommt, hat die bolschewikische Außenpolitik eine andere Taktik eingeschlagen. In klarer

Erkenntnis der Konflikte, die das Nationalitätenproblem in der Alten Welt ausgelöst hat (vergl. unsern Bericht in dieser Nummer der Zeitschrift) versucht man, unter den völkischen Minderheiten Fuß zu fassen, indem man ihnen versichert, daß nur der Anschluß an Sowjet-Rußland die heißbegehrte nationale Autonomie verbürgt. Wir wollen keineswegs behaupten, daß dieses Versprechen in jedem Falle als subjektiv unehrlich gemeinter Köder hingeworfen wird. Gewiß, bei vielen Agitatoren spielt auch da der Grundsatz „Der Zweck heiligt die Mittel" eine Rolle; andere Kommunisten aber sind ehrlich davon überzeugt, daß von Kulturautonomie in einem geschlossenen Einzelstaat niemals die Rede sein kann, und daß das Problem „Europa Irredenta" nur auf dem Wege eines überstaatlichen Bundesreiches zu lösen ist. Auch hier könnten die Bolschewiki zweifellos damit rechnen, in der ganzen Welt gehört und beachtet zu werden, wenn nicht — die Kulturautonomie für sie tatsächlich bloß Mittel zum Zweck wäre, um so den Sieg des Proletariats zu fördern. Wer dies recht verstehen will, braucht lediglich einen Blick auf die autonomen Gliedstaaten der jetzigen Sowjet-Union zu werfen. Mag sein, daß unter der Knute des Zarismus nationale Regungen in russischen Landen noch brutaler unterdrückt wurden und einzelne Gliedstaaten infolgedessen die jetzige Scheinautonomie als Fortschritt begrüßen. In Wirklichkeit hat man allenthalben in der Sowjet-Union die Sprach- und Schulfreiheit teuer erkauft, indem man dafür das Joch einer Diktatur des Proletariats und die schlechthinnige Bevormundung in wirtschaftspolitischer Beziehung auf sich nehmen mußte. Das georgische Volk z. B. kann ein Lied singen von der „nationalen Autonomie", der es sich unter der roten Fahne der Moskauer Bolschewiki zu erfreuen hat! Noch hoffen die Sowjet-Politiker, daß namentlich die Balkan-Minoritäten nicht geschult genug sein werden, um das Spiel der Bolschewiki zu durchschauen. Im Grunde aber fühlen sie bereits, daß auch auf diesem Gebiete Lorbeeren kaum zu erringen sind. Man ist deswegen bis zu einem gewissen Grade europamüde geworden in Sowjet-Rußland und konzentriert alle Kräfte auf Zentral- und Ostasien.

Hier werden die Sowjet-Staatsmänner bei all ihrem Tun und Treiben von der nämlichen Vorstellung geleitet, die nun einmal ihr A und O ist; als Ziel schwebt ihnen hier wie überall vor: Erringung der Staatsgewalt durch das Proletariat. In taktischer Beziehung entwickelt man eine erstaunliche Vielseitigkeit. Dem chinesischen Kuli und dem japanischen Industriearbeiter verspricht man ein menschenwürdigeres Dasein, eine Befreiung von dem „blutsaugerischen Vampyr des Kapitalismus"; dem Koreaner sichert man ebenso wie den Bewohnern der Mongolei nationale Autonomie zu; vor allem aber operiert man in ganz Zentral-, Süd- und Ostasien mit einer Parole von erstaunlicher Zugkraft: „Weg mit den Fremden, vor allem den Amerikanern



und Engländern; Asien den Asiaten." Darin liegt der Schlüssel zum Verständnis für die Tatsache, daß der Sowjet-Botschafter in China, Karakhan, heute tatsächlich der beliebteste Mann im Fernen Osten ist und die russische Politik dort im Augenblick ungemeine Erfolge aufzuweisen hat. Zweifellos würden die Russen durchaus bereit sein, im Notfalle mit ihrer gesamten Waffenmacht auf Seiten der Asiaten zu fechten, wenn diese den Freiheitskampf gegen Europa und das Angelsachsentum wagen sollten; die sowjetrussische Parole „Nie wieder Krieg" gilt ja bekanntlich für einen etwaigen Kampf zur Befreiung des Proletariats nicht, sondern beschränkt sich strikte auf die verruchten kapitalistischen Kriege!

Daß in einem solchen Falle die sowjetrussische Waffenhilfe mit einer Diktatur des Proletariats und allgemeiner Staatswirtschaft zu entgelten sein würde, die Freiheit auf der einen Seite gegen eine Unfreiheit auf der andern Seite zu vertauschen wäre, verschweigt man natürlich wohlweislich. Man denkt auch kaum darüber nach, ob das bolschewistische System für Ost- und Südasien geeignet oder auch nur möglich ist. „Der Zweck heiligt die Mittel." Je toller die Wirren, je größer die Erschütterung des gegenwärtigen Systems, desto größer die Chancen für Sowjet-Rußland. Kommt dann einmal die Krisis, so wird man schon erreichen können, daß dem Proletariat die Herrschaft zufällt. Und mit dem Siege des Proletariats regelt sich dann ja alles, alles von selbst. — — —

Man wird gern entgegnen, daß vor allem das dem Kapitalismus so inbrünstig zugetane Japan doch schwerlich so kurzsichtig sein wird, sich den Bolschewiki in die Arme zu werfen. Schon richtig, indessen muß man berücksichtigen, daß Japan in einem anderen Punkte seiner Politik in schärfstem Gegensatz zu der kapitalistischen Welt steht. Die Engigkeit seines Lebensraumes im Verein mit der starken Bevölkerungsvermehrung zwingt Japan naturnotwendig, sich Zukunftsländer zu sichern, Gebiete, in die es seinen Auswandererstrom lenken kann, ohne damit schweren Volkstumsverlust zu erleiden. Als solche Zukunftsräume aber kommen für den großen pazifischen Inselstaat in erster Linie in Betracht: die Philippinen, der Sunda-Archipel und Australien. Mit dieser Feststellung ist das große Leitmotiv gekennzeichnet, das z. Zt. in der sowjetrussischen Außenpolitik eine entscheidende Rolle spielt: früher oder später ist mit einem neuen Weltkrieg zu rechnen, mit der Auseinandersetzung zwischen Japan auf der einen, den ostasiatischen Kolonialmächten, vor allem den Angelsachsen, auf der andern Seite. Dieser Zukunftskrieg wird auf beiden Seiten emsiglich vorbereitet. Der von den Angelsachsen betriebenen Einkreisung Japans (Ausbau von Singapore!) steht das Bemühen Japans gegenüber, sich Bundesgenossen auf dem asiatischen Kontinent zu sichern. China und Indien spielen da die Hauptrolle, schließlich aber ist doch auch — an Sowjet-Rußland zu denken.

Seitens der Bolschewiki geschieht alles, um die Japaner in dieser Auffassung zu bestärken. Man bewahrt dem japanischen Proletariat gegenüber leidliche Zurückhaltung, man zieht die meisten Sendboten aus Korea zurück, man schiebt die Sachalin-Frage einstweilen ganz beiseite, man unterstützt die japanisch-chinesische Annäherung usw. Niemand weiß mit Bestimmtheit zu sagen, ob die Fäden zwischen Japan und Sowjet-Rußland im stillen nicht bereits sehr eng geknüpft sind. Jedenfalls ist in kommunistischen Kreisen der Gedanke der großen panasiatischen Union außerordentlich lebendig und wird als das Hauptziel der sowjetrussischen Außenpolitik vielfach erörtert. Man denkt an einen gewaltigen asiatischen Dreibund: Sowjet-Rußland, China, Japan, und hofft, daß Indien zu gegebener Zeit dieser Gemeinschaft beitreten wird. Im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wird dieser Bund geschlossen werden; daß Rußland bei alledem seine eigenen sozialrevolutionären Ziele verfolgt, versteht sich von selbst.

Großzügig und weitsichtig, wie die Sowjet-Staatsmänner sind, geht man in Gedanken noch einen Schritt weiter. Kommt es zu dem großen Kriege des Angelsachsentums gegen die panasiatische Union, so kann Europa schwerlich neutral bleiben. Die Vereinigten Staaten haben nach der Meinung der Sowjet-Politiker ein Mittel in der Hand, um den pazifischen Konflikt jederzeit zu einem Weltkriege furchtbarster Dimension ausarten zu lassen. Sie werden sich bereit erklären, so denkt man in Rußland, die gesamten europäischen Kriegsschulden zu streichen unter der Bedingung, daß sämtliche europäische Staaten die Niederwerfung der panasiatischen Union durch einen Angriff von Westen her erleichtern; die Angelsachsen übernehmen also den maritimen Teil der Kampfaufgabe, die Kontinentalstaaten den festländischen. Glückt es, diese Situation herbeizuführen, so ist das Thema der gigantischen Tragödie tatsächlich vom Nationalpolitischen auf das Sozialpolitische hinübergespielt; ob Japan will oder nicht, die Losung heißt dann: hie Kommunismus, hie Kapitalismus. Dann steht Sowjet-Rußland wahrhaft am Ziel seiner Wünsche; die Weltrevolution hebt an, der Kampf um Leben und Tod beginnt, das Proletariat aller Länder wird die Gelegenheit benutzen, um die Macht an sich zu reißen.

Selbstverständlich steckt in diesen Gedankengängen sehr viel Konstruktion und Theorie. Aber man vergesse nicht, daß Sowjet-Rußland nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen hat und infolgedessen mit außerordentlicher Zähigkeit und Zielstrebigkeit an der Verwirklichung derartiger Pläne arbeitet. Für uns Deutsche aber ist die Zukunftsentwicklung, wie immer sie gerichtet sein mag, von schlechthin entscheidender Wichtigkeit. Neutralität zu wahren, wird uns kaum gegönnt sein; unser Vaterland würde in diesem Falle mit Bestimmtheit zum gewaltigsten Schlachtfeld werden, das die Weltgeschichte

kennt. Wir müssen also Farbe bekennen und rechtzeitig uns entscheiden: als Trabant des Angelsachsentums und des von ihm vertretenen Hochkapitalismus mit den übrigen europäischen Staaten gegen Rußland und ganz Asien oder im Verein mit der panasiatischen Union gegen Europa und Amerika.

Es stehen hier nicht Dinge zur Erörterung, die von heute auf morgen reifen. Dem Charakter dieser Zeitschrift aber entspricht es, wenn mit wissenschaftlicher Abgeklärtheit und Objektivität diese für die Zukunft der gesamten Menschheit möglicherweise entscheidenden Probleme einmal durchdacht werden. Das Thema Panasiatische Union—Angelsachsentum—Europa—Deutschland soll daher in den folgenden Heften von verschiedenem Blickpunkt aus des öfteren behandelt werden.

ERNST SARRE:
DAS SAARGEBIET UND DER 10. JANUAR 1925

Der 10. Januar 1925 wird alle Deutschen als „Kölner Tag" in tiefste Erregung versetzen. Auch wir Leute an der Saar und gerade wir vergessen keineswegs, daß an diesem Tage die Kölner Zone frei werden müßte, wenn Recht und Gerechtigkeit in der Politik der Entente irgend etwas zu bedeuten hätten. Aber eben dieser 10. Januar 1925 ist auch unmittelbar für das Saargebiet von größter Wichtigkeit, denn mit ihm läuft die Übergangszeit ab, in der sich der Handelsverkehr zwischen dem Land an der Saar und dem übrigen deutschen Vaterland frei von irgend welchen zollpolitischen Erschwernissen vollziehen konnte. Wenn nicht in letzter Minute noch ein Ausweg gefunden wird, so gehört von diesem denkwürdigen Tage ab das Saargebiet zum französischen Zollbereich, und was das zu bedeuten hat, werden wir unten näher auszuführen haben. Wir begnügen uns zunächst damit, den Text jener Telegramme wiederzugeben, die nach einem Bericht unseres unvergeßlichen Dr. Schlenker am 4. Dezember 1924 von dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet abgesandt wurden:

1. An die deutsch-französische Handelsdelegation. „Mit schmerzlichem Bedauern stellen die heute versammelten Wirtschaftskreise des Saargebietes fest, daß bei den handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich die verhängnisvolle Lage des Saargebietes, das von seinem hauptsächlichsten Absatz- und Bezugsgebiet abgeschnitten zu werden droht, noch keinerlei Beachtung gefunden hat. Unsere stark gefährdeten Lebensinteressen zwingen zu eindringlichster Bitte, die deutsche und die französische Delegation mögen mit größter Beschleunigung unter gleichzeitiger Zuziehung von uns zu benennender sachverständiger Berater eine handelspolitische Lösung für das Saargebiet herbeiführen, die unsere Wirtschaft vor sonst schwerster Erschütterung bewahrt."
2. An den Präsidenten der Regierungskommission, Staatsrat Rault. Derselbe Notschrei wie oben unter Hinzufügung dieses Satzes: „Nach unserer Auffassung läßt sich bei der kurzen Zeitspanne, die uns noch von dem 10. Januar 1925 trennt, die abwartende Haltung des Herrn Präsidenten der Regierungskommission keinesfalls länger rechtfertigen, da sonst schwerste unabsehbare Schädigungen der Saarwirtschaft unvermeidlich sind. Wir erhoffen daher auch von der Regierungskommission nachdrücklichste Einwirkung im Sinne sofortiger Verhandlungen über die künftigen handelspolitischen Geschicke des Saargebietes mit gleichzeitigem Hinweis, daß die von uns im Benehmen mit der Handelskammer zu Saarbrücken bestimmten Sachverständigen der einzelnen Wirtschaftszweige zu den beschleunigt aufzunehmenden Beratungen zugezogen werden."
3. An den Generalsekretär des Völkerbundes. Die Entschließung 1 mit folgendem Zusatz: „Der Generalsekretär des Völkerbundes würde die von banger Sorge erfüllten Wirtschaftskreise des Saargebietes zu größtem Dank verpflichten, wenn auch der machtvolle Einfluß des Völkerbundrates, dem die Wohlfahrt der Saarbevölkerung in erster Linie anvertraut ist, im Sinne unserer an die beiden Delegationen gerichteten Bitte nachdrücklichst wirksam werden würde."



Wir Saardeutschen sind durchaus Realpolitiker und haben nach allem, was wir erlebt, ein nicht gerade übermäßig großes Vertrauen zum Völkerbund, unserem vielköpfigen Souverän. Wir wissen nur zu genau, daß der Völkerbund sehr wahrscheinlich die Achseln zucken und — die Franzosen willig weiter gewähren lassen wird. Immerhin mußten wir tun und haben wir getan, was menschenmöglich war. Und die Franzosen ahnen sehr wohl, daß sie hier im Saargebiet auf Granit beißen. Trotz des staatlichen Kohlenmonopols, der Frankenwährung und der „Chambre de Commerce", trotz ihrer raffinierten Schulpolitik, trotz Bergmanns-Kalender (in deutscher Sprache mit vielen Aufsätzen über Frankreich und überwiegender Reklame französischer Firmen!) usw. werden wir Saardeutschen nicht das, wozu man uns in unserem Saarpaß ungebeten ernannt hat: Protégés de la France.

Indem wir dem Deutschtum jetzt und immerdar die Treue halten, erwarten wir allerdings, daß unsere Landsleute, namentlich die außerhalb des besetzten Gebietes sich mehr um uns kümmern und mehr an unserem Geschick teilnehmen, als es bislang der Fall war. Der „Zeitschrift für Geopolitik" bin ich deshalb zu aufrichtigem Dank verpflichtet, daß sie mich einlud, den Deutschen im Reich einmal vom Saarland und seiner Krisis zu berichten. Ich lernte diese Zeitschrift kürzlich in England kennen und erfuhr, daß verschiedene Mitglieder des Parlaments sie genau verfolgen. Unter diesen Umständen darf ich als selbstverständlich voraussetzen, daß die „Zeitschrift für Geopolitik" in Kreisen der deutschen Politiker, Kaufleute und Gelehrten erst recht verbreitet ist und auch die Abgeordneten sowie die Diplomaten in der Wilhelmstraße zu ihrem Freundeskreis gehören. Den letzteren werde ich vielleicht nicht viel Neues zu sagen haben, aber es dürfte selbst ihnen nichts schaden, wenn sie sich gelegentlich auch noch in der Mußestunde mit dem Saargebiet beschäftigen.

Das Saargebiet als politisches Gebilde ist ein Kind des Versailler Diktatfriedens. Als Entgelt für die zerstörten nordfranzösischen Kohlengruben sollte Frankreich ursprünglich nur das Recht erhalten, sich bis zur Wiederingangsetzung seiner eigenen Gruben am Saarrevier schadlos zu halten. Clémenceau verstand es jedoch, dem mit europäischen Dingen nicht sonderlich vertrauten Wilson das Märchen von den 150000 Saarfranzosen aufzubinden, die herzinniglichst den politischen Anschluß des Landes an Frankreich wünschten. Daraufhin erst stimmten die Amerikaner zu, den „Saarstaat" zu errichten und ihn Frankreich zu überantworten. In Wirklichkeit sprachen 1920 von den 700000 Bewohnern des Saargebietes kaum 400 das Französische als Umgangssprache, darunter 50 französische Staatsangehörige! Clémenceau hatte also nicht eben wahrheitsgemäß berichtet, aber er war in solchen Kleinigkeiten immer großzügig.

Wenn die Saarpolitik des Feindbundes sich mit einem Schein des Rechtes hätte umkleiden wollen, so hätten zwei Voraussetzungen innegehalten werden müssen:

1. Der „Saarstaat" durfte nur das eigentliche Saarkohlenbecken umfassen;
2. Die landfremden Ausbeuter durften nur bis zur völligen Wiederherstellung des nordfranzösischen Reviers ihr Handwerk ausüben.

Selbstverständlich hat der von den Franzosen dirigierte Völkerbund dafür gesorgt, daß beides nicht geschah. Der Saarstaat greift über das Kohlenrevier weit hinaus und bezieht alle Orte ein, in denen eine irgendwie geartete Industrie auf Saarkohle angewiesen ist: Hüttenindustrie und eisenverarbeitende Industrie (Neunkirchen, Burbach, Dillingen, Völklingen, Halberger Hütte, Walz- und Röhrenwerke, Maschinen-, Schraubenfabriken u. a. m.), keramische Industrie (Villeroy und Boch in Mettlach, Wallerfangen und Merzig, Mosaikplattenfabrik Pabst in Homburg usw.), Glasindustrie (Vopelius und Wentzel in Sulzbach und St. Ingbert, Flaschenfabrik-Aktiengesellschaft St. Ingbert u. a. m.). Es war eben doch auf den ersten Blick gar zu verlockend für die Franzosen, als Herr sämtlicher Kohlengruben nicht nur der größte Arbeitgeber des Saargebietes zu werden — bei einer Belegschaft von rund 75000 Mann steht einschließlich der Angehörigen der Bergarbeiter mehr als ein Drittel der Saarbevölkerung in wirtschaftlicher und sozialer Abhängigkeit von der französischen Bergverwaltung! —, sondern gleichzeitig vermittels der Kohle und des französischen Kapitals einen maßgebenden Einfluß auf die gesamte Saarindustrie auszuüben. Man bekundete daher auch bei der Abgrenzung des „Saarstaates" eine erstaunliche Großzügigkeit, griff vom Kohlenbecken aus zum Rheinischen Schiefergebirge (Mettlach), zur Pfälzischen Landschaft (Blieskastél, Homburg, St. Wendel, Lebach) usw. über und schuf so eine willkürliche „Einheit" von der 1465 qkm zu Preußen, 415 qkm zur bayrischen Pfalz gehören. Wenn der Appetit nicht noch größer war, so erklärt sich dies sehr einfach. Jenseits der von den Franzosen bestimmten Saar-Grenzen beginnt allenthalben die Zone überwiegenden Weinbaues. Hätte man auch sie noch zum „Saarstaat" geschlagen, so hätte man die Winzer einbezogen, die von der französischen Weinindustrie sicherlich an die Wand gedrückt worden wären und infolgedessen bei der entscheidenden Abstimmung 1935 ohne Zweifel schon aus wirtschaftlichen Gründen ihre Stimme gegen Frankreich abgegeben hätten. Die Franzosen sind nicht dumm!

Was den zweiten Punkt anbelangt, so haben sich die Franzosen zunächst in rührender Bescheidenheit die Ausbeutung aller staatlichen und privaten Kohlenbergwerke im Saargebiet bis zum Jahre 1935 gesichert. Das Kölner Techtelmechtel zwischen Franzosen und Engländern gibt uns Saardeutschen einen Vorgeschmack davon, was wir 1935 zu erwarten haben. Engländer, die sich noch ein Gefühl von Recht und Anstand auch Deutschland gegenüber bewahrt haben, geben es übrigens heute offen zu, wie sehr sie 1918/20



den Franzosen ins Garn geraten sind. Sidney Osborne z. B. schreibt 1923 in seinem Werk „Die Saarfrage, ein Krankheitsherd in Europa" auf Seite 116: „Im Norden Frankreichs sind die Franzosen infolge der Kriegsmaßnahmen Deutschlands zeitweise der Nutznießung der vollen Förderung der dortgelegenen Kohlenminen beraubt gewesen, ein Verlust, der auf 20 Millionen Tonnen pro Jahr gerechnet wurde. Es wurde ferner berechnet, daß 10 Jahre nötig sein würden, diese Bergwerke wieder vollständig herzustellen. Es stellt sich jetzt jedoch heraus, daß dies eine viel kürzere Zeit erfordert. Zieht man die allmähliche Wiederaufnahme der Arbeit in diesen Bergwerken in Betracht, so muß angenommen werden, daß der Verlust an Förderung vor der schließlichen Wiederherstellung wahrscheinlich — gut gerechnet — 100 Millionen Tonnen nicht übersteigen wird. Es sollte berücksichtigt werden, daß die Zerstörung durch die Deutschen den Kohlenvorrat an sich nicht um eine einzige Tonne verringert hat. Nur die Förder- und Produktionsmaschinen wurden teilweise oder ganz zerstört und brauchen nur wiederhergestellt zu werden, um das ehemalige Ausmaß der Förderung der Bergwerke wieder zu gewährleisten. Der Wert der Bergwerke an sich wird, wenn diese Wiederherstellung erfolgt ist, nicht im geringsten beeinträchtigt sein, und schon jetzt, nur 3 Jahre seit der Unterzeichnung des Friedens, ist anzunehmen, daß 60 % der Wiederinstandsetzung geleistet sind. Deutschland jedoch ist gezwungen, als Kompensation für den zeitweisen Verlust von annähernd 100 Millionen Tonnen das ganze Kohlenrevier des Saarbeckens auszuliefern, dessen gesamter Kohlenvorrat auf 11 Milliarden Tonnen eingeschätzt wird und der für 1000 Jahre ausreichen würde. Diesen Zahlen gegenüber ist kein Kommentar nötig."

Es versteht sich von selbst, daß das französische Kohlenmonopol für die gesamte saarländische Industrie ungeheuerlich gefährlich werden mußte. Der Franzose hatte es ja ungefähr in der Hand, das Wirtschaftsleben durch entsprechende Festsetzung der Kohlenpreise schlechthin zu erdrosseln. Und er hat es auch in diesem Punkte so toll getrieben, wie es irgend anging, ohne die Saarindustrie ganz tot zu machen. Über die mißbräuchliche Ausbeutung der Saargruben durch Frankreich verfaßten die politischen Parteien des Saargebietes am 9. August 1924 eine Denkschrift, der wir nur diese Zahlen entnehmen:

	Kokskohle		Generatorkohle	
	1913	1924	1913	1924
Verkaufspreis pro Tonne	9,15 M.	62,00 Frs.	14,60 M.	106,00 Frs.
Selbstkosten „ „	7,66 „	43,52 „	11,00 „	62,49 „
Rohgewinn pro Tonne	. . . .	18,48 Frs.	. . . . . .	43,51 Frs.
in Goldmark	1,49 M.	4,07 M.	3,60 M.	9,62 M.

Was eine derartige Wucherpolitik bedeutet, brauchen wir nicht näher auszuführen. Sollte wider Erwarten der Völkerbund dafür Interesse zeigen, so empfehlen wir ihm, etwa bei der Völklinger Hütte oder in Dillingen, Neunkirchen u. a. m. nachzufragen. Auf diese Weise ist es wirklich kein Kunststück, selbst bei an sich kerngesunden Werken Kreditnöte zu erzeugen und einer Überfremdung der saarländischen Industrie mit französischem Kapital die Wege zu ebnen. Man rede deshalb nicht leichtfertig von Landesverrat, wenn sich heute in den Saarbetrieben das Aktienkapital vielfach zu 40—60 % in den Händen von Franzosen befindet. Niemand wünschte sehnlicher als wir Saardeutschen, daß dieser Kelch an uns vorübergegangen wäre; aber schließlich müssen die Werke, solange es irgend wie möglich ist, schon um der Arbeiter willen am Leben erhalten werden.

Die außerordentliche schwierige Lage, in die die Saarwirtschaft durch die französische Völkerbundspolitik geraten ist, macht sich natürlich sowohl auf dem Innenmarkt als auch auf dem Außenmarkt bemerkbar. Nach der Zählung vom 6. April 1922 betrug die Einwohnerzahl des Saargebietes 713 105; sie stieg bis zum 1. Januar 1924 auf fast 750 000. Die Bevölkerungsdichte beträgt im preußischen Anteil 423, im bayrischen 218, im Mittel demnach 379 Seelen pro Quadratkilometer. Saarbrücken hat 117 000 Einwohner, Neunkirchen 38 500, Völklingen 31 000, Sulzbach 22 000, St. Ingbert 20 000, Saarlouis 15 000. Schon aus diesen Zahlen erhellt, daß die Saarwirtschaft eine starke Eigenbevölkerung mit Verbrauchsgütern aller Art zu versorgen hat. Dank der günstigen geographischen Lage waren die Orte des Saargebiets ehedem aber auch die wichtigsten Handelsplätze der weiteren Umgebung: Hunsrück und Nahegebiet, die westlichen Teile der Rheinpfalz, der nordöstliche Abschnitt von Elsaß-Lothringen, sie alle hatten sich daran gewöhnt, ihren Bedarf vor allem in den Städten des heutigen „Saarstaates“ zu decken. Nun gehen Grenzen kreuz und quer, aus politischen Gründen erlassene Handelsgesetze erschweren den Verkehr, die einst festgefügte Wirtschaftseinheit ist gänzlich zerrissen. Zu alledem bezahlen die französischen Staatsgruben ihre saarländischen Arbeiter so schlecht, daß deren Kaufkraft auf ein Minimum gesunken ist. Und die hohen Kohlenpreise der französischen Bergwerksverwaltung zwingen die davon abhängigen Industriewerke, so genau als irgend möglich zu kalkulieren; wollte man den Arbeitern diejenigen Löhne bewilligen, die der Unternehmer selbst für absolut notwendig hält, so würden die Werke in Anbetracht der enormen Kohlenpreise nach kürzester Zeit wegen Konkurrenzunfähigkeit gezwungen sein, den Betrieb stillzulegen. Durch ihr Bergregal haben es die Franzosen also glücklich erreicht, daß sich der Innenmarkt keineswegs mehr auf der alten Höhe hält und die Schwierigkeiten hier von Monat zu Monat wachsen. Namentlich mit



dem Aufhören des Valuta-Ausverkaufs seit Stabilisierung der Mark (Frühjahr 1923), der Einführung des französischen Franken als gesetzliches Zahlungsmittel (1. Juni 1923), dem hunderttägigen Bergarbeiterstreik, der Goldmarkumstellung in Deutschland (Herbst 1923) ist der Innenmarkt in vielen Wirtschaftszweigen völlig lahmgelegt.

Leider liegen die Verhältnisse in Bezug auf den Außenmarkt eher noch trüber. Annähernd 70% ihrer Erzeugnisse an Fertigwaren setzte die Saarindustrie in Friedenszeiten im deutschen Vaterland ab, vor allem in Mittel- und Süddeutschland, und aus dem deutschen Gebiet bezog das Saargebiet in erster Linie alles das, was es nicht selbst herzustellen vermochte. Wie stark das Land an der Saar in handelspolitischer Hinsicht seinen Rückhalt und sein natürliches Aufnahmegebiet im Osten, im Deutschen Reiche, hatte, geht am klarsten wohl aus der Kohlenausfuhrstatistik hervor. Im Jahre 1913 wurden in den Saargruben 13 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert, 6,9% der gesamten deutschen Steinkohlenproduktion (die Franzosen haben es 1923 auf nur 8,946 Millionen Tonnen gebracht). Von diesen 13 Millionen Tonnen verblieben nach Abzug des Selbstverbrauches der Gruben 11 865 539 t; sie wurden abgesetzt:

nach Preußen	5 330 877 t
„ Süddeutschland	2 982 434 „
„ Elsaß-Lothringen	1 510 015 „
„ Frankreich	958 720 „
„ der Schweiz	736 915 „
„ Luxemburg	54 698 „
„ Österreich	22 690 „
„ Belgien	86 120 „
„ Italien	183 070 „
zusammen . . .	11 865 539 t

Einschließlich Elsaß-Lothringen (12,7%) gelangten also 82,8% der Steinkohlenerzeugung des Saargebiets nach anderen Teilen der deutschen Heimat; das Ausland empfing 17,2%, Frankreich allein bloß 8%.

Jetzt verfügen die Franzosen über die gesamte Fördermenge und denken natürlich nicht daran, sie auch weiterhin der deutschen Wirtschaft zu überlassen. Man bemüht sich krampfhaft, eine Orientierung nach Westen einzuleiten. Aber wer in Frankreich begehrt in solchem Umfange Saarkohle? Der innerfranzösische Markt wird bereits mit Kohlen aus den nordfranzösischen Gruben überschwemmt. Und Lothringen? Ach ja Lothringen! Das war auch eine der schönen französischen Phrasen, das Gerede nämlich von der Zusammengehörigkeit Lothringens (Minette) und des Saargebiets (Koks). Gewiß kann man auch aus der Saarkohle Koks herstellen und tut dies im

großen Stile; aber die Saarkohle liefert bekanntlich einen spröden, wenig festen Koks von geringerer Qualität. Nur besonders darauf eingerichtete Hochöfen, wie sie im Saargebiet gebaut wurden, können diesen Saarkoks verwenden. Da man bei Anwendung von Saarkoks in 24 Stunden nur 180 t Roheisen herstellen kann, mit Ruhrkoks dagegen 500 t, so ist die gesamte lothringische Hochofenindustrie bekanntlich auf Ruhrkoks eingestellt. Der Gesamtkoksbedarf der lothringischen Eisenindustrie betrug 1913 4 548 334 t; hiervon wurden aus lothringischer Kohle selbst 91 744 t erzeugt, 144 067 t wurden aus dem Saargebiet und 4 312 523 t Koks aus dem Ruhrgebiet eingeführt! Die lothringer Hochöfen auf Saarkoks umzubauen, ist ein Ding der Unmöglichkeit; ebenso unmöglich ist es mindestens einstweilen, an der Qualität des Saarkokses Wesentliches zu ändern. Was also soll zukünftig aus dem Kohlenüberschuß des Saargebiets werden? Frankreich verfügt darüber und hat für die Kohle keinen Bedarf; Deutschland könnte die Saarkohle dringend gebrauchen, erhält sie aber nicht. Kann der Wahnsinn noch toller getrieben werden?

Was von der Kohle gesagt wurde, gilt auch von den Fertigwaren der Saarindustrie, bloß daß hier die Knebelung erst jetzt so recht einsetzt. Von der saarländischen Eisenindustrie fanden bislang mehr als 50%, von der Keramindustrie 80—90%, von der Glasindustrie 60—70% im deutschen Vaterlande Aufnahme. In den vertraglich zugestandenen fünf zollfreien Übergangsjahren (1920—1925) konnte die Saarindustrie ihre alten Absatzmärkte in Mittel- und Süddeutschland ohne erhebliche Schwierigkeiten bedienen; höchstens durch die wirtschaftsfeindliche Kohlenpreispolitik des französischen Fiskus entstanden gelegentlich ernsthaftere Absatzschwierigkeiten. Nun aber naht der 10. Januar 1925. Das Saargebiet wird zollpolitisch französisches Territorium! Es scheidet damit faktisch als Absatzmarkt deutscher Rohstoffe und Fertigwaren in erheblichem Umfange aus, und — für die Saarwirtschaft noch verhängnisvoller — es verliert die naturgegebenen, altgewohnten Absatzmärkte seiner Erzeugnisse in Mittel- und Süddeutschland. Die hohen Kohlenpreise und die zu erwartenden Zölle machen zusammen jeden Gedanken an Konkurrenzfähigkeit im Osten unmöglich. Was soll werden?

Wer könnte es uns Saardeutschen übelnehmen, wenn wir bis zum Tage der Freiheit im Jahre 1935 eine engere wirtschaftliche Verbindung mit Frankreich suchten, um uns überhaupt am Leben zu erhalten? Aber auch dorthin sind uns die Wege verrammelt, denn die französische Industrie wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die drohende saarländische Konkurrenz. Den französischen Wirtschaftsführern bereitet es bereits erhebliche Kopfzerbrechen, wie sie den elsaß-lothringischen Produktionsüberschuß auf dem

innerfranzösischen Markt unterbringen sollen. Nun auch noch die saarländischen Erzeugnisse? Unmöglich! Infolge des Überangebotes würden die Preise so stark sinken, daß der französischen Industrie das Lebenslicht ausgehen würde. Alles erscheint darum auf dem Plan und beschwört die französische Regierung, sie vor der Saarkonkurrenz zu schützen: die französische Schwerindustrie, die Keram- und Glasindustrie, selbst die Brauereien, Zigarettenfabriken usw. Uns könnte es an sich nur recht sein, wenn sich die französische Begehrlichkeit von einstens nun am eigenen Leibe höchst unangenehm spürbar machen würde. Aber was soll aus den saarländischen Werken und ihren Arbeitern werden? Sollen wir die Feuer allenthalben erlöschen lassen, die Tore der Fabriken schließen, die Arbeiter auf die Straße schicken? Entsetzlicher Gedanke! Was wird der hochwohllöbliche Völkerbund tun, um sein Kind, den „Saarstaat", vor dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten?

Die Zukunft des Saargebiets ist düster, furchtbar düster. Trotz alledem verzagen wir Saardeutschen nicht. Wir sind aus zu derbem Holz geschnitzt, um den Kopf mutlos sinken zu lassen. Fremde Hilfe gilt uns nicht viel; wir werden uns selbst zu helfen wissen, denn wir bleiben, was wir von jeher waren und sind: Deutsche. Aber die Welt soll es immer und immer wieder hören, zu welchem Wahnsinn das Unglück von Versailles führt, wieviel Not und Elend der schandbare Diktatfrieden gebärt. So geht es nicht weiter, ohne ganz Europa in den Strudel eines kaum vorstellbaren Chaos hineinzustürzen.

An die Landsleute jenseits der Saargrenze zum Schluß noch ein Wort. Wir wollen nicht schöne Worte von Euch hören, tönende Phrasen. Denkt an uns und drückt uns in Gedanken die Hand mit dem stillen, aber festen Gelöbnis: wenn wir 1935 wieder frei sind, dann wird das Reich dem Saargebiet mit der Tat danken. Dann soll vor allem jene unerhört kurzsichtige Verkehrspolitik aufhören, dann sollen Saar, Mosel und Nahe kanalisiert, die Eisenbahnen nach dem Mittelrhein ausgebaut werden, damit die saarländische Wirtschaft und mit ihr das saarländische Deutschtum überhaupt mit tausend Fäden von neuem an die alte Heimat geknüpft werden kann. Im Vertrauen auf dieses Gelöbnis werden wir im deutschen Saargebiet den 10. Januar 1925 überstehen und alles, was darauf folgt.

CARL HANNS POLLOG: VERKNÜPFUNG ZWISCHEN KLIMA UND MACHTBEREICH IM STILLEN OZEAN

Über die Zusammenhänge zwischen Klima und Geopolitik ist noch verhältnismäßig wenig gearbeitet worden. Es ist ja auch nicht ganz leicht, und es ist immer eine ziemlich mißliche Sache, nach Einflüssen von Vorgängen, die einer bestimmten Wissenschaft angehören, auf Vorgänge, die in einen anderen Wissensbereich fallen, zu suchen, wo wir ja oft noch über die Verknüpfungen innerhalb eines und desselben Wissensgebietes nicht ganz klar sehen.

Die Meteorologie und die Klimatologie sind Naturwissenschaften, die Geopolitik ist eine Menschheitswissenschaft, wenn man mit diesem Worte eine Wissenschaft bezeichnen will, die von Menschen getragene Vorgänge zu ihrem Studiengebiet macht. Denn das tut ja die Geopolitik; wenn auch nicht in Abrede gestellt werden soll, daß geopolitische Ereignisse sich mit genau der gleichen Naturnotwendigkeit oft abspielen müssen wie etwa ein Gewittersturm, so befaßt sie sich doch mit Menschenwerk, sei es das Werk eines Volkes, oder aber das planmäßig gelenkte Handeln einzelner hervorragender Persönlichkeiten. Die Meteorologie und Klimatologie aber sind Wissenschaften, die sich mit Vorgängen in der unbelebten Natur befassen, die dem Einfluß des Menschen, bis jetzt wenigstens, so gut wie völlig entrückt sind. Die Frage der Verknüpfung von Geopolitik und Klima läuft also im wesentlichen auf die Frage der Verknüpfung der Umwelt-Natur mit den körperlichen und seelischen Eigenschaften des Menschen hinaus.

Bedauerlicherweise sehen wir nun aber über die Einwirkungen von Wetter und Klima auf den einzelnen Menschen durchaus noch nicht klar. Wir wissen zwar (haben es durch einzelne Beobachtungen feststellen können), daß einzelne Wetterindividuen auf einzelne Menschenindividuen in einer gewissen Weise einwirken, aber auf andere Menschen wirken sie wieder anders — oder auch gar nicht — ein. Wir können auf keinen Fall mit Sicherheit a priori sagen, daß ein bestimmtes Wetter auf einen bestimmten Menschen so und nicht anders einwirkt. Und ganz besonders wissen wir sehr wenig über den „Übertragungsmechanismus" zwischen Wetter und Mensch.

Nun werden wir aber in dem Streben nach Erkenntnis auf diesem Gebiete durch zwei Erscheinungen sehr unterstützt. Die eine wie die andere ist der Meteorologie bezw. Klimatologie und der Geopolitik bezw. Geschichte gemeinsam. Das ist zum ersten die Eigentümlichkeit, daß zwar der Durchschnitt, das Mittel aller an einem Orte auftretenden Wetterindividuen das Klima ist, während der Durchschnitt, das Mittel der körperlichen und seelischen Eigenschaften aller Menschenindivi-



duen einer Masse oder eines Volksstammes dem typischen Repräsentanten dieser Masse oder dieses Volksstammes zugeschrieben werden muß. Man suche sich aber in der verwirrenden Mannigfaltigkeit von einzelnen „Wettern" einmal das heraus, das dem Klima gleicht; und man suche sich einmal den bekannten und berühmten „Durchschnitts"-Deutschen, -Engländer, -Chinesen oder dergl. Sie alle führen nur ein papierenes Dasein in unseren Lehrbüchern. Klima ist nicht gleich Wetter, Rassenanthropologie ist nicht gleich Einzelanthropologie, Massenpsychologie ist nicht gleich Einzelpsychologie. Wir können aber aus der Beobachtung, wie sich etwa hunderttausend Deutsche, wenn man sie in tropisches Klima versetzt, im Durchschnitt verhalten, weit eher Schlüsse ziehen als aus der Beobachtung, wie sich ein einzelner Deutscher an einem schwülen Sommertage verhält. Und damit sind wir auf das Gebiet der zweiten, uns günstigen Tatsache gelangt. Weder in der Meteorologie noch in der Geopolitik bezw. hier in der Menschheitskunde können wir Experimente machen, wenigstens nicht in dem großen Stil, in dem es eigentlich notwendig wäre. Da befinden wir uns nun in der angenehmen Lage, daß Natur und Geschichte diese Experimente für uns machen. Wir müssen nur herauszufinden verstehen, wo, wann und wie. Und wir müssen das einmal gemachte Experiment sofort seinem Verlauf nach festhalten, denn es wird wohl kaum unter genau den gleichen Bedingungen nochmals wiederholt. Und dann müssen wir es auszuwerten verstehen.

Das allerdings ist ein wunder Punkt. Ist es schon nicht gar selten, daß verschiedene Beobachter über den Verlauf ein und desselben Vorgangs sich nicht einig sind, wie viel weniger ist es zu erwarten, daß Ursache, Übertragungsmechanismus und Wirkung von verschiedenen Untersuchern gleichartig aufgefaßt wird. Das ist auch wieder eine Erscheinung, die Natur- und Menschheitswissenschaften gemeinsam ist. Wir müssen uns also, das ist das Fazit hieraus, hüten, subjektive Schlußfolgerungen als allzu sicher hinzustellen oder aufzunehmen. Von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich die folgenden Zeilen zu würdigen, die versuchen sollen, Zusammenhänge zwischen klimatischen Zonen, klimabestimmten Eigenschaften des Menschen und der Geschichte dieses Menschen, d. h. der wechselnden Ausdehnung seines Machtbereiches herauszuschälen, und die sich auf die Behandlung des Stillen Ozeans beschränken.

Ich habe mit Absicht gerade den Stillen Ozean als Objekt dieser Untersuchung gewählt. Die Alte Welt, die Umgebung des Mittelmeeres und Nordeuropa, der Schauplatz der am besten bekannten, längsten und wechselvollsten Geschichte variabler Machtverhältnisse, ist klimatisch zu einförmig. Die ganze Welt bietet zu viele verschiedenartige Erdräume dar, so daß eine Untersuchung über den ganzen Erdball hin wohl mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein würde, sicher aber den Rahmen dieser Zeitschrift sprengen würde. Es ist für den vorliegenden Zweck am besten, wenn sich ein geographisch möglichst einheitlicher, klimatisch

möglichst uneinheitlicher und von den verschiedensten Völkern und Rassen bewohnter oder betretener Erdraum finden ließe, und das ist der Pazifik.

Dieser Erdraum ist auch trotz seiner Größe schon sehr früh als einheitliches Individuum erkannt worden. Noch erschien Amerika in oft ganz abenteuerlichen Umrissen auf den Karten, noch waren von Afrika knapp die Küsten bekannt, noch war überhaupt der Geographie die Betrachtung von „Erdräumen" fremd, da war man sich darüber klar, daß Balboas Mar del Sur, daß Magellans Mar Pacífico von Amerikas Westküste bis nach Insulinde, von der wie auch immer gearteten nördlichen Verbindung von Amerika und Asien bis zu der noch unentdeckten sagenhaften terra australis reichen mußte.

Und der Pazifische Ozean ist der größte einheitliche Erdraum. Er hat einen Flächeninhalt von etwa 175½ Millionen Quadratkilometern, also weit mehr als alle Kontinente zusammengenommen, und erstreckt sich vom 100° E bis zum 70° W, vom 65° N bis zum 80° S, das sind 190 Längen- und 145 Breitengrade. Er reicht von der Grenze der nördlichen bis tief in die südliche Polarzone hinein, alle Klimagürtel unserer Erde schneidend. Einen kurzen Überblick über die Mannigfaltigkeit der Temperaturverhältnisse gibt die folgende Tabelle, die auch über die Niederschläge orientiert.

Station	Breite	Kältester Monat	Wärmster Monat	Niederschläge
Chamisso-Insel, Alaska	66¼° N	—24,4° Januar		
Ochotsk	59¼° N	—23,6° Januar	12,9° August	
Kadiak, Alaska	57¾° N	— 2,1° Februar	12,9° August	
Unalaschka, Aleuten	53¾° N	— 0,4° Februar	10,4° August	
Wladiwostock	43° N	—15,1° Januar	18,9° Juli	
Niigata, Japan	38° N	1,4° Februar	25,4° August	180 cm Winter
San Franzisko	37¾° N	9,7° Januar	15,2° Septemb.	
Nagasaki	32¾° N	5,8° Jan./Febr.	26,8° Septemb.	200 cm Sommer
Hongkong	22¼° N	14,3° Februar	27,6° Juli	229 cm Sommer
Honolulu	21¼° N	21,2° Januar	25,3° August	99 cm Frühwinter
Manila	14½° N	25,0° Januar	28,6° Mai	193 cm Sommer
Guam	13½° N	25,4° Dezember	27,9° Juni	296 cm Spätsommer
Singapore	1¼° N	25,7° Januar	27,5° Mai	236 cm 2 Regenzeiten
Nauru	½° S	27,3° Juli	28,0° Mai	191 cm 2 Regenzeiten
Batavia	6¼° S	25,4° Februar	26,5° Mai, Okt.	180 cm Sommer
Apia	13¾° S	24,9° August	26,3° Dezemb.	288 cm Sommer
Lima	12° S	15,9° Juli/Aug.	23,0° Februar	5 cm Frühjahr
Tongatabu	21° S	20,3° Aug./Sept.	26,1° Februar	195 cm Sommer u. Herbst
Brisbane	27½° S	14,0° Juli	24,5° Dezemb.	137 cm Spätsommer
La Serena	30° S	11,6° Juli	17,7° Jan./Febr.	16 cm Spätherbst
Melbourne	38° S	9,3° Juli	19,7° Januar	65 cm Frühjahr
Auckland	37° S	11,1° Juli/Aug.	19,6° Februar	111 cm Winter
La Concepción	37° S	10,2° Juli	17,3° Januar	131 cm Winter
McMurdosund, Antarktis	77¾° S	—25,9° Juli/Aug.	—3,9° Dezemb.	



Schon diese kurze Tabelle läßt die Unterschiede in der Temperatur und in den Niederschlägen zwischen Ost- und Westgestade und den Inseln im Ozean klar hervortreten. Die eigentliche Tropenzone des Pazifik, der Raum, über den die Inselschwärme verteilt sind, also Ozeanien, erfreut sich eines ewigen, meist milden Sommers mit nur geringen Temperaturschwankungen während des Jahres. Hier erstreckt sich übrigens das Gebiet äußerst minimaler Jahresamplitude am weitesten auf der ganzen Erde gegen die Grenze der gemäßigten Zone hin. Ein weiteres klimatisches Charakteristikum Ozeaniens ist der Niederschlagsreichtum; fallen doch örtlich über 6 m Regen im Jahr. Die jährliche Verteilung des Regenfalls ist teilweise die der inneren Tropenzone eigentümliche, nämlich zwei Regenzeiten im Jahre, teils fällt der Niederschlag streng periodisch während einer einzigen Regenzeit, die dann um die Zeit des höchsten Sonnenstandes einsetzt. Diese Niederschlagsverteilung ist mehr der äußeren Tropenzone eigentümlich und erstreckt sich in Ostasien am weitesten polwärts. Herbeigeführt werden diese Regen von den Monsunen, die am ganzen Westgestade des Pazifik, von Japan über die chinesische Küste, über den Inselbogen von Insulinde bis auf das australische Festland ihre Herrschaft ausüben. Dem Wechsel zwischen Sommer- und Wintermonsun, der in diesen Ländern auch dem einförmigen Tropenklima noch Veränderlichkeit verleiht, steht in dem eigentlichen Ozeanien der jahraus, jahrein wehende Passat gegenüber, der in seiner Beständigkeit das Klima hier wohl zu dem einförmigsten der Erde macht, und der hier Land und Meer seine Züge aufgeprägt hat, indem er an den Inseln den Unterschied zwischen der niederschlags- und vegetationsreichen Luvseite und der wüstenhaften Leeseite hervorruft, in den Wassermassen aber die gewaltigen, als Äquatorialströme und Äquatorialgegenstrom bekannten Strömungssysteme antreibt.

In diesen Erdraum ist nun der Mensch als seßhafter Ureinwohner, als Wanderer und als Eroberer gestellt worden.

Die Ureinwohner haben es zu nennenswerter politischer, viel weniger noch geopolitischer Betätigung nie gebracht. Wir treffen überall auf der Erde in den Tropen geschichtslos dahindämmernde Rassen, die es in politischer Beziehung oft kaum bis zum Zusammenschluß von wenigen hundert Individuen unter einem Häuptling gebracht haben, deren Lebensinhalt (von den auch bei den primitivsten Völkern zu beobachtenden Kunstbestrebungen abgesehen) sich ganz auf die Befriedigung ihrer animalischen Bedürfnisse beschränkt. So war es auch im pazifischen Erdraum. Erst das Wandern bringt den Aufstieg zu einer höheren Stufe, und das Erscheinen des Wandertriebes in einem Volke ist die Vorstufe dazu. Er lehrt es die Sehnsucht nach Unbekanntem kennen und dieser Sehnsucht folgen, wie es Kipling in Verse gefaßt hat:

> Something hidden: go and find it. Go and look behind the ranges.
> Something lost behind the ranges. Lost and waiting for you. Go!

Die Malaien suchten zwar nichts behind the ranges, aber beyond the seas, als sie von ihrer mutmaßlichen Heimat Indonesien auszogen, um ihr Volkstum von Madagaskar bis nach Japan und Polynesien auszubreiten. Von der monsunbetonten Tropenzone gingen die Wanderzüge aus und endeten teils in passatischeinförmigen Klimagebieten, teils an den Grenzen der gemäßigten Zone, doch in Ländern, die durch die Monsune, oder ihre letzten Ausläufer wenigstens noch mit der tropischen Heimat verknüpft waren. Es ist das Drängen polwärts, das wir ja auch in unserem mittelmeerischen Kulturkreis haben. Aber wie anders doch die Raumverhältnisse am Mittelmeer und im Pazifik. Während die griechischen Stadtstaaten „Weltpolitik" machten und ihre Schiffe Kolonisten in die neue Heimat nach Großgriechenland und dem taurischen Chersones brachten, Fahrten, die in der griechischen Sage als unerhörte Heldentaten, als Reisen bis an den Rand der bewohnten Welt gefeiert werden, furchten die leichten Schiffe des Malaienvolkes die pfadlose Wasserwüste des Pazifischen und Indischen Ozeans auf Reisen (wenn sie auch vielleicht nicht alle im Zusammenhang ausgeführt wurden), die die griechischen Fahrten als Spaziergänge erscheinen lassen. Hatte der wechselnde Monsun den tropenbewohnenden Malaien genug Spannkraft erhalten oder gegeben, um sie Massenbewegungen ausführen zu lassen, und zwar mit äußerst primitiven Verkehrsmitteln, die ihresgleichen erst in den Wanderungen der Europäer während des Zeitalters ihrer kolonialen Expansion finden? Hat die Beeinflussung durch dieses wechselvolle Klima dem Malaientum Kraft genug gegeben, noch an der Grenze der Tropen fremdes Volkstum zu unterwerfen oder doch weitgehend richtunggebend zu bestimmen?

Daß dem Malaientum damals, wie heute auch noch, Kraft innewohnt, sieht man schon daran, daß auch in dem gleichmäßigen Passatklima der nunmehrige Malaio-Polynesier die Sehnsucht nach dem „something lost" vorläufig nicht verlor. Der Pazifik war ja eigentlich schon in Besitz genommen, aber sozusagen erst im großen und ganzen, noch nicht in den Einzelheiten. So folgte, wie wir es, in interessanter historischer Parallele, gerade jetzt wieder an den Nachfolgern der Malaien in der Seegeltung im Pazifik, den Briten, erleben, der Periode der „emigration" die der „migration". Durch Kreuz- und Querzüge wurden die Menschen innerhalb des Machtbereiches besser verteilt, wobei auch stellenweise dessen Grenzen nach außen noch erweitert wurden. Es wurde nämlich in Hawaii nochmals die Grenze der Tropenzone erreicht, in Neuseeland sogar weit überschritten. Die Gründe zu diesen Wanderungen mögen sehr verschiedenartiger Natur gewesen sein: die kaufmännischen Instinkte, die auf anderen Inseln die Gelegenheit zur Anknüpfung vorteilhafter Handelsbeziehungen vermuten ließen; Erzählungen von Fahrten gelegentlich Verschlagener; Beutezüge machtgieriger Häuptlinge über See; oder auch der Hunger, der die Bewohner übervölkerter Inseln zwang, ein ver sacrum in neue Länder auszusenden.



Das Ergebnis dieser Wanderungen ist die Herausbildung gänzlich verschiedener Charakterzüge im Wesen der einzelnen malaiischen Volkssplitter. die wir als klimatisch bedingt ansehen müssen. Während der Grundzug des Charakters überall der gleiche, der eines ozeanischen Volkes, bleibt (mit einer einzigen, gleich zu erwähnenden Ausnahme), haben wir in dem gleichmäßigen Passatklima eine Erschlaffung, Erstarrung vor uns. Gewiß, der Zweig der tropischen Malaio-Polynesier ist das Volk von sogenannten „Wilden", das die größte wissenschaftliche Leistung aus sich heraus vollbracht hat: die Benutzung von Wind und Meeresströmungen zum Verkehr, die Erkenntnis, wenn auch nicht ihrer Ursachen, so doch ihrer lokalen Verteilung, und die klare, für jeden Eingeweihten lesbare Darstellung dieser Verteilung in den sogenannten Stabkarten. Aber in politischer Hinsicht waren die tropischen Malaio-Polynesier, von höherer Warte aus betrachtet, unfruchtbar. Denn das Bewußtsein: „Wir Malaien beherrschen das Meer von Madagaskar bis zur Osterinsel" fehlte ihnen natürlich, und damit die Möglichkeit, bewußt Geopolitik zu treiben. Ihre politische Leistungsfähigkeit beschränkte sich darauf, aus dem tropischen Ozeanien ein wahres Raritätenkabinett der verschiedenartigsten sozialen Systeme zu machen. Zu wirklich kraftvollen Staaten brachten sie es hier nicht.

Ernst zu nehmende Staatengebilde errichteten die Malaien oder Völker, die stark malaisch beeinflußt sind, nur dort, wo sie die gemäßigte Zone erreicht haben. Da haben wir auf Madagaskar den einzigen Fall, wo sich Malaien der See entfremdet haben, in dem Staat der Hova. Wir haben dann die Staaten der Maori auf Neeseeland, und die Staaten Hawaii und Japan. Daß diese Staaten ernst zu nehmen waren, bewiesen sie bei ihrem Zusammentreffen mit den Europäern.

Diese Eindringlinge schufen sich ungefähr gleichzeitig je ein Einfallstor im Osten und im Westen, beide in der Tropenzone gelegen. Die beiden Nationen der Pyrenäenhalbinsel waren es, die zuerst auf der Suche nach den Schätzen von Kathai und Cipangu den Pazifik befuhren. Im Westen breitete sich portugiesischer Einfluß langsam in konzentrischen Kreisen über Indonesien aus; im Osten ging spanischer Machtbereich schon ziemlich bald nach der Entdeckung des Mar del Sur durch Balboa weit an der pazifischen Küste Südamerikas nach Süden. Nach Norden breitete er sich langsamer aus, und reichte hier nie viel weiter als bis zum heutigen San Franzisko. Vom tropischen Mittelamerika aus wurde auch das gleichfalls in den Tropen gelegene westliche Bollwerk der Spanier gegen Portugiesen und Holländer errichtet: die Philippinen wurden von hier aus erobert. So waren die Spanier auf lange Zeit hinaus die einzigen Europäer, die eine, wenn auch geringe, transozeanische Schiffahrt regelmäßig durchführten: die von Mexiko nach den Philippinen. Sie waren auch die ersten Europäer, die das Spiel von Passaten und Meeresströmungen erkannten und sich nutzbar machten. Das war für die Sicherheit ihrer Schiffahrt natürlich von großem Wert, ließ sie aber wieder auf rein

geographischem Gebiet dadurch in die Nachhut geraten, daß sie von den unzähligen Inselschwärmen der Südsee nur einige wenige entdeckten, da sie eben immer feste „Meeresstraßen" einhielten.

Den ungewohnten klimatischen Einflüssen konnten sich die Neuankömmlinge natürlich nicht entziehen. Es war die romanische Rasse, die, an und für sich zu harter körperlicher Arbeit während längerer Zeit weniger veranlagt als etwa die germanische, auf der Suche nach Schätzen, nach mühelos zu erwerbenden Reichtümern, in ein Klima gelangt war, das den Europäern von vornherein die körperliche Arbeit unmöglich machte, indem es ihre Ausübung mit schweren gesundheitlichen Schädigungen bestrafte. Es war die romanische Rasse, die in Länder kam, wo sich die Eingeborenen gegen die besser bewaffneten Europäer ernstlich nicht wehren konnten, und so bald zu Sklaven der Eroberer wurden. Für diese mußten sie die Reichtümer ihrer Länder an Edelmetallen oder Gewürzen ausbeuten, und wurden so und zu persönlichen Dienstleistungen bei ihren neuen Herren selbst ausgebeutet. Mit Recht hat man daher diese Art von Kolonien Ausbeutungskolonien genannt. Das ist allerdings eine koloniale Betätigung, die von keinem europäischen Staat, der in die Tropen übergegriffen hat, nie ausgeübt worden ist; alle haben sich erst durch dieses Stadium zu einer vernünftigen Bewirtschaftung und Besiedelung — soweit es das Klima erlaubte — der überseeischen Besitzungen durchringen müssen.

Lange Zeit hindurch blieben die Machtverhältnisse im Pazifik nun ziemlich stabil. Der Einfluß der europäischen Mächte beschränkte sich (die amerikanische Westküste und die Gestade des Ochotskischen- und Bering-Meeres ausgenommen) auf die Tropenzone; ein Versuch der rivalisierenden Portugiesen, Holländer und Engländer, in Japan festen Fuß zu fassen, also ihren Einfluß in die gemäßigte Zone auszudehnen, mißlang. Das Inselreich vertrieb die Fremden und schloß sich forthin hermetisch gegen jede auswärtige Einwirkung ab, sich selbst dadurch von der Mitbestimmung in den Fragen der Machtverteilung auf dem Meere vor seinen Toren ausschließend. Die andere große Macht an dem Westgestade des Stillen Meeres, China, hatte niemals wirkliche Seegeltung erreicht, wenn auch die unternehmungslustigen chinesischen Kaufleute Seehandel trieben und Handelskolonien in den wichtigsten Städten der südlicheren Länder anlegten. Aber um Seemacht auszuüben, zeigte sich dieses Volk als zu wenig veranlagt für technische Schiffahrtsfragen und für den weiten Blick über See, mit einem Wort, als zu kontinental.

Die gemäßigte Zone des Pazifik wird erst um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert zum Objekt der europäischen Geopolitik. Der nordamerikanische Unabhängigkeitskrieg berührte sie noch nicht, da die Engländer erst die atlantische Küste in Besitz gehabt hatten. Auch die Selbständigmachung der spanischen Kolonien brachte wenig Veränderung. Die spanische Oberhoheit verschwand von San



Franzisko bis zur Magellanstraße, die spanische Rasse aber blieb. Doch sie hatte ja nie das Pazifische Meer beherrscht, sie mußte ja ohnmächtig dulden, daß fremde Seeräuber nicht nur ihre Schiffe wegnahmen, sondern sogar ihre Häfen plünderten. Und auch an der wissenschaftlichen Erschließung des Stillen Ozeans, an der Entschleierung seiner Küsten und Inselschwärme, hatten nichtspanische Seeleute und Forscher den weitaus größten Anteil gehabt.

Schon das erste Eintreten der Europäer in die gemäßigte Zone am Gestade des Stillen Ozeans steht unter dem Gegensatz zwischen kontinentalen und ozeanischen Völkern. Im Nordosten waren die Russen bis an die Küste vorgedrungen und schickten sich an, festen Fuß auf der amerikanischen Gegenküste zu fassen. Im Südwesten begannen die Briten, den Australkontinent und Neuseeland in Besitz zu nehmen und zu besiedeln. Der kontinentale Russe war durch die ungeheuere Breite des asiatischen Nordens bis an das Meer vorgedrungen, immer in engstem Zusammenhang mit dem Mutterlande, und trat nun auf das andere Festland über; der seegewohnte Engländer scheute nicht den damals oft $^3/_4$ Jahre dauernden und gefahrvollen Weg über das doch noch recht wenig bekannte Meer, um bei seinen Antipoden am Ende der Welt eine neue Heimat zunächst für die in der alten Heimat unerwünschten Elemente, bald aber auch für unternehmungslustige Volksgenossen zu suchen.

Der Gegensatz zwischen kontinental und ozeanisch tritt nun in der Geschichte der Machtverteilung im Pazifik neben dem Gegensatz zwischen tropisch und gemäßigt immer mehr hervor. In erster Linie beruht ja die Verschiedenheit der festlandsbetonten und der meerbestimmten Völker auf der geographischen Lage ihrer Wohnsitze. Aber ich glaube kaum, daß das Klima ganz unbeteiligt daran ist. Das kontinentale Klima ist das der großen Temperaturgegensätze zwischen Tag und Nacht, zwischen Sommer und Winter; es ist auch das Klima der Luftruhe. Es macht den Menschen zwar widerstandsfähig im Ertragen extremer Temperaturen, bannt ihn aber auch während der ungünstigen Jahreszeit ins Haus, während die Tätigkeit in der freien Natur so gut wie ganz unterbrochen wird. Das ozeanische Klima ist immer feucht. Daher wird es den Menschen wohl besser befähigen, das feuchte Tropenklima zu ertragen, während er bei einer Versetzung in kontinentales Klima die Feuchtigkeit doch nicht so sehr vermißt wie der kontinentale Mensch die ihm von seiner Heimat her gewohnte Lufttrockenheit im ozeanischen Klima. Das Seeklima zeigt geringe Temperaturgegensätze zwischen den einzelnen Jahreszeiten, nötigt also nicht zur Unterbrechung der Arbeiten im Freien. Der Fischfang, die Küstenschiffahrt wird auch während des im allgemeinen stürmischeren Winters getrieben, und trägt zur Stählung der Volksangehörigen bei, ebenso wie der ewige, mit Salzstaub beladene Wind, gegen den man sich kaum schützen kann (eine richtige Seebrise macht sich auch im Hause oft nicht gerade angenehm bemerkbar). So ist es erklärlich, daß der kontinentale

Mensch, der die starken, regelmäßigen, jahreszeitlichen Klimaänderungen vorhersehen und in aller Ruhe seine Vorbereitungen treffen kann, um sich gegen sie zu schützen, auch mit mehr Resignation alle von außen kommenden Einwirkungen hinnimmt, und infolge dieser geringeren Tatkraft weniger geneigt ist, seine Einflüsse auszudehnen, besonders wenn er dabei in andere Klimagebiete geraten sollte. Der Angehörige eines ozeanisch betonten Volkes aber ist den Kampf gegen sein unberechenbares Klima gewohnt, der oft rasch aufeinanderfolgende, neue Entschlüsse verlangt, und ist daher beweglicheren Geistes, mehr gewillt und befähigt, Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen, zu überwinden. Und dann lockt ihn schon der Anblick des Meeres viel mehr in die Ferne als das etwa die Aussicht auf eine weite Ebene oder gar auf eine den Horizont abschließende Bergkette tut. Und, last but not least, er kann sich, wie schon oben erwähnt, besser in kontinentale Verhältnisse einpassen als der Kontinentale in maritime Umgebung.

Diese Eigenschaften eines ozeanischen Volkes zu bewähren, hatten die Briten in dem neuen Land auf der anderen Seite der Welt bald Gelegenheit. Kaum war die junge Kolonie gegründet — die Anlegung einer Siedlung mit Verbrechern, die dort ihre Strafe verbüßen sollen, in einem Lande, über dessen Hilfsquellen für die Bewohnbarkeit mit Weißen man sehr wenig wußte, ist an und für sich schon eine Tat — so war sie schon infolge der Verwicklung des Mutterlandes in die napoleonischen Kriege in Europa fast ganz auf sich allein angewiesen. Übrigens brachte diese Epoche auch den Engländern den, allerdings nur vorübergehenden Besitz eines größeren tropischen Landgebietes im pazifischen Bereich: sie hatten die ostindischen Kolonien der zwangsweise mit Napoleon verbündeten Holländer besetzt. Im Süden bringt diese Zeit das tastende Untersuchen der Hilfsmittel des neuen Landes und das Hissen der englischen Flagge auf immer neuen Küstenstellen. Die Briten hatten hier manches scharfe Rennen gegen die Franzosen zu bestehen; immer wieder tauchten Gerüchte auf, daß diese eine bestimmte Landstrecke in Besitz zu nehmen gedächten, und jedesmal entschloß sich das Mutterland oder auch eine der rasch aufblühenden Kolonien, die dadurch schon früh den lebhaftesten Unternehmungsgeist bezeugten, ihnen zuvorzukommen. Das waren die fits and starts, in denen sich nach Macaulay die englische Politik bewegt.

Die Mitte des Jahrhunderts brachte weitere tiefgehende Veränderungen in den gemäßigten Breiten am Pazifik. Die Angelsachsen erreichen in Nordamerika die Westküste, in Australien und Neuseeland wird den meisten Kolonien das responsible government verliehen, Rußland, die kontinentale Macht, zieht sich von ihrer „überseeischen" Besitzung Alaska zurück, und die Kanonenschüsse des Admirals Perry zerschmettern die Absperrungsmauer Japans. An den Grenzen der Tropenzone tut sich der Staat der Sandwichinseln hervor. In den Tropen aber beginnt die Aufteilung der Inselflur unter die verschiedenen weißen Mächte. Hier greift nun das eigentlich in der Mitte zwischen maritimen und festländischen Einwir-



kungen stehende Frankreich zu und sichert sich, nachdem es in der südlichen gemäßigten Zone schon überall auf den Union Jack gestoßen war, ein tropisches Kolonialreich auf einzelnen Inseln und Inselgruppen. In dem nordwestlichen Segment war die Erschließung Chinas und Siams, sowie das Festsetzen der Franzosen von geringerer Bedeutung für die Beherrschung des Stillen Ozeans. Nur ist zu bemerken, daß auch hier an den Grenzen der Tropen und in den Tropen selbst Britannien sich wieder Positionen zu sichern wußte, die die wichtigsten Zugangswege von Westen in den Ozean selbst und in seine wichtigen Randmeere beherrschen. Die Holländer befestigten während dieser Zeit ihren Einfluß in Insulinde, wobei zu bemerken ist, daß sie die größten Schwierigkeiten bei der Erreichung dieses Zieles in der alten Heimat der Malaien, in den monsundurchwehten Ländern, besonders in Sumatra, antrafen.

Das Ende des 19. und das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts bringt die völlige Aufteilung der pazifischen Tropen. Sehr beschleunigt wurde diese durch das Auftreten eines neuen Konkurrenten, der zur Verteilung der Erde ein wenig spät kam, aber doch noch etwas abbekommen wollte: des Deutschen Reiches. Sein Erscheinen löste bei der britischen Politik wieder fits aus; und jetzt waren es die sons of the youngest daughter, die kraftvoll dreinfuhren, als die alte Mutter ihnen zu langsam und bedenklich erschien. Die australischen Kolonien und Neuseeland besetzten nämlich den Südosten Neuguineas und verschiedene Inseln, um sie nicht in deutsche Hände fallen zu lassen. Bald darauf wird Spanien als pazifische Macht ganz ausgeschaltet, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und das Deutsche Reich treten sein Erbe an. Die ersteren okkupierten auch die bis dahin ein selbständiges Staatswesen bildenden Sandwichinseln.

An zwei Stellen der hochentwickelten malaiischen Welt waren die Angelsachsen siegreich geblieben: auf Hawaii und Neuseeland. Aber an dem dritten Punkt malaio-polynesischer Kraftentfaltung, in Japan, mußten sie sich mit einer weniger glänzenden Rolle zufrieden geben, nämlich diesem strebsamen Volk mit den anderen weißen Nationen zusammen die westliche Kultur und Zivilisation zu vermitteln. In überraschend kurzer Zeit erreichte das Reich des Mikado, was allen anderen Malaien versagt geblieben war, nämlich aktiver Teilnehmer an dem großen Spiel der Geopolitik zu werden, eine Tatsache, die zuerst von allen Mächten, von den Briten durch Abschluß eines Bündnisses anerkannt wurde. Und nun begann auch Japan, Expansion zu treiben, auf das Festland nach Norden, aber auch nach Süden, wo es in Formosa die Tropengrenze erreichte.

Der Weltkrieg setzte die Entwicklungslinie fort, Von Nordosten und Südwesten drängten die Angelsachsen, von Nordwesten her die Japaner aus der gemäßigten Zone gegen die Tropen. Platz war nicht mehr da, also mußte einer der Raumbesitzer verdrängt werden. Es war Deutschland, der zuletzt gekommene. Und zwar waren es diesmal der australische Commonwealth und Neuseeland, die die

Initiative ergriffen hatten; nachdem sie schon kurz vor dem Kriege Schiffe ausgesandt hatten, um auch die letzte, unscheinbarste Insel oder Felsenklippe in der Wasserwüste noch „rot" zu machen, brachten sie nun alle die Länder südlich des Äquators in ihren Besitz, die ja so nahe vor ihren Toren lagen. Im Norden tat Japan dasselbe, das nun also bis weit in die Tropen hineinreicht.

Bis hierher ist die Entwicklung vorgeschritten. Das größte Meer der Erde zum mindesten gehört den ozeanischen Völkern, Angelsachsen und Malaio-Japanern, die sich an seinen Rändern im Bereich der gemäßigten Zone mächtige Staatswesen aufgebaut haben. Denn darüber brauchen wir uns doch nicht im Zweifel sein, daß die holländischen und französischen Kolonien, von den Überbleibseln portugiesischer Weltmacht ganz zu schweigen, ihren jetzigen Besitzern genau so lange gehören, als es den Herren der Meere gut scheint. Aber welchem der beiden Seevölker wird denn einmal der Pazifik allein gehören? Bis jetzt sind ja die Angelsachsen im Vorteil, was Besitz anbelangt, aber die Ambitionen der Japaner reichen schon durch die Tropenzone hindurch auf die südliche Halbkugel. Und da ist es sehr interessant, daß in dem Dominion Neuseeland sich bis heute noch ein verhältnismäßig kraftvolles malaio-polynesisches Volkstum erhalten hat, das dem Staat sogar schon tüchtige Minister geliefert hat. Das ist ja ein den ozeanischen Völkern eigentümlicher Charakterzug, dieses Kompromiß schließen, das

All along of doing things
Rather more or less.

Vielleicht wird sich eine derartige ozeanische Eigenschaft auch einmal im endgültigen Entscheidungsringen um die Seegeltung im Pazifik geltend machen.



ALFREDO HARTWIG:
DIE PETROLEUMINDUSTRIE VENEZUELAS

Ein abschließendes Urteil über die Petroleumvorkommen Venezuelas geben zu wollen, hieße ein Urteil über unbekannte oder unerforschte Gegenden fällen. Positive Ergebnisse liegen nur aus ganz wenigen Gegenden vor; das übrige sind Hypothesen, die sich entweder auf sehr zweifelhafte geologische Schlüsse begründen oder gewagte Versuche von Industrierittern darstellen, die ihre Shares an den Mann bringen wollen. Wenn auch wohl mit Recht behauptet werden kann, daß man hinsichtlich der Petroleumquellen des Landes und ihrer Ergiebigkeit sich erst in den Anfangsstadien der Kenntnis befindet, so darf der Wirtschaftler und der Industrielle doch nur mit den positiven Daten rechnen.

Wie in allen Teilen Süd- und Mittelamerikas sind auch in Venezuela die Nordamerikaner die Hauptinteressenten für Petroleum. Den gewaltigen Ölfeldern Mexikos, die aber wegen der politischen Stellung Mexikos und seiner stillen Verbündeten, der Japaner, sowie der starken Interessierung Englands, einen nicht absolut sichern Faktor darstellen, sucht Nordamerika in den Petroleumquellen Venezuelas, Perus und Chiles eine Reserve gegenüberzustellen, auf die im Notfalle zurückgegriffen werden kann. Ging der Weltkrieg um Kohle und Eisen, so wird der künftige Weltkrieg unter der Parole „Petroleum" zum Austrage gebracht werden, falls inzwischen Natur oder Technik nicht für eine Ablenkung von dieser Materie gesorgt und eine andere Urkraft in den Vordergrund des Interesses geschoben oder eine Ablösung mit beliebiger Beschaffung ermöglicht haben.

Im März 1921 stellte der amerikanische Geologe George Otis Smith, Direktor der „United States Geological Survey", die Chancen zusammen, die jedes Land Südamerikas hinsichtlich der Petroleumvorkommen bietet und machte auf Grund dieser Studien eine Berechnung der für Südamerika sich ergebenden Möglichkeiten auf. Was Venezuela anbelangt, so kommt Smith hierbei zu dem Ergebnis, daß die petroleumhaltigen Terrains Venezuelas auf mindestens 27000 englische Quadratmeilen zu veranschlagen seien, die sich in der Hauptsache zwischen dem 8. und 2. Parallelkreise hinziehen mit einer Ausbuchtung über den 8. hinaus nach dem Dreiecke zu, das vom Orinoco, Apure und Meta gebildet wird.

Immerhin sind diese Zahlen mit Vorsicht aufzunehmen; denn erforscht sind bezw bieten begründete Annahme auf Vorkommen nur folgende Gegenden bisher, die man in nachstehende zwei Distrikte teilen kann:

1. Distrikt Caribe in der Nähe des Sees von Maracaibo.
2. Distrikt Orinoco.

Was diesen letzteren anbelangt, so wird hierunter die Gegend Pedernales ver-

standen im Delta des Orinoco bis zum Golfe von Paria einschließlich der Inseln Capure, Pedernales und Plata. Der Distrikt umfaßt die Staaten Monagas und Sucre mit dem eigenartigen See von Bermudez. Der See bedeckt ein Areal von 261 Hektar und hat, venezolanischen Angaben nach, seit 1890 jährlich eine durchschnittliche Menge von 35000 metrischen Tonnen Asphalt ergeben.

Der erstgenannte Distrikt ist schon so weit erforscht und teilweise auch in Ausbeutung begriffen, daß man eine Unterteilung in 8 Distrikte vorgenommen hat, die folgende Bezeichnungen aufweist:

a) Distrikt Mara in der Nähe des Flusses Limon, wo der Boden Ausschwitzungen von Petroleum und Asphalt aufweist, die über eine erhebliche, aber noch nicht genau bemessene Fläche hin sich erstrecken.

b) Bella Vista in der Nähe der Stadt Maracaibo.

c) Distrikt Sucre westlich vom See, wo ebenfalls erhebliche Anzeichen von Vorkommen festgestellt sind, und man mit Erfolg auf Asphalt rechnen zu können glaubt.

d) Distrikt am Flusse Sardinata, der sich bis nach Kolumbien hin erstreckt. Hier wird man aber vermutlich die Erwartungen auch in der Zukunft nicht allzu hoch schrauben dürfen, da selbst die lokalen Berichte bislang sich nur in allgemeinen Vermutungen bewegen.

e) Distrikt Colon, südlich des Sees von Maracaibo. Nach Ansicht der Sachverständigen ist dieser Distrikt der beste und bietet auch die wenigsten Zugangsschwierigkeiten.

f) Distrikt Perija, westlich vom See.

g) Distrikt Bolivar mit einem der größten Geyser der Welt „La Rosa".

h) Distrikt Falcon. Es handelt sich hier um denjenigen Teil des Staates Falcon, der an den See von Maracaibo angrenzt oder ihm am nächsten liegt.

Zwar zeigen sich noch an vielen andern Stellen Venezuelas Spuren von Petroleum und Asphalt. Aber wirklich fündig ist man sonst noch nicht geworden; und sowohl die einheimischen wie die fremden Geologen sind der Ansicht, daß diese Ausschwitzungen nicht einmal Lagern derselben Gegend entstammen, sondern vermutlich von weiter her durch innerirdische Vorgänge bis an ihren Ausgangspunkt vorgetrieben sind; in erster Linie, weil die Erdoberfläche am Erscheinungsorte weniger Härte und Undurchlässigkeit aufweist. Der Schluß mag viel für sich haben; doch ist weder für noch gegen ihn bisher ein Beweis geführt worden.

Venezuela ist also ein sehr jungfräuliches Land auch in dieser Beziehung, wurde doch die erste Mutung 1878, also vor noch nicht 50 Jahren, eingelegt, im Distrikte Rubio des heutigen Staates Tachira, der damals noch Gran Estado Los Andes hieß. Die Fundstelle lag ungefähr fünfzehn Meilen von der Stadt San Christobal entfernt und wurde von einem Antonio Pulido eingelegt, der daraufhin die „Compañia Petrolea del Tachira" begründete und somit Anspruch darauf



erheben kann, der Bahnbrecher für diese Industrie in Venezuela zu sein. Sein Verdienst ist um so höher zu bewerten, als die Petroleumindustrie in Nordamerika in jener Zeit selbst erst nur ungefähr auf ein Jahrzehnt zurückblicken konnte und man noch gar nicht in der Lage war, zu übersehen, ob mit diesem Erdöl wirklich ein bedeutender Stoff für die Industrie gefunden war.

In der Folgezeit trat ein gewisser Stillstand ein, insofern als Venezuela hinter den Funden in Mexiko noch weit zurückbleiben mußte. Bezeichnenderweise haben auch hier die Erfahrungen des Weltkrieges überaus anregend und befruchtend gewirkt. Denn bis 1919 waren insgesamt nur 1127 Mutungen erteilt worden. 1920 kamen 168 hinzu; 1921 weitere 112 und 1922 633; so daß man Anfang 1924 mit 2040 das zweite Tausend überschritten hatte.

Die größte Konzession, die bislang erteilt worden ist, bedeckte ein Areal von 27697000 Hektaren zugunsten eines Herrn Maximo Valladares, der diesen riesigen Besitz an die „Caribbean Petroleum Compañy" abtrat, die mit der „Barber Asphalt Paving Compañy" in Philadelphia liiert ist und ihrerseits wiederum der der mächtigen „Royal Dutch Shell" in London angeschlossen ist.

Heute herrscht in Venezuela ein gewisser Hochbetrieb in Petroleum und Asphaltkonzessionen, der alle Anzeichen einer Gründerperiode aufweist. 1922 hat auch Venezuela neue gesetzliche Bestimmungen über diese Art von Bodenschätzen herausgegeben.

Leider sind die Venezolaner in der Ausbeutung der Bodenschätze ihres Landes gegenüber den Ausländern, in erster Linie den Amerikanern, etwas ins Hintertreffen gekommen, so daß sie auch hinsichtlich des Petroleums dem ausländischen Kapital haben weichen müssen. An venezolanischen Gründungen von nennenswertem Umfange sind nur zu nennen:

1. die bereits vorhin erwähnte „Compañia Petrolia del Tachira", die noch in Tätigkeit ist.

2. „Compañia Petrolifera del Rio Pauji". Die Gesellschaft besitzt reiche Felder in der Nähe von Maracaibo; bezüglich der Aufschließungsarbeiten hat sie aber einen Vertrag mit der „New England Oil Corporation", die inmitten eines großen Feldes von Ölausschwitzungen mit Versuchsbohrungen begonnen hat und hier auf günstige Resultate hofft.

3. Die „Compañia Venezolana de Petroleos" wurde im Juni 1923 mit einem Kapital von 25 Millionen Bolivares gegründet, von denen bis jetzt der fünfte Teil einbezahlt wurde. Es handelt sich hier um eine ausgesprochen „nationale" Gründung, insofern, als ihr aus den sogenannten „Reservas Nacionales", d. h. den der Ausbeutung durch die Regierung vorbehaltenen Gebieten bereits 60000 Hektar überliefert worden sind, und man beabsichtigt, dieser Gesellschaft als alleiniger Berechtigten alle Terrains zur Ausbeutung zu überlassen, die dem Staate gehören und irgendwelche Ausbeutungsmöglichkeiten bieten.



Diese Gründung ist interessant, weil sie deutlich die Anlehnung an das mexikanische Vorbild zeigt und man nach bekanntem Muster sich dieser gesetzlichen Maßnahme wird erinnern müssen, wenn einmal in dem sonst absolut ruhigen und stark im Aufblühen begriffenen Venezuela Unruhen ausbrechen sollten. Wenn man dann nach der hinter den Kulissen arbeitenden Hand suchen wird, wird es auch hier sich zeigen, daß sie amerikanischen Petroleuminteressenten gehört, die ja schon eine recht bemerkenswerte Praxis in derartigen Fragen haben. Während der Engländer bei politischen Bränden zwischen dem Brandheerde und den Spritzen Aufstellung zu nehmen pflegt, legt der Amerikaner gern Feuer ins Petroleum!

4. Die „Compañia Anonima de Hidrocarburos de Mocacay", die in Maracaibo gegründet ist, über die aber weitere Daten bislang nicht zu erhalten waren.

Unter den ausländischen Gesellschaften ist nur englisches und amerikanisches Kapital vertreten. Der Rivalitätskampf der angelsächsischen Brüder hat auch hier mit Schärfe eingesetzt, wie in Mexiko; und wenn man auch nicht immer gleich an kriegerische Endziele zu denken braucht, so handelt es sich doch um Sicherungsmaßnahmen, die nicht gemeinsamen Zielen dienen dürften. Die „Petroleumbasis" wird im künftigen Kriege zum mindesten in Konkurrenz mit der „Kohlenbasis" treten. Zwischen den Bemühungen der waffenstarken Staaten in Mexiko, Venezuela, Peru, Mesopotamien und andern Quellgebieten bestehen Verbindungen, die nicht einem Zufalle ihre Existenz verdanken. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Hauptquellen Venezuelas um den See von Maracaibo liegen, also direkte Verbindung mit dem Meere haben und dem Panama-Kanale so benachbart sind, daß ferner die Einfahrt in den See vom Meere aus nur schmal ist und durch militärische Maßnahmen leicht gesperrt werden kann, so versteht man das Interesse, das die verschiedenen Nationen an dem Projekt und an der politischen Stellungnahme Venezuelas nehmen.

Im folgenden soll zunächst nur namenmäßig eine Aufstellung der in Frage kommenden Gesellschaften gegeben werden, wobei auf die Tatsachen hingewiesen sein möge, daß die nordamerikanischen Gesellschaften bereits eine starke Verzweigung aufweisen.

Englische Gesellschaften

1. Caribbean Petroleum Company.
2. Colon Development Co.
3. Venezuela Oil Concessions.
4. British Controlled Oilfields Ltd.
5. New York & Bermudez Co.
6. North Venezuelan Petroleum Co.
7. British Equatorial Corporation.
8. Araguao Exploration Co.
9. New England Oil Corporation.
10. The Bolivar Exploration Co.
11. The Pedernales Oilfields Ltd.
12. The Loran Exploration Co.
13. The Antonio Diaz Oilfields.
14. The Tucupita Oilfields Ltd.

Diesen 14 englischen Gesellschaften stehen gegenüber:

Amerikanische Gesellschaften

1. Standard Oil Co. mit folgenden Filialgesellschaften:
   - a) Maracaibo Oil Exploration Co.
   - b) Mara Oil Exploration Co.
   - c) Miranda Exploration Co.
   - d) Carter Oil Co.
   - e) Perija Exploration Co.
   - f) West India Oil Co.
   - g) Paez Exploration Co.

2. Sun Oil Co. Der Hauptsitz der Gesellschaft ist Philadelphia. In Venezuela ist sie unter dem Titel Venezuela Oilfields Co. eingetragen und besitzt hier folgende Zweigstellen:
   - a) Venezuela Sun.
   - b) Bolivar Oilfields.
   - c) Carabobo Oilfields.
   - d) Escalante Oilfields.
   - e) Merida Oilfields.
   - f) San Cristobal Oilfields.
   - g) Sucre Oilfields.
   - h) Trujillo Oilfields.
   - i) Tachira Oilfields.
   - k) Zulia Oilfields.

3. Gulf Oil & Transport Co. mit ihrer Filiale
   - a) Venezuela Gulf Oil.
4. Texas Co.
5. Sinclair Oil Co.
6. Pure Oil Co. der Interessentengruppe Buckley & Doherty, deren Filiale den Namen Orinoco Oil Co. führt.
7. Tyde Water, die ihrerseits stark an dem Creole Syndicate interessiert ist.
8. La Barco Petroleum Co. of Venezuela.

Was die Kapitalien dieser gesamten angelsächsischen Gesellschaften anbelangt, so kann man nur auf eine Berechnungsangabe des Handelsministeriums in Washington zurückgreifen, das 45 Millionen Dollars annimmt und der Ansicht ist, daß im Jahre 1927 diese Investierung bereits mit 80 Millionen zu veranschlagen sein dürfte; besonders wenn irgend ein die Petroleumindustrie anfeuerndes Moment hinzukommen sollte.

Nur die „Bermudez Co." betreibt die Ausbeute des gleichnamigen Sees auf Asphalt.

Selbstverständlich sind nicht alle die genannten Gesellschaften bereits in der Ausbeute begriffen und noch weniger haben alle ihre Felder schon Resultate ergeben oder ihre Bohrungen bis zu einer Tiefe gebracht, die ein abschließendes Urteil gestattet.

Wie bereits erwähnt, gruppieren sich die besten venezolanischen Felder um den Maracaibo-See herum. Beginnt man auf der westlichen Seite von Norden nach Süden, um dann auf der östlichen Seite von Süden nach Norden die Wanderung fortzusetzen, so stoßen wir auf folgende Betriebe:

1. „Carribbean Petroleum Co." (Lager bei Kilometer 24). Die Gesellschaft besitzt hier zwei benachbarte Bohrlöcher, von denen das eine aufgegeben ist, während das andere bis auf 2500 niedergebracht ist. Ungefähr 40 Meilen westlich liegen acht weitere trockene Bohrungen der Gesellschaft in der Nähe starker Petroleumausschwitzungen.

2. Der nächste Nachbar südlich ist das Kampament „La Paz" der „Venezuelan Oil Concessions". Dem Anscheine nach bietet diese Gegend bessere Chancen wie die oben genannte. Die Eigentümer verfügen hier über zwei Bohrungen, von denen die eine bereits in sehr geringer Tiefe Öl ergab, das sich für Brennzwecke gut eignete, während die zweite die eigentliche Produktionsquelle liefern sollte. Ende Oktober 1923 gelangte man hier bei 650 Fuß auf ölhaltige Sandschichten; bei 900 Fuß stieß man im Dezember auf den eigentlichen Strom, der innerhalb von 12 Stunden 17500 Faß ergab und somit eine Tagesleistung von 35000 Barrels. Die Auffindung dieses Lagers, dessen Entdecker der Venezolaner Inis Dagenas ist, ist das Ergebnis von mehr wie 200 Bohrlöchern mit einer durchschnittlichen Tiefe von 40 Fuß. Geologisch scheint es sich insofern um ein interessantes Gebiet zu handeln, als oberhalb der ölführenden Schichten starke Verwerfungen auftreten, die ein Aufsteigen des Öles bis auf verhältnismäßig geringe Tiefe ermöglichten.

3. Weiter südlich und etwas nördlich von Perija besitzt die „Caribbean Petroleum Co." zwei ebenfalls nicht sehr tiefe Bohrungen, die aber jede nicht ganz 200 Barrels ergeben haben. Einige andere Bohrlöcher sind verlassen, wie überhaupt das ganze Kampament still gelegt ist, weil man den geologischen Verhältnissen kein rechtes Vertrauen entgegen zu bringen scheint.

4. Das „Kampament 2" der „Standard Oil" und der „Maracaibo Oil Exploration" wurde erst im Frühjahr 1923 erbaut; Aufschlüsse wurden bisher noch nicht erzielt.

5. Über das Kampament der „Maracaibo Oil Exploration" am Rio de Santa Ana liegen keinerlei Daten vor; erst im

6. Kampament der „Colon Development Co." und des „Columbian Petroleum Syndikate", die ebenfalls am Rio de Oro liegen, sind einige Bohrungen niedergebracht, die aber jetzt auch versiegelt liegen, nachdem man bei ca. 1200 Fuß Tiefe ein tägliches Ergebnis von ca. 1000 Barrels erreicht hatte. Die Sachverständigen sind aber der Ansicht, daß man hier vermutlich nicht dauernd auf dieses Resultat wird rechnen können.

Am südlichsten auf der Westseite liegt dann ein Terrain der

8. „Colon Development Company", La Tarra genannt, das mit ca. 5 Bohrungen bei durchschnittlich 1200 Fuß Tiefe ca. je 200 Barrels pro Tag förderte.

Die Zone weist dann nach Osten zu eine bisher wenig erforschte Stelle, bis man erst wieder südlich des Ortes Santa Barbara bei El Vigia Bohrungen unternahm, die aber in ihrem Ergebnis nicht bekannt sind.



Die folgenden Felder nach Norden zu sind erst im Aufschlusse begriffen, scheinen aber den westlichen Lagern auf gleicher Höhe wesentlich nachzustehen. Erst die Gegend östlich der Stadt San Lorenzo, die ungefähr in der Mitte des östlichen Ufers liegt, scheint wieder bessere Resultate versprechen zu wollen. Die

9. „Caribbean Petroleum Compañy" kann hier bereits auf eine Förderung seit 1919 zurückblicken, die bis zum 1. November 1922 eine tägliche Ausbeute von 2000 Barrels ergab. Man ist hier auf zwei Petroleum führende Schichten gestoßen: in 1300 und 1600 Fuß Tiefe, deren Öl 19 Grad Gewicht hat. Von den beiden amerikanischen Sachverständigen Wilde und Redchfield wird diese Gegend am besten beurteilt.

Von den sonstigen nördlich und nordöstlich gelegenen Feldern sind nur besonders erwähnenswert die Terrains La Rosa der „Venezuelan Oil Concession Limited", die eine der besten Quellen Venezuelas für die Zukunft zu sein und zu bleiben versprechen.

Auf Einzelheiten einzugehen hinsichtlich der einzelnen Bohrungen geht über den Rahmen dieser Darstellung hinaus.

Was die tatsächliche Ölförderung nun anbelangt, so war bis zum Dezember 1922 die Mena Grande-Zone die einzige, die eine wirkliche Ausfuhr gestattete. Der Grund liegt nicht in der größeren Ergiebigkeit der Felder, sondern in den Transportverhältnissen. Die „Caribbean Petroleum Compañy" ist die einzige, die über Tankdampfer von geringem Tiefgange verfügt und daher in ihrem Geschäftsgange selbständig und leistungsfähig ist. Es ist von einigem Interesse, den Werdegang der „Caribbean" im Mena Grande-Gebiet einmal in kurzen Zügen zu verfolgen:

Bereits im Jahre 1914 begannen hier die Arbeiten und man hat es wohl offensichtlich mit einem Konkurrenzmanöver gegenüber den Anstrengungen der Amerikaner im nördlich gelegenen Mexiko zu tun. Der Krieg griff auch hier störend ein, da es wegen der Tätigkeit des deutschen Kreuzergeschwaders den Engländern nicht möglich war, geeignete Tankschiffe nach Venezuela zu bringen. Sie mußten sich sehr primitiv in der Weise begnügen, daß sie das Öl in große Holzbehälter füllten, die sie dann durch Schlepper nach Curacao bringen ließen. Nach dem Kriege wurden ihnen dann von der englischen Regierung zehn Spezialfahrzeuge (abgelieferte deutsche?) zur Verfügung gestellt, die nach geeignetem Umbau 1920 in Tätigkeit traten. Schon im Januar 1921 war es dieser Flottille möglich, täglich ca. 5500 Barrels zu transportieren. 1922 wurden zwei weitere Spezialschiffe in Dienst gestellt, wodurch die tägliche Transportfähigkeit auf ca. 4000 Barrels kam. Jetzt beträgt die Förderung 200000 Barrels täglich aus dieser Region, die nach Ansicht der Sachverständigen ohne große Schwierigkeit verdoppelt werden könnte.

Die Gesamtproduktion Venezuelas betrug 1919 425000 Barrels, 1920 waren es 456996, 1921 1433000, 1922 2335000. Diese gesamte Produktion stammt aus

den von der „Royal Dutch Shell" kontrollierten Feldern Mena Grande, La Rosa und La Paz. Die ganz unbedeutende Ausbeute der „Compañia Petrolia del Tachira" wurde nach einem einfachen Raffinierungsprozesse in der Umgebung selbst verbraucht und hatte tatsächlich somit nur eine lokale Bedeutung.

Es ist bedauerlich, daß das venezolanische Petroleum noch nicht in vollem Umfange im Lande selbst raffiniert werden kann. Die einzige Raffinerie von „San Lorenzo" liegt im Gebiete von Mena Grande und wurde mit einem Kostenbetrage von 400000 Dollars eingerichtet. Im ganzen können hier täglich 400 Tonnen = 2624 Barrels verarbeitet werden. Der Betrieb arbeitet seit dem 16. August 1917 mit folgendem Ergebnis im Jahre 1922: 3808140 Liter Gasolin; 3025610 Liter Kerosen; 2286 Liter Benzin und 3708 Liter Trementin.

Bei dem großen Aufschwung, den der Autobetrieb in Venezuela und Mittelamerika genommen hat, ist es erklärlich, daß die gesamte Produktion in Mittelamerika, besonders in Puerto Rico Aufnahme gefunden hat.

Die Petroleumindustrie Venezuelas steht somit noch in den Kinderschuhen und hat sich erst auf den neunten Platz der Weltproduktion heraufgearbeitet. Die Aussichten sind aber nach jeder Richtung hin vielversprechend. Die mexikanische Produktion hat klein begonnen, obwohl man sich sehr bald klar war, daß man vor ungeahnten Entwicklungsmöglichkeiten stand. In Mexiko rangen Nordamerika und England um den Vorrang, bis Mexiko selbst ein sehr berechtigstes Interesse zeigte und nationale Wünsche äußerte. Seit diesem Tage ließ der Amerikaner dem Lande keine Ruhe mehr, sondern ist bemüht, immer wieder von neuem Revolution zu entfesseln und Aufstände gegen nationalgesinnte Präsidenten anzuzetteln.

Auch Venezuela ist bestrebt, seiner Petroleum-Industrie einen nationalen Aufstieg zu geben und neben dem englisch-amerikanischen Interessenstreit als Dritter einzutreten. Der vorzügliche derzeitige Präsident Juan Vicente Gomez, der das Land mit außerordentlicher Klugheit und politischem Weitblick lenkt, genießt zwar im Lande die Anerkennung und den Dank des weitaus größten Teiles der Bevölkerung. Leider aber wird man wohl auch in Venezuela in der Folgezeit damit rechnen müssen, daß der amerikanische Dollar versuchen wird, „Unzufriedenheit" im Lande zu stiften, die dann dazu dient, den amerikanischen Drahtziehern Vorwände zu Interventionen zu bieten. Wilsons Verhalten im Weltkriege war durchaus amerikanisch und entsprach den Wünschen Derer, die finanziell in Amerika die Politik machen. Hoffentlich wird diese Erkenntnis, die in Deutschland immer noch erst das Gut einiger Weniger ist, in Venezuela Gemeingut des ganzen Volkes. Denn Venezuela steht in Südamerika auf vorgeschobenem Posten, wie es Mexiko in Mittelamerika ist.

Wer Herr der wichtigsten Industrien im Lande ist, ist Herr seiner wirtschaftlichen Hilfsquellen. Wirtschaftliche Macht aber ist die Vorläuferin politischer Versklavung!



MAX SPANDAU:
STAAT UND BODEN I
ABGRENZUNG VON UNTERSUCHUNGEN IHRES GEGENSEITIGEN VERHÄLTNISSES

In der geographischen Wissenschaft hat während der letzten zweihundert Jahre eine Entwicklung in der Einschätzung der Wichtigkeit des Staates für die Erdkunde stattgefunden, welche den Abwandlungen der allgemeinen Auffassung vom Wesen des Staates parallel läuft. Die Einteilung der von Staaten besetzten Länder nach politischen Grenzen schwand, als der Rationalismus sich durchzusetzen begann; die Auffassung des Staates als vornehmlich eines Rechtsinstituts mußte zur Geringschätzung seiner Grenzen führen, da diese bei dieser Auffassung nur die Wirksamkeit eines Verbandes einschlossen, dessen Existenz zwar als notwendig hingenommen werden mußte, dessen künstliche Macht sich aber nur auf Unkosten der natürlichen Freiheit der Einzelnen behauptete. Eine grundsätzliche Trennung zwischen politischer, vom Geist des Menschen bestimmter, und geographischer, auf natürlichen Eigenschaften des Bodens beruhender Einteilung des Landes trat als Folge dieser Wertung ein; der Gliederung des politischen Gemeinwesens in willkürlich benannte Departements stellten sich die Versuche von Abgrenzungen des Bodens nach naturentlehnten Grenzen wie Flüssen, Gebirgen oder landschaftlichen Einheiten gegenüber. Die Vernachlässigung des Staates in der Geographie blieb natürlich, solange die Erdkunde ihre Aufgabe vornehmlich darin sah, Fortschritte und Ergebnisse der benachbarten, sich in glänzendem Aufschwung befindenden Naturwissenschaften für die Behandlung ihres Objekts, die Erde, heranzuziehen. Bei deren Ausnutzung erarbeitete sie sich selbständige, ihr eigentümliche Hilfs- und Teilwissenschaften, durch welche sie zur Erkenntnis ihres eigenen Wesens gelangte. Diese ausschließlich auf einzelne Teile ihres Gebietes gerichtete Blickrichtung, welche zur Erfassung und Durcharbeitung ausgesonderter Probleme notwendig war und sammelnd wirkte, mußte sich zur Beobachtung eines größeren Sehfeldes erweitern, sobald die Fortschritte der Biologie und mit ihnen das Auftreten der Entwicklungslehre, wodurch der Mensch als Abschluß in das einheitliche natürliche System gestellt war, der Geographie um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nahelegten, diese Auffassung des Lebens auch für sich auszunutzen und der Biosphäre neben der Litho- und Hydrosphäre wieder eingehendere Behandlung zu widmen. Dazu kam, daß sich im Bewußtsein der Zeit eine ganz neue Auffassung vom Wesen des Staates gebildet hatte; er wurde nicht mehr angesehen als ein Institut, dessen Leistungen nach den Diensten der Bürger genau abgewogen wurden, dessen Wirkungen nur die Freiheit der Individuen einschränkte, sondern

man fühlte in ihm einen Organismus, für den die einzelnen in der Funktion von Gliedern arbeiteten, in dessen Dienst sie die Offenbarung wahrer Freiheit erlebten. Diese Fassung war vorbereitet durch den Geist der Geschichtsphilosophie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nach der Seite der Geschichte durchgearbeitet von den zahlreichen Historikern mit Ranke an ihrer Spitze, und wurde gegen Ende des Jahrhunderts behandelt von der aufkommenden Soziologie. Was war natürlicher als der Anspruch der Erdkunde, die Behandlung auch des Organismus Staat in ihrem Bereich aufzunehmen? Lagen doch die Bedingungen seiner Existenz auf der von ihr erforschten Erdoberfläche, war doch seine anschauliche Darstellung allein im Zusammenhang mit den allgemeinen geographischen Tatsachen möglich.

Im Jahre 1897 versuchte Friedrich Ratzel mit seiner „Politischen Geographie" die Klagen über die unvermittelte Nebeneinanderreihung und Trockenheit, mit welcher bisher der Staat in seiner Wissenschaft berücksichtigt war, zu beseitigen durch eine „vergeistigende, auf die Entwicklung ausgehende Durchforschung und eine klärende Klassifikation des massenhaften Stoffes". Mit „geographischem Sinn" als der Gewöhnung an räumliche Auffassung, die dem Beobachter ins Blut übergeben müsse, untersuchte er alle Erscheinungen des Staatenlebens und mit seiner Anwendung rechtfertigte er die gleichmäßige, nebengeordnete Behandlung aller geographischen Momente in den verschiedensten Staaten der Vergangenheit und Gegenwart innerhalb einer Teilwissenschaft der Geographie. Dabei war er sich bewußt, oft in das Gebiet der Staatswissenschaft und Soziologie, sowie der Geschichte übergreifen zu müssen und fühlte sich dazu befugt durch die fehlende Berücksichtigung aller der Fragen in diesen Wissenschaften, die er zu stellen und zu beantworten für notwendig hielt. Wie jedoch die Anwendung des historischen Sinnes, der „jede Erscheinung des Völkerlebens als Glied einer in die unergründliche Tiefe der Zeit hinabsteigenden Kette" auffaßt, allein kein Kriterium für das historisch Wichtige ist, macht auch die räumliche Auffassung, die bei der Betrachtung jeden Gegenstandes angewandt werden kann, für sich nichts geographisch wichtig. Ratzel ließ sich durch die Vielseitigkeit und Reichhaltigkeit seines Geistes verführen, viele sein Gebiet berührende, von den zuständigen Wissenszweigen unbeachtet gelassene Fragen in seine politische Geographie einzuweben; er schädigte damit die Übersichtlichkeit seines Werkes und erhöhte die Schwierigkeit, seine Erkenntnisse zu entwickeln und gleichmäßig auszubauen, weil es schwer ist, aus ihrer Fülle jeweils die für eine Forschungsrichtung passenden Steine zu finden. Das Problem in Ratzels Forschungen ist die Beziehung zwischen Staat und Boden. Daß sein Werk nicht so in die Breite und Tiefe wirkte, als man hätte erwarten sollen, liegt nicht so sehr an der Eigentümlichkeit seiner Darstellungsweise, wie an der in ihr verbundenen gleichmäßigen Verwendung verschiedener Betrachtungsarten des Problems mit ganz unterschiedlichen Zielen, Methoden und Gültigkeiten der Erkenntnisse. Der Zweck folgender Darlegungen



ist die Abgrenzung der verschiedenen Ziele, in deren Verfolgung das Verhältnis zwischen Staat und Boden innerhalb gleichmäßiger Erkenntnissphären untersucht werden kann. Zu Grunde gelegt ist der in Ratzels „Politischer Geographie" behandelte Fragenkomplex, wo die verschiedenen Themen in unzähligen Variationen durcheinander behandelt sind, während ihre gesonderte Durchführung für weiterführende wissenschaftliche Bearbeitungen notwendig ist.

In einer scharfen Abgrenzung verschiedener Aufgaben, die bei dem Zweck dieses Aufsatzes nicht spitz genug ausfallen kann, ist natürlich nicht die prinzipielle Forderung zum Verzicht auf die mannigfachen Mittel enthalten, welche zur Lösung auch aus scheinbar abseits liegenden Gebieten herangezogen werden können und auch oft benutzt werden müssen. Doch Klarheit über das Ziel, das jeweils erreicht werden soll, und Bewußtsein von dem Wert, den die einzelnen Forschungsergebnisse haben, sind die Bedingungen und der Reiz jeder Frucht bringenden Weiterarbeit. Ratzel selbst bezeugt an einer Stelle, wo er die Möglichkeit der umfassenden Lösung einer Aufgabe an die Notwendigkeit ihrer Betrachtung von verschiedenen Teilauffassungen aus knüpft, daß die Zerlegung des von ihm wieder aufgeworfenen Problems: Verhältnis der Staaten zu ihrem Boden, nicht ein Verstoß gegen die Auffassung sein kann, welche ihn stets bei seinen Forschungen leitete. Praktisch hat auch teilweise schon eine Aufteilung der von Ratzel behandelten Fragen stattgefunden. Die Geographen sehen sich zu einer Beschränkung der Behandlung des Staates innerhalb ihrer Wissenschaft gezwungen.[1]) Dem Gefühl, daß damit viele für das Verständnis der Staaten notwendige Fragen und zahlreiche schon erteilte Antworten ausgeschaltet werden, wird mit der Forderung einer eigenen Staatenkunde Ausdruck gegeben.[2]) Diese soll sich von der bisherigen ausschließlichen Behandlung der Staaten im Rahmen der juristischen Fakultät dadurch unterscheiden, daß sie den Staat in allen seinen Lebensäußerungen betrachtet und auf ihn als Objekt, in dem sich verschiedene Teile zum organischen Ganzen vereinigen, eine Wissenschaft gründet.[3]) In allen Ausarbeitungen einzelner Teile des Ratzel'schen Fragenkreises ist jedoch keine prinzipielle Unterscheidung der verschiedenen Betrachtungsarten von Beziehungen zwischen Staat und Boden innegehalten, und alle Möglichkeiten sind meist gleichzeitig angewandt. Aus der Natur der beschränkten Zwecke dieser Arbeiten ergibt sich außerdem, daß sie keine Vorstellung von der Fülle der Keime und Anregungen geben können, die in Ratzels Werken noch unausgenutzt liegen, der Aufnahme und organischen Weiterbildung durch wissenschaftliche Forschungen mit anderen Zielen noch harrend. Vor der Abgrenzung, wie weit die Beziehungen zwischen Staat und Boden innerhalb der Geographie zu behandeln sind, ist Klarheit über das Wesen der Geographie notwendig. Die Frage ist noch umstritten und ihre Lösung ergibt sich aus der Eigenart des Objekts der Geographie. Ein Blick auf die durch ihren Gegenstand bedingten Methoden ist notwendig, um den Charakter der geographischen Teilwissenschaften zu erkennen.

Die Aufgaben der politischen (staatlichen) Geographie werden sich dann ergeben aus der Bedeutung des Subjektes „Geographie“ und dem Wert der attributiven Bestimmung „politisch“, welcher nach Analogie anderer geographischer Teilwissenschaften festzustellen ist. Die Berechtigung zu einer ausführlicheren Begründung der Stellung, welche politisch-geographische Forschungen innerhalb der Geographie haben, liegt in dem Bedürfnis gerade der Geographie, ein Kriterium zu finden, nach dem entschieden werden kann, welche der bisher in ihrem Rahmen behandelten Fragen anderen Wissenszweigen abgetreten werden müssen, und welche sie weiter zu behandeln hat. Hinweise auf die Anthropogeographie, als den der politischen Geographie übergeordneten Begriff, werden sich häufig als notwendig und klärend erweisen.

Das Objekt der Geographie ist unsere Planetenoberfläche, eine einmalige Erscheinung, die sich zusammensetzt aus Teilen, welche untereinander alle verschieden sind, alle miteinander in Verbindung und von einander in Abhängigkeit stehen. Die Erdoberfläche ist „das“ geographische Individuum, weil sie alle geographisch wichtigen Merkmale in sich als Einheit zusammenfaßt.[4]) In Hinsicht der Einmaligkeit ihres Objektes ist die Geographie verwandt mit der Geschichte, deren Gegenstand der einmalige Ablauf menschlicher Erlebnisse, mit der gesamten Menschheitsgeschichte als höchstem Begriff, ist. Die gemeinsame Eigenschaft ihrer Objekte bedingt in beiden Wissenschaften eine entsprechend gleiche Betrachtungsart. Das einmalig Vorhandene wie das einmalig Vergangene wird in seinem Wesen nicht erfaßt durch die Erforschung der auch an ihm sich äußernden Naturgesetzlichkeiten, die zeitlos-gültig immer nur den Eintritt gleicher Wirkungen als Folge gleicher Ursachen hervortreten lassen, sondern durch die Beschreibung und im Rickertschen Sinne „historische“ Erklärung, daß aus einem einmalig gegebenen Ursachenkomplex ein Wirkungskomplex tatsächlich eingetreten ist, bezw. daß etwas tatsächlich vorhanden ist; genau in der gleichen Art, in welcher die Geschichte die Beschreibung und historisch begründende Darstellung von individuell Gewesenem gibt, ist die Geographie ihrem Wesen nach Darstellung der Erdoberfläche als einmalig Seiendem. Die Kausalität, um welche es sich bei der Erklärung des Landschaftsbildes handelt, ist nicht naturgesetzlicher, sondern historischer Art: die kausalen Zusammenhänge, Wechselwirkungen und Abwandlungen der Komponenten des Landschaftsbildes wie der geschichtlichen Individualität erscheinen nicht wichtig und zusammenhängend in der Form logischer Gedankenketten oder mathematischer Zusammenhänge, sondern geographisch bezw. historisch wichtig sind sie durch die Betrachtung nach ihrem historisch-einmaligen Auftreten in einer bestimmten Landschaft zu einer bestimmten Zeit, bezw. in einer bestimmten geschichtlichen Situation. Die Fassung der Aufgabe der Geographie als Darstellung eines bestimmten Bildes der Erdoberfläche wird in den letzten Jahrzehnten wieder schärfer betont gegenüber vorübergehender einseitiger Orientierung nach einzelnen



ihrer Hilfswissenschaften.[5]) Während die historische Betrachtung des Individuellen den Schwerpunkt legt auf das gleiche Verhalten des Einmaligen gegenüber wechselnden Bedingungen oder, um eine Analogie zu Kant's Definition der Persönlichkeit zu gebrauchen, auf die Identität seiner selbst in der Zeit, entwirft die Geographie ein Bild vom gegenwärtigen Zustand der Erdoberfläche und beschreibt diesen in seinem „Jetzt-So-Sein." Ihre Zustandsbeschreibung ist jedoch nicht zu fassen im Sinne von Momentaufnahme, sondern sie ist als ein Querschnitt zu verstehen, in dem eine bestimmte Strecke der in gerader Linie fortfließenden Zeit gleichsam zusammengepreßt ist; als „Mittleres Bild" der Alluvialperiode ist dieser Zustand Gegenstand unserer Geographie. Der Beweis für das Streben der Geographie, die verschiedenen zeitlichen Veränderungen ihrer Komponenten auf eine mittlere Linie oder einen zeitlich zusammengezogenen Querschnitt zu einigen, ein Streben, das aus ihrem Charakter als Zustandsschilderung hervorgehen muß, ist die Konzentration ihres Interesses auf die zeitlichen Veränderungen, welche innerhalb ihrer Zustandszusammenfassung vor sich gehen: In der physischen Erdkunde die intensive Beschäftigung mit den Vorgängen der Verwitterung und Abtragung, sowie mit den Wandlungen der Eisbedeckung der Festländer, während die in zu weit zurückliegenden Zeitspannen sich vollziehenden Änderungen ihr weniger wichtig sind wie die langsame Aufwölbung der Gebirge oder der Wechsel in der Verteilung von Land und Meer; dagegen müht sie sich, allzu rasche Änderungen wie die Geschichte der Menschen und Völker auf der Erde ihrem allgemeinen Zeitmaß durch Erfassung bleibender Züge in der Geschichte anzupassen. Die Geographie hat kein Interesse daran, eine der Komponenten des Landschaftsbildes in der Kausalkette möglichst weit zurückzuverfolgen, sondern ihr ist es bei der Erklärung der Erdoberfläche viel wichtiger, die kausalen Verknüpftheiten der Komponenten des Landschaftsbildes im Querschnitt in ihren Wechselwirkungen aufzuzeigen und darzustellen.[6]) Sie ist also von erdgeschichtlichen Zeiten aus gesehen, Zustandsbeschreibung und Zustandserklärung der Erdoberfläche während eines die letzte erdgeschichtliche Zeitspanne in sich befassenden „Augenblicks". Der Beweis für diese Wesensbestimmtheit ist das Vorhandensein der Palaeogeographie, welche Schilderungen der Erdoberfläche als Querschnitte durch andere Entwicklungsstufen wie die Alluvialperiode gibt. Die Betrachtungsweise der Geographie ist demnach nicht nur, wie Otto Schlüter behauptet, „ihrer Idee nach zeitlos", sondern sie kann mit gleichem Recht augenblicksbedingt genannt werden; denn sie ist zeitlos, sofern sie eine Zeitspanne in ihrem Bild zusammenschließt und in seiner Anschauung sich der Zeit enthoben fühlt, sie ist augenblicksbedingt, sofern sie mit ihrem Blick ein kleines Stück erdgeschichtlicher Zeiten umschließt. Sie stellt also die im Leben häufig vorkommende Vereinigung von Augenblick und Ewigkeit dar, welche mehr ist als eine Gegenüberstellung konträrer Wortbedeutungen.

Welcher Mittel bedient sich nun die Geographie zur Lösung ihrer Aufgaben, wie erreicht sie eine befriedigende Beschreibung des Zustandes der einmaligen Erdoberfläche? Möglich wäre die Beschränkung auf die rein historische Betrachtungsweise im Rickert'schen Sinne,[7]) „historisch" hier natürlich in der denkbar weitesten, rein logischen Bedeutung: „die empirische Wirklichkeit wird Natur, wenn wir sie betrachten mit Rücksicht auf das Allgemeine, sie wird Geschichte, wenn wir sie betrachten mit Rücksicht auf das Besondere". Die Erdkunde würde dann ihren Gegenstand mit allen auf ihm sich befindlichen individuellen Ausprägungen darstellen, das unendlich mannigfaltige Zusammenspiel ihrer Kräfte und Formen beschreiben, also das tun, was gewöhnlich als spezielle Geographie bezeichnet wird. Sie kann diese Beschreibung des Zusammenspiels der Erscheinungen auf die ganze Erdoberfläche ausdehnen,[8]) ohne an eine bestimmte Örtlichkeit gebunden zu sein, da sich für diese logisch eine Grenze nicht festsetzen läßt; ihr synthetischer und assoziativer Charakter würde sich bewähren, wenn sie Einmaliges beschreibt, ohne Allgemeines erkennen zu wollen. Doch die Geographie findet an dieser rein deskriptiven Tätigkeit nicht ihre Befriedigung, sondern sie fühlt sich wie auch die Geschichte und alle Wissenschaften, welche an ihrem Gegenstand das Einmalige interessiert, vor die Aufgabe gestellt, einzelne Teile aus ihrem komplexen Zusammenhang zu lösen und miteinander zu vergleichen. Sie nimmt zum Beispiel einzelne Gebirge aus ihrer „historisch-einmaligen" Situation heraus, sieht ab von dem jeweils verschiedenen Verhältnis zum Meer, der Ebene oder dem Klima und vergleicht sie miteinander, um Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten der Gestalten (Morphologie) festzustellen. Dabei findet sie Gleichmäßigkeiten, die sie zur Bildung von Typenbegriffen benutzt und zwar setzt sie diese je nach dem von ihr verfolgten Erkenntniszweck als Form- oder Materialtypen (Tafel- oder Granitberg); diese stuft sie gegeneinander ab und bildet ein System, in welches die Entwicklungsstufe jeder Form eingeordnet werden kann. Die Grenze der zum Vergleich oder zur Vervollständigung des Systems heranzuziehenden möglichen Beispiele bildet die abgeschlossene Erdoberfläche. Welcher Art sind nun die bei einer solchen vergleichenden Betrachtung gewonnenen Gesetzmäßigkeiten im Werden der Gebirgsformen? Kann ihre Entstehung restlos nach Gesetzen des Geschehens erklärt werden, d. h. nach Sätzen, denen gemäß der Eintritt gewisser Tatsachen undedingt — jederzeit und überall — den Eintritt gewisser anderer zur Folge hat?[9])

Jede Gebirgsform auf der Erde ist das Resultat des Wirkens sehr vieler spezieller Gesetze, die alle zu erforschen und in ihrer besonderen Anwendung auf den einzelnen, einmaligen Fall darzustellen unmöglich ist; deshalb sind beobachtete Gleichmäßigkeiten in ihrem Werden nur eine Beschreibung der Abfolge von Erscheinungen an der Oberfläche erdgeschichtlichen Lebens, wobei die Gesamtheit der gestaltenden Kräfte erschöpfend ebensowenig gefaßt werden kann wie in



der Geschichte durch historische Gesetze bei der Darstellung des Übergangs einer historischen Zeit in eine andere, oder einer älteren wirtschaftlichen Produktionsform in eine neuere.[10]) Diese Art der Betrachtung wird der speziellen Geographie als allgemeine gegenübergestellt, welche also hier durch zwei Merkmale bestimmt ist: Vergleich und Sonderbetrachtung gleicher oder genauer ähnlicher Teile aus verschiedenen geographischen Bildern (historisch-geographischen und palaeogeographischen) einerseits, Verfolgung dieser bestimmten Teile in ihren Vorkommnissen auf der ganzen Erdoberfläche als der Grenze ihrer möglichen Existenz andererseits. Der Wert beruht in der Gewinnung genauerer Kenntnis der das geographische Bild zusammensetzenden Teile, wodurch die schärfere Fassung und tiefere Kenntnis der kausalen Verknüpftheit und des Ineinandergreifens aller Komponenten ermöglicht wird.

Von diesem Teil der allgemeinen Geographie ist ein anderer wesensverschieden, wo allgemeine Naturgesetzlichkeiten zur Erklärung geographischer Erscheinungen herangezogen werden. Die Aufgabe der Geographie sahen wir in der Beschreibung des eine Zeitspanne umfassenden Zustandes der Erdoberfläche. An diesem ihrem Gegenstand bemerkt sie nun zahlreiche, periodisch wiederkehrende Veränderungen, deren Regelmäßigkeit auf eine in ihnen sich gleichmäßig ausdrückende Gesetzlichkeit zurückzuführen sie veranlaßt wird, um der Mühe der Beschreibung jeglicher Variationen des Zustandes enthoben zu sein. So erklärt sie den Wechsel von Tag und Nacht, der Jahreszeiten und Klimaschwankungen mit Benutzung mathematischer Begriffe und Wahrheiten unter Voraussetzung der Wiederkehr gleicher Ursachen, deren Wirkungen naturgesetzlich bestimmt sind. Die Berechtigung zu dieser Voraussetzung entnimmt sie der numerischen Fülle ihrer gleichen Beobachtungen. Die Lichtverteilung auf der Erdoberfläche resultiert notwendig aus dem Begriff ihrer Gestalt als einer Kugel, der Art ihrer Drehung, und dem Einfluß eines von einer bestimmten Stelle aus leuchtenden Körpers. In großen Zügen werden also die unterschiedlichen Lichtverhältnisse erklärt aus dem mathematischen Begriff der Kugel überhaupt mit den notwendig aus diesem sich ergebenden Abschattungen bei der Erhellung von einer Stelle. Andererseits ist die Erkenntnis der lebendigen Kraft des fließenden Wassers (halbes Produkt aus der Masse und dem Quadrat der Geschwindigkeit $= \frac{Mv^2}{2}$), die an jedem Fluß gewonnen werden kann, eine „allgemein geographisch" wichtige. Zur Vereinfachung der Beschreibung ist also die Berücksichtigung des, verschiedenen individuellen Ausprägungen gemeinsamen, „allgemein Naturgesetzlichen" geographisch wichtig im Gegensatz zur geschichtlichen Behandlung des Individuellen, die mit der Biographie ihren Gegenstand hinreichend beschreibt, ohne auf psychologische Gesetzmäßigkeiten (im Sinne der experimentellen Psychologie) zurückgreifen zu müssen, da die mittels ihrer zu erklärenden Regelmäßigkeiten historisch nicht wichtig sind.

Hier bedeutet also die allgemeine Geographie die Betrachtung einer Erscheinung auf die in ihr sich äußernde allgemeine Gesetzlichkeit hin, ihre Zurückführung auf allgemein Gültiges; in der besonderen Art des Aktes der Betrachtung, welche durch eine bestimmte Interessenrichtung bedingt ist, liegt ihr eigentümlicher Charakter; von der speziellen Geographie unterscheidet sie sich hier nicht nur durch Herausbebung eines Teiles aus dem geographischen Bild, sondern auch durch die Abstraktion von allen zeitlich-räumlichen Verwirklichungen bis zur Erkenntnis der überall wirkenden Gesetzlichkeit hin. Auch bei dieser Art der allgemeinen Geographie tritt neben die verschiedene Betrachtungsweise gewöhnlich die Erweiterung des Behandlungsobjekts wie bei der Morphologie bis zur höchsten geographischen Einheit, der Erdoberfläche, obwohl natürlich die Feststellung allgemein geographischer Gesetze auch hier an jedem ihrer Teile erfolgen kann.

Diese Ausführung über das Wesen der Geographie war notwendig, um die Eigenart ihrer Teilwissenschaften zu erkennen. Auf sie verteilt die allgemeine Geographie die Untersuchung der einzelnen Teile, aus denen sich ihr Gesamtbild zusammensetzt, ihnen liegt es ob, deren Gleichheiten und Verschiedenheiten zu erklären, wobei sie natürlich immer die ganze Erdoberfläche berücksichtigen. Die Erkenntnisarten sind verschieden nach den Objekten und Zwecken; zur Erklärung periodischer Regelmäßigkeiten werden mathematische Gesetzmäßigkeiten herangezogen, zum Verständnis vorhandener Formen wird die allgemein kausale Verknüpftheit im Prozeß ihres Werdens und der Vergleich mit anderen einmalig gewordenen Formen benutzt. Die Teilwissenschaften bleiben aber immer gerichtet auf den Zweck der Erdkunde, die Beschreibung des Zustandes unserer Erdoberfläche; die mathematischen und physikalischen Gesetzmäßigkeiten, die Vergleiche und Systematisierungen vorhandener Erscheinungen sind nur Mittel, das gewaltige anschauliche Bild in allen seinen Teilen zu erkennen, und deren Wechselwirkungen zu durchschauen. Nie werden in der mathematischen Geographie die von ihr benutzten Gesetze um ihrer selbst willen behandelt, sondern nur, soweit sie zur Vereinfachung der deskriptiven Aufgabe der Geographie dienen; in der physischen Geographie werden physikalische oder chemische Gesetze nie um ihrer selbst willen erwähnt, sondern nur, soweit sie sich an der Erdoberfläche auswirken und der Erkenntnis geographisch wichtiger Erscheinungen dienen. Hiermit ist die Grundlage gegeben, von der aus nach Analogie festgestellt werden kann, wieweit die Behandlung des Menschen und seiner Vergesellschaftungen, besonders der Staaten, in die Geographie gehört und wie sich ihre Wissenschaften, menschliche und politische Geographie, gegen die anderen Wissensgebiete abgrenzen.

Die Erdoberfläche ist an vielen Stellen bedeckt mit organischen Lebewesen, Pflanzen, Tieren und Menschen; die Eigenschaft muß in der Erdkunde beschrieben werden, wenn durch sie die Erdoberfläche beeinflußt wird. Der Mensch übt nun den größten Einfluß auf die Art der Bodenbedeckung und die Veränderungen

unserer Planetenoberfläche mit den natürlichen Einwirkungen durch seine Verbreitung und Tätigkeit aus; ihm wird daher in der Anthropogeographie[11]) eine besondere Teilwissenschaft eingeräumt. Die Art, wie der Mensch auf die Erdoberfläche wirkt, ändert sich mit den Wandlungen der Kultur. Seit Beginn der geschichtlichen Zeit schließt er sich zur Steigerung seiner Leistungen in große Gemeinschaften und Verbände zusammen, die am festesten und in ihren Wirkungen am vielseitigsten dort geworden sind, wo wir sie mit dem Worte Staat zu bezeichnen pflegen. Arbeitsteilungen im größten Stil ermöglichen die gewaltigsten Lebensäußerungen und bewirken einen solchen Einfluß der Menschen auf die Natur, wie sie ihn einzeln nie würden gewonnen haben. Ganze Landschaften werden durch Rodung, Austrocknung oder Anlage von Schießplätzen, Benutzung zum Kriegführen in ihrem „natürlichen" Charakter verändert, Flußstraßen durch Kanäle verbessert und Meere bevölkert. Einheitliche Staatswillen ziehen Linien durch das Land, stecken sie mit Grenzpfählen ab, willkürlich klimatologische, hydrographische und orographische Grenzen berücksichtigend, oder sich um derlei Einteilungen auch gar nicht kümmernd. Karten werden entworfen, auf denen Länderkomplexe in gleichmäßigen Farben dargestellt sind, ohne braun und grün gezeichnete Erhebungen und Täler, also oft mit bewußter Vernachlässigung von allem geographisch Wichtigen. Wie hat die Geographie diese am nachhaltigsten auf die Erdoberfläche wirkende Erscheinung des organischen Lebens zu behandeln? Da der Staat als Summe der von ihm zusammengehaltenen Einzelnen nicht hinreichend erklärt werden kann, sondern sein eigenes Dasein mit besonderen Lebensgesetzen führt, ist sein Einfluß auf das Objekt der Erdkunde auch nicht in eine Linie zu stellen mit anderen anthropogeographischen Betrachtungen, sondern ihm als einem eigenartigen Wesen ist in seinen Äußerungen auf dem von ihm beeinflußten Boden eine besondere Behandlung zu widmen. Dieses Bedürfnis sucht die politische Geographie[12]) zu befriedigen, die jedoch sachgemäßer staatliche Geographie genannt wird, weil sie als Teilwissenschaft der Erdkunde nicht die Politik, sondern die Staaten in ihrer Beziehung zur Erdoberfläche untersucht.

ANMERKUNGEN

1) Supan, Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie, Leipzig 1918.

2) Penck, Der Krieg und das Studium der Geographie. Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin 1916, Nr. 4.

3) Kjellen, Der Staat als Lebensform, Leipzig 1917. Ich bemerke, daß der Aufsatz auf Anregung meiner Lehrer, des verstorbenen Prof. Max Weber und Herrn Prof. Haushofer entstanden ist und bereits vor einigen Jahren abgeschlossen wurde. Von der inzwischen erschienenen Literatur seien besonders erwähnt die ausgezeichneten Arbeiten Dr. Hausleiter's im „Weltwissenschaftlichen Archiv", Juli 1924, Wirtschaft und Staat als Forschungsgegenstand der Anthropogeographie und der Sozialwissenschaften und derselbe: Zur Erforschung der geographischen Einflüsse im sozialen Geschehen, Kölner Vierteljahrshefte zur Soziologie, 4. Jahrgang, 1./2. Heft 1924. Mein Aufsatz wurde nicht nach dem Stande der neuesten Literatur auf- und umgearbeitet, da ich bei meinen Anschauungen geblieben bin und die Verarbeitung der neueren Arbeiten mehr Erweiterungen und Ergänzungen als Änderungen gebracht haben würde.

4) Die Bezeichnung einer Landschaft als geographischer Individualität läßt sich nach einem Prinzip nicht festsetzen. Jeder Punkt unserer Erdoberfläche ist ein geographisches Individuum, sofern er „vermöge des organischen Zusammenhangs aller seiner Teile eine gewisse Besonderheit erlangt, die verloren ginge, wenn er geteilt würde". Auch kann sie nicht bestimmt sein als eingefaßt durch Naturgrenzen „als Linien, an welchen der lokale Charakter der in einem individualisierten Raum vereinigten Realitäten erlischt", denn der lokale Charakter des Klimas erlischt an der Grenze der Klimaprovinz, des Staates an den politischen Grenzen, der bewohnten Erdoberfläche an der Linie, die das Aufhören der menschlichen Siedlungen bezeichnet. Daß Karl Ritter nirgends eine erschöpfende Darstellung des Begriffs „geographisches Individuum" im Zusammenhang gibt, sondern sich auf stückweise Entwicklungen einzelner seiner Merkmale und gelegentliche Erklärungen beschränkt, die auf den „ersten Blick" keine Übereinstimmung verraten, liegt im Wesen dieses Begriffs, der logisch nicht einheitlich nach bestimmten Merkmalen definiert werden kann, sondern an wechselnden Objekten anschaulich gebildet wird. Die jedesmal typischen Merkmale eines geographischen Individuums herauszufinden, ist Sache des geographischen Instinkts, da z. B. das Klima für die Charakteristik einer Landschaft A gegenüber einer Landschaft C sehr viel wichtiger sein kann als für die Charakteristik einer Landschaft B gegenüber C. Die Zusammenfassung von Erdstücken zu Einheiten, sowie die Auswahl der leitenden Merkmale durch den Geographen ist der Tätigkeit eines Künstlers ähnlich, der auf einem Bilde den Teil eines Zimmers mit Tisch, Frau, Blume usw. zu einem Individuum zusammenfaßt, ohne daß natürlich bei diesem Vergleich der Unterschied in dem verschiedenen Grade möglicher Betätigung von Willkür zu übersehen ist. Dies im Gegensatz zu Emil Hölzel: Das geographische Individuum bei Karl Ritter und seine Bedeutung für den Begriff des Naturgebiets und der Naturgrenze, Hettners Geographische Zeitschrift, Bd. II (1896), S. 378 und 433ff.

5) Besonders bei Hahn, Petermanns Mitteilungen 1914, Passarge, Grundlagen der Landschaftskunde, Bd. I und II.

6) Die Beispiele, allerdings mit umgekehrter Deutung in Beziehung auf das Verhältnis der Geographie zum Ablauf in der Zeit, sind der vorzüglichen, wenn auch oft zum Widerspruch reizenden Abhandlung von Otto Schlüter: „Die Ziele der Geographie des Menschen", Berlin 1906, entnommen.

7) Vergl. Rickert, Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung, Leipzig 1902, S. 248. „Der Begriff des Historischen."

[8]) Gegen Supan a. a. O, S. 4.

[9]) Vergl. Simmel, Die Probleme der Geschichtsphilosophie, 3. Aufl. Leipzig 1907 S. 75 ff., und Schlüter a. a. O, S. 19 ff. Die Gleichstellung historisch-kausaler Zusammenhänge und ihrer teils auf Typenbildung beruhenden, teils durch historische Zusammenschau erreichten allgemeinen Erkenntnis mit natürlich kausalen Zusammenhängen, bei denen von allen historischen und damit von den hier besonders wichtigen örtlichen Verschiedenheiten absichtlich abstrahiert wird, ist der falsche Grundgedanke von Schlüters vorgeschlagener anthropogeographischer Mechanik. („Historisch" und „natürlich" auch hier im Rickert'schen Sinne gebraucht.) Die Anthropogeographie wird stets nur allgemeine Gesetzlichkeiten von der Erkenntnisart allgemein historischer und biologischer Gesetze haben, nie jedoch allgemein gültige Gesetzlichkeiten, die denen der Logik und Mathematik oder Mechanik gleichzuordnen sind.

Schlüter sagt einmal sehr schön „Die Gegenstände der Geographie sind nicht gegeben, sie müssen durch Geistestätigkeit erst gebildet werden". Diese Tätigkeit ist nicht analog den allgemein gültigen Anschauungs- und Denkformen, wie sie Kant als Bedingung aller nur möglichen Erfahrung nachweist, sondern sie ist selbst historisch-einmalig, sie ist abhängig vom allgemeinen Entwicklungsstande des Denkens und ist ihrem Wesen nach gleich dem Erkennen des Historikers. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit sind wie die Tätigkeit selbst historisch und zeitlich gültig, sie sind objektiv, werden überholt und sind doch die Bedingung der Möglichkeit von den ihnen folgenden historischen Wahrheiten, sie sind ähnlich, jedoch nicht gleich den zeitlos-gültigen, logischen und mathematischen Wahrheiten. Wie das Erkenntnisbild der Geschichte, so verändert sich auch das Erkenntnisbild der Erdoberfläche in vielen wesentlichen Bestandteilen in Wechselwirkung mit dem sich entwickelnden und erkennenden Geiste, vergl. Schlüter, Die Stellung der Geographie des Menschen in der erdkundlichen Wissenschaft in dem Bande „Die Geographie als Wissenschaft und Lehrfach", Berlin 1919, S. 32.

[10]) Ein Unterschied besteht in der Möglichkeit der Aussonderung der von einem Naturgesetz beherrschten Geschehensreihen beim geographischen Objekt, die in verschiedene Kombinationen eingesetzt sich gleich verhalten, doch wird hierdurch der Charakter der Morphologie als auch und zwar hauptsächlich einer historischen Wissenschaft nicht geändert, denn sie betrachtet die äußeren Formen als Produkte einer inneren Mechanik und geschichtlicher Einwirkung. Für jede erdgeschichtliche Epoche muß es eine eigene Morphologie geben.

Wenn man mit Philippson die allgemeine Geographie nach Teil- und Hilfswissenschaften scheidet, so wird man bemerken, daß in den Teilwissenschaften die Typisierungen mit ihren den historischen Erkenntnissen gleichgearteten Gesetzen wichtig sind, während die Hilfswissenschaften mathematische oder physikalische Gesetzlichkeiten in den Vordergrund stellen. Die Grundlagen der letzteren haben an sich mit dem Gegenstand der Geographie nichts zu tun.

[11]) Die Anthropogeographie hat, am schärfsten gefaßt, die Beeinflussung der Gesamtheit (allgemeine) bezw. von Teilen (spezielle) der Erdoberfläche durch die jetzt auf ihr wohnende Menschheit zu behandeln. Ihre Ergänzung ist die historische Anthropogeographie nach Analogie des Verhältnisses der Geographie zur Palaeo- bezw. historischen Geographie. Den Einfluß der Erdoberfläche auf die Entwicklung der Menschheit behandelt dagegen die Anthropologie als allgemeine Wissenschaft vom Menschen überhaupt im Zusammenhang mit anderen seine Geschichte bestimmenden Motiven, wie soziale Struktur, geschichtliche Erlebnisse, fremde Einflüsse. Die Unterscheidung dieser Begriffe ist zur Vermeidung folgenschwerer Irrtümer notwendig.

[12]) Das Wort „politisch" als attributive Bestimmung zur Geographie ist nicht sehr glücklich gewählt, um die Forschungen des Einflusses der Staaten auf ihre Gebiete zu bezeichnen; denn mit dem Wort politisch wird die Vorstellung einer Tätigkeit oder Betrachtung verbunden, welche auf die Beeinflussung oder

Änderung vorhandener Verhältnisse ausgeht. Außerdem ist der Begriff politisch-geographisch weiter als der auch in der bisherigen politischen Geographie behandelte Fragenkreis, da innerhalb einer Handelsgesellschaft die Politik einer bestimmten Gruppe die Begründung einer Niederlassung an einem Ort verursacht haben kann, einen Vorgang, der nie in einer noch so umfassenden politischen Geographie behandelt werden würde. Der Ansatz zu dieser Erweiterung, für die keine Schranken zu setzen wären, findet sich bei Kjellen, a. a. O., S. 46, wo der politischen Geographie das Studium der „Erde als Wohnstätte menschlicher Gemeinwesen in ihren Beziehungen zu den übrigen Eigenschaften der Erde" zugewiesen wird. Die Unklarheit und Vieldeutigkeit des Ausdruckes hat beigetragen zur steten Vermengung oder Verbindung der Betrachtungen des tatsächlichen Einflusses der Staaten auf den Boden mit politischen Darstellungen, durch welche nach irgend einer Richtung hin das Verhältnis von Staaten zu ihrem Boden zu beeinflussen getrachtet wird oder über die Beschreibung hinaus Wachstumstendenzen und dergleichen festgestellt werden. Da sich aber die Zusammenfassung aller die Beziehungen der Staaten zu ihrem Boden betreffenden Fragen unter dem Begriff „politische Geographie" nicht mehr wird beseitigen lassen, ist die schärfste Scheidung ihrer Unterabteilungen um so notwendiger. Wie die politische Ökonomie, Beschreibung, Geschichte, Theorie und Politik als die vier durch die Natur ihrer Aufgaben ermöglichten Teile der Wissenschaften von der Volkswirtschaft in sich befaßt, gehören zur politischen Geographie sowohl geographische wie historische und politische Forschungen, die getrennt zu behandeln sind und verschiedenen Wissensgebieten zugeteilt werden müssen.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ (HAMBURG)

Bevölkerungsbewegung

1. Europa.

Jahre	Absolute Zahlen in vollen Tausenden				Auf 1000 Einwohner				Zahlen in vollen Tausenden
	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Geburten-überschuß	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbene unter 1 Jahr auf 100 Lebendgeborene	
1913	513	1839	1005	834	7,7	27,5	15,1	15,1	1. DEUTSCHLAND. Gesamtbevölkerung am 8. 10. 1919: 59856.[1])
1918[2])	353	927	1606	—680	5,4	19,3	24,7	15,4	
1919[3])	844	1261	978	282	13,4	20,0	15,5	14,5	
1922[5])[6])	674	1381	867	514	11,1	22,8	14,3	12,9	
1923[4])[5]) 1. Viertelj.	128	353	255	99	8,3	23,0	16,5	14,6	
1913	196	865	590	275	6,7	29,7	20,3	19,0	2. ÖSTERREICH, altes Gebiet. Gesamtbevölkerung am 31. 15. 1910: 28325.
1913	46	154	118	35	7,1	23,7	18,3	—	3. REPUBLIK DT. ÖSTERREICH. Gesamtbevölkerung am 7. 3. 1923: 6527.[5])
1918	41	88	165[7])	— 77	6,6	14,1	26,4	19,3	
1919	76	111	125	— 15	12,3	18,0	20,3	15,6	
1922	71	142	107	34	11,4	22,7	17,2	—	
1913[8])	70	263	183	80	—	—	—	—	4. TSCHECHOSLOWAKEI. Gesamtbevölkerung am 15. 2. 1921: 13611.
1918[8])	56	114	236	—122	—	—	—	—	
1919[9])	184	305	248	53	—	—	—	—	
1920[10])	170	360	256	103	—	—	—	—	
1921[10])	163	396	242	155	12,0	29,1	17,8	—	
1913	195	736	501	235	9,1	34,5	23,5	20,1	5. UNGARN. Gesamtbevölkerung am 31. 12. 1910: 20886 und am 31. 12. 1920: 7980.
1918[11])	127	281	473	—192	6,9	15,4	25,9	21,7	
1919	154	212	153	60	19,8	27,3	19,6	15,8	
1922	85	237	167	69	10,5	29,4	20,8	20,0	
1913	27	90	55	34	7,0	23,2	14,3	9,6	6. SCHWEIZ. Gesamtbevölkerung am 1. 12. 1920: 3880.
1918	26	73	75	— 2	6,7	18,7	19,4	8,8	
1922	30	76	50	26	—	—	—	—	
1913	61	171	111	60	8,0	22,4	14,6	13,1	7. BELGIEN. Gesamtbevölkerung am 31. 12. 1920: 7406.[12])
1918[13])	44	85[14])	157[14])	— 72	5,8	11,3	20,8	14,6	
1919[13])	97	123	113	10	12,8	16,3	15,0	10,3	
1922	—	153[14])	104[14])	49	—	20,4	13,9	—	
1913	48	174	76	98	7,9	28,3	12,4	9,1	8. NIEDERLANDE. Gesamtbevölkerung am 31. 12. 1920: 6865.
1918	50	168	115	52	7,4	25,0	17,2	9,3	
1919	58	164	90	75	8,6	24,4	13,3	8,4	
1922	61	182	80	102	8,7	25,9	11,5	6,7	

Jahre	Absolute Zahlen in vollen Tausenden				Auf 1000 Einwohner				Zahlen in vollen Tausenden
	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Geburten-überschuß	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbene unter 1 Jahr auf 100 Lebendgeborene	
1913[15])	299	746	702	43	7,5	18,8	17,7	11,2	9. FRANKREICH. Gesamtbevölkerung am 6. 3. 1921: 39 210.
1918[16])	178	399	722[16])	—323	5,4	12,1	24,0	14,0	
1919[16])	447	403	617[16])	—213	13,8	12,4	19,2	12,3	
1922[16])	383	760	689	71	9,7	19,3	17,5	—	
1913	264	1122	664	459	7,5	31,7	18,7	13,8	10. ITALIEN. Gesamtbevölkerung am 1. 12. 1921: 38 836.
1918[18])	106	640	1166[17])	—526	3,0	18,1	33,0	—	
1919[19])	314	755	677	— 78	8,8	21,2	19,0	—	
1921[20])	418	1086	625	461	11,7	30,4	17,5	—	
1913	132	618	449	169	6,8	30,4	22,1	15,5	11. SPANIEN einschl. Kanar. Inseln. Gesamtbevölkerung am 31. 12. 1920: 21 338.
1918	141	613	696	— 83	6,7	29,1	33,1	18,3	
1919	167	585	483	103	8,0	28,2	23,2	15,6	
1922	163	657	441	215	7,6	30,5	20,5	14,5	
1913	40	200	125	75	6,6	33,0	20,6	—	12. PORTUGAL einschl. Madeira und Azoren. Gesamtbevölkerung am 1. 12. 1920: 6033.
1918	31	181	253	72	4,9	28,6	40,0	—	
1919	49	168	154	14	7,6	26,3	24,1	—	
1921	53	199	126	73	8,4	31,8	20,1	—	
1913	287	882	505	377	7,8	24,1	13,8	10,8	13. GROSSBRITANNIEN UND IRLAND. England und Wales: Gesamtbevölkerung am 19. 6. 1921: 37 885.[5])
1918	287	663	612[21])	51	7,6	17,7	17,6[22])	9,7	
1919	369	692	504	188	9,8	18,5	13,7	8,9	
1922	299	780	487	293	7,8	20,4	12,8	7,7	
1913	33	121	73	47	7,1	25,5	15,5	11,0	Schottland. Gesamtbevölkerung am 19. 6. 1921: 4882.
1918	35	99	78	20	7,2	20,5	16,3	10,0	
1919	44	106	75	31	9,1	22,0	15,6	10,2	
1922	34	115	73	42	7,0	23,5	14,9	10,1	
1913	22	100	75	25	5,1	22,8	17,1	9,7	Irland. Geschätzte Bevölkerung Mitte 1921: 4496.
1918	23	87	79	9	5,1	19,8	17,9	8,6	
1919	27	89	79	11	6,1	20,0	17,6	9,0	
1921	23	91	64	27	5,2	20,2	14,2	7,7	
1922[5])	15	59	45	14	4,8	18,6	14,1	6,8	Irischer Freistaat. Geschätzte Bevölkerung Mitte 1922: 3160.
1913	20	72	35	37	7,2	25,6	12,5	9,4	14. DÄNEMARK. Gesamtbevölkerung einschl. Nord-Schleswig am 1. 2. 1921: 3268.
1918	23	73	39	33	7,6	24,1	13,0	7,4	
1919	25	69	40	29	8,2	22,6	12,9	9,2	
1922	26	74	39	34	7,9	22,3	11,9	6,9	
1913	33	130	77	53	5,9	23,2	13,6	7,0	15. SCHWEDEN. Gesamtbevölkerung am 31. 12. 1920: 5904.
1918	39	117	104	13	6,7	20,3	18,0	6,5	
1919[5])	46	115	84	30	6,9	19,6	14,4	—	
1922[5])	37	117	76	40	6,1	19,6	12,4	—	
1913	15	62	32	30	6,2	25,2	13,1	6,4	16. NORWEGEN. Gesamtbevölkerung am 1. 12. 1920: 2632.
1918	20	63	44	20	7,8	24,5	16,9	6,3	
1919	15	59	36	23	5,9	22,7	13,8	6,2	
1922[5])	17	65	32	33	6,4	24,2	11,9	—	

Jahre	Absolute Zahlen in vollen Tausenden: Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Geburten-überschuß	Auf 1000 Einwohner: Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbene unter 1 Jahr auf 100 Lebendgeborene	Zahlen in vollen Tausenden
1913	19	87	52	35	5,9	27,1	16,1	11,3	17. FINNLAND. Gesamtbevölkerung am 31. 12. 1920: 3365.
1918	15	79	95	— 15	4,5	23,8	28,5	11,5	
1919	19	64	63	1	5,7	19,2	18,9	13,5	
1921	24	82	47	35	7,0	24,1	13,9	9,5	
1911	942	5266	3222	2043	8,2	43,7	26,7	—	18. RUSSLAND, europ., ohne Finnland (50 Gouvernements). Geschätzte Bevölkerung am 1. 1. 1912: 122550.
1912	—	5238	3186	2052	—	42,2	25,7	—	
1917	49	—	214	—	—	—	—	—	19. POLEN. Gesamtbevölkerung am 30. 9. 1921: 27179.
1918	64	213	248	—	—	—	—	18,6	
									a. Ehem. Kongreßpolen (unvollständige Angaben)[23].
1920	34	95	53	42	11,2	32,5	18,9	—	b. Ehem. Preußisch-Polen[24].
1921	31	95	53	41	10,6	32,6	18,4	—	
1922	27	100	51	48	9,1	34,3	17,8	—	
1922	15	54	35	19	6,3	22,4	14,4	16,8	20. LITAUEN. Geschätzte Bevölkerung Ende 1922: 2404.
1922	15	40	22	18	7,5	20,5	11,4	9,3	21. LETTLAND. Gesamtbevölkerung am 14. 6. 1920: 1596.
1922	10	21	18	3	8,6	19,3	16,4	10,8	22. ESTLAND. Gesamtbevölkerung am 28. 12. 1922: 1111.
1912	13	114	63	51	4,4	38,1	21,1	—	23. SERBIEN. Gesamtbevölkerung am 31. 12. 1910: 2912.
1910	39	180	100	80	9,0	41,4	23,2	15,9	24. BULGARIEN. Gesamtbevölkerung am 31. 12. 1920: 4861.[5]
1913[25]	24	108	120	— 12	5,8	23,0	26,0	—	
1918	44	99	142	— 43	9,3	20,8	29,9	13,8	
1919	76	157	95	62	15,9	32,8	19,9	10,9	
1913	67	310	192	118	9,2	42,1	26,1	20,2[5]	25. RUMÄNIEN. Gesamtbevölkerung am 19. 12. 1912: 7235. Ende 1922 Schätz.: 17393.
1918[26]	57	103	297	— 194	—	—	—	30,1	
1919[27]	107	366	328	38	—	—	—	19,3	
1920[28]	137	376	298	78	—	—	—	23,1	
1922	3	13	9	5	3,2	15,2	9,8	—	26. ALBANIEN. Geschätzte Bevölkerung Ende 1922: 877.
1921	34	118	76	42	6,1	21,4	13,8	6,8	27. GRIECHENLAND. Gesamtbevölkerung am 18. (31.) 12. 1920: 5536.

Anmerkungen.

[Alle Zahlenangaben in Tausenden.]

1) Nach dem Gebietsumfang vom 31. 3. 1920.

2) Ohne Elsaß-Lothringen (1916: Eheschließungen 274 = 4,2 ‰, Lebendgeborene 1008 = 15,3 ‰, Gestorbene 1268 = 19,2 ‰); im Jahre 1913 betrugen für Elsaß-Lothringen die Eheschließungen 13 (= 6,9 ‰), die Lebendgeborenen 44 (= 23,3 ‰), die Gestorbenen ohne Totgeborene 29 (= 15,4 ‰) sowie die im ersten Lebensjahr Gestorbenen 6 (= 14,1 ‰ der Lebendgeborenen).

3) Ohne den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen.

4) Siehe Anmerkung 2 und 3, ferner ohne das Saargebiet.

5) Vorläufige Zahlen.

6) Ohne die beiden Mecklenburg.

7) Nur die im Hinterland Gestorbenen.

8) Böhmen und Mähren mit dem Troppauer Gebiet, jedoch ohne das Veitra-, Feldsberger und Hultschiner Gebiet.

9) Tschechoslowakei ohne das Veitra-, Feldsberger und Hultschiner Gebiet.

10) Ohne das Veitra- und Feldsberger Gebiet.

11) Ohne Kroatien-Slavonien.

12) Ohne Eupen und Malmedy (60).

13) Ohne etwa 60 Gemeinden West-Flanderns.

14) Wohnbevölkerung.

15) Einschließlich Elsaß-Lothringen 312 Eheschließungen, 790 Lebendgeborene und 731 Gestorbene (nach französischen Angaben).

16) 1914—19 nur 77 Departements, die Todesfälle betreffen lediglich die Zivilbevölkerung; seit 1920 90 Departements.

17) Einschließlich einer ganz kleinen Zahl von in den gewöhnlichen Hospitälern an Kriegsfolgen Gestorbenen, für welche von den kommunalen Standesämtern Sterbescheine ausgestellt wurden; bei Einbeziehung der übrigen Kriegssterbefälle stellte sich die Gesamtsterblichkeit wie folgt:

	An Kriegsfolgen Gestorbene, für welche keine Sterbescheine eingesandt wurden	Gesamtsterblichkeit	‰ der Bevölkerung
1915	69	811 =	22,3
1916	134	856 =	23,3
1917	247	929 =	26,1
1918	110	1276 =	36,1

18) Ohne 235 Gemeinden Venetiens.

19) Ohne 87 Gemeinden Venetiens.

20) Die Angaben von 269 (fast nur ganz kleinen Gemeinden) fehlen.

21) Einschließlich Militärpersonen.

22) Zivilbevölkerung.

23) Bevölkerung am 30. 9. 1921: 10529.

24) Bevölkerung am 30. 9. 1923: 2914.

25) Ohne die an Rumänien abgetretene Dobrudscha und die neuerworbenen Gebiete Thraziens und Mazedoniens.

26) Ohne die Dobrudscha.

27) Altrumänien und Beßarabien.

28) Alt-Rumänien, Beßarabien und die Bukowina.

E. OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT

Während in den übrigen Erdteilen die Politik mehr und mehr dazu übergeht, in großen Dimensionen zu denken und die Belange ihres Gesamtgebietes in den Vordergrund zu rücken, bietet Europa auch zu Beginn des Jahres 1925 das Bild völliger Zerrissenheit. Noch immer findet die Vielzahl der Staaten keinen Weg aus den schweren Wirrnissen des Weltkrieges heraus; nahezu jeder einzelne Staat verfolgt besondere Ziele, man schwankt zwischen Territorial- und Nationalpolitik und fühlt bei alledem die ungeheure Problematik, die durch Völkerbund, Bolschewismus usw. heraufbeschworen worden ist. Der Regierungswechsel in Großbritannien hat die europäische Lage zweifellos noch verschärft, denn die englischen Konservativen treiben eine radikale Empirepolitik und benutzen die kontinental-europäischen Fragen lediglich dazu, um durch geschickte Kombinationen und Konzessionen die Ziele ihrer imperialistischen Politik zu fördern.

Da von keiner Seite der Mut bekundet wird, das „Problem Europa" anzupacken, in seiner Ganzheit und Tiefe zu erfassen und zielbewußt einer Lösung entgegenzuführen, so flammen die Brandherde allenthalben machtvoll auf. Drei Konfliktszonen heben sich deutlich voneinander ab:

1. das Gebiet des zentraleuropäischen Konfliktes, im wesentlichen die Auseinandersetzung Deutschland-Frankreich, und somit vor allem an den Rhein gebunden;
2. das osteuropäische Konfliktsgebiet, zum einen hervorgerufen durch die Bildung der baltischen Randstaaten, zum andern durch die politischen Neugestaltungen auf der Balkan-Halbinsel.
3. das nordafrikanisch-vorderasiatische Konfliktsgebiet von Marokko bis Ägypten—Arabien—Mesopotamien, die Auseinandersetzung zwischen den europäischen Kolonialmächten, Spanien, Frankreich, England und den immer stärker dem Panislamismus zuneigenden Eingeborenen.

Der 10. Januar rückt heran, und noch heute sind sich Engländer und Franzosen nicht darüber einig, wie sie die Fortdauer der Besetzung des Kölner Gebietes bemänteln sollen. Fest steht nur die Tatsache, daß der Versailler Vertrag von dem Feindbund gebrochen wird, daß die Engländer einstweilen in Köln verbleiben. Nicht nur als Deutscher, sondern auch als Europäer empfindet man über dieses schamlose Vorgehen tiefste Verachtung und Empörung. Der Reichswehrminister Geßler hat bündig nachgewiesen, daß alle Meldungen über angebliche deutsche Rüstungen Schauermärchen sind und nichts mehr. Jeder unparteiisch Urteilende wird zu der Erkenntnis kommen, daß gründlicher als in Deutschland die Abrüstung in keinem Staate der Welt besorgt wurde, und daß es geradezu lächerlich wirkt, von einem deutschen Revanchekrieg und dessen Vorbereitung zu sprechen. Es gibt in der Tat nur ein einziges Mittel, das friedliebende, waffenlose deutsche Volk in eine Revanchestimmung hineinzuhetzen und den Willen nach einem Verzweiflungskampf mit Frankreich zu wecken, und dieses Mittel lautet: Fortsetzung der erpresserischen Sanktionspolitik, weitere Demütigung unseres wehrlosen Vaterlandes, erneuter schwerer Wortbruch der Entente.

Aus welchen Gründen Herriot sich entschloß, seine bisherige Politik eines friedlichen Ausgleiches mit Deutschland zu verlassen, ist im Augenblick nicht mit völliger Sicherheit zu sagen. Gewiß spielen innerpolitische Gründe dabei eine

Rolle, vor allem die Sorge Herriots, bei Fortsetzung der Ausgleichspolitik von der Gruppe Briand-Loucheur gestürzt zu werden. Daneben mag von Bedeutung sein, daß die Freigabe der Kölner Zone die Franzosen im Ruhrgebiet isolieren würde. Schließlich könnte darauf hingewiesen werden, daß die Übergabe von Koblenz an die Engländer den Franzosen die alleinige Verfügung über die Moseltalbahn und damit die einzige das Saargebiet nicht berührende Verbindung Frankreich—Mittelrhein nehmen würde. Aber ist das alles zusammengenommen ein Grund, um feierlich besiegelte und immer wieder als heilig-unantastbar gepriesene Verträge zu brechen? Wir neigen der Ansicht zu, daß Frankreich wieder einmal den Lockrufen der englischen Tories erlegen ist. England braucht zur Durchführung seiner imperialistischen Politik freie Hand und das Wohlwollen Frankreichs. In Nordafrika vor allem und im nahen Orient könnte Frankreich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten bereiten, wenn es mit Großbritannien nicht gut stünde. Um das zu vermeiden und Frankreichs Blicke von den weltpolitischen Schachzügen der Engländer abzulenken, wird nach altbewährtem Rezept der europäische Kontinent wieder einmal skrupellos geopfert. Daher das ungestüme Liebeswerben Chamberlains und das Vorgaukeln einer neuen intimen Entente cordiale, daher Churchills Versicherung, Frankreich müsse sein und bleiben der „Gendarm“ gegenüber Deutschland, daher das Trugbild eines heimlich mit Waffenlagern erfüllten, revanchelüsternen Deutschen Reiches.

Und der Völkerbund? Lebt er überhaupt noch? Haben die hierfür alljährlich aufgebrachten vielen Millionen Goldfranken tatsächlich noch einen anderen Zweck, als der Gewaltpolitik Großbritanniens und Frankreichs zu dienen? Das Genfer Protokoll wird sang- und klanglos zu den Akten gelegt, der Protest Ägyptens nicht beachtet, die vertragswidrige Fortdauer der Besetzung der Kölner Zone rührt keinen der gut besoldeten Völkerbundsherren. Man mag zu der Idee des Völkerbundes stehen, wie man will; in diesen sogenannten Völkerbund darf Deutschland nicht eintreten, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß schleunigst eine grundlegende Revision vorgenommen wird und aus der englisch-französischen Aktiengesellschaft wirklich ein Bund der Nationen entsteht.

Ein wahrhafter Völkerbund wird sich auch eingehend mit dem zweiten großen europäischen Problem beschäftigen müssen, den im Verlaufe des Weltkrieges neu entstandenen oder wesentlich umgestalteten Staaten an der Schwelle von Osteuropa. All die baltischen Randstaaten, von Finnland über Estland, Lettland, Litauen bis hinunter nach Polen befinden sich noch immer in schweren Krisen, und es ist vorerst nicht abzusehen, wohin hier die Entwicklung führt. Die westeuropäischen Politiker, die vom grünen Tisch aus die Staaten schufen, dachten es sich so einfach, einen Wall zu errichten zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem übrigen Europa. Nun zeigt sich nur zu deutlich, daß diese Konstruktion schwerlich lebensfähig ist. Überall bereitet das Nationalitätenproblem größte Schwierigkeiten, von einer wirtschaftlichen Selbständigkeit kann kaum irgendwo die Rede sein, und auch politisch können diese Staaten nicht eigene Wege gehen, weil sie als Pufferstaaten zwischen Ost und West zu stark von den beiderseitigen Nachbarn abhängig sind.

Die Frage der Behandlung der nationalen Minderheiten ist für das gesamte östliche Europa von grundlegender Wichtigkeit. In seiner Genfer Rede hat Graf Apponyi einige Zahlen über die unter fremder Herrschaft stehenden Minoritäten angegeben: in Polen etwa $8^1/_2$ Mill. unter $27^1/_2$ Mill. Staatsangehörigen, in der Tschechei $4^4/_5$ Mill. unter $13^1/_2$ Mill., in Rumänien $4^1/_2$ Mill. unter 16 Mill., in Südslawien etwa $2^2/_5$ Mill. unter 12 Mill., in Ungarn $1^1/_5$ Mill. unter 8 Mill., in Litauen 900 000 unter $2^1/_2$ Mill. in Lettland 435 000 unter 1,85 Mill., in Estland 81 000 unter $1^1/_4$ Mill., in Finnland 410 000

unter 3⅗ Mill. Und das alles im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Nationalstaates! — Nur Finnland darf sich rühmen, ein musterhaftes Minderheitenrecht geschaffen und durchgeführt zu haben; die Fremdstämmigen genießen dort volle Sprachfreiheit, verfügen über ihre eigenen Schulen und haben dank dem neuen Wahlgesetz die Möglichkeit, auch politisch zur Geltung zu kommen. Überall sonst vermögen die Minoritäten bestenfalls durch Selbsthilfe ihre kulturelle Eigenart zu erhalten (Selbstbesteuerung der Deutschen in Dorpat!) und kämpfen im übrigen einen Verzweiflungskampf gegen die brutale Unterdrückungspolitik der Regierungen. — Ganz besonders kritisch ist die Situation in Polen. Nicht nur die Deutschen, sondern auch die Weißrussen und Ukrainer werden durch eine verfehlte Gewaltpolitik dem Staate gänzlich entfremdet, ja geradezu zu einem Haß gegen die Staatsnation erzogen.

Zu allen diesen Schwierigkeiten gesellt sich nun die trostlose wirtschaftliche Lage. Auch hier offenbart sich im Grunde wieder nur die Sinnlosigkeit der Randstaaten-Politik. Die Agrarreformen der baltischen Pufferstaaten bedeuteten im wesentlichen eine Zerstörung der wirtschaftlich leistungsfähigsten Betriebe. Die stark überwiegenden Zwergwirtschaften, die in Polen bei der Zerschlagung des Großbesitzes entstanden sind, weisen selbst hinsichtlich des Getreideanbaues so schlechte Ertragsziffern auf, daß Polen trotz leidlich günstigen Klimas und relativ fruchtbaren Bodens ein enormes Getreidedefizit zu verzeichnen hat. Die Passivität der polnischen Zahlungsbilanz geht nicht zum wenigsten auf die große Lebensmitteleinfuhr zurück. — Günstiger haben sich die Verhältnisse in Litauen und Lettland entwickelt, wo der Staat mit allem Eifer auf die Hebung der Agrarproduktion bedacht war, so daß zum Beispiel Litauen seine Handelsbilanz im ersten Halbjahr 1924 durch starken Agrarexport aktiv zu gestalten wußte. Nach dem „Wirtschaftsdienst“ betragen hier die Ernteüberschüsse (in 1000 t)

	1924	1923
Roggen	72,4	47,3
Gerste	52,2	11,3
Erbsen und Bohnen	23,8	14,8
Hafer	35,4	21,8
Kartoffeln	105,4	34,2
Flachssamen	28,2	16,7
Flachs	25,1	19,3

Geradezu hoffnungslos sieht es dagegen wieder in Esthland aus. Wenn hier die Bauern das Ackerland nur immer auf ein Jahr verpachtet bekommen und nie wissen, ob die Pachtverträge erneuert werden, so versteht es sich von selbst, daß die Produktivität sehr leidet.

Wenn nun wenigstens Industrie und Handel den Fehlbetrag der landwirtschaftlichen Produktion auszugleichen vermöchten; aber davon ist im Bereich der osteuropäischen Randstaaten kaum irgendwo die Rede. Das deutlichste Beispiel hierfür bietet Polen. Die Textilindustrie arbeitet im Höchstfalle 4 bis 5 Tage in der Woche, Holz- und Metallindustrie stehen weit hinter der Friedensleistung zurück, viele andere Wirtschaftszweige liegen ganz darnieder. Die Ursache hierfür ist in fast allen Fällen dieselbe: Kapitalmangel, geringe Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes, Konkurrenzunfähigkeit auf den europäischen Märkten und vor allem das Verschlossensein des unentbehrlichsten Absatzmarktes, Rußland.

Im wesentlichen dasselbe Bild bieten die baltischen Nachbarstaaten. Sie alle sind eben wirtschaftlich so stark mit Rußland verbunden, daß eine politische Abschnürung schwere wirtschaftliche Schäden im Gefolge haben muß. Wie hier eine Besserung erzielt werden soll, ist schlechterdings unerfindlich, denn der Westen, der durch Kapitalüberlassung allenfalls helfen könnte, hat kein Interesse daran, sich hier eine Konkurrenz zu züchten.

In der Politik spiegelt sich das unglückselige Hin und Her zwischen West und Ost deutlich wieder. Riesenbeträge wirft zum Beispiel Polen alljährlich für den militärischen Schutz seiner

Ostgrenze aus, Riesenbeträge muß es dafür aber auch nach dem Westen abführen als Verzinsung und Tilgung der ihm gewährten Anleihen. Wie wird Europa sich verhalten, falls sich bolschewistische Vorstöße nach Art des Revaler Putsches (November-Dezember 1924) in größerem Stile wiederholen? Wird man einen neuen Weltkrieg wagen, um die kleinen, ohne fremde Hilfe unrettbar verlorenen Randstaaten am Leben zu erhalten? Fragezeichen und immer wieder Fragezeichen! Ohne eine grundlegende Neueinstellung der gesamten europäischen Politik wird auch diese Wunde niemals heilen.

Die große osteuropäische Konfliktszone reicht im Grunde bis zur Balkan-Halbinsel hinunter. Das albanische Durcheinander, das gegenwärtig im Vordergrunde des Interesses steht, werten wir lediglich als ein Symptom dafür, daß auch auf dem Balkan eine Fülle von Problemen eigentlich noch der Lösung harrt. Von ihnen ist die Frage nach dem endgültigen Schicksal des Pufferstaates Albanien nicht einmal die wichtigste. Ob der mehr nach Südslawien neigende Achmed Bey Zogu oder der italienfreundliche Fan Noli die Oberhand gewinnt, spielt keine entscheidende Rolle. Das seit dem 28. Dezember 1912 selbständige Albanien wird in jedem Falle auch weiterhin den Zankapfel bilden zwischen dem begehrlich nach Skutari schauenden Jugoslawien und dem nimmersatten Italien, dessen Mare nostro-Politik in der Adria die Einverleibung wenigstens von Durazzo und Valona fordert. Was das albanische Volk dazu sagt? Nebensache! Wozu leben wir im Jahrhundert des Selbstbestimmungsrechtes! Notfalls werden Volksabstimmungen pro oder contra „gemacht", damit wenigstens die äußere Form gewahrt bleibt. Hohlheit und Halbheit, wohin man schaut, und das Ergebnis selbstverständlich eine permanente Spannung und Kriegsgefahr.

Auch abseits von Albanien besteht heute mehr denn je das alte Wort zu Recht „les pays balcaniques, pays volcaniques". In Südslawien hat der Gegensatz zwischen den Serben und den Kroaten wieder einmal zu einer schweren Erschütterung dieses Pseudonationalstaates geführt. Der kroatische Bauernführer Raditsch sollte sich angeblich mit den Bolschewisten verbunden haben, um spätestens bis Ende Januar 1925 eine bolschewistische Revolution in Kroatien zu entfachen. Gleichzeitig war der Einfall bulgarischer und albanischer Banden in Südslawien geplant. Ehe es zur Tat kam, wurde Raditsch verraten und mußte fliehen. Paschitsch führt jetzt wieder das Regiment; ob er jedoch nunmehr eine Mehrheit in der Skupschtina finden wird, erscheint mindestens zweifelhaft. Das Verbot der kroatischen republikanischen Bauernpartei bildet dafür ebensowenig eine Gewähr wie einstens das Verbot des deutschen Kulturbundes und der ungarischen Organisationen. — Daß ein derartig mit dem Nationalitätenproblem ringender Staat nicht die Kraft aufbringt, sein Wirtschaftsleben energisch auszugestalten, wird nicht eben wundernehmen. Die landwirtschaftlichen Industrien Südslawiens, denen zweifellos eine große Zukunft bevorsteht, kranken an Kapitalnot und Absatzmangel. Dazu kommen die hohen Transportkosten und Ausfuhrzölle, die bisweilen zu wahrhaft kuriosen Absonderlichkeiten führen: die Fracht für einen Waggon Mehl aus Serbien nach Saloniki ist höher als die Transportkosten für einen Waggon Mehl von Amerika nach Saloniki!

Nicht viel besser als in Jugoslawien ist es um die übrigen Balkanstaaten bestellt. Die türkisch-griechische „Bereinigung" ist zwar jetzt glücklich beendet worden, doch steht die Festsetzung der entmilitarisierten Zone an der Maritza noch aus, und die Brutalität, mit der die Austreibung der Griechen aus Konstantinopel durchgeführt wird, tut das ihre, um eine starke Spannung zu erhalten. — Rumänien, auch ein Muster der modernen „Nationalstaaten", hat den Sachsen soeben für den Loyalitätsbeschluß von Mediasch (1919) in seiner Weise gedankt, indem das Ackerbauministerium den gesamten Bodenbesitz der Siebenbürgischen Gemeinschaft für den



Staat enteignete. Nicht minder brutal geht man in Beßarabien vor, während die Bolschewisten als klugen Schachzug jenseits der Grenze den autonomen Moldau-Staat gründen. Neid und Haß, Engherzigkeit und Ichsucht auf der ganzen Linie auch in diesem Teile des ewig uneinigen Europa.

Wir nannten oben als dritte Konfliktszone die mediterranen Küstenländer des afrikanischen Kontinents und Vorderasien. Die geopolitischen Probleme Vorderasiens sollen in dem nächsten Bericht ausführlich behandelt werden. In Nordafrika geht es jetzt mehr denn je um die alten Gegensätze: National- oder Territorialpolitik. „Ihr Nordafrikaner seid für Selbstbestimmung noch nicht reif", sagen die europäischen Kolonialmächte, um ihre nackte Territorialpolitik zu bemänteln. „Wir brauchen euch nicht mehr", schallt es ihnen entgegen, „wir wollen die Geschicke unserer Länder selbst in die Hand nehmen". Dieser leidige Gegensatz hat ganz Nordafrika in Brand gesteckt. In Ägypten beantworteten die Engländer die Ermordung des Sirdar Sir Lee Stack (19. November 1924) mit einem Ultimatum von außerordentlicher Schärfe. Die Unabhängigkeitserklärung vom 15. März 1922 ist damit nahezu aufgehoben, der Brite wieder Herr im Nilstaat. Geschäftstüchtig wie immer benutzen die Engländer die Gelegenheit, um die Sudanfrage in ihrem Sinne zu regeln und sich die wichtigen Baumwollgebiete zu sichern. Glaubt man wirklich, mit einer solchen Gewaltpolitik die nationale Bewegung in Ägypten auf die Dauer niederhalten zu können? Und wo bleibt der Völkerbund, der Recht und Gericht an die Stelle der Gewalt zu setzen versprach? Schmählicher als in diesem Falle ist das Prinzip des Völkerbundes nur noch uns Deutschen gegenüber verletzt worden! Man sieht auch hier wieder, daß der jetzige Völkerbund nur dazu da ist, das Recht zu beugen im Interesse derjenigen Staaten, die die Macht besitzen.

Seit langem gärt es auch in Tunesien. Frankreich sieht sich hier einer Unabhängigkeitsbewegung gegenüber, die von Monat zu Monat gefahrdrohender wird und eine besondere Note dadurch erhält, daß kommunistische Ideen Eingang gefunden haben. Namentlich die italienischen Arbeiter — Tunis weist eine Europäerbevölkerung von 156 000 Seelen auf, davon 54 000 Franzosen und 98 000 Italiener und Malteser! — scheinen einen guten Boden für die revolutionären Ideen abzugeben. Einstweilen glaubt Frankreich die Situation meistern zu können durch die platonische Erklärung, es wolle die Wünsche der Tunesier nach Selbstverwaltung erfüllen, soweit dies mit den politischen Rechten Frankreichs vereinbar sei. Damit ist natürlich viel und nichts zugleich gesagt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß früher oder später auch in Tunis ernste Unruhen zu erwarten sind.

Am heftigsten tobt der Kampf gegenwärtig in Marokko. Die Spanier haben in ihrer Zone Niederlage auf Niederlage erlitten. Unter der Führung Abd-el-Krims bedrängen jetzt die Riffkabylen die Spanier derartig, daß sich die spanische Macht tatsächlich nurmehr auf einige wenige Küstenplätze beschränkt und auch die übrigen europäischen Besitzungen in Marokko durch diese Bewegung ernsthaft gefährdet werden. Frankreich fürchtet nicht ohne Grund, daß seine Herrschaft in Marokko ins Wanken gerät, wenn den Kabylen nicht endlich Halt geboten wird. Ein Eingreifen Frankreichs aber läge durchaus nicht im Sinne der englischen Politik, weil dann möglicherweise der Eingang ins Mittelmeer durch französische Kanonen versperrt werden könnte. Andererseits aber wünscht auch England dringend, daß die Kabylen unter keinen Umständen die Oberhand behalten, da in diesem Falle eine allgemeine fremdenfeindliche islamische Bewegung in ganz Nordafrika losbrechen würde. Was schließlich daraus werden soll und wie ein Ausgleich zwischen den französischen und den britischen Belangen

gefunden werden kann, weiß kein Mensch. Der Völkerbund, der selbst ja in der Hauptsache von Franzosen und Engländern geleitet wird, dürfte in diesem Falle schwerlich als Schiedsrichter in Frage kommen und wird auch hier wieder seine Kraftlosigkeit bekunden. Trotz aller schönen Redensarten von Weltfrieden, Selbstbestimmungsrecht usw. wird auch in Marokko letzten Endes nur die Gewalt entscheiden.

Es sieht düster aus in Europa. Weiter denn je sind wir von einem Europäischen Bund entfernt, der, von wahrhaft sittlichen Ideen ausgehend, unseren Erdteil zu einen imstande wäre. Keine Spur einstweilen von einem irgendwie gearteten europäischen Gemeinschaftsempfinden. Und doch kann Europa nur gesunden, wenn es die Weltwende begreift und ungeachtet aller Schwierigkeiten den Weg zu einer gesamteuropäischen Politik findet.

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Die erste geopolitische Berichterstattung nach einer Jahreswende hat zweifellos die Verpflichtung zu einer Gesamtübersicht, um die wichtigsten Teilräume und Lebensformen gegeneinander abzuwägen und vergleichend nach geopolitischen Gesichtspunkten darzustellen. Geht man dabei mit Schiller davon aus, daß man den besten Staat, wie die beste Frau daran erkenne, daß man von beiden nicht spricht, so wird man China und ihm zunächst Indien dieses Lob nicht zuerkennen dürfen, da man sie am meisten im Munde der Welt findet; etwas weniger in Deutschland, wo man über den eigenen Kirchturm wenig mehr hinaussieht, nur etwa noch in Hamburg und Umgebung, desto mehr aber in der übrigen Weltpresse.

Es ist danach schwer, gegenüber einem augenblicklich von seinem Raum und seinen Menschenmassen so überwältigten Staat wie China die gute Meinung a priori eines deutschen Philosophen zu teilen. „China war nun Republik und wurde rasch das staatstechnisch fortgeschrittenste Land Asiens, das übrigens auch eine Verfassung hat, die der von Weimar nachgebildet ist.“ So zu lesen in H. und M. Driesch „Fern Ost“, S. 177. Das staatstechnisch fortgeschrittenste Land eines Erdteils von über 44 Millionen Quadratkilometern, dessen „fortgeschrittenste“ Aussagen seiner Bewohner über sich selbst auch noch Europa als Halbinsel zu ihm rechnen — das ist ein sehr hoch gegriffenes Werturteil, auch wenn man der Sympathie mit dem Wortlaut seelenverwandter Verfassungen, ganz ohne Rücksicht auf ihre praktische Anwendung, freundlich Rechnung trägt.

Denn Sicherheit der Person, des beweglichen Eigentums, Freiheit der Verkehrsbewegung, sichere Wirtschaft, Selbstbestimmung bestehen in China als Ganzem augenblicklich doch nur auf dem Papier oder in einigen geopolitischen Vorzugslagen, wie Shansi, und für diejenigen, die sich rechtzeitig in Fremdenvierteln in Sicherheit bringen oder mit den Hauptwerten ihrer Habe nach Hongkong, Japan oder sonst in's befreundete Ausland retteten — wie mehrere Jahre hindurch der heutige Staatspräsident Tuan Chi Jui in Tientsin lebte, der Prokonsul von Chekiang nach Japan flüchtete und der frühere Kaiser in die Gesandtschaft von Peking — gelegentlich

auch Dr. Sun Yat Sen nach Hongkong, Shanghai, Japan oder unter den Deckmantel seiner amerikanischen Staatsbürgereigenschaft.

Übersichtshalber stellen wir also fest, von Norden nach Süden fortschreitend, daß in diesem staatstechnisch fortgeschrittensten Land die drei östlichen Provinzen: Hei Lung Kiang, Kirin und Mukden-Fengtien unter Chang Tso Lin noch immer unabhängig erklärt, von den Sowjetbünden als souverän anerkannt sind, und von Japan wegen der besonderen Interessen seiner zahlreichen dort tätigen Staatsbürger besonders in Obhut genommen werden. Die Mongolei ist zwar von den Sowjets seit dem Sommer 1924 wieder als staatsrechtlich zu China gehörig anerkannt, aber doch auch Sowjetrepublik und auch in deren Verbande aufgeführt; sie steht mindestens in einem ähnlichen Verhältnis zu Rußland, wie das frühere S.W.-Außenland Chinas, Tibet, zur indischen Interessensphäre, mit der es Post, Telegraph und Telephon verbindet. Dazwischen besteht noch ein langer oft unterbrochener chinesischer Zivilisationsstreifen durch Kansu bis Ili, größtenteils von sehr aufsässigen Muhamedanern bewohnt, — eine ostwestliche Gegenkraftlinie des west-östlichen sibirischen Siedelungsstreifens. So kann man sagen, daß sich von den fünf Farbstreifen der neuen chinesischen Flagge (die nach Driesch so große Achtung genießt, was den Zuständen in Deutschland lehrhaft gegenübergestellt wird), die andern, außer dem gelben, de facto abgelöst haben, soweit sie für Mandschu, Mongolen, Tibetaner und Muhamedaner hinzugefügt worden waren. Unter den übrig gebliebenen achtzehn Provinzen des eigentlichen China, die also zum altehrwürdigen Drachen im gelben Felde zurückkehren könnten, haben sich zwei bis drei im Süden gleichfalls unabhängig erklärt, und zehn mittlere Yangtse-Provinzen sind im lauen Bürgerkrieg gegen Chili mit Peking, Shansi, Shensi und Shantung im Norden begriffen, die gleichfalls allen Grund zu gegenseitigem Mißtrauen haben. Kanton ist eine Sonderbildung Sun Yat Sens innerhalb von Kwantung und Kwangsi. Wenn man also unter dem staatstechnisch fortgeschrittensten Land Asiens die Freiheit zum Kampf Aller gegen Alle unter der sanften Protektion amerikanischer Phraseologie sieht, so trifft die Angabe zu.

Im Gegensatz zu dieser Entwicklung wird Indien wahrscheinlich als das staatstechnisch rückständigste Gebilde angesehen werden, da hier die herrschenden Fremdkräfte die einzige Schranke gegen ein gleiches Kräftespiel bilden und solchen Fortschritt hemmen. In der Tat kann man Indiens Verfassung (die deutsch am besten und übersichtlichsten von Dr. F. Hesse im Anhang zu Carthill: „Verlorene Herrschaft" dargestellt und auch durch ein praktisches Diagramm veranschaulicht worden ist), nicht einfach nennen. Vor allem hat sie gar keine Ähnlichkeit mit der von Weimar, schon wegen der größeren Zahl von Analphabeten und dem Sprachen-Chaos, worauf sie Rücksicht nehmen muß. Dennoch graut selbst dem kühnsten Non-Kooperator oder aktivistischen Anhänger der Swaraj-Partei vor dem, was kommen könnte, wenn man plötzlich den vorzüglich arbeitenden anglo-indischen Beamtenkörper aus dem Lande weg denken müßte, so daß es anscheinend doch nicht der Wortlaut von Verfassungen ist, auf den wir unsere Abwertung staatstechnisch fortgeschrittener und rückständiger Länder und Lebensformen in der Geopolitik gründen können.

Selbstverständlich auch nicht der Wortlaut von Ausnahme-Verordnungen, wie sie der maßvolle Lord Reading am 25. 10. 24 für Bengalen erlassen mußte, weil die Doppelherrschaft ohne Verantwortung der zur Selbstbestimmung drängenden Swaraj-Partei und ihrer extremen Anhänger in der volkreichsten indischen Landschaft zu unleidlichen Zuständen geführt hatte. Geopolitisch entscheidend werden solche in Indien immer wieder vorkommenden gewaltsamen Methoden erst dann, wenn sie einmal im ganzen Reiche nötig werden, vor allem in den Schicksalslandschaften, Pendschab und Umgebung. Hier aber zeigt die Reichsstruktur, trotz einzelner Wirren (Akali-Jathas z. B. in Jaito, Hindu-Muhamedaner-Streitigkeiten in Kohat) bemerkenswerte Festigkeit, und Aus-

nahme-Herrschaft und gewaltsame Vorgänge in Bengalen allein sind dort nichts Neues.

Hand in Hand mit dem Versuch, an einer Stelle durchzugreifen, während man das gesamtindische Parlament in Delhi zu Verantwortungsbewußtsein zu erziehen strebt, gehen die Ansätze zur Einrichtung einer Fürstenkammer, zu einer organischen Einfügung des geopolitisch so außerordentlich verschiedenen Fürstenlandes in einen zu erneuernden und zu verjüngenden Reichsbau. Die indischen Fürstenlandschaften, teils Reste uralter Feudalkonstruktionen, wie in Radjputana (Fürstenland) und in den Vorbergen des Himalaya, teils Ergebnis neuer Usurpation und des Selbständigwerdens von Gliedern jüngerer Reichsbildungen, wie Mysore und des Nizams Reich, oder Zusammenballungen verschiedenstämmiger Herkunft, wie Kaschmir, sind nicht, wie seinerzeit mitteleuropäische, oft mit ihnen verglichene Gebilde geopolitisch auf einen Nenner zu bringen. Einzelne sind auf Jahrtausende gefügt, andere sind Eintagsfliegen; einzelne der Niederschlag unverwüstlicher Selbstbestimmungskraft starker natürlicher Landschaften, andere willkürliche Zusammenballungen, mit dem Abzug der Fremdmacht des eignen Verfalls gewiß. Darin liegt die große geopolitische Schwierigkeit des indischen Fürstenproblems, wie des javanischen. Für die künftige indische Geopolitik sind also diese mit sehr behutsamer Hand von Lord Reading angebahnten Kristallbildungen auf diesem Gebiet wahrscheinlich wichtiger, als der Ausnahmezustand in Bengalen; auch nachdem sich Gandhi den dortigen Führern, Das und Motilal Nehru unterworfen hat, wie bereits gemeldet. Von Bengalen steigt die letzte Gefahr für das angloindische Reich nicht herauf: das Gangestiefland ist weder zum Kampf, noch zur Herrschaft bereit. Es kann nur unermüdlich erzeugen: Menschen, Rohstoffe und später Halbfabrikate und Veredelungs-Ergebnisse. Darin liegt seine Kraft und seine Schwäche. Seine Millionen sind von dem Gras, das um so leichter mähen ist, je dichter es steht, auf einem längst aus seinem natürlichen Gleichgewicht gedrängten Boden. Ungeheure Wirtschaftsgefahr für andere Erdteile steigt vielleicht einmal aus ihm auf, wie aus den übervölkerten Ebenen des Yangtse. Die Herrenlandschaften und Träger des Machtschicksals von großen Erdräumen aber sehen anders aus.

Wir haben bis jetzt versucht, die Fähigkeit zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung nationaler Ideale innerhalb des gegebenen Lebensraums und seiner erdgebundenen Züge als Maßstab geopolitischer Höchstleistung einer Volkheit zu nehmen, und wenn wir diesen Maßstab beibehalten, so können wir auch im kommenden Berichtsjahr im indopazifischen Gebiet nur das Japanische Reich an die Spitze stellen, — trotz dem früheren Besitz eines Junkertums, das nach M. Driesch ein unsühnbarer Schandfleck scheint, das aber diesen Staat als einzigen unter seinen Artgenossen in seiner zweitausendsechshundertjährigen Eigenart, nie von einem Feinde betreten, unter Wahrung seiner pazifischen Kulturerrungenschaften als vollberechtigten in den engeren Kreis der großen Mächte des Planeten geführt hat, und das sich dann selbst geopfert hat, indem es völlig im öffentlichen Wohl aufging, ohne sich eigentlich andere Vorrechte zu bewahren, als die Erinnerung an die Großartigkeit seines Opfers für den Staat. So kann man die Vergangenheit der japanischen Samurai ohne Übertreibung auch auffassen, — bei annähernd so freundlicher Betrachtung der japanischen Geschichte, wie sie Driesch seinen demokratischen Freunden in China in liebevoller Einfühlung zubilligt. Alles Erkennen kommt uns aber nur durch die Liebe, sagt Meister Konfuzius mit Recht. Ohne die Furcht vor einem waffenstarken asiatischen Staat vor den Toren wäre das chinesische Chaos seit der Revolution von 1911 nicht so ungestört geblieben, wie bisher, wenn auch natürlich wahrscheinlich dieser asiatische Staat längst eingegriffen hätte, ohne den Gegendruck, der vom Festland und vom Ozean her sein eigenes Handeln band. Es ist also ein Wunder von Gleichgewichtslage (Napoleons III. „chef d'oeuvre de

balance") das in Wahrheit die turbulenten Einzelkräfte im Fernen Osten, wie den auftreibenden Selbstbestimmungswillen Südostasiens im gegenwärtigen Spiel erhalten kann. Aber alle Beteiligten sind sich auch bewußt, daß ein einziger falscher Zugriff von außen her alles in Frage stellen und zu Explosionen führen kann, deren Tragweite ganz unberechenbar ist. Auf diesem freilich uneingestandenen Tatbestandboden ist die Bereitwilligkeit aller Pazifikanlieger zur Konferenz von Washington 1922 begründet gewesen. Diese Tatsache ist deshalb auch heute noch die größte und wichtigste für die deshalb so beachtenswerte Geopolitik des indopazifischen Gesamt-Kraftfeldes. Denn ob Europas Weltstellung dann, wenn sie sich plötzlich ändert — wie Coudenhove-Calergi hofft — nach einer auch von ihm erwarteten gewaltsamen Lösung der weiß-gelben Raumspannung, der indischen und australischen Frage zu halten sein wird oder nicht, das hängt von der überlegenen Weisheit der dann am Ruder stehenden Staatslenker ab. Jedenfalls wollen wir lieber vorbereitet sein, als uns überraschen lassen, und haben den begreiflichen Wunsch, diese „Lenker" und ihre Hintermänner und Hinterbüros zu überwachen.

Eine der bedeutendsten Proben auf die Haltbarkeit des gegenwärtigen Gleichgewichtszustandes werden die großen pazifischen Flottenübungen der Vereinigten Staaten im Frühjahr 1925 sein, die sich zwischen dem Panamakanal, Hawaii, Neuseeland und Australien abspielen sollen, voraussichtlich ein Zusammenarbeiten mit australischen Häfen und Flottenteilen mit sich bringen werden und jetzt schon in Japan ein vorbeugendes Präludieren auf den verschiedensten Instrumenten der öffentlichen Meinung veranlaßt haben. Sie tragen dazu bei, die an sich schon beneidenswerte Stellung der Sowjetstaatskunst in Ostasien rasch weiter zu verbessern, und mit ihr die Chancen einer eurasiatischen Kontinental-Politik, mit Einfügung des eingekreisten und überseeisch so schwer bedrohten japanischen Inselreiches. Darüber wie klar Rußland in dieser Angelegenheit sieht, und wie es seinen Vorteil bis zur Überspannung ausnützt, gibt das in der Z. f. G. besprochene Werk Doliwo-Dobrowolski: „Probleme des Großen Ozeans" (Moskau 1924 russ.) einen Anhalt.

Nicht als geopolitische Wirkung, sondern als Symptom steht als nächste die Opiumfrage für 1925 vor weiteren Entscheidungen. Während der dänische Vorstand der zweiten Konferenz, Zahle, mäßigte, von Cocain und Morphium sprach, drängte im Nov. 24 der amerikanische Bischof Brent auf radikale Lösungen, denen gegenüber hinter den Kulissen England und Japan gerade so, wie das hauptsächlich zu schützende China vor großen Schwierigkeiten stehen. Die größte aber ist die fehlende Staatsautorität in China, bei deren Berührung man unliebsame Wahrheiten für die Demokratie, wie die Republik in diesem Lande und das sprunghafte Eingreifen der Vereinigten Staaten in beide schwer vermeiden könnte. Anbau- und Verarbeitungs-Beschränkung könnten, wirksam betrieben, nicht nur durch zwei Haupt- und sechs Unterausschüsse zu Genf zerredet, wohl zu Erfolgen führen. Einstweilen wirkt nur praktisch das verständige System der Einfuhr-Zertifikate, das wohl bis auf weiteres Deutschlands Stellung zu Ostasien in dieser Frage regeln wird. Freilich: wer begrenzt und schätzt „medizinischen und wissenschaftlichen Bedarf" an solchen Völkergiften wie Opium, Morphium, Cocain ..? Wo liegt also die von den Amerikanern strikt gewollte Grenze des „unberechtigten Mißbrauchs"? Wollen sie die ungeheuerliche Heuchelei, die bei ihnen die Trockenlegung umgibt, auch auf die Länder des Ostens ausdehnen? Diesen ist doch zuerst gegen ihren Willen das Gift aufgedrängt worden, das sie nun zur Betäubung ihres glücklosen Daseins verwenden, wie der unterernährte und unterlöhnte chinesische Arbeiter, oder zur Erhaltung der ihnen gleichfalls aufgedrängten Industrialisierung. Die Haupterzeugerländer — Indien, China, Persien und Türkei — betonten, man solle doch zuerst beim Verbrauch den Hebel ansetzen. Das Opiumlaster ist ja in erster Linie

ein indopazifisches inneres Handels-Spannungsobjekt: Indien ist der größte Opium-Erzeuger, China der größte Opium-Verbraucher, und die Vereinigten Staaten machen das meiste Geschrei von beiden. 15 Jahre geht nun der Kampf, dessen Phasen durch die Konferenz von 1912 getrennt werden, und der eines der deutlichsten anthropogeographischen Symptome der asiatischen Geopolitik liefert.

Sehr mit Recht betont der „China Expreß und Telegraf" 20. 11. 24, daß die Hauptschwierigkeiten sind: 1. Chinas Ohnmacht, die Opiumerzeugung in seinen eigenen Grenzen zu hemmen. (Unfähigkeit der demokratischen Republik zur Macht!) 2. Zweifel an der Kontrollierbarkeit zweier Hauptproduktionsländer: Persien und Türkei. (Zersetzung und Neubildung des Islam im nahen und mittleren Osten.) 3. Indiens Drängen auf sein Opium-Ausfuhrrecht, auch in Länder, wo man weiß, daß es zu Rauchzwecken mißbraucht wird. (Deshalb eben hatte ja England den mehrjährigen Krieg geführt, der den Opiumgebrauch in China zum Massenlaster machte! Asiatische Spannungsbelastung dem britischen Weltreich gegenüber.) 4. Widerspruch, den verschiedene britische Kolonien im Fernen Osten dagegen erhoben, daß ihnen der mit der Abschaffung des Opiumrauchens verbundene Einnahmeausfall angesonnen werden sollte. (In Singapur allein kommen 43% der Gesamteinnahme aus dem Opium-Monopol und in Hongkong nicht viel weniger.) Schlägt man schließlich noch dazu, daß Japan mit seiner chemischen Industrie erheblich an Morphinen verdient, ebenso an der Weiterverbreitung des aus Indien eingeführten Opiums und seinem Vertrieb, und daß es die nördlichen Schmuggeltore kontrolliert, wie England die südlichen, so haben wir das ganze panasiatische Kraftfeld mit wichtigen Triebfedern offen daliegen, und das macht die Opiumfrage, eine der verlogensten der neueren Politik, auch geopolitisch so belehrend. In dem Augenblick, wo Indiens Ausfuhr zu den Hauptschmuggelländern nach China, Siam, Honkong, Japan abgedrosselt würde, wäre die Hälfte des Übels entwurzelt. In dem Augenblick, wo man in China einsähe, daß eine Republik im Stil der Vereinigten Staaten, die man ihm aufgeredet hat, alles eher als eine rettende Lösung ist, könnte sich dort wieder ein staatlicher Machtgedanke gestalten, der die Bekämpfung des Mohnanbaus in die Hand nähme, wie sich das von den ersten Bekämpfungsversuchen durch die chinesische Zentralgewalt bis zu deren Zusammenbruch als durchaus möglich erwies. Aber die Beeinflussung der Monsunländer durch den bevormundenden Zwang von außen her, die überall das Gleichgewicht ihrer Wirtschaft und Kultur erschüttert hat, verhindert auch hier die rettenden Möglichkeiten; und alle guten Absichten der erdraumfremden Eingreifer können diesen fehlervollen Kreis nicht lösen, der sich immer wieder schließt, — bis man es aufgibt, ihn von außen ziehen zu wollen.

Als dritte große Unbekannte richtet sich nach der chinesischen und indischen Selbstbestimmungskrise und ihren wirtschaftsgeographischen Symptomen wieder die mandschurische Frage empor. Vorläufig freilich scheint sie noch hinweggedämmt durch die starke Persönlichkeit des Militärgouverneurs der drei östlichen Provinzen, Chang Tso Lin, der den mandschurischen Raum mit seiner Mitteleuropa erreichenden Größe, aber nur zirka 25 Millionen Einwohnern, in tadelloser Finanzgebahrung und blühender Entwicklung hält. Mit der mandschurischen Frage schürzt sich das russisch-chinesisch-japanische Verhältnis.

Die vierte Frage endlich ist: wie weit wird die sogenannte „japanische Klausel" zu dem Völkerbundsprotokoll über den Angriffskrieg tragen, nach der auch bei den Vereinigten Staaten das Zurückziehen auf die innere Gesetzgebung in einer kriegsdrohenden Frage nicht länger davor schützt, daß sie vor den Völkerbund gebracht werden kann, und — im Fall seines Versagens — ein z. B. über die Rassenbeschränkung ausbrechender Krieg kein Angriffskrieg wäre? Damit steht fest, daß die großen Zukunftsfragen des

indopazifischen Gebietes alle von dieser Art sein und also den Völkerbund in ein schlimmes Dilemma bringen werden. Soll er die Rassenraum-Fragen dort im Pazifik ignorieren, oder sie anerkennen und ihnen seine guten Dienste weihen? „Nichts ist gewagter als Frieden machen wollen in solchen Sachen, ausgenommen es jetzt auf Krieg ankommen lassen, von dessen Folgen die Welt mehr als genug hat" sagt der Ch. E. und T. 20. 11. 24, S. 752 — mit einem Zusatz, der unter Hinweis auf China den ewigen Frieden bezweifelt.

Weil wir uns darin dem Urteil des am besten unterrichteten englischen Nachrichtendienstes über Ost- und Südost-Asien anschließen müssen, darum betonen wir den Ernst und die Bedeutung der Fragen der Geopolitik und Wehrgeographie des größten Meeres der Erde, ihres wichtigsten in voller Erschließung befindlichen Zukunftsraumes, so sehr, und zwar gerade für den deutschen Leserkreis, von dem wir wissen, wie fremd und unsicher er diesen Fragen aus einfachem Nichtwissen darum gegenübersteht, wie leicht er deshalb die Beute kühner Täuschungsversuche oder der Selbstbelügung werden kann.

Diesen großen Kraftlinien gegenüber sind die andern, die wir aus dem Jahr 1924 in das Abschlußjahr des fünften Lustrums des zwanzigsten Jahrhunderts hinein zu verfolgen haben, von harmloserer Art: die unklare Zugehörigkeit der Mongolei, Tibets, vor allem der Grenzmarken zwischen Tibet und Szechuan; die schon in Liquidation gestellte Sachalinfrage; das Fortschreiten der Philippinen-Unabhängigkeitsbewegung; die wirtschaftspolitische Blüte und steigende anthropogeographische Spannung der Umgebung des austral-asiatischen Mittelmeers; Aufblühen und Asiatisierung von Singapur, Penang, Kuala, Lumpur, Französisch-Indochina, Nord-Borneo, des Sunda-Reiches; die Wiederbegütigung Australiens durch die britische Neuaufnahme der Befestigung von Singapur, die wir voraussagten, und Flottenverstärkungen, in denen Macdonald den kolonialen Dominions versagt zu haben schien; wirtschaftliche Fortschritte in Neuseeland, vor allem Elektrisierung, Kraftgewinnung und Eisenbahnbau bezweckend.

Alle diese Entwickelungen stehen unter dem Eindruck steigender Kraftentfaltung, sei es auch auf ungeregelten, nicht vorhergesehenen Bahnen, klarer werdenden Raumbewußtseins, verstärkter wissenschaftlicher Durchdringung der Volksbewegungsprobleme wie ihrer Verkehrs- und wirtschaftsgeographischen Voraussetzungen. Steigender Raumwert, steigende Volkskraftentfaltung leiten die Voraussicht der zum Handeln befugten Führer, damit auch wachsendes Selbstbewußtsein, Zusammenschlüsse auf große kommende Belastungsproben hin, von denen man aber auch nach Krisen starke, positive und schöpferische Lösungen erwartet, und im Hinblick auf sie ungewöhnliche Belastungen. Ein Riesenraum der Zukunft breitet sich vor uns, dem Kräfte unbeschränkt zuzuströmen scheinen, der nicht mit Abnahme, mit Abfluten von Kraft rechnet, sondern mit kühler Selbstverständlichkeit dem Heraufdämmern eines pazifischen Zeitalters als Ablöser des alternden atlantischen, des überalterten mittelländischen und kleineuropäischen entgegensieht.

F. TERMER: BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT (DAS ROMANISCHE AMERIKA)

Das Jahr 1924 hat im allgemeinen für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten eine günstige Entwicklung bedeutet. Die politischen Wirren in Mexiko, Brasilien und Chile, entsprungen den inneren sozialen Spannungen oder hervorgerufen durch die sich verschärfenden Gegensätze regierender und regieren wollender Parteien oder Parteicliquen, dabei in einzelnen Fällen nicht ohne die versteckte Teilhaberschaft auswärtiger Mächte oder einflußreicher fremder Wirtschafts- und Finanzkreise, sind beendet worden. Nur in kleinen Gebieten flackert noch hin und wieder die Flamme des Aufruhrs auf, wenn sich ein unzufriedener, seinen Einfluß auf die Gesamtpolitik des Landes überschätzender, ehrgeiziger Gouverneur oder militärischer Befehlshaber in einem abgelegenen Staat Mexikos gegen die rechtmäßige Zentralgewalt auflehnt, wie in Mexiko noch nach der Wahl des neuen Präsidenten Calles der Fall war. Oder es gibt für Lateinamerika nicht ungewöhnliche Kämpfe im Anschluß an die Neuwahl des Staatsoberhauptes mit ein paar Krawallen in den größeren Städten und Plünderung einiger Plantagen, wie es auf Cuba anläßlich der kürzlich erfolgten Präsidentenwahl des liberalen Generals Gerardo Machado sich ereignete, gegen den der geschlagene Kandidat der konservativen Gegenpartei Mario Menocal den Vorwurf der betrügerischen Wahlbeeinflussung erhob. In den entstandenen Wirren kam es zum Generalstreik und Niederbrennung von Zuckerpflanzungen durch unzufriedene Arbeiterelemente. Ernster liegen die Dinge in Ecuador, wo sich ebenfalls im Anschluß an die mit Majorität erfolgte Wahl des Präsidenten Gonzalo S. Cordoba eine revolutionäre Bewegung entwickelt hat, die noch nicht erloschen ist, da der Präsident nicht energisch genug der Opposition zu begegnen weiß. Und da sie mehrere nach der Macht strebende Männer umfaßt, so werden sich die Streitigkeiten selbst bei einer etwaigen Niederlage des gegenwärtigen Präsidenten noch nicht ohne weiteres beilegen lassen.

Es ist klar, daß Unruhe in dem öffentlichen Leben in diesen Staaten um so schwerere Schädigungen für die gesunde Weiterentwicklung nach innen und außen zeitigen muß, je kleiner diese an Ausdehnung sind oder je weitere Gebiete in den größeren von ihnen durch die revolutionären Umtriebe in Mitleidenschaft gezogen werden. Ecuador und Mexiko mögen dafür als Beispiele dienen. **Ecuador** steht noch immer in einer finanziellen Krise, hat eine auswärtige Schuld, die Ende 1923 fast 21 Millionen Dollar betrug, und kann seinen wichtigen Handel nicht auf die Höhe bringen. Das auswärtige Kapital zögert, sich in diesem Lande festzulegen, dessen Präsident zwar sehr schöne Gesetze zur Eindämmung aller öffentlichen Mißstände erlassen hat, von denen aber jedermann wußte, daß sie stets nur auf dem Papier Geltung behalten würden. Und so werden auch alle anderen gut gemeinten Versuche zur Hebung der Produktionsfähigkeit des Landes Versuche bleiben, mögen die Bemühungen darauf gerichtet sein, den gemeinen Mann mehr für den Anbau des Landes zu interessieren, ihn abzulenken von der ihm allein Erfolg versprechenden Beschäftigung in den Minendistrikten oder mögen sich die führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens um die Unterstützung durch schweizerische, vereinsstaatliche oder italienische Syndikate für Besse-

rung der Besiedelung anbaufähigen Landes bewerben.

Mexiko hat dagegen in seinen reichen Ölfeldern noch immer eine gewisse Kapitalreserve, aus der es in Verbindung mit den übrigen reichen Bodenschätzen die Kraft zur Genesung schöpfen mag. Daher die Anstrengungen, durch neue Besteuerungen der fremden Ölgesellschaften flüssige Mittel in die Hand zu bekommen, wobei der Steuer das im Lande produzierte wie zur Ausfuhr gelangende Öl unterworfen ist. Aber die Höhe dieser Abgaben richtet sich nicht nach dem Ermessen der mexikanischen Regierung, sondern hängt vielmehr von den Preisen ab, denen das Öl in New York unterliegt. Ihr Steigen oder Sinken wird für das Finanzministerium in der alten Hauptstadt Montezumas empfindlich verspürbar. Infolgedessen muß die Weiterentwicklung der Ölindustrie der Regierung Mexikos nur angenehm sein, um wenigstens beim Sinken der Preise durch gesteigerte Ausfuhrmengen auf ihre Kosten zu kommen. Und da zeigt sich, wie schwer auch hier die lange Revolution seit den glücklichen Zeiten, als noch die starke Hand eines Porfirio Diaz segenbringend über dem Lande lag, die Ausbeutung geschädigt hat. Ungünstige Naturereignisse, Eindringen von Meerwasser in einzelne Brunnen, kamen weiterhin zur Beeinträchtigung der Förderung hinzu. Wenn aber dennoch im letzten Jahre eine kleine Steigerung der Gesamtförderungen an Öl zu verzeichnen war, so wurde sie durch ein Mehr an der Förderung von Schweröl hervorgerufen. Einige Zahlen, der Zeitschrift „Economist" entnommen, mögen das beweisen:

Erste Hälfte 1923	
Südliche Ölfelder (Leichtöl) . .	34,9 Mill. Barrels
Panuco Ölfelder (Schweröl) . .	40,2 „ „
Gesamtsumme	75,1 Mill. Barrels

Erste Hälfte 1924	
Südliche Ölfelder (Leichtöl) . .	20,0 Mill. Barrels
Panuco Ölfelder (Schweröl) . .	55,2 „ „
Gesamtsumme	75,2 Mill. Barrels

In nicht zu ferner Zukunft wird Mexiko gerade durch seine so reichen aber eben nicht unbegrenzt ergiebigen Ölschätze sich in einem gefährlichen Konkurrenzkampf mit südamerikanischen Staaten sehen, in denen bis jetzt nur noch mit einigen Ausnahmen die schwierigen Transportverhältnisse einer gewinnbringenden Ausbeute im Wege stehen. Unsere Leser kennen aus der Abhandlung von A. Hartwig in diesem Heft die Wichtigkeit, die das Öl für die Entwicklung Venezuelas erlangt, das ja bis jetzt allein neben Peru derartige Überschüsse über den eigenen Bedarf erzeugt, daß von einer die Wirtschaft dieser Länder beherrschenden Stellung der Produktion gesprochen werden kann. Und sie wird, wie in Mexiko, politische Beziehungen zu auswärtigen Mächten nach sich ziehen. Zuerst Einströmen ausländischen, also in jenen Staaten doch immer in erster Linie nordamerikanischen Kapitals, und dann langsames Vordringen des politischen Einflusses der Union, versteckt oder offen, wie es die beiden Etappen auf ihrem Vordringen nach Südamerika, Mexiko und Cuba, so lehrreich zeigen. — Öl ist ja heute ein Produkt der Weltwirtschaft, das mehr und mehr in Amerika einer Monopolbewirtschaftung durch die Vereinigten Staaten unterworfen wird. Sehen wir uns noch die Aussichten in den übrigen südamerikanischen Republiken an, die sie in der Ölproduktion besitzen, so finden wir ein lebhaftes Bemühen um ihre Hebung in Kolumbien und Ecuador, das eben jetzt aus den oben angeführten Gründen innerpolitischer Natur zurückbleiben muß. Chile und Brasilien stehen erst am Anfang der Ausbeutung, sie sind heute die wichtigsten Abnehmer des ihnen durch die Union zugeführten Öles in Südamerika. Argentinien muß ebenfalls seinen erheblichen Bedarf noch immer durch Einfuhr decken, hat aber in der Selbsterzeugung gute Fortschritte gemacht, Bolivien sieht Angestellte der Standard Oil Company im Chacogebiet Bohrungen vornehmen, die Erfolg versprechen, und nur Uruguay und Paraguay scheinen keine Aussichten zu bieten.

So werden hier langsam neue Fäden gesponnen, die von La Paz, von Bogotá, Caracas und andern Orten in New York zusammenlaufen, und die doch nur einen Teil in dem Netz bilden, das die Union nach dem südlichen Nachbarkontinent hinüberzuspinnen verstanden hat. Freilich gibt es immer noch Störungen in diesem Netz, aber sie zu beseitigen, läßt sich Onkel Sam ganz besonders angelegen sein. Wo Reibungsflächen zwischen einzelnen feindlichen Nachbarn bestehen, da glättet sie seine geschmeidige Hand, wie wieder die Schlichtung des Konfliktes zwischen Peru und Chile wegen des Besitzes der Provinz Tacna und des Küstengebietes bei Arica zeigt. 1883 von Chile besetzt, haben diese Gegenden immer einen Zankapfel der beiden Kontrahenten gebildet, bis dann 1922 Washington die Rolle des Schiedsrichters übernahm und jetzt seine Entscheidung getroffen hat. Chile, geschwächt durch die letzten inneren Wirren, fügt sich, Peru freut sich, und Nutzen davon hat doch letzten Endes wieder der tertius gaudens in Washington.

Peru hat offiziell auf seine günstige Lage durch den Mund seines Präsidenten Leguia aufmerksam gemacht. Aber Leute, die die Verhältnisse des Landes besser kennen, glauben nicht an alles, was da mit schönen Worten in die Welt hinausgepredigt worden ist. Immerhin läßt sich eine Weiterentwicklung des Bahnbaus, der künstlichen Bewässerung (unter nordamerikanischer Leitung), Zunahme der Baumwoll- und Bergbauproduktion erkennen. Günstiger steht Kolumbien insofern vor allen Dingen da, als es sich rühmen kann, die geringste auswärtige Schuld zu besitzen gegenüber allen anderen südamerikanischen Staaten. Ein Zahlenvergleich des Betrages an auswärtiger Schuld auf den Kopf der Bevölkerung möge das zeigen:

Kolumbien	8.39	Dollar
Brasilien	52.14	„
Chile	86.51	„

Der Wohlstand Kolumbiens beruht zum großen Teil auf der Kaffeeproduktion, in der es jetzt an zweiter Stelle in der Weltproduktion steht, nur von Brasilien darin übertroffen. Ein Fünftel des Bedarfs an Kaffee in den Vereinigten Staaten wird von Kolumbien geliefert, der größte Teil der restlichen Summe von Brasilien.

Venezuela, unter einem tüchtigen Präsidenten, Juan Vicente Gomez, seit 1908 vor schweren Erschütterungen bewahrt geblieben, hat die Zeit zur Heilung der Wunden aus den Tagen seines Vorgängers benutzt und auch den Weltkrieg gut überstanden, so daß es heute als ein zukunftsreicher Staat gelten kann, ausgestattet mit einer Fülle nutzbarer Bodenschätze und mit günstigen Gebieten für den Anbau tropischer Nutzpflanzen. Deutsche, Amerikaner, Italiener, Franzosen, Spanier, Syrer und andere Fremde haben sich in ihm niedergelassen, und namentlich Deutsche haben an seiner Erschließung hervorragenden Anteil gehabt. Jetzt dringt natürlich auch hier amerikanisches und neuerdings britisches Kapital ein, und Engländer sind es, die jetzt im Eisenbahn- und Hafenbau, in der elektrischen Industrie und besonders auch in der Ölproduktion eine wichtige Rolle spielen.

In Mittelamerika zeigt sich ebenfalls ein erfreulicher Aufschwung in den einzelnen Staaten, an dem nur Honduras noch unbeteiligt ist, noch nicht genesen von den Erschütterungen der letzten Revolution und ihren Nachwehen. Panamá hat eine wachsende Einfuhr, deren Wert den der Ausfuhr um das Vierfache 1923 übertraf. Im allgemeinen kann man aber sagen, daß noch lange nicht alle wirtschaftlichen Hilfsquellen erschlossen sind, die ja in der Hauptsache in der tropischen Landwirtschaft zu suchen sind. Gegenüber den anderen mittelamerikanischen Staaten ist ja Panamá immer in gewisser Weise im Rückstand geblieben, weil es eben wie schon in der spanischen Kolonialzeit Durchgangsland war. Heute wirft nur die Bananenkultur reichen Gewinn ab, der in nordamerikanische Taschen fließt. Eine Besserung der Verkehrsverhältnisse ist ge-

plant durch die Anlage neuer Straßen, doch das Geld dazu müßte man sich wieder in New York borgen (4,5 Millionen Dollar). Man hat deutsche Kolonisten neben Tschechoslowaken ins Land gerufen und gleichzeitig die chinesische Einwanderung eingeschränkt. — Nicaragua hat sich auf Grund der günstigen wirtschaftlichen Lage imstande gefühlt, seine Schulden an die Union zu tilgen, und die Regierung bemüht sich, das einheimische Geld auf Dollarbasis zu halten, wobei man mit der Federal Reserve Bank in New York zusammenarbeitet. Und schließlich hat ja auch die Union immer ein Interesse an Nicaragua gehabt, das immer noch einmal ein wichtiges Durchgangsland neben Panamá werden kann oder das man halten muß, wenn man in Panamá gern bleiben will. Heute liegen 70 % des auswärtigen Handels in Händen der Vereinigten Staaten; sonst ist nur noch Frankreich nennenswert daran beteiligt, während Deutschland weit hinter dem Einfluß dieser Nationen im Wirtschaftsleben des Landes zurückbleibt. Dafür aber besitzt es in Guatemala eine feste Position, die auf langer Tradition beruht und neuerdings durch den Abschluß eines Handelsvertrages auf Grund der gegenseitigen Meistbegünstigung wieder gefestigt wurde. — Cuba, dessen politische Verhältnisse oben angedeutet wurden, leidet unter diesen auch wirtschaftlich, was nicht so sehr in der Produktion als vielmehr im Finanzleben der Insel in die Erscheinung tritt. Sind doch gegenwärtig dort nur 120 Banken vertreten, deren Zahl vor 1920 noch 360 betrug, die Filialen auswärtiger Banken mit einbegriffen. Unter ihnen gehörte die Mehrzahl (60) der „Royal Bank of Canada", 23 waren Eigentum der National City Bank in New York. Trotz der unsicheren Marktlage sind in letzter Zeit zwei neue auswärtige Banken auf Cuba erschienen, die „Banco Hispano Cubano" mit einem Stammkapital von 5 Millionen Dollar und dem Hauptsitz in La Habana, den Bedürfnissen des Kleinhandels gewidmet, und die „Chinese Merchants' Bank" mit 500 000 Dollar Kapital. Diese Gründung ist um so bemerkenswerter, als man in Zukunft eine lebhaftere Beteiligung chinesischer Finanzinstitute auf Cuba erwartet, was mit dem steigenden Handel zwischen Ostasien und der westindischen Insel zusammenhängt. Reis ist dabei das Produkt, das diese Handelsverbindungen besonders intensiv gestaltet hat, da ja Cuba in stets steigendem Maße Reiseinfuhr nötig hat.

E. OBST:
LITERATURBERICHT ÜBER DIE ALTE WELT

Die mehrmonatige russische Studienreise hat es leider mit sich gebracht, daß die zur Besprechung eingesandten Werke längere Zeit liegen blieben. Die Herren Verfasser und Verleger wollen diese unvermeidbare Verzögerung entschuldigen. In den ersten drei Heften des neuen Jahrgangs hole ich das Versäumte nach.

E. O.

Orbis Terrarum, Die Länder der Erde im Bild. Verlag Ernst Wasmuth A. G., Berlin.

Wenn wir den Lesern der Zeitschrift für Geopolitik dieses prächtige Bildwerk angelegentlichst empfehlen, so geschieht es nicht bloß wegen der schlechthin meisterhaften Auswahl und Wiedergabe der Bilder, sondern auch deswegen, weil man

diese Bücherreihe geradezu als Geopolitik im Bilde bezeichnen möchte. Wer geopolitisch orientiert ist, wird jeden der Bände immer wieder zur Hand nehmen und sich herzlich freuen über die feinsinnige Art, mit der hier die Individualität der Länder im Bilde festgehalten wurde, ihre Naturgegebenheiten ebenso wie die in Städtebildern sich abhebenden historischen Schicksale. Dem Verlag gebührt größte Anerkennung dafür, daß er ein Unternehmen derartigen Ausmaßes wagte. Möge ihm ein voller Erfolg beschieden sein!

Von den bisher erschienenen Bänden liegen uns vor:

1. Kurt Hielscher, Das unbekannte Spanien. Berlin 1922, 304 S.
2. Hans Holdt und Hugo von Hofmannsthal, Griechenland. Berlin 1923, 176 S.
3. Kurt Hielscher, Deutschland, mit einem Geleitwort von Gerhart Hauptmann. Berlin 1924, 304 S.

Geplant sind insgesamt: in der Reihe Europa 10 Bände, in der Reihe Asien 6 Bände, in der Reihe Afrika 4 Bände, in der Reihe Amerika 6 Bände und schließlich je ein Band Australien, Südsee-Inseln, Arktis und Antarktis. Wir werden jeden neu erscheinenden Band hier anzeigen und hoffen, daß das Werk auch unter den Lesern unserer Zeitschrift viele Freunde gewinnen wird.

Die politischen Parteien der Staaten des Erdballs. Herausgeber Dr. Stricker, Verlag Regensbergsche Buchhandlung, Münster i. W. 1923.

Es ist zweifellos zu begrüßen, daß das Parteiwesen aller wichtigen Staaten der Erde einmal zum Gegenstand der Untersuchung gemacht wird. Die Art und Weise, wie Stricker diese Aufgabe anpackt, hat ihre Vorzüge und Nachteile. Er läßt jeweils einen angesehenen Politiker des betr. Landes zu Worte kommen und setzt voraus, daß dieser in gedrängtester Form objektiv referiert. Zu einem tiefer schürfenden Vergleich der verschiedenen Parteiströmungen und ihrer historischen Voraussetzungen kommt es in den Heften infolgedessen nicht, doch erhält man im allgemeinen ein treffendes Bild der bestehenden Parteiverhältnisse. Der Herausgeber wird gut tun, sich selbst möglichste Reserven aufzuerlegen. Bei einem Heftchen von nur 15 Seiten sind zwei Seiten Vorwort etwas reichlich; zudem kann man verschieden denken über Behauptungen wie diese: „Keinem vernünftigen Deutschen wird es je einfallen, das überwiegend von Dänen bevölkerte Gebiet Nordschleswigs zurückzuverlangen. Nur was deutsch ist, muß deutsch bleiben. Unsere Irridentien liegen anderswo."

Bisher sind erschienen:

1. Heft (15 Seiten): Paul Graae (Volkswirt), Dänemark.

2. und 3. Heft (zus. 24 Seiten): Dr. Otto Loening (Vizepräsident des Volkstages), Die Freie Stadt Danzig. Karl Ollmert, Das Saargebiet.

4.—7. Heft (zus. 111 Seiten): Emil Zerbe (Sejmabgeordneter), Polen. S. Tijunaitis, Litauen. Baron v. Uexküll-Güldenband, Lettland. Fritz Stricker, Estland. Dazu Nachträge über Danzig und das Saargebiet.

Zeitschrift Pan-Europa, Herausgeber R. N. Coudenhove-Kalergi. Wien-Leipzig, Pan-Europa-Verlag 1924. Jahrespreis G.-M. 24,—.

Coudenhove-Kalergi bietet in dem uns vorliegenden Heft (20 Seiten) im wesentlichen einen kurz gefaßten Auszug aus seinem Buch „Pan-Europa", das den Lesern dieser Zeitschrift bereits durch eine frühere Anzeige (Jahrg. 1924, S. 333) bekannt ist. Er behandelt das Pan-Europa-Programm, die Etappen zu Pan-Europa, die paneuropäische Propaganda, die Pan-Europa-Bewegung und die Paneuropäische Union.

Man mag zu den Ansichten Kalergis stehen wie man will, in jedem Falle wird man auch seine neue Zeitschrift mit großem Interesse lesen und mancherlei Anregung daraus schöpfen.

Weltfriede nur durch Vereinigte Staaten von Europa. Ein Aufruf an die Weltvernunft von Mercator. Verlag von Wirtz & Co., Düren 1924 (23 Seiten).

Die kleine Flugschrift, die wir vor allem als Zeichen der Zeit erwähnen, geht von dieser Voraussetzung aus:

„Die großen Völkerkämpfe der letzten Jahrhunderte waren fast ohne Ausnahme Wirtschaftskriege. Europa ließe sich also dauernd befrieden, wenn es gelänge, eine dauerhafte internationale Wirtschaftsorganisation zustande zu bringen, die alle Staaten des Kontinents — eingeschlossen England — unter seinen Hut brächte."

Auf dieser Grundlage entwickelt der offenbar dem Zentrum nahestehende anonyme Verfasser den Plan eines Wirtschaftsstaates „Vereinigte Staaten von Europa".

Denkmethoden der Chemie von Prof. Dr. **Georg Bredig.** Verlag J. A. Barth, Leipzig 1923 (54 S.).

Am Schlusse seiner ausgezeichneten Rektoratsrede (Technische Hochschule Karlsruhe) kommt Bredig auf die politische Zukunftsaufgabe der deutschen akademischen Jugend zu sprechen und versucht in begeisternden Worten eine Brücke zwischen nationaler und internationaler Einstellung zu schlagen. Sein Wunsch geht dahin, daß die deutsche akademische Jugend Führer sein möge zu den „Vereinigten Staaten von Europa". Die Bedeutung, die wir dieser Rektoratsrede beimessen, rechtfertigt es gewiß, daß wir Bredig kurz selbst das Wort geben:

„Vor 100 Jahren war es Deutschlands akademische Jugend, welche sich an die Spitze für neue Ideale zu setzen verstand und damit ihrem Volke Führer wurde. Wie heute standen damals im übrigen gewiß ehrwürdige alte Ideale dem neuen Ideale, damals nämlich dem von der Einheit des Deutschen Reiches, entgegen. Nicht nur der Staat selbst verfolgte vor 100 Jahren diejenigen Akademiker und andere gute Deutsche, die ein größeres einiges Deutsches Reich wollten, sondern in Bayern, Preußen, Sachsen und Österreich hatten die Philister alle ihren eigenen bayerischen, preußischen, sächsischen und österreichischen Nationalstolz. Ein Bismarck mußte selbst gegen seine liebsten Volks- und Standesgenossen, gequält von schlaflosen Nächten und selbst einsamen Weinkrämpfen, im Kampfe mit alten Idealen und Denkgewohnheiten unsere deutsche Einheit erkämpfen. Das Deutsche Reich ist trotz allem erstanden, und Bayern, Preußen, Sachsen usw. haben dabei ihre nationale Eigenart durchaus nicht verloren und sollen, so Gott will, ewig beim Deutschen Reiche bleiben.

Wie damals vor 100 Jahren das kleinere Deutschland, so steht heute das größere Europa vor demselben Problem, nämlich vor dem der europäischen Einheit. Überall in den europäischen Ländern gilt der Nationalstolz mit Recht als eine heilige Sache. Wie es einst einem ehrwürdigen Preußenkönig sogar schwer wurde, „deutscher Kaiser" zu heißen, so würde es vielen vortrefflichen Männern Europas schwer werden, europäisch zu denken; aber dieser „europäische Partikularismus" wird einst ebenso überholt werden, wie es im geeinten Deutschen Reiche heute der preußische, bayerische oder sächsische Partikularismus ist. Auch die Schweiz hat es bereits verstanden, die verschiedenen Nationen verschiedener Rasse und Sprache zu einem einigen Staate zusammenzufassen. Unser Deutsches Reich geht uns über alles, aber unausweichlich bleibt das Problem der „Vereinigten Staaten von Europa". Sie werden einmal da sein oder Europa wird nicht mehr da sein!

Der große europäische Staatsmann, der dieses Ideal der „Vereinigten Staaten von Europa" einmal verwirklicht, wird und muß dereinst erstehen. Wollen wir vermeiden, daß er durch Blut und Eisen hindurch muß, so ist es hohe Zeit, daß die akademische Jugend aller europäischen Länder beizeiten das Problem sehen lernt und die Führung der Völker zu seiner vernünftigen Lösung ergreift. Begreift die europäische akademische Jugend dies nicht, so

werden andere Kräfte die Führung übernehmen. Wir werden dann am Grabe der europäischen Kultur stehen."

Vereinigte Staaten von Europa. Eine Aufgabe proletarischer Politik von Hermann Kranold. Verlag Meister & Co., Hannover 1924 (32 S.).

Auch diese Schrift gipfelt in der Feststellung, daß die wirtschaftliche Entwicklung mit zwingender Notwendigkeit auf die „Vereinigten Staaten von Europa" hinsteuert. Der Verfasser preist im übrigen die kapitalistische Einigung als eine Notwendigkeit für den Sozialismus: nur körperlich gesunde Proletarier mit starker geistiger Spannkraft können einst das Werk des Sozialismus vollenden; solche Proletarier können aber nur existieren, wenn unter Zuhilfenahme des Kapitalismus baldmöglichst Europas Wirtschaftseinheit hergestellt und dadurch die weitere Verelendung der Proletarier abgewendet wird.

Zum guten Europäer, von Otto Flake Elena Gottschalk Verlag, Berlin 1924 (151 S.).

Ein geistvoller Versuch, sich mit der heutigen Zeit auseinanderzusetzen. Uns interessierte namentlich der siebente Abschnitt „Vom Nationalismus". Fest und bestimmt betont Flake hier, „daß man die nationale Idee nicht aus dem Weg räumen und nicht einmal umgehen kann, auch wenn man die höhere Idee des Völkerbundes, der zwischenstaatlichen Verständigung, des überspannenden Internationalismus sucht". Das Ziel aber aller denkenden Deutschen sollte sein: das Nationale mit dem Weltbürgerlichen zu vereinen. Nur so läßt sich nach Flake verwirklichen, was unser aller letztes politisches Ziel ist, das großdeutsche Reich.

„Ausgeschlossen aus dem Reich sind heute die Deutschen in Böhmen, Polen, Südtirol, Österreich, von den Bedrohten wie an der Saar und den Unentschiedenen wie im Elsaß nicht zu reden. Nur ein Narr, oder was er sonst ist, kann diesen Ausgeschlossenen das Recht bestreiten, dorthin zu gehören, wohin sie gehören wollen.

Ich empfinde die Romanisierung der Südtiroler oder die Vergewaltigung der Sudetendeutschen wie der Nationalist pur sang. Aber ein Narr anderer Art ist, wer glaubt, es sei noch Zeit, es gäbe noch Gelegenheit, durch Politik, Krieg, Revision jene Volksglieder dem Reich einzuverleiben.

Das großdeutsche Reich — es ist verpaßt worden. Es konnte vor Jahrhunderten geschmiedet werden, es wurde nicht geschmiedet. Zu spät! Und das ist nicht Schuld fremden Neides, sondern des deutschen Mangels an Gegebenheitssinn, der sich gegen fremde Mitbewerber behauptet. Es gibt kein Zurück mit Hilfe des Vorwärts, und die Deutschen müssen erkennen: entweder halten wir an dem Gedanken fest, durch Macht das großdeutsche Reich zu verwirklichen und führen dadurch nur eine Wiederholung unseres Schicksals mit dem typischen Fastgelingen und Scheitern in letzter Minute herauf, oder wir sinnen auf eine Form des künftigen Europa, die erlaubt, zwar auf die Verwirklichung der Macht zu verzichten, aber das Ziel der deutschen Gemeinsamkeit gleichwohl zu erreichen.

Diese Form kann nur diejenige sein, die die Macht durch die Freiheit ersetzt. Die Freiheit der heute Ausgeschlossenen, ihre Sprache, Schule, Religion, Gesellschaft und welche Güter immer in Betracht kommen, nach eigenem Willen zu formen, zu besitzen, an das deutsche Zentrum zu knüpfen. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die glauben, diese Freiheit sei möglich als Autonomie innerhalb eines geschlossenen Nationalstaates. Die Italiener werden den Südtirolern nie kulturelle Autonomie geben, schon deswegen nicht, weil diese Autonomie Befreiung vom Dienst unter der nationalen Fahne bedingen würde.

So taucht das wieder auf, was heute den geringsten Börsenwert besitzt: die Idee des geeinten Europa, das die Grenzen, die stehenden Heere, die nationalen Münzsysteme und anderes abgeschafft hat. Man sei sich klar: wenn je-

mals in der Geschichte die Zerstückelung der deutschen Stämme aufhören soll, kann es nur durch Verwirklichung der pazifistischen Ideen geschehen.

Die Deutschen haben dasselbe Ziel wie die Franzosen oder irgendwelche andere Nation in Europa; aber während alle diese Nichtdeutschen das Ziel unmittelbar verwirklichen, nämlich bereits verwirklicht haben, vermögen die Deutschen es nur mittelbar, das heißt nicht aus eigener Kraft zu verwirklichen.

Es ergibt sich so eine eigentümliche deutsche Problemstellung mit eigentümlich deutscher Taktik: der Europäismus kann niemals darin bestehen, daß wir unser nationales Bewußtsein vernachlässigen, für gering achten, um des fernen Zieles willen bereits heute abwerfen. Im Gegenteil, es gilt, dieses Bewußtsein zu pflegen. Das ist die Auffassung, die uns erlaubt, die Nationalisten unseres Landes nicht nur zu verstehen, sondern auch nutzbar zu machen. Wir sind in der Aufgabe einig, aber nicht in der Methode."

Europa Irredenta. Eine Einführung in das europäische Nationalitätenproblem der Gegenwart von Max Hildebert Boehm. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1923 (335 S.).

Dieses Buch aus der Schriftenreihe des politischen Kollegs „Der Ring" möchten wir allen geopolitisch Interessierten auf das wärmste empfehlen. Mit erstaunlichem Fleiß und großer Geschicklichkeit in der Darstellung hat Boehm das umfangreiche Material gesichtet und uns ein glänzendes Bild des europäischen Nationalitätenproblems beschert. Von den Anfängen nationalen Empfindens wird der Leser bis hin zu der durch den Weltkrieg ins Riesenhafte gesteigerten Problematik des Nationalstaates geführt. Die große Linie ist dabei überall so vorzüglich gewahrt, daß die Fülle historischen Materials nie irgendwie erdrückend wirkt und das Interesse nicht einen Augenblick erlahmt. Ein solches Buch hat fürwahr gefehlt! Möchten es alle zur Hand nehmen, die aus Neigung oder Beruf zur Politik kommen und, öder Parteidoktrinen müde, die großen Ziele einer zukunftssicheren Politik erfassen wollen. Namentlich der akademischen Jugend und allen in Betracht kommenden Hochschulinstituten sei dieses Buch ans Herz gelegt.

Wir sind uns klar darüber, daß man aus der sachlichen Darstellung Boehms verschiedenartige Schlußfolgerungen ziehen kann. Immerhin ist auch Boehms „Ausblick" von so großem Interesse, daß wir einige Sätze daraus hier anführen:

„Die Verstümmelung Europas hat die Funktionen seiner Glieder in anarchischer Willkür verschoben. Großvölker werden in künstlicher Ohnmacht gehalten, Mittelstaaten zu Großmächten aufgebläht. Diese Zustände werden nicht dauern. Auch der Schein der glücklich errungenen Selbständigkeit, in dem sich heute zahlreiche kleine Völker sonnen, ist in Wahrheit trügerisch. Nicht dem Sieg einer Theorie, sondern dem augenblicklichen Interesse einzelner Großmächte und einer vorübergehenden Kräftelagerung unter ihnen ist der staatliche Atomismus von Europa irredenta entsprungen. Nach der politischen wie nach der kulturellen Seite bleibt die Kraftüberspannung der Mittelstaaten und die absolute Selbständigkeit auch der kleinen Völker als Moment der europäischen Dauerrevolution allen Augenblickserrungenschaften zum Trotz fragwürdig. Der Nutznießerschaft erborgten Glanzes und der Freude am Spiel mit den bloßen Hülsen der Macht, über dem das Lächeln der großen und aller wirklich reifen Nationen liegt, ist dauernder Bestand nicht beschieden. Die Ernüchterung muß folgen, wenn die Wahrung erraffter Scheinbesitzes zu Überanstrengung und Zusammenbruch führt. Auch der Bund der vielen Kleineren gegen die wenigen Großen ist nur ein Notbehelf. In sich schwache und räumlich auseinanderliegende politische Teilgebilde lassen sich nicht künstlich in eine einheitliche Kraftrichtung drängen. Europa irre-

denta kennt heute fast nur noch feindliche Nachbarn. Wohin soll dieser Massenaufwand an Regierungsapparaten, Riesen- und Zwergparlamenten und diplomatischen Vertretungen, das überhitzte Rüstungsfieber, der Wirrwarr ungesicherter Währungen, der Drahtverhau von Zoll- und Paßgrenzen und die babylonische Staatssprachenverwirrung letzten Endes führen? Der wirtschaftlich zerrüttete Erdteil kann sich auf die Dauer den Luxus dieser Vielstaaterei einfach nicht mehr leisten . . ."

„. . . Mag der Nationalstaat seine relative Geltung in Teilen Europas behalten: in gesamteuropäischem Betracht, und namentlich im Hinblick auf den Osten, ist die westlerische Nationalstaatsideologie den drängendsten Aufgaben nicht gewachsen. Die ablaufende Epoche ist durch den Versuch der Verwestlichung Osteuropas gekennzeichnet. Der Osten und das ihm schicksalsverbundene Mitteleuropa stehen erst im Beginn des Kampfes um Wiedergewinnung ihrer staatlichen Eigenformen. Das ist das große Thema des Jahrhunderts, in dem wir leben.

In diesem Prozeß der Gestaltwerdung Europas von Osten her werden ohne Zweifel zwei Völker eine entscheidende Rolle spielen, die alle beide heute durch Nachwehen des Krieges und durch revolutionäre Wirren zerrüttet und machtpolitisch geschwächt sind. Nur durch den gleichzeitigen Zusammenbruch Rußlands und Deutschlands war das atomisierte Europa von 1919 möglich. Auf die Niederhaltung dieser beiden Völker und ihrer natürlichen Bundesgenossen ist das System der Großen und Kleinen Entente eingestellt. Erst der Aufstieg der unterdrückten Völker wird die gewissermaßen naturgegebene Kräftelagerung wieder herstellen, in die sich auch das heute von Frankreich machtpolitisch ausgehaltene Zwischengebiet unter einer anderen Orientierung mit gesundem Kraftgefühl und zugleich mit realpolitischer Bescheidung einzufügen haben wird. Über kurz oder lang werden sich die beiden niedergehaltenen Großvölker wieder zu Gravitationszentren entwickeln, an die sich dann in bestandhafteren Formen die kleineren völkischen Zwischenkomplexe ankristallisieren müssen."

NEUERSCHEINUNGEN DES AUSLANDES

AMERIKA 1924, SEPT.—DEZ.

I. Alte Welt.

Bertarelli, L. V.: Northern Italy; from the Alps to Rome (Rome excepted). 597 S., N. Y., Macmillan $ 6.—

Brown, Philip Anthony: The French revolution in English history; with an introd. by Gilbert Murray. 246 S., N. Y., Dutton $ 3.—

Cooke, Richard Joseph: Religion in Russia under the Soviets. 311 S., N. Y., Abingdon $ 2.—

Doughty, Charles M.: Travels in Arabia Deserta; preface by Col. T. E. Lawrence. 1300 S., N. Y., Liveright $ 17.50 bxd.

Edwards, George Wharton: Paris. 435 S., Phil., Penn Pub. $ 7.50 bxd.

Forman, Henry James: Grecian Italy. 190 S., N. Y. Liveright bds. $ 3.—

Goldman, Emma: My further disillusionment in Russia. 193 S., N. Y., Doubleday $ 1.50

Gruber, Dr. Josef ed.: Czechoslovakia; a survey of economic and social conditions 275 S., N. Y., Macmillan $ 2.—

Gwynn, Denis: The Catholic reaction in France. 198 S., N. Y., Macmillan $ 1.75

Harrison, Paul W., M. D.: The Arab at home. 357 S., N. Y., Crowell $ 3.50

Hogue, Richard Wallace, ed.: British labour speaks. 290 S., N. Y., Liveright $ 2.—

Huddleston, Sisley: Those Europeans; studies of foreign faces. 301 S., N. Y., Putnam $ 2.50

Jefferson, Mark Sylvester William: Man in Europe: here and there. 211 S., Ypsilanty, Mich. (Author.) $ 2.50

Kornilov, Aleksander: Modern Russian history. 423 S., N. Y., Knopf $ 4.—

Lucas, Edward Verrall: A wanderer in Holland. 330 S., N. Y., Macmillan $ 3.—

Marx, Magdeleine: The romance of new Russia. 236 S., N. Y., Seltzer $ 2.—

Nash, Bradley D: Investment banking in England. 124 S., Chic., A. W. Shaw $ 1.75

O'Conor, Norreys Jephson: Changing Ireland; literary backgrounds of the Irish free state, 1889—1922. 271 S., Cambridge, Mass., Harvard Univ. Press. $ 2.50

Paléologue, Georges Maurice: An ambassador's memoirs. 320 S., N. Y., Doran $ 7.50

Sorokin, Pitirim: Leaves from a Russian diary. 316 S., N. Y., Dutton $ 3.—

Villari, Luigi: The awakening of Italy; the Fascista regeneration. 297 S., N. Y., Doran $ 4.—

Wertheimer, Mildred S.: The Pan-German League, 1890—1914. 256 S., N. Y., Longmans $ 3.50

Wiener, Leo: The contemporary drama of Russia. 283 S., Bost., Little, Brown $ 2.50

II. Afrika.

Barns, Thomas Alexander: Across the great Craterland to the Congo; a sequel to „The Wonderland of the Eastern Congo" with an introd. by J. W. Gregory. 476 S. N. Y., Knopf bds. $ 7.50

Carpenter, Frank George: Uganda to the Cape. 277 S., N. Y., Doubleday $ 4.—

Maxwell, Marius: Stalking big game with a camera in equatorial Africa; with a monograph on the African elephant. 331 Seiten, N. Y., Century. bxd. $ 9.—

Sibree, James:, D., D.: Fifty years in Madagascar; personal experiences of mission life and work. 359 S., Bost., Houghton $ 4.—

Sloane, William Milligan: Greater France in Africa. 309 S., N. Y., Scribner $ 3.—

Sutton, Richard Lightburn, M. D.: An African holiday. 180 S., St. Louis, C. V. Mosby $ 2.25

Welden, Ellwood Austin: French possessions in tropical Africa. 24 S., Wash., D. C., Gov. Pr. Off.; Supt. of Doc.

III. Indopazifische Welt.

Barlow, Glyn: The story of Madras. 127 S., N. Y., Oxford —.75 c.

Barrows, David P.: History of the Philippines. 398 S., N. Y., World Bk. $ 1.60

Battye, J. S.: Western Australia; a history from it's discovery to the inauguration of the commonwealth. 480 S., N. Y., Oxford $ 8.35

Broughton, G. M.: Labour in Indian industries. 222 S., N. Y., Oxford $ 3.—

Close, Upton: In the land of the laughing Buddha. 382 S., N. Y., Putnam $ 3.50

Collins, Gilbert: Far eastern jaunts. 289 S., N. Y., Holt $ 3.50

Fanning, Captain Edmund: Voyages and discoveries in the South seas, 1792—1832. 355 S., Salem, Mass., Marine Research Society $ 5.—

Franck, Harry Alverson: Glimpses of Japan and Formosa. 246 S., N. Y., Century $ 3.—

Golding, Louis: Sunward. 333 S., N. Y., Knopf $ 2.50

Harding, Richard: Cotton in Australia; the possibilities and the limitations of Australia as a cotton growing country. 288 S., N. Y., Longmans $ 4.20

Hopkins, Edward Washburn: Ethics of India. 279 S. New Haven, Conn., Yale $ 3.—

Hosie, Lady: Two gentlemen of China. 316 S., Phil., Lippincott $ 5.—

Mathews, Basil Joseph and Southon, Arthur, E.: Torchbearers in China. 186 S., N. Y., Missionary Education Movement $ —.75

Scott, Sir James George: Burma, 372 S., N. Y., Knopf $ 6.—

Spalding, William Frederick: Eastern exchange currency and finance. 483 S., N. Y., Pitman $ 4.50

Ward, Captain Francis Kingdon: From China to Hkamti Long. 317 S., N. Y., Longmans $ 6.—

Williams, Daniel Roderick: The United States and the Philippines. 348 S., N.Y., Doubleday $ 3.—

IV. Amerika.

Adams, Randolph Greenfield. A history of the foreign policy of the United States. 505 S., N. Y., Macmillan $ 3.50

Alvarez, Alejandro: The Monroe doctrine; its importance in the international life of the states of the new world. 582 S., N. Y., Oxford $ 3.—

Andrews, Charles Mc. Lean: The colonial background of the American Revolution; four essays in American colonial history. 228 S., New Haven, Conn., Yale $ 2.50

Ashley, Roscoe Lewis: The constitution today. 250 S., N. Y., Macmillan $ 1.20

Babson, Roger Ward: Recent labor progress; with special reference to the work of the ferderal government as outlined in the annual reports of the Department of Labor. 336 S., N. Y., Revell $ 2.—

Beard, Mary Ritter (Mrs. Charles Austin Beard): A short history of the American labor movement. 212 S., N. Y., Doran $ 1.50

Bailey, Gilbert Ellis: California, a geologic wonderland. 119 S., Los Angeles, Times-Mirror Press $ 1.65

Beckhart, Benjamin Haggott: The discount policy of the Federal Reserve System. 616 S., N. Y., Holt $ 6.—

Berovici, Konrad: Around the world in New York; il by Norman Borchardt. 416 S., N. Y., Century $ 5.—

Brown, Irving: Gypsy fires in America; a narrative of life among the Romanies of the United States and Canada. 252 S., N. Y., Harper $ 3.—

Cardozo, Benjamin N.: The growth of the law. 145 S., New Haven, Conn., Yale $ 1.75

Cartwright, Charles E.: The tale of our merchant ships. 289 S., N. Y., Dutton $ 3.—

Carpenter, Frank George: Lands of the Andes. and the desert. 299 S., N. Y., Doubleday $ 4.—

Coleman, Sydney, H.: Humane society leaders in America; with a sketch of the early history of the humane movement in England. 270 S., N. Y., Amer. Humane Ass'n $ 1.—

Corwin, Edward, Samuel: The constitution and what it means today. 154 S., Princeton, N. J., Princeton Univ. Press $ 2.--

Cozart, Winfield Forrest: The chosen people. 153 S., (negro) Bost., Christopher Pub. House $ 2.—

Crowe, Marie: Supplementary studies in American history, book I. 304 S., Chic., Lyons & Carnahan $ —.96

Davis, Susan Lawrence: Authentic history of the Ku Klux Klan, 1865—1877. 325 S., N. Y., Author, 488 7th Ave $ 3.50

De Castellane, The Marquis Boni: How I discovered America; confessions of the Marquis Boni de Castellane. 283 S., N. Y., Knopf. $ 5.—

Desmond, Humphrey Joseph: Curious chapters in American history. 270 S., St. Louis, B. Herder. $ 1.50

Elkins, L. Whitney: Coastal Maine; the story of Maine. 392 S., Bangor, Hillsborough Co. $ 3.85

Faris, John Thompson: Where our history was made. 367 S., Bost., Silver, Burdett. $ 1.08

Faris, John Thompson: Seeing Canada. 238 S., Phil., Lippincott. $ 6.50

Faulkner, Harold Underwood: American economic history. 721 S., N. Y., Harper. $ 3.50

Frank, Doctor (pseud.): Negrolana. 296 S., Bost., Christopher Pub. House $ 2.50

Harvey, Daniel G.: The Argyle settlement in history and story. 165 S., Rockford, Ill. (Author). $ 1.75

Hedges, F. A. Mitchell: Battles with giant fish. 300 S., Bost., Small, Maynard. $ 5.—

Hibbard, Benjamin Horace: A history of the public land policies. 610 S., N.Y., Macmillan. $ 4.50

Humphrey, Zephine and Lee, Elizabeth Sykes: The story of Dorset (Vermont). 288 S., Dorset Vt., Public Library. $ 2,—

Jennings, H. C.: The Methodist Book Concern; a romance of history. 281 S., N. Y., Methodist Bk. Concern. $ 1.—

Johnston, George Alexander: International social progress; the work of the international labour organisation of the League of Nations. 263 S., N. Y., Macmillan. $ 3.50

Kimball, Everett: The United States government. 791 S., Bost., Ginn. $ 3.60

Kirkman, George Wycherley: Real estate. 351 S., Los Angeles, Southland Pub. House. $ 3.50

Krapp, George Philip: America; the great adventure; a history from the discovery to the present time. 416 S., N. Y., Knopf. $ 4.—

Lauer, Conrad N.: Engineering in American industry-the development of industry in these United States during one hundred and twenty years. 96 S., N. Y., Mc. Graw-Hill. $ 2.50

Lutz, Harley Leist: Public finance. 697 S., N. Y., Appleton. $ 4.—

Mc Clure, Wallace Mitchell: A new American commercial policy as evidenced by section 317 of the Tariff Act of 1922. 397 S., N.Y., Longmans. $ 4.75

Mc Master, John Bach: A brief history of the United States, 492 S., N. Y., Amer. Bk. Co. $ 1.48

Mc Rae, Milton A.: Forty years in newspaperdom. 514 S., N. Y., Brentano's. $ 3.—

Maloney, Arnold Hamilton: Some essentials of race leadership. 185 S., Xenio, O., Aldine Pub. House. $ 1.60; pap. $ 1.10

Mathews, Basil Joseph: The clash of color; a study in the problem of race. 189 S., N. Y., Missionary Education Movement. $ —.75

Mathews, John Mabry: American state government. 675 S., N. Y., Appleton. $ 3.75

Melody, Genevieve: Supplementary studies in American history, book 2. 338 S., Chic., Lyons & Carnahan.

Mitchell, Benjamin Wiestling: Trail life in the Canadian Rockies. 281 S., N. Y., Macmillan. $ 3.—

Morgan, James: Our presidents; brief biographies of our chief magistrates 343 S., N. Y., Macmillan. $ 2.50

Morley, Felix: Unemployment relief in great Britain; a study in state socialism. 221 S., Bost., Houghton. $ 2.—

Munro, William Bennett: Current problems in citizenship. 554 S., N. Y., Macmillan. $ 1.80

Munro, William Bennett: Personality in politics; reformers, bosses and leaders; what they do and how they do it. 114 S., N. Y., Macmillan. $ 1.50

Muzzey, David Saville: The United States of America. 874 S., Bost., Ginn. $ 3.60

Nevins, Allan: The American states during and after the Revolution. 1775—1789. 746 S., N. Y., Macmillan. $ 4.—

Niles, Mrs. Blair: Colombia, land of miracles. 399 S., N. Y., Century. $ 3.50

Nicolay, Helen: Our capital on the Potomac. 555 S., N. Y., Century. $ 5.—

Oldham, Joseph Houldsworth: Christianity and the race problem. 300 S., N. Y., Doran. $ 2.25

Page, Rosewell: Government in Virginia. 189 S., Va., Williams Pr. Co. $ 1.50

Penzer, M. N., ed.: Non ferrous metals and other minerals. 264 S., N. Y., Van Nostrand. $ 7.50

Passing of Woodrow Wilson: The; being excerpts from various newspapers and magazines gathered by Eugene V. Brewster at the time of the death of Woodrow Wilson. N. Y., Brewster Publications. bds. $ 3.50

Pope, Katherine: Hawaii, the rainbow land. 377 S., N. Y., Crowell. $ 3.—

Rexford, Frank Adison, and Carson, Clara L.: The constitution of our country. 206 S., N. Y., Am. Book Co. $ —.76

Robinson, Edgar Eugene: The evolution of American political parties; a sketch of party development. 390 S., N. Y., Harcourt $ 4.—

Rowe, Henry Kalloch: The history of religion in the United States. 221 S., N. Y., Macmillan $ 1.75

Sampson, Arthur William: Native American forage plants. 460 S., N. Y., Wiley $ 5.—

Schrader, Frederick Franklin: The Germans in the making of America. 274 S., Bost., Stratford $ 2.—

Shultz, William J.; (and) Rice, Stuart A.: The humane movement in the United States 1910 bis 1922. N. Y., Longmans $ 6.50

Shippee. Lester Burrell: Recent American history. 554 S., N. Y., Macmillan $ 3.25

Smith, Launa M.: American relations with Mexico. 249 S., Okla., Harlow Pub. Co. $ 2.—

Speaker, Laurence M.: The investment trust; prize monograph; Chicago trust company prizes for research relating to business development and the modern trust company. 122 S., Chic., A. W. Shaw $ 1.75

Stefansson, Vilhjalmur, and Irwin, Violet Mary (Mrs. Coenvoad van Cuyk de Waal): Kak, the copper Eskimo. 260 S., N. Y., Macmillan $ 2.—

Tinker, Edward Larocque: Lafcadio Hearns American days; il by the author. 388 S., N. Y., Dodd, Mead $ 5.—

Wallace, Schuyler C.: Our governmental machine. 237 S., N. Y., Knopf $ 1.75

Warren, Charles: The Supreme Court and sovereign states. 159 S., Princeton, N. J. Princeton Univ. Press. $ 2.—

White, William Allen: Politics: the citizen's business. 338 S., N. Y., Macmillan $ 2.—

Willoughby, Westel Woodbury: The fundamental concepts of public law. 516 S., N. Y., Macmillan $ 4.—

Wilson, Woodrow, i. e. Thomas Woodrow: The messages and papers of Woodrow Wilson; with editorial notes and introd. by Albert Shaw. 1290 S., N. Y., Review of Review Corp. $ 4.—

Woodburn, James Albert: Political parties and party problems in the United States. 556 S., N. Y., Putnam $ 3.50

Woodson, Carter Godwin: The negro in our history. Wash., D. C. Associated Publishers $ 2.50

Woollen, William Watson: The inside passage to Alaska 1792—1920. Cleveland, O., Arthur H. Clark Co. $ 12.50

V. Systematisches und Allgemeines.

Ainsworth-Davis, J. R.: Food supplies of the British empire. 144 S., N. Y., Van Nostrand $ 7.50

Andrew, G. W., ed: Fuel. 208 S., N. Y., Van Nostrand. $ 7.50

Ashe, A. W., and Boorman, H. G. T.: Chemicals. 207 S., N. Y., Van Nostrand $ 7.50

Athearn, Walter Scott: Character building in a democracy. 175 S., N. Y., Macmillan $ 1.75

Baker-Crothers, Hayes, and Hudnut, Ruth Allison: Problems of citizenship. 528 S., N. Y., Holt $ 2.75

Balch, Thomas Willing: Legal and political questions between nations. 157 S., Phil., Allen, Lane & Scott, 1211 Clover St. buck. $ 2.—

Bartholomew, John ed.: The handy reference atlas of the world. Bost., Chas. E. Lauriat Bxd. $ 4.50

Barrows, Harlan H., and Parker, Edith Putnam: Geography; journeys in distant lands. 159 S., N. Y., Silver, Burdett $ 1.08

Birkett, M. S.: Ferrous metals. 165 S., N. Y. Van Nostrand $ 7.50

Black, William Harman: Outlines of travel. 311 S., N. Y., Real Bk. Co., 2148 Woolworth Bldg. $ 4.50

Bolton, E. Richards, and Pelly, Russell G.: Oils, fats, waxes and resins. 275 S., N. Y., Van Nostrand $ 7.50

Bower, Lahman Forrest: The economic waste of sin. 272 S., N. Y., Abingdon $ 1.75

Brown, Harry Gunnison: The economics of taxations. 365 S., N. Y., Holt $ 3.—

Butterbaugh, Wayne, E.: Principles of importing. 494 S., N. Y., Appleton $ 5.—

Davis, Watson: The story of copper. 404 S., N. Y., Century $ 3.—

Dendy, Arthur: The biological foundations of society. 207 S., N. Y., Appleton $ 2.50

Dix, Dorothy (Mrs. Elizabeth Meriwether Gilmer): My trip around the world. 311 S., Phil., Penn bxd. $ 4.—

Duly, S. J., ed.: Timber and timber products, including paper making materials. 228 S., N. Y., Van Nostrand $ 7.50

Eddy, Sherwood, i. e. George Sherwood, and Page, Kirby: The abolition of war; the case against war and questions and answers concerning war. 233 S., N. Y., Doran $ 1.50

Edwards, George William: International trade finance. 510 S., N. Y., Holt. $ 4.50

Ellwood, Charles Abram: Sociology and modern social problems. 416 S., N. Y., Amer. Book Co. $ 1.48

Florence, Philip Sargent: Economics of fatigue and unrest and the efficiency of labour in English and American industry. 426 S., N. Y., Holt. $ 5.—

Fitch, John Andrews: The causes of industrial unrest. 438 S., N. Y., Harper. $ 3.—

Friedman, Elisha Michael: Survival or extinction; social aspects of the Jewish question. 217 S., N. Y., Seltzer. $ 2.50

Hardy, E. G.: Some problems in Roman history; ten essays bearing on the administrative and legislative work of Julius Caesar. 342 S., N. Y., Oxford $ 6.—

Hawes, Charles Boardman: Whaling. 366 S., N. Y., Doubleday $ 5.—

Huntington, Ellsworth: Civilization and climate. 472 S., New. Haven, Conn., Yale $ 5.—

Huntington, Ellsworth: The character of races; as influenced by physical environment, natural selection and historical development. 409 S., N. Y., Scribner $ 5.—

Is unemployment inevitable? An analysis and a forecast. 396 S., N. Y., Macmillan $ 3.50

Jeffreys, Harold: The earth; its origin, history and physical constitution. 287 S., N. Y., Macmillan $ 5.50

Johnstone, James: An introduction to oceanography, with special reference to geography and geophysics. 363 S., Bost., Small, Maynard $ 5.—

Kellor, Frances and Hatvany, Antonia: Security against war. 860 S., N. Y., Macmillan bxd. $ 6.—

Kennedy, Thomas Hart: An introduction to the economics of air transportation. 163 S., N. Y., Macmillan $ 2.—

Kent, Rockwell: Voyaging southward from the Strait of Magellan. 199 S., N. Y., Putnam bxd. $ 7.50

Lord, Robert Howard: Origins of the war of 1870. 325 S., Cambridge, Mass., Harvard Univ. Press. $ 3.50

Mc Cubbin, W. A.: Fungi and human affairs, with special reference to plant diseases. 108 S., N. Y., World Bk. $ 1.—

Mac Curdy, George Grant: Human origins; a manual of prehistory. 478 S., N. Y., Appleton bxd. $ 10.—

Miller, Sidney L.: Railway transportation; principles and point of view. 932 S., Chic., A. W. Shaw $ 4.—

Molesworth, Major F. C.: The military uses of astronomy; foreword by General Sir W. R. Birdwood. 124 S., N. Y., Longmans $ 1.25

Noice, Harold: With Stefansson in the Arctic. 269 S., N. Y., Dodd, Mead $ 2.50

Rasma, Henry K.: Things a nation lives by. 179 S., Richmond, Va., Presby:erium Committee of Publication $ 1.25

Scroggs, William Oscar: A century of banking progress. 340 S., N. Y., Doubleday $ 3.50

Siemens, Hermann W., M. D.: Race hygiene and heredity. 188 S., N. Y., Appleton $ 2.—

Sim, Newell Le Roy: Society and its surplus; a study in social evolution. 593 S., N. Y., Appleton $ 3.—

Seley, John C.: Sources of volcanic energy. 257 S., N. Y., Putnam $ 3.50

Stephenson, W. Tetley: Communications. 180 S., N. Y., Van Nostrand $ 7.50

Swinburne, James: Population and the social problem. 380 S., N. Y., Macmillan $ 5.—

Tharaud, Jerome and Tharaud, Jean: When Israel is king; tr. by Lady Whitehead. 248 S., N. Y., Mc. Bride $ 2.—

These eventful years: The twentieth century in the making, as told by many of its makers; being the dramatic story of all that has happened throughout the world during the most momentous period of all history. 1320 S., N. Y., Encyclopedia Britannica set $ 11.50

Visher, Stephen Sargent: Climatic laws: ninety generalizations as to the geographic distribution of temperature, wind, moisture, etc., with numerous corollaries. 95 S., N. Y., Wiley $ 1.50

Wilde, Norman: The ethical basis of the state. 236 S., Princeton, N. J., Princeton Univ. Press bds. $ 2.50

Whitbeck, Ray Hughes: Industrial geography; production, manufacture, commerce. 608 S., N. Y., Amer. Bk. Co. $ 1,72

KARL HAUSHOFER:
DER OST-EURASIATISCHE ZUKUNFTSBLOCK

Vom Nordostufer des Pazifik aus, von der Stelle — wo sich der Menschendruck der alten übervölkerten ostasiatischen Kulturmächte in ihrer Erneuerungskrise mit den leeren Räumen der Sowjetbünde und den Ausstrahlungen der Kolonialmächte, wie ihrer Tochterstaaten auseinandersetzen muß — hat die politische Bewegung ihren Hebelansatz gefunden, die auf die Zerstörung oder Mattsetzung des „geographischen Angelpunktes der Geschichte" ausging und noch den erwünschten Nebenzweck der Balkanisierung Mitteleuropas, der Zentralmächte damit erreichte.

Da liegt es für politische Träumerei nahe, aus Verdrängungsphantasien ähnliche Möglichkeiten neu zu konstruieren, wie sie tatsächlich vor dem russisch-japanischen Kriege, vor dem Eingriff der europäischen Mächte in den chin.-japanischen Krieg um Korea für eine weisere eurasische Kontinentalpolitik bestanden hatten, — so offenkundig, daß man sie in den Vereinigten Staaten als wahrscheinlich in das politische Rechnen einstellte, und ihnen vorbeugend entgegenarbeiten zu müssen glaubte. Die praktische, namentlich auch eisenbahnpolitische Zusammenarbeit Ostasiens, Rußlands und der Zentralmächte erwies sich aber als Traum, der über den Horizont ihrer damaligen Staatsmänner ging, die tätige Gegenarbeit der Angelsachsen aber als Wirklichkeit. Und der Erfolg war der Reihe nach der Zusammenbruch Chinas seit 1900—1912, Rußlands seit 1905—1917, Deutschlands seit 1914—1918, die Gefährdung Japans nach einer täuschenden Scheinkonjunktur seit 1922, im Grunde gleichfalls von 1914 an.

Nur ist ein großer Unterschied zwischen Ost und West des von außen her vergewaltigten Hauptkultur-Erdteils der alten Welt. Im Westen Eurasiens sind die Übergänge zwischen ozeanischen und kontinentalen Lebensformen viel verschwommener: Teile der ozeanischen sind auf „Gedeihen und Verderben" an vorwiegend kontinentale gebunden; andere sind in Wirklichkeit zu 90 Prozent kontinental bis in die Knochen, und ließen sich eine ozeanische Karriere einreden, in der sie Schiffbruch leiden mußten, weil sie das Meer nicht verstanden; andere, die ihre Ziele über Meer hätten suchen müssen, starrten, klug von der Übersee abgelenkt, auf Kontinentalstreifen, die ihnen nur zur Machterweiterung und Eitelkeitsbefriedigung dienen, andern aber lebensnotwendig sind, und deshalb zum Ausgangspunkt unversöhnbarer Todfeindschaft werden mußten.

In solcher Verwirrung und Verquickung kennt der Ferne Osten die gleichen

Probleme nicht. Zunächst ist er an sich viel großräumiger, trotz dem Menschengedränge, das einzelne Gebiete, wie die Druckräume von Shantung, die Küstenebenen Chinas und die Ufer der japanischen Inlandsee, die Ebene von Tokio (des Kwanto), erfüllt. Dann hat ihm sein natürlicher Bau wirksame Scheidungen geschenkt, die er achten gelernt hat, — darin weiser, auch länger in Zusammenhängen geographisch denkend und erfahrend, als der Westen Eurasiens.

Solche natürliche Scheidungen bewirkt vor allem der ostasiatische Küstenmeer-Korridor. Seit 2600 Jahren scheidet er zwar nicht kulturell aber politisch China von Japan, eine im wesentlichen durch Hochlandbecken, dann Stromtäler und Alluvialebenen bestimmte, an Gebirgszügen und Strömen, wie deren Stauseen, in ihrer innern Struktur orientierte Festlandsmacht von der ozeanischen und litoralen Lebensform auf den Inselgirlanden, dem am Typ des pazifischen Küstenbaus aufgerichteten japanischen Inselbogen-Reich.

Nur dreimal haben diese beiden Reiche über die Schranke hinweg Kriege größeren Stiles geführt, im Verlauf von 2600 Jahren des Aneinanderliegens kaum mehr als zehn im Kriegszustand verbracht — ein unvorstellbarer Vorgang für ein Volk, das Frankreichs Nachbarschaft an der Rheingrenze nun mehr als ein Jahrtausend erlebte! Auch jetzt — angesichts großer Versuchungen — hat sich Japan in eine Rolle höchster Geduld mit seinem zwar augenblicklich hilflosen und zwiespältigen, aber riesengroßen Nachbarn hineingespielt, dessen Kulturstärke, Dauerkraft der Rasse und Möglichkeiten der Wiedererneuerungen es besser kennt, als irgend ein anderer Nachbar — sogar als die ausgezeichnet über den Fernen Osten orientierten Sowjets. Denn in diesem Fall trübt ein alter, immer wieder wirksam werdender geopolitischer Einschlag die sonst so klare Erkenntnis: der Rhythmus der chinesischen Nordwest-Grenze mit dem uralten Gegensatz des Hin- und Herwogens von Ackerbauer-Vorstößen in das Weide- und Viehtriftgebiet der Nomaden, und von Nomadenüberflutungen des in abgegrenzten Besitz aufgeteilten, vom Ackerbau eroberten Landes. Unter dieser Bedrohung litt besonders die nördliche Lebensader Chinas, Hwei- und Hwangho-Tal, in denen sich die ältesten Reichsbildungen der Chinesen langsam durch die als „Pässe" schlechthin bezeichneten Hoangho-Engen zum Meer hinausschoben (wo sie sich in der überfüllten Shantung-Halbinsel stauten, von der die Wanderströme dann nordwärts und südwärts auseinanderflossen). Diese nördlichen Lebensadern und ihre Verkehrswege sind die Griffe der Nomadennachbarn nach ihrer Kehle gewöhnt. Auch in diesen Fällen sind es, schon durch uralte Namensgebung angedeutet, ganz bestimmte geographische Schicksalsstellen, an denen sich immer wieder gleichsinnige Vorgänge ereignen: Shan-Hai-Kwan, die Berg-Meer-Schranke, von der aus die Überflutungen von Nordosten her einzubrechen pflegen, wie an den Pässen, die von Jehol oder Nankau herunterführen; der Durchbruch



des Hwangho durch den sinnfälligsten Höhenabsatz Nord-Chinas zwischen Shansi und Chili, Shensi und Honan. Auf dieses geopolitische Gerüst beziehen sich die geographisch so sinnvollen Namen der nordchinesischen Provinzen: „Westlich der Pässe“ (Shensi), „östlich des (scheidenden) Bergzugs“ (Shantung), „westlich des Bergzugs“ (Shansi), „südlich des Flusses“ (Honan), dadurch andeutend, wie maßgebend für die Struktur des Reichsaufbaus früh erkannte, gewürdigte geographische Kräfte wurden, welche Rolle naturwissenschaftliche Beobachtung dabei im Grunde gespielt hat!

Augenblicklich ist der am meisten verkehrsfeindliche Teil der Wüste Gobi wieder einmal die tatsächliche Machtscheide zwischen dem vorwiegenden Einfluß der Nomadenvertreter und ihrer Stimmführer, der Sowjets, und dem sich auf seine Kernlandschaften zusammenziehenden Chinesentum, — was auch staatsrechtliche Fiktion dazu sagen möge. Die Außenländer sind augenblicklich der chinesischen Reichskontrolle fast völlig entglitten: die Mongolei in den russischen, Tibet in den anglo-indischen Machtbereich, der Zwischenstreifen in die Strömungen der Neu-Islam-Bewegung, die jeden Augenblick mit raumweiten Wirkungen auf Kansu und Yünnan übergreifen kann. So ist China tatsächlich in einer Zusammenziehung auf sich selbst, das Stammgebiet der achtzehn Provinzen begriffen; und unklar ist die Lage eigentlich nur in den drei östlichen Provinzen der Mandschurei, deren Zustand, wie schon vor drei Jahrzehnten einmal, viel ernster ist als er scheint, wie ein noch von der Sonne bestrahltes Gewittergewölk. Die mandschurische Frage ist aber entscheidend für den Gesichtspunkt, unter dem wir an der Jahreswende die eurasische Kontinentalpolitik daraufhin betrachten, ob sie in absehbarer Zeit die furchtbare Lage von Mitteleuropa erleichtern kann oder nicht. Gelingt es, an dieser Stelle, wo sich die Interessensphären so gefährlich überschneiden, eine haltbare Konstruktion aufzurichten, die ein Zusammenwirken zwischen den wirklichen bodenständigen Kräften in Nordchina, den Sowjetbünden und Japan gewährleistet, so sind alle andern Reibungsflächen zwischen diesen drei Partnern spielend abzugleichen, und es wäre die Möglichkeit eines Zusammenwirkens gegeben, die sich bald und unmittelbar im Kräftespiel der großen Mächte aussprechen würde: zunächst in einer Erleichterung des augenblicklichen Hochdrucks auf Japan, den die beiden angelsächsischen Mächte ausüben, dann in der überseeischen Unangreifbarkeit Chinas von außen her, in der Notwendigkeit, ihm bei der Erhöhung der Zölle, der dann leicht zu gewinnenden Ordnung seiner Geldfragen entgegenzukommen, und in der vollkommenen Rückendeckung der Sowjetbünde oder des aus ihnen hervorgehenden Rußland anderer Innenstruktur gegen Asien, in der ungehemmten Möglichkeit also für Rußland in Indien, im Nahen Osten wie in Zwischeneuropa sein natürliches Raum- und Volkszahlgewicht zur Geltung zu bringen.

Aus dieser Kette geopolitisch schwer anzufechtender Schlüsse erhellt, welches Interesse wir in Mitteleuropa daran haben, daß ein friedlicher Ausgleich zwischen China, Japan und Rußland zustande komme, daß kleine Reibungen zweiten und dritten Grades ihn nicht stören, daß die Sensationsmeldungen über japanischen Militarismus, Angriffsabsichten auf das unschuldige Opferlamm der Vereinigten Staaten und dgl. mehr in Mitteleuropa keinen Resonanzboden finden, daß bei der ganzen Rassenhetze die nächstbeteiligten weißen Raubmächte am Pazifik allein gelassen werden und daß sich nicht auch noch die ahnungslose öffentliche Meinung bei uns (wie schon so oft!) vor den Wagen des amerikanischen Wirtschafts- und Flotten-Imperialismus spannen lasse. Wenn der Friede am Pazifik gestört wird, so stören ihn nur die rücksichtslosen Übergriffe, vor allem der Vereinigten Staaten und ihr Wunsch, aus China ein anderes, größeres, wenn auch unmerklicher in kapitalistische Fesseln geschlagenes Indien zu machen. Auch eine solche Sensationsmeldung, wie die kurz vor Neujahr verbreitete, Ministerpräsident Kato, einer der anglophilsten Staatsmänner, die Japan hat, habe die Befestigung von Singapur als „unfreundliche Handlung" gegen Japan bezeichnet, sollte in Deutschland nicht ohne drei Fragezeichen weitergegeben werden. Ein Mann wie Kato weiß ganz genau, welches Gewicht in der angelsächsischen Terminologie die Wortfolge „unfriendly act" besitzt; und der Schreck über die „grave consequences" der „grave consequences", die ein aufrichtiger Japaner in Washington an die Wand malte, ist in der japanischen Staatsmannschaft noch groß und nachwirkend genug, um eine solche programmatische Neujahrswendung für äußerst unwahrscheinlich zu halten. „Ein auffliegenwollender Vogel duckt sich . . ." sagt ein altes, kluges japanisches Sprichwort; er spreizt nicht vorher zwecklos das Gefieder. Das ist ganz unostasiatisch! „Yumei mujitsu" — Schein ist nicht Sein — heißt es dort.

Die Hauptgefahr für eine haltbare Lösung der mandschurischen Frage mit ihren Teilkomplexen liegt nicht außerhalb Chinas, falls von dorther nicht ganz unberechenbar törichte Eingriffe erfolgen, sondern in der innern Fragwürdigkeit der chinesischen Staatsstruktur!

Und hier ist eben eine große politische Torheit zu berühren, die ganz ähnlich der deutsche Zentralismus auch gemacht hat, die nun die innern Ordnungsmöglichkeiten in Deutschland wie in China vergiftet, daher als innerchinesische Frage am ehesten politisch-geographisch in Deutschland verstanden werden könnte.

„Lang getrennt, gehen wir zusammen, — lang beisammen, trennen wir uns leicht", sagte mir einmal etwas melancholisch ein chinesischer Würdenträger auf meine Frage nach den innern Aussichten des Ringens zwischen Zentralismus und Regionalismus in China. Als mit der Thronentsagung der



Mandschu-Dynastie am 12. Februar 1912 China die Bahn zur republikanischen Umwandlung frei hatte, stand es außenpolitisch ebenso, wie für die Frage der Erhaltung seiner Reichsstruktur vor ähnlich gefährlichen Entscheidungen, wie Deutschland in Weimar. Sie hätten mit höchster Behutsamkeit angefaßt werden müssen, denn eine Reihe der wichtigsten Land- und Raumbestandteile des alten Reichs fühlten sich nur dynastisch an dessen Umriß gebunden. Mongolei, Tibet, Mandschurei, Mohamedaner-Landschaften waren in höchster Erregung, andere Zusammenhänge machten sich bei der Lösung des Treu- und Glaubensverhältnisses geltend, und dagegen fand man in China nur eine Lösung: den Zentralismus auf dem Papier mit dem Symbol der neuen fünfstreifigen Flagge, von der je ein Farbstreifen Chinesen, Mandschu, Mongolen, Mohamedaner, Tibetaner versinnbildlichen sollte, von denen sich nun bereits vier mehr oder weniger abgelöst haben. Hinter diesem Zentralismus auf dem Papier stand keine wirklich zusammenhaltende Macht, außer einem vagen Zusammengehörigkeitsgefühl von Kultur und Wirtschaft, für das nur sehr wenige wirklich Opfer bringen wollten, und die Militärmacht der regionalen Gewalten, die zu einem Nationalheer zusammenzufassen weder Yüan Shi Kai noch seinen Schülern und Nachfolgern (Wu Pei Fu z. B.) gelang. Aus dem Chaos hob sich immer klarer und abgegrenzter der werdende geopolitische Körper des mandschurischen Reiches, des einzigen Reichsteils, der unter klugen und festen Händen nach gesunden Grundsätzen, aber mit steigender Selbstbestimmungsneigung robust separatistisch regiert wurde, der ein eigenes Heer aufzubauen vermochte und zwischen zentrifugalen chinesischen Gewalten, der japanischen und russischen Macht sich durchsetzte, wie etwa die Anfänge des Großen Kurfürsten. Die bloße Tatsache, daß er noch lebt, ist ein Beweis für die geniale organisatorische Fähigkeit des Marschall Chang Tso Lin, des Kriegsherrn und tatsächlichen Königs der Mandschurei mit ihrer rund eine Million Quadratkilometer umfassenden Landfläche, ihrer mäßigen Volksdichte und dem blühenden Wohlstand der etwa an die Einwohnerzahl Polens heranreichenden Bewohner. Die mandschurische Frage hat im Frühjahr 1923 ihre gefährlichste Wendung genommen. In diesem Jahr lief die Geltung des russischen Pachtvertrags für die Südspitze der Mandschurei ab, in dessen Rechtsnachfolge Japan durch den russisch-japanischen Krieg eingetreten war. Der Rechtstitel Japans stützte sich nur mehr auf die China während des Weltkriegs abgezwungenen sogenannten 21 Punkte, einen der schlimmsten inneren Streitäpfel Ostasiens, der auch aus seiner von innern Motiven nicht erklärbaren Stellung zum Weltkrieg herrührt. Auch hier zeigt sich einer der von den hohen alliierten Mächten sorgfältig verschleierten Zusammenhänge — eine zerstörende Folge ihres weltüberspannenden Einkreisungsspiels. Sun Yat Sen hatte Recht mit seinem Brief an den japanischen Demokratenführer Inukai,

in dem er betonte, daß, wenn Ostasien überhaupt am Krieg teilnehmen müsse, es an der Seite der Zentralmächte geschehen sollte, um die Befreiung Asiens von der euramerikanischen Bevormundung zu erreichen. Seine jetzige Fahrt nach Japan, um die japanische öffentliche Meinung auf Zusammenwirkung mit China zur Abschaffung der fremden Kolonialrechte in China zu stimmen, liegt ganz auf der gleichen Linie.

Aber in allen andern, aus dem Komplex der 21 Punkte herrührenden Fragen konnte Japan nachgeben, nur in der Frage seines Besitzes der südmandschurischen Bahn nicht; denn diese Bahn ist ein Rückgrat seiner Festlandstellung geworden, in deren Aufbau es sich eben völlig von dem west-eurasischen Inselreich Großbritannien unterscheidet und ganz anders mit dem Schicksal der Festlandmächte im Guten oder Bösen verknüpft hat. Von den drei großen, im wesentlichen ozeanischen Weltmächten, die 1922 eine Art Treuga dei für den pazifischen politischen Raum und für Ostasien zusammen mit Frankreich zu bauen versuchten, ist Japan nicht nur die örtlich am meisten begrenzte, am wenigsten planetarische, die flottenschwächste, sondern auch die trotz ihrer vorwiegenden Meerernährung am meisten festlandverbundene, die also am ehesten, namentlich dann, wenn sie sich von den beiden andern bedrückt, der Bewegungsfreiheit beraubt, eingekreist und verlassen fühlt (wie in der Frage der pazifischen Flottenübungen der Vereinigten Staaten, und der Wiederaufnahme der Befestigung von Singapur im größten Stil durch das Britische Weltreich) Anschluß und zwar dauernden, an große Festlandverbände mit kontinentalen Mächten finden, nehmen und suchen kann. Und sie allein hat von den drei in Ostasien in Frage kommenden Vertragsschließern eine wirklich verwendungsbereite, höchst zusammengefaßte Macht — in der Abwehr, in ihrer Rassenehre angegriffen, riesenstark! — wenn auch der Neujahrsbetrachtung in der Frankfurter Zeitung durchaus zugegeben ist, daß diese Macht nicht nur durch das Erdbeben von 1923, sondern auch durch unweise Steuerung und innere Veränderung seit 1914 Schwächungen erfahren hat, die sie sich leicht hätte ersparen können, und im Grunde der von ihr gewählten und ihr von England nahegelegten Form des Eingreifens in den Weltkrieg verdankt.

Die bloße Schöpfung eines Druck-Abwehr-Verbandes zwischen den durch den Weltkrieg am meisten geschädigten Mächten — als die sich immer mehr zu ihrer eigenen Überraschung nicht nur die ehemaligen Mittelmächte Deutschland, Österreich, Bulgarien, Türkei, sondern auch Rußland, China und Japan herausstellen — würde ihnen allen eine fühlbare Erleichterung verschaffen. Sie würde, im Zusammenhang mit den spanisch-amerikanischen Staaten, ein Gegengewicht gegen die rücksichtslose Ausbeutung ihres Augenblicksvorteils durch die Vereinigten Staaten und die Westmächte bilden, die Hauptträger des Rassenvorurteils und des Kolonialstadiums in der Welt, also die Haupt



hemmung der wirklichen Selbstbestimmungsrechte der Völker. Sie würden einander wirtschaftliche Ergänzungen und Hilfe bieten können, die ihnen wenigstens ein geringeres Maß kapitalistischer Ausbeutung gewährleisten könnte, als ihnen jetzt droht, oder schon auf ihnen lastet. Aber für alle diese Auswirkungen muß die öffentliche Meinung der betreffenden unterdrückten, beschädigten und benachteiligten staatlichen Lebensformen erst reif gemacht werden. So, wie einzelne sich die Blütenträume eurasiatischer Kontinentalpolitik vorstellen, werden sie niemals reifen können, jedenfalls nicht in den kurzen Zeiträumen, die augenblicklich von vielen Anhängern der östlichen Orientierung dafür ersehnt werden. Aber neben der kurzfristigen und kleinräumigen Auffassung muß auch eine mit weitgesteckten Zielen, großer Raumauffassung und auf lange Fristen rechnend einhergehen, die sich nicht von den kümmerlichen Aushilfen des Tages abhängig machen darf, sondern sich wieder über sie zu erheben trachten muß. Sie sollte in erster Linie wieder Bewegungsfreiheit erzielen, ein ungefesseltes Schreiten anstreben, und für diese Auffassung finden sich Möglichkeiten bei der eurasiatischen Überkontinental-Politik, die bei allen andern Kombinationen verschlossen und verriegelt sind, die wir aber sehen können, wenn wir sie von Ostasien aus, von den pazifischen Ufern her, wie von dem „geographical pivot of history" herab betrachten, dessen Ideen wir deshalb, so wie sie der Engländer Mackinder entwarf, in der „Geopolitik des Pazifischen Ozeans" [1]) in einer Skizze wiedergegeben, und mehr als einmal gestreift und beleuchtet haben.

Es ist ein Rennen auf weite Sicht, über große hindernisreiche Strecken, das zähen durchhaltenden Willen und ausdauernden Atem voraussetzt — aber es zeigt auch wieder der Anstrengung würdige, große, die Anspannung der Kräfte rechtfertigende Ziele!

ANMERKUNG

1) Karl Haushofer, Geopolitik des Pazifischen Ozeans, 8°, 400 Seiten, 16 Karten und Tafeln. Berlin-Grunewald, Kurt Vowinckel Verlag. Leinen 15.—

HERMANN PANTLEN: EINIGE GRUNDLAGEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER DEUTSCHEN HANDELSFLOTTE

Die deutsche Handelsflotte war seit der Jahrhundertwende an Brutto-Tonnengehalt der weltbeherrschenden englischen Schiffahrt in fühlbarer Weise näher gerückt; der Gesamtanteil an der Welthandelsflotte betrug bei England im Jahre 1901: 58,3 %, im Jahre 1912: 59,9 %, während der Anteil Deutschlands von 8,3 % im Jahre 1901 auf 13 % im Jahre 1912 stieg.[1]) Eingeweihte mußten daher damit rechnen, daß England nach errungenem Sieg den deutschen Wettbewerb in irgend einer Form auszuschalten versuchen würde. Damit, daß England die Auslieferung der gesamten deutschen Handelstonnage von über 1600 Brutto-Registertonnen, einschließlich der im Bau befindlichen, also kurz den gesamten Überseeschiffsraum, verlangte, zeigte es, daß es die Gründe für das Wachstum seines Wettbewerbers übersah; es vermutete imperialistische und protektionistische Machenschaften und erkannte nicht die geographische Lage Deutschlands als Eingangs- und Ausgangstor für Mitteleuropa und als Vermittler für Ost- und Südosteuropa.

Die beiden deutschen Überseehäfen in der Südostecke der Nordsee verfügen über die günstigsten geographischen Vorbedingungen, vor allem Hamburg: seine eisfreie Lage an der bis in das Herz Böhmens hinein schiffbaren Elbe (durch Kanäle mit der mittleren und oberen Oder und den Nebenflüssen der ersteren verbunden) wurde in neuerer Zeit noch verbessert durch den ursprünglich aus strategischen Gründen erbauten Kaiser Wilhelm-Kanal, welcher fast die gesamte Ostsee zu einem Hinterland des großen Welthafens macht. In unmittelbarer Nähe ist das große Verbrauchszentrum Berlin gelegen, das im Weltkrieg seine Industrialisierung gewaltig zu steigern vermochte. Infolge dieser Momente stieg die Tonnenzahl der jährlich Hamburg besuchenden Schiffe im Zeitraum 1910—1912 von 12,6 auf 13,6 Millionen Netto-Registertonnen, während diejenige von London (einschließlich Küstenfahrt) im gleichen Zeitraum von 19,7 auf 18,7 Millionen Netto-Registertonnen fiel.[2]) Man konnte sich also ausrechnen, wann Hamburg London überflügelt haben würde. Wie seinerzeit St. Thomas als Vermittler für Nordamerika zurücktrat, als der amerikanische Kontinent von New-York aus durch Wasserstraßen und Eisenbahnen genügend erschlossen war, oder wie Sansibar seine Stellung im ostafrikanischen Verkehrswesen verlor, als von Dar-es-Salam aus der Schienenweg ins Innere des Landes vorgetrieben wurde, so schien der mitteleuropäische Überseeverkehr mit jeder neuen direkten Linie zwischen den deutschen Häfen



und Übersee ein Stück mehr von der englischen Vermittlung loszukommen, so daß für London mehr oder weniger nur der territorial eingeengte, aber infolge seiner Kapitalkraft nicht zu unterschätzende lokale Markt übrig bleiben mußte. Nach dem Weltkrieg glaubten die Sieger und die Neutralen Deutschland auf dem Weg über die Rheinmündungshäfen und über Danzig umgehen zu können. Die direkten Linien, welche die United States Mail Steamship Co. und Stinnes von Danzig aus einzurichten versuchten, konnten sich nur kurze Zeit halten, und für eine vollständige Verkehrsabwanderung liegen Antwerpen und Rotterdam zu weit westlich. Die Rolle, die Frankreich als Vormacht des Kontinents von Europa lange gespielt hat, während Mitteleuropa sich noch entwickelte, scheint unter dem Einfluß der aufblühenden ost- und südosteuropäischen Staaten auf Deutschland übergegangen zu sein. Als die englischen Reeder von ihrem Siegesrausche erwachten, hatten ihre deutschen Wettbewerber bereits mit amerikanischen Reedereikonzernen Verträge auf eine Betriebsgemeinschaft abgeschlossen. So wurde verhindert, daß der britischen Flagge der Hauptanteil am Verkehr mit Mitteleuropa zufiel. Zudem begingen die fremden Reedereien die Unklugheit, sich gegenseitig zu befehden, so daß die streng geschlossen auftretenden Deutschen sie gegeneinander ausspielen konnten.

Ein weiteres — bevölkerungspolitisches — Moment, das dem Wiederaufbau der deutschen Reederei zugute kommen muß, ist die an sich für uns unerfreuliche Auswanderung. Die Europamüden bildeten die wichtigste Fracht, als zwischen den Hansestädten und New-York um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ein regelmäßiger Dampferverkehr aufgenommen wurde. Der Auswanderertransport trat mit dem wachsenden Wohlstand in Deutschland gegenüber dem Qualitätsverkehr etwas zurück, hat aber nie aufgehört ein wichtiger Faktor zu sein, nur mit dem Unterschied, daß in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg die Auswanderer sich mehr und mehr aus den östlichen und südöstlichen Nachbarländern Deutschlands rekrutierten. Der Friedensvertrag hat Deutschland im Westen und in Oberschlesien wichtige Industrie- und Rohstoffgebiete und im Osten landwirtschaftliche Überschußgebiete genommen. Die Möglichkeit, eine starke Bevölkerung zu ernähren, ist also geringer geworden; dazu wurde durch mannigfache Schikanen und durch Verdrängung der eingesessenen Bevölkerung in den abgetretenen Gebieten die Zahl der Einwohner auf 1 qkm gesteigert, so daß nur eine Wanderbewegung in großem Maßstab vor Übervölkerung schützen kann. Tatsächlich dürften im Jahre 1924 etwa 100000 Menschen aus Deutschland ausgewandert sein. Da Bremen nicht in gleicher Weise wie Hamburg durch seine Flußlage für den Frachtverkehr begünstigt ist, hat es von jeher eine besondere Stellung im Personenverkehr eingenommen und scheint auch jetzt wieder dem einen Zweig desselben, nämlich dem Aus-

wandererverkehr seine besondere Beachtung zu schenken. Der Auswanderer seinerseits wird unter annähernd gleichen Bedingungen der nationalen Flagge den Vorzug geben, schon weil die Trennung von den gewohnten Verhältnissen auf diese Weise bis zum Schluß der Reise hinausgeschoben wird.

Als das dritte — wirtschaftliches — Moment, das auf den Wiederaufbau der Handelsflotte seinen Einfluß ausüben muß, ist das ständige Vordringen des Öls als Antriebskraft für die Seeschiffahrt an Stelle der Kohle anzusehen. Die Stellung Großbritanniens in der Weltschiffahrt beruhte seit dem Siegeszug des Dampfschiffes über das Segelschiff auf dem Überreichtum an Kohle. Dadurch, daß Kohle in fast allen Häfen der Erde gebraucht wurde, war England in der Lage, mit dem billigen Trampschiff, dem Schiff in wilder Fahrt, das ihm die Bulkwaren von überallher brachte und Kohle als Rückfracht mitnahm, den Weltfrachtenmarkt zu beherrschen. Diese Beherrschung des Weltfrachtenmarkts wird erschwert, je mehr Öl und je weniger Kohle verbraucht wird; das Öl wird nämlich nicht im gewöhnlichen Trampdampfer, sondern in einem Spezialschiff, dem Tankschiff, versandt, das nicht in der Lage ist, Rückladungen anderer Art in nennenswertem Umfang zu nehmen; außerdem ist es bei der bequemen Unterbringung des Öls im Schiff (z. B. im Doppelboden und an den Schiffsenden) bei der mehrfachen Heizkraft des gleichen Gewichtsquantums Öl gegenüber der Kohle möglich, den Brennstoffvorrat für eine ganze Rundreise am Produktionsort überzunehmen. Das Ölschiff emanzipiert damit die Reedereien nicht nur vom englischen Frachtenmarkt, sondern auch von den englischen Kohlenstationen; die Ölbrenner und Motorschiffe des Ostasienverkehrs bunkern z. B. in Niederländisch Indien, die Ölbrenner auf nordatlantischer Fahrt bunkern in New-York. Schließlich scheint der Pazifische Ozean, bis zum Weltkrieg eine öde Wasserwüste, sich unter der Auswirkung des höheren Aktionsradius der Motorschiffe, die in seinen Randländern den nötigen Brennstoff finden, zu beleben, nachdem in den ersten Tagen des Weltkrieges der Panamakanal als neuer Zugang zu diesem Meere eröffnet worden ist und Japan dank seines klugen Fernbleibens von militärischen Abenteuern im Weltkriege sich eine beträchtliche Handelsflotte zulegen konnte. Je mehr Schiffe auf den neuen Handelswegen des Stillen Ozeans eingesetzt werden, desto früher dürfte die Weltfrachtenkrise behoben werden, die durch die Überproduktion an Schiffsraum im Weltkrieg und das Sinken der Konsumkraft in Mittel- und Osteuropa eingetreten ist.

Deutschland besaß bei Ausbruch des Weltkrieges eine Handelsflotte von 5 Millionen Brutto-Registertonnen und konnte mit ihrer Hilfe etwa die Hälfte der Einfuhr an Rohstoffen bewältigen. Obgleich nach dem Zusammenbruch das Reich nur in unvollkommener Weise seiner Ersatzpflicht nachzukommen vermochte und der Währungsverfall für eine Aufbautätigkeit mit weitsichtigen



Programmen ungünstig war, gelang es, den Flottenbestand der deutschen Reedereien von einigen 100000 Brutto-Registertonnen nach der Ablieferung wieder auf 2,5 Millionen Brutto-Registertonnen am 30. Juni 1923 zu bringen. Wie weit es möglich ist, den Anteil Deutschlands an der Welthandelsflotte, die sich seit dem Juli 1914 um 12 Millionen Brutto-Registertonnen vergrößert hat, zu steigern, wird die Zukunft zeigen. Die deutsche Reederei, der es noch nie an Unternehmerpersönlichkeiten gefehlt hat, wird versuchen, auf dem schweren Weg des Wiederaufbaus weiter emporzukommen, und selbst einige von den früheren Gegnern konnten ihr ihre Achtung vor dem unter den ungünstigsten Verhältnissen Erreichten nicht versagen.

ANMERKUNGEN

[1]) Bernhard Harms: Deutschlands Anteil an Weltschiffahrt und Welthandel, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1916. Tabelle 48.

[2]) Harms a. a. O. Tabelle 53.



ALBRECHT HAUSHOFER:
BRASILIANISCHE VERKEHRS-GEOPOLITIK

Es ist eine Erscheinung der neuesten Zeit, daß die Erschließung mit Verkehrswegen in großen Landräumen der Besiedlung vorangeht. In den meisten Kulturlandschaften schafft eine vorhandene Siedlungsverteilung die regelmäßigen Linien für neue Verkehrsmittel, wählt sie aus den naturgegebenen Möglichkeiten aus. Der umgekehrte Vorgang, daß in siedlungsleere Räume vorgestoßene Verkehrswege den Gang der Besiedlung maßgebend beeinflussen, ist jüngerer Entstehung und vornehmlich in Nordamerika ausgebildet. Aber die Grundzüge der verkehrsgeographischen und verkehrspolitischen Erschließung vor allem der Vereinigten Staaten sind heute großenteils schon fest geworden; das Verkehrsnetz ist zu dicht und in gewisser Hinsicht zu stabil geworden, als daß man die geopolitischen Wachstumserscheinungen heute noch so leicht daran verfolgen könnte.

Um so lehrreicher ist es, in dieser Hinsicht einen Blick auf das größte Land Südamerikas zu werfen, wo der Prozeß der Verkehrserschließung noch längst nicht so weit fortgeschritten ist, wo die Kraftlinien noch weit offener zutage liegen und das Interesse in besonderer Weise fordern, weil in stärkstem Maße in Entwicklung und Wandlung begriffen.

Dabei ist von vornherein die Tatsache wesentlich, daß bei knapper Verkehrserschließung die vorhandenen Verkehrslinien sich sehr viel enger an die von der Natur bevorzugten Zonen oder Striche halten, als das in späteren Stadien der Fall ist. Wie z. B. eine Eisenbahnkarte der Alpen aus dem Jahre 1890 sehr viel deutlicher die verkehrsgeographisch und geopolitisch wichtigsten Züge heraushebt, als eine solche von heute, da die Verkehrserschließung der Alpen im großen ganzen vollendet ist, so gilt dasselbe auch für das verkehrsgeographische Bild von Staaten wie Brasilien, deren Verkehrsnetz erst im Zusammenschließen ist. Züge, die später versteckt liegen und z. B. aus dem Kartenbild nicht mehr ohne weiteres ersichtlich sind, liegen hier noch offen.

Verkehrslinien sind Nervenstränge des Staatskörpers, als solche ebenso Linien der Kraft wie der Gefährdung. Geopolitische Kraftsysteme liegen in entstehenden Verkehrsnetzen; und deren Verwurzelung in der Naturlandschaft ist klarer zur Zeit ihres Entstehens als zur Zeit ihrer Vollendung.

So geht schon die auffälligste Tatsache der gegenwärtigen Verkehrsverteilung Brasiliens, die Verteilung zwischen Wasser- und Landverkehr, auf klimatische und physiogeographische Grunderscheinungen zurück.



Sie müssen daher vor jeder verkehrsgeographischen oder geopolitischen Untersuchung kurz umrissen werden.

Die wichtigsten Tatsachen der klimatischen Lage innerhalb oder in nächster Nähe des Tropengürtels sind bekannt. Weniger allgemein sind es die geomorphologischen Grundzüge [1]. Wesentlich für die geopolitische Struktur des Landes ist, wie Prof. Maull hervorgehoben hat [2], daß diese Grundzüge an Wirksamkeit für die Entwicklung des Landes stark hinter den klimatischen und pflanzengeographischen zurückbleiben. Das mag zum Teil mit der Lage in den Tropen überhaupt zusammenhängen, zum anderen aber wohl dadurch zu begründen sein, daß die geomorphologische Gliederung des Landes sich nicht in dem Äquator parallelen Zonen vollzieht, sondern vielmehr in Zonen, die angenähert meridional verlaufen und damit auch klimatisch weite Übergangsgebiete schaffen [3]. Man gebraucht zwar in der Gliederung des Landes (mit Recht!) Ausdrücke wie Südbrasilien, Mittelbrasilien u. a. m., muß sich aber darüber klar sein, daß eine überzeugende geomorphologische Grenze dabei fehlt. Vor allem fehlt eine solche zwischen dem Amazonas-Gebiet und dem des Paraguay: ein zentralbrasilianisches Scheidegebirge mit mehr oder weniger west-östlichem Verlauf längs der großen Wasserscheide existiert nicht (das zu betonen, ist nicht überflüssig, da es auf manchen Karten noch immer eine posthume Existenz führt); die Wasserscheide wirkt in dem Waldgebiet ebensowenig als natürliche Grenze, wie die verkehrsgeographisch ungemein wichtige, auch eine wesentliche geomorphologische Erscheinung verbindende „Fall-Linie" der südlichen Amazonaszuflüsse.

Ebenso allmählich aber ist der Übergang von den gehobenen und stark gebirgigen atlantischen Randgebieten Mittelbrasiliens zum Paraná und Paraguay wie zum São Francisco. So läßt sich außer der großen Gliederung in das Tieflandgebiet des Amazonas und dem Gesamtkomplex, den Sievers als „Brasilianisches Bergland" bezeichnet, auf geomorphologischer Grundlage allein schwer eine Einteilung treffen, die nicht an allzu großer Labilität der Grenzen und Übergänge leiden würde.

Faßt man aber die geomorphologische Grundlage mit den klimatischen Grundzügen und dem aus der Kombination beider sich ergebenden pflanzengeographischen Bild zusammen, so lassen sich wohl Gliederungen finden, die sich auch für anthropogeographische Zwecke benutzen lassen.

Von den Köppenschen Klimagebieten [4] hat Brasilien an vieren Anteil: der größte Teil des Amazonas-Tieflandes wird dem feucht-heißen Urwaldgebiet zugerechnet; ebenso ein großer Teil des östlichen Litorals bis in die Breite von Santos-Paranaguá. Fast das ganze São Francisco-Gebiet und ein großer Teil der südlichen Amazonaslandschaften (etwa von der „Fall-Linie" südlich [5]) wird dem periodisch trockenen Savannenklima zugeteilt. Die beiden im

engeren Sinne tropischen Klimate (1 und 2 bei Köppen) nehmen also reichlich fünf Sechstel des brasilianischen Staatsraumes ein. Der Rest (die drei Südstaaten, ein großer Teil der Kaffeestaaten Sao Paulo und Minas Geraes sowie der Südteil von Matto Grosso) gehört zwei warmgemäßigten Klimatypen an (5 und 7 bei Köppen). Das Tiefland wird also (abgesehen von verhältnismäßig kleinen Gebieten im Süden) vom tropischen Regenwald eingenommen; das eigentliche brasilianische Bergland zeigt in seinen Kernlandschaften großenteils Savannentyp oder doch wenigstens einen der Savanne angenäherten Waldbestand. Auch klimatisch sind zahlreiche Übergänge natürlich vorhanden. So erscheinen die Klimatypen der Savanne vielfach von denen des wintertrockenen Hochlands nur wenig unterschieden.

Die menschliche Kulturentwicklung zieht in den Tropen von vornherein die hochgelegenen Gebiete den tiefgelegenen vor: Der tropische Urwald ist also in großem Maße siedlungs- wie verkehrsfeindlich. Das letztere insofern, als er zwar, sobald eine genügende Einzugsfläche der Wasserläufe vorhanden ist, den Wasser-(Fluß-)Verkehr begünstigt, aber den Landverkehr oft völlig hemmt. Umgekehrt ist im Savannenklima und dem ihm verwandten wintertrockenen, gemäßigten die Landschaft offener, also dem Landverkehr günstig, während durch die periodische Trockenheit der Wasserverkehr vielfach leidet, oft unmöglich gemacht wird.

So ergibt sich für Nordbrasilien die Naturgegebenheit vorwiegenden Wasser- — für das ganze übrige Land (immer abgesehen von dem gesonderten ozeanischen Verkehr der Küstenlandschaft) die vorwiegenden Land-Verkehrs. Dabei sind die natürlichen Wege für den Wasserverkehr von vornherein in den großen Strömen des Tieflands gegeben; für den Landverkehr in den lichteren, vegetationsärmeren Teilen der Sertão- und Campos-Landschaften — was vielfach mit den höhergelegenen Gebieten der betreffenden Landesteile zusammenfällt. Andererseits kommt auch hier den Stromläufen eine gewisse Bedeutung zu: wenn auch freilich oft nur insofern, als sie — in gebührender Entfernung von ihren unregelmäßigen und zu Hochwasserzeiten gefährlichen und unberechenbaren Ufersäumen — Verkehrswege mit geringen Steigungen vermuten lassen. Das Stromtal im engeren Sinn kommt als dauernder Verkehrsweg gerade in den periodisch trockenen Gebieten für den Landverkehr wenig in Betracht.[6])

Daraus ergibt sich für die Verkehrserschließung einiges von Bedeutung: die Durchdringung des Landes mit nachfolgender Festsetzung konnte nicht in den Urwaldgebieten und von ihnen aus geschehen, sondern nur von den lichten aus. Diese aber traten mit Ausnahme eines Teiles der NO-Küste nirgends weder an den Ozean noch an die von der Küste ab schiffbaren Ströme heran.[7]) So ist es erklärlich, daß man vielfach an der Küste haften blieb. Als aber



einmal der Durchstoß durch den Urwaldgürtel der Küstenserra an deren schmalster Stelle gelungen war (S. Paulo)[8]), ist die Verkehrserschließung des Savannen-Klimagebietes unter Zusammenschluß mit der aus den trockenen Gebieten der NO-Küste kommenden Erschließergruppe überraschend schnell erfolgt. Bei der Erschließung dieses allerdings weiten Gebietes und einiger weniger Linien durch den Küsten-Urwald ist es aber dann lange Zeit geblieben. Das große Stromnetz des Amazonas (von Orellana charakteristischerweise vom Ursprung zur Mündung hin entdeckt und befahren!) wurde auf seinen allerwichtigsten Strecken erschlossen, aber dann von den Europäern und ihren Nachkommen, vor allem in seinen kleineren Verzweigungen weniger nutzbar gemacht als von den ursprünglichen indianischen Bewohnern.

Es braucht kaum ausgesprochen werden, daß für diese ganze Kolonialperiode[9]) als Hauptverkehrsmittel die verschiedenen Reittiere dienten: Pferd, Maultier und Esel. Damit ist weiter ausgesprochen, daß man sich die Anlage bestimmter linienhafter Verkehrswege, also vor allem eines planmäßigen Straßennetzes, weiter nicht angelegen sein ließ. Man brauchte das nicht in den weitaus meisten Fällen.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts ist man nun aus diesem primitiven Kolonialstadium herausgelangt und in die moderne Entwicklung der Verkehrsmittel eingetreten. Dabei hat man, wie in manchem anderen, mehr als eine Stufe übersprungen . . . An Stelle von Maultier, Pferd und Esel auf der einen, einfacher Boote auf der anderen Seite sind heute Bahn und Automobil, Fluß- und Ozeandampfer getreten; damit ist man gleichzeitig zur Verengerung wie zur Intensivierung der Verkehrslinien gelangt. Wo früher durch die Campos oder den Sertão viele „troppa"-Wege führten, da zieht heute eine einzige Schienenlinie. Zahlreiche fließende Gewässer, die dem Kanoe überwindbare Hindernisse boten, sind dem Flußdampfer verschlossen.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß Eisenbahn und Flußschiffahrt die alten Verkehrsmittel völlig verdrängt hätten. Dahin ist noch ein weiter Weg, und das Reiterleben im Innern wird noch lange Zeit charakteristisch bleiben für die trockeneren Gebiete; und ebenso ist das Indianerkanoe noch längst nicht von den nördlichen Strömen geschwunden. Aber auch in den Gebieten, wo die modernen Verkehrsmittel schon ihren Einzug gehalten haben, bleibt noch genug Spielraum für die alten. Noch heute z. B. fahren, trotz der Eisenbahn, die beide Orte verbindet, die alten Kaffeeboote von dem Sammelpunkt der „troppas", Porto Cachoeiro, nach Victoria, der aufblühenden Hauptstadt von Espirito Santo, wo die Verschiffung auf den Ozeandampfer erfolgt. Und ähnlich ist es überall, wenn man das dünnmaschige Netz der modernen Verkehrslinien verläßt.

Trotzdem aber haben Dampfschiff und Eisenbahn heute die Oberhand

gewonnen: nicht räumlich, aber in den wirtschaftlich und geopolitisch wichtigsten Gebieten von Minas Geraes bis Rio Grande do Sul. Der wirtschaftlich fortgeschrittenste aller brasilianischen Bundesstaaten, São Paulo, ist auch der einzige, der den Versuch gemacht hat, ein einheitliches Straßennetz zu schaffen.[10]) Nur hier ist, außerhalb der großen Städte, das Automobil als Überland-Verkehrsmittel schon von Bedeutung.

Sonst herrscht die Eisenbahn; und deren Verteilung und Bedeutung sei hier einer kurzen Betrachtung unterzogen.

Ein Blick auf die Karte genügt, um sagen zu können, daß man von einem einheitlichen, ganz Brasilien überdeckenden Netz nicht sprechen kann. Es gibt zwar heute (außer dem Bundesterritorium Acre) keinen Bundesstaat mehr, der der Bahnen völlig entbehrte, aber Kilometerzahlen wie 8,2 für Amazonas, 397,8 für Para, 181,8 für Goyaz zeigen, wie weit es noch vielfach an Entwicklung fehlt. Eine Zusammenstellung gibt die Zahlenwerte für die einzelnen Staaten.[11])

Tabelle der Eisenbahndichte.

Staat	hat Bahn-Kilometer	Es treffen Bahn-Kilometer auf je 1000 qkm Fläche	auf je 10000 E.
Acre	0	0	0
Amazonas	8,2	0,004	0,226
Para	397,8	0,346	4,045
Maranhão	178,0	0,387	2,036
Piauhy	26,0	0,087	0,427
Ceará	891,3	8,549	4,263
Rio Grande do Norte	323,3	5,624	6,159
Parahyba	328,8	4,400	3,421
Pernambuco	832,4	6,483	3,775
Alagoas	326,8	5,587	3,342
Sergipe	298,9	7,646	6,265
Bahia	1728,1	4,052	5,182
Goyaz	181,8	0,243	3,551
Matto Grosso	1167,0	0,846	47,326
Minas Geraes	6613,4	11,502	11,232
Espirito Santo	609,4	13,591	13,325
Rio de Janeiro	2535,8	36,760	16,262
São Paulo	6615,4	22,743	14,400
Distr. Federal	258,3	222,668	2,809
Paraná	1110,3	4,407	16,192
Santa Catharina	1017,6	11,687	15,217
Rio Grande do Sul	2704,9	11,435	12,393

Zunächst fallen einige Ziffern besonders auf: so diejenigen für den Bundesdistrikt und die für Matto Grosso. Worauf sie beruhen, ist in beiden Fällen

klar: Beim Bundesdistrikt handelt es sich um die Stadt Rio de Janeiro mit ihrer näheren Umgebung, also um einen Raum von höchster Bevölkerungsdichte (etwa 1000 E. pro qkm) und daher geringer Eisenbahndichte, auf die Bevölkerung, großer Eisenbahndichte, auf die Fläche bezogen. Die hohe Ziffer für Matto Grosso erklärt sich daraus, daß eine große Überlandbahn bis fast zur bolivianischen Grenze den südlichen Teil des Riesenstaates durchquert, ohne bisher nennenswerte Besiedlung im Gefolge gehabt zu haben.

Berücksichtigt man diese beiden Tatsachen, so ergibt sich ein klares Gruppenbild aus der Tabelle. Brasilien gliedert sich dann eisenbahngeographisch in fünf Gruppen:

I. Die Amazonas-Staaten Acre, Amazonas und Para, sowie die Großteile von Goyaz und Matto Grosso;
II. Die Übergangsstaaten zum Nordosten: Maranhão und Piauhy;
III. Der Nordosten von Ceará bis Bahia;
IV. Mittelbrasilien (Minas Geraes, Espirito Santo, Rio de Janeiro mit Bundesdistrikt, São Paulo und die angrenzenden Teile und Streifen von Matto Grosso und Goyaz), und endlich
V. Die drei Südstaaten Paraná, Santa Catharina und Rio Grande do Sul.[12])

Von diesen fünf Gruppen sind heute die drei letzten in jeder Hinsicht am wichtigsten; eisenbahngeographisch sind die beiden letzten miteinander verbunden, wenn sich auch die verhältnismäßige Schwäche dieser Verbindung in den niedrigen Dichtezahlen des Verbindungsstaates Paraná ausdrückt (auch hier geht die Eisenbahnentwicklung, wie meistenteils, der der Bevölkerungsdichte einigermaßen parallel). Zwischen dem Nordosten und der Mitte fehlt bis heute der Zusammenschluß des Bahnnetzes; er kann auch durch die periodische Schiffbarkeit des São Francisco von Pirapora abwärts nur notdürftig ersetzt werden.

Auch für die nördlichen Staaten mag es zweifelhaft erscheinen, wie weit man ihre Strecken als ein einheitliches Netz auffassen darf. Sie sind entstanden zum großen Teil aus Stichbahnen von der Küste her und stehen miteinander zum Teil in recht umständlicher, an einer wichtigen Stelle überhaupt in keiner Verbindung. Aber der Zusammenschluß zu einem Gesamtnetz wird wohl in absehbarer Zeit erreicht werden, wenn auch viel Wasser den São Francisco hinabfließen wird, bis das ihn umgebende Land auch nur halb so reichlich mit Bahnen bedacht sein wird, wie die neuesten Karten heute mit projektierten Bahnlinien bemalt werden. Die besten eigenen Entwicklungen haben heute Ceará und Sergipe. — Überall aber geschieht die Erschließung zunächst von rein regionalen Gesichtspunkten aus, ohne Rücksicht auf Gesamtinteressen und gesamt-brasilianische Zusammenhänge. Kleinstaatliches Sonderleben wirkt sich hier im NO auch im Verkehrsleben bis-



Die wichtigsten Eisenbahnen Brasiliens.

weilen bedenklich aus. So kommen weite Zusammenhänge mehr in bisweilen uferlosen Plänen als in wirklichen Taten zum Ausdruck.

Es mag noch lange genug dauern, bis auch nur ein genügender Zusammenschluß des nördlichen Netzes mit der Mitte Brasiliens erreicht sein wird — von größeren Zusammenhängen vorläufig ganz abgesehen. Freilich sind auch dazu schon Angriffspunkte und Ansatzlinien vorhanden; so die Matto Grosso-Bahn, die immerhin ganz Mittelbrasilien bis zum Paraguay durchquert, oder die Goyaz-Bahn, die von Minas Geraes und São Paulo her den Anschluß an

das Amazonasgebiet, an den oberen Tocantins und Araguaya zu gewinnen strebt.

Aber abgesehen von diesen beiden Bahnen, der Madeira-Umgehungsstrecke in Amazonien und wenigen Kilometern im Staate Pará, entbehrt das ganze Inner- und Nordbrasilien, ein Gesamtraum von reichlich 5 Millionen qkm, der Bahnen. Freilich sind diese riesigen Gebiete höcht dünn besiedelt (2 bis $2^1/_2$ Mill. Menschen auf 5 Mill. qkm, also 0,5 pro qkm!); und weiteste Gebiete sind überhaupt noch nie von Weißen betreten worden. Wenn so Innerbrasilien mehr ein geographischer Begriff als eine auch für den Menschen wirksame tatsächliche Einheit ist, so wurde doch, wo schon keine Verkehrsmöglichkeiten für den Menschen selbst vorhanden sind, der Versuch gemacht, solche für seine Gedanken zu schaffen: Die Telegraphen-Expeditionen des Generals Rondon zur Verbindung der Staaten Amazonas und Matto Grosso schaffen vielleicht heute geringe praktische Werte — aber sie haben größte geopolitische Zukunftsbedeutung. Dem Telegraphen werden in späteren Zeiten andere Verkehrsmittel folgen und damit den gesamtbrasilianischen Staatsraum erst zusammenfassen und runden, der heute in großen Teilen mehr ein Anspruch als eine Erfüllung ist. Die Überwindung des verkehrsgeographischen „Weißen Flecks" in Innerbrasilien ist somit eine Hauptaufgabe der Zukunft: vermutlich einer weiten Zukunft, wenn nicht neue Entwicklungen der Luftschiffahrt wesentliche Umwälzungen bringen. Heute ist jedenfalls der kürzeste Weg von Corumba nach Manaos der zu Land über São Paulo nach Santos, und weiter in einer Ozean- und Stromfahrt von mindestens 10 Tagen!

Daraus erhellen Größe und Bedeutung der Erschließungsaufgabe!

Aber die Lösung liegt noch in weitem Felde. Näher liegen die mannigfachen Aufgaben, die Nordosten und Mitte des Landes noch bieten. Da ist zunächst der Zusammenschluß des Netzes der Nordoststaaten, unter Aufschluß des jeweiligen eigenen Hinterlandes; dann der Anschluß der Übergangsstaaten Piauhy und Maranhao an dieses Netz.

Schon weiter fortgeschrittene Aufgaben des Übergangs bietet der Staat Bahia: er verfügt über mehrere Stichbahnen von großer Ausdehnung, und damit zusammen mit dem São Francisco, dem einzigen Wasserweg von einiger Bedeutung, den der Nordosten aufzuweisen hat, über eine ganz stattliche Zahl von Verkehrskilometern. (Der Anschluß an den São Francisco oberhalb der Unterlauf und Mittellauf trennenden Affonso-Fälle ist erreicht.) Aber auch Bahia, mit seinen 1728 Bahnkilometern, hat noch kein Netz; und der Anschluß an die nach N und NO ausstrahlenden Ausläufer des mittelbrasilianischen Netzes steht noch aus.

Bedenkt man, daß auch ein planmäßiges Straßennetz in den ganzen nordöstlichen Staaten fehlt, so kann man das Bild nicht gut anders denn als

ungenügend und unbefriedigend bezeichnen. Daß es so ist, daran hat die kleinstaatliche Gliederung (relativ! Südamerika ist großräumig!) ebenso ihren Anteil wie die nicht immer gerade günstige Rassenzusammensetzung der Bevölkerung in diesen Gebieten.

Das Zentrum der Bahnen, wie der gesamten Wirtschaft Brasiliens, liegt also in den mittleren Staaten, den großen Binnenlandschaften von Minas Geraes und São Paulo, sowie den vorgelagerten schmalen Küstenstreifen, die bei São Paulo auch staatlich dem Hinterland angehören, weiter nordöstlich in den beiden langgestreckten Staaten Rio de Janeiro und Espirito Santo eine eigene politische Existenz führen.

Auch hier ist der Süden im allgemeinen besser mit Bahnen bedacht, als der Norden. Der größere Nordteil von Espirito Santo, und ein beträchtlicher Teil von Minas Geraes steht an Verkehrsdichte wie an Bevölkerungsdichte weit zurück hinter den südlichen Teilen, dem Staat Rio de Janeiro und dem Südosten von São Paulo. In diesem Raum — umschrieben etwa durch eine Linie Victoria—Bello Horizonte—Uberaba—Bauru—Santos — ist mit dem höchsten Bevölkerungsstand auch die höchste Verkehrsentwicklung von ganz Brasilien erreicht — trotz manchen recht erheblichen, in der Natur begründeten Hemmnissen. Denn wenn auch heute angesichts der modernen technischen Hilfsmittel manche Züge der Landschaft nicht mehr so verkehrshemmend erscheinen wie früher, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Serren Hemmnisse geboten haben, und zwar die Küstenserra (Serra do Mar) so gut wie die weiter landeinwärts gelegene Serra da Mantiqueira mit ihren Fortsetzungen. Heute werden beide mehrfach von Bahnen durchzogen, wobei allerdings die Serra da Mantiqueira hinter der Serra do Mar zurücksteht. Das gilt vor allem für ihre östlichen Teile und deren Fortsetzungen nach O-Minas und Espirito Santo.

Aber neben den Hemmnissen bietet die Landesnatur dem Menschen auch Verkehrsgünstiges: dazu gehört vor allem das Längstal des Parahyba do Sul, das in seiner verkehrsgeographischen und geopolitischen Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Hier läuft die Hauptachse des heutigen geopolitischen Kernes von Brasilien; das Hauptstück des Bahndreiecks Rio de Janeiro—São Paulo—Bello Horizonte. Wesentlich ist, daß diese Hauptverkehrsachse hinter der hohen Serra do Mar an der Bundeshauptstadt Rio de Janeiro vorbeiläuft; damit wird, bei zunehmender Besiedelung, auch der Verkehr immer mehr an dem zu randständigen, äußeren Eingriffen zu sehr ausgesetzten Rio vorbeilaufen.

Um so gesicherter ist die Stellung von São Paulo als Verkehrsknoten. Hier, am obersten Tieté, mündet die Parahyba-Linie auf die Landschaft aus, die gleichzeitig offen ist, und die besten Zugänge nach NW, wie den besten Übergang über die Serra do Mar vermittelt. Eine einzige, meisterhaft gebaute



Bahnlinie ist das ausgebaute Rückgrat dieses natürlichen Verkehrssystems: die Kaffee-Exportbahn São Paulo—Santos.[12]) In São Paulo teilt sich der Verkehrsstrom nach und von dem Inneren in zwei Hauptäste und strahlt dann weiter nach N, NW und W aus. Alle diese Bahnen haben große wirtschaftliche Bedeutung; vornehmlich aber doch nur für den Staat São Paulo und für Gesamtbrasilien mittelbar insofern, als São Paulo eben weitaus der wirtschaftstüchtigste der sämtlichen Bundesstaaten ist. Bei drei Bahnen aber kommt noch ein anderes hinzu: sie sind auf geopolitischen Zukunftswechsel hin gebaut. Das sind die Goyaz-Bahn und die beiden Matto Grosso-Bahnen nach Corumba und Cuyabá, von denen die letztere allerdings noch weit von der Vollendung ist. Sie verbinden die Paraná-Paraguay-Landschaften mit der Ostküste und dienen so großen zusammenfassenden geopolitischen Zielen.

Ähnliche Wirkungen sollte auch der Bahnstrang haben, der São Paulo mit den drei Südstaaten verbindet: ein Teil der großen Linie, die in gesicherter Entfernung von der Küste einmal die ganzen Oststaaten miteinander verknüpfen soll. Aber die reine Verkehrsbedeutung dieser südlichen Strecke ist heute verhältnismäßig gering: das Bevölkerungs-Schwergewicht liegt in allen drei Südstaaten noch küstennäher, als in São Paulo; und die verbindende Bahn liegt dem als Verkehrsweg konkurrierenden Ozean sehr viel ferner, als etwa die Parahyba-Linie, die „Central"-Bahn.

Paraná ist seinen beiden südlichen Nachbarn ebenso wie São Paulo an Entwicklung stark unterlegen, was sich in der Bevölkerungsdichte ebenso ausdrückt, wie in der Bahndichte. Hier liegt ein schwächeres Glied in der Kette geopolitischen Zusammenhalts.

Aus diesem Bild der augenblicklichen Verhältnisse ergibt sich schon, in welcher Richtung die Verkehrserschließung weiter gehen müßte, um den wichtigsten Zielen näherzukommen, die sich die brasilianische Verkehrspolitik stecken muß. Die beiden wichtigsten Aufgaben sind: einmal die Schaffung der großen, vom Ozeanverkehr unabhängig machenden Sicherungsbahn hinter der Küste; dann der Ausbau der ins Innere führenden großen Linien mit dem Endziel des Anschlusses an das Flußverkehrsnetz des Amazonenstroms.

Das klingt nach Zukunftsmusik, und ist es wohl zum guten Teile auch. Die lokalen Interessen werden stärker sein, als der Ruf des leeren Landes nach erschließenden Menschen und Verkehrsmitteln; und Brasilien ist — heute — in der glücklichen Lage, auf strategische Zusammenfassungsbauten wenig Wert legen zu müssen — oder es glaubt wenigstens zum großen Teil, in dieser glücklichen Lage zu sein.

So wird manches, was auf den Karten wunderschön projektiert ist, eben noch lange Zeit projektiert bleiben, und dann nicht in einem Zug, sondern Stück um Stück, vielleicht auch gar nicht, verwirklicht werden. So mag

man auch neue Eisenbahn-Baupläne nur mit Vorsicht aufnehmen, zumal auch das System privater Baukonzessionen mit dazwischen konkurrierenden Staatslinien gegenüber dem reinen Staatsbetrieb jedenfalls Vor- und Nachteile größerer Labilität hat. Bedenklich ist freilich der starke ausländische, vor allem englisch-amerikanische Einfluß, der mit der privaten Initiative beim Bau der wichtigsten Verkehrsmittel allenthalben eindringen kann. Die Gefahren, die in dieser Richtung liegen, sind schlaglichtartig beleuchtet worden in dem Bericht der englischen Finanzkommission, die zu dem Schluß gekommen ist, es sei für die Sanierung Brasiliens „vorteilhaft", wenn die Staatseisenbahn (die „Central") von den Anleihezeichnern „kontrolliert" werde[13]. Starke auswärtige Kontrolle gerade über die Bahnen mag in einem jungen, wirtschaftlich zukunftsreichen Lande wirtschaftlich fördernd sein (man kann auch das sehr bezweifeln!) — geopolitisch gesehen birgt es unzweifelhaft sehr große Gefahren.

Anmerkungen

1) Vergl. darüber die neueste Arbeit von O. Maull, in der „Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde" 1924, die auch weiteres, z. T. portugiesisches Material gibt. Gute, in ihren Einzelheiten unentbehrliche Angaben und Gesamtübersichten gibt der Diccionario Historico, Geographico e Ethnographico do Brasil, Rio de Janeiro 1922. Wertvoll sind hier vor allem die klimatischen Diagramme und orographische Einzelangaben.

2) Aufsatz von Maull in Heft 2 der Zeitschrift für Geopolitik 1924: „Brasiliens geopolitische Struktur".

3) Bei allen Angaben dieser Art muß berücksichtigt werden, daß sie Generalisierungen auf Grund sehr unzureichenden Kartenmaterials sind, zu denen man in Brasilien immer gezwungen ist, will man Gesamtbilder gewinnen. Sie besagen also wenig gegen widersprechende Einzelangaben und wollen nur allgemeine Grundlinien feststellen.

4) Petermanns Mitteilungen, Gotha 1918.

5) Als „Fall-Linie" wird die Verbindungslinie der hauptsächlichsten Stromschnellen der südlichen Amazonas-Nebenflüsse bezeichnet, die, jedenfalls in ihrem östlichen Teil, ungefähr mit der Köppenschen Klimagrenze zusammenfällt. Westlich des Madeira greift das Köppensche Klima 2 weit über die großen Madeira-Fälle nach N und W vor. Doch muß festgehalten werden, daß auch gerade diese Klimagrenze eine Annäherungslinie ist, die durch z. T. völlig unbekanntes, oft nur auf wenigen Routen durchquertes und wissenschaftlich untersuchtes Land führt. Für die Entwicklung des menschlichen Verkehrs, nicht für die Landschaft als solche stellt die Schnellen-Linie einen scharfen Einschnitt dar.

6) Auch die Bahnen haben darunter oft stark zu leiden, sei es durch Überschwemmungen da, wo sie notgedrungen ein Flußtal benutzen müssen, sei es durch Rutschungen



und Muren, wenn sie, wie z. B. im Cannon des Rio das Velhas, hoch über der Talsohle an steilen Hängen angelegt sind.

7) Auch hier zeigt sich die Bedeutung der Tatsache, daß die südlichen Amazonas-Zuflüsse durch Schnellen gesperrt sind. Die zur Ostküste fließenden Ströme und Flüsse haben gleichfalls häufig Schnellen zwischen Mittel- und Unterlauf, wie der São Francisco, oder eignen sich wegen schwankenden Tiefgangs oder großen Gefälles schlecht für verbindende Schiffahrt zwischen Küste und Innerem.

8) Auch hierauf hat Maull hingewiesen.

9) Vergl. Brandenburger, „Brasilien zum Ausgang der Kolonialzeit", Verlag Rotermund, São Leopoldo 1922, der reiche Literaturangaben hat.

10) Die Anlage des Paulistaner Straßennetzes verfehlt nur insofern etwas ihren Zweck, als sie vielfach Parallelverbindungen zur Eisenbahn schafft und nicht die so dringend benötigten Querverbindungen. Das Automobil hat sich als Verkehrsmittel die Großstädte im Flug erobert und dringt auch in die Landstädte vor. Dabei werden die leichten Ford-Wagen stark bevorzugt, die ganz anders strapaziert werden können, als schöne, teure europäische Marken. Über Land wird es noch wenig benutzt, teils, weil eben die Straßen fehlen, teils, weil es weniger Staubschutz bietet als die Eisenbahn.

11) Die Tabelle beruht auf den neuesten Angaben des Diccionario (s. o.), die vielfach an Hand von Spezialberichten, so weit es möglich war, nachgeprüft wurden. Die Genauigkeit der Ziffern ist insofern eine beschränkte, als schon die Flächenangaben für die brasilianischen Staaten sehr stark schwanken und man sich für die eine oder andere Lesart entscheiden muß, ohne nachprüfen zu können. Die Tabelle stellt den Stand von 1921 dar, für den die letzten Zusammenstellungen gelten. Im Bau befindliche Bahnen, die z. T. inzwischen vollendet sind, wurden nicht berücksichtigt, da damit der gleichmäßige Maßstab verloren gegangen wäre. Eine einzige Ausnahme macht die einzige Bahn des Staates Piauhy, die 1921 noch nicht vollendet war.

12) Man vergleiche die Ähnlichkeit der Gliederung mit der, die sich nach der Volksdichte bei Maull in Band I dieser Zeitschrift ergibt.

13) Der Bericht der Montagu-Kommission, die eingesetzt war, um die Finanzlage Brasiliens und die Möglichkeiten einer neuen englischen Anleihe für Brasilien zu prüfen, kam zu einer ganzen Reihe wenig angenehmer Folgerungen und Forderungen; so, neben einer Reihe innerstaatlicher Maßnahmen, auch zu der Forderung, daß die Regierung auf die Kontrolle der Staatsbank, der „Central"-Bundesbahn und des Lloyd Brasileiro zugunsten einer Kommission der Anleihegläubiger verzichten solle, um die Sanierung zu erleichtern. Tatsächlich, der schönen Worte entkleidet, würde das zu einer bedenklichen wirtschaftlichen Auslieferung an England führen.

E. TRINKLER:
DIE POLITISCHE LAGE IN AFGHANISTAN 1924

Es gibt wohl wenige Länder auf unserer Erde, die eine solch wechselvolle Geschichte gehabt haben wie Afghanistan. Wohl kein Land hat so viel fremde Völker aufnehmen, so vielen Eroberern sich beugen müssen. Ich erinnere nur an die in ältesten Zeiten stattgefundene Einwanderung der Arier, an die Züge der Skythen, an die Expeditionen Alexanders des Großen, an die furchtbaren Kriege Timurs, an die geschichtlichen Ereignisse unter den Großmoguln und an Nadir Schahs Zug nach Indien.

Afghanistan ist ein Durchzugsland; alle großen Eroberer mußten sich den Weg durch Afghanistan erkämpfen, ehe sie in die reichen Fluren Indiens herabsteigen konnten. So ist der größte Teil seiner Geschichte durch die geographische Lage — als Durchzugsland nach Indien — bedingt.

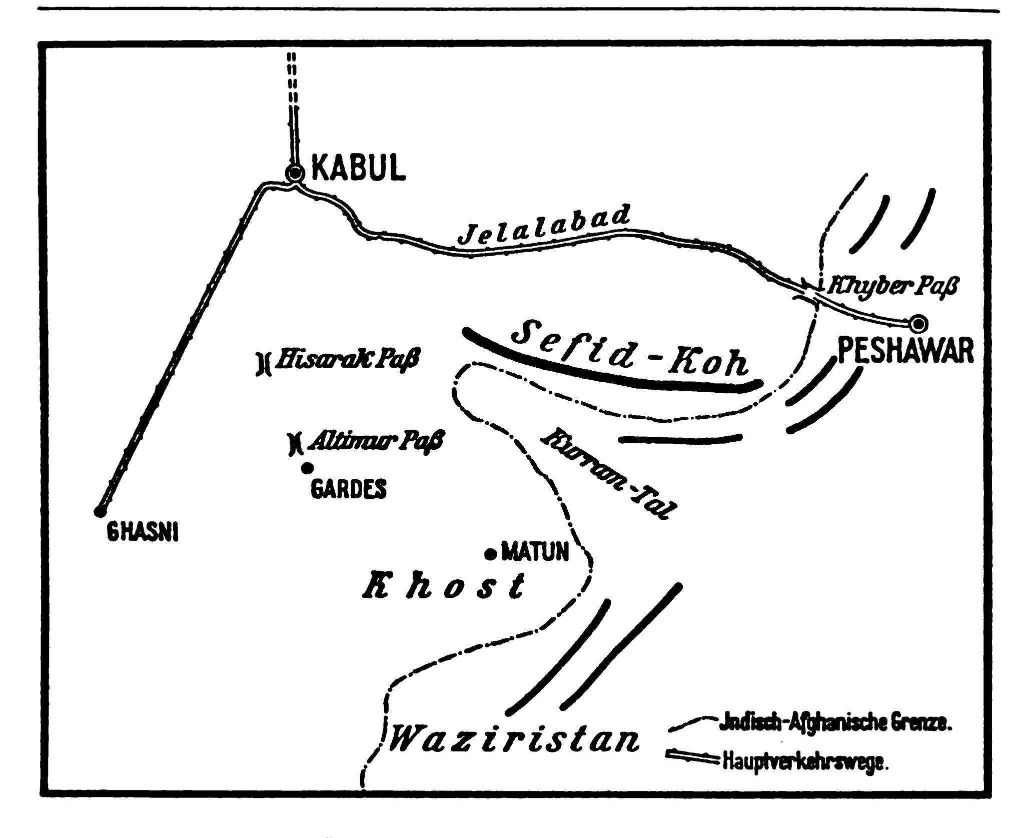
Belutschistan im Süden bietet weitaus ungünstigere Bedingungen; es ist heißer, trockener, — größtenteils Wüstenland.

Im Norden Indiens aber erhebt sich der gigantische Wall des Himalaya und schützt mit dem ihm vorgelagerten rauhen 4500—5000 m hohen unwirtlichen tibetischen Hochlande Indiens sonnige Fluren vor jedem feindlichen Angriff.

So sind es immer die Pässe in den indisch-afghanischen Grenzbergen gewesen, die als Einfallspforten nach Indien dienten. Es ist ein wildes Gebirgsland, das sich hier ausdehnt und von Volksstämmen bewohnt wird, die zu den wildesten, stolzesten und freiheitsliebendsten ganz Asiens gehören.

Die Geschichte der neueren Zeit hat gezeigt, daß die Geschichte Afghanistans zum großen Teile durch die politischen Strömungen Englands und Rußlands stark beeinflußt, wenn nicht bestimmt wird.

Rußland und England sind in Asien zwei Gegner, die sich aufs schärfste bekämpfen und auch stets bekämpfen werden. Rußlands Ziel ist, die englische Herrschaft in Indien zu untergraben und die Inder in ihren Selbständigkeitsbestrebungen zu unterstützen. Man kann wohl verstehen, mit welch großem Interesse Rußland dieses Ziel verfolgt; denn wenn den Russen ihr Vorhaben gelänge, so würden sie damit ihrem größten Gegner in Asien einen schweren Schlag versetzen, gleichzeitig aber auch den Kapitalismus treffen. Rußland würde dann also mehr freie Hand haben und der Sturz des englischen Kapitalismus in Indien würde eine große Propaganda für den Bolschewismus sein. Afghanistan ist sozusagen für die Russen eine Etappe auf dem Wege nach Indien. Rußland unterhält in Kabul eine große Ge-



Übersichtsskizze zu „Afghanistan 1924".

sandtschaft, und zweifellos hat diese die Aufgabe, die zwischen den Indern und den Bolschewisten gesponnenen Fäden zu überwachen und weiterzuspinnen.

Englands Aufgabe ist also, sich gleichsam in Verteidigungszustand zu setzen. Und das tut England. Es hat seine Grenzbefestigungen weiter ausgebaut, und derjenige, der — wie der Verfasser — 1924 Gelegenheit gehabt hat, den Khyberpaß zu sehen, wird ohne weiteres anerkennen müssen, daß England hier etwas Großes geleistet hat. Im Laufe dieses Jahres wird auch die Militärbahn eröffnet werden, die unter schwierigsten Verhältnissen auf die Höhen des Khyber geführt ist. Ich glaube ohne weiteres sagen zu können, daß England von dieser Zugangspforte aus wohl kaum je eine ernstliche Gefahr mehr drohen wird. Auch in Wasiristan haben englische Ingenieure im letzten Jahre die Straßen bis an die afghanische Grenze ausgebaut. Und daß

England an seine Nordwestgrenze seine besten Offiziere und tüchtigsten Beamten schickt, brauche ich wohl kaum zu sagen.

Daß es England nicht angenehm ist, daß Rußland in Kabul eine große Gesandtschaft unterhält, ist wohl ohne weiteres einzusehen. England weiß sehr wohl die Gefahr der russischen Propaganda einzuschätzen und England weiß auch, daß, wenn es seiner Herrschaft in Indien verlustig ginge, damit auch die Stellung der gesamten weißen Rasse in der ganzen Welt schwer erschüttert würde. Die größte Gefahr droht England also von Rußland. Und daher glaube ich, daß England auch das größte Interesse daran hat, Afghanistan als Pufferstaat bestehen zu lassen, um nicht direkt an russisches Gebiet zu grenzen. Solange also Rußland in Afghanistan nicht aggressiv vorgeht, wird England wohl schwerlich daran denken, einen neuen Kriegszug in das afghanische Gebiet zu unternehmen, es sei denn, daß die Afghanen selbst Anlaß zu solch einem Einschreiten geben würden. Jede der beiden großen Nationen versucht natürlich, sich die Freundschaft der Afghanen zu gewinnen. Deren Aufgabe aber ist, es mit niemandem zu verderben und Rußland und England gegeneinander zu Gunsten des eigenen Reiches auszuspielen.

Die politischen Ereignisse des Jahres 1924 zwar waren hauptsächlich innerpolitischer Natur; vielleicht hatten aber Rußland oder England die Hand mit im Spiel, doch ist dies nicht bewiesen.

Schon Anfang des Jahres 1924 hieß es, daß im Khostgebiet (s. Karte) Aufstände ausgebrochen seien. Es wurden von Kabul aus Truppen hingeschickt, diese aber in Matun, der Hauptstadt des Bezirks, eingeschlossen. Der Aufstand, der durch die Mangal- und Laschkarstämme entfacht war, breitete sich weiter aus. Die afghanischen Truppen des Emir wurden mehr und mehr nach Norden zurückgedrängt, die Straße von Ghasni nach Kabul war eine Zeit lang gesperrt und die Kämpfe spielten sich schließlich in einer Entfernung von nur einem Tagemarsch von Kabul ab. Anfang August fiel Abdul Hamid, einer der fähigsten Führer der afghanischen Truppen, bei Hisarak, und Mohamed Weli Khan, der Kriegsminister, war in dem kleinen Ort Gardes eingeschlossen.

Aus allen Teilen des Landes wurden nun Truppen herangezogen und Kabul bot in den August-Septembertagen ein buntes Bild. Die Mohmands, nördlich des Khyber, schickten ca. 2000 Mann, Kohistan-Badachschan stellten ca. 3- bis 4000 Mann zur Verfügung. Die mongolische Bevölkerung Zentralafghanistans — die Hesares — wurden selbstverständlich zum Dienste herangezogen. Diese Truppen wurden kurze Zeit ausgebildet und an die Front geschickt. Dann wandte sich der Emir an die Engländer, um von ihnen Flugzeuge zu kaufen. Am 22. August, einem herrlichen Herbstmorgen, trafen die beiden englischen



Flugzeuge ein, die von englischen Offizieren von Peshawar nach Kabul in ca. 4 Stunden geflogen wurden. Die Flugzeuge wurden abgenommen und in den folgenden Tagen schon flog der in afghanischen Diensten stehende deutsche Flieger Dr. Weiß an die Front, um zu rekognoszieren, bekam aber, trotzdem er das von den Mangals besetzte Gebiet überflog, nichts von feindlichen Truppen zu sehen. Mehr und mehr stellte es sich dann heraus, daß es sich um einen „Franktireurkrieg" handelte. Die Kriegführung war in dem gebirgigen Gelände natürlich außerordentlich schwierig und die aufrührerischen Stämme genossen den Vorteil, daß sie das Land und die Schlupfwinkel genau kannten.

Schon im Laufe des August hatte sich das Gerücht verbreitet, daß auch die Russen Flugzeuge schicken wollten.

Diese trafen dann auch im September ein. Sie waren von russischen Fliegern in einem Tag von Taschkent bis Thermes (an der afghanischen Grenze) und von dort in ca. 5stündigem Flug über die 5000 m hohe Hindukuschkette nach Kabul geflogen worden. Zuerst hieß es, Rußland habe die Flugzeuge dem Emir geschenkt, dann, daß die Afghanen wegen Kaufs der Apparate mit den Russen verhandelten. Nachmittags veranstalteten die Russen ein Schaufliegen, bei dem Tausende in persischer Schrift und Sprache abgefaßte Propagandazettelchen über Kabul abgeworfen wurden. Daß dies ganze Manöver mit den Flugzeugen nur darauf abzielte, sich die Freundschaft der Afghanen zu erobern und England zu ärgern, ist wohl ohne weiteres klar. Zuletzt hieß es dann auch, Rußland wolle die Flugzeuge nur dann abgeben, wenn auch die russischen Flieger mit übernommen würden. Wie die Sache dann ausgegangen ist weiß ich nicht, da ich kurz danach Afghanistan verließ und nichts Näheres über die Weiterentwicklung der Dinge gehört habe.

Ende September, Anfang Oktober aber hatten die Truppen des Emir große Fortschritte zu melden. Der Hisarak- und Altimurpaß, um die so hart gekämpft worden war und die abwechselnd in der Hand der Afghanen und Mangals gewesen waren, wurden endgültig von den Truppen des Emir genommen, befestigt, und Gardes wurde befreit.

Im November fand eine Zusammenkunft zwischen Abgesandten des Emir und den Aufständischen in Jelalabad statt, führte aber zu keinem Ergebnis. Die Aufständischen, die als Abgesandte des von ihnen aufgestellten Gegenkönigs Abdul Kerim kamen, führten große Reden, beschimpften den Emir und bedrohten die Abgesandten des Emir. Darauf wurden die Verhandlungen abgebrochen und die Kämpfe zu Gunsten des Emir fortgeführt. Nach den letzten englischen Meldungen soll der Aufstand endgültig zusammengebrochen sein.

MAX SPANDAU:
STAAT UND BODEN II
ABGRENZUNG VON UNTERSUCHUNGEN IHRES GEGENSEITIGEN VERHÄLTNISSES

Welcher Fragenkreis gehört in das Gebiet der staatlichen Geographie, worauf hat sie den Schwerpunkt ihrer Untersuchungen zu legen, wie hat sie den Staat zu betrachten, welchen Wert haben ihre speziellen und allgemeinen Erkenntnisse? Die Geographie wurde definiert als Beschreibung des Zustandes der Erdoberfläche. Als Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke überträgt sie einzelnen Teilwissenschaften die Untersuchung bestimmter Teile oder Kräfte ihres Gegenstandes als spezielle Aufgabe. Jetzt tritt der Staat als wirkender Faktor in den Mittelpunkt des Interesses. Müssen nun die Staaten nicht in gleicher Weise wie die mathematischen und physikalischen Gesetze bei der mathematischen und physikalischen Geographie auch zur Erklärung der Erscheinungen auf der Erdoberfläche herangezogen werden? Sollte es nicht ebenso anthropozentrisch sein wie bei der Anthropogeographie, wenn diese definiert wird als Lehre vom Einfluß der Natur auf die Entwicklung des Menschen, jetzt im Gegensatz zum sonstigen Verfahren der Geographie die Betonung auf die Erkenntnis des Wesens des Staats zu legen, die man auf geographischem Wege zu erreichen glaubt, statt die Erdoberfläche in Beziehung zu den Staaten wie sonst zum Klima, den Tieren oder Menschen zu untersuchen? Diese falsche Einstellung ist die Ursache der Unfruchtbarkeit moderner politisch-geographischer Forschungen. Die Aufgabe der staatlichen Geographie kann nicht die Untersuchung der Staaten nach geographischen Kategorien sein (Supan), sondern, da die Geographie das Subjekt ist, muß für die Erdbeschreibung der Einfluß der Staaten zu erforschen sein, ihre Wirkungen auf die Erdoberfläche sind darzustellen. Die Mannigfaltigkeit und Intensität dieser staatlichen Einwirkung ist abhängig von der Menge der Aufgaben, welche der jeweils beobachtete Staat zu lösen sich verpflichtet fühlt und fähig ist. Immer wird daher ein großer Teil der Verkehrs- und Siedlungs-, ja sogar der Pflanzen- und Tiergeographie in das Behandlungsgebiet der staatlichen Geographie fallen; denn die Anlage von Verkehrswegen ist oft mit Rücksicht auf rein staatliche Gesichtspunkte (Verteidigung) erfolgt, Bevölkerungsverschiebungen werden durch den Staatswillen herbeigeführt oder verhindert, die Bebauung seines Gebiets mit bestimmten Früchten und die Verbreitung ihm nützlich erscheinender Tierarten kann durch die Zollpolitik oder andere staatliche Willensäußerungen geregelt werden. Diese vielartigen Tätigkeiten des Staats darzustellen mit Rücksicht auf ihren gemeinsamen Brennpunkt, die Erdoberfläche, ist die Aufgabe einer staatlichen (politischen) Erdbe-



schreibung. Eine staatlich-geographische Darstellung von Danzig vor 1918 hätte also die Wirkungen der Zugehörigkeit dieser Stadt zum Deutschen Reich zu schildern, z. B. den Einfluß der deutschen Zollpolitik auf ihr Wirtschaftsleben, der Verkehrspolitik auf ihre Entwicklung als Hafenstadt usw. Für derartige Gegenwartsdarstellungen ist die Benutzung der letzten statistischen Unterlagen natürlich unerläßlich.

Die Auffassung, welche der staatlichen Geographie vom Wesen des Staats zu Grunde liegen muß, ergibt sich aus der Aufgabe der Beschreibung des augenblicklichen Einflusses der Staaten auf die von ihnen bewohnten Gebiete mit Notwendigkeit. In ihr wird der Staat allein nach seiner Wirkung auf die Erdoberfläche hin betrachtet, alle Definitionen, die andere seiner Merkmale berücksichtigen, liegen außerhalb der für sie notwendigen Zweckbestimmung. Nicht zufällig sieht daher Supan[13]) als Geograph in den Staaten komplizierte Mechanismen, die er ganz summarisch nach starken und schwachen unterschieden wissen will. Wie also die Anthropogeographie den Menschen als ein Stück hochentwickelter Erde betrachtet, muß die staatliche Geographie die Staaten ansehen als die Zusammenfassung von Stücken der Erdoberfläche durch einen gemeinsamen Willen, der ihr als einer Querschnittbetrachtung erscheinen muß wie ein wirkender Mechanismus. Beide Wissenschaften müssen sich natürlich bewußt bleiben, daß ihre Definitionen nur Zweckbestimmungen sind und keine absolute Gültigkeit für alle Blickrichtungen auf Menschen und Staaten beanspruchen dürfen. Die Diskussionen über das Wesen des Staats als solchen, losgelöst von den Betrachtungen einzelner seiner Äußerungen, und der für diese speziellen Untersuchungen ebenso notwendigen wie auch gültigen Zweckbestimmungen, wie Rechts-Subjekt, Mechanismus oder Organismus, gehören daher in die Wissenschaft vom Staat oder in die Philosophie, und nie in die Geographie.

Für den Staat sind nicht alle von ihm überspannten Gebietsteile gleich wichtig; wenn er sich rüsten muß, kann ein günstig gelegener Berg wertvoller für ihn sein als eine fruchtbare Ebene. Die Stücke der von ihm besetzten Erdoberfläche werden also nach verschiedenen, mit der Zeit wechselnden Maßstäben politisch gewertet. Die Gebietsteile im Verhältnis zu ihrer Schätzung durch den Staat, die politischen Werte[14]), sind von den Geographen in ihrem gegenwärtigen Zustande zu beschreiben; hier ist die Gefahr einer Entgleisung in die Psychologie der Staaten besonders groß und nur zu vermeiden durch eine sachliche Darstellung von Wirkungen, in denen sich auf dem Staatsgebiet selbst seine verschiedene Wichtigkeit für den Betrieb des Staatsmechanismus in Zahlen oder Umgestaltungen deutlich ausdrückt. Der Einwand, welcher gegen diese Art der Berücksichtigung der Staaten in der Geographie erhoben zu werden pflegt, ist der Hinweis auf die rasche Vergänglichkeit dieser Forschungen und Darstellungen, deren Gültigkeit ebenso rasch verschwindet wie sich die Staatenkonstellation ändert, von deren

Wirkung man ein Bild zu entwerfen versucht. Ihm ist nicht besser zu begegnen als mit den Worten Eberhard David Haubers aus dem Jahre 1727, „daß die Veränderlichkeit derer Grenzen vor keine Beschwerlichkeit der Methode, sondern vor eine unveränderliche Eigenschaft der Wissenschaft selbst zu halten“ [15]) sei. Der Wert einer jeweiligen Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes der Erdoberfläche in seiner Bedingtheit durch den Staat wird kaum bestritten werden, selbst wenn bei ihrem Erscheinen schon Tatsachen überholt sein würden; diese Aufgabe fällt aber der staatlichen Geographie als einer Hilfswissenschaft der Geographie zu, die ja eine Beschreibung des Zustandes der Erdoberfläche überhaupt ist. Aus der unveränderlichen Eigenschaft der geographischen Wissenschaft ergibt sich der vergängliche Charakter der staatlichen Erdbeschreibung; doch unterscheidet sie sich von anderen Teilwissenschaften damit nicht wesentlich, sondern nur graduell. Die Geschwindigkeit der Änderungen der Teile, aus denen sich das geographische Bild zusammensetzt, ist überall verschieden: die Stufenfolge ihres Verlaufs im Verhältnis zur Zeit beginnt mit dem langsamen geologischen und führt über den physischen, pflanzen- und tiergeographischen zu dem raschesten, dem politischen Wechsel. Der beschreibenden Geographie bleibt die Auswahl und Anpassung des von ihren Disziplinen gesammelten Materials für ihren besonderen Zweck, den sie durch Synthese erreichen kann, überlassen. Innerhalb der staatlichen Geographie ist zu scheiden nach spezieller und allgemeiner Betrachtung. Von dieser wird die Erdoberfläche in ihrer individuellen Bestimmtheit durch Staaten beschrieben, von jener werden Zustände miteinander verglichen. So gehört der jeweilige Vergleich der tatsächlichen Ausnutzung des Erdbodens durch die im Staatsverband auf ihm vereinigten Menschen mit der in einer bestimmten Kulturstufe idealtypisch möglichen Ausnutzung des Erdbodens durch die jeweils vorhandenen Mittel in das Gebiet der allgemeinen staatlichen Geographie. Objektive Erkenntnis bezw. Beschreibung des Zustandes ist in beiden Fällen, soweit wie bei jeder Tatsachenschilderung, möglich.

Gegenüber der beschreibenden, staatlichen Geographie ist nach Art und Ziel der Erkenntnis verschieden die geographische Politik oder Geopolitik. Sie bildet einen Teil der allgemeinen Politik, deren Objekt der Staat mit seinen mannigfachen Äußerungen ist, dessen Entwicklung von ihr nach bestimmten Richtungen beeinflußt wird. Die Voraussetzung jeder ernsten Politik ist genaue Kenntnis des Zustandes, dessen Veränderungen sie bestimmen will. Als Grundlage muß ihr daher eine allgemeine und spezielle Staatenkunde wichtig sein, in der die Staaten beschrieben werden nach dem Zusammenwirken der Gesamtheit ihrer Eigenschaften. Das Verhältnis vom Staat zum Boden wird hier nicht berücksichtigt nach der Beeinflussung der Erdoberfläche durch den Staat, wie in der staatlichen Geographie, sondern es wird betrachtet als Eigenschaft des Staats inmitten seiner anderen Wesensbestimmungen, wie seinem Verhältnis zum Volk, zur Gesellschaft,



zur Wirtschaft.[16]) Der Spiegel, in dem sich jetzt Strahlen verschiedener Wissensgebiete fangen, ist nicht die Landschaft, sondern die staatliche Einheit. Eine derartige beschreibende Staatenkunde, deren Ergebnisse mit den Darstellungen der staatlichen Geographie in gleicher Linie stehen, ist jedoch streng zu scheiden von der Wertung ihres Materials durch die Politik, die es nach seiner Fähigkeit zu der ihr zweckmäßig erscheinenden Verarbeitung für die Zukunft betrachtet. Da die Politik alle Betätigungen des Staates stets den sich ändernden Verhältnissen anzupassen bemüht ist und Programme aufstellt, um die Richtungen zu bezeichnen, in welche sie die Wachstumstriebe leiten will, ist es natürlich, daß ihr auch die den heutigen Staaten wesentliche Eigenschaft, ihr Verwachsensein mit dem Boden, für die Zielsetzungen oft ausschlaggebend sein muß; denn für den Staat ist das von ihm beherrschte Gebiet ein Teil seines Wesens, dessen Entwicklungsmöglichkeiten und Ziele die Geopolitik als Zweig der allgemeinen Politik und Staatenkunde festzustellen versucht.

Wie entstehen geopolitische Zielsetzungen, inwiefern ist ihr Charakter und ihr Erkenntniswert durch die Art ihres Zustandekommens bedingt? Der Ausgangspunkt ist die genaue Feststellung der gegenwärtigen Beziehungen des Staates zu seinem Boden. Aus ihnen versucht der Geopolitiker die Richtungen zu erkennen, nach denen sich das Wachstum zu entfalten scheint. Grundlegend, den Grad des Wertes seiner Untersuchungen bestimmend, ist, wie für jeden Politiker, die Einschätzung der Kräfte des von ihm beobachteten Staates; obwohl sie nicht fest zu fassen oder in Zahlen auszudrücken sind, kann der staatsmännische Instinkt bei ihrer Bewertung einen hohen Grad der Annäherung an ihre wirkliche Stärke erreichen. Von dem subjektiven Gefühl des Geopolitikers, das sich bei der Schätzung der Kräfte des Staats betätigen muß, ist in der Hauptsache der Wert seiner Zielsetzungen für den Staat abhängig. Vom Geopolitiker muß gefordert werden, daß er sich ein „Mitgefühl“ des eigenartigen Lebens seines Staates schafft, wie es Ranke für das Verständnis der Weltgeschichte und das Nacherleben der in ihr wirksamen Kräfte fordert. Er wird dann zu unterscheiden wissen, welcher Boden für seinen Staat, wenn er Wachsstumkräfte in ihm fühlt, leicht assimilierbar ist, für welche anderen Erwerbungen dagegen größere Kraftanstrengungen nötig sein werden, welche Mittel der Staat zur Erhaltung und Befestigung der Herrschaft über seinen Boden anwenden muß und wie die Grundsätze, nach denen seine bisherige Entwicklung erfolgt ist, weiterzubilden sind. Auf Grund der Kenntnis vorhandener politischer Werte wird er ihre mögliche Veränderung in der Zukunft fühlen, die von ihm vermutete Wachstumsrichtung des Staats wird ihm zeigen, wo Erdstellen liegen, deren politische Beherrschung und Durchdringung für ihn möglich ist und wertvoll werden muß; denn die Bedeutung mancher Erdstellen gibt sich erst im Verlauf der geschichtlichen Bewegungen kund, diese schaffen erst politische Werte. Der Geopolitiker muß die Bedeutung von Formen der

Erdoberfläche für die zukünftige politische Entwicklung erkennen, um nach ihr die Ansetzung von Wachstumsspitzen zu empfehlen. In der inneren Politik hat er bei einem schwachen Staat auf die Folgen der geographischen Realisation und Abschließung sozialer Strömungen für die Gesamtheit des Staatswesens zu achten, bei einem starken zu raten, wie lokale, durch geographische Merkmale bestimmte Verschiedenheiten überwunden werden durch ihre Umsetzung und Eingliederung in den Bau der sozialen Schichtung, welcher auf dem ganzen Staatsgebiet als auf seiner Grundlage ruht und vertikale Gliederung an die Stelle horizontaler Zersplitterung setzt. Größtes Feingefühl ist die Bedingung für fruchtbringende geopolitische Arbeit, die als Gegenstand nur scheinbar die gröbste Äußerung des Staats, seine körperliche Realisation, hat.

Da bei jedem Staat die Eigenart seiner Bodenbeherrschung bestimmt wird durch seine Individualität, ein Produkt aus mannigfachsten Faktoren, wie Geschichte, Bodengestalt, Lage, gibt es für jeden Staat eine ihm eigene Geopolitik; diese Tatsache fühlt Friedrich Ratzel, wenn er gelegentlich auf die Geopolitik der Neger, Indianer oder Römer hinweist. Außerdem kann sie nur eine für die Gegenwart gültige Betrachtung sein, weil mit jeder Änderung im Leben der Staaten ihre Bedingungen und mit ihnen ihre Bedürfnisse wechseln. Die Geopolitik steckt also den Staaten von einem Gegenwartsmoment aus geographische Ziele, nach denen zu streben sie ihnen empfiehlt als Mittel zur Erhaltung ihres Lebens und zur Förderung ihres Wachstums. Sie erteilt dem staatlichen Leben Impulse und zeigt der allgemeinen Politik die Adern, in welche das Blut zur ergiebigsten Nährung des Organismus zu treiben ist. Da sie die Forschung anderer Wissenschaften für das praktische Leben ausnutzt, ist sie eine Kunstlehre, in deren Übung die Deutschen gegenüber anderen, darum vielleicht auch erfolgreicherern Nationen, zurückgeblieben sind. Die spezielle Geopolitik beschäftigt sich mit einzelnen Staaten, die allgemeine vergleicht die gegenwärtigen geopolitischen Äußerungen der verschiedenen Staaten miteinander.

Staatliche Geographie und Geopolitik betrachten also beide das Verhältnis des Staates zum Boden in einem gegenwärtigen Zustand; während es dort beschrieben wird mit Betonung seiner Äußerung auf der Erdoberfläche, wird es hier gedeutet nach den Bedürfnissen des Staats für die Zukunft. Dem entspricht der verschiedene Wert ihrer Erkenntnisse: dort objektiv gültige Beschreibung, hier subjektiv nützliche Zielsetzung, dort brauchbare Unterlagen für die Erkenntnis vergangener Zustände, hier Zeugnisse von mehr oder weniger erfolgreichen, vergänglichen menschlichen Strebungen.

Der möglichen objektiven Beschreibung augenblicklicher politischer Werte einerseits, ihrer Deutung für die weitere Entwicklung andererseits stellen sich Untersuchungen über die Beziehungen von Staat und Boden in der Vergangenheit gegenüber. Auch diese sind nach verschiedenen Interessenrichtungen abzu-



grenzen. Wird der Blick auf die Erdoberfläche gerichtet und soll ihre Beeinflussung durch Staaten in einem vergangenen Zeitpunkt dargestellt werden, so ergibt sich die historische staatliche Geographie als Disziplin, welche diese Fragen in sich befaßt. Wie die staatliche Geographie jedes Stück der Erde mit Rücksicht auf die Bestimmtheit durch seine Stellung zu Staaten in der Gegenwart betrachtet, während die Vergangenheit nur in ihrer Beziehung zum gegenwärtigen Zustand beachtet wird, werden hier Entwicklungsstufen um ihrer selbst willen als Querschnitte durch die fortfließende Veränderung dargestellt, deren jüngster die jeweils heutige staatliche Länderkunde ist. Sie wird dadurch zu einem Teile der historischen Geographie, welche die Erde in verschiedenen Stadien der historischen Zeit [17]) zu beschreiben hat, ohne jedoch ebenso wenig wie die Anthropogeographie [18]) oder die historische Betrachtung der Biosphäre deren ganzen Inhalt auszumachen. Zu dieser Ansicht kann nur die schnellere Veränderung dieses Teiles gegenüber den langsamer ablaufenden physischen Ereignissen verführen. Die historische Geographie schildert also die Abstufungen innerhalb der von der Idee der Geographie zusammengefaßten Zeiteinheit, die sich geschlossen von palaeographischen „Zuständen" abhebt. Die Staaten werden von ihr, da sie Zustandsschilderungen von Knoten der fortlaufenden Entwicklung gibt, wieder auf ihre Wirkung hin als Mechanismen angesehen; das Vereinigen und Trennen, Größer- und Kleinerwerden der durch die Staatsmaschinerie zusammengehaltenen Erdstücke stellt sich ihr als ein Wechsel großer und kleiner Flächen dar. Politische Werte schildert sie in ihrer einmaligen historischen Verwirklichung als vergangene. Das natürliche und für sie besonders wichtige Hilfsmittel zur Veranschaulichung ihrer Ergebnisse ist die kartographische Darstellung; bei dem Vergleich zeitlich verschiedener Querschnitte wird sie bei den ihr Gebiet vergrößernden Staaten als sichtbare Zeichen ihrer stoßweisen Ausbreitung Wachstumsringe beobachten können, nach denen sie beim Zerfall wieder abbröckeln. In ihrem allgemeinen Teil wird sie die von Staaten besetzten Bodenteile darstellen in ihrem Verhältnis zur ganzen Erdoberfläche, außerdem politische Verwirklichungen von Räumen und Gleichmäßigkeiten der Stellung und Wirkung bestimmter Erdformen in der historischen Entwicklung innerhalb eines Zeitabschnittes sowohl wie der ganzen geschichtlichen Zeit überhaupt miteinander vergleichen, ohne für aufgefundene Gesetzmäßigkeiten einen anderen Wahrheitswert zu beanspruchen, als er historischen Gesetzen überhaupt innewohnt, die nur beobachtete Regelmäßigkeiten in einmaligem Ablauf ohne die Möglichkeit naturgesetzlicher Gültigkeit sind. In ihrem speziellen Teil wird sie einzelne Gebiete einerseits in ihren vergangenen Zuständen beschreiben, andererseits deren Geschichte, soweit sie durch Staaten beeinflußt ist, darstellen. Ein Beispiel für eine solche historisch staatlich geographische Einzeluntersuchung gibt Ratzel in seinem Aufsatz „die Alpen inmitten der geschichtlichen Bewegungen".[19])

Die Beziehungen der Staaten zu ihrem Boden treten wieder in eine neue Beleuchtung, wenn sich bei der historischen Betrachtung das Interesse nicht auf den Boden, sondern auf die Staaten richtet. Diese Einstellung ist im Gegensatz zu der der historisch-staatlichen Geographie die der historischen Geopolitik. Mit ihr werden historische Erkenntnisse über die Entwicklung der sinnlichen Seite im Wesen der Staaten, ihrer Realisierung auf dem Boden, gewonnen. Das vom Staat überspannte Gebiet erscheint jetzt als Ausdruck seiner Individualität und wird in seinen Veränderungen im Zusammenhang mit dem Verlauf des ganzen staatlichen Lebensprozesses verfolgt. Die eigentliche Aufgabe der Geschichte ist die Beschreibung der Entwicklung von Individuen. Als politische Geschichte beschäftigt sie sich mit Staatsindividuen, sie stellt ihr Leben in Form von Biographien dar und erforscht als allgemeine Geschichte ihr Zusammenwirken innerhalb eines Staatensystems. Wie der Einzelne nur zu erklären ist aus dem Einfluß des Wirkens unzähliger, sein Wesen bildender Motive, von denen ein großer Teil bei seiner Beschreibung oft zusammengefaßt werden muß in der Darstellung der lokalen und landschaftlichen Umwelt, in welcher er lebt, kann auch das Leben der Staaten nur im Zusammenhang mit den ihre Entwicklung bestimmenden Motiven hinreichend befriedigend dargestellt und verständlich gemacht werden, da auch sie, mathematisch gesprochen, eine Funktion mehrerer Variablen sind, unter denen als wichtigste, die soziale Struktur, die Stärke ihres Lebenstriebs und ihre geographischen Bedingungen hervortreten. In der Geschichte ist nun mit der Betonung auf den Staat die Behandlung seiner Beziehungen zum Boden notwendig, da die Eigenart dieser Beziehungen einen nicht auszusondernden, oft allein zur Erklärung bestimmter Erscheinungen heranzuziehenden Bestandteil des historischen Geschehens bilden. Die historisch geopolitische Betrachtungsweise ist also ein Teil der geschichtlichen, wie die Geopolitik ein Teil der Lehre von der werdenden Geschichte der Politik als Kunstlehre oder angewandten Geschichte ist. Die historische Geopolitik hebt sich von der staatlichen und historisch staatlichen Geographie ab durch ihre Auffassung vom Staat, als einer Individualität, die sie in ihrer Abhängigkeit vom Boden erforscht. Ihre Schilderungen sind nicht Beschreibungen von Zuständen, Entwicklungsstufen, statischen Verhältnissen, sondern Verfolgungen ganzer Entwicklungsreihen in ihrer Dynamik, in deren Verlauf sie den Einfluß geographischer Motive aufzeigt. Die Entwicklung politischer Werte in der Vergangenheit wird von ihr dargestellt. Sowohl Geopolitik als auch historische Geopolitik tragen zum Verständnis der Fülle staatlichen Lebens nur bei, da die menschliche Entwicklung nur zu einem Teil durch die Beeinflussung von seiten geographisch wichtiger Verhältnisse bedingt ist. Von seiten der Geschichtswissenschaft sind die für Vertiefung und Erweiterung von historischen Forschungen geeigneten Ansätze in Ratzels politischer Geographie bisher nur wenig weitergebildet worden, daher ist



ein Blick auf die Entwicklungsmöglichkeit der dort gelegten Keime besonders wichtig.

Das politische Leben der Menschen wird getragen von den Staaten, die wegen der häufig beobachteten Art ihrer Entstehung, ihres Wachstums und ihres Zerfalls oft mit Organismen verglichen werden. Bei wachsenden Staaten ist in der Geschichte mit solcher Regelmäßigkeit stetige Gebietsvergrößerung beobachtet worden, daß diese geradezu zum Kriterium für die Gesundheit von Staaten geworden ist. Das Gebiet ist für die historische Geopolitik ein Teil des Wesens der Staaten; seine Veränderungen erscheinen ihr als Verbesserungen oder Verschlechterungen der staatlichen Lebensgrundlagen. Bei Gebietsvergrößerungen stellt sie die Folgen der Teilung des Entwicklungsganges dar, die durch das räumliche Auseinandergehen verursacht ist, sie zeigt, wie weit neu erworbene Landstücke nach ihren geographischen Bedingungen zur Verschmelzung der Räume und zum Verwischen von Eigenheiten innerhalb des größeren Staatsgebiets geeignet waren, um die Entwicklung seines Gesamtgebietes nach Bodenart, Lage und Grenzen zu verstehen. Der Einfluß neu besetzter Gebietsteile auf die mit dem Wachstum sich erweiternden Lebensgrundlagen des Staates werden also untersucht. Neben diese mehr äußerliche Betrachtung der Veränderungen des Bodens als eines Organs der Staaten tritt die Beschreibung der Entwicklung des Staatswillens in seiner Beeinflussung durch geographische Momente[20]). Der Erwerb neuer Gebiete wird dann untersucht nach seiner Wirkung auf das Wesen des erobernden Staats, auf die Veränderung der Wertung des Bodens durch den Staat während seines Wachstums sowie seiner inneren Strukturverhältnisse; denn mit der räumlichen Ausbreitung wächst die Größe der neu ersehnten Gebiete, die politischen Werte entwickeln sich mit der Erweiterung des Horizonts des wertenden Subjekts. Sie bleiben auch innerhalb des Staatsgebiets nicht während aller Entwicklungsstufen die gleichen: durch die Nahrung, welche der Staat aus jedem Neuerwerb zieht, wird ebenso zur Differenzierung wie zur Stärkung seiner Individualität beigetragen. Die Wechselwirkung des Verwachsens räumlich nebeneinander bestehender, kleiner Einheiten zu einem großen geschlossenen Gebiet mit der Zunahme sozialer Abstufung und den durch sie geschaffenen Gegensätzen innerhalb des Staates muß verfolgt werden, also die Überwindung räumlicher Differenzierungen durch den Staatswillen während seines Wachstums und ihrer Umsetzung in größere Reichhaltigkeit seines sozialen Lebens. Die Verwertung und Verarbeitung der von Ratzel so bedeutend eingeschätzten Raumvorstellungen[21]) sind in der historischen Geographie möglich. Als Äusserungen des Raumsinnes, welcher sich bei den Staaten wie jede andere psychische Eigenschaft entwickelt, sind sie zum Verständnis der geopolitischen Entscheidungen in ihrer Vergangenheit unentbehrlich. Die Feststellung der Ausbildung des Raumsinnes muß für jede Stufe möglich sein mit Hilfe der Wertungen von Teilen des Bodens durch die Staaten, welche für

jede Zeit eine einheitliche historische Erkenntnis entweder auf direktem Wege durch Vergleich ihrer Historiker, Urkunden usw. oder auf indirektem durch politische Handlungen, welche Rückschlüsse auf den Grad der Stärke und die Art ihrer Motive erlauben, gewinnen lassen müssen. Seine Entwicklung muß psychologisch verständlich gemacht werden nach den geopolitischen Erfahrungen, die er bis zu jedem Stand seiner Entwicklung in sich aufgenommen hatte, nach den Erlebnissen, welche stählend und fördernd auf seine Ausbildung gewirkt haben, nach den Richtungen, in die er sich mit Erfolg auszuwirken vermochte. Diese historisch-geopolitischen Untersuchungen müssen in die allgemeine Geschichte eines Staates verarbeitet werden und tragen dann neben den anderen in seiner Entwicklung wirksamen Variablen zu seiner historischen Erkenntnis bei; sie haben denselben Erkenntniswert wie jede historisch objektive Forschung, ihre mögliche Objektivität steht in gleicher Linie mit der möglichen historischen Objektivität überhaupt. Dieser individuellen oder speziellen steht eine allgemeine Betrachtung als möglich gegenüber, welche geopolitische Bestrebungen vergangener Staaten mit einander vergleicht und den historischen Gesetzen analoge Gesetzmäßigkeiten feststellt, im allgemeinen den Einfluß von Bodenformen usw. auf die physische, wirtschaftliche, intellektuelle, politische Ausbildung der Staaten prüft. Ratzel glaubt, daß sich bei Staaten in gleicher Entwicklungsstufe und Kulturhöhe dieselbe Art ihrer Beziehungen zum Boden müsse finden lassen; nach ihm gäbe es also bei den verschiedensten Staaten Homologien analog denen, welche Oswald Spengler in seinem „Untergang des Abendlandes" bei den Kulturen zu finden glaubt, also auf „gleichzeitigen" Altersstufen das gleiche Verhältnis der Staaten zu ihrem Boden. Wahrscheinlich wird jedoch eine tiefere Forschung nach dieser Richtung in der Geschichte, die viele schwierige Einzeluntersuchungen fordert, bei Staaten verschiedener Zeiten unter ihrer mannigfachen individuellen Verschiedenheit keinen gemeinsamen Unterton sehen, sondern einen gleichmäßig ausgebildeten Raumsinn und ähnliche Raumvorstellungen bei verschiedenen Staaten desselben Zeitalters finden, das ihnen mit der gemeinsamen Kultur die gleichen Mittel zur Ausnutzung, Beherrschung und zum Erwerb des Bodens gibt. Dieser gleichmäßig ausgebildete Raumsinn wird bei jedem Staate infolge der Verschiedenartigkeit seines Bodens eine individuelle Ausprägung haben, wie sie der „Zeitgeist" in seinen anderen Ausprägungen auch findet.

Die Trennung der Betrachtungsarten des Verhältnisses der Staaten zu ihrem Boden ergibt sich also aus dem Wesen der Geographie, der Geschichte, der Politik und Staatenkunde. Die Erdoberfläche wird in der geographischen Zustandsschilderung, welche für gegenwärtige und vergangene Zeitpunkte möglich ist, in ihrer Beeinflussung wie durch andere Faktoren, so auch durch den Staat, beschrieben. Die Möglichkeit der Annahme eines noch bis in die neueste Zeit behaupteten Dualismus in der Geographie schwindet damit, mutet diese doch an,



wie die Nachwirkung der die Menschen Jahrhunderte lang beherrschenden Doktrin vom Gegensatz zwischen Geistigem und Natürlichem, Seelischem und Westlichem; die Geographie muß in der Erkenntnis, daß vom Menschen gerade durch vorurteilslose Anschauung der Natur die in ihr beanspruchte Ausnahmestellung aufgegeben wurde, ihn und seine Lebensäußerungen, seien es Staaten oder Kulturen, als Erscheinungen ansehen, welche neben anderen die Erdoberfläche in ihrem Zustande mitbestimmen. Ihre Darstellungen bilden die Grundlage für das Verständnis der Geschichte und politischen Strebungen der Staaten, ihre Erkenntnisse sind unabhängig von der Gültigkeit eines Staatsbegriffes, da sie nur die Wirkungen der Staaten beschreibt. Für die rasche Vergänglichkeit staatlich geographischer Forschungen ist vielleicht ein Entgelt die Möglichkeit, mit ihrer Hilfe auf Grund beobachteter Tatsachen zuerst Umbildungen des staatlichen Lebens zu erkennen, welche sich in ganz anderen Richtungen vollziehen können, als wir jetzt ahnen, noch im Banne der vielfach selbstverständlich gewordenen organischen Staatsauffassung stehend. Neben diesen Aufgaben der Geographie muß die Notwendigkeit der Behandlung des Themas: Verhältnis von Staaten zu ihrem Boden innerhalb der Geschichtswissenschaft betont werden. Die Geschichte ist eine Wissenschaft mit Eigenberechtigung, sie lebt um ihrer selbst willen; aber wenn auch Kenntnis des Vergangenen nicht unmittelbar zum Verständnis des Gegenwärtigen und zum Finden des Notwendigen für die Zukunft führt, mittelbar wird sie immer fördern, was Clausewitz von seinen Generälen aus der Beschäftigung mit Büchern wünscht, die Schärfe des Geistes und Klarheit des Blicks. Diese Eigenschaft braucht vor allem der Politiker, dessen Züchtung und Schulung eine der dringendsten Aufgaben jeden Volkes ist, zu deren Lösung auch die Wissenschaften, ohne sich selbst schaden zu dürfen, beitragen müssen. Da die Deutschen sich nach ihrer Anlage dagegen sträuben, dem als wahr Erkannten und als nützlich Erstrebten unbewußt gleichen Erkenntniswert zuzuschreiben, beides miteinander zu vermengen oder aneinander auszurichten, eine Gabe, welche die englischen Geopolitiker bis zur Virtuosität haben ausbilden können, müssen sie klar die Fragestellungen nach verschiedenen Objekten, Zwecken und Werten der Erkenntnis trennen, um bewußt jede in ihrer Eigenart zu behandeln. Die Ursache der Vernachlässigung der Anregungen, welche Ratzel für alle Forschungen über Beziehungen zwischen Staat und Boden gab, ist mit ihrer Einteilung und gegenseitigen Abgrenzung beseitigt; sie ist die so eigenartige, bei Ratzel auch reizvolle, aber eine organische Weiterbildung seiner Erkenntnis schädigende Einbettung von Forschungen, welche mehreren Gebieten angehören, in das durch den Geist des Meisters zusammengehaltene Konglomerat, dessen heterogene Stücke als wertvolle Steine das Fundament für verschiedene, ungleichen Zwecken dienende Gebäude mit eigenen Stilen bilden müssen.

Anmerkungen

13) a. a. O. p. 2 u. p. 7.

14) Über politische Werte vergl. Friedrich Ratzel, Politische Geographie, München 1903, S. 124 ff. Die Tendenz der Geographie, objektive politische Werte festzustellen, ist aus ihrem Wesen verständlich; dieses Streben wird aber immer unfruchtbar bleiben, da die Wertung des Bodens immer abhängig ist von den Staaten, die mit allen ihren Bedingungen, Raum, Lage, Größe und dem durch diese verursachten Bedürfnisse wechseln. Die außerordentliche Wichtigkeit der Vergleichung und Verfolgung längerer oder wiederholter politischer Verwirklichungen gleicher Erdstellen für geopolitische und historisch-geopolitische Erkenntnisse ist damit nicht geleugnet.

15) zit. nach Hölzel a. a. O. S. 379.

16) für die von Kjellèn vorgeschlagene Betrachtung des Staats als Lebensform, welche ihn sowohl als Organismus wie als Gesamtheit verschiedener von ihm ausgehender Lebensäußerungen in sich befaßt, sehe ich keine Möglichkeit einer fruchtbaren Weiterführung über das notwendig in sehr allgemeinen Begriffen gehaltene, von ihm gegebene Beispiel, da sich hier statische und dynamische Betrachtung, ohne einander zu schädigen, nicht vereinigen lassen. Dagegen ist eine Staatenkunde für jede Gegenwart möglich und nutzbringend. Sie beschreibt die Staaten als wirkende Mechanismen, welche alle von einander verschieden sind; ihre Zusammensetzung aus zahlreichen, ineinander greifenden Rädern, wie Wirtschaft, Boden, Volk, Recht, wird dargestellt. Das Wesen dieser Staatenkunde sowie ihre Teilung in einen speziellen und allgemeinen Teil ist ganz analog den dargelegten Verhältnissen bei der staatlichen Geographie, auch die Erkenntnisarten sind dieselben.

17) Die historische Zeit der Geographie reicht bis an die Grenze der letzten palaeogeographisch behandelten Zeit, beginnt also nicht mit der Menschlichkeitsgeschichte. Die Schilderung der Erdoberfläche in allen Phasen nach der letzten, für die Abgrenzung einer erdgeschichtlichen Zeit benutzten Veränderung, gleichgültig ob schnell oder langsam vor sich gegangen, gehört zur Geographie, auch wenn noch keine Menschen vorhanden waren, oder diese in „ihrer“ Prähistorie lebten. Jede erdgeschichtliche Formation oder Periode hat ebenso eine besondere historische Geographie wie eine eigene Geographie überhaupt.

18) Die Diskussion Beschorner-Kretschmer in der historischen Vierteljahrsschrift 1906, S. 6 und 459 ff., über das Verhältnis von Anthropogeographie und historischer Geographie konnte zu keinem Ergebnis führen, weil sie auf der Voraussetzung ruht, daß diese Begriffe notwendig im Verhältnis von Ober- und Unterordnung zueinander stehen müssen, während sie sich doch auch kreuzen können. Wenn die Anthropogeographie sowohl den Menschen der Gegenwart als auch jenen der Vergangenheit zu betrachten hat, so ist sie der historischen Geographie untergeordnet, sofern innerhalb der Beschreibung eines historischen Zustandes der Erdoberfläche die Betrachtung des Menschen nur ein Faktor für die bei geographischen Darstellungen zu vollziehende Synthese ist, übergeordnet dagegen ist sie jener, sofern nur ein Teil, ein historischer Zustand der Geschichte des Menschen in jedem Querschnitt, den die historische Geographie einschneidet, behandelt ist. Die Wissenschaft vom Menschen ist jedoch die Anthropologie; in ihr ist der Einfluß, welchen die Erdoberfläche auf seine Entwicklung und Schicksale ausgeübt

hat, neben anderen seine Geschichte bildenden Faktoren, wie soziale Struktur, Anlagen oder psychologische Momente darzustellen. Für die Betrachtung der Beziehungen der Menschen zur Erdoberfläche sind die Behandlungsarten analog den Unterscheidungen staatliche Geographie und geographische Politik, zu trennen nach Anthropogeographie mit historischer Anthropogeographie einerseits und geographischer Anthropologie andrerseits.

19) Kleinere Schriften, herausgegeben von Hans Helmolt, München 1906, II. Bd., S. 311.

20) Für die Schweiz, welche als Staat hauptsächlich durch einheitliche geographische Elemente zusammengehalten wird, worauf Ratzel schon hinweist, hat Aloys Schulte in seiner „Geschichte des mittelalterlichen Handels und Verkehrs zwischen Westdeutschland und Italien", Leipzig, I. Bd., S. 230 die Bedeutung des Gotthard-Passes bei ihrer Entstehung verfolgt, allerdings mit ihm von Below vorgeworfener einseitiger Übertreibung, die aber das Verdienst, auf diese der Geschichtswissenschaft angehörigen Probleme hingewiesen und sie zuerst als Historiker behandelt zu haben, nicht herabsetzt. Zur Literatur vgl. Ratzels Kleine Schriften, II. Bd., 1906, S. 325.

21) Während die Kunstwissenschaft die Verhältnisse vergangener Zeiten, z. B. der Renaissance und Barockzeit zum Raum und die aus diesen sich ergebenden Arten der Raumgestaltung schon zu festen Begriffen durchgearbeitet hat, sind von der Geschichtswissenschaft die vom Geographen Ratzel gegebenen Anregungen noch nicht aufgenommen worden. Ein weites brach liegendes Gebiet mit wahrscheinlich fruchtbarem, über sicher nicht leichtem Boden harrt hier noch der Bearbeitung.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ (HAMBURG)

Bevölkerungsbewegung (Fortsetzung)

Jahre	Absolute Zahlen in vollen Tausenden				Auf 1000 Einwohner				Zahlen in vollen Tausenden
	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Geburten-überschuß	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbene unter 1 Jahr auf 100 Lebendgeborene	
II. Nord-Amerika.									
1920[29])	59	167	78	89	6,9	19,3	9,0	10,0	1. KANADA. Gesamtbevölkerung am 1. 6. 1921: 8788.
1921[29])	51	169	68	101	5,8	19,2	7,7	8,8	
1913	17	79	36	43	8,1	37,7	13,3	—	2. PROVINZ QUEBEC. Gesamtbevölkerung am 1. 6. 1921: 2361.
1918	13	35	49	36	5,7	37,0	41,4	—	
1921	15	7	3	4	5,8	27,7	13,3	—	3. NEUFUNDLAND UND LABRADOR. Gesamtbevölkerung im Jahre 1921: 263.
1915	—	776	437	340	—	25,1	14,1	10,0	4. VEREINIGTE STAATEN. Gesamtbevölkerung am 1. 1. 1920: 105711. Die übrigen Zahlen beziehen sich auf die „Birth Registration Area.“ 30)
1918	—	1364	997	367	—	24,6	18,3	10,1	
1919	—	1373	798	575	—	22,3	13,0	8,7	
1920 überh.	—	1509	836	673	—	22,3	13,1	8,6	
Negerbv	—	104	72	31	—	22,7	18,4	13,2	
III. Mittel- und Süd-Amerika.									
									1. JAMAICA. Gesamtbevölkerung am 25. 4. 1921: 858.
1921	13	18[31])	10[32])	8	5,7	40,8	22,4	22,5	2. COSTARICA: Geschätzte Bevölkerung am 31. 12. 1921: 477.
1913	5	78[32])	39[32])	39	2,4	38,3	19,1	—	3. GUATEMALA. Gesamtbevölkerung am 28. 8. 1921: 2005.
1918	4	77	66	11	1,9	35,1	30,9	13,0	
1921	5	83[33])	34	50	2,3[34])	41,6[34])	16,9[34])	11,6	
									4. SALVADOR. Geschärzte Bevölkerung am 31. 12. 1921: 1526.
1913	10	77	53	24	4,2	32,0	22,1	—	5. VENEZUELA. Gesamtbevölkerung am 1. 1. 1920: 2412.
1918	13	76	68	8	5,3	31,5	28,2	—	
1919	17	83	62	21	7,1	34,5	25,7	—	
1922	7	76	56	20	—	—	—	16,1	

Jahre	Absolute Zahlen in vollen Tausenden				Auf 1000 Einwohner				Zahlen in vollen Tausenden
	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Geburtenüberschuß	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbene unter 1 Jahr auf 100 Lebendgeborene	
1910	54	485	504	19	3,6	32,0	32,2	29,6	6. MEXIKO. Gesamtbevölkerung am 30. 9. 1921: 13887.[5])
1913	54	286	122	164	7,2	38,2	16,3	—	7 ARGENTINIEN. Gesamtbevölkerung am 1. 6. 1914: 7885.
1918	47	257	142	115	5,6	30,8	17,2	13,5	
1921	57	271	129	142	6,5	30,8	14,7	11,1	
1913	21	141	107	33	6,2	40,8	31,1	28,6	8. CHILE. Gesamtbevölkerung am 21. 12. 1920: 3754.
1918	22	146	109	37	5,9	40,1	29,9	25,5	
1922	25	147	109	38	6,5	38,4	28,9	24,0	
1913	27	128	69	59	—	—	—	—	9. BRASILIEN. Staat São Paulo. Gesamtbevölkerung am 1. 9. 1920: 4592.
1919	27	143	82	61	5,8	13,1	17,8	—	
1913	7	40	15	25	5,9	32,2	12,3	9,3	10. URUGUAY. Geschätzte Bevölkerung Ende 1921: 1528
1918	7	39	20	19	4,8	27,2	14,0	11,0	
1922	8	40	16	24	4,9	25,7	10,5	9,4	

IV. Asien.

Jahre	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Geburtenüberschuß	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbene unter 1 Jahr auf 100 Lebendgeborene	Zahlen in vollen Tausenden
1913	—	9383	6845	2538	—	39,4	28,7	—	1. BRITISCH-INDIEN. Gesamtbevölkerung am 18. 3. 1921: 318942.[35])
1918	—	8431	14896	—6465	—	35,3	62,5	26,7	
1921	—	7728	7344	384	—	31,4	29,9	19,7	
1921	23[36])	184	141	43	—	40,7	31,2	—	2. CEYLON. Gesamtbevölkerung am 18. 3. 1921: 4505.
1920	—	26	29	— 3	—	29.4	33,0	—	3. STRAITS SETTLEMENTS. Gesamtbevölkerung am 24. 4. 1921: 884.
1920	41	147	119	28	11,2	40,1	32,5	—	4. FORMOSA. Gesamtbevölkerung am 1. 10. 1920: 3655.
1921	7	24	14	10	7,8	26,5	15,2	—	5. KWANTUNG (Jap.): Gesamtbevölkerung am 1. 10. 1920: 687.
1913	133	460	278	162	8,6	29,7	18,0	—	6. KOREA. Gesamtbevölkerung am 1. 10. 1920: 17264.
1920	142	477	404	73	8,2	27,6	23,4	—	
1913	431	1757	1027	730	8,2	33,2	19,4	15,0	7. JAPAN. Gesamtbevölkerung am 1. 10. 1920: 55963.
1918	501	1792	1493	299	9,0	32,2	26,8	18,9	
1919	480	1779	1282	497	8,6	31,6	22,8	17,5	
1921	519	1991	1289	702	9,1	35,1	22,7	16,8	

Jahre	Absolute Zahlen in vollen Tausenden				Auf 1000 Einwohner				Zahlen in vollen Tausenden
	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Geburtenüberschuß	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbene unter 1 Jahr auf 100 Lebendgeborene	

V. Afrika.

Jahre	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Geburtenüberschuß	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbene unter 1 Jahr auf 100 Lebendgeborene	Zahlen in vollen Tausenden
1913	37	156	96	59	6,6	27,7	17,2	—	1. ALGERIEN. Gesamtbevölkerung am 6. 3. 1921: 5806.
1913	—	41	24	17	—	20,9	12,3	—	2. TUNIS. Gesamtbevölkerung am 6. 3. 1921: 2094.[37])
1918	—	40	41	— 1	—	19,5	20,0	—	
1921	—	47	34	14	—	22,8	16,0	—	
1913	—	507	309	198	—	41,8	25,5	—	3. ÄGYPTEN. Gesamtbevölkerung am 7. 3. 1917: 12718.
1918	—	503	512	— 9	—	39,0	39,7	12.8	
1921	—	559	334	224	—	41,7	25,0	14,0	
1913*	12	42	14	28	9,1	31,7	10,3	9,1	4. SÜDAFRIKANISCHE UNION.
1913**	24	102	64	38	3,8	16,5	10,4	—	
1918*	12	42	25	17	8,2	28,6	17,2	8,2	* Europäische Bevölkerung am 3. 5. 1921: 1519.
1918**	24	119	143	— 24	3,5	17,6	21,1	—	
1921*	13	43	16	27	8,3	28,3	10,4	7,7	** Gesamtbevölkerung am 3. 5. 1921: 6929.[38])
1921** 5)	26	107	71	35	3,8	15,3	10,3	—	

VI. Ozeanien.

Jahre	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Geburtenüberschuß	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbene unter 1 Jahr auf 100 Lebendgeborene	Zahlen in vollen Tausenden
1913	42	136	52	84	8,7	28,3	10,8	7,2	1. AUSTRALIEN. Gesamtbevölkerung am 4. 4. 1921: 5436.[39])
1918	33	126	50	75	6,6	25,2	10,0	5,9	
1922	45	137	51	86	8,0	24,7	9,2	5,3	
1913	9	28	10	18	8,3	26,1	9,5	5,9	2. NEUSEELAND. Gesamtbevölkerung am 17. 4. 1921: 1219.[40])
1918	6	26	16	9	5,7	23,4	14,8	4,8	
1919	10	24	11	14	8,3	21,4	9,5	4,5	
1922	10	29	11	18	7,6	22,9	8,8	4,2	

Anmerkungen.

[Alle Zahlenangaben in Tausenden.]

[5]) Vorläufige Zahlen.

[29]) Ohne die Provinz Quebec.

[30]) Mittlere Bevölkerung im Jahre 1915: 30936 (= 31 % der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten), 1916; 32 789 (= 32,5 %), 1917: 54 771 (= 53,6 %), 1918: 55 515 (= 53,6 %), 1919: 61 483 (= 58,6 %) und 1920: 63 659 (= 59,8 %). Das Geburtenregistrierungsgebiet umfaßt folgende Staaten: seit 1915 Connecticut, Maine, Massachusetts, Michigan, Minnesota, New Hampshire, New York, Pennsylvanien, Rhode Island (1919 und 1920 nicht enthalten), Vermont, Distrikt Columbia, seit 1919 Maryland, seit 1917 Indiana, Kansas, Kentucky, Nord Carolina, Ohio, Utah, Virginien, Washington, Wisconsin, seit 1919 Kalifornien, Oregan, Süd-Carolina, seit 1920 Nebraska, seit 1921 Delaware, Mississippi und New Jersey.

[31]) Davon 24,4 % unehelich.

[32]) Einschließlich Totgeburten.

[33]) Davon 49,1 % unehelich.

[34]) Die Unterschiede gegen das Vorjahr sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Volkszählung von 1921 2004 Einwohner ergab, während die berechnete Bevölkerung Ende 1920 2184 betrug.

[35]) Die Registrierung von Geburten und Sterbefällen erstreckt sich nur auf die britischen „Provinzen“ (Bevölk. im Jahre 1921 247 003), und zwar umfaßte dieselbe im Jahre 1919 unter Zugrundelegung der Volkszählung von 1911 ein Gebiet mit 238 482 (bei insgesamt 244 268) Einwohnern.

[36]) Ohne mohammedanische Ehen.

[37]) Die Angaben hinsichtlich der Bewegung der Bevölkerung sind unvollständig.

[38]) Die Angaben hinsichtlich der Eingeborenenbevölkerung sind sehr unvollständig, bezüglich des Oranje-Freistaates umfassen die Angaben (auch bei Eheschließungen) überhaupt nur die europäische Bevölkerung.

[39]) Ohne die Eingeborenenbevölkerung (1921 rund 60).

[40]) Ohne die Maori-Bevölkerung (1921: 52).

F. HESSE:
BERICHTERSTATTUNG AUS DEM ORIENT

Die Verwickelung der europäischen Mächte in die orientalischen Angelegenheiten, welche mit eine der Ursachen des Weltkrieges gewesen ist, hat mit der Ratifizierung des Vertrages von Lausanne durch die französische Kammer am 26. August 1924, nachdem diejenige Englands bereits früher erfolgt war, ihre vorläufige Regelung gefunden. Die Weltpolitik wird hier nach wie vor von den Großmächten England, Frankreich, Amerika und Rußland bestimmt, während die Unterzeichner der Verträge von Versailles und Trianon allen Einfluß auf die Ereignisse verloren, dafür aber um so mehr unter den hier sich abspielenden interalliierten Kompromissen und Übereinkommen zu leiden haben. Der Orient selbst scheint eine Wiedergeburt seiner Staats- und Volksideen zu erleben, die allerdings durch das allgemeine wirtschaftliche Elend und den Zwang, die Kriegsfolgen zu liquidieren, stark in ihrer Entwicklung beeinträchtigt wird.

Am schärfsten zeigt die neue, unter dem Einfluß französischer Gedankengänge zu einer Republik gewordenen Türkei noch die Spuren des Kampfes. Gewiß kann sie die Erhaltung ihrer Selbständigkeit gegenüber den englischen Versuchen, sie zu einem Mandatsstaat kleinsten Wertes zu machen, mit Recht als einen Gewinn buchen. Aber der Nationalitätenkampf, welcher mit dem Aufstand der Armenier im Kriege begann, und mit der fast völligen Niedermetzelung der Griechen in den eigentlichen Kampfgebieten endete, hat der Türkei einen nicht unbeträchtlichen Verlust an Menschen gebracht. Man schätzt, daß von den 14 Millionen Einwohnern, welche die heutigen Provinzen des Reiches vor dem Kriege bewohnt haben, nur noch 8 Mill. im Lande wohnen, während etwa eine Million ausgewandert und geflohen, das übrige Hungers gestorben oder von einer der beiden kriegführenden Parteien erschlagen worden ist. Erst unter diesem Gesichtspunkte gewinnen die Bestimmungen des Vertrages von Lausanne ihre Bedeutung, welche sich auf den Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei beziehen. Es sollen hiernach der Rest von etwa 500000 in Kleinasien wohnenden Griechen gegen die moslemitischen Bewohner Thraziens und Mazedoniens in Kopfstärke von etwa 300000 ausgetauscht worden sein. Da jedoch über diese Zahl hinaus die griechischen Bewohner Konstantinopels, samt ihrem geistlichen Oberhaupt, dem ökumenischen Patriarchen, ausgewiesen werden sollen — eine Maßregel, welche die Turanisierung der Hauptstadt bewirken würde — ist vorläufig noch kein Ende dieses Rassenkampfes abzusehen. Die Folgen sind natürlich eine weitere Verwüstung der Schwarzmeergegenden, Cyliciens und der Umgegend Smyrnas, da die mittellos eintreffenden Muhammedaner Thraziens und Mazedoniens nicht im Stande sind, die Kulturen der Griechen (Obst-, Mandel- und Nußplantagen) fortzuführen. Bei der Verarmung des Staates, welcher vorläufig noch immer Papierwährung, wenn auch eine relativ stabile hat, ist dies einer weiteren Verschleppung der Wirtschaftskrise und einer Verschärfung der Finanzkrise gleichzusetzen. Man kann es also den Türken nicht verdenken, wenn sie sich gegen eine Anerkennung der Vorkriegsschulden in Gold sträuben. Daß im übrigen der Versuch gemacht wird, durch Vergebung von Konzessionen fremdes Kapital an Stelle

des fehlenden eigenen in das Land zu ziehen, ist danach verständlich, wenn es auch die Aussichten solcher Geldgeber nicht gerade rosig gestaltet. Der Rücktritt des Kriegskabinetts Ismet Paschas, den Mustapha Kemal persönlich zu verhindern suchte, und dessen Ersetzung durch ein Kabinett Fethi, sind zweifellos auch auf diese Fragen zurückzuführen. Eine Verständigung mit der Geistlichkeit, vor allem dem Führer der Derwische in Konia, scheint in der Linie der Wahrscheinlichkeit zu liegen. Von innerer wie äußerer Festigung ist die Türkei also noch weit entfernt, und trotz nationalen Willens und völkischer Einheitlichkeit scheint sie wieder zu einer „orientalischen" Macht zu werden.

Parallel mit dieser Entwicklung gehen die Erfolge der nationalen Regierungen in Arabien und Persien, wenn auch ihre Unterstützung zweifelsfrei nicht wie in Angora durch die Franzosen, sondern durch die Engländer erfolgte, wobei diesen ihr Mandat in Palästina und im Irâk als Operationsbasis diente. Abdul Aziz es Saud, der siegreiche Führer der Wahabiten, hat nach der Eroberung Mekkas weitere Erfolge erringen können und ist bis in die Nähe von Djeddah, dem Hafen Mekkas, vorgedrungen. Seine Plänen scheinen in ihrem neuesten Stadium den Engländern nicht zu passen, sodaß sie neuerdings energisch Ali, den Sohn des abgedankten Königs Hüssein vom Hedjas unterstützen. Die seit November 1923 (!) gesperrten Subsidien sollen angeblich wieder gezahlt werden. Im Mandat Syrien ist es dem König des Hedjas gestattet worden, einheimische, aber von den Engländern bewaffnete Truppen zu werben, um sich so auf den kommenden Feldzug des Frühjahres besser vorzubereiten. Man scheut sich jedoch, es zu einer offenen Verfeindung mit dem Wahabitenführer, der ja auch ein König von Englands Gnaden gewesen ist, kommen zu lassen, und will wohl nur ein geschwächtes Hedjas entstehen lassen. Zu diesem Zweck schickt man den einst verbannten Ministerpräsidenten Seyid Talib, den ein Engländer einst den „genialsten" unter den arabischen Politikern nannte, nach Mekka, um die Parteien zu versöhnen. Zweifelhaft ist jedoch, ob sich Ibn Saud ohne weiteres fügen wird, da er jetzt der mächtigste und unabhängigste unter den arabischen Kleinkönigen ist. Die angebliche „Verweltlichung" der neuesten Lehren der Wahabiten und die damit verbundene „Akhwan"-(Brüder-)Propaganda erscheinen als außerordentlich bedenklich für seine Nachbarn. Zum anderen aber ist eine Macht, welche die geringe, aber gefährliche Zahl der Beduinen (angeblich nur 1700000 Menschen) Innerarabiens im Zaume hält, für die Engländer so wertvoll, daß man Ausnahmefälle, wie die Kämpfe vom Ende Dezember bei Nasirieh an der Grenze Mesopotamiens, ihm gerne nachsehen wird, wenn nur der Grundsatz der Freundschaft mit den Engländern (aber nicht etwa mit den angrenzenden arabischen Staaten!) gewahrt werden kann.

Ein Versuch zwischen den sunnitischen Stämmen von Assir, mit ihrem Scheich Seyid Idris — der seit der Einnahme Mekkas mit Ibn Saud verfeindet ist —, und Parteigängern vom Imâm Yahya, dem schiitischen Imâm vom Jemen, eine endgültige Regelung in der Frage des Küstenbesitzes zu schaffen, mißglückte, sodaß Hodeida wieder in die Hände der Jemeniten fiel. Die Küste des Roten Meeres unterhalb Djeddahs ist also immer noch nicht in den Händen der Stämme von Assir, wie es die englischen Kartenskizzen und merkwürdigerweise auch die deutschen Karten zeigen! Daß die Engländer sich mit der Selbständigkeit der Jemeniten nicht zufriedenzugeben geneigt sind, scheinen gewisse Andeutungen über die Tätigkeit Mr. Philby's in Aden und gewisse Vorfälle mit Araberregimentern daselbst anzudeuten.

Gewährt so Arabien nicht die Aussicht, in Kürze zu ruhigeren Zeiten zu kommen, weil eben bei der mannigfachen völkischen Struktur des Landes noch allzuviele Fragen zu regeln

sind, so scheint sich in Persien eine um so sicherere Lage zu entwickeln. Der patriotische und kluge Ministerpräsident, Minister des Inneren und Kriegsminister Riza Khan, dessen republikanische Propaganda im Sommer des Jahres 1924 an dem energischen Widerstand der allmächtigen schiitischen Geistlichkeit gescheitert war, hat sich auf einer Pilgerfahrt nach Kerbela und Nedjef mit den Oberhäuptern der Kirche ausgesöhnt. Nach der Besiegung verschiedener kleinerer Stämme und der Unterdrückung kleinerer Versuche (offenbar von Russen angestiftet) seiner untergebenen Truppenführer zu meutern, hatte er fast ganz Persien wieder in seine Hand gebracht, als der Scheich von Mohammerah, in dessen Hinterland die Ölquellen von Meidan-i-Naftun liegen, erklärte, er wolle wohl einem König, nicht aber einer persischen Republik untertan sein. Der glänzende Aufmarsch seiner Armee gegen den Scheich Khasal endete jedoch — durch ein Eingreifen des britischen Gesandten in Teheran, welcher Riza Khan die Unterwerfung des englischen Schützlings besorgte. Der Sieger wurde auf dem Wege nach Teheran und später in Meshed von der jubelnden Bevölkerung mit „königlichen" Ehren empfangen . . . England hat hier wieder einmal durch das Aufgeben einer kleinen Figur eine große gewonnen — was auch an dem merkwürdig veränderten Ton der britischen Presse gegen Persien zu spüren ist — und schlägt zugleich die Amerikaner mit ihrer wohl nun demnächst endgültig demissionierenden Finanzkommission aus dem Felde. Wie wichtig ein Persien unter britischem Einfluß ist, ergibt sich aus der bekannt gewordenen Neueinteilung des ehemaligen Turkestan durch die Bolschewisten in die autonomen Provinzen und Republiken der Turkmenen, Uzbegen, Kirgizen, Karakirgizen und Tadjiken, welche ausdrücklich zu dem Zweck geschaffen worden sind, um Minderheiten jenseits der Grenzen „anzuziehen". Das erklärt die neuerliche Freundschaft zwischen Afghanistan und England, welche sich in der Lieferung eines Flugzeuggeschwaders und der Verbeugung des Vizekönigs vor den Afghanen anläßlich der Eröffnung des Staatsrates in Delhi ausspricht.

Ob das wiedererstarkende Persien nicht eine verdächtige Anziehungskraft auf das ja auch zu einem guten Drittel schiitische Mesopotamien ausüben wird, bleibt abzuwarten. Hier im Irâk scheint sich die Stellung der Engländer dank ihrer energischen Maßnahmen und ihrer klugen, den Interessen der eitlen Baghdader schmeichelnden Versöhnungspolitik (siehe Zurückberufung Tahglibs!) bedeutend gebessert, insbesondere da auch Emir Feissel eingesehen haben dürfte, daß man gegen den Willen der Engländer nicht arabischer König bleibt. Vor allem haben sie es mit großem Geschick verstanden, die öffentliche Meinung des gesamten Landes in der Mossulfrage auf ihre Seite zu ziehen. Ganz Irâk — mit Einschluß Mossuls — ist für das Verbleiben dieses Gebietes bei Mesopotamien. Und zwar nicht aus „petroleumhaltigen" Gründen, sondern weil strategisch der Besitz Mossuls für Mesopotamien eine absolute Notwendigkeit ist, und Mossul weil es wirtschaftlich für den Absatz seiner Produkte auf Mesopotamien angewiesen ist. Nach dem Anteil der Bevölkerungen könnte es ebensogut zu Syrien, wie zu Kurdistan, wie zu Mesopotamien gehören. Wünschenswert wäre also die politisch gerechteste Schaffung eines selbständigen Pufferstaates bei diesen Bevölkerungsverhältnissen nicht. Als eine Spiegelfechterei muß man dagegen die von den Engländern in den Vordergrund geschobene Frage der Minoritäten betrachten, welche sich auf Jeziden, Nestorianer, Jacobiten usw. bezieht. Seit wann haben Minder[illegible]ten von insgesamt 30—40000 Menschen das Recht, über das Schicksal von 5—700000 zu entscheiden? Eine gefährliche Irreführung der öffentlichen Meinung ist es, wenn man glaubt, daß es sich in der Mossulfrage um Petroleuminteressen handele. Gewiß gibt es bei Mossul — nach Urmia zu — erst neuerdings bekannt gewordene Fundstellen, aber die wichtigsten Quellen bei Gajara liegen gänzlich außerhalb des strittigen Gebiets.

Auf sie haben die Türken bereits im Frühjahr des Jahres 1924 ausdrücklich verzichtet! Wie allerdings die soeben in Bagdad eingetroffene Völkerbundskommission diese Frage entscheiden wird, ist nicht vorauszusagen.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen stehen endlich auch einige wenig beachtete Verwaltungsänderungen im britischen Mandat Palästina, wo man der allzu offensichtlichen Protektion der Zionisten durch Sir Herbert Samuel ein Ende machte und nach Kerák Col. Cox schickte, und die Ersetzung des Generals Weygand in Syrien durch General Sarail, was in beiden Stellen eine energischere Politik der Mandatare bedeutet. In Palästina, um die arabischen Pläne des Araberbüros zu fördern und mit Transjoradanien wieder endgültig zu einem friedlichen Verhältnis zu kommen (die Hauptdifferenzen waren in der Begünstigung der Juden und der Benachteiligung der Araber zu suchen), in Syrien, um durch geschickte Verwaltungsmaßnahmen, wie die Zusammenlegung der „Staaten" Aleppo und Damaskus, die reichlich verstimmten Syrer zu versöhnen. Charakteristischerweise sagte man aber dem General bei seiner Ankunft nach, daß er Alexandrette — das durch den Franklin Bouillon-Vertrag gänzlich von seinem Hinterland abgeschnitten ist — den Türken abtreten würde. Im Zusammenhang mit Arabien und der Mossulfrage ergibt sich daraus eine merkwürdige Rivalität der Großmächte in Angora, welche ihre Mandate eben doch nicht ganz so uneigennützig auszuüben scheinen, wie es der Text des Auftrages verlangt.

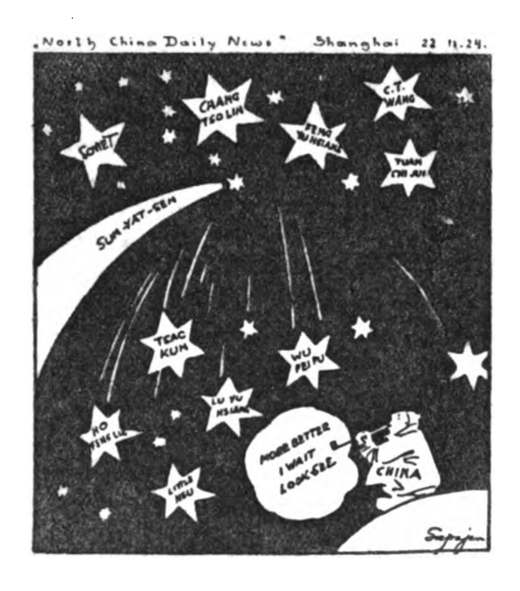
Ganz ohne jeden Einfluß sind zunächst die Ereignisse in Ägypten und dem Sudan auf die allgemeine Lage im Orient geblieben. Trotz feurigster Proteste waren die orientalischen Staaten gezwungen, auch ihrerseits diese Fragen als eine innerenglische Angelegenheit zu betrachten. Der Sudan wird also von jetzt ab ausschließlich englischen Interessen dienen und unabhängig von Ägypten verwaltet werden. Wie sich die Ägyptisierung der Verwaltung, in welche die Engländer zur „Beruhigung" der Ägypter einwilligten, auswirkt, zeigt der neueste Bericht, wonach von cca. 1900 fremden Beamten über 1000 den ägyptischen Staatsdienst quittieren. Das heißt, daß beinahe der gesamte Beamtenstab der Eisenbahnen, der Post und des Telegraphen, sowie die Steuerkontrollbeamten das Land verlassen werden! Die Ägypter werden ihr Gold für andere Zwecke gebrauchen als zur Unterstützung ihrer Glaubensgenossen.

Trotz der teilweisen Erstarkung der nationalen Mächte kann man also schlechterdings weder von einer Schwächung der englischen Stellung, noch etwa von einer panislamitischen Bewegung sprechen; denn trotz der hin und her gehenden Gesandtschaften und Intriguen denkt keine der Mächte daran, sich mit den anderen zu verbünden. Die religiösen, wirtschaftlichen und politischen Gegensätze sind, wie es gerade jetzt die Beispiele von Mossul und Alexandrette, sowie die Vertagung der allislamischen Konferenz in Kairo auf das Jahr 1926 zeigen, viel zu groß. Allerdings kann man davon sprechen, daß die Abneigung gegen die Europäer eine allgemeine und wachsende ist, wenn auch Klügere einsehen, daß man ohne die Waffen der europäischen Zivilisation und ihre technischen Kenntnisse sich nicht selbständig machen kann. So wie die Dinge aber liegen, beruht das System in Vorderasien auf einer Art von den Engländern geschaffenen Gleichgewichtes zwischen den einzelnen Staaten, das liebevoll teilweise von Franzosen, teilweise aber auch von Italienern und Amerikanern zu stören versucht wird. Auf der Abwehr dieser Versuche beruht ein Teil der englischen Weltpolitik, die eindeutig und klar dem Schutze Indiens und dem Kampf gegen Rußland — was beinahe dasselbe ist — dient. Militärische Fragen sind hierbei nicht entscheidend, wie die folgende Aufstellung der geschätzten Friedensstärken der Heere im Orient zeigt:

Türkei	45 000 Mann	Persien	27 000 Mann	Hedjas	7 000 Mann
Irâk	30 000 „	Nedjd	25 000 „	Transjordanien	5 000 „
Palästina . . .	8 000 „	Syrien	12 000 „	Afghanistan . .	12 000 „

Dafür bedeutet hier umsomehr die Kunst der Intrigue und die Fähigkeit, durch ein geschicktes Programm „wirtschaftliche" Interessen zu verhüllen!

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT



Steigende, stetige und fallende Sterne im Fernen Osten geben in der Spott-Zeichnung von Sapajou (North China Daily News 1924, Shanghai) als Kopfleiste einen richtigen Auftakt zu dem 2. geopolitischen Bericht 1925 aus der indo-pazifischen Welt. Die Entwirrung der Lage in China beherrscht das Bild, vor allem das geopolitisch entscheidende Abringen zwischen einer zentralistischen Lösung und einer föderalistischen. Die zum Teil durch Korruption (Tsao Kun), zum Teil durch einseitige Nur-Soldateneinstellung (Wu Pei Fu) zu Fall gekommenen Sterne einer zentralistischen Welle beweisen noch nichts für den endgültigen Sturz der politischen Lösung, für die sie standen: denn auch Tuan Chi Jui ist nach seiner ganzen Vergangenheit (gut zusammengetragen von Sokolosky, im Trans-Pacific Tokyo 6. 12. 1924) Zentralist aus der Gedankenwelt von Yuan Shi Kai und seiner Anschauung von der nationalen Pei Yang-Armee als Klammer des Reichs hervorgegangen. Das augenblickliche Triumvirat mit dem Zentralisten (rechts), dem Föderalisten (links) hat Feng Yu Hsiang entmachtet in die Mitte genommen. Die Anziehungskraft des Sowjetsterns, ganz links, wie des unsteten Irrsterns Sun Yat Sen in ihrer kombinierten Wirkung ist gut zur Anschauung gebracht, und die japanische „Sonne" weiß man ohnehin mit ihrer finanziellen, politischen und wirtschaftlichen Strahlung hinter der Szene. So spricht das ausgezeichnet erdachte Spottbild für den Wissenden Bände ernster politischer Information, und ist nachdenkender Betrachtung wert.

Die beste zusammenfassende Erläuterung dazu fand sich am 1. 1. 1925 in dem China Express and Telegraph „The Far East in 1924" in dem wohl übersichtlichsten Rückblick über den

fernen Osten. Wir aber haben die Pflicht, die in die Zukunft führenden, geopolitisch beleg-baren Linien aus ihm zu verfolgen. Hier ist mit Recht als die einzige ganz weitausschauende das Streben und der Fortschritt der Sowjet-politik betont, nicht, wie dort gesagt ist, China zu bolschewisieren, wohl aber richtunggebenden Einfluß bei der künftigen Verwertung seines natürlichen politischen Gewichts zu gewinnen. Zuzugeben ist, daß die weitesten Kreise in China der Wirren müde sind, unter denen Handel und Wandel wie Kredit, namentlich auch das Eisenbahnwesen (Einnahmen, Fahrpark, Unterbau) entsetzlich leiden; aber die gleiche politische Bewegungsmüdigkeit findet sich auch in den nicht emigrierten bürgerlichen Schichten Rußlands, in weiten Kreisen Mitteleuropas und Indiens, und dennoch werden sie — vgl. Zuspitzung der Zustände in Bengalen (z. B. Times of India, 20. 12. 24) — den Antrieben gewaltsamer Minderheiten nicht entrinnen können. So blickt China auf ein schwarzes Jahr zurück und ist noch weit entfernt von dem Wunsche Tang Shao Yi's: „Das Volk und nicht die Klüngel-Führer der Parteien sollten das Schicksal der Volkheit bestimmen."

Diesem Ziel ist J a p a n, das Nachbarreich auf seinen Inseln, im Jahre 1924 tatsächlich erheblich näher gekommen. Aber gleichläufig mit dieser Entwicklung haben sich auch Mächte von unten her stärker und stärker zur Geltung gebracht und die Neigung gefördert, durch die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle männlichen Wähler über 25 Jahre und durch Zulassung der Frauen zum staatlichen Leben die mittragenden Schichten des Staatsbaus zu verbreitern, also dem evolutionären Weg des Inselreiches treu zu bleiben. Die Verbitterung gegen die transpazifischen Mächte hat sich wie in China vertieft und zu Abschlüssen mit großen Kosten mit dem kontinentalen Nachbarn geführt. Abschreibungen größten Stils sind an der Ausdehnungspolitik vorgenommen worden; die Kaufkraft und Ausfuhrkraft hat schwer gelitten; Sparsamkeit wurde Trumpf; Luxussteuern wurden eingeführt — und über dem starken Angreifen der Reserven geriet die Stellung des Yen ins Wanken und das Gespenst eines Zahlungsmittelsturzes erschien am Sehkreis.

Auf der Gesamtlinie einer asiatischen Konzentrationspolitik lag auch die Betonung des siamesischen Fürstenbesuchs, und die in der ostasiatischen Presse gezeigten Bilder der Besucher in japanischer Tracht zeigen dem, der anthropogeographisch sehen kann, welche verwandtschaftlichen Beziehungen tatsächlich rassemäßig zwischen den Randmächten Süd-Ostasiens bestehen und Brücken geopolitisch von Japan nach S i a m schlagen.

Die großen fremden Wachstumspitzen Süd-Ostasiens H o n g k o n g und S i n g a p u r mit dem Hintergrund der Straits erfreuen sich großer wirtschaftsgeographischer Blüte. „Rubber" und Zinn haben angezogen; die relative Sicherheit beider geschützten Stellen gegenüber dem sonst umdüsterten Umland wirkt anreizend auf Zufluß und Zuzug von Kapital und Wirtschaftskraft.

Beachtung verdient die geopolitische Wirkung scheinbar rein wirtschaftlich aufzufassender Streiks der Seefahrer- und Hafenarbeiterverbände in A u s t r a l i e n und die schroffe Kampfstellung, die sich bei ihrer Auswirkung schnell zu den Verbänden ehemaliger Soldaten ergeben hat. Die Gefährdung des Zusammenwirkens der noch immer nicht ausreichend binnenländisch verbundenen Commonwealth-Staaten durch solche Stauung der Küstenverkehrsadern, die eilige Reise des leitenden Ministers von Tasmanien nach Melbourne, das Wachwerden von Befürchtungen im Neu-Seeland zeigen, wie sehr man sich — unter dem Druck der gespannteren pazifischen Lage — der Gefahr solcher Bewegungen für Lebensnotwendigkeiten der Staatsstruktur bewußt geworden ist, vor der man bisher in Australien die Augen zu verschließen geneigt war.

Die Wiederbelebung des S i n g a p u r - B e f e s t i g u n g s p l a n e s zur Schaffung eines großen

Flottenstützpunktes wurde „just as expected“ (wie es in der Kolonialpresse hieß) mit unverhehlter Befriedigung begrüßt, aus geopolitischen Notwendigkeiten des Weltreiches heraus, wenn es sich nicht selbst aufgeben wollte. Wir erwähnen auch diesen Beleg nur, weil uns bei der Vorhersage darüber vor einem Jahr ein Vorwurf gemacht worden war, wir wären mit der eingehenden Beachtung der Verhältnisse um Singapur hinter der Zeit zurückgeblieben, da die britische Labour-Regierung das Projekt für immer aufgegeben habe. In Wirklichkeit hat sie es kaum verzögert, und der Irrtum darüber gehört zu den vielen anderen, die deutsche Gutgläubigkeit gegenüber gelegentlichen Cant-Verhüllungen im Hausgebrauch des Weltreichs schon zu verzeichnen hat.

Tatsächlich hat die große Südost-Empore niemals aufgehört, eine gut ausgerüstete Festung zu sein, der nur einige Feinheiten neuester Technik, vor allem Docks von bestimmter Groß-Fassungsfähigkeit (Typ „Hood“) fehlten.

Allgemein tröstend wirken auf Weiße im tropischen Teil der indopazifischen Gebiete die Feststellungen von Prof. Gregory über die Möglichkeit weißer Arbeit in den Tropen weiter. Hier ist es der erfolgreiche Riesenkampf, den seinerzeit die Panama-Kanalbau-Verwaltung mit den tropischen Krankheiten erfolgreich geführt hat (Moskitobeseitigung noch heute!), und der zunehmende Wirtschaftserfolg in den Straits, in Niederländisch-Indien und auch in Queensland, der im indopazifischen Gebiet die Hoffnungen höher aufschlagen läßt als im atlantischen, wo man vor allem viel klarer übersieht, daß Europa die weißen landwirtschaftlichen und landliebenden Siedler nicht mehr liefern kann, die nötig wären, sondern in der Hauptsache nur industriellen Übervölkerungs-Überschuß und großstadthaftende Einwanderer aussendet. Für solche ist aber in der tropischen Urwaldlandschaft nirgends rechte Verwendung, während ihr Zuzug für die Großstädte darin eine vermehrte soziologische Gefahr bedeutet.

Die Bildung zweier gegensätzlicher Gruppen, einer anglo-amerikanischen, euramerikanischen, und einer japanisch-russischen, eurasiatischen, zusammen mit China, entwickelt sich im ganzen Indo-Pazifik weiter, wie man sie auch verschleiern möge. Umsonst hat Japan das große Opfer der theoretischen Wiederherstellung der Sowjetherrschaft in Sachalin gegen Ausbeutung der Ölfelder nicht gebracht, so sehr auch Baron Hayashi in London, Matsudaira in Washington freundliche Reden mit ihren Gegenspielern tauschen. Eine weitere Reibungsfläche entsteht durch die zehnprozentige Grundabgabe von allem Grundeigentum in der Tokyo-Yokohama-Erdbebenzone für Straßenerweiterung beim Wiederaufbau, wodurch namentlich die Dauer-Pachtrechte schwer getroffen werden. Wie sehr aber Japan selbst Opfer an alten Kunst- und Überlieferungswerten dafür bringt, das zeigt die beigefügte Skizze der Zerstörung einer der größten Schönheiten des Kaiserschlosses und seines Umzugs durch Stadterweiterungsbauten. Was man sich an Zerstörung liebgewordener Kulturlandschaft selber auferlegt, wird man aber bei der gespannten Lage zu den Anglo-Amerikanern ihnen zuliebe z. B. in Yokohama an Einbuße nicht sparen wollen.

Über die Selbstbestimmungsbewegung, die in verschiedenem Tempo die **Philippinen** wie das **Indische Reich** durchzittert, deren Wirkung auch in **Birma** und **Indochina** spürbar ist, wird aus **Niederländisch-Indien** berichtet, daß kennzeichnenderweise weder Japans Aufstieg zur Weltmacht und sein Sieg über Rußland, noch die Nationalbewegung in Indien die gleiche starke Wirkung gehabt hätten, wie — freilich im Rückschlag, indirekt — die chinesische Revolution von 1911. Dabei möchte doch dem langsameren Rhythmus asiatischer Völkerbewegung zu wenig Rechnung getragen sein. Aber Tatsache ist, daß ungefähr eine Million Chinesen in **Niederländisch-Indien** sein mögen, die durch ihren Einfluß auf den Handel in innige Berührung mit der einge-



borenen Bevölkerung kommen; ebenso, daß auf diese Million, zumeist Südchinesen, die Revolution sehr stimulierend gewirkt hat und seltsamerweise zu Ausbrüchen verstiegener imperialistischer Forderungen anregte. Die Malaien, an sich schon dem chinesischen Händler abgeneigt, wurden durch diese Begehrlichkeit nach südostasiatischer Vormacht argwöhnisch und bildeten Geheimbünde gegen die chinesischen Händlerkonzerne und ihr goldenes Netz. Aber die Ablehnung der einen Fremden übertrug sich auch auf die anderen, die weißen Bedränger. Das ist der psychologische Ursprung der heute so verbreiteten Sarikat Islambewegung, die man nicht mit der 1913 von einem Eurasier eingeleiteten, rein niederländerfeindlichen Unabhängigkeitsbewegung verwechseln darf. Beide aber veranlaßten das hellhörig gewordene Mutterland zu vorbeugenden Maßnahmen, aus denen 1916 das Volksraad-Gesetz erwuchs, das diesen Volksraad 1918 zusammenführte. Nach kurzer Zeit, in der sich dieses Vorparlament keineswegs besonders handlich erwies, Steuererleichterungs- und Schulforderungen stellte und scharfe Kritik übte, liegt ihm nun das wichtigste Gesetz im letzten halben Jahrhundert der kolonialen Entwicklung vor: ein Antrag auf Umbildung des Vorparlaments zu einem Vertretungskörper wirklicher Macht. Dieses Gesetz findet scharfen Widerstand; denn es beendet auch auf den Sundainseln das reine Kolonialstadium: Furcht der Ängstlichen und Hoffnung weitergehender kühner Träumer stemmen sich ihm entgegen, weil es den einen viel zu viel, den andern viel zu wenig gibt. Wie immer es umgestaltet werde, jedenfalls überträgt es den Schwerpunkt aller das Inselreich Insulinde betreffenden Staatsangelegenheiten vom Mutterland an die Sunda-See und gliedert damit dessen Millionen in die zur Selbstbestimmung aufstrebende Einheitsfront. Diese reicht nun, angelehnt an Südjapan, von den Philippinen über die Inseln des australasiatischen Mittelmeeres bis zur Indusmündung — wie wir es vor Jahr und Tag vorausgesehen und voraussagten —, und ihre Bewegung sendet Wellen durch Irak, Arabien und Ägypten in den nahen Osten und bis in die europäische Schütterzone.

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT
Die Vereinigten Staaten I

Zwei Kernprobleme halten seit geraumer Zeit das Interesse eines jeden geopolitischen Beobachters der amerikanischen Staatenwelt wach: Der Versuch der wirtschaftlichen Durchdringung Amerikas, wie der Welt überhaupt, durch die Wirtschaftsmacht der nordamerikanischen Union und das Streben aller amerikanischen Staaten nach immer geschlosseneren Einheiten. Beide Aufgaben, Zielsetzungen im Sinne großer, leitender politischer Ideen, machen heute die ganze geopolitische Problematik Amerikas aus; um sie gruppieren sich viele Einzelauswirkungen im politischen Leben, indem stellenweise die nationalen Forderungen hinter anderen Ansprüchen, z. B. Wirtschaftsinteressen, zurücktreten, andererorts dagegen wieder laut und eindringlich und in deutlicher Abwehrstellung gegen außen und gegen die Nachbarn gestellt werden.

Die zurzeit unantastbare Vorrangstellung der Vereinigten Staaten von Amerika inner-

halb der beiden amerikanischen Kontinente, vielleicht der Erde überhaupt, beruht auf der glücklichen Synthese ihrer Wirtschaftsmacht mit einem Nationalismus, der in imposanter Breitenwirkung einen politischen Riesenraum zusammenhält, und der sich anschickt, neben den Wirtschaftsverknüpfungen das einigende Band eines Erdteilstaates der Zukunft zu werden; zwar sind heute nur 41,8 % von Nordamerika Unionsgebiet, doch wohnen schon 82 % der Bevölkerung des Erdteils in den Vereinigten Staaten. Nur das Britische, Russische und Chinesische Reich vereinigen größeren Raum und größere Bevölkerungsansammlung zugleich in ihren Staatsgebieten; während das Französische Reich zwar einen größeren Raum überspannt, aber eine geringere Bevölkerungszahl aufweist. Indiens fast dreimal so große Bevölkerungsmasse drängt sich dagegen auf wenig mehr als der Hälfte des Raums.

Die erstaunliche Wirtschaftsbedeutung der Vereinigten Staaten resultiert aus recht komplexen geographischen Grundlagen: der Lage zwischen den Ozeanen und den im ganzen günstigen Verkehrsbeziehungen innerhalb einer großgegliederten, weiträumig zusammenhängenden, im Osten durch natürliche Wasserwege erschlossenen, auch im gebirgigen Westen relativ leicht durchgängigen Gruppe von an sich heterogenen Ländereinheiten, einer unvergleichlich reichen harmonischen Wirtschaftsausstattung eines darum möglich — selbstverständlich bei den heutigen Wirtschaftsverknüpfungen nicht tatsächlich — autarken Raums, dessen „mögliche Autarkie" gerade auf dem Trialismus der geographischen Einheiten beruht, einer Klima- und Arbeitsenergie, die die Kulturentwicklung in hohem Grade beeinflußt und ihren tiefsten Grund in der gegenseitigen Befruchtung der einzelnen Teile einer Region hat, die durch nördlich gemäßigte wie subtropische, kontinentale wie maritime Klimaprovinzen bestimmt wird, und nicht zuletzt in einer über weite Räume ausgebreiteten, hochentwickelten Kulturlandschaft, in der kräftige Kulturorgane auch die Weiträumigkeit — zweifellos an sich eine Schwäche des Raumorganismus — zu überwinden streben. Diese reiche geographische Grundlage und Eigenentwicklung hat im Gegensatz zu dem auf schmalerer und einseitigerer Basis aufgestiegenen England die Entfaltung der in ihren Ursprüngen zwar uralten, aber nie zu solcher Anwendung gebrachten Machtform geführt, die in der „wirtschaftlichen Durchdringung vollen Ersatz für den territorialpolitischen Besitz" sieht. Die Fähigkeit der Ergänzung ist groß; und klimatisch bedingte Produktionsschwankungen lösen im Wirtschaftsleben Folgeformen aus, wie sie durch die durch die neuerliche Knappheit der Maisernte z. B. bestimmte Weizenhausse charakterisiert werden. Am klarsten spricht sich die wirtschaftliche Weltstellung der Union durch die Entwicklung zur Gläubigernation auf Grund der Ansammlung der Zahlungsmittel und des Goldreichtums — die Vereinigten Staaten besitzen zurzeit etwa 48 % des gesamten Goldes der Erde — aus: während vor dem Krieg die amerikanischen Kapitalanlagen im Ausland sich nur auf 1 Milliarde $, die englischen dagegen auf 18 Milliarden $, die deutschen auf 7 Milliarden $ beliefen, sind während und nach dem Krieg 10 Milliarden $ vom Staate und 5 Milliarden $ privates Kapital untergebracht worden. Bezeichnend ist ebenso die dauernde Ausschau nach neuen wirtschaftlichen Interessensphären. So scheint eine stärkere Mitwirkung Amerikas am deutschen Handel — im Sinne kurzfristiger und dauernder Investitionen an deutschen Unternehmen und von deutsch-amerikanischen Schiffahrtskombinationen — in Aussicht; vor allem Rußland erscheint in diesem Zusammenhang als wichtiger Exportmarkt für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.

Das nationale Streben der Vereinigten Staaten ist alt und von Erfolg gekrönt; aber das Problem besteht nach wie vor, und der nordamerikanische Nationalismus ringt dauernd mit



einer Fülle von Aufgaben. Sorge bereitet seit geraumer Zeit das Einwandererproblem, mit dem an sich die Union sich dauernd zu beschäftigen hat. Hatte die Einwanderung im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts mit 7,2 % jährlicher Zunahme der Bevölkerung das größte Ausmaß erreicht und sich bis Ende des 19. und bis in das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts bei wesentlich geringer Einwanderungszahl (2 bis 2,5 %) etwa in der Schwebe gehalten, so ist sie durch die Unterbindung der europäischen Wanderströme durch den Weltkrieg im Jahrzehnt 1910—1920 zahlenmäßig wesentlich, auf 1,5 %, zurückgegangen; Arbeitermangel, Ersetzung der fehlenden Arbeiter durch Neger des Südens und damit eine Anreicherung der Negerbevölkerung in dem vorwiegend industriellen Norden waren die Folge. Diese innere Wanderung hat anscheinend nicht wenig zu dem bemerkenswerten kulturellen Fortschritt der Neger — trotz aller Widerstände von Seiten der weißen Bevölkerung — beigetragen. Organisatorisch gebührt das Hauptverdienst an diesem Aufstieg der „Society for the Advancement of colored People", die sich aus kleinen Anfängen zu einer gewaltigen, einflußreichen Negerorganisation entwickelt hat. Die Neger haben sich genossenschaftlich (Konsum- und Baugenossenschaften, Versicherungsgesellschaften, Hotels für Neger) zusammengeschlossen, und Negerschulen und — Universitäten sind entstanden. Etwa eine Million der ungefähr 16 Millionen starken Negerbevölkerung sind in solchem Aufstiege begriffen, während etwa 15 Millionen des Südens noch auf tieferer Zivilisationsstufe verharren und damit dem Staate die bekannte schwere nationale und soziale Aufgabe stellen.

Seit Kriegsende ist das Einwanderungsproblem zahlenmäßig längst wieder gelöst, wie der Erlaß der Einwanderungsbeschränkungen zeigt. Dagegen ist aber etwa seit Beginn des Jahrhunderts mit der Zunahme der Wanderströme aus Ost- und Südeuropa eine neue Frage aufgetaucht, die nach der wünschenswerten nationalen Herkunft der Einwanderer, im nordamerikanischen Sinne die der Möglichkeit der Assimilierung, d. h. der Amerikanisierung. Die Problemstellung ist damit vom Gesichtspunkt der Quantität nach dem der Qualität der Einwanderer ganz entsprechend der übergeordneten strenger gefaßten nationalen Idee verschoben worden, die nicht mehr nur Menschen, Arbeitskräfte, sondern Amerikaner, Vereinsstaatler, Staatsangehörige haben will, d. h. Einwanderer, die sich dem nationalen Gedanken unterordnen wollen und können. Besorgniserregend wirkt in dieser Hinsicht gerade die starke ost- und südeuropäische Wanderbewegung, die dem Lande schwer assimilierbare und zum Teil von vornherein lediglich auf Gelderwerb und Rückwanderung bedachte Elemente zuführt. Diese Wanderbewegung hat zu einer starken Ansammlung bezw. Kolonienbildung ost- und südeuropäischer Zuwanderer in den großen Städten des Ostens geführt. New Yorks italienische Bevölkerung ist stärker als die von Venedig und Bologna zusammengenommen; New York ist gleichsam die fünftgrößte italienische Stadt; und nur Petersburg, Moskau und Odessa haben mehr russische Einwohner als New York. Im Westen besteht das gleiche Problem und die gleiche Abwehr gegen die ostasiatische Zuwanderung. Neben den übrigen Einwandererkontingenten ist das deutsche in den letzten drei Jahren besonders stark angeschwollen. Durch die Zuwanderung von etwa 200000 Deutschen — das bedeutet für Deutschland einen Verlust von 1 bis 2 Großstädten — hat die Pflege des Deutschtums besonders im deutschen Theater und in „deutschen Häusern" (Gesellschaften) neue Nahrung erfahren; aber die Angleichung dieser „Neudeutschen" vollzieht sich — wie überall in Amerika — an das alte Deutschamerikanertum, das mit dem neuen Ideengehalt selbstverständlich nicht ohne weiteres fertig wird, nicht reibungslos. Besonders in den großen Städten und in den Industriegebieten des Ostens ballen sich die Fremdlings-

massen zusammen; so sind in New York z. B. 38 0/0, in Chicago und Boston 36 0/0, in Cleveland und Detroit 33 0/0 im Ausland geboren (F. P. S.).

Der nationalen Eingliederung stellt sich die soziale Eingliederung als gleich schwere Frage zur Seite; und beide sind miteinander eng verknüpft. Bodenständigkeit der Bevölkerung im Sinne der Freude am Besitz und der sichtbaren Arbeit am Kulturboden ist — das geht durch die ganze Geschichte hindurch — eine Grundbedingung für einen gesunden Nationalismus und Staat. Denn der Staat ist eben eine organische Bindung einer Menschheitsgruppe mit dem Boden, im höheren Sinne eine solche Bindung einer Kulturmenschheitsgruppe mit dem Kulturboden, ist Raumorganismus bezw. Kulturraumorganismus. Die hochindustrielle, in den städtischen Lebensbedingungen sich widerspiegelnde Entwicklung des nordamerikanischen Ostens hat die Voraussetzungen für diese Grundbedingungen eher weitgehendst untergraben als geschaffen; denn sie läßt kaum irgendwo ein kräftiges Bodengefühl aufkommen. Die Einwanderer, die sich heute zum guten Teil den Großstädten und Industriezentren zuwenden, vermögen darum nicht bodenständig, sondern nur erwerbsständig zu werden und vergrößern immer mehr das industrielle und sonstige Proletariat ohne Heimats- und Bodengefühl; und die rasch vorwärtsflutende Kulturentwicklung ist — trotz beachtenswerter sozialpolitischer Versuche — nicht recht geeignet, dem in den Wirbel rasend voranschreitender Verstaatlichung und in die Hetze nach Erwerb geratenen Einwanderer das verlorene Gefühl für die Bodenständigkeit wiederzugeben und damit eine Aufgabe zu lösen, die auch die alte Welt nicht mehr recht zu bewältigen vermag.

Die starke Zunahme der Kriminalität der Vereinigten Staaten scheint mit diesen ungünstigen Erscheinungen in enger kausaler Verknüpfung zu stehen und dürfte sicher nicht zum geringsten Teil auf den zum Teil kulturellen Tiefstand der Einwanderer und ihre ungünstige soziale Einordnung zurückzuführen zu sein, so daß wenigstens eine von den amerikanischen Kriminalisten selbst gegebene Erklärung für einen Zustand gefunden werden kann, der nicht schärfer als durch die Worte eines Richters des Staates New York (nach der „New York Times") charakterisiert werden kann: „Die Vereinigten Staaten stehen unter der Anklage, die gesetzloseste Nation der Welt zu sein, und bei näherem Zusehen müssen sie sich tatsächlich schuldig bekennen." Mögen auch die im Gefolge der Wanderbewegung und unabhängig von ihr um die Welt kreisenden, an sittlicher und Staatsautorität rüttelnden Ideen in ähnlichem Maße dafür verantwortlich zu machen sein, die Statistik erschreckt, wenn sie verrät, daß die Zahl der Morde im Jahre 1923 in der 6 Millionen-Stadt New York etwa 10 mal so groß ist wie in Englaud und Wales (mit 38 Millionen Menschen), und daß in Chicago (mit 2,7 Millionen Einwohnern) etwa 12 mal so viele Raubtaten begangen wurden wie in England und Wales (F. P. S.). Auch diese ernste Frage der Sozialpathologie muß gelöst werden, wenn die Nationenbildung unter Hochhaltung von Rasse und Kultur vor sich gehen soll.

E. OBST:
LITERATURBERICHT AUS DER ALTEN WELT

Th. Arldt, Germanische Völkerwellen und ihre Bedeutung in der Bevölkerungsgeschichte von Europa. Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1917 (XII und 226 Seiten).

Der Verfasser, dessen Buch „Völker Mitteleuropas" bereits einiges Aufsehen erregte, versucht in diesem neuesten Werk den Nachweis dafür zu erbringen, daß die Kulturblüten Europas und des nahen Orient in jedem Falle auf eine germanische Befruchtung alteingesessener Völkerschaften zurückzuführen sind. „Aus den nördlichen Gebieten, die die Ostsee umranden, brechen immer wieder neue Scharen großer, blonder, kriegstüchtiger Menschen hervor und bringen neues Leben in die erschlafften Bevölkerungen der südlichen Länder. Wohl haben die Südländer dabei vielfach die höhere Kultur, aber sie ist schon überfeinert und daher nicht mehr entwicklungsfähig. In anderen Gebieten aber waren die Eroberer auch Kulturbringer. Überall bildeten sie eine Adelskaste, die sich in einzelnen Fällen Jahrhunderte, ja Jahrtausende von der Masse der Bevölkerung abgesondert und daher rassisch rein erhielt, in den meisten aber schließlich mit der unterworfenen Bevölkerung verschmolz, bald ihr Namen und Sprache aufdrängend, bald auch eines von diesen oder auch beides von ihnen übernehmend."

Arldt stellt als Ergebnis seiner Forschungen die folgenden, von der Ostsee ausgehenden germanischen Völkerwellen fest:

1. Die arische Völkerwelle um 2000 v. Chr. nach Indien (Hindus), Afghanistan, Vorderasien (Hethiter), Griechenland (Pelasger).

2. Die hellenische Völkerwelle um 1500 bis 1000 v. Chr. (Italiker, Illyrer, Griechen, Traker, Phryger).

3. Die keltisch-skythische Völkerwelle um 1000 bis 200 v. Chr. (Kelten nach Frankreich, Großbritannien, Irland, Spanien, Italien, Balkan, Kleinasien; Skythen nach Armenien, Medien, Persien).

4. Die deutsche Völkerwanderung (200 v. Chr. bis 600 n. Chr.), sie breitet sich über ganz Europa aus bis zum südlichen Gestade des Mittelmeeres.

5. Die normannische Völkerwelle um 750 bis 1250 n. Chr.

6. Die deutsche Ausbreitung nach Osten im Mittelalter.

7. Die germanische Ausbreitung über See in den letzten Jahrhunderten.

Auch der, der den grundlegenden Voraussetzungen und Hypothesen Arldts skeptisch gegenübersteht, wird dieses Buch nicht ohne große Anteilnahme lesen und vielerlei Anregung daraus schöpfen.

Th. Lenschau, Die deutschen Stämme und ihr Anteil am Leben der Nation. Verlag von Quelle und Meyer, Leipzig 1923 (VIII und 95 Seiten).

Die in der Schriftenreihe „Wissenschaft und Bildung" erschienene Abhandlung unterscheidet die Altstämme, die bereits während der Völkerwanderung ihre Sitze im heutigen deutschen Sprachgebiet eingenommen haben (Friesen, Sachsen, Franken, Thüringer, Alemannen, Bayern), und die Neustämme im deutschen Osten, die im Verlauf der deutschen Kolonisation sich herausbildeten (Brandenburger, Mecklenburger, Pommern, Preußen, Schlesier, Österreicher). Jeder dieser Stämme wird nach

seiner ethnographischen Eigenart skizziert und auf seine Leistungen zur deutschen Kultur untersucht. Lenschau findet so, daß die Sachsen keine Musiker, wohl aber Staatsmänner, die Thüringer vor allem Musiker, die Bayern und Alemannen Vertreter der bildenden Kunst, Musik, Dichtung erzeugt haben, während die Neustämme vor allem in der Philosophie, Religion und den Naturwissenschaften, zeitweise auch in der Dichtung Hervorragendes leisteten. Eine Ableitung dieser Stammesmerkmale wird nur gelegentlich versucht, mögliche Zusammenhänge zwischen Stammescharakter und Stammeslandschaft deutet der Verfasser nur dann und wann schüchtern an.

Lenschau vertritt die Auffassung, daß die Neustämme in den letzten Jahrhunderten die politische Führung des Reiches übernommen haben und nicht zuletzt dieser Tatsache das Zustandekommen des Reiches zu danken sei. „Es scheint, als ob nunmehr die Altstämme, gestützt auf den von ihnen inzwischen erworbenen wirtschaftlichen Vorrang, wieder bestimmt sind, sich auch im politischen Leben der Nation stärker geltend zu machen als bisher."

Norbert Krebs, Die geographischen Grundlagen des deutschen Volkstums. Schriftenreihe Wissen und Wirken, Einzelschriften zu den Grundfragen des Erkennens und Schaffens. Verlag B. Braun, Karlsruhe i. B. 1923 (35 Seiten).

Eine kleine, aber gehaltvolle Schrift, die die Lage des deutschen Lebensraumes in den Mittelpunkt der Erörterung stellt. Aus ihr wird zunächst das unglückselige Hin und Her zwischen Kontinental- und Seepolitik abgeleitet. Die Mittellage bedeutet andererseits für ein starkes Deutschland große Vorzüge (Mittlerrolle zwischen allen europäischen Völkern und Staaten), für einen schwachen deutschen Staat große Gefahr (leichte Möglichkeit der Einkreisung, Behinderung des natürlichen Ausdehnungsdranges). Auch die Massenkultur und das Fehlen von Führerpersönlichkeiten führt Krebs auf die geographischen Gegebenheiten des deutschen Lebensraumes zurück.

Karl Bornhausen, Der deutsche Staatsbürger, sein Wesen und seine Aufgaben. Verlag von Quelle und Meyer, Leipzig 1924 (75 Seiten).

Bornhausen geißelt schonungslos die Fehler des deutschen Staatsbürgers, die parteipolitische Zerrissenheit unserer Zeit und befürwortet aufs dringendste eine überparteiliche politische Erziehung des deutschen Menschen. Die von tiefem religiösen Drang erfüllten Mahnrufe Bornhausens fordern lebendiges Christentum und wahrhaften Gemeinschaftsgeist in Wirtschaft, Politik und Erziehung. — Der Verfasser gibt damit sicherlich dem Sehnen weiter deutscher Volkskreise Ausdruck. Wie aber dieses hohe Ziel erreicht werden kann, wird nicht aufgezeigt. Es bleibt offenbar nach Meinung des Verfassers nichts anderes übrig als das langwierige, unverdrossene Wirken von Mensch zu Mensch.

Richard Müller - Freienfels, Psychologie des deutschen Menschen und seiner Kultur, ein volkscharakteorologischer Versuch. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck, München 1922 (XII und 228 Seiten).

Müller-Freienfels meistert in diesem Buche ein gewaltiges Tatsachenmaterial, Er will nicht eigentlich erklären, geopolitische und geopsychische Ursachen aufdecken, sondern bescheidet sich damit, Tatsachen über den deutschen Volkscharakter festzustellen. Zu diesem Zwecke legt er große Längsschnitte durch die gesamte deutsche Kulturentwicklung und weist nach, daß immer und immer wieder gewisse Wesenszüge hervortreten. Obwohl oftmals von fremdländischen Wertgesichtspunkten vergewaltigt, bricht sich eine bodenwüchsig deutsche Wertung doch immer wieder Bahn. Gerade das letztere aber will der Verfasser herausarbeiten und in das Bewußtsein des Volkes erheben. In unserer Zeit äußerer Unterdrückung,

wo gar zu leicht der politisch und wirtschaftlich Stärkere auch geistig für überlegen gehalten wird, ist eine solche Untersuchung von höchstem Wert.

Aus der Erkenntnis der Parallelerscheinungen auf den verschiedenen Kulturgebieten schließt Müller-Freienfels rückwärts auf die Grundzüge des deutschen Volkscharakters. Solche sind z. B. das Vorherrschen des Willenshaften in der echt deutschen Art des auf ein phantastisches oder unklar erkanntes Ziel hinstrebenden Willens, der deutsche Begriff der Freiheit als der sozialen Bindung durch freiwillig übernommenen Zwang, die Empfänglichkeit für weiche, melancholische Stimmungen, die Neigung zum Unbestimmten und Unendlichen, schließlich auch die Eigenart der deutschen Geistigkeit, deren Hauptkennzeichen überragende Phantastik und geringe Sinnenhaftigkeit sind. Daneben ist für den Deutschen die individualistische Art, die Abneigung gegen Typisierung bezeichnend und schließlich die Vorliebe für starke Kontraste, die er synthetisch zu vereinigen imstande ist, während sie ihm der Fremde als „Formlosigkeit“ auslegt.

Nietzsche sagt einmal: „Wir Deutsche messen der Entwicklung instinktmäßig einen tieferen Sinn und reicheren Wert zu als dem, was ist.“ In diesem Sinne glaubt auch Müller-Freienfels, daß der deutsche Volkscharakter bei allem Bizarren und Widerspruchsvollen seine eigentliche Reife erst noch vor sich hat. „Die meisten westlichen Völker haben ihr geprägtes Ideal in ihrer Vergangenheit; das Wesen des deutschen Geistes, des Geistes der Entwicklung, weist in die Zukunft hinaus. Mag der deutsche Geist widersprüchlicher, ungeklärter, unabgeschlossener sein als der anderer Völker, so ist doch auch sicher, daß er mehr Möglichkeiten und mehr Zukunft in sich trägt. Darum wiederholen wir mit Stolz, was man als Tadel gemeint hat: Der Deutsche ist nicht, er wird!“

Das Buch von Müller-Freienfels ist so ungemein reich an neuen Gedanken, Erkenntnissen und Ausblicken, daß es jedem Deutschen aufs angelegentlichste empfohlen sein mag.

Charles H. Clarke, Germany yesterday and to-morrow. Selwyn & Blount, London 1923 (VIII und 143 Seiten).

Der in Genua (Rapallo) abgeschlossene deutsch-russische Vertrag veranlaßte Clarke, seinen Landsleuten eine ursächliche Erklärung der deutschen Verhältnisse in der Nachkriegszeit zu bieten. In dem ersten Teil werden die inneren Verhältnisse des Reiches geschildert: die Revolution, die Jnflation und das vermeintliche Dumping, die Parteien, die Presse und die Arbeit der angeblichen Geheimbünde. Mit erfreulicher Offenheit schiebt Clarke dem Versailler Diktat die Schuld an Deutschlands inneren Schwierigkeiten zu. — Der zweite Teil ist der deutschen Außenpolitik gewidmet. Das Thema Deutschland-Rußland spielt hier die Hauptrolle. Die Möglichkeit eines Zusammengehens dieser beiden z. Z. stark geschwächten Weltmächte wird den Engländern deutlich vor Augen geführt.

Wenn auch das Buch von Clarke nicht sonderlich tief schürft, wenn auch hier und da die typisch englische Mentalität des Verfassers gelegentlich zu schiefen Urteilen führt, so begrüßen wir dieses Buch doch aufs herzlichste, weil Clarke ehrlich bemüht ist, die Grundursache unserer Not zu erkennen, und weil er den Mut bekundet, dieses Grundübel freimütig zu brandmarken: den Betrug von Versailles.

Süddeutsche Monatshefte, Deutschland von außen. Märzheft, München 1924 (Seite 212—268).

Es ist im höchsten Maße anzuerkennen, wie sehr sich die „Süddeutschen Monatshefte“ bemühen, unser Volk zu großräumigem Denken zu erziehen und zu einer — für ein national starkes Volk selbstverständlichen — Wertung des Auslandsdeutschtums.

Im vorliegenden Heft äußern sich deutsche Männer, die seit langem im Ausland leben, über die Planlosigkeit der deutschen Politik in

der Kriegs- und Nachkriegszeit. Mit schonungsloser Offenheit wird uns hier von Auslandsdeutschen der Spiegel vorgehalten, und wir erschrecken über unser eigenes Bild. Sie mögen öfter zu uns sprechen, diese Männer, damit wir erkennen, wie das ziellose Hin und Her der deutschen Politik, der kleinliche Parteihader u. a. m. auf unsere Brüder und Schwestern im Ausland wirken. — Aus allen Aufsätzen aber klingt daneben der Mahnruf: Deutsche im Reich, vergeßt nicht, daß es außer Euch noch 40 Millionen Deutsche gibt, die zwar im Ausland wohnen, aber mit Leib und Seele zu Euch gehören. Vergeßt nicht, daß jeder dritte Deutsche Auslandsdeutscher ist!

NEUERSCHEINUNGEN DES AUSLANDES

ENGLAND, Okt. 1924—JAN. 1925.

I. Alte Welt.

Addison, Christopher, Rt. Hon.: Politics from within, 1911—1918; including some records of a great national effort. Foreword by Lord Carson. Illus. 2 vols. 304 Seiten. H. Jenkins —.36.—

Agricultural co-operation: in its application to the industry, the business, and the life of the farmer in the British Empire. With intro. by Sir Horace Plunkett. Part. I, Preliminary Survey; part. 2, Report of Conference held at Wembley, July 28—31, 1924. 262 Seiten. Routledge —.10.6

Air Ministry: Air pilot, Great Britain, H.M.S.O. —.32.6

Air Ministry: International general aeronautical map: Britain, H. M. S. O. —.4.—

Ajtalion, Albert: L'Industrie textile en France, pendant la guerre. Milford —.8.6

Ashley, Percy: Twice fifty years of Europe, 1814—1914: a sketch of political development. 310 Seiten. Collins —.15.—

Atkins, Willard E., and *Lasswell, Harold D.:* Labour attitudes and problems. 534 Seiten. Pitman —.16.—

Bacon, Reginald, Adm. Sir: The Jutland scandal. With 42 diag. 175 Seiten. Hutchinson —.5.—

Barnes, George N., Rt. Hon.: Industrial conflict: the way out. A study of the industrial problem in its practical aspects. Foreword by Lord Cecil of Chelwood. 112 Seiten. Pitman —.3.6

Beddoe, John: The Anthropological history of Europe. (Rhind Lectures for 1891.) Rev. to date. 192 Seiten. A. Gardner. —.6.—

Bell, Charles, Sir: Tibet past and present. Illus. 340 Seiten. Milford —.24.—

Benn, Ernest: Why not to vote Labour: the business implications of Socialism. 95 Seiten. Jarrolds —.1.—

Bigham, Clive, Hon.: The Prime Ministers of Britain, 1721—1921. With a supplementary chapter to 1924. 398 Seiten. Murray —.10.6

Birkenhead, Right. Hon. the Earl of: Contemporary personalietis. With frontis. and photographs and 30 half-tone plates from cartoons by Matt. 336 Seiten. Cassell —.21.—

Birley, N. P.: British history, 1660—1714. 172 Seiten. Bell —.2.—

Birmingham, George A.: The Lighter side of Irish life. With 16 Illus. in col. by Henry W. Kerr. 278 Seiten. T. N. Foulis —.7.6

Bonomi, Ivanoe: From Socialism to Fascism: a study of contemporary Italy. Trans, by John Murray. 164 Seiten. M. Hopkinson —.7.6

Browne, Edward G.: A History of Persian Literature in modern times, A. D. 1500—1924. 546 Seiten. Camb. Univ. Pr. —.35.—

Buchan, John: Lord Minto: a memoir. With port. 370 Seiten. Nelson —.21.—

Carter's Local Government Act, 1888. Butterworth & Co. —.12.6

Carthill, A.: The Legacy of Liberalism. 174 Seiten. P. Allan —.3.6

Chesterton, G. K.: A Short history of England. With a new Foreword by the author. 253 Seiten. Chatto & W. lthr. —.3.6 —.5.—

Chadwick, H. Munro: The Origin of the English nation. Repr. 339 Seiten. Camb. Univ. Pr. —.12.6

Census of England and Wales, 1921: Occupations. H. M. S. O. —.24.—

Coad, N. E.: The Dominion (N. Z.) Civics. Illus. Whitcombe & T. —.3.6

Cole, D. H., Capt.: Imperial military geography; general characteristics of the Empire in relation to defence. 2 nd. ed., enl. 331 Seiten. Sifton Praed —.10.—

Colonial Research Ctte.-Report, 1923. H.M.S.O. —.—.6

Colonial Survey Ctte.-Report, 1914—1923. H.M. S. O. —.2.6

Conservative and Unionist pocket book, 1925. Conservative Pub. Dept. —.1.—

Cowan, M. G. and others: Political idealism. By four Scottish Unionists: M. G. Cowan, Margaret H. Kidd, M. G. Williamson, Jeannette Martin. With pref. by the Rt. Hon. Sir Robert Horne. 63 Seiten. P. Allan —.1.—

Customs and Excise. 15th report, 1923—24. H. M. S. O. —.4.—

Daily Mirror- The Romance of the „Daily Mirror", 1903—1924: an illustrated record of the enterprise of the Daily Mirror in the twenty-one years of its eventful career. With foreword by Lord Rothermere. 136 Seiten. „Daily Mirror" —.1.—

Davis, Muriel O.: The Story of England. In 2 parts. 334 Seiten. Milford compl. —.3.6 ea. pt. —.2.—

Denmark, 1924. J. Smith —.5.—

Dod's Parliamentary companion for 1925 (93rd year). 507 Seiten. Dod —.7.6

Drew, H. T. B., Lt.: The War effort of New Zealand. Illus. Whitcombe & T. —.8.—

Dugmore, A. Radclyffe, Maj.: The Vast Sudan. Illus. 312 Seiten. Arrowsmith —.21.—

Dunnage, James A.: The Importer's handbook. Foreword by Prof. J. G. Smith. 384 Seiten. Pitman —.10.6

Dyboski, Roman: Outlines of Polish history: Lectures delivered at King's Kollege, University of London. 283 Seiten. Allen & U. —.7.6

Edwards, Ness: The Industrial revolution in South Wales. Pref. by A. J. Cook. 116 Seiten. Labour Pubg. —.4.6

Edwards, William: Notes on European history. Vol. I, The Break-up of the Roman Empire to 1494. 645 Seiten. Rivingtons —.10.6

Egypt: Report on economic and financial situation, April 1924. H. M. S. O. —.1.6

Encyclopaedia of Islam: a dictionary of the geography, ethnography and biography of the Muhammadan peoples. No. 27, Java-Kaikobad. Ryl. Luzac —.5.—

Erskine, Mrs. Steuart: Trans-Jordan: some impressions. Intro. by the Rt. Hon. Lord Raglan. 126 Seiten. Benn —.12.6

Farbman, Michael: After Lenin: the new phase in Russia. 288 Seiten. Parsons —.7.6

Fascism: its history and significance. By L. W. 38 Seiten. The Plebs —.—.6

Ferrero, Guglielmo: Four years of Fascism. Trans. from the Italian. „Da Fiume a Roma", by E. W. Dickes. Foreword by C. J. Squire Sprigge. 154 Seiten. P. S. King —.7.6

Fielding, Henry: A Voyage to Lisbon. J. Long. —.3.—

Fishery Board of Scotland: 42nd annual report, 1923. H. M. S. O. —.3.—

Friendly Societies: Statistical summaries showing operations of F. S.'s., 1913—22. H. M. S. O. —.—.6

France: Report on economic conditions, June 1924. H. M. S. O. —.6.—

Geological Survey-Memoirs: Special reports on mineral resources in Gt. Britain. H. M. S. O. —.3.—

Geological Survey: The Geology of the country around Hertford. H. M. S. O. —.1.6

Gibbs, Philip, Sir: The Romance of Empire. Rev, and enl. ed. 506 Seiten. Hutchinson. —.10.6

Gibraltar: Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.6.—

Glasgow, George: Mac Donald as diplomatist: the foreign policy of the first Labour Government in Great Britain. Foreword by G. P. Gooch. 232 Seiten. J. Cape —.6.—

Goodrich-Freer, A. (Mrs. H. H. Spoer): Arabs in tent and town: an intimate account of the family life of the Arabs of Syria. 325 Seiten. Seeley, Service —.21.—

Gordon, Jan and Cora: Two vagabonds in the Balkans. With illus. in col. and black and white by the authors. 246 Seiten. Lane —.12.6

Grenada: Colonial report, 1923. H.M.S.O. —.—.6

Gwynn, Stephen: Ireland. Intro. by the Rt. Hon. H. A. L. Fisher. (The Modern world: a survey of historical forces, Vol. I.) 252 Seiten. Benn —.12.6

Hackett, Francis: The Story of the Irish nation. Drawings by Harald Toksvig. 412 Seiten. Talbot —.6.—

Hayter, William, Sir: Recent constitutional developments in Egypt. 49 Seiten. Camb. Univ. Pr. —.1.6

Henderson, Fred.: The Case for Socialism. New and rev. ed. 150 Seiten. I. L. P. Pubn. Dept. —.2.6 swd. —.1.—

Henry, Albert: Le Ravitaillement de la Belgique pendant l'occupation Allemande. Milford —.8.6

Herbertson, A. J.: Commercial geography of the British Isles. New and rev. ed., by J. Hamilton Birrell. 534 Seiten. Chambers —.4.6

Historical atlas of the British Empire. 20 Seiten. Macmillan —.1.—

Higgs, Henry: Financial reform. 101 Seiten. Macmillan —.6.—

Hogan, A. E. and Powell, I. G.: The Government of Great Britain, its Colonies and Dependencies. 6th ed. 296 Seiten. Univ. Tutorial Pr. —.4.6

Holdsworth, W. S.: The Influence of the legal profession on the growth of the English constitution. (Creighton Lecture, 1924.) Milford —.2.—

Hoyland, John S.: Modern European history, 1494—1914. With an intro. sketch of ancient and mediaeval history. 339 Seiten. Bell —.5.—

Hurd, Percy: The Empire: a family affair. 192 Seiten. P. Allan —.3.6

Illingworth, Grace: A Month in Andalusia. With photos by the author. 88 Seiten. Lund, Humphries —.5.—

Johnson, Humphrey: Catholicism and the English mind: a study in religious psychology. 102 Seiten. Blackwell —.1.6

Jones, J: A Human geography of Cambridgeshire: a suggested method of studying and teaching the home area. 96 Seiten. Sidgewick & J. —.4.—

Karolyi, Michael, Count: Fighting the world: the struggle for peace. Trans by E. W. Dickes. With 2 ports. 480 Seiten. K. Paul —.21.—

Katzenellenbaum, S. S.: Russian currency and banking, 1914—1924. 208 Seiten. P. S. King —.9.—

Keeling, E. H.: Adventures in Turkey and Russia. Illus. 250 Seiten. Murray —.10.6

Keun, Odette: In the land of the Golden Fleece: trough Independent Menchevist Georgia. Trans. from the French by Helen Jessiman. 286 Seiten. Lane —.7.6

Kearton, Cherry: The Shifting sand of Algeria. With 79 photographs. 307 Seiten. Arrowsmith —.25.—

Kraus, Herbert: Germany in transition. Camb. Univ. Pr. —.10.—

Lammens, P. H: La Mecque, a la Veille de l'Hegire. Luzac —.10.—

Lecky, William Edward Hartpole: History of European morals: from Augustus to Charlemagne. 2 vols in I. 384 Seiten. Watts. —.2.6

Leask, G. A.: The Circus of Europe. 256 Seiten. Simpkin —.5.—

London Town: Mother City of the Empire. Illus. Homeland Assoc. —.3.6

Local government handbook, 1924. Prepared by the Joint Research and Information Department of the Trades Union Congress and the Labour Party. 252 Seiten. Labour Publication Dept. —.3.—

Lowndes, Mrs. Belloc: Price of Admiralty. Cheap ed. 288 Seiten. Hutchinson —.2.6

Lyde, Lionel W.: The Continent of Europe. 2nd ed. rev. 472 Seiten. Macmillan —.10.—

MacDonald, J. Ramsay: Socialism: critical and constructive. 288 Seiten. Cassell —5.—

Mack, James Logan: The Border line: From the Solway Firth to the North Sea along the Marches of Scotland and England. With 117 illus. by Donald Scott, A. W. Peacock, A. Pope, etc. 334 Seiten. Oliver & B. —.42.—

Marriott, John A. R., Sir: The Constitution in transition, 1910—1924: a new introduction to English political institutions. 40 Seiten. Milford —.1.6

Martin, E. C.: ed.-Jmperial studies in education. Pitman —.5.—

Masterman, C. F. G., Rt. Hon.: How England is governed. New abridged ed. Cr. 223 Seiten. Selwyn & B. —.3.6

Matteotti, Giacomo: The Fascisti exposed: a year of Fascist domination. Trans. by E. W. Dickes. With port- 140 Seiten. Indep. Labour Party Pubg. Dept. —.2.6

May's Parliamentary practice. Butterworth & Co. —.55.—

Mess, H. A.: The Message of C. O. P. E. C.: a summary of the reports of the Commissions. 119 Seiten. Student Christian Movement —.1.6

Millais, John G.: Far away up the Nile. Illus. from drawings by the author and H. R. Millais, and from photos. 266 Seiten. Longmans —.30.—

Mines Dept.-List of mines in Great Britain and the Isle of Man, 1923 H. M. S. O. —.15.—

Morgan, John H.: Viscount John Morley: an appreciation and some reminiscences. With frontis. 229 Seiten. Murray —.10.6

Morris, G. W., and *Wood, L. S.:* The English-speaking nations: a study in the development of the commonwealth ideal. With chapters on India and Egypt. Illus. 416 Seiten. Milford —.8.6
school ed. —.3.6

Newbigin, Marion I.: The Mediterranean lands: an introductory study in human and historical geography. With sketch-maps. 217 Seiten. Christophers —.7.6

Norman, C. H.: A Searchlight on the European War. 194 Seiten. Labour Pubg. Co. —.6.—

North, Wales, the British Tyrol. 99 Seiten. Gt. Western Rly. —.—.6

Nowitzky, V., Maj.-Gen.: Russia and the Allies in the Great War. Pref. by Col. Malone. 37 Seiten. Kniga Ltd. (5, St. Bride's House, Salisbury Sq.) —.1.—

O'Conor, Norrays Jephson: Changing Ireland: literary backgrounds of the Irish Free State, 1889—1922. Milford —.11.6

Odell, L. M.: Weather chart exercises: British Isles and West of Europe. New and rev. ed. 32 Seiten. Univ. of London Pr. —.—.10

O'Hegarty, P. S.: The Victory of Sinn Fein: how it won it, and how it used it. 226 Seiten. Talbot Pr. —.5.—

Orton, William Aylott: Labour in transition: a survey of British industrial history since 1914. 310 Seiten. P. Allan —.5.—

Palmer's Index to „The Times" newspaper. Spring quarter, Apr.-June 1924. S. Palmer —.30.—

Pierrefeu, Jean de: French Headquarters, 1915 --1918. Trans, with notes, by Maj. C. J. C. Street. With frontis. 319 Seiten. G. Bles —.10.6

Powers, H. H.: Egypt Illus. 341 Seiten, Macmillan —.10.—

Prioleau, John: Imshi in New Europe. Illus. by E. H. Evans and R. Gammon. 224 Seiten. G. Bles —.7.6

Ramsay, Alexander: The Greater problems of industry. 134 Seiten. 31 Cannon Street, Birmingham „Journal" —.3.6

Reiss, R. A.: The Comitadji question in Southern Serbia. 172 Seiten. Hazell, Watson & Viney —.5.—

Russia-General treaty between Gt. Britain and N. Ireland and the Union of Soviet Socialist Republics, London, Aug. 8, 1924. H.M.S.O. —.—.6

Salmon, Edward, and *Logden, A. A., Maj.:* The Literature and art of the Empire. Illus. (The British Empire; a survey in 12 vols.) 311 Seiten. Collins —.16.—

Science and Labour: the principal addresses at the Conference on Science and Labour, London, 30th and 31st May, 1924. Edit. by Thomas L. Humberstone. Pref. by Right Hon. Lord Askwith. 120 Seiten. Benn —.7.6 bds. —.6.—

Siegfried, Andre: Post-War Britain: a French analysis. Trans. from the French by H. H. Hemming 314 Seiten. J. Cape —.10.6

Steed, Henry Wickham: Through thirty years 1892—1922: a personal narrative. 2 vols. 428 Seiten. Heinemann —.32.—

St. Helena-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.6

Stoddard, Lothrop: Racial realities in Europe. 260 Seiten. Scribners —.12.6

Sudan-Report on finances, administration and condition in 1923. H. M. S. O. —.1.—

Sutherland, Joan: The Edge of Empire. Popular ed. 300 Seiten. Mills & B. —.3.6

Tolkowsky, S.: The Gateway of Palestine: a history of Jaffa. Illus. 203 Seiten. Routledge —.10.6

Touche, Gordon C.: The Law of Parliamentary elections. 43 Seiten. Marshall Pr. —.1.—

Townshend, E.: Creative socialism. 160 Seiten. Dent —.2.6

Trade of the U. K. with foreign countries and British Possessions: Annual statement, 1923. Vol. I, Summary of import and export trade. H. M. S. O. —.15.—

Trade of the U. K. with foreign countries and British Possessions: annual statement, 1923. Vol. 3, Exports of produce and manufactures of the U. K. H. M. S. O. —.27.6

Transport, Ministry of: Railway returns. Capital, traffic, receipts and working expenditure, 1923. H. M. S. O. —.15.—

Turks and Caicos Islands-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.6

Unstead, J. F.: The British Empire and its problems. 286 Seiten. Sidgwick —.3.6

Waddell, L. A.: The Phoenician origin of Britons, Scots and Anglo-Saxons: discovered by Phoenician and Sumerian inscriptions in Britain, by Pre-Roman Briton coins and a mass of new history. 476 Seiten. Williams & N. —.15.—

Wakinshaw, W. H.: The Solution of unemployment; or, The Postulates and implications of the social credit theorem of Major C. H. Douglas. 297 Seiten. A. Reid —.10.—

Wallis, B. G.: Europe Vol. I, Stanford's Compendium of geography. Macmillan —.15.—

War Office: British Army. General annual report, 1922—23. H. M. S. O. —.4 —

War Office: History of the Great War. The Campaign in Mesopotamia, 1914—1918. Vol. 2. H. M. S. O. —.21.—

War Office: Soudan almanac, 1925. H. M. S. O. —.1.6

White, James Dundas: Land-value policy. 225 Seiten. II, Tothill Street, S. W. I. United Cttee. for Tax of Land Values —.2.—

Wilson, Winifred: My Pilgrimage: a diary written in Palestine and Syria. Illus. 96 Seiten. Dranes —.3.6

Wood, C. A. and Minns, A. L.: A Physical and economic geography of Europe. rev. ed. 291 Seiten. Normal Pr. —.3.6

II. Indopazifische Welt.

Acts of Parliament-Government of India: consolidated. H. M. S. O. —.2.—

Admiralty-Pilot books. Malacca Strait. Ist ed. 1924. J. D. Potter. —.10.—

Barrows, David P.: History of the Philippines. Rev. ed. 406 Seiten. Harrap —.7.6

Bell, Charles, Sir: Tibet past and present. Illus. 340 Seiten. Milford —.24.—

Bruce, Charles: Twenty years in Borneo. With 16 illus. 278 Seiten. Cassell —.15.—

Brooks, Leonard: A Regional geography of Australasia. Rev. ed., taken in substance from Book II. of the New Regional Geographies. 82 Seiten. Univ. of. London Pr. —.1.6

Bryan, J. Ingram: Japan from within: political industrial, commercial, financial, agricultural, etc. 288 Seiten. Unwin —.15.—

China year-Book, 1924—1925. Edit. by H. G. W. Woodhead. 1283 Seiten. Simpkin —.42.—

China-Economic and financial condition, June, 1924. H. M. S. O. —.1.6

Close, Upton: In the land of the Laughing Buddha: the adventures of an American barbarian in China. Illus. 383 Seiten. Putnam —.17.6

Cockayne, L.: The Cultivation of New Zealand plants. 139 Seiten. Whitcombe & T. —.5.—

Cunningham, Alexander, Sir: Ancient geography of India. Edit. by Surendranath Majumdar Sastri. Maps. 770 Seiten. K. Paul —.25.—

Del Mar, Frances: A Year among the Maoris: a study of their arts and customs. Foreword by Sir Windham Dunstan. Prepared for the press by P. J. Pemberton. Illus. 176 Seiten. Benn —.18.—

Der Ling, Princess: Two years in the Forbidden City. Illus. 397 Seiten. Unwin —.15.—

Donne, T. E.: Red deer stalking in New Zealand. 282 Seiten. Constable —21.—

Drew, H. T. B., Lt.: The War effort of New Zealand. 276 Seiten. Whitcombe —.8.—

East Indies (Netherland): Economic situation July, 1924. H. M. S. O. —.2.6

Edmonds, Paul: Peacocks and pagodas. With frontis. and 44 illus. 294 Seiten. Routledge —.12.6

Enthoven, R. E.: Folklore of Bombay. 353 Seiten. Milford —.14.—

Fleming, Daniel Johnson: Building with India. Illus. 240 Seiten. Student Christian Movement —.2.6

Fox, C. E.: The Threshold of the Pacific: an account of the social organisation, magic and religion of the people in San Christoval in the Salomon Islands. Preface by G. Elliot Smith. With 14 plates, 39 illus. and a maps. 395 Seiten. K. Paul —.18.—

Franck, Harry A.: Glimpses of Japan and Formosa. With snapshots by the author. 247 Seiten. Unwin —.10.—

Fiji-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.1.—

Howard, Albert: Crop-production in India. Milford —.10.6

Hong Kong: Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.1.6

Hurley, Frank, Capt.: Pearls and savages: adventures in the air, on land and sea in New Guinea. 418 Seiten. Putnam's —.31.6

Hilgendorf, F. W.: Farmers'foes in New Zealand and how to cope with them. Illus. Whitcombe & T. —.4.—

India, East: Returns of loans raised in England outstanding, 1923. H. M. S. O. —.—.3

India-Report on some aspects of British trade in India, during 1923—24. H. M. S. O. —.3.—

Jackson, Charles F.: Native labour law and practice in Papua. Sweet & M. —.22.—

Japan Society: Transactions and proceedings. Vol. 21, 1923—24. 139 Seiten. K. Paul —.10.6

Japan and her dependencies - Economic and financial condition, June, 1924. H. M. S. O. —.2.6

Kennedy, M. D., Capt.: The Military Side of Japanese life. 387 Seiten. Constable —.21.—

King-Hall, Stephen: Western civilization and the Far East. With 3 maps. 411 Seiten. Methuen —.18.—

Krishna, Bal: Commercial relations between India and England, 1601—1757. With map, 392 Seiten. Routledge —.14.—

Landsborough, Marjorie: Stories from Formosa. Illus. by Arthur Twidle and from photos. 141 Seiten. R. T. S. —.2.6

MacNicol, Nicol: The Making of modern India. 243 Seiten. Milford —.7.6

Mauritius-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.1.3

Martin, K. L. P.: Missionaries and annexation in the Pacific. Milford —.6.—

Malay States (Federated)-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.1.—

Monahan, F. J.: The early history of Bengal. With pref. by Sir John Woodroffe. Illus. 260 Seiten. Milford —.15.—

Meston, Lord: India and the Empire. 27 Seiten. „Daily News" —.—.6

New Hebrides-Colonial report, 1923. H.M.S.O. —.6.—

New Zealand - Economic and commercial conditions. Aug., 1924. H. M. S. O. —.2.—

Outline history of the Russo-Japanese War 1904: up to the Battle of Liao-Yang. By P. W. Roy. 96 Seiten. Sifton Praed —.4.6

Peirce, Augustus Baker: Knocking about: some adventures in Australia. Edit. by Mrs. Albert T. Leatherbee. Milford —.14.—

Reeves, William Pember: The Long White Cloud (Ao Tea Roa). 3rd. ed., rev. and with new matter by the author. To which is added a Sketch of recent events in New Zealand by Cecil J. Wray. Illus. 390 Seiten. Allen & U. —.16.—

Satomi, Kishio: Discovery of Japanese idealism. 186 Seiten. K. Paul —.10.6

Seychelles-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.6

Singh, Bhagat Lakshman: Sikh martyrs. Sm. 273 Seiten. Luzac —.6.—

Shirokogoroff, S. M.: Social organisation of the Manchus: a study of the Manchu clan organisation. 193 Seiten. K. Paul —.13.6

Smith, W. Ramsay: In Southern seas: wanderings of a naturalist. Illus. 315 Seiten. —.16.—

Straits Settlements-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.1.9

Taylor, Merlin Moore: Where cannibals roam. Illus. G. Bles —.16.—

Ward, F. Kingdon, Capt.: From China to Hkamti Long. Illus. 317 Seiten. E. Arnold —.18.—

Wallis, B. G.: Australasia and New Zealand. 358 Seiten. Macmillan —.6.—

Whistler, Hugh: In the high Himalayas: sport and travel in the Rhotang and Baralacha, with some notes on the natural history of that area. Whit 31 illus. 223 Seiten. Witherby —.15.—

Williamson, Robert W.: The Social and political systems of central Polynesia. 3 vols. 468, 502, 493 Seiten. Camb. Univ. Pr. —.75.—

Young, T. C. McCombie: Kala-Azar in Assam: an account of the preventive operations, 1910 to 1923, and notes on the epidemiology of the disease in Assam and India. Foreword by Sir Leonard Rogers. Illus. 84 Seiten. H. K. Lewis —.7.—

Zia, Z. K.: The Confucian civilization. 51 Seiten. K. Paul —.3.—

III. Afrika

Africa (East): Report on trade and commerce, Sept. 1924. H. M. S. O. —.1.6

Africa (South): Economic and commercial situation, July 1924. H. M. S. O. —.1.6

Basutoland-Colonial report, 1923—24. H.M.S.O. —.—.9

Bechuanaland Protectorate-Colonial report, 1923 bis 24. H. M. S. O. —.—.9

Browne, G. St. J. Orde, Maj.: The Vanishing tribes of Kenya: the manners and customs of the primitive and interesting tribes dwelling on the vast Southern slopes of Mount Kenya, and their native methods of life. Illus. and 2 maps. 2S4 Seiten. Seeley Service —.21.—

Christian education in Africa and the East. With intro. by Sir Michael Sadler. 124 Seiten. Student Christian Movement —.2.6

Congo (Belgian): Economic situation, July, 1924. H. M. S. O. —.1.6

Dolman, Alfred: In the footsteps of Livingstone: the diaries and travel notes made by Alfred Dolman. Edit. by John Irving. 281 Seiten. Lane —.12.6

Dundas, Anne: Beneath African glaciers: the humours, tragedies and demands of an East African Government Station. With 51 illus. 238 Seiten. Witherby —.12.6

Fraser, Donald: The Autobiography of an African: retold in biographical form and in the wild African setting of the life of Daniel Mtusu. 210 Seiten. Seeley, Service —.6.—

Gold Coast: Colonial report, 1922—1923. H. M. S. O. —.2.3

Gold Coast (Northern Territories): Colonial report, 1923—24. H. M. S. O. —.—.9

Griffin, Ernest H.: Adventures in Tripoli: a doctor in the desert. Illus. 310 Seiten. P. Allan —.10.6

Hints and tips for newcomers to West Africa. By „Bushman". 29 Seiten. Bale —.2.—

Johnson, Martin: Camera trails in Africa. Illus. from the author's photos. 352 Seiten. Allen & U. —.16.—

Kenya Colony and Protectorate-Handbook of General information. H. M. S. O. —.—.8

Kenya Colony and Protectorate-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.1.—

Leys, Norman: Kenya. Intro. by Gilbert Murray. 409 Seiten. Hogarth Pr. —.15.—

Lyell, Denis D.: The African elephant and its hunters. 221 Seiten. Heath, Cranton —.10.6

Napier, Robert Hellier: Robert Hellier Napier in Nyasaland: his letters to his home circle. Edit. by the Rev. Alexander Hetherwick. 166 Seiten. W. Blackwood —.5.—

Norden, Hermann: Fresh tracks in the Belgian Congo: from the Uganda Border to the Mouth of the Congo, With 57 photos. and 2 maps. 303 Seiten. Wytherby —.18.—

Patterson, J. H., Ltd. Col.: The Man-eaters of Tsavo, and other East African adventures. Foreword by Frederick C. Selous. Illus. 367 Seiten. Macmillan. —.3.6

Sierra Leone-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.1.3

Sloane, William Milligan: Greater France in Africa. Illus. 311 Seiten. C. Scribners —.12.6

South and East African year book and guide (The). With atlas and diagrams. Edit. annually by A. Samler Brown and G. Gordon Brown. 1925 ed. 31st issue. 970 Seiten. Low —.5.—

Uganda-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.6

Swaziland-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.6

Walker, F. Deaville: Africa and her peoples. Illus. 144 Seiten. Edinburgh House Pr. —.2.—

Zanzibar Protectorate-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.6

IV. Amerika.

Adams, Randolph G.: History of the foreign policy of the United States. Macmillan —.18.—

Alvarez, Alejandro: The Monroe Doctrine. Roy. 573 Seiten. Milford —.18.—

Andrews, Charles M.: The colonial background of the American Revolution. Milford —.11.6

Argentine Republic-Financial, commercial and economic conditions, Sept., 1924. H. M. S. O. —.2.—

Barbados-Colonial report, 1923—24. H. M. S. O. —.1.—

Beck, James M.: The Constitution of the United States: yesterday, today- and to-morrow? 352 Seiten. Milford --.12.6

Blount, Ellen S.: North of 53: an Alaskan journey. With photographs by the author. 134 Seiten. P. Lund Humphries —.10.6

Bracq, Jean C.: The Evolution of French Canada. Macmillan —.12.—

Brazil-Economic and financial conditions, Sept. 1924. H. M. S. O. —.2.6

Brooks, Leonard: A Regional geography of North America. New ed. taken in substance from Book I of the „New regional geographies". 190 Seiten. Univ. London Pr. —.2.6

Brooks, Leonard: A. Regional geography of Central and South America. New ed., taken in substance from Book I of the „New regional geographies". 80 Seiten. Univ. London Pr. —.1.6

Brown, Irving: Gypsy fires in America: life among the Romanies of the United States and Canada. Illus. 254 Seiten. Harper —.12.6

Brown, J. Macmillan: The Riddle of the Pacific. Illus. 324 Seiten. Unwin —.30.—

Boyson, V. F.: The Falkland Islands. With notes on the natural history, by Rupert Vallentin. Illus. 414 Seiten. Milford —.15.—

Cameron, Charlotte: Mexico in revolution: an account of an English woman's experiences and adventures, with a description of the people, etc. Illus. 278 Seiten. Seeley, Service. —.21.—

Canada (British Oversea Settlement Delegation to) Report regarding the system of child migration and Settlement. H. M. S. O. —.—.6

Carnegie, David: History of munitions supply in Canada, 1914—1918. Longmans —.18.—

Cayman Islands (Jamaica): Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.3

Daniels, Josephus: The Life of Woodrow Wilson, 1856—1924. Illus. 381 Seiten. Allen & U. —.12.6

Denton, V. L.: The Far West coast. With 12 Illus. and 7 maps. 307 Seiten. Dent —.6.—

Elliott, L. E.: Central America: new paths in ancient lands. With 31 illus. and a map. 292 Seiten. Methuen —.15.—

Faris, John T.: Seeing Canada. With frontis. in col. and 150 illus. 265 Seiten. Lippincott —.30.—

Ganoe, William Addleman: The History of the United States Army. 621 Seiten. Appleton —.25.—

Grahame, Nigel B. M.: Bishop Bompas of the frozen North: the adventurous life story of a brave and self-denying missionary amongst the Red Indians and Eskimos of the Great Nort-West. 60 Seiten. Seeley, Service. —.1.—

Guiana (British): Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.9

Hepburn, A. Barton: History of currency in the United States. 573 Seiten. Macmillan —.16.—

Honduras, British: Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.9

Hough, Emerson: 54—40 or fight. Cheap ed. 320 Seiten. Hodder & S. —.2.—

Jamaica-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.1.3

Jones, Ll. Todwell and Bryan, P. W.: North America: an historical, economic, and regional, geography. With 104 figures in text. 551 Seiten. Methuen —.21.—

Lawrence, David: The True Story of Woodrow Wilson. With port. 368 Seiten. Hurst & B. —.18.—

Leeward Islands-Colonial report, 1923—1924. H. M. S. O. —.1.—

Lochner, Louis P.: America's Don Quixote: Henry Ford's attempt to save Europe. Pref. by Maxim Gorki. 8 illus. 262 Seiten. K. Paul —.10.6

Merrill, George P.: The First one hundred years of American geology. 773 Seiten. Milford —.27.6

Mexico (Withdrawal of Mr. H. A. C. Cummins from): correspondence. H. M. S. O. —.—.9

Morman, James B.: Farm credits in the United States and Canada. Macmillan —.15.—

Nordenskiold, Erland: The Etnography of South America seen from Majos in Bolivia. Milford —.18.6

Owen, G. Vale, Rev.: On tour in U. S. A. 156 Seiten. Hutchinson —.4.6

Panama, Republic of, and Canal Zone-Economic, commercial and financial conditions, Sept., 1924. H. M. S. O. —.1.—

Peck, Annie S.: The South American tour: a descriptive guide. 397 Seiten. Hurst & B. —.18.—

Record, S. J. and *Mell, Clayton D.:* Timbers of tropical America. Milford —.15.—

Roberts, Morley: On the earthquake line: minor adventures in Central-America. With 6 paintings by the author. 310 Seiten. Arrowsmith —.15.—

Sackville-West, V.: Seducers in Ecuador. 74 Seiten. Hogarth Pr. —.4.6

Sinclair, Upton: The Goslings: a study of the American schools. 464 Seiten. A. Bird —.10.6

South American handbook, 1925: a guide to the countries and resources of Latin America, inclusive of South and Central America, Mexico and Cuba. 630 Seiten. S. American Pubg. S. —.7.6

St. Vincent-Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.6

Trotter, Reginald George: Canadian Federation: its origins and achievement: a study in nation building. 362 Seiten. Dent —.7.6

Uruguay: Financial and economic conditions, Sept., 1924. H. M. S. O. —.—.9

V. Systematisches und Allgemeines.

Admiralty - Nautical almanac, 1927 (Complete). H. M. S. O. —.4.6

Ali, Maulana Muh: Muhammad the Prophet. With 2 maps. 285 Seiten. Probsthain —.7.6

Allen's Commercial organic analysis: a treatise on the properties, modes of analysis, etc. Vol. 2, Fixed oils, fats and waxes, etc. Edit. by Samuel S. Sadtler and others. 5th ed. 817 Seiten. Churchill —.30.—

Antarctic Expedition (British), 1910—13. Miscellaneous data. Compiled by Col. H. G. Lyons. 75 Seiten. Harrison —.2.—

Arbitration Tribunal (Mixed): Recueil decisions. Nos. 39—42. H. M. S. O. —.16.—

Arbitration Tribunal (Mixed): Recueil des decisions. Nos. 43—44. H. M. S. O. —.8.—

Armaments year book: general and statistical information. 843 Seiten. Constable —.17.6

Arnot, R. Page: The politics of oil: an Example of Imperialist monopoly. Prepared for the Labour Research Department. 94 Seiten. Labour Pubg. —.2.6 swd. —.1.—

Birkenhead, Earl of: and others-Approaches to world problems. 126 Seiten. Milford —.7.—

Bowley, Arthur I: Elements of statistics. Part. 2 4th ed., rev. 214 Seiten. P. S. King —.12.6

Bradford, E. J. G.: School geography: a critical survey of present-day teaching methods. Intro. by H. J. Fleure. 108 Seiten. Benn —.7.6

Branson, E. C.: Farm life abroad. Milford —.9.—

British Overseas Dominions and Protectorates: Statistical abstract, 1907—1921. H. M. S. O. —.12.6

Buller, A. H. R.: Researches on fungi. Vol. 3. 611 Seiten. Longmans —.32.—

Buxton, L. H. Dudley: Primitive labour. 280 Seiten. Methuen —.7.6

Chamberlain, F. F.: Geography; physical, economics, regional. 2nd. ed., rev. Leppincott —.15.—

Chamberlain, James Franklin: How we travel: a geographical reader. 192 Seiten. Batsford —.5.—

Chamberlain, James Franklin: How we are fed: a geographical reader. Rev. ed. 210 Seiten. Batsford —.5.—

Chamberlain, James Franklin: How we are clothed: a geographical reader. 199 Seiten. Batsford —.5.—

Chamberlain, James Franklin: How we are sheltered: a geographical reader. 166 Seiten. Batsford —.5.—

Chandler, Joseph E.: The Colonial house. 4 to. Batsford —.25.—

Chapman-Huston, Desmond, Maj., and Rutter, Owen, Maj.: General Sir John Cowans, G. C. B., etc.: the Quartermaster-General of the Great War. Intro. by Field-Marshal Sir William Robertson. Illus. 2 vols. 288 Seiten, 360 (set.) Hutchinson —.42.—

Clark, Rose B.: Unit. studies in geography. Harrap —.7.6

Cole, D. H., Capt.: Imperial military geography: general characteristics of the Empire in relation to denfence. 2nd ed. 331 Seiten. Sifton Praed —.10.—

Destiny of the British Empire and the U. S. A. With appendix, Who are the Japanese. By The Roadbuilder. 4th ed., rev. 228 Seiten. Covenant Pubg. Co. —.4.6

Douglas. J. A., Rev.: The Relations of the Anglican Churches with the Eastern Orthodox, especially in regard to Anglican Orders. 198 Seiten. Faith —.3.6

Douglas, Charles E.: Rice: its cultivation and preparation. Illus. 153 Seiten. Pitman —.3.—

Eichler, Lillian: The Customs of mankind. Illus. from photographs and from drawings by Phi lips Ward. 773 Seiten. Heinemann —.12.6

Encyclopaedia of Islam: a dictionary of the geography, etnography and biography of the Muhammadan peoples. No. 27, Java-Kaikobad. Luzac —.5.—

Fawkes, F. Attfield: Shaping a new world: a philosophy of tools. 93 Seiten. Simpkin —.2.—

Fimmen, Edo: Labour's alternative: the United States of Europe or Europe Limited. Pref. by A. A. Purcell. Trans by Eden and Cedar Paul. 128 Seiten. Labour Pubg. Co. —.3.— swd. —.1.6

Fitch, John A.: The Causes of industrial unrest. 438 Seiten. Harpers —.12.6

Gardiner, Kathleen M.: Anglo-European history, 1492—1660. With 3 maps. 256 Seiten. Methuen —.6.—

George, H. B.: The Relations of geography and history. 5th ed., rev. Edit. by O. J. R. Howarth. With additional ch. by C. B. Fawcett. 338 Seiten. Milford —.5.—

German National Chancellery-Preliminary history of the Armistice: official documents published by the German National Chancellery by order of the Ministry of State. Trans. by the Carnegie Endowment for International Peace, Division of International Law. 175 Seiten. Milford —.10.—

German white book: concerning the responsibility of the authors of the war. Trans. by the Carnegie Endowment for International Peace, Division of International Law. Roy. 194 Seiten. Milford —.10.—

Germany Agreement concerning (1) Reparation Commission; (2) Expert's plan of April, 1924 (3) Inter-Allied agreement; and (4) Agreement to modify Annex. 2 to Pt. 8 of Treaty of Versailles. London, Aug. 30, 1924. H. M. S. O. —.—.9

Gettell, Raymond G.: History of political thought. 523 Seiten. Allen & U. —.18.—

Gibbs, Philip, Sir: Ten years after: a reminder. 190 Seiten. Hutchinson —.7.6

Haddon, A. C.: The Races of man and their distribution. New. ed. Illus. 192 Seiten. Camb. Univ. Pr. —.6.—

Hauser, Henry: Le Probleme du regionalisme. Milford —.8.6

History of the World, short, Wells (H. G.) —.2.6 net —.1.6

Huntington, Ellsworth and Cusling, S. W.: Modern business geography. Harrap —.8.6

Huntington, Ellsworth: The Character of races: as influenced by physical environment, natural election and historical development. 409 Seiten. Scribners —.25.—

International mercantile diary and year book, 1925. 319 Seiten. Syren & Shipping —.7.6

Jane's Fighting ships, 1924. Founded in 1896 by Fred T. Jane (27th year) Joint editors: Oscar Parkes, Francis E. Mc.Murtrie. 424 Seiten. Low —.42.—

Joad, C. E. M.: Introduction to modern political theory. Illus. 127 Seiten. Milford —.2.6

Keltie, J. Scott, and Howarth, O. J. R.: History of geography. Illus. 160 Seiten. Watts —.1.—

Kirkaldy, Adam W., and Evans, Alfred Dudley: The History and economics of transport. 3rd. ed., rev. 422 Seiten. Pitman —.15.—

Knowles, L. C. A.: The economic development of the British overseas Empire. With 2 maps. 571 Seiten. Routledge —.10.6

League of Nations-Fifth Assembly. Arbitration, security and reduction of armaments: protocol and resolutions adopted, etc. H. M. S. O. —.—.9

League of Nations-Report on 30th session; by Lord Parmoor. H. M. S. O. —.—.6

Le Cheminant, Keith: Colonial and foreign banking systems. 184 Seiten. Routledge —.4.6

Levy, S. I.: The Rare earths: their occurrence, chemistry, and technology. 2nd. ed., rev. 378 Seiten. E. Arnold —.18.—

Lessing, E. A.: Soviet treaties: an examination of the General Treaty of Commerce and Navigation, Signed on August. 31 Seiten. Political Publicity Services —.1.—

Lowenfeld, Henry: Money in fetters: its history and mystery candidly related. 128 Seiten. Murray —.3.6

Lucas, Charles, Sir ed: The Empire at War. Edit. for the Royal Colonial Institute. Vol. 3. Illus. 442 Seiten. Milford —.21.—

Lyer, F. Muller: The History of social development. Trans. by Elizabeth C. Lake and H. A. Lake. Intro. by L. T. Hobhouse, and E. J. Urwick. 362 Seiten. Allen & U. —.10.6

Mac Curdy, George Grant: Human origins: a manual of prehistory. Vol. I, The Old Stone Age and the dawn of man and his arts; Vol. II, The New Stone Age and the Ages of Bronze and Iron. Illus. 480 Seiten. Appleton —.42.—

Mc Cubbin, W. A.: Fungi and human affairs. III Seiten. Harrap —.2.6

Mason, Michael H.: The Arctic forests. Illus. 334 Seiten. Hodder & S. —.20.—

Miall, L. C.: History of biology. Illus. 160 Seiten. Watts —.1.—

Millard, Thomas F.: Conflict of policies in Asia. 515 Seiten. Allen & U. —.15.—

Mineral Resources Bureau (Imperial): Statistics 1920—22. Aluminium (including Bauxite and Cryolite). H. M. S. O. —.1.3

Mineral Resources Bureau (Imperial)-Statistics, 1920—22. Iron and steel. H. M. S. O. —.2.—

Moller, H. A., and Wolff, H. eds: Handbook of foreign legal procedure: legal relations in Europe. 1924. (4th year.) 498 Seiten. Stevens —.20.—

Myers, Jack M.: The Story of the Jewish people: a history of the Jewish people since Bible times. Pref. note by the Chief Rabbi. Vol. 3. Illus. 200 Seiten. K. Paul —.3.6

Nearing, Scott, and Russel, Bertrand: Bolshevism and the West: a debate on the resolution „That the Soviet form of government is appicable to Western civilisation". Intro. by Samuel Untermyer. 78 Seiten. Allen & U. —.2.—

Newstead, R.: Guide to the study of tsetseflies. 4to. Hodder & S. —.20.—

Parliaments of foreign countries: methods adopted for dealing with international questions. H. M. S. O. —.1.—

Perrier, Edmond: The earth before history: man's origin and the origin of life. 369 Seiten. K. Paul —.15.—

Philip's Handi-volume atlas of the world. Philip —.6.—

Pitman's Commercial atlas of the world. With an account of the trade productions, means of communication and the principal statistics of every country of the globe. 140 Seiten. Pitman —.5.—

Platt, William: The Perils of birth control. 62 Seiten. W. Foulsham —.1.6

Pycraft, W. P.: Animal geography. Illus. 128 Seiten. Gardner, Darton —.2.6

Reduction of armaments: debate in the Fifth Assembly, Sept., 1924. 124 Seiten. Constable —.—.9

Reparations (London Conference on)- Minutes, Aug. 1922. H. M. S. O. —.3.—

Reparation Conference (London), July and Aug., 1924: Proceedings. H. M. S. O. —.10.—

Rivers, W. H. R.: Social organisation. Edit. by W. J. Perry. 238 Seiten. K. Paul —.10.6

Robertson, F. A. de V. Maj.: Aircraft of the world. With col. plates and illus. Demy 4 to. 99 Seiten. Milford —.7.6

Robinson, F. H.: Elements of economics. Book I. 168 Seiten. A. Wheaton (Exeter) —.2.3

Russia: General treaty between Gt. Britain and N. Ireland and the Union of Soviet Socialist Republics, London, Aug. 8, 1924. H. M. S. O. —.—.6

Scharlieb, Mary: (ed.) Sexual problems of today. By Lt.-Col. W. Shirley, Rev. W. H. H. Elliott, and others. 261 Seiten. Williams & N. —.7.6

Shirras, G. Findlay: The Science of public finance. 699 Seiten. Macmillan —.21.—

Seligman, E. R. A.: Economic interpretation of history. 2nd ed., rev. Milford —.12.6

Stigand, I. A.: Outlines of the occurence and geology of petroleum: an introductory handbook. With an appendix on Geophysical methods as applied to oil-finding, by M. Muhlberg. Illus. 256 Seiten. C. Griffin —.10.6

Stamp, Josiah, Sir: Studies in current problems in finance and government and „The Wealth and income of the chief Powers" (1914). 350 Seiten. P. S. King —.10.6

Subject index to periodicals, 1921. 12 × 9¾. Part B—E, Historical, political, and economic sciences. 106 Seiten. Grafton (Library Assoc.) —.21.—

Trade of the U. K. with foreign countries and British Possessions: Annual statement, 1923. Vol. I, Summary of import and export trade. H. M. S. O. —.15.—

Times: History of the British Empire. Exhibition, 1924. Illus. The Times —.10.6

Trade of the U. K. with foreign countries and British Possessions: Annual statement, 1923. Vol. 4, Particulars of trade at individual ports, etc. H. M. S. O. —.27.6

Trotsky, L.: Problems of life. Trans. by Z. Vengerova. Intro by N. Minsky. With frontis. 126 Seiten. Methuen. —.2.6

Unemployment in its national and international aspects. 228 Seiten. Internat. Labour Office. —.1.—

Unstead, J. F.: The British Empire and its problems. Sidgwick & J. 286 Seiten. —.3.6

Valyi, Felix: Spiritual and political revolutions in Islam. 240 Seiten. K. Paul —.7.6

Vendryes, J.: Language: a linguistic introduction to history. Trans. by Paul Radin. 412 Seiten. K. Paul —.16.—

Wilde, Norman: Ethical basis of the State. 236 Seiten. Milford —.11.6

Wakely, A. V. T., Maj.: Some aspects of Imperial communications. 168 Seiten. Sifton Praed —.9.—

Yule, G. Udny: An Introduction to the theory of statistics. With 53 figs. and dia. 7th ed., rev. 431 Seiten. C. Griffin —.12.6

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstr. 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114

HERMANN LAUTENSACH: DEUTSCHLAND UND FRANKREICH

Gewiß ist die deutsche Außenpolitik durch die furchtbare Bürde von Versailles, St. Germain, Spaa und London in ihrer Handlungsfreiheit beschränkt in einem Maße, wie das seit Menschengedenken nie bei einem Staat gleicher Größe der Fall war; immerhin ergibt sich aus dem völligen Zusammensturz alles dessen, was vorher war, aus der grundlegenden Veränderung des politischen Weltbildes durch den Weltkrieg, aus dem Zerreißen fast aller vor 1914 bestehenden Fäden der winzige Vorteil, daß die Rücksicht auf Vorkriegsbindungen entfällt, daß voraussetzungs- und — in der Sache, nicht im Vorbild! — traditionslos eine völlig neue Plattform für die Grundlinien unseres Verhaltens gegenüber den andern Staaten gesucht werden kann und muß. Die ungeheure Gefahr, die bei dem Suchen nach solcher neuen Plattform auftaucht, ist die, daß das deutsche Volk der Versuchung, kleine Augenblicksvorteile nicht ungenützt zu lassen, erliegt und sich damit in eine Richtung begibt, die schließlich in einer Sackgasse endet. Das deutsche Volk ist in der Lage eines Kletterers, der sich vor die Aufgabe gestellt sieht, einen bisher unerstiegenen Dolomitgipfel zu bezwingen. Fast überall nur glatte, grifflose Felsen, deren Angehen den sicheren Absturz bedeuten würde! Aber zwischen diesen winken vielleicht im Laufe des Anstiegs in nächster Nähe einige gute Tritte, die den Kletterer ein Stück in die Höhe bringen; aber je weiter er steigt, desto schwieriger wird auch dieser scheinbar einzige Weg, und schließlich endet der Versuch ohne Erreichung des Zieles, während möglicherweise unfern jener ersten guten Tritte ein paar allerdings sehr schwierige Gänge, die höchste Anstrengung aller Muskeln verlangen, eine andere Anstiegroute erschließen, die den Gipfel zu bezwingen ermöglicht. Das schwierigste Problem deutscher Außenpolitik wird auf jede absehbare Zeit die Beziehung zu Frankreich sein. Wenn Politik die Kunst ist, das im staatlichen Leben Mögliche zu erreichen, so wird es an erster Stelle darauf ankommen, den Rahmen zu erkennen, innerhalb dessen die politischen Möglichkeiten liegen. Diesen liefert, soweit er nicht überhaupt nur der intuitiven Erfassung der ganz großen unter den Staatsmännern zugänglich ist, neben anderen Wissenszweigen die Geopolitik, und so ist die Betrachtung der geopolitischen Grundlagen, auf denen das Verhältnis von Deutschland zu Frankreich ruht, von hohem Wert.

Durch seine Lage befindet sich Frankreich fast ausschließlich in einem schlechterdings unausgleichbaren Vorteil vor Deutschland. Im Rahmen Europas besitzt Frankreich eine ausgesprochene Randlage: Auf seiner biskayischen



Front hat bisher kaum ein politischer Druck gelastet. Ein solcher könnte erst dann eintreten, wenn sich von Amerika her geopolitische Druckkräfte über den Ozean herüber entwickeln sollten; der usamerikanische Kapitaldruck kann aber kaum in diesem Sinne gewertet werden, da er nicht raumgebunden ist. Auch die Pyrenäenfront kann als druckfrei gelten. So hat Frankreich einen Rücken. Selbst die Seiten, die Alpenfront, die Mittelmeerfront, ja sogar die Kanalfront werden — von kurzen Ausnahmezeiten abgesehen — seit dem Ende der Napoleonischen Zeit nicht mehr als gefährdet gefühlt, und so schaut Frankreich starr und wie in einer Psychose gebannt nach Nordosten, auf das Deutsche Reich. Dieses ist das Land ohne Rücken, der einzige große europäische Staat in ausgeprägter Mittellage. Wie ich im Augustheft des ersten Jahrgangs der Zeitschrift für Geopolitik ausgeführt habe, hat diese Mittellage im Laufe der deutschen Geschichte meist eine unglückliche Auswirkung gefunden, und doch erforderte zu allen Zeiten und erfordert noch heute ein wahres europäisches Gleichgewicht ein starkes Deutsches Reich, das allein der „balance of powers" die zentrale Ruhelage zu geben imstande ist. Während des Weltkriegs ist die europäische Mittellage zu einer planetarischen geworden, und diese Situation hält auch in der Nachkriegszeit an, obwohl Deutschland, das zuvor im Brennpunkt politischen Weltinteresses und Welthasses stand, seither in den Schatten gerückt ist, und obwohl sich auf der Gegenseite des Erdballs eine neue Zone größter politischer Reibungsflächen zu entwickeln beginnt. Sollte der Zerfall der Welt in einen osteurasiatischen Block und einen Block der angloamerikanisch-französischen Ausbeutungsmächte vollständig werden, so wird die planetarische Mittellage das deutsche Volk vor die folgenschwersten Entscheidungen stellen, aber sie wird ihm gleichzeitig eine gewisse Freiheit des Handelns wiedergeben. Die beiden vorhergehenden Leitaufsätze haben diesen Gedanken vom russischen und vom ostasiatischen Standpunkt aus umrissen. Bei Abwägung der zukünftigen Beziehungen Deutschlands zu Frankreich wird ihm ebenfalls eine hervorragende Bedeutung zukommen.

Zur Mittellage, die das Deutsche Reich zum nachbarreichsten Staat Europas macht, kommt die Zwischenlage, die ihm im weitgeöffneten Osten die Anlehnung an eine Naturschranke, wie sie hier erst der Warägische Grenzsaum darstellen würde, vorenthält, und die ihm auch im Westen im Bereich des Arelatisch-Lothringischen Grenzsaums, kein von vornherein scharfes Ziel für ein Raumerfüllungsstreben geben konnte. Dagegen ist Frankreich, allein von seiner Nordostgrenze zwischen Schweizerjura und Kanalküste abgesehen, überall von ausgeprägtesten Naturschranken umgeben. War doch schon das „Gallien" Cäsars ein allgemein anerkannter, im Bewußtsein des Altertums scharf umrissener geographischer Begriff, ganz im Gegensatz zum „Großgermanien" der gleichen Zeit. Diese straffe Zusammenfassung des Landes



durch Naturschranken mußte der Ausbildung einer einheitlichen Nation und eines zentralistisch regierten Staates förderlich sein, während die deutsche Zwischenlage eine klare Zielsetzung und Stetigkeit der großen Politik ungemein erschwerte.

Und schließlich hat sich für Deutschland seine mehr binnenländische Lage immer wieder als ausschlaggebend erwiesen. Sie zwang es, die Stöße asiatischer Nomadenvölker, der Avaren, Madjaren, Mongolen, Türken mit seinem Leibe aufzufangen und sich damit zum Schildträger seines westlichen Feindes zu machen. Und heute ist es der bolschewistischen Gefahr des wieder asiatisch gewandelten russischen Riesen unmittelbarer ausgesetzt als jener. Zugleich ist ihm der offene Weg zum Weltmeer versperrt. Der Seeweg nach draußen führt an Frankreichs Küsten vorüber und kann völlig blockiert werden. Seine Möglichkeiten, in ein weltumspannendes Spiel der politischen Kräfte einzugreifen, sind stets geringere als die Frankreichs. Umgekehrt kann dieses, das kraft seiner Lage an zwei verkehrsbelebten Meeren frühzeitig zur Kolonialmacht emporwuchs, planetarische Kräfte in Fülle im Kampf mit dem Deutschen Reich in die Wagschale werfen. Das deutsche Volk darf diese kontinentale Grundlage seines Daseins nie vergessen. In einem — irgendwie gearteten — Schutzvertrag mit seinen maritimen westlichen Nachbarn würde es schon aus dieser Lage heraus stets die Rolle des geknebelten Partners spielen.

Die Oberflächengestalt des deutschen Raumes ist gänzlich verschieden von der des französischen. Allerdings sind beide auf den Dreiklang: Hochgebirge, Mittelgebirge, Flachland gestimmt. Aber wie viel günstiger ist die Anordnung dieser in Frankreich als bei uns! Dort zwischen Alpen und Pyrenäen die breite Lücke, die Mittelmeerklima und Mittelmeervegetation von Süden hereinläßt, hier im Anschluß an eine rauhe Hochfläche eine Hochgebirgsmauer, die aber immerhin nicht durchgangslos genug war, um die Römerzüge der deutschen Kaiser unmöglich zu machen. Dort, von dem leicht umgehbaren französischen Zentralplateau abgesehen, ein niedriges, schmales und vor allem mit vorzüglichen Pässen ausgestatteter Mittelgebirgszug, hier im Süden eine breite Kästelung in Einzelbecken, im Norden gar eine machtvolle Mittelgebirgsschwelle, die nur von wenigen Strömen in engen gewundenen Durchbrüchen gequert wird. Dort ein aus festem Gestein aufgebautes Flachland mit meist fruchtbarem Verwitterungsboden, hier ein glaziales Aufschüttungsflachland mit weiten Strecken unfruchtbaren Moor- und Sandbodens und schwer passierbaren versumpften Urstromtalungen. Das Höchste jedoch, was der französische Boden seinen Bewohnern an günstiger Gliederung bietet, ist das Seinebecken. Schüsselförmig legt sich in ihm eine Gesteinsschale in die andere. Vom Tertiär in der Mitte bis zum Braunjura am Außensaum steigen die Gesteinsbänke jedesmal in allen Richtungen sanft an und



brechen schließlich in kreisförmig begrenzten Schichtstufen gegen die älteren sich nach außen anschließenden Schichten ab. Besonders ausgeprägt sind diese Schichtstufen im Ostsektor. Namen wie Champagnehöhen westlich von Reims, Chemin des Dames — Argonnen, Lorettohöhe — Côtes Lorraines — Priesterwald, Höhen von St. Privat-Gravelotte beweisen das. Sie machen den Kern des Seinebeckens, die „Ile de France", zu einer großartigen natürlichen Festung. Nur die bitterste Not der Selbsterhaltung konnte die Deutschen dazu zwingen, diese Festung in drei furchtbaren Kriegen zu berennen. Trotzdem bietet das Seinebecken für den Verkehr in Friedenszeiten keine Hindernisse. Denn die Flußtäler durchbrechen die Stufen: die untere Loire, die obere Loire und ihre Fortsetzung, der Loing, die Yonne, der Armançon, die obere Seine, Aube und Marne, die Aisne und Oise, die untere Seine, sie alle bilden einen Strahlenfächer und konzentrieren die Straßen im naturgegebenen Mittelpunkt des Seinebeckens, in Paris. Von ihren äußeren Enden führen die oben erwähnten leicht gangbaren und schon im 17. Jahrhundert kanalisierten Pässe ins Rhonegebiet, und die oft umkämpfte breite Senke von Poitiers schließt das Garonnebecken ans Seinebecken. So ist Paris aus der Hauptstadt des Seinebeckens zur Metropole Frankreichs geworden.

Diese Verkehrsgunst des französischen Raumes fand frühzeitig ihren geopolitischen Ausdruck. Schon die römische Verwaltung war zentralistisch und gönnte den eben romanisierten Keltenstämmen nicht das freie Ausleben eng gebundener Stammesart, in dem sich die Deutschen im freien Germanien gefielen. Auf den Trümmern der römischen Provinzen Galliens errichteten die Franken ihr Königtum. Sie sind auf dem europäischen Festland das einzige germanische Volk der Völkerwanderungszeit, dessen Gründung außerhalb des heutigen deutschen Sprachbereichs Bestand hatte. Sie wurden aus einem Stammesverband zu einem Staat in dem Augenblick, als sie den letzten Rest römischer Herrschaft in Gallien, das Reich des Syagrius, eben das Seinebecken, eroberten und damit römische staatsrechtliche Einrichtungen übernahmen. Nachdem der Vertrag von Ribemont (880 n. Chr.) die Grenze zwischen dem Westfränkischen und Ostfränkischen Reich in den Arelatisch-Lotharingischen Grenzsaum gelegt hatte, folgt für ersteres eine fünfhundertjährige Periode innerer Sammlung, während in Deutschland die Rompolitik der deutschen Könige und Kaiser in scharfem Widerstreit zu der östlichen Kolonisationspolitik gewisser mächtiger Lehensfürsten steht. Das erbliche Königtum der Kapetinger, deren unmittelbares Kronland ursprünglich im Seinebecken lag, vermochte die Macht der Grandseigneurs zu bändigen. Denn es konnte sich auf die frühzeitig auf römischer Grundlage erblühten Städte und auf den Klerus stützten, der nicht in dem Maße wie in Deutschland weltliche Hoheitsrechte besaß, so daß ein Investiturstreit gegenstandslos gewesen wäre. So kam außerdem für das fran-



zösische Königtum das Streben nach der römischen Kaiserkrone von vornherein nicht in Frage, besonders nicht, nachdem 1032 das Deutsche Reich das Königreich Burgund gewonnen und durch diese Westalpenstellung Frankreich von Italien abgeschlossen hatte. Unter den Valois setzt sich diese Entwicklung fort. Es wird eine Reichssteuer, die Taille, eingeführt und mit ihrer Hilfe ein stehendes Heer geschaffen. 1438 wird durch die pragmatische Sanktion von Bourges eine Nationalkirche begründet. Der in Frankreich schon im 13. Jahrhundert einsetzende Absolutismus hat diese Vereinheitlichung und Zentralisierung begünstigt. Gewiß hat auch die furchtbare Not, in die Frankreich durch den Einfall der Engländer kam, diese Entwicklung gefördert. Aber unverkennbar haben ebenso die geographischen Verhältnisse des französischen Raumes ihren beachtenswerten Anteil. Unter Ludwig XI., etwa um 1470, ist der französische Raum vom französischen Königreich gefüllt. Schon vorher, etwa zur Zeit der Jeanne d'Arc, ist in der Hauptsache die französische Nation fertig. Als die Wirren der französischen Revolution für kurze Augenblicke eine innerpolitische Spaltung zu bringen drohten, da zerschlugen die Jakobiner mit feinem geopolitischen Instinkt die Gouvernements des Ancien Régime, die landschaftlich abgegrenzt waren, in die politisch-geographisch sinnlosen 87 Departements, die sie alle einzeln an Paris banden. So steht Frankreich seit 1500 in bewundernswürdiger Einheit da, bereit zu Schlägen nach außen.

Solche Schläge führt es nur bis 1659 und von 1808 bis 1813 nach Süden. Und wenn es nach Südosten schlug, so geschah das zum Teil nur, um im Nordosten zu gewinnen. Napoleon eroberte 1796 den Mittelrhein an der Etsch. Mit der ganzen Leidenschaft, die die Sucht nach der Hegemonie über ganz Europa entflammte, warf sich das französische Volk auf die Grenze seines Raums, die den Anlauf am wenigsten hemmt, den lothringischen Grenzsaum. Winkte hinter diesem doch außerdem der Strom, den Cäsar zu Unrecht Gallien als Grenze gesetzt hatte, und den das französische Volksempfinden ebenso zu Unrecht als die „natürliche Grenze" seines Wohnraums betrachtet, der Rhein. Mit Recht betont Stegemann: „Der Besitz des Stromes verleiht von jeher jedem von Süden oder Westen kommenden Eroberer die Macht über die ganze Zone Mitteleuropas . . . ., während der rechts des Rheins unmittelbar an seinen Ufern hausende Bewohner des (ganzen) Stromlandes bedarf, um frei und unabhängig zu leben. So wurde der Kampf um den Rhein der im Westen Europas aufgekommenen französischen Nation zur politischen Leidenschaft, den in der drangvollen Mitte siedelnden Deutschen aber zum geschichtlichen Schicksal."

Es dürfte sich erübrigen, die Parallele durch ausführliche Behandlung Deutschlands voll auszuziehen. Hier geht die Entwicklung, nicht zum wenig-

sten auf Grund der Kästelung und Zwischenlage des deutschen Raumes, fast 1000 Jahre langsam abwärts; Ausgeprägte Art der Stammesherzogtümer, Wahlkönigtum, keine Reichssteuer und kein stehendes Reichsheer, Versuch des Königtums, sich auf die von Natur zentralistisch eingestellten geistlichen Fürsten zu stützen und im Gefolge Kampf mit dem Papsttum, der die Deutschen in einen fremden Lebensraum hineinlockt und daher auf die Dauer fruchtlos bleibt. Dadurch Vernachlässigung und häufige Unterbrechung der Ostkolonisation, was zu einer höchst unglücklichen Endlage der dortigen Sprachenverteilung führt. Geringer Instinkt der Deutschen für großräumige Politik, daher Sitte der Erbteilung und Zerspaltung in eine Unzahl von winzigen Herrschaften. Der zu spät einsetzende Absolutismus kommt nur diesen, nicht dem Reich zugute. Erst vom 17. bis 19. Jahrhundert entwickeln sich in den beiden Flachländern des deutschen Bodens, dem Norddeutschen Tiefland und der Oberdeutschen Hochebene, staatliche Gebilde größeren Umfangs und kraftvoller Art, Preußen und Bayern, und es bedurfte eines Bismarck, um die Deutschen endlich zur Nation zusammenzuschweißen. Religiöser Zwiespalt und kriegerische Glaubenskämpfe, während in Frankreich Heinrich IV. mit der Bemerkung: „Paris vaut bien une messe" zum Katholizismus zurückkehrt und damit die Glaubenseinheit seines Volkes neu begründet. So trat Deutschland unter sehr ungünstigen Vorbedingungen in den nunmehr reichlich 400 Jahre währenden Kampf um den Rhein.

Diesen führte Frankreich aus der Seinefestung heraus mit zwei Stoßrichtungen: einmal durch das aufgelöste Ende des Lotharingischen Grenzsaums, die Hennegaulücke, hindurch auf das flandrische Glacis hin mit dem Ziel, die Rheinmündungen zu erreichen und gleichzeitig Großbritannien zu flankieren, das andere Mal in der Richtung des geringsten Abstandes seines Eigenraumes von dem Strom: durch Lothringen und die Zaberner Lücke zum Elsaß, während das schwer gangbare Mittelstück, das Rheinische Schiefergebirge mit seinen gewundenen Talschluchten, dann der beiderseitigen Umfassung erliegen mußte.

Nach dem wuchtigen deutschen Gegenstoß von 1870 steht Frankreich jetzt wie vor 120 Jahren wieder am Ziel seiner ehrgeizigen Expansionspolitik: Es beherrscht das Stromgebiet faktisch von Basel bis Emmerich und hat damit die Hegemonie auf dem europäischen Festland. Vom Niederrhein und Ruhrgebiet drückt es auf die deutschen Nordseehäfen, aus dem Raum um Koblenz heraus auf die westlichen der Verbindungen zwischen Nord- und Süddeutschland, aus der Mainbucht heraus droht es, den Verkehr zwischen beiden völlig zu erdrosseln, und aus dem Raum von Kehl heraus hat es uns zeitweilig die Linien nach der deutschen Schweiz abgeschnitten. Jeder Deutsche fühlt es heute am eigenen Leibe, daß Frankreich mit dem Rheingebiet das ganze Reich



beherrscht. Gerade deswegen kann der Kampf um den Rhein nicht zu Ende sein. Ihn aufgeben hieße für das deutsche Volk sich selbst aufgeben.

In die dunkle Nacht unserer Ohnmacht leuchten der Sehnsucht nach einer Wiedererlangung des bislang reichsdeutschen Rheingebietes drei schwache Hoffnungsstrahlen. Der Gegner, der heute mit gepanzerter Faust, mit Tanks, Ferngeschützen, Giftgasen und Fliegergeschwadern das deutsche Volk drückt, ist in eine gewisse Erstarrung und Unbeweglichkeit seiner militärischen Haltung getreten. Nicht mehr das stürmische Draufgängertum der französischen Revolutionszeit! Zwar grausam drohende Gebärde, die gewiß durch die ungeheuren maschinellen Machtmittel Bedeutung genug für uns hat, aber doch sinkende Volkskraft dahinter! Allein von 1913 bis 1921 ist die Bevölkerungsdichte Frankreichs von 74 auf 71,2 gesunken, seine Gesamtbewohnerzahl hat sich trotz der Einverleibung des dichtbevölkerten Elsaß-Lothringen in der gleichen Zeit verringert. Daher der immer stärker werdende Anteil der Farbigen im französischen Heer. Die Eingeborenen-Truppen machen heute schon mehr als ein Viertel des Gesamtheeres aus, die Infanterie enthält nicht mehr 50% weiße Franzosen. Bereits liegen in vielen Dutzenden von Garnisonen des französischen Machtbereiches Berber und Araber, Neger vom Senegal und aus Madagaskar, Gelbe aus Annam und Tonking. Die Franzosen werden diese Farbigen nur dann auf die Dauer als eine in ihrem Interesse schlagkräftige Truppe betrachten können, wenn sie ihnen die Überzeugung beizubringen verstehen, daß sie für ihre eigene Sache stehen und fallen. Das dürfte allein auf Kosten einer rassischen Verschmelzung, nicht, wie heute üblich, nur durch gelegentliche Verleihung des Bürgerrechts an Afrikaner durchführbar sein. Eine solche aber wird sich Frankreich noch wohlweislich überlegen. Es würde ein Problem heraufbeschwören, in dem es nicht nur die Anglo-Amerikaner, sondern fast die ganze europäisch beeinflußte Welt sich gegenüber sehen würde. So dürfte der immer wiederholte Schrei Frankreichs nach Sicherung nicht nur eine politische Geste sein. Es steckt die bitterernste Sorge dahinter, den Einbruch in den deutschen Raum nicht auf Jahrhunderte halten zu können.

In kapitalistischem Sinn hat Frankreich den Weltkrieg zusammen mit ganz Europa an Amerika verloren. Das Kapital ist aber heute mehr denn je die unbedingt notwendige erste Grundlage einer jeden expansiven Machtpolitik.

Schließlich steht das französische Volk in wirtschaftlicher Hinsicht an einem bedeutungsvollen Scheidewege: Will es das agrarisch eingestellte Rentnervolk bleiben oder ein fieberhaft arbeitendes, alle Gewinnmöglichkeiten bis zum Äußersten ausnützendes Industrievolk werden? Geht es den alten Weg

weiter, so wird es ihm Mühe kosten, technisch auf der Höhe zu bleiben, die die Aufrechterhaltung der Hegemonie erfordert. Wählt es aber den zweiten, so werden ihm schwere soziale Kämpfe bevorstehen, wie sie Englands Wirkungskraft hemmen und Deutschlands Fall mitverschuldeten.

Bismarck sagt in seinen „Gedanken und Erinnerungen“: „Jede Großmacht, die außerhalb der Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, die periklitiert außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin.“ Frankreich hat diese Mahnung bisher nie anerkannt, wird sie entsprechend der ganzen psychischen Einstellung seines Volkes nach menschlichem Ermessen auch nie verstehen. Deshalb wird das deutsche Volk das Stromgebiet des teuren deutschen Rheines, ohne das es nicht Herr in seinem Lebensraum ist, nie mit Frankreich, sondern nur gegen Frankreich wiedergewinnen können.

GEORG JULIUS VON SCHULTZ: DIE STRÖME IN POLITISCHER BEZIEHUNG ODER DIE VIER OFFENEN SCHÄDEN EUROPAS.

Dr. Georg Julius von Schultz, Kaiserl. Russ. Staatsrat und politischer Schriftsteller (Pseudonym Dr. Bertram) wurde im Jahre 1808 zu Reval als Sohn des dortigen Domprobstes geboren. Er studierte Medizin in Dorpat, trat in den Staatsdienst, war Assistent von Pirogoff und Konservator an der Kaiserl. Akademie der Wissenschaften. 1857 gab er die medizinische Laufbahn auf, um sich ganz literarischer Tätigkeit zu widmen; er wurde später ins Ministerium des Innern berufen und zum Zensor in der Hauptpresseverwaltung ernannt. Schultz starb in Wien im Jahre 1875. Die nachfolgende Studie stammt aus dem Jahre 1857 und ist natürlich vom russischen Gesichtspunkte aus geschrieben. Ihre Veröffentlichung rechtfertigt sich dadurch, daß die hier geäußerten Gedanken auch für die Gegenwart nicht ohne Belang sind. E. Obst.

Ein inneres Kranksein zehrt am Mark nicht weniger Völker Europas. Es verrät sich in einer fieberhaften Spannung, einem fortdauernden Unbehagen und in periodischen Erschütterungen. Die Bemühungen der diplomatischen und kriegerischen Heilkünstler halfen bis jetzt nichts. Weder palliative noch heroische Mittel schlugen an, weder Pulver noch Eisen. Eine der Grundursachen dieser schleichenden Krankheit scheint entweder unerkannt, oder man ignoriert sie geflissentlich; denn wir finden ihrer in politischen Schriften nicht erwähnt, und mehreren Redaktoren politischer Blätter, mit denen dieser Gegenstand besprochen wurde, erschien er als ganz neu.

Und dennoch treffen wir das nämliche Grundübel üerall dort, wo Unfriede, Unbehagen und eine gereizte Stimmung herrscht. Es ist die Absicht dieser Betrachtungen: in den brennendsten Fragen der Neuzeit, in den vier offenen Schäden Europas — wir meinen die polnische, orientalische, italienische und schleswig-holsteinische Frage — ein und dasselbe Grundübel nachzuweisen.

Indem wir uns auf die erste beste Karte von Europa und auf den bekannten historischen Gang der Staatenentwicklung unseres Weltteils berufen, behaupten wir, daß jene Krankheit der alten Welt unter anderem herrührt: von dem unnatürlichen, unrechtlichen, nach falscher Seite hin vorgeschrittenen und somit ungesunden Wachstum einiger Staaten und der hierdurch bedingten Verkümmerung ihrer Nachbarländer. Dieses verderbliche Wachstum aber zeigte sich in allen Jahrhunderten. Ein Volk nach dem andern trat eroberungssüchtig auf; eine Menge Fürsten, erhitzt durch die Lektüre von Cäsars Kommentarien,



oder das Leben Alexanders des Mazedoniers, strebten nach gleichem Ruhm. Dynastische Interessen verblendeten die Regierungen und verleiteten sie, in plumper Weise, durch List und Gewalt ungehörige Länder widernatürlich zu erwerben. Infolgedessen war eine gemeinsame Abwehr notwendig, und fast alle größeren Kriege, die Europa führte, waren Bemühungen der vereinten Völkerfamilie, solche unleidlichen Eroberungsgelüste in ihre Schranken zurückzuweisen. Man hatte damals — und leider wohl auch noch jetzt — nur rohe Begriffe von einer verständigen Staatenentwicklung. Es gibt aber eine berechtigte Vergrößerung, ein naturwüchsiges Arrondieren auf Nationalverwandtschaft, vorzüglich aber auf geographische Verhältnisse — also auf das Naturrecht — basiert; dagegen aber auch eine auf Faust-, Erbrecht oder Personalunion, also lediglich auf dynastische Interessen gegründete Vergrößerung.

Zum richtigen Verständnis kommt es zuvörderst darauf an, die Bedeutung der Ströme in der Politik zu erkennen und den Unterschied von Parallel- und Zentralströmen erst vollkommen festzustellen. Auf der mangelhaften Erkenntnis dieser Unterschiede beruhte jenes falsche Wachstum, und die Ruhe Europas wird nicht gesichert sein, bevor dieses Grundübel nicht erkannt und, wo nur immer möglich, beseitigt sein wird.

Zentralströme sind diejenigen Ströme, die wie Radien aus dem Zentrum eines Landes zu den Grenzen verlaufen, und zwar sprechen wir hier nicht von den Quellen oder nicht schiffbaren Flußanfängen. Ein Strom heißt eben jeder Fluß, von dem Punkte an, wo er schiffbar wird, bis zu seiner Mündung ins Meer.

Die Zentralströme Deutschlands wären somit: Rhein, Weser, Elbe, Oder, Donau.

In Frankreich: Seine, Loire, Garonne, Rhône.

In Italien: Po, Etsch.

In Rußland: Njemen, Düna, Newa, Dwina, Amur, Wolga, Don, Dnjepr, Dnjester (letzterer und der Njemen waren früher polnische Zentralströme).

In Polen: Weichsel.

Parallelströme dagegen sind solche, die nahe an der Grenze eines Landes, derselben parallel strömen. Sie werden parallel genannt mit Beziehung zum Nachbarland.

Auch solche Ströme bezeichnet man so, die zwei Länder scheiden.

Es folgt hieraus, daß mancher Strom eine doppelte Natur und Beziehung hat. Er ist Zentralstrom eines Landes und zugleich Parallelstrom in bezug zum Nachbarlande. Der Rhein z. B. ist ein Zentralstrom Deutschlands, aber zugleich Frankreichs Parallelstrom. Der Po, Zentralstrom des Königreichs Sardinien, ist Österreichs Parallelstrom. Die deutsche Elbe ist Dänemarks



Parallelstrom. Die polnische Weichsel ist Rußlands Parallelstrom. Bei schmalem Flußgebiete kann ein Strom nach zwei Seiten hin Parallelstrom sein. So ist die untere Donau der Parallelstrom sowohl von Rußland als von der Türkei.

Wir hegen nun die, auf geschichtliche Tatsachen und nicht etwa auf müßige Hypothesen gegründete Überzeugung, daß jedes Volk, das seine Selbständigkeit sich bewahren und zu einer naturwüchsigen Entfaltung seiner ihm eingeborenen Lebenskraft, zu dem höchstmöglichen Lebensalter und zur inneren und äußeren Freiheit gelangen will, es als eine Hauptaufgabe erkennen muß, sich des ganzen unteren Verlaufs und der Mündungen seiner erbbesessenen Zentralströme zu bemächtigen und es nicht zu dulden, daß eine fremde Macht in ihren Besitz gelange.

Wehe dem Volke, das diese Lebensaufgabe nicht rechtzeitig begriffen hat. Es geht politisch unter, es verkümmert, es zersplittert sich und wird der Spielball seiner Nachbarn. Die Geschichte ist da, um es zu beweisen. Man betrachte die Ströme in Polen, in Italien, in Deutschland, und man vergleiche! —

Aber nicht viel besser ergeht es dem Volke, das sich mit naturwüchsiger Entwicklung zentralstromab nicht genügen läßt, sondern sein Gelüste auch auf Parallelströme richtet, und nach dieser falschen Seite hin verwächst und auswächst. Es gewinnt eben nur an Dicke, nicht an Stärke, und es vergiftet sich selbst durch den Haß des unterdrückten, nicht assimilierten Nachbars.

Im Leben der Völker wie der Individuen gedeiht unrechtes Gut nur in den allerseltensten Fällen. Der erobernde Staat, der zu einem Parallelstrom vordringt, wird sofort als der allgemeine Feind der ganzen Europäischen Völkerfamilie betrachtet; nicht bloß der zunächst vergewaltigte Nachbar ist es, den ein solches Vorschreiten aufbringt; wie in einem Spiegel erscheint auch allen übrigen Völkern eine ähnlich bedrohliche Zukunft, und alles vereint sich zu gemeinsamer Abwehr.

Europa ist oft durch solche Invasionen heimgesucht worden. Wir wollen nur die in der neueren Geschichte betrachten.

Die Türken, nicht zufrieden mit ihrer natürlichen Grenze, dem Balkan, drangen nordwärts zu ihrem Parallelstrom, der Donau, vor und überfluteten Ungarn und Österreich. Nur die furchtbarsten Siege und ein immer dreisteres Vorschreiten des Erbfeindes der Christenheit trieb letztere zu gemeinsamer Abwehr; die Macht der Türken wurde gebrochen, aber man ließ ihnen leider das Protektorat über die Donaufürstentümer, und hiermit war die Veranlassung zu den blutigsten Kämpfen der Neuzeit gegeben. Die Pforte mußte gedemütigt werden, weil kein Volk auf die Dauer in Europa geduldet werden kann, dem

das innere Rechtsgefühl abgeht. Auf dieses Rechtsgefühl ist die Existenz der Staaten begründet. Übermut und Faustrecht waren von jeher die Todeskeime der Staaten.

Unter Ludwig XIV. spielte Frankreich die Rolle der Türken weiter. Melacs Horden schritten zu Frankreichs Parallelstrom, dem Rhein, vor. Eine trostlose Verwirrung Deutschlands, zum Teil hervorgerufen durch den Nichtbesitz seiner Strommündungen, erlaubte den Franzosen, ungestraft sich ganzer deutscher Provinzen zu bemeistern. Aber durch die Eroberung des Elsaß gelangten sie zu ihrem Parallelstrom, und dieses war ein politischer Fehler. Denn, was sie an Land gewonnen, verloren sie an ehrlichem Namen. Mit dieser Provinz erhielt Frankreich eine böse Mitgift, den Haß Deutschlands und den Argwohn Europas. Zornig schaute Deutschland von nun an auf seinen habgierigen Nachbarn, wie auf einen Reichsfeind. Frankreich war zu seinem Parallelstrom widerrechtlich vorgedrungen und zog sich so den Verdacht endloser Eroberungssucht und eines wölfischen Raubtiercharakters zu. Und wie soll man da auch eine Grenze annehmen? Wer ist sicher vor einem Staat, der sich nach falscher Seite hin vergrößert, nicht sich arrondiert, sondern nur ausbreitet, nicht also weil er es muß, sondern weil er will! Frankreich war an den Rhein gelangt; aber was war sein Gewinn? Statt einer natürlichen Gebirgsgrenze hatte es eine Flußgrenze erlangt, und zwar das Bett eines Parallelstroms. Dies aber ist nie und nimmer eine gute Grenze. Ein Parallelstrom trennt nicht, sondern verbindet, er verschließt nicht, sondern eröffnet; die Grenze ist keine feste Mauer mehr, sondern eine offene Tür. Wollte sich Frankreich etwa durch den Rhein eine Tür nach Deutschland öffnen, so vergaß es, daß vom rechten Ufer zum linken es genau eben so weit ist, als vom linken zum rechten, und daß Deutschland diese Tür einst ebenso gut benutzen konnte, um einen Gegenbesuch abzustatten, wie denn auch in der Tat dies mehr als einmal geschehen ist. Die Einnahme von Paris war Deutschlands und Europas Antwort auf die französischen Rhein- und Überrheingelüste, und jedesmal wird Deutschland sich wie ein Mann erheben, wenn jene antiquierten Ideen wieder auftauchen sollten. Aber das wird nicht geschehen; denn die glänzenden Erfahrungen der Neuzeit haben den Franzosen bewiesen, daß man am mächtigsten ist durch Siege. Wer sich selbst zu beherrschen weiß, beherrscht zuletzt die ganze Welt durch das ethische Übergewicht. In einer Gesellschaft von Helden wird immer der Großmütigste König sein, d. h. derjenige, der sich zu mäßigen weiß. Frankreich ist jetzt unleugbar der Schiedsrichter in Europa und einem großen Teil von Asien und Afrika. Es hat sich jetzt durch weise Mäßigung die Sympathie der ganzen Welt erworben, wie es sich durch Übergriffe unter Ludwig XIV. und Napoleon I. den Haß der ganzen Welt zuzog. (1857!)



Auch Schweden hat eine Zeit lang Eroberungsgelüste gehegt. Das alte Waräger Blut wallte noch einmal auf, und Schweden bemächtigte sich deutscher und slavischer Flußmündungen von Wismar bis Newaschanz. Eine furchtbare Koalition war die Folge solcher Übergriffe, und der 20jährige nordische Krieg machte diesen Gelüsten ein- für allemal ein Ende. Schweden ist in seine natürlichen Grenzen zurückgegangen, und wer denkt jetzt daran, es zu beunruhigen? Wer dürfte es wagen, Schweden anzugreifen, ohne den Widerstand von ganz Europa zu erfahren? Hinwiederum — wer vermöchte in den blutigen Kämpfen Frankreichs gegen England, als es sich um den Besitz der westlichen Küstengebiete und der Zentralstrommündungen handelte, ein Unrecht zu sehen? Trotz der schrecklichsten Niederlagen, trotz Crecy und Azincourt schüttelten die Franzosen dennoch das unnatürliche Flußjoch ab, und von da an datiert Frankreichs wahre staatliche Selbständigkeit und gesicherte, trotz aller Revolutionen unerschütterlich fest begründete Stellung. Wie verschieden ist der Charakter dieser Kämpfe von dem der am Rhein geführten Kriege. Es ist wie Segen und Fluch, und wer sieht nicht ein, daß der Grund dieser Verschiedenheit in dem verschiedenen Charakter der Flüsse lag, und somit im Naturrecht, gegenüber dem Faustrecht.

Es gibt in Europa kein Land, das in Beziehung auf seine Flüsse und in der Geschichte seiner Kriege eine größere Ähnlichkeit mit Frankreich darbietet, als Rußland. Ganz so wie Frankreich kämpfte Rußland Jahrhunderte lang, um in den Besitz der Mündungen seiner Zentralströme zu gelangen. „Ich suche nicht Land, ich suche Wasser“, sagte Peter der Große, als man ihm vorwarf, er vergrößere das Reich, das bereits schon zu groß sei. Von der polnischen Grenze bis zu seinem Parallelstrom, der Weichsel, hin, verlangte Peter nie einen Fuß breit Landes. Aber schon lange vor Peter erkannten die Zaren, die Beherrscher eines Binnenlandes, aus welchem nach allen Weltgegenden hin Zentralströme sich ergießen, daß ein Volk die Mündungen seiner Ströme ebensowenig entbehren könne, wie der Hausherr den Schlüssel zu seiner Haustür. Und in diesem Sinne unaufhörlich strebend, erreichten sie endlich das große Ziel. Mit Peter waren die Ostseemündungen der russischen Zentralströme gewonnen, mit Katharina die Pontusmündungen. Unter Nikolaus ist die 1689 an China abgetretene Mündung des Amur zurückgewonnen, und mit ihr ist ein hundert Meilen weit schiffbarer Strom, die Pulsader des „tropischen“ Sibiriens, frei geworden und das große, stille Weltmeer erst jetzt eigentlich für Rußland erschlossen.

Und somit sehen wir bei den zwei ersten Großmächten Europas, Frankreich und Rußland, die nämliche Basis: Besitz der Flußmündungen. Der unparteiische Denker sieht in solchen Kämpfen und Erwerbungen weder Unrecht noch Eroberungsgelüste. Man kann es einem Volk ebensowenig verwehren,

zu seiner nötigen Mannesgröße aufzuwachsen, als jedem Individuum. Es ist eine zwingende Naturnotwendigkeit. — Daß die Natur Rußland eine Riesengröße beschieden hat, lehrt die einfache Betrachtung jeder geographischen Karte. Die Länge seiner Zentralströme ist das natürliche Maß seines Riesenleibes.

Bis so weit waren Rußlands Erwerbungen natürlich und segensreich, gerade wie die französische im Mittelalter. Als Beleg führen wir die Geschichte der deutschen Ostseeprovinzen Rußlands an. Schon im 9. Jahrhundert drängte die Naturnotwendigkeit die Russen stromab zur Ostsee. Großfürst Jurij gründete das erste feste Emporium in Livland, die Stadt Jurjew, von den Deutschen Dorpat genannt. Aber die Schwertritter trafen mit den Russen in gleicher Absicht zusammen. Sie gingen stromauf von Riga bis Kokenhusen und nahmen Besitz von der unteren Düna. Die Länder gingen nun aus einer Hand in die andere; Polen, Litauer, Dänen, Schweden und Deutsche kämpften jeder gegen jeden, und alle gegen die unglücklichen Aborigenen. Die Geschichte jener barbarischen Zeiten ist eigentlich nur die Erzählung einer langen Mordszene. Aber das Naturrecht behielt die Oberhand. Rußland eroberte unter Peter dem Großen sich definitiv seine Strommündungen, und seit dem Augenblick ist nie mehr eine Schlacht dort geschlagen worden, kaum hat der Fuß eines feindlichen Soldaten jenen von Blut getränkten Boden mehr betreten!

Der Schauplatz aller nordischen Schlachten wurde urplötzlich nach Polen und Deutschland verlegt, und 150 Jahre eines fortdauernden Friedens breiteten ihre Segnungen über die Ostseeprovinzen aus. Erst gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts veränderte Rußland seine bis dahin naturwüchsige Politik. Es schritt unter Katharina II. an Parallelströmen vor zur unteren Donau und oberen Weichsel. Wir müssen die Zustände dieser Flußgebiete erst betrachten, ehe wir über Katharina und ihre Bundesgenossen ohne weiteres den Stab brechen.

Der wahre Grund von Polens Untergang lag darin, daß diese Macht die Mündung ihres Zentralstromes nicht hatte behaupten können. Zuerst legten die deutschen Ordensritter, sodann deren Erben, die Kurfürsten von Brandenburg, sich auf die Mündungen der polnischen Ströme, und unaufhaltsam eilte nun Polen seinem weiteren Schicksal entgegen. Ein Haus, zu dem der Nachbar den Schlüssel hat, wird nicht lange bestehen. Preußen bot der Kaiserin Katharina zu ihren vielen Kronen noch eine an; sie hätte kein Weib sein müssen, um sie auszuschlagen. Hierzu kam, daß Polen durch die Unterbindung seiner Hauptader in tödliche Krankheit verfiel mit Irrereden und Tobsucht, so daß seine Nachbarn, zuletzt auf eigene Sicherheit bedacht, das „Finis Poloniae" wahr machten.



Die Welt sucht hartnäckig das ganze Gehässige dieses politischen Mordes auf Rußlands Schultern zu wälzen; wir sind der Ansicht, daß die Schuld an Polen selbst und ursprünglich an der Unterschätzung der Wichtigkeit seiner Strommündungen lag. Statt sich ostwärts nach Livland zum Parallelstrom Polens, zur Düna, auszudehnen und seine Kraft in nutzlosen Kämpfen mit Schweden und Rußland zu zersplittern, mußte Polen seine Zentralflußmündungen in Ostpreußen zu behaupten suchen. Dann konnte es in jeder Bedrängnis Hilfe zur See erhalten und gelangte überhaupt zu seiner naturwüchsigen Stärke, die immer respektiert wird. So aber, vom Meere abgedrängt, mußte es staatlich untergehen, zuerst durch deutsche, dann aber durch russische und deutsche Eingriffe. Wer aber hat nun eigentlich dabei gewonnen? Wir behaupten: Niemand! — Österreich und Preußen verloren mit dem Bestehen des Polenreiches eine Art lebendiger chinesischer Mauer gegen den russischen, bedenklich großen Nachbar. Eine solche Mauer neu aufzubauen, ist jetzt fast schon eine Unmöglichkeit; denn um ein lebensfähiges polnisches Reich zu gründen, müßte Rußland auf das ganze obere Weichselgebiet verzichten und Preußen dagegen ganz Westpreußen an das polnische Hinterland abtreten. Es würden zwar alle gewinnen; aber wer hätte schon jetzt — in dem noch so finsteren 19. Jahrhundert — den Mut, gerecht zu sein?! Wer ist schon gebildet genug, um mit Lamartine auszurufen: „Nation? Ein prächtig Wort für Barbarei!"

Welcher Preuße würde zugeben, daß Slaven — eine von Preußen beherrschte Nation — über eine germanisierte Provinz herrschen sollte? Das Übel scheint ein unheilbares zu sein, etwas Trauervolles, unentwirrbarer für den Verstand unserer Zeit, als die Rätsel der Sphinx. Polens Schicksal wird leichter werden, wenn das Leben der Nationen aufhören wird vom Leben der Dynastie abzuhängen und wenn überhaupt die Nationen sich nicht mehr schroff gegenüber stehen; es wird sich aufhellen, wenn verwandte Nationen statt sich zu bekämpfen und zu hassen — Konföderationen eingehen werden.

Hat Rußland etwa einen Nutzen von Polens Besitz? Wir sagen: Nein! — Polen ist der Krebsschaden Rußlands. Wie von einem Aftergewächse aus schädliche Potenzen den ganzen Organismus vergiften, so wirkten tausende von polnischen Pessimisten in den russischen Bureaus als Beamte nachteilig, oder in der Armee als Überläufer und von dem größten Teil Europas gerechtfertigte Spione. Die tapferen Taten der größeren Menge von polnischen Kriegern in der russischen Armee können das Unheil, was jene brachten, nicht gut machen. Und wer waren die Prediger eines allgemeinen Kreuzzuges gegen Rußland anders, als die Emigranten von 1831? Keine Mittel, auch nicht die jesuitischen, wurden unversucht gelassen, um die öffentliche Meinung Europas bis zur Russophobie aufzustacheln. Diese gereizte Stimmung

fand dann ihren Ausdruck im letzten denkwürdigen Kriege, der nach unserer Meinung unter mehreren wichtigen Resultaten den großen Erfolg gehabt hat, Rußland von einem falschen Wege, von seinem Parallelstrome, der Donau, abzudrängen.

Von der Polnischen Frage wendet sich der Blick gern zur Betrachtung der Donaufrage, weil hier die Zukunft heller scheint und der menschliche Verstand sich eine glückliche Zukunft für die Donaufürstentümer leichter zu konstruieren vermag. Auch hier reduziert sich alles auf unser Axiom von Zentral und Parallel. Es ist deutsches Wasser, was durch die Donaumündungen in den Pontus strömt. Die Donau ist ein deutscher Zentralstrom, und alle Reibungen und Europa erschütternden Kämpfe zwischen Rußland und der Pforte an ihrem gemeinsamen Parallelstrom werden nicht eher aufhören, als bis der säumende Hausherr endlich sich des Schlüssels seiner Haustür bemächtigt. Dieser Hausherr ist Österreich. Alle schwankende Politik, alles Suchen nach neuen Bundesgenossen, die isolierte Stellung und relative, ganz unerklärliche Schwäche Österreichs beruht auf seinen dynastisch zusammengewürfelten, ganz diametral entgegengesetzten, slavischen, deutschen, ungarischen und italienischen Elementen, aber noch mehr auf dem Mangel an naturwüchsigen Grenzen. Österreich besitzt, was ihm schadet, und entbehrt, was ihm nützt. Es steht an seinem Parallelfluß, und ist von der Mündung seiner Zentralflüsse ausgeschlossen.

Der Unparteiische darf vor den Tatsachen nicht die Augen verschließen. Der Besitz der Lombardei ist nie und nimmer durch eine gesunde Politik diktiert, sondern nur durch dynastische, antiquierte und sehr bald obsolete Ideen. Der Besitz der Pomündung ist von jeher Österreichs Achillesferse geworden. Für Sardinien ist der Besitz seines Zentralstromes bis zur Mündung eine Lebensfrage und für Österreich, wie für Frankreich ist es gleich wichtig, daß ein selbständiger, starker Staat von weniger zweitem Range in Oberitalien Platz greift. Nur die Schwäche Norditaliens war der Grund der endlosen Kämpfe zwischen Österreich und Frankreich. Die gesegneten Fluren der Lombardei werden nicht mehr Kampfplatz dieser Nationen sein, sobald das Königreich Sardinien in naturwüchsiger Berichtigung im Besitz seiner Strommündungen ist. Die erobernden Völker gleichen Aasgeiern. Nur das Lebendige wird respektiert.

Wenn Österreich Italien aufgibt und durch die Donaufürstentümer entschädigt würde, so wäre die orientalische und italienische Frage mit einem Schlage gelöst, und der wichtigste Schritt geschehen zum fundamental gesicherten Gleichgewicht in Europa. Das jetzige Gleichgewicht Europas gleicht aber einer Masse von zerbrechlichen Glaswaren, die ein Jongleur auf der Nase balanciert. Die Operation geht leidlich von statten, wenn geschickte Diplo-



maten den Kabinetten der Großmächte vorstehen; aber bei nur einigermaßen weniger kaltblütigen Lenkern des europäischen Geschickes ist jeden Augenblick das Ärgste zu befürchten. Das Gleichgewicht in Europa kann nur dann unzerstörbar begründet werden, wenn die Staaten nach dem Naturrecht arrondiert werden, und aufgeben, was sie nur in Folge von Faustrecht besitzen. Für die Donaufürstentümer wäre es ein Segen, unter christliche Oberhoheit zu gelangen. Die Türkei, auf ihre natürliche Balkangrenze gewiesen, würde plötzlich ihrem gefährlichen nordischen Nachbar entrückt, und in ihren natürlichen Grenzen würde sie nie weiter beunruhigt werden. Eine österreichische Flotte würde auf dem Pontus erscheinen und jede Furcht vor einer Suprematie im Schwarzen Meer würde aufhören. Eine vernunftgemäße enge Verbindung dieser drei Staaten, deren Interessen am Schwarzen Meere identisch sind und daher Hand in Hand gehen müssen, würde dem Orient Ruhe und Frieden schenken. Vor allem müßten dann die Türken aufhören, den Einflüsterungen der Franzosen und der Engländer Gehör zu geben. Die Geschichte lehrt, daß die Ratschläge dieser beiden westlichen Freunde nie der Türkei genutzt haben. Dieses Reich — oder sagen wir ein Reich, das am Bosporus selbständig und im Frieden herrschen will, muß der Pförtner und Freund von Rußland und Österreich sein.

Deutschlands politische Schwäche, ja selbst seine Zersplitterung, hängt großenteils mit dem Nichtbesitz seiner Flußmündungen zusammen. Man kann das nicht einen Besitz nennen, wenn ein schwacher Freistaat, und wenn es auch ein deutscher ist, eine deutsche Flußmündung beherrscht. Das ist nur ein Hindernis, Hamburg ist mehr englisch als deutsch. Oder war es etwa Pietät für das Andenken an die altersgraue Hansa, die den Wiener Kongreß zu der zarten Aufmerksamkeit bewog, die staatliche Existenz der drei Hansestädte zu dekretieren? Wer erkannte nicht, daß russische, englische und selbst österreichische Eifersucht im Spiele war? Man wollte offenbar die Entstehung einer deutschen Flotte verhindern. — Die preußischen Wälder mußten von den Häfen Norddeutschlands sorgfältig geschieden werden! —

Will Preußen zu der ihm offenbar erreichbaren und naturwüchsigen Mannesgröße gelangen, so folge es dem Verlauf seiner Ströme und suche nach den geeigneten Mitteln, um die Uferländer der Ost- und Nordsee zu gewinnen. Im Jahre 1713 eroberte der Fürst Mentschikoff Stettin von den Schweden, trat aber diese, die Obermündung beherrschende Festung sofort an den natürlichen Herrn des Oderstromes ab, und wer möchte leugnen, daß Preußens Macht und Selbständigkeit dadurch einen Hauptpfeiler gewann? Ein wichtiger Teil seiner Lebensfrage war gelöst. Die kleinen deutschen Uferstaaten und Hafenstädte sind nicht im Stande eine Kriegsflotte zu bauen, und hindern nur das mächtige Binnenland daran. Beide Staatenreihen würden

durch eine Verschmelzung gemeinsamer Interessen nur gewinnen. Es gibt eine Ansicht von der Zukunft Europas, die mehr als Traum oder Vermutung sein dürfte, nämlich die der Konföderationen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in einer nicht sehr entfernten Zeit an Stelle der jetzigen europäischen Länderverhältnisse Konföderationen stamm- und naturrechtlich verwandter Völker auftreten dürften. Ein Streben, ein Ringen darnach gibt sich daher auf vielen Punkten kund und ist der Vorläufer der wirklich eintretenden späteren Ereignisse. Wir erinnern an den Skandinavismus und Panslavismus. Die Schweiz, selbst Deutschland und Nord-Amerika sind Beispiele bereits längst konföderierter Staaten. So wäre es denn auch nicht unmöglich, daß sich im Norden von Deutschland um Preußen als Kern alle protestantischen Staaten, unbeschadet des weiteren Verbandes mit dem südlichen Deutschland, konföderierten. Hannover, Oldenburg, die deutschen Hansastädte, die deutschen Anteile des jetzigen dänischen Gesamtstaates, sodann Mecklenburg und Preußen würden eine imposante und kompakte Masse bilden mit zwei Meeren und den schönsten Häfen.

Wie durch einen Zauberschlag würde in beiden Meeren auch eine deutsche Flotte entstehen und Norddeutschland, zu dieser großen Idee allein konföderiert, würde den hemmenden Widerstand des dabei wenig oder garnicht interessierten Süddeutschen los geworden sein.

Wenn so für alle deutschen Flüsse Aussicht vorhanden ist, daß ihre Mündungen einst in den vollgültigen Besitz des germanischen Volkes gelangen werden, so ist das beim Rhein nicht der Fall. Es gibt ein historisches Recht, daß der konsequenten Durchführung unserer Theorie entgegentritt. Die Mündung des Rheins ist für Deutschland verloren, obgleich es damit auch die Aussicht aufgeben muß, die erste Großmacht Europas zu sein. Holland ist einmal da und wird da bleiben, zumal es seine lästigen Flußgesetze gemildert hat, denn nur dann darf eine fremde Nationalität im Besitz der Flußmündungen bleiben, wenn sie der natürliche Verbündete des Binnenlandes ist und den Besitz der Mündungen nicht zum Schaden des eigentlichen Flußherrn ausbeutet.

Betrachten wir nun schließlich das in verzweifelten Zuständen befangene Schleswig-Holstein, so drängt sich uns dasselbe Grundübel auf, das wir schon bei den übrigen offenen Schäden Europas fanden. Dänemark ist in Deutschland eingedrungen und steht an einem Parallelstrom, der Elbe. Das Naturrecht ist hier mit Füßen getreten, vergilbte Pergamente, räuberische Erlasse sind die Gespenster, von denen ein edler deutscher Stamm sich beängstet und geknechtet sieht. Welch eine traurige Erbschaft aus der finstersten Zeit dynastischen Übermutes! Aber freilich wir sind ja erst im 19. Jahrhundert! — Angeerbte oder angeheiratete Völker in widernatürlichstem, unseligstem



Verbande aneinandergefesselt, heterogenste Naturen, feindseligste Stämme durch Personalunion zusammengeschmiedet und dadurch immer mehr zur tödlichsten Feindschaft aufgestachelt; Massen von Ländern, verschiedenartig durch Nationalität und geographische Konformation um ein dynastisches Interesse gruppiert — sollen eine europäische Macht gründen! Und auf einem solchen Status quo, auf dem Bestehensollen solcher Kolosse mit tönernen Füßen beruht also das Gleichgewicht Europas! —

Ein Staat ist nicht mächtig oder auch nur selbständig zu nennen durch vielerlei Länderbesitz, sondern durch naturwüchsige Kompaktheit, richtige Grenzen, Besitz seiner Zentralströme und Entferntbleiben von seinen Parallelströmen. Dänemarks Unglück ist der Besitz der deutschen Fürstentümer. Es verzehrt seine Kräfte und seine Moral — gerade wie ein Individuum — in dem Festhaltenwollen an widernatürlichem, unrechtmäßigem Besitz. Dänemark hat sich die traurige Aufgabe gestellt, in diesem Augenblicke die deutschen Fürstentümer zu danisieren. Diese Ehe ist eine unheilvolle für beide Teile und Scheidung die einzige Rettung. Die Grenzen der europäischen Staaten müssen revidiert werden!

Wer unsere Ansichten und Hoffnungen für Träume und Utopien hält, den ersuchen wir, irgend einen historischen Atlas zur Hand zu nehmen; er wird dann finden, daß die Grenzen der europäischen Staaten sich recht häufig verschoben haben. Will man etwa glauben, daß die Karte von 1857 eine definitive und unabänderliche ist? Aber man mag unsern Weltteil kolorieren wie man will, nicht eher werden die brennendsten Fragen gelöst und die offenen Schäden Europas geheilt sein, bevor man nicht die Bedeutung der Ströme in der Politik erkannt, den Unterschied zwischen zentral und parallel verstanden und die Staaten durch Austausch, Ablösung, Kauf oder auf jedem andern möglichen Wege naturgemäß arrondiert oder beschnitten haben wird.

Vor allem muß anerkannt werden, daß die dynastischen Interessen nicht identisch sind mit denen der Völker, daß den Nationalitäten und dem Naturrecht also mehr Rechnung getragen werden muß, und daß Gerechtigkeit zugleich die höchste Staatsweisheit ist.

KARL HAUSHOFER: „DIE EIGENART DER JAPANISCHEN STAATSKULTUR" VON DR. HANS UEBERSCHAAR.

Eine Einführung.

In langen Jahren des Krieges und Friedens hat Dr. Hans Ueberschaar — zurzeit Dozent für Psychologie und Deutsche Sprache an der medizinischen Akademie zu Osaka (einer werdenden Stadt- und Stiftungs-Universität von der Art der Hochschulen in Frankfurt, Hamburg und Köln) — die japanische Staatskultur und Volksseele, den Staatssinn des Inselvolkes zum Lieblingsgegenstand seiner freien Studien gemacht. Schon eine erste Schrift über die Stellung des Kaisertums in Japan (Borna-Leipzig 1912) hatte gezeigt, welche geopolitische Kompetenz der feine Beobachter sich damals schon errungen hatte. Seitdem ist in zwölf Jahren der Vertiefung die Frucht der Erfahrungen im Lande gereift und er schenkt uns an der Jahreswende (aus Vorträgen im Institut für Kultur- und Universalgeschichte zu Leipzig, während eines Europa-Urlaubs entstanden) auf nur 105 Seiten eines der besten geopolitischen Bücher unserer Zeit, das unter dem Titel: „Die Eigenart der japanischen Staatskultur", Eine Einführung in das Denken der Japaner, im Verlag von Theodor Weicher, Leipzig 1925 erschienen ist. Wir unterbrechen diesem Werk zuliebe die Reihe der Untersuchungen ans dem indo-pazifischen Gebiet, um auf diese Erscheinung aufmerksam zu machen, die mit einigen Karten Ostasiens und des Inselreiches und einer guten Landeskunde zusammen gelesen, eine völkerpsychologische Einsicht, eine geopolitische Durchdringung der fernöstlichen Insel-Großmacht ermöglicht, wie wir sie unsern Lesern sonst in vielen Einzeluntersuchungen mit ähnlicher Konzentration nicht nahe bringen könnten.

Als bester Weg der Einführung in den Gedankengang des Buches, soweit wir ihn geopolitischer Geistesarbeit nahebringen möchten, scheint mir zunächst eine Auswahl derjenigen Stellen, denen ich aus eigener jahrelanger Erfahrung und wissenschaftlicher Beschäftigung mit Japans Geopolitik rückhaltlos zustimmen kann, in denen sich also wenigstens zwei der leider nicht allzu zahlreichen deutschen Japan-Beobachter begegnen. Und vorweg sei gesagt, wie sehr wir wohl auch beide in einem Dritten übereinstimmen: in dem Wunsch, die groß angelegte Geschichte von Japan von Nachod mit würdigen Mitteln weitergeführt zu sehen (von der einstweilen nur der erste Band, die Ur-



geschichte, erschienen ist), da sie, wie wenig andere ähnliche Werke, zugleich der Erdkunde wie der Völkerpsychologie gerecht wird und den Staatswillen der Lebensform im Lebensraum enthüllt, und damit auf dem Wege über eine geopolitische Darstellung zu einem sehr notwendigen Hilfsmittel für die Kunst ostasiatischer Politik wird. Ohne ostasiatische Politik aus erster Hand kann aber heutzutage auch die Weltpolitik eines auf Europa mit seinem Staatsgebiet beschränkten, verstümmelten und entwehrten Volkes nicht bestehen, viel weniger sich aus dem Zusammenbruch wieder aufrichten.

Ueberschaar nimmt allerdings bei dem Aufbau seines Buches entweder viel eigene Erfahrung, voraus, auch bei Anderen als vorhanden an, oder doch die Schaffung einer namentlich landeskundlichen Grundlage, die sich der Leser auch aus anderen Arbeiten leicht holen konnte, etwa dem neuen Band aus der Jedermann-Bücherei von Lehmann oder Nachods, Rathgens, Reins und meinen eigenen Büchern.

Darum beginnt er bereits im 1. Abschnitt: „Japan und asiatische Gemeinschaft" mit starken Auftakten, die voraussetzen, daß der Leser eigentlich schon wisse, wie es geopolitisch in Japan, China und Indien und auf der anderen Seite des Pazifik aussieht!

„Die indisch-ostasiatische Welt stellt in dem naturhafteren Rhythmus ihrer Kultur, d. h. in der fleischliche und leibliche Bedürfnisse mehr berücksichtigenden Sitte und Moral der Familienverfassung sowie überhaupt der vitaleren Grundstimmung gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung, besonders auch der chinesischen Philosophie des Konfuzius oft gerade das Gegenteil der abendländischen Zivilisation dar. Aus den Tiefen dieses Gegensatzes und der durch ihn geschaffenen Verschiedenheit der Lebenshaltung entspringt letzten Endes die Abneigung Amerikas gegen die orientalischen Einwanderer. In der Frage der Einwanderung von Asiaten in die Vereinigten Staaten in dem Gesetze betr. den Ausschluß der Japaner offenbart sich auf Seiten Amerikas wohl weniger ein Rassenvorurteil, als vielmehr die Ablehnung einer eigenartkräftigen Kultur, die wegen ihres orientalisch-anspruchslosen Wesens die Löhne zu drücken vermag, die so gut wie keine Neigung zeigt, in die immer kräftiger werdenden Tendenzen zur Bildung einer amerikanischen Nation einzuwachsen, und deren vitale Fruchtbarkeit eben deswegen unbequem ist."

Dabei ist freilich schon die ganze erdkundliche Unterlage des geopolitischen Aufbaus der Frage vorausgesetzt und das schon darüber angelegte soziologische Obergeschoß mit dem vollen Umfang des bevölkerungswissenschaftlichen Problemteils konfrontiert, ohne daß über die Entstehung des Bevölkerungsproblems in Ostasien und seine Lösungsversuche durch die Staatsphilosophie die doch sehr nötigen anthropogeographischen Unterlagen gegeben wurden.

So geht es ohne diese eigentlich nötigen Erläuterungen weiter. „Nicht

Rassengegensätze, sondern kulturelle Unterschiede liegen dem ganzen Problem zugrunde, und zwar Unterschiede ....., die nicht einfach mit Gradabmessung des Begriffes standard of living und den Wertstufen höher und tiefer abgetan werden können .....“

„Die Abneigung der japanischen Seele gegen komplizierte und schwer bewegliche Wohneinrichtungen, gegen maschinelle und überreich mechanisierte Gebrauchsgegenstände, überhaupt gegen ausgesprochen technische Üppigkeit, der gerade das quantitative Denken des gespreizten Amerikaners mit besonderem Verständnis gegenübersteht, ist eine sehr bewußte, und in stolzer Selbstbescheidung seit Jahrhunderten gepflegte. Die „tiefere“, richtiger gesagt die „einfachere“ Lebenshaltung des Japaners ist, freilich nicht in allem, aber in manchem der Ausdruck des um so vieles älteren Kulturgeistes, der nach vollendeter Einfachheit der Form zu streben gelernt hat. Harmonie ....., Natürlichkeit im Verkehr der beiden Geschlechter, Nacktheit auf den Feldern ..... entsprangen zwar einmal dem starken malaiischen Einschlage der Rasse und ihrem ausgeprägt naturhaften Empfinden, werden aber heute im Bewußtsein des Gegensatzes altjapanischer Schlichtheit zur — wie man meint — übermechanisierten Abendlandskultur gepflegt. So mag manches primitiv erscheinen, was den Eingeborenen erstrebte ästhetische oder naturgemäße Einfachheit sein kann.“ Einverstanden! Man darf eben nicht vergessen, daß Japan schon dreimal im Ringen mit einer überlegenen und großenteils rezipierten Fremdkultur durch den Jungbrunnen nationaler Romantik und Erneuerung durchgegangen ist und dabei, im Gegensatz zu den frischgebackenen Vereinigten Staaten, manches gelernt hat, was es nicht ohne weiteres gegen deren junge, aufdringlich dargebotene Weisheit aufgeben will, — gerade als soziologisches Wesen, das eben doch mit seiner Geopolitik schon über zweieinhalb Jahrtausende geschichtlicher Erfahrung hinter sich hat, also zehnmal mehr als die Vereinigten Staaten!

„Japan, das der Künstlersinn unserer Reiseerzähler und Dichter trefflich als Land des Tees, der Blumen und des Fächers gepriesen hat (allerdings auch Frau Alice Schalek als das Land des Nebeneinanders!), ist trotz der duftenden Zartheiten seiner Kultur auch ein militärischer, machtpolitischer Staat, die führende Nation unter den Völkern des indo-pazifischen Erdgebietes .....“ Auch daran muß ich mit Ueberschaar, der sicher kein Imperialist gescholten werden kann, gegen manches neuere andere Urteil festhalten.

Dann folgen eine Reihe von Einzelheiten über das Verhältnis Japans zur panasiatischen Bewegung, die Ueberschaar, an der Quelle, ganz anders beobachten kann als wir im Westen, die wir sie mehr aus Andeutungen ahnen müssen; und Angaben über das Streben, die dem Westen verlorene „Harmonie



der Natur des Menschen mit der Gesellschaftsordnung" vor der „tötlichen Mechanisierung" zu retten!

Nun erst — nachdem die eigentliche These schon steht — kühn vorausgeworfen — versucht der II. Abschnitt den Begriff „Eigenart der Staatskultur" zu erklären, meisterhaft das Wesen östlicher „Eigenart" vom Scheine der westlichen Kopie trennend.

Aber dieser II. Abschnitt und der III., „Japans Aufstiegsmotive", müssen Wort für Wort gelesen und gewogen und mit eigenen Erfahrungen verglichen werden, um an die transzendente Seite „des gemeinsamen Glaubens an die Berufung des Volkes sowie an das gute Recht der eigenen Sache" heranzukommen, und so erst die unwägbaren Elemente der „Stoßkraft" der japanischen Staatskultur zu begreifen, die sie entfalten kann, wenn weise Führung dem ganzen Volk begreiflich macht, daß es sein Letztes nicht um kleine Ziele, sondern um die Fortdauer seiner Seele wagen muß!

Abschnitt IV über die „Wandlung der Vorstellung vom Staate" zeigt freilich, wie innerlich durchrüttelt und durch Hypnose der angelsächsischen Presse von außen her gefährdet einige der wichtigsten Tragteile der japanischen Staatsstruktur heute sind. Aber er zeigt auch, wie immer mehr das von außen Angeflogene auf seine Bodenbrauchbarkeit nachgeprüft, wie oft es dabei zu leicht befunden wird. Wie sehr gefährdet freilich auch dort die „reiche Differenzierung" den starken und opferfreudigen staatlichen Idealismus! „Avilir puis démolir" ist auch dort eine wohlbekannte Taktik: aber man hat vielleicht einer sehr gesunden geopolitischen Zusammensetzung des Volkskörpers gegenüber, mehr eine „volksgeistige Selbstbesinnung, eine Vertiefung" erreicht! So ist die „außenpolitische Kühnheit tatsächlich vor dem mächtigen Drucke Amerikas und der zuwartenden Stellung Englands in Zurückhaltung und in sehr nachgebende Kompromisse übergegangen".

Der Abschnitt V ist eigentlich das Hohelied des „sozialen Takts" gegenüber „der treibenden Unruhe des Abendländers als Drang zur persönlichen Gestaltung der ihn umgebenden Wirklichkeit, mit der er seit den Eiszeiten — wie keine andere Rasse von je im Kriege gelebt hat . . .". Es folgen dann überzeugende einzelne Erklärungen geopolitischer Natur, warum das christliche Abendland seine politischen Gemeinwesen so ganz wesensanders bildet, als die Ostasiaten ihre Ordnung der Gesellschaft: Societas als Basis der civitas! Vieles ist über die sinnengemäße rassevitale Regelung des Konfuzianismus gesagt worden (unter anderem ausgezeichnet von Schallmayer), aber selten so klar auf den heutigen Stand in Ostasien bezogen, selten so knapp auf die letzte Form in ihrer soziologischen und politischen Bedeutung gebracht worden, wie hier von Ueberschaar, dem Schüler Lamprechts, der Erdkunde, Geschichte und Staatswissenschaften so meisterhaft im abgewogenen Gleich-

maß und ausgeglichenen Recht zur Erklärung staatlicher Lebensform heranzuziehen weiß.

Im Hintergrunde aber steht die große Lehre von der Fernhaltung des Rassentodes als Hauptpflicht einer menschlichen Gemeinschaft, gleichsam „mechanisiert in das Rassengedächtnis eingegangen" mit den symbolischen Handlungen, den Ahnenopfern, die jener sinnengemäßen, rassevitalen Regelung gelten. Hier geht die Soziologie wirklich auf die Wurzeln in der Erde zurück und mit Geopolitik in ihrer erdgebundenen Forschung Hand in Hand.

Einen folgerichtigen Schritt weiter führt den Leser dann die VI. Untersuchung: Die Idee eines auserwählten Volkes bei Chinesen und Japanern und der Nationalglaube der Japaner. In der VII. wird endlich das verfängliche Gebiet des Ewigkeitsbegriffs einer an sich doch vergänglichen staatlichen Lebensform im japanischen Staatsrecht zu schildern versucht und die Leitung und Eindämmung anderer Ideale durch das Staatsideal, die sich vielleicht unbewußt am schärfsten verrät in dem von Ueberschaar zitierten Artikel 1 des japanischen Universitätsstatuts (von 1918!): „Die Universität hat die Aufgabe, Theorie und Praxis der Wissenschaften, die für den Staat förderlich sind, zu lehren und ihre gründliche Erforschung zu betreiben. Zugleich sind Charakterbildung und staatsbürgerliches Denken zu berücksichtigen." Eine verfassungsmäßige Bestimmung, wie etwa: die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei, gibt es in Japan nicht.

Die VIII. Untersuchung gilt der „Auswirkung des orientalisch gehaltenen Staatsideals besonders auf Arbeit und Lebensführung". Es leitet mit Streifblicken an der Gefahr des nationalen Fanatismus vorüber, die zuweilen mit leidenschaftlicher Glut emporschlägt, und geopolitisch eine Quelle des Gedeihens, wie im Übermaß des Ausbruchs eine solche des Verderbens werden kann. Dann werden, vielfach in feiner Beobachtung auf Klima- und Bodeneinflüsse zurückgeführt, Grenzen erkennbar, die der Arbeit und Lebensführung gezogen sind, bei denen der Einzelne hinter das Schrittmaß des Ganzen zurücktritt.

Abschnitt IX behandelt den männlichen Einschlag der japanischen Kultur: „Männliche Kulturgebarung" ist er überschrieben; das Vorgeltende des männlichen Anspruchs in der res publica hebt er scharf hervor: wie „im wesentlichen die Gefolgschaftstreue der Männerbünde die öffentlichen Körperschaften formt". Es ist eine Reihe ganz ausgezeichneter Beobachtungen: „Nicht so sehr Satzungen und Programme, die Prinzipien feststellen sollen, einigen die Männergesellschaften, sondern Hinneigung zu Führernaturen und das Gefühl gegenseitig verpflichtender Verbindung . . . Nicht Grundsätze, sondern Persönlichkeiten schaffen die öffentliche Meinung der Männer." Hier stehen ganze Seitenfolgen, auf denen ich jedes Wort nur zustimmend unter-



streichen könnte. Auch bei dem klug beobachteten Gegenspiel der Frauenbewegung, deren Vorkämpferinnen sich nicht mehr bei der ausschließlichen Wahl zwischen der Rolle einer ersten Dienerin des Hauses und der einer Hetäre bescheiden wollen!

Meisterhaft ist auch die Betrachtung, in der gezeigt wird, wie der Grundsatz des Judo (Jiujitsu) „den Angreifer durch dessen eigene Kraft zu Fall zu bringen, die Wucht des fremden Angriffs zur Niederwerfung des Gegners zu verwenden", die gebildeten politikmachenden Schichten durchdringt. Niemals wird Japan die Vereinigten Staaten so angreifen, daß es die Schuld des Angriffs zu tragen hätte!

„Wie können Japaner warten, warten, warten, wo dem Abendländer die Geduld schon längst gerissen wäre." Wie aber nützt solches Verständnis in breiten Volksschichten für eine vorsichtig geführte Politik in gefährdeter Lage, der dann blitzschnell die Wendung zur Tat folgt, ebenso blitzschnell als Notwendigkeit von den Massen verstanden, wie vorher die jahrelange Zurückhaltung. Weil Ueberschaar's Arbeit nicht nur Völkerpsychologie wertvollster Art enthält, die gerade in der Fortsetzung geopolitischer Betrachtungsweise liegt, sondern auch für ein uns genau bekanntes Gebiet eine ideale Brücke von Geopolitik zur reinen Soziologie und Staatswissenschaft schlägt, darum vor allem haben wir ihm so breiten Raum widmen zu sollen geglaubt. Es würde die Krönung fehlen ohne einen X. Abschnitt, der von der Zukunft handelt, und von ihrer wichtigsten Frage für das Inselreich: wie weit es kulturelle Beharrung mit zivilisatorischem Fortschritt wird vereinigen können, in welchem Tempo die Wandlung der japanischen Staatskultur fortschreitet, evolutionär oder revolutionär?

Einen würdigen Abschluß findet Ueberschaar für seine Betrachtung in der Veröffentlichung und Erläuterung des Erdbeben-Erlasses vom 10. November 1923, eines für die japanische Staatskultur außerordentlich kennzeichnenden Stücks, dem als Gegenstück aus früherer Zeit der Erziehungs-Erlaß des Meiji-Kaisers beigefügt wurde. Hier zeigt ein japanischer Urtext, wie das Volk selbst — denn der Erlaß ist natürlich von den besten Köpfen geschmiedet, die dafür erreichbar waren, der Kaiser gab nur den Namen dazu her! — sich zu einer großen Erdkatastrophe und den durch sie bedingten Wandlungen seines erdgebundenen Schicksals stellt.

Man wird seine Weise geopolitischer Selbstrevision nicht anders als würdig finden können.

Es ist kein Wunder, daß ein solcher Beobachter, wie Ueberschaar, zu einer höflichen Ablehnung der Spenglerschen Auffassung der japanischen Kultur mit dem Schlagwort ihrer Ablehnung als „Mondlicht-Zivilisation" kommen mußte, „die nur weiterstrahle, was sie an fremden Errungenschaften übernommen

habe". Die Eigenart der japanischen Staatskultur — einer freilich nicht leicht zu fassenden und schlagwortartig abzuwertenden Erscheinung auf dem Rücken der Erde — schützt das Volk, das sie sich in zweieinhalb Jahrtausenden schuf, davor, so leichthin aus der ersten Reihe der Kulturträger fortgewischt zu werden! Und wie es selbst den Wertgehalt seiner Staatskultur an einem gewaltigen Naturgeschehen prüft, so mag es uns anstehen, scharf hinzuschauen, ob wir nicht manches darin von ihm lernen können. Wir brauchen dazu nur auch unsererseits die Wertbeständigkeit eigener Kulturerrungenschaften und vieler, unbesehen von andern übernommener Einrichtungen gleichfalls darauf hin zu prüfen, wie sie einem moralischen Erdstoß stand gehalten haben und wie sie zu dem passen, was erdgebunden — bodenwüchsig —, in etwa gleichlanger und manchmal seltsam gleichläufiger geschichtlicher Bewegung in Deutschland wie in Japan erprobt wurde.

PAUL LORENZ:
KLIMA UND STERBLICHKEIT.

EINE STATISTISCHE UNTERSUCHUNG, AUSGEFÜHRT IM AUFTRAGE DES VERBANDES DEUTSCHER WINZER IN ASERBEIDJAN, „KONKORDIA".

Vorwort.

Von jeher interessierten sich die Menschen, insbesondere der leidende Tei derselben, aufs lebhafteste für die Einflüsse, welche die Witterung, heißes und trockenes oder kaltes und nasses Wetter, auf ihr Wohlbefinden ausübte. Daß namentlich alte und an Rheumatismus leidende Leute in der Voraussage des Wetters auf Grund ihres Wohl- oder Übelbefindens oft geradezu eine Virtuosität erlangen, ist ja eine im ganzen Volke bekannte Tatsache. Das Volk hat sich für diese und andere Erscheinungen allerhand Erklärungen geschaffen, einerseits durch richtige Beobachtung, andererseits auf Grund abergläubischer Voraussetzungen, so daß es sich lohnt, den tatsächlichen Zusammenhängen nachzuspüren und ihre Erklärung auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen.

Während meiner siebenjährigen, ärztlichen Praxis in Helenendorf habe ich beobachtet, daß speziell die Säuglingssterblichkeit im Sommer und ganz besonders im Spätsommer auffallend zunimmt, und in der Umgebung von Helenendorf (in einem Umkreise von etwa 30 Kilometer), dort am höchsten steigt, wo Temperatur und Trockenheit am größten sind, ganz abgesehen von dem allgemeinen Sanitätszustand und der Stillfähigkeit der Mütter des betreffenden Ortes. Zehn bis zwanzig Kilometer nördlich von Helenendorf, an der Kura, wo ausschließlich Muselmänner in unglaublichen, sanitären Verhältnissen leben, ist die Säuglingssterblichkeit enorm, in Helenendorf, bei verhältnismäßig günstigen, sanitären Zuständen, ist sie immer noch bedeutend, wogegen sie fünf bis zwanzig Kilometer südlich, im Gebirge, wo ausschließlich Armenier in gleichen sanitären Verhältnissen wie die Muselmänner an der Kura leben, die Säuglings- wie auch die allgemeine Sterblichkeit gering ist. Daher mag sich auch die Tatsache erklären, daß die Muselmänner von der Kura in den Sommermonaten gleich einem Nomadenvolke in die Berge strömen, wo sie nicht nur bessere Weide für ihr Vieh, sondern auch für sich selbst bessere gesundheitliehe Bedingungen, mehr Feuchtigkeit und weniger Hitze, finden.

Professor Birk sagt in seinem Leitfaden der Säuglingskrankheiten (5. und 6. Auflage 1922) „jeder Hitzewelle folgt meist eine entsprechende Erhöhung der Säuglingssterblichkeit auf dem Fuße" und gibt eine Erklärung dieser Erscheinung. Ich teile die Ansicht von Professor Birk ganz und behaupte, daß hier bei jedem bedeutenderen Regenfall im Hochsommer die Sterblichkeit zurückgeht, um bei längerer Trockenheit wieder zu steigen. Um aber diese Beobachtungen exakt festzulegen und vom medizinischen, wissenschaftlichen Standpunkt aus erschöpfend erklären zu können, müssen Statistiker und Mediziner (Klinik und Laboratorium) Hand in Hand arbeiten, und ich bin überzeugt, daß diese Zusammenarbeit Licht nicht nur in die Säuglingssterblichkeit, sondern in die Sterblichkeit überhaupt bringen wird, und folglich auch neue Bahnen in der Bekämpfung der Sterblichkeit der Säuglinge und der Erwachsenen weisen wird.

Ich glaube weiter, daß Hitze und Trockenheit die Erkrankungen an verschiedenen Tropenkrankheiten, wie z. B. Malaria, amöboïde Dyssenterie u. a. begünstigen, während niedere Tempe-

ratur und hoher Feuchtigkeitsgehalt der Luft die Zahl der Erkrankungen an Influenza, Pneumonie, Rheumatismus und verschiedenen anderen erhöht.

Das sind Erscheinungen, welche wohl jeder Arzt beobachtet hat, welche aber wegen ihres endemischen Charakters erst dann erschöpfend werden klar gelegt werden können, wenn, wie gesagt, der Mediziner sich auf exakte, statistische Massenbeobachtungen stützen kann. In dieser Hinsicht hat, meiner Meinung nach, die vorliegende Arbeit eine große wissenschaftliche Bedeutung, insbesondere deswegen, weil ihr Material absolut zuverlässigen Quellen entnommen ist, und aus einer Bevölkerung stammt, welche als deutsche Kolonisten über hundert Jahre unter stammfremden Völkern gänzlich in sich abgeschlossen, fast ohne jede Einwanderung fremdstämmiger Elemente gelebt hat. Dem reichsdeutschen Verfasser geziemt großer Dank für diese Arbeit von seiten der Kolonisten, welche den Resultaten derselben gewiß großes Interesse entgegenbringen werden.

Dr. med. Hurr.

Untersuchungen allgemeiner, statistischer Art, welche ich an der Bevölkerung der deutschen Kolonie Helenendorf im Kaukasus auf Grund des in den Kirchenbüchern der Gemeinde angesammelten Materials vornahm, führten zu einer interessanten Parallele zwischen der Kurve der nach Monaten gegliederten Sterblichkeit der männlichen Bevölkerung einerseits und einer aus Trockenheit und Temperatur kombinierten Kurve andererseits.

Bevor wir in die Erörterung dieser Beziehungen eintreten, sei einiges über die Geschichte und geographische Lage der Kolonie mitgeteilt. — Deutsche Auswanderer aus Württemberg, die teils unter dem Druck schwerer, wirtschaftlicher Verhältnisse, teils aus religiösen Motiven vor reichlich hundert Jahren ihre Heimat verließen, gründeten im Jahre 1819 auf dem ihnen von der russischen Regierung angewiesenen Lande, sieben Kilometer südlich der Kreisstadt Elisabetpol, am Fuße des kleinen Kaukasus eine Kolonie, welche den Namen Helenendorf erhielt. Die Siedlungsstelle liegt auf 40 Grad 35 Minuten nördlicher Breite in etwa 750 Meter Höhe über dem Meere. Unmittelbar westlich der Kolonie strömt ein kleiner, kalter, schneller Bergfluß, die Gandshinka, aus dem die Kolonisten das ihnen zur Bewässerung ihrer Gärten nötige Wasser mehrere Kilometer oberhalb der Kolonie durch einen Kanal ableiten. Früher lieferte dieser Kanal auch das Trinkwasser, seit dem Jahre 1904 jedoch wird die Kolonie durch eine aus dem Gebirge herabgeführte Wasserleitung mit einwandfreiem Trinkwasser versorgt. Unmittelbar südlich der Kolonie erheben sich die ersten Berge des kleinen Kaukasus, im Westen begrenzen Ausläufer desselben die Helenendorfer Gefilde, und nach Norden und Osten öffnet sich eine steppenartige Ebene in Richtung auf den großen Kaukasus bzw. das Kaspische Meer.

Die Hauptbeschäftigung der Kolonisten ist der Weinbau. Die ausgedehnten Weingärten liegen westlich der Kolonie im Tale der Gandshinka, nördlich und zum geringen Teile östlich. Getreide bauen die Helenendorfer nur im

Gebirge etwas, und zwar nur in dem Maße, wie sie es für den eigenen Bedarf brauchen. Die übrigen, der Kolonie gehörigen, ziemlich ausgedehnten Landflächen sind größtenteils aus Mangel an Wasser nicht kultivierbar und werden daher meist nur zur Viehweide benutzt, taugen aber selbst dazu nicht immer, wenn, wie z. B. im Jahre 1924, infolge Trockenheit der Monate Mai und Juni fast gar kein Gras gewachsen ist.

Die Niederschlagsverhältnisse.

Wie aus dem eben Gesagten bereits hervorgeht, herrscht in Helenendorf ein empfindlicher Mangel an Niederschlägen, so daß Kulturen nur gedeihen, soweit sie künstlich bewässert werden. — Unmittelbar in Helenendorf geführte Beobachtungen über die jährlichen und monatlichen Niederschlagsmengen, wie übrigens auch über die Temperatur, standen mir leider nicht zur Verfügung, wohl aber vieljährige, über 34 Jahre sich erstreckende, Beobachtungen der meteorologischen Station in dem benachbarten Elisabetpol, welche ich einer Schrift von Professor Figurowski „Klimatische Übersicht von Nordostarmenien, Tiflis 1920“ entnehme. Nach diesen Beobachtungen waren die mittleren, monatlichen Niederschlagsmengen in Elisabetpol, in Millimetern gemessen, die folgenden:

Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktbr.	Novbr.	Dezbr.	zus.
9	11	17	27	39	35	17	16	28	22	18	14	253.

Die durchschnittliche, jährliche Niederschlagsmenge bleibt also mit 253 mm hinter der von Mitteleuropa (Berlin, Paris, Kopenhagen und Leipzig mit je 600 mm) weit zurück. Die monatliche (NB. Monate alten Stils!) Niederschlagsmenge erreicht ein Maximum im Mai und ein zweites, kleineres, im September, also im Frühjahr und Herbst. Die trockensten Monate sind die Wintermonate, Dezember, Januar und Februar, und danach die Sommermonate Juli und August.

Dieser große Mangel an Niederschlägen übt auf die Sterblichkeit der Bevölkerung einen bestimmenden Einfluß. So z. B. hat der hiesige Arzt, Herr Dr. Hurr, in seiner vieljährigen Praxis beobachtet, daß die, namentlich in den Sommermonaten große Kindersterblichkeit sofort zurückgeht, wenn Regenfälle eintreten. In der vorliegenden Arbeit handelte es sich nun darum, die vermutete Beziehung zwischen Trockenheit und Sterblichkeit, sowie auch zwischen Temperatur und Sterblichkeit an dem Material der Helenendorfer Kirchenbücher zahlenmäßig nachzuweisen und zu untersuchen.

Der leichteren Vergleichbarkeit halber reduzieren wir zunächst wegen der ungleichen Länge der Monate die Niederschlagsmengen auf einen Tag pro

Monat und erhalten als tägliche, durchschnittliche Niederschlagsmenge in Millimetern für

Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktbr.	Novbr.	Dezbr.	zus.
0,29	0,39	0,55	0,90	1,26	1,17	0,55	0,52	0,93	0,71	0,60	0,45	8,32.

Sodann führen wir anstelle des Millimeters als Maßeinheit 8,32/120 mm = 0,0693 mm ein. Dadurch erreichen wir, daß das arithmetische Mittel aus den zwölf Werten gleich zehn wird. Es beträgt dann in diesen neuen Einheiten die tägliche, durchschnittliche Niederschlagsmenge für

Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktbr.	Novbr.	Dezbr.	zus.
4,2	5,6	7,9	13,0	18,2	16,9	7,9	7,5	13,4	10,2	8,7	6,5	120,

und man erkennt leicht, daß die durchschnittliche, tägliche Regenmenge in den Monaten November, Dezember, Januar, Februar und März, Juli und August unter dem Mittel (10), dagegen in den Monaten April, Mai und Juni, September und Oktober über dem Mittel liegt.

Da, wie oben bemerkt, die Sterblichkeit der Feuchtigkeit mehr oder weniger entgegengerichtet, der Trockenheit also gleichgerichtet, verläuft, ist es zweckmäßig, anstelle der Niederschlagsmengen deren Zurückbleiben hinter dem Durchschnitt, anders gesagt, die Größe der Trockenheit direkt in Betracht zu ziehen, indem man als mittlere Trockenheit die Trockenheit 10 einführt.

In einem Monat, in welchem die Niederschlagsmenge unter dem Durchschnitt bleibt, muß natürlich die „Trockenheit" um ebensoviel den Durchschnitt übersteigen. Bezeichnen wir den Wert der Trockenheit mit x, so muß z. B. für den Januar die Gleichung gelten:

$$x - 10 = 10 - 4{,}2,$$

woraus folgt

$$x = 15{,}8.$$

Führt man die gleiche Rechnung für alle Monate durch, so erhält man folgende Tabelle der durchschnittlichen, täglichen Trockenheit in den einzelnen Monaten:

Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktbr.	Novbr.	Dezbr.	zus.
15,8	14,4	12,1	7,0	1,8	3,1	12,1	12,5	6,6	9,8	11,3	13,5	120.

Sie übersteigt also in den Monaten November, Dezember, Januar, Februar und März, Juli und August das Mittel, während sie in den Monaten April, Mai und Juni, September und Oktober darunter bleibt. Wie man leicht er-



kennt, ist die Trockenheitskurve nichts anderes als das Spiegelbild der Niederschlagskurve in bezug auf die Gerade, welche den Mittelwert 10 repräsentiert.

Die Temperatur.

Die aus vierunddreißigjährigen Beobachtungen der meteorologischen Station in Elisabetpol errechnete mittlere Temperatur nimmt folgenden Verlauf:

Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktbr.	Novbr.	Dezbr.	Jahres-mittel
0,4	2,4	6,4	11,4	17,3	21,7	24,9	24,5	19,3	13,4	7,5	3,2	12,7.

Der Jahresdurchschnitt ist also recht hoch, die mittlere Temperatur sinkt in keinem Monat unter Null, wenn auch Fröste natürlich öfter vorkommen. In Helenendorf ist die mittlere Temperatur jedenfalls etwas niedriger, da es höher liegt; es darf aber angenommen werden, daß sie mit der in Elisabetpol parallel läuft. Da die absoluten Temperaturen in den folgenden Betrachtungen keine Rolle spielen, sondern nur der Verlauf der Temperatur, so durften die Elisabetpoler Beobachtungen zu Grunde gelegt werden. Reduziert man wieder auf das Mittel 10, so erhält man als mittlere Temperaturen für die einzelnen Monate (NB. immer alten Stils!):

Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktbr.	Novbr.	Dezbr.	Jahres mittel
0,3	1,9	5,1	9,0	13,7	17,1	19,6	19,3	15,2	10,4	5,9	2,5	10,

wobei als Einheit nicht ein Celsiusgrad, sondern 152,4/120 Grad = 1,27 Grad figuriert.

Die Sterblichkeit.

Die Geistlichen der Helenendorfer Gemeinde haben bald nach Gründung der Gemeinde Familienregister angelegt und dieselben bis auf heute weitergeführt. Aus diesen Registern wurden zunächst Auszüge angefertigt, in welche alle in den Registern vorkommenden Personen der Reihenfolge ihrer Geburt nach eingetragen wurden. Aus diesen Auszügen wurden sodann Totenlisten ausgeschrieben, in welche alle Gestorbenen in zeitlicher Aufeinanderfolge nach Jahr und Datum ihres Todes eingetragen wurden. Die Gesamtzahl der Todesfälle männlicher[1]) Personen von 1820 bis 1923 ist 1812, wobei jedoch Totgeburten nicht mitgezählt wurden. Da die Jahre 1829, 1830 und 1874 als in bezug auf die Sterblichkeit anormale Jahre angesehen werden mußten, denn in diesen Jahren herrschten in der Kolonie bezw. Pest, Cholera und Pocken, so wurden die 102 Todesfälle dieser Jahre aus den vorliegenden Betrachtungen ausgeschlossen, wie übrigens auch die Todesfälle des Jahres

der Einwanderung (1819). In 63 der restlichen 1710 Fälle konnte weder Monat noch Datum des Todes ermittelt werden, und auch diese Fälle wurden daher außer Betracht gelassen, so daß schließlich 1647 Fälle übrig blieben. Diese wurden nach Monaten (NB. alten Stiles) geordnet, und es ergab sich folgende Verteilung[2]):

Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Im ganzen
161	127	131	99	96	84	183	235	181	111	117	122	1647.

Die Reihe hat zwei Maxima, ein großes (235 Fälle) im August und ein kleineres (161 Fälle) im Januar, dazwischen zwei Minima, ein tiefes (84 Fälle) im Juni und ein schwächeres (111 Fälle) im Oktober.

Es fragt sich zunächst, ob dieser Verlauf der Sterblichkeit der männlichen Bevölkerung Helenendorfs als eine etwa durch die Zusammenfassung bedingte, zufällige oder als eine typische Erscheinung anzusehen ist. Antwort auf diese Frage kann eine Gliederung der Sterbefälle für einzelne Perioden nach Kalendermonaten geben. Als solche Perioden wurden gewählt (immer unter Ausschaltung der aufgeführten, anormalen Jahre) 1820—1839, 1840—1859, 1860—1879, 1880—1899, 1900—1919 und 1920—1923. Die ersten fünf Perioden umfassen also je 20 Jahre, die letzte 4. Die Gliederung der Masse der Sterbefälle einerseits nach diesen Perioden, andererseits nach Monaten ergibt die folgende Tabelle:

	1820/39	40/59	60/79	80/99	00/10	20/23	zusammen
Dezember . . .	22	11	31	30	18	*10*	122
Januar	20	21	*44*	*36*	*30*	*10*	*161*
Februar	23	*25*	28	22	23	6	127
März	*31*	21	22	24	28	5	131
April	13	16	20	21	24	5	99
Mai	15	15	16	23	16	*11*	96
Juni	4	15	14	18	25	8	84
Juli	21	24	46	45	35	12	183
August	**50**	**34**	**51**	**51**	**37**	**12**	**235**
September . .	38	28	35	46	22	12	181
Oktober . . .	24	14	16	31	25	1	111
November . .	14	16	21	32	30	4	117
zusammen .	275	240	344	379	313	96	1647.

Um das auf den Januar fallende Maximum klarer hervortreten zu lassen, beginnt die Tabelle statt mit dem Januar mit dem Dezember. Sie zeigt, daß auf den August in allen sechs Perioden ein Maximum von Sterbefällen sich konzentriert, das Maximum im August mithin als typisches Maximum anzusehen ist. Nicht ganz so feststehend ist das zweite, schwächere Maximum, aber auch dieses fällt in vier Perioden auf einen und denselben Monat, den Januar, während es in einer auf den Februar und in einer auf den März fällt. Man wird immerhin sagen dürfen, daß auch dieses zweite Maximum als typisch betrachtet werden darf. Zwischen den beiden Maxima liegen, von der letzten, kurzen Periode abgesehen, deutlich erkennbar, zwei Minima, welche um die Monate Juni und Oktober schwanken. Die Regelmäßigkeit, mit welcher sich der allgemeine Verlauf der Sterblichkeit in allen Perioden wiederholt, erscheint recht bemerkenswert, zumal wenn man die verhältnismäßige Kleinheit der Zahlen von Todesfällen in Rücksicht zieht, welche in jeder Periode der Betrachtung unterworfen werden konnten, und sie erscheint ferner, da die in bezug auf die Sterblichkeit anormalen Jahre ausgeschaltet waren, als etwas durch die Lebensbedingungen der Helenendorfer männlichen Bevölkerung fest begründetes. Am nächstliegenden scheint es, ihre Ursache in den klimatischen Bedingungen zu suchen. — Für die Untersuchung der Beziehungen zwischen der Sterblichkeit und den klimatischen Bedingungen benutzen wir, um möglichst große Zahlen verwenden zu können, die Verteilung der Todesfälle nach Monaten für die ganze Zeit von 1820—1923 mit Ausschluß der anormalen Jahre.

Zunächst berechnen wir die Anzahl der Gestorbenen für einen Tag im Monat und erhalten, mit Dezember beginnend, folgende Reihe:

3,94 5,19 4,46 4,23 3,30 3,10 2,80 5,90 7,58 6,03 3,58 3,90.

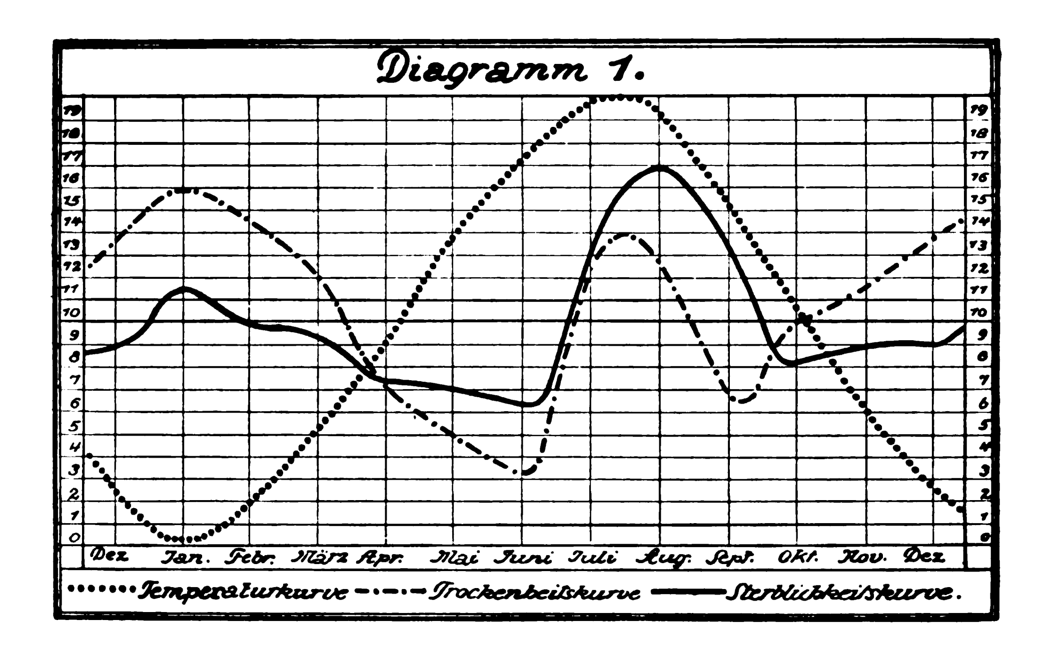
Vergrößert man die Glieder dieser Reihe, der leichteren Vergleichbarkeit mit den Klimakurven halber, wieder so weit, daß ihr arithmetisches Mittel 10 wird, so geht die Reihe über in folgende:

8,8 11,5 9,9 9,4 7,3 6,9 6,2 13,1 16,8 13,4 8,0 8,7.

Diese Reihe stellen wir graphisch dar und tragen in das Diagramm die Kurven der Trockenheit und der Temperatur ein (Diagramm I).

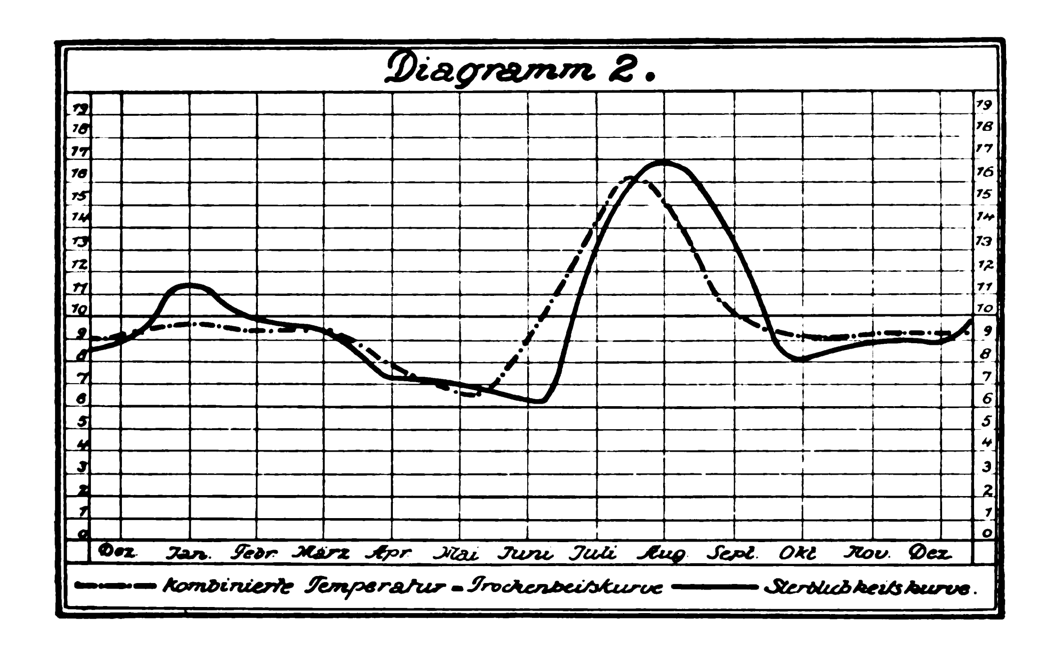
Das Diagramm I enthält drei Kurven, die der Sterblichkeit (dicke Linie), der Trockenheit (dünne Linie) und der Temperatur (gestrichelte Linie). Die

einfachste Kurve ist die der Temperatur. Sie hat ein scharf ausgeprägtes Maximum (Juli, August) und ein ebenso scharf ausgeprägtes Minimum (Januar). Die Kurve der Trockenheit hat zwei Maxima (Januar und Juli-



August) und zwei Minima (Mai-Juni und September), und die der Sterblichkeit hat ebenfalls zwei Maxima (Juli-August und Januar) und zwei Minima (Juni und Oktober). Zwischen den beiden letzteren Kurven besteht eine gewisse Parallelität, nur in den Höhen und Tiefen der Maxima und Minima bleiben beträchtliche Unterschiede. Mit der Temperatur hat die Sterblichkeit das große Maximum in den Sommermonaten gemein. Eine nähere Betrachtung lehrt, daß es möglich sein muß, die beiden Klimakurven so zu kombinieren, daß sich die neue Kurve der Sterblichkeitskurve weit besser anschmiegt, als jede der Klimakurven einzeln, denn die beiden Maxima der letzteren in den Sommermonaten ergeben ein großes Maximum in dieser Jahreszeit, während in den übrigen Jahreszeiten ein gewisser Ausgleich stattfindet, wie es sein muß. Mit anderen Worten heißt das, die Sterblichkeit ist als in Abhängigkeit von beiden klimatischen Verhältnissen befindlich vorzustellen, wie das ja auch jedenfalls der Wirklichkeit entspricht. Eine solche Kombination könnte man etwa herstellen, indem man zu den halben Ordinaten der Trockenheitskurve die halben Ordinaten der Temperaturkurve addiert.

Die folgenden Betrachtungen lehren jedoch, wie eigentlich auch schon der Anblick des Diagramms I, daß die Trockenheit etwas stärker in Rechnung zu stellen ist, als die Temperatur. Konstruieren wir die neue Kurve so, daß



wir die Trockenheit mit 60 %, und die Temperatur mit 40 % heranziehen, so erhalten wir folgende Tabelle:

	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
60 % Trockenheit	8,10	9,48	8,64	7,26	4,20	1,08	1,86	7,26	7,50	3,96	4,88	6,78
40 % Temperatur	1,00	0,12	0,76	2,04	3,60	5,48	6,84	7,84	7,72	6,08	4,16	2,36
komb. Ordinaten	9,10	9,60	9,40	9,30	7,80	6,56	8,70	15,10	15,22	10,04	9,04	9,14
dasselbe abger. .	9,1	9,6	9,4	9,3	7,8	6,6	8,7	15,1	15,2	10,0	9,0	9,1

Die graphische Darstellung zusammen mit der Kurve der Sterblichkeit ergibt das Diagramm II.

Die dicke Linie stellt den Verlauf der monatlichen Sterblichkeit dar, die dünne ist die aus Trockenheit und Temperatur kombinierte Kurve. Der Grad der Parallelität ist ein beträchtlicher. Außerdem tritt deutlich hervor, daß die Sterblichkeitskurve hinter der Klimakurve zeitlich etwas (scheinbar nahezu einen halben Monat) zurückbleibt. Die Anschmiegung der beiden Kurven an-

einander, die noch größer würde, wenn man die Sterblichkeitskurve um etwa einen halben Monat zurückverlegen würde, ist um so bemerkenswerter, als sie lediglich mit Hilfe von zwei für das ganze Jahr feststehenden Koeffizienten (60 % und 40 %) erzielt werden konnte. Würde man jede Klimakurve, in zwei Teile, etwa von Mai bis Oktober und von November bis April zerlegen und sie dann unter verschiedenen Annahmen kombinieren, beispielsweise im Sommer die Temperatur, im Winter die Trockenheit stärker in Betracht ziehen, so würde wahrscheinlich eine noch engere Anschmiegung erreicht werden können.

In der vorliegenden Arbeit wird dieser Gedanke nicht weiter ausgeführt. Der Verfasser stellte sich vielmehr folgende Aufgabe:

Zu ermitteln ist erstens die Zeitspanne, um welche die Sterblichkeitskurve zurückverlegt werden muß, damit ihr eine aus Trockenheit und Temperatur kombinierte Kurve möglichst angepaßt werden könne, wobei die Koeffizienten, mit welchen die Werte der Trockenheit bzw. Temperatur in Rechnung zu stellen sind, für das ganze Jahr konstant bleiben, und zweitens sind eben diese Koeffizienten zu ermitteln.

Um diese Aufgabe zu lösen, wurden die 1647 betrachteten Sterbefälle nicht nur dem Monat, sondern auch noch dem Datum nach tabelliert, und außer den bereits bekannten Summen derselben vom 1. bis 31. Januar, 1. bis 29. Februar usw. auch noch die Summen vom 2. Januar bis 1. Februar, vom 2. Februar bis 1. März usw. (die Grenzen immer eingeschlossen), ferner vom 3. Januar bis 2. Februar, vom 3. Februar bis 2. März usw. . . . . . . also gewissermaßen für Monate berechnet, welche gegen die Kalendermonate um einen, zwei, drei usw. Tage verschoben sind. Sodann wurde der Sterblichkeitsverlauf beispielsweise für die um null, sechs und 12 Tage verschobenen Monate herausgeschrieben und für jeden dieser Fälle die Koeffizienten ermittelt, die zu wählen sind, damit sich die Klimakurve der Sterblichkeitskurve möglichst dicht anlegt. Die nach der Methode der kleinsten Quadrate durchgeführte Rechnung ergab in allen Fällen Werte, welche um 60 % für die Trockenheit und um 40 % für die Temperatur schwanken. Die beste Anschmiegung konnte bei einer Verschiebung der Sterblichkeitskurve um 12 Tage erreicht werden. Die Monate, für welche in diesem Falle die Summen der Sterbefälle gebildet wurden, erstrecken sich also vom 13. Januar bis 12. Februar, vom 13. Februar bis 12. März usw., und die Summen der in diesen Zeitabschnitten Gestorbenen sind folgende:

160 123 120 91 96 121 215 200 151 124 113 133 zus. 1647.

Die Koeffizienten wurden nach einem Verfahren ermittelt, welches aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich ist.

	t			a				b		c									
	Monatslänge	Gestorbene pro Monat (12 Tage verschoben)	Gestorbene pro Tag	wie 4) proportional vergrößert	Niederschlagsmenge pro Monat in mm	Niederschlagsmenge pro Tag in mm	wie 7) proportional vergrößert	Trockenheit	Mittlere Monatstemperatur	wie 10) proportional verkleinert	a · t	b · t	c · t	b · x	c · y	bx + cy	(bx + cy) · t	a — bx — cy	(a — bx — cy)²
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
Dezbr.	31	133	4,29	9,5	14	0,45	6,5	13,5	3,2	2,5	294,5	418,5	77,5	8,37	0,95	9,3	288,3	0,2	0,04
Januar	31	160	5,16	11,5	9	0,29	4,2	15,8	0,4	0,3	356,5	489,8	9,3	9,80	0,11	9,9	306,9	1,6	2,56
Febr.	28¹/4	123	4,35	9,7	11	0,39	5,6	14,4	2,4	1,9	274,0	406,8	53,7	8,93	0,72	9,7	274,0	0,0	0,00
März	31	120	3,87	8,6	17	0,55	7,9	12,1	6,4	5,1	266,6	375,1	158,1	7,50	1,94	9,4	291,4	— 0,8	0,64
April	30	91	3,03	6,7	27	0,90	13,0	7,0	11,4	9,0	201,0	210,0	270,0	4,34	3,42	7,8	234,0	— 1,1	1,21
Mai	31	96	3,10	6,9	39	1,26	18,2	1,8	17,3	13,7	213,9	55,8	424,7	1,12	5,21	6,3	195,3	0,6	0,36
Juni	30	121	4,03	8,9	35	1,17	16,9	3,1	21,7	17,1	267,0	93,0	513,0	1,92	6,50	8,4	252,0	0,5	0,25
Juli	31	215	6,94	15,4	17	0,55	7,9	12,1	24,9	19,6	477,4	375,1	607,6	7,50	7,45	15,0	465,0	0,4	0,16
August	31	200	6,45	14,3	16	0,52	7,5	12,5	24,5	19,3	443,3	387,5	598,3	7,75	7,33	15,1	468,1	— 0,8	0,64
Sept.	30	151	5,03	11,2	28	0,93	13,4	6,6	19,3	15,2	336,0	198,0	456,0	4,09	5,78	9,9	297,0	1,3	1,69
Oktbr.	31	124	4,00	8,9	22	0,71	10,2	9,8	13,4	10,4	275,9	303,8	322,4	6,08	3,95	10,0	310,0	— 1,1	1,21
Novbr.	30	113	3,77	8,4	18	0,60	8,7	11,3	7,5	5,9	252,0	339,0	177,0	7,00	2,24	9,2	276,0	— 0,8	0,64
zus.	365¹/4	1647	54,02	120,0	253	8,32	120,0	120,0	152,4	120,0	3658	3652	3668				3658		5,61 · 961 = 5391 + 3,79 · 900 = 3411 +

8802 : 12 = 773,5; daraus Quadratwurzel gibt **27.**

Anmerkung: Durch Multiplikation bildet man leicht die Ausdrücke:

	abt^2	act^2	b^2t^2	bct^2	ct^2. Ihre Summen
sind bzw.	1174930	1207150	1315070	954233	1620758.

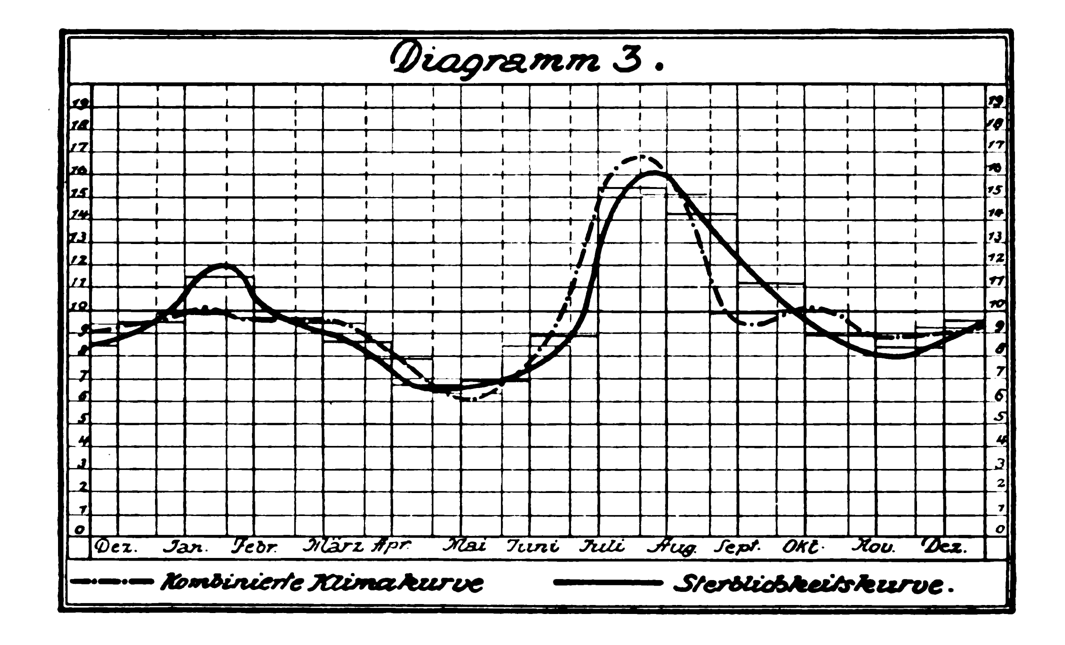
Spalte 1 enthält die Monatsnamen, Spalte 2 die Monatslängen in Tagen, Spalte 3 die Zahlen der in den einzelnen, um zwölf Tage vorwärts verschobenen, Monaten Gestorbenen. In Spalte 4 sind die Zahl der Gestorbenen pro Tag im Monat berechnet und in Spalte 5 sind diese Zahlen proportional vergrößert. Multipliziert man die Zahlen der Spalten 2 und 5 miteinander, so erhält man die der Spalte 12. Diese sind denen der Spalte 3 proportional und stellen fingierte Summen von Sterbefällen pro Monat dar, mit welchen im folgenden wegen ihrer Proportionalität zu den wirklich beobachteten Summen gerechnet werden darf. Zur Verteilung gelangen also nicht 1647 Sterbefälle, sondern 3658. Die Verteilung auf die einzelnen Monate gibt Spalte 12. Spalte 6 enthält die Niederschlagsmengen pro Monat, Spalte 7 dieselben pro Tag im Monat in Millimetern und Spalte 8 in der bereits oben erwähnten Einheit 0,0693 mm. Spalte 9 gibt die Indexe der Trockenheit, die in der oben beschriebenen Weise errechnet sind, und Spalte 13 die Werte der Trockenheit pro Monat. Schließlich zeigt Spalte 10 die mittleren Monatstemperaturen in Celsiusgraden, Spalte 11 dieselben in der Einheit 1,27 Grad und Spalte 14 die Produkte aus den Zahlen der Spalten 2 und 11, welche mithin als Indexe der Wirkung der Temperatur pro Monat betrachtet werden können.

Denken wir uns jetzt auf einer horizontalen Geraden Strecken abgetragen, welche den einzelnen Monatslängen entsprechen, also, mit Dezember beginnend, gleich 31, 31, $28^1/_4$, 31 usw. Längeneinheiten sind, und dann in den Punkten, welche dem Anfang des 13. Januar und dem Ende des 12. Januar (365,25 Tage später!) entsprechen, Ordinaten errichtet (vgl. Diagramm III!), dann stellt die Fläche, welche eingeschlossen ist zwischen der Grundlinie (Abscissenachse), den beiden, eben genannten Ordinaten und einer Treppenlinie, deren zwölf Ordinaten die Werte der Sterblichkeit pro Tag in den einzelnen, verschobenen Monaten sind, die Gesamtheit der Sterbefälle für die sämtlichen Monate des Jahres dar. Denken wir uns dann diese Treppenlinie der Sterblichkeit um 12 Tage zurückverlegt, bezeichnen die Werte der täglichen Sterblichkeit in den einzelnen Monaten mit a_1, a_2 ......, die der Trockenheit mit b_1, b_2 ..... und die der Temperatur mit c_1, c_2 ...... so handelt es sich nun darum, zwei Koeffizienten x und y zu finden, derart, daß die von der Grundlinie, den Ordinaten am Beginn des 1. Januar und am Ende des 31. Dezember (365,25 Tage später) und der Treppenlinie mit den Ordinaten $b_1 x + c_1 y$, $b_2 x + c_2 y$, ... eingeschlossene Fläche von der Fläche, welche durch die Sterblichkeitstreppenlinie begrenzt wird, möglichst wenig abweiche.

Dieses Verfahren bewirkt offenbar eine Verteilung der Sterbefälle in Abhängigkeit allein von den klimatischen Einflüssen der Trockenheit und der Temperatur — wobei diese Einflüsse mit konstantem Wirkungsgrad in Rechnung gestellt sind —, so, als ob außer diesen klimatischen Einflüssen andere



Todesursachen nicht vorhanden wären. Zeigt die so erhaltene, künstliche Verteilung der Sterbefälle eine gewisse Parallelität mit der wirklich beobachteten Verteilung, so wird man auf eine gewisse Abhängigkeit des tatsächlichen



Sterblichkeitsverlaufs von den klimatischen Einflüssen schließen dürfen, die augenscheinlich um so größer anzunehmen ist, je größer die Parallelität — bzw. bei Verschiebung die Anschmiegung — der Kurven ist.

Der Gang der Rechnung ist folgender:

Offenbar bedeutet $a_1 - b_1 x - c_1 y$ die Differenz zwischen den Ordinaten der beiden Treppenlinien im Januar,

$$a_2 - b_2 x - c_2 y$$

diese Differenz im Februar usw., ferner

$$(a_1 - b_1 x - c_1 y) \cdot t$$

den Unterschied der Summen der Sterbefälle bei beiden Verteilungsarten im Januar usw.

Da die von beiden Treppenlinien begrenzten Flächen möglichst wenig voneinander abweichen sollen, bestimmen wir (der Methode der kleinsten Quadrate folgend), daß

$$\Sigma\,(a - bx - cy)^2 t^2$$

ein Minimum werde. Dann müssen die partiellen Differentialquotienten dieses Ausdrucks nach x und y verschwinden, und es ergeben sich folgende Gleichungen

$$x\,\Sigma\, b^2 t^2 + y\,\Sigma\, b\,c\,t^2 = \Sigma\, a\,b\,t^2$$

und

$$x\,\Sigma\, b\,c\,t^2 + y\,\Sigma\, c^2 t^2 = \Sigma\, a\,c\,t^2.$$

Die Auswertung der Koeffizienten der Gleichungen bietet keine Schwierigkeit. Setzen wir sie in die Gleichungen ein, so lauten letztere wie folgt:

$$1315070\,x + 954233\,y = 1174930$$

und

$$954233\,x + 1620758\,y = 1207150,$$

woraus folgt

$$x = 0{,}62$$

und

$$y = 0{,}38.$$

Das heißt, damit sich die kombinierte Klimakurve der Sterblichkeitskurve, welche zwar gegen erstere um 12 Tage verschoben ist, hier aber zurückverlegt vorgestellt werden muß, möglichst anpasse, muß bei der Kombination der Klimakurve die Trockenheit mit 62 % und Temperatur mit 38 % in Rechnung gestellt werden. Es fragt sich nunmehr, ob diese Koeffizienten der an sie gestellten Forderung genügen, nämlich daß die Anzahl der in Abhängigkeit von Trockenheit und Temperatur verteilten Sterbefälle möglichst gleich wird der Anzahl der wirklich beobachteten, und zweitens, wie groß die mittlere monatliche Abweichung der konstruierten Summen von Sterbefällen von den beobachteten ist.

Zur Prüfung der ersten Frage bilden wir die Größen bx, cy, bx + cy und $(bx + cy) \cdot t$ (Spalten 15—18) und addieren die Glieder der letzten Spalte. Als Summe ergibt sich 3658. Die Zahl der in Abhängigkeit von den klimatischen Einflüssen verteilten Sterbefälle stimmt mit der Zahl der beobachteten genau überein. Dieses Ziel der Rechnung wurde also erreicht.

Um die zweite Frage zu beantworten, könnte man die Differenzen der Zahlen von Spalte 12 und 18 bilden, diese Differenzen quadrieren, addieren, die Summe durch 12 teilen und aus dem Quotienten die Wurzel ziehen. Man kann jedoch einen kürzeren Weg einschlagen. Vgl. Tabelle.

Als mittlere monatliche Abweichung ergibt sich 27. Da die mittlere Anzahl von Todesfällen pro Monat 304,8 ist, so beträgt mithin die mittlere Abweichung 9 %.

Der Anschluß der Kurve der in Abhängigkeit nur von den klimatischen Einflüssen verteilten Sterbefälle an die Kurve der beobachteten Verteilung muß mithin als ein ganz vorzüglicher bezeichnet werden. Die auffallende Parallelität zwischen beiden Verteilungen macht sehr wahrscheinlich, daß zwischen dem Sterblichkeitsverlauf der Helenendorfer männlichen Bevölkerung und den klimatischen Einflüssen eine weitgehende Abhängigkeit besteht.

Schlußwort.

Zum Schluß möchte ich nicht verfehlen, allen denen, die mich bei Anfertigung dieser Arbeit unterstützt haben, meinen herzlichen Dank zu sagen. Das sind außer dem Verband deutscher Winzer in Aserbeidjan „Konkordia“ im besonderen Herr Dr. med. Wilhelm Hurr, welcher der Arbeit stets ein lebhaftes, aktives Interesse entgegengebracht hat, die Gemeinde Helenendorf, die mir ihre Aufzeichnungen sowie Hilfskräfte bereitwillig zur Verfügung stellte, und schließlich mehrere Helenendorfer junge Damen, welche mir bei Anfertigung der Auszüge aus den Kirchenbüchern sowie bei der ersten Sichtung des Materials wertvolle Dienste geleistet haben. Aus ihnen sei mir gestattet, Fräulein Ida Kuhn, z. Z. Studentin in Petersburg, namentlich hervorzuheben.

ANMERKUNGEN

1) Die weibliche sowie die Säuglingssterblichkeit konnte aus Mangel an Zeit und genügenden Hilfskräften nicht bearbeitet werden.

2) Von Mitte des Jahres 1917 an wurden die Eintragungen in den Kirchenbüchern nach dem neuen Stile gemacht. Die Daten der danach eingetragenen Todesfälle wurden natürlich auf den alten Stil zurückgeführt.

3) Anmerkung zu Diagramm III. Im Diagramm III sind zunächst die Treppenlinien der beobachteten Sterblichkeit und des Klimas in ihrer natürlichen Lage, das heißt, die erstere der letzteren in einem Abstande von zwölf Tagen folgend, gezeichnet, da sie anderenfalls vielfach sich decken und die Zeichnung dadurch an Deutlichkeit verlieren würde. Die beiden, die Treppenlinien ersetzenden, Kurven sind so gezeichnet, daß jeweils der einem Monat entsprechende Flächenraum (die Summe der Sterbefälle in diesem Monat) ungeändert bleibt, wenn man das zugehörige Stück der Treppenlinie durch das Kurvenstück ersetzt. — Will man die Klimakurve als Kurve einer Verteilung von Sterbefällen ansehen, wie das im Vor-

hergehenden geschehen ist, so muß man sich dieselbe um zwölf Tage nach rechts verschoben denken. Für die Rechnung bleibt es natürlich gleichgültig, ob man die Kurve der beobachteten Sterbefallverteilung nach links oder die der konstruierten nach rechts verschoben denkt.

[4]) Die Zahlen der Sterblichkeit, mit denen in der vorliegenden Arbeit operiert wird, sind absolute Zahlen. Es könnte der Gedanke auftauchen, daß die Verteilung sich wesentlich anders gestalten würde, wenn man anstelle der absoluten Zahlen relative verwendet, anders gesagt, wenn man die Zahlen der Gestorbenen auf die der etwa am Anfang oder in der Mitte jedes Monats vorhandenen Lebenden beziehen würde. Um diese Frage zu untersuchen, wurde der mittlere, jährliche Sterblichkeitsquotient der Helenendorfer männlichen Bevölkerung für die ganze Zeit von 1820 bis 1923 berechnet und zu 30,6 Promille gefunden. Nimmt man an, daß die sämtlichen 1647 gezählten Todesfälle in einem Jahre eingetreten seien, so würde das also eine männliche Bevölkerung von 53800 Seelen voraussetzen. Nimmt man ferner an, daß die Bevölkerung für den Verlauf dieses einen Jahres konstant gewesen sei, der Verlust von 1647 männlichen Gestorbenen also durch ebensoviele männliche Geburten wieder ersetzt worden sei, berücksichtigt die erfahrungsmäßige Verteilung der Sterbefälle wie auch die der Geburten, und bezieht nunmehr die Zahlen der Gestorbenen auf die Zahlen der in den einzelnen Monaten vorhandenen Lebenden, so ergibt sich zwar eine gewisse Abweichung von den oben ermittelten Werten, diese Abweichung beträgt jedoch im Maximum nur drei Tausendstel dieser Werte, liegt also unterhalb der in den obigen Rechnungen zugelassenen Fehlergrenze und kann die Resultate nicht beeinflussen.

K. HAUSHOFER:
W. RÜDENBERGS CHINESISCH-DEUTSCHES WÖRTERBUCH ALS GEOPOLITISCHES RÜSTZEUG

Ein Werk, das sich selber in stolzer Bescheidenheit als das eines Praktikers und nicht Wissenschaftlers bezeichnet, das dennoch aussieht, wie ein recht würdiges Denkmal der Sinologie, von der der Verfasser nur hofft, sie dürfte es auch nützlich finden, das tatsächlich eine der empfindlichsten Lücken ausfüllt, die sich bisher der Kenntnis des Fernen Ostens von Mitteleuropa aus entgegenstellten!

Seine Würdigung als Werkzeug der Linguistik, Sprachforschung und der praktischen Spracharbeit, der Zweck also, wofür es in erster Linie geschaffen und in einer der Entstehung solcher Bücher nicht günstigen Zeit würdig, vor allem mit ausgezeichnet unterscheidbaren chinesischen Zeichen ausgestattet worden ist, gehört nicht in unser Gebiet. Wir betrachten es als Arbeitsgerät von hohem Wert auch für den Geopolitiker, als das es sicher nur im Nebenamt gedacht wurde.

Eine Vorbedingung für gerechte Würdigung ist aber die Einsicht, daß es sich um mehr als ein bloßes Wörterbuch handelt, denn man kann, wie Keyserling im „Reisetagebuch eines Philosophen" ausführt, in der ostasiatischen Kultursprache „nicht lesen und schreiben, ohne zu denken". So halte man sich etwa auf S. 54 die Bilder zu Nr. 513 vor Augen und überzeuge sich, wie durch geistreiche Zusammenfügungen mit den Zeichen des Blitzes mühelos der ganze Riesenapparat der elektrotechnischen Kunstsprache bewältigt werden konnte, wie lebendig und anpassungsfähig die so oft tot und erstarrt gesagte chinesische Sprache also doch noch sein muß. Oder man versuche das Mittel, die Bedeutung der großen chinesischen Landschaftsnamen sich einmal aus ihrer Schriftzeichen-Darstellung klar zu machen, und sie werden, mit ihrem geographischen Sinn verbunden, für immer im Gedächtnis haften. Oder man trachte, sich aus der Tatsache, daß die bloße Nebeneinanderstellung der Zeichen für Flüsse und Gebirge dem Chinesen sofort den Eindruck: „Landschaft, Reich" erweckt, sich die vorwiegend kontinentale und potamische, ursprünglich meer- und küstenfeindliche Einstellung des alten chinesischen Reiches und der Rasse klar zu machen, um tausendjährige Grundzüge der ostasiatischen Geopolitik zu verstehen und für immer festzuhalten. Einige große Ströme, ihr Verhalten zu dem Gebirgsgerüst und ihre Durchbrüche bestimmen wirklich gesetzmäßig die viertausendjährige Geschichte des Reiches; und der Niederschlag der Volkserfahrung darüber in dem Ausdruck seiner Seele, seiner Sprache, macht die Erkenntnis davon offenbar! Man knüpfe ähnliche Betrachtungen etwa an das Zeichen „First" S. 63 oder Mi S. 386, das der Reis-(Körner-)Pflanzen!

Es ist eben das Verdienst eines so anschaulich aufgebauten Lexikons, daß man eine solche Würdigung vom Standpunkt des Augenkulturmenschen aus vornehmen kann. Zunächst von der Praxis für die Praxis geschaffen, dient es auch in seinen Nebenwirkungen, vielleicht ungewollt sogar, Allem, was aus der Ressort-Scheidung zu angewandter Wissenschaft führt. Stein für Stein aufgebaut auf Grund einer mühevollen, durchdachten Vorarbeit, aus dem Bedürfnis nach etwas bisher nicht Vorhandenem, aber als notwendig Erkanntem heraus ist es ein Werk nachwirkender Kriegsnot, die aus dem Kaufmann den Gelehrten machte. So schuf er wirklich etwas, was wir in deutscher Sprache bisher nicht besaßen, und um der bitter nötigen praktischen Ostasienkenntnis willen warm begrüßen, ein Werkzeug, das vor Allem jedes geographische Institut, jede ernsthaft mit dem Osten arbeitende große Zeitung, selbstverständlich jede Wirtschaftsstelle besitzen muß.

GEOPOLITISCHE STATISTIK

1. Einwanderung in die Vereinigten Staaten

Zugelassene Einwanderer nach der Volkszugehörigkeit[1])

	1918/19[2])	1919/20	1920/21	1921/22	1922/23	1923/24	1912/13
Neger (Afrika)	5 823	8 174	9 873	5 248	7 554	8 279	6 634
Armenier	282	2 762	10 212	2 249	2 396	2 656	9 353
Bulgaren, Serben, Montenegriner	205	1 064	7 700	1 370	1 893	2 327	9 087
Chinesen	1 697	2 148	4 017	4 465	4 074	3 519	2 022
Engländer, Schottländer, Walliser	37 861	81 008	81 024	46 981	65 543	128 073	79 635
Finnen	968	1 510	4 233	2 506	3 087	3 544	12 756
Franzosen	12 598	27 390	24 122	13 617	34 371	36 947	20 652
Griechen	813	13 998	31 828	3 821	4 177	4 688	38 644
Hebräer	3 055	14 292	119 036	53 524	49 719	46 746	101 390
Holländer, Vlamen	2 735	12 730	12 813	3 749	5 804	6 881	14 507
Iren	7 910	20 784	39 056	17 191	30 386	36 019	37 023
Italiener	3 373	97 800	222 496	41 154	48 280	51 654	274 147
Japaner, Koreaner	10 133	9 351	7 592	6 449	5 756	3 605	8 366
Kroaten, Slovenen, Bosnier	27	556	11 965	4 090	4 734	3 989	47 019
Litauer	160	422	829	1 602	1 828	1 890	24 647
Magyaren	52	252	9 377	6 037	6 922	6 930	30 610
Mexikaner	28 844	51 042	29 603	18 246	62 709	64 681	10 954
Polen	732	2 519	21 146	6 357	13 210	18 666	174 365
Portugiesen	1 574	15 174	18 856	1 867	2 802	3 356	13 566
Rumänen	89	898	5 925	1 520	1 397	1 530	13 451
Russen	1 532	2 378	2 887	2 486	4 346	8 664	51 472
Ruthenen	103	258	958	698	1 168	1 938	30 588
Skandinavier	8 261	16 621	25 812	16 678	37 630	38 255	38 737
Spanier	4 224	23 594	27 448	1 879	3 525	2 777	9 042
Span. Amerik. Westindier	5 484	6 990	6 401	3 120	4 804	4 477	5 633
Syrer	231	3 047	5 105	1 334	1 207	1 377	9 210
Tschechoslowaken	190	4 239	36 790	9 087	19 767	12 067	38 325
Türken	18	140	353	40	237	319	2 015
Sonstige Nationen	321	1 522	3 603	973	820	901	3 237
	141 132	430 001	805 228	309 556	522 919	599 227	1 197 892

1) Die Zählung erfolgt nach der Nationalität (z. B. werden Deutsch-Böhmen als Deutsche, Polen, die deutsche Staatsangehörige sind, als Polen gezählt).

2) Rechnungsjahre vom 1. Juli bis 30. Juni.



2. Einwanderungsquoten und Gesamtbevölkerung [2])

	Quote von 1921	Auf 100 000 Einwohner	Quote [1]) für 1924	Auf 100 000 Einwohner	Quote [1]) für 1927	Auf 100 000 Einwohner
Australien	271	5	121	2	100	1,7
Belgien	1 557	20	512	6	251	3,3
Bulgarien	301	6	100	2	100	2
Dänemark	5 644	168	2 789	83	945	28
Deutschland	68 039	110	51 227	82	20 028	32
England, Irland	77 206	173	62 574	140	93 465	210
Finnland	3 890	114	471	11	517	15
Frankreich	5 692	18	3 954	10	1 772	4
Griechenland	3 286	59	100	1,9	384	7
Italien	42 021	106	3 845	9	5 716	14
Jugoslavien	6 405	52	671	5	591	4,9
Niederlande	3 602	50	1 648	20	2 762	38
Norwegen	12 116	443	6 453	236	2 053	75
Österreich	7 444	114	785	12	2 171	34
Polen	25 800	95	5 982	22	4 535	17
Portugal	2 269	38	503	8	236	3,8
Rumänien	7 414	45	603	3	222	1,3
Rußland	34 247	25	2 248	1	4 002	2,1
Schweden	19 956	332	9 561	159	3 072	51
Schweiz	3 745	96	2 081	53	783	20
Spanien	663	3	131	0,6	148	0,6
Albanien	287	35	100	12	100	12
Armenien	1 588	—	124	—	100	—
Danzig	285	—	228	—	100	—
Estland	—	—	124	11	325	21
Lettland	—	—	142	7	384	20
Litauen	—	—	344	16	458	22

3. Kontinentale Auswanderung aus europäischen Staaten

	1920	1921	1922	1923
Frankreich	12 151	62 536	50 309	59 591
Italien	153 717	60 846	155 554	170 226
Schweden	4 164	3 888	10 532	.
Polen	26 846	12 129	29 527	.
Tschechoslowakei	16 478	16 350	18 497	16 320
Rumänien	.	9 199	12 279	7 941

4. Auswanderung über See aus wichtigeren Ländern Europas 1919—1924

Länder	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1919	1920	1921	1922	1923	1919	1920	1921	1922	1923	1921	1922	1923
							Auswanderer von 100 000 Einwohnern					Wanderungsentwicklung					Von 100 Auswanderern entfallen auf die einzelnen Nationen (rd.)		
Deutschland	3 144	8 485	23 254	36 511	115 416	Jan./März 18 768	5	14	38	60	187	100	270	742	1161	3071	3,7	7,0	12,8
England/Irland	146 935	285 105	199 497	174 096	256 284	29 196	342	664	464	403	594	„	194	136	118	174	31,3	33,5	28,4
Holland	2 439	5 978	3 386	2 377	6 930	937	36	86	49	34	96	„	245	139	97	284	0,5	0,5	0,8
Belgien	2 223	9 384	2 200	879	2 256	Jan./Mai 1 455	29	123	29	12	29	„	422	99	39	101	0,3	0,02	0,3
Schweiz	3 063	9 276	7 120	5 787	8 006	1 343	79	239	183	149	206	„	303	232	189	261	1,1	1,1	0,9
Spanien	94 088	150 566	62 479	64 119	93 246	—	441	752	294	295	428	„	160	66	68	99	9,8	12,2	10,3
Italien	55 584	211 227	194 320	121 410	177 798	Jan./Febr. 22 509	155	638	500	306	448	„	380	350	218	320	30,5	23,2	19,8
Dänemark	3 341	6 300	5 309	4 094	7 601	Jan./Mai 3 612	110	205	162	123	227	„	189	159	123	228	0,8	0,8	0,8
Schweden	7 337	6 078	5 062	7 389	22 327	Jan./April 1 789	125	103	85	124	372	„	83	69	101	318	0,8	1,4	2,5
Norwegen	2 432	5 581	4 627	6 456	18 287	—	93	210	172	238	669	„	229	190	265	752	0,7	1,2	2,0
Finnland	1 085	5 595	3 557	5 715	13 843	Jan./März 4 385	33	166	105	168	407	„	516	328	527	1276	0,6	1,1	1,5
Polen	5 901	74 121	87 334	38 716	123 345	3 755	22	273	321	142	354	„	1256	1480	656	2090	13,7	7,4	13,7
Oesterreich	—	5 009	5 176	10 579	15 497	Jan./April 1 940	—	83	85	162	237	—	100	103	211	309	0,8	2,0	1,7
Tschechoslowakei	—	16 857	17 086	20 363	15 795	Jan./Mai 2 756	—	124	126	150	116	—	100	101	121	97	2,7	3,9	1,9
Ungarn	—	—	1 218	1 701	1 935	—	—	—	17	21	24	—	—	100	140	158	0,2	0,3	0,2
Jugoslavien	—	—	12 965	6 086	9 370	Jan./April 6 603	—	—	108	51	78	—	—	100	47	72	2,0	1,2	1,0
Rumänien	—	—	2 949	16 812	12 719	Jan./Febr. 503	—	—	16	93	71	—	—	100	571	431	0,5	3,2	1,4
			637 519	523 090	900 655														

Anmerkung: England, Spanien und Italien haben eine starke hier nicht ausgewiesene Rückwanderung.

Anmerkungen

[1]) Für die übrigen Länder Quote = 100.

[2]) Seit 1917 ist die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten erheblich erschwert. Das Einwanderungsgesetz von 1921 setzt Quoten für die Zulassung der einzelnen Nationalitäten fest, die 3 v. H. der Zahl der zur Zeit der Volkszählung von 1910 in den U. S. A. ansässigen Angehörigen der betr. Nationalitäten betragen. Ab 1927 wird nach dem Einwanderungsgesetz von 1924 die Quote auf 2 v. H. des gemäß dem Stande von 1890 ansässigen Angehörigen der betr. Nationalitäten herabgesetzt.

Die tatsächlichen Einwanderungszahlen sind zum Teil höher als die Quoten, u. a. weil in ihnen Einwanderer enthalten sind, die nicht in die Quote eingerechnet werden.

E. OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Das Kardinalproblem Europas ist und bleibt die Rheinfrage, deren Wichtigkeit Stegemann in seinem prächtigen „Der Kampf um den Rhein" (vergl. den Literaturbericht dieses Heftes) so anschaulich und packend dargestellt hat. Frankreich versucht gegenwärtig, dieses Problem in einem ihm günstigen Sinne zu lösen, indem es die Sicherheitsfrage in den Vordergrund der Erörterungen rückt. Was sich das waffenstarrende Frankreich unter „Sicherung" vorstellt, ist nach der Rede Herriots trotz aller schönen Beiworte, Erläuterungen, Dementis usw. kaum zweifelhaft: „Die wichtigste und leider auch die letzte Garantie, über die Frankreich für seine Sicherheit verfügt, ist seine Gegenwart am Rhein." Gegenüber einem solch ungeheuerlichen Programm bedeutet es wirklich nicht allzuviel, ob der deutsch-französische Handelsvertrag schließlich doch noch auf der Grundlage der gegenseitigen Meistbegünstigung zustande kommt oder nicht. Das völlig entwaffnete Deutschland, das seinerseits ein Recht hat, die Sicherheitsfrage gegenüber dem Wettrüsten im Westen und Osten (Polen!) zu stellen, weiß nun wenigstens klipp und klar, warum der Diktatfrieden von Versailles vom Feindbund gebrochen, warum weder das kölnische Gebiet noch die Lande an der Ruhr geräumt wurden. Dem französisch-englischen Intrigenspiel stellen wir im Sinne Stegemanns heute mehr denn je die klare und feste Forderung entgegen: Europa kann Frieden und Ruhe nur dann erlangen, wenn der Rhein ehestens wieder wird, was er war, ein freier deutscher Strom.

Wie sich das Sicherheits-Problem weiter entwickeln wird, davon kann man sich nach den Erfahrungen mit dem Genfer Protokoll ein ungefähres Bild machen. Die Genfer Vereinbarung über die friedliche Regelung internationaler Konflikte (vergl. Zeitschrift für Geopolitik 1924, S. 723) sollte in diesem Frühjahr endgültig entschieden werden, nachdem man die Ratifizierung von Oktober 1924 auf März 1925 verschoben hatte. Jetzt heißt es bereits, daß vor September 1925 eine definitive Stellungnahme dazu kaum möglich sein wird. Die Entente braucht für solche Dinge viel Zeit, wie man ja auch bei der Zustellung der Note über die angeblichen deutschen Verfehlungen gemerkt hat. In Wirklichkeit hegt Großbritannien und hegen erst recht die englischen Dominions große Bedenken, sich bedingungslos in europäische Händel ver-

stricken zu lassen. Auch der Liebe zu Frankreich sind schließlich Grenzen gezogen, und dies vollends, wenn man am englischen Geldbeutel spürt, wie stark die Geschäfte infolge der Konkurrenz Frankreichs und der geringen Aufnahmefähigkeit Mittel- und Osteuropas leiden.[1])

Zudem hat Großbritannien nicht nur kontinentale Belange zu berücksichtigen, sondern muß vor allem auf die Festigung und Ausgestaltung seines Empires bedacht sein. Der Sorgen gibt es auch hier genug, selbst im Bereich der europäisch-afrikanischen Welt. Irland, die grüne Insel, hat bitter schwer unter der überaus feuchten Witterung des vergangenen Sommers zu leiden. An ein Stechen des Torfes in West- und Südwest-Irland ist überhaupt nicht zu denken, und die Kartoffeln sind derartig mißraten, daß eine regelrechte Hungersnot entstanden ist. — In Ägypten ist für den Augenblick die Ruhe gesichert. Bei den Vorwahlen vom 4. Februar 1925 unterlag der Führer der antibritischen Politik, Zaghlul Pascha; seine Anhänger versichern allerdings, daß dieses Ergebnis nicht durch einen Umschwung der Wählerschaft zustande kam, sondern dem geschickten Vorgehen (Bestechung!) britisch-ägyptischer Regierungsagenten zu danken sei. — Der Aufstand in Kurdistan, der immer bedrohlicheren Umfang annimmt, berührt selbstverständlich die britischen Belange im nahen Orient sehr wesentlich. Zum einen werden die Türken durch die kurdische Bewegung vom Irak ferngehalten; die Engländer haben infolgedessen an einer raschen Niederwerfung der Rebellen nicht das mindeste Interesse, sie würden im Gegenteil das Entstehen eines kurdischen Pufferstaates nur begrüßen und protestieren daher gegen die Benutzung der syrischen Eisenbahn durch türkische Truppentransporte. Auf der anderen Seite aber kann der Aufstand in Kurdistan dank seinem ausgesprochen reaktionär-religiösen Charakter gar leicht für die Politik im gesamten Orient Bedeutung gewinnen und alte, schwierige Fragen, die man endlich gelöst zu haben glaubte, von neuem aufrollen. Ungeteilte Freude empfindet man also in England bei den Nachrichten aus Kurdistan gewiß nicht, und dies um so weniger, als hierbei der notdürftig vertuschte britisch-französische Gegensatz wiederum offenbar wird. — Schwere Sorgen bereitet den Londoner Leitern der Empire-Politik die Entwicklung der Dinge in Südafrika. Die Statistik erweist deutlich, daß die Südafrikanische Union in ihrer Wirtschaftsausgestaltung mehr und mehr eigene Wege geht. Dr. Paul Catz aus Kapstadt veröffentlicht in der „Frankfurter Ztg." folgende lehrreiche Zahlenfolge:

An der Ausfuhr aus der Union waren beteiligt:

	1910	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923	
Erzeugnisse des Bergbaus mit	81,1	81	77,4	73,3	70,1	59,2	65,5	68,7	64,6	61	%
Erzeugnisse von Ackerbau und Viehzucht mit . .	18,5	18	20,8	24,8	27,8	39	32,3	29,6	33,1	37	„
Erzeugnisse der Industrie mit	0,4	1	1,8	1,9	2,1	1,8	2,2	1,7	2,3	2	„

Nun beabsichtigt die Union, die Goldwährung einzuführen und sich in dem neuen afrikanischen Pfund ein Mittel zu selbständiger Finanzpolitik zu schaffen! Mögen auch die kulturellen Bande vorerst noch halten, in ökonomischer Beziehung schwenkt Südafrika nach dem Vorbild von Kanada, Australien etc. deutlich aus dem allbritischen Wirtschaftsverband ab. Die einstige Kongruenz von Kultur, Politik und Wirtschaft besteht auch hier nicht mehr.

Im vorigen Bericht (Zeitschrift für Geopolitik 1925, S. 53f.) sprachen wir von der großen osteuropäischen Konfliktszone, die vom Balkan bis zum russisch-baltischen Norden hinaufreicht.



Die hier durch das Nationalitätenproblem immer von neuem heraufbeschworenen Krisen müssen auch heute wieder gestreift werden. Die türkisch-griechische „Bereinigung" ist durch den Fall des Patriarchen Konstantin in hohem Maße gestört worden. Daß die Aufrechterhaltung des ökumenischen Patriarchats in Konstantinopel-Fanar für die gesamte orthodoxe Christenheit von weitreichender Bedeutung ist, versteht sich von selbst. Die Griechen ihrerseits legen dieser Institution besonderen Wert bei, weil sie augenscheinlich hoffen, mit Hilfe des Patriarchats früher oder später das jetzt verlorene Kolonisationsgebiet auf türkischem Boden zurückzugewinnen. Daher die ungemein starke Entrüstung der Griechen, als sich die Türkei entschloß, den Patriarchen Konstantin VI. auszuweisen. Gegenüber den schweren Angriffen, die von allen Seiten gegen die Angora-Regierung erhoben wurden, erklärte diese in aller Ruhe, daß sich die von ihr getroffene Maßnahme nicht gegen das Patriarchat als solches, sondern lediglich gegen die Person Konstantins richte. Da der Metropolit nicht vor 1918 in der Türkei geweilt habe, gehöre er nach Wortlaut und Sinn der Vereinbarung zu den „Échangeables". Warum wählten die Griechen gerade einen längst zum Austausch bestimmten Presbyter zum Patriarchen? Angora ist bereit, die Wahl eines seit langem in der Türkei ansässigen Kirchenfürsten ohne weiteres anzuerkennen. Über Konstantin VI. aber gibt es für Angora kein Verhandeln. — Die beiden Parteien stehen sich nach wie vor schroff gegenüber, und es ist nicht abzusehen, wie die beiden feindlichen Nationen in diesem Punkte zu einem Ausgleich der Gegensätze gelangen sollen.

In Jugoslawien führte das Nationalitätenproblem bei der Wahl vom 8. Februar 1925 zu schweren Unruhen und Bluttaten. Paschitsch wußte nur zu gut, daß er eine Mehrheit in der Skupschtina nicht erzielen könnte, wenn die Wahl frei und ordnungsgemäß vollzogen würde. Ein Terror fürchterlichster Art wurde deshalb ausgeübt; Wahlbeeinflussung, Stimmenkauf und Stimmenraub entschieden faktisch das Ergebnis der Wahl. Uns Deutsche gehen diese Dinge deshalb besonders an, weil auf den Führer der deutschen Minoritätengruppe, Dr. Kraft, kurz vor der Wahl ein Attentat verübt wurde, an dessen Folgen der mutige Vorkämpfer des Deutschtums in Jugoslawien noch heute darniederliegt. Nur dank derartiger Methoden ist es Paschitsch geglückt, von 315 Sitzen in der Skupschtina 162 für sich und seine Anhänger zu erobern. Die völkischen Minderheiten, die mit ihren 2½ Millionen fast 21 % der Bevölkerung ausmachen, sind mit nur 6 Abgeordneten, d. h. wenniger denn 2 % im Parlament vertreten! Ein kennzeichnender Beitrag zu der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Schutzes der nationalen Minderheiten. Was sagt der hochwohllöbliche Völkerbund hierzu?

Ein so buntscheckiger Nationalitätenstaat, wie es das moderne Rumänien ist, sollte auf seine fremdvölkischen Minderheiten selbstverständlich schon im eigenen Interesse weitgehende Rücksicht nehmen. Das gerade Gegenteil ist leider festzustellen. Im Parlament sind neben den Rumänen nur die Deutschen vertreten; kein einziger Ungar, kein Ukrainer, kein Russe usw. Im gesamten öffentlichen Leben Rumäniens macht sich ein Fremdenhaß bemerkbar, der auf die Dauer schlechthin unerträglich ist und für den Staat auch deshalb eine Torheit bedeutet, weil das rumänische Wirtschaftsleben ohne fremdnationales Kapital einfach nicht bestehen kann. Der in weiten Kreisen des rumänischen Volkes verbreitete Chauvinismus wird von den Staatsführern dazu benutzt, um durch Schürung des deutsch-rumänischen Konfliktes die Blicke von den innerpolitischen Nöten abzulenken. Das Deutsche Reich hatte während der Besetzung Rumäniens Banknoten ausgegeben und vor dem Dawes-Abkommen versprochen, diese Noten z. T. in Gold einzulösen. Der Dawes-Plan macht nun selbstverständlich eine

andere Lösung der Streitfrage erforderlich; indessen Rumänien besteht auf voller Goldzahlung und gebärdet sich nach Ablehnung dieses Ansinnens wie ein unerzogenes Kind. Man spricht von Repressalien, von Wirtschaftskrieg, womöglich gar von einer Ausweisung der Deutschen aus Rumänien. Noch steht im beiderseitigen Interesse zu hoffen, daß die besonneneren Elemente in Rumänien die Oberhand gewinnen. Als Symptom aber für den Fremdenhaß und die Überheblichkeit der rumänischen Staatsnation ist der Zwischenfall von dauernder Bedeutung.

Rumänien findet einen ebenbürtigen Gegenspieler in Polen. Trostloser kann es wirklich kaum irgendwo aussehen als in Polen; die Wirtschaftskrise und die dadurch bedingte Steuererschöpfung drohen nachgerade zu einer allgemeinen Staatskrise zu führen. Trotz der außerordentlich niedrigen Arbeitslöhne ist die polnische Industrie nicht imstande, den Konkurrenzkampf mit dem Ausland zu bestehen. Grabski gab vor kurzem bekannt, daß umfangreiche Bestellungen im Ausland unvermeidlich seien, weil die einheimische Industrie bis zu 70 % höhere Preise verlange! Mißernte im eigenen Lande und starkes Steigen der Weltmarktpreise für Getreide machen die Ernährung zu einem sehr ernsten Problem. Die Steuerschraube arbeitet infolgedessen mit brutaler Gewalt; aber wo nichts da ist, hat selbst der polnische Finanzminister sein Recht verloren. Wie stark der Geld- und Kreditmangel in Polen gestiegen ist, offenbart der „Bankrott" der alten angesehenen Textilfirma Heinzel & Co. in Lodz. Bei einem Aktivenbestand von 12 und einem Passivbestand von nur 8 Mill. Zloty mußte diese Firma einen Wechsel von 28 000 Zloty zu Protest gehen lassen, weil sie den hierfür erforderlichen Kredit nicht aufzutreiben in der Lage war! — Man sollte meinen, ein derartig zerrüttetes Staatswesen würde alle Kräfte auf den inneren Wiederaufbau konzentrieren. Weit gefehlt! In nimmersatter Ländergier versucht Polen nach glücklich vollendeter Annexion von Wilna nun auch den Freistaat Danzig überzuschlucken. Der jetzt akute Poststreit ist ja doch nur ein Glied in einer langen Kette. Es verlohnt sich schon, die Tatsachen in historischer Reihenfolge festzuhalten:

1. Im Februar 1921 vermochte lediglich der Machtspruch des Völkerbundskommissars Haking zu verhindern, daß polnische Truppen in Danzig stationiert wurden.

2. Ein Teil der Danziger Hafenbahnen ist auf Drängen Polens diesem überantwortet worden.

3. Da den Polen die außenpolitische Vertretung Danzigs zugesprochen war, verlangten sie, daß zur Einreise nach Danzig das polnische Visum erforderlich wäre. Dieses Ansinnen wurde vom Völkerbund allerdings abgewiesen.

4. Demselben Schicksal verfiel der Versuch Polens, die Verwaltung der Weichsel innerhalb des Danziger Staatsgebietes zu erlangen.

5. Erfolglos bemühte sich Polen, für polnisches Eigentum, polnische Beamte und polnische Schiffe im Danziger Gebiet exterritoriale Rechte zu beanspruchen und den Danziger Freistaat die Befugnis zu bestreiten, polnische Staatsangehörige auszuweisen.

6. Dagegen glückte es Polen durchzusetzen, daß vor den Toren Danzigs ein großer polnischer Munitionshafen errichtet werden durfte.

7. Gegenwärtig bemüht sich Polen, entgegen der bereits im Jahre 1922 gefällten klaren Entscheidung, seine beschränkten Postrechte auf das gesamte Danziger Staatsgebiet auszudehnen und den polnischen Zolldienst auf Danziger Boden weiter auszugestalten.

Nimmt man zu alledem hinzu, daß Polen die Danziger Messe mit allen Mitteln zu boykottieren versucht, daß Danziger Firmen keine polnischen Staatsaufträge erteilt werden dürfen, solange sie nicht wenigstens zur Hälfte Mitglieder der „polnischen Gemeinde zu Danzig" beschäftigen usw., so erkennt man, mit welcher Blindwütigkeit der polnische Chauvinismus gegen den

deutschen Nachbarn vorgeht. Die Botschafterkonferenz der Alliierten hat kürzlich wieder einmal vor dem polnischen Nationalismus kapituliert, indem eine Reihe deutscher Dörfer auf der ostpreußischen Seite der Weichsel Polen zugesprochen und damit der freie Zutritt Ostpreußens zur Weichsel abermals erschwert wurde.

Welch harten Existenzkampf das Deutschtum auch im Baltikum zu führen hat, beweisen die jüngsten Vorgänge in Estland. Nach jahrelangem Hin und Her fand sich die Regierung schließlich bereit, den Minderheiten eine gewisse Kulturautonomie einzuräumen. Am 5. Februar 1925 wurde dieses Gesetz verkündet. Es wird zwar den Wünschen der völkischen Minoritäten keineswegs vollkommen gerecht, bedeutet aber doch immerhin einen Ansatz zur Besserung. Leider erfolgte kurz darauf doch wieder ein empfindsamer Schlag gegen das Deutschtum in Estland. Die alte deutsche Domkirche in Reval mit allen dazugehörigen Grundstücken wurde der Verwaltung der deutschen Domgemeinde durch eine Verfügung des estnischen Ministers des Innern entzogen und dem Ministerium unterstellt. Der innerpolitische Frieden, der mit dem Autonomiegesetz erstrebt wurde, ist durch dieses rigorose und ungerechtfertigte Vorgehen selbstverständlich wieder arg gefährdet.

Die politisch wichtigen Ereignisse in der russischen Sowjet-Union würden sinngemäß hier anzuschließen sein. Da jedoch die Problematik des Sowjet-Staates eine umfangreichere Darstellung nötig macht, müssen wir uns vorbehalten, im nächsten Heft ausführlich darauf einzugehen.

Anmerkung

[1]) In der Kohlenproduktion Europas ist von 1923 auf 1924 eine Steigerung von 474 Mill. t auf 534 Mill. t zu verzeichnen, d. h. um 12,7 %. Die Verhältnisse in den wichtigsten Kohlenstaaten beleuchten die folgenden Zahlen, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß 1923 das Jahr des Ruhrkampfes ist:

Kohlenproduktion in	England	Deutschland	Frankreich (einschl. Saar)	Tschechoslowakei
1923	278,5 Mill. t	62,4 Mill. t	47,7 Mill. t	11,5 Mill. t
1924	269 „	115,2 „	58,8 „	14,5 „
Steigerung in %	— 3,4	+ 84,6	+ 23,3	+ 26,1

Die Kohlenausfuhr aus Großbritannien nach Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland und Italien fiel von 54,5 Mill. t im Jahre 1923 auf 34,1 Mill. t im Jahre 1924.

Die Erzeugung von Roheisen und Stahl in Großbritannien und Frankreich erhellt aus der folgenden Gegenüberstellung:

	1913		1921		1922		1923		1924	
	Engl.	Frankr.	Engl.	Frankr.	Engl.	Frankr.	Engl.	Frankr.	Engl.	Frankr.
	Mill. t		Mill. t		Mill. t		Mill. t		Mill. t	
Roheisen	10,250	5,210	2,611	3,420	4,899	5,120	7,438	5,080	7,320	7,652
Stahl	7,660	4,690	3,625	3,060	5,820	4,540	8,489	4,830	8,221	6,907

Der Gesamthandel Großbritanniens und Frankreichs in den Jahren 1923 und 1924 gestaltete sich folgendermaßen:

	1923		1924	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Großbritannien	1,096	0,886 Mill. Pfund	1,280	0,936 Mill. Pfund
Frankreich	32,689	30,433 Milliarden Fr.	40,133	41,454 Milliarden Fr.

Die Zunahme der Einfuhr von 1923 auf 1924 betrug demnach in Großbritannien 16,8 %, in Frankreich 23 %; die Ausfuhr steigerte sich in Großbritannien um 5,6 %, in Frankreich um 36 %.

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Unter dem Eindruck der Japanisch-russischen Verständigung und der gesteigerten Verschärfung der indischen Lage wird die Vorfrühjahrs-Berichterstattung noch vorwiegend stehen müssen.

Die Tatsache der in Peking am 20. Januar 1925 vollzogenen Verständigung und die Möglichkeit ihrer Fassung in Vertragsform ist das geopolitisch Entscheidende, — nicht der verhältnismäßig wenig besagende Inhalt. Darum ist es auch ein Anzeichen politischer Instinktlosigkeit, wenn man versucht, nun in Mitteleuropa mit den Werkzeugen von Nachrichten-Instituten, der öffentlichen Meinung, der Presse auf den Busch zu klopfen, aus dem dieser eine wohl dafür zugerüstete Vogel aufstieg, ob noch weitere herausfliegen, die sicher darin sitzen.

Sie werden steigen, wenn man es in Moskau und Tokio angezeigt findet, keinen Augenblick früher: und wenn man die Möglichkeit suchen will, von ihrem Auffliegen nicht überrascht zu werden, dann wird man in den Busch gehen müssen . . . .; nützlich ist aber sicher, auf die Wirkungen hinzuweisen, wie das vorbildlich Admiral Hollweg in D. A. Z. und Weser-Zeitg., Th. Schultze in den Dresdener Neuesten Nachrichten tat.

Was ist das geopolitisch Bedeutsame an dem bisher bekannten Inhalt des Vertrags, nicht eines Bündnisses, [zu dessen Grundstein er allerdings aus klaren Linien jederzeit werden kann, wenn Andere diese Linien stören]?

Von japanischer Seite die restlose Liquidation der Festlandüberflutung nach dem Weltkrieg, das Zusückgehen auf den Grund des Vertrags von Portsmouth, und die Verhandlungen Itos mit den Russen nach dem amerikanischen Eingriff des Knox-Proposal zur Internationalisierung der mandschurischen Eisenbahnen. Man sieht daraus, daß die bodenfremden Eingriffe der Vereinigten Staaten in die indo-pazifische Politik immer dieselben Wirkungen des Aneinanderdrängens der bodenständigen und ortskundigen Mächte hervorrufen. Es ist weiterhin die restlose Herstellung des Gesichts der Russen in ihrem Zutritt zum Pazifischen Ozean. Sogar die Räumung von Nordsachalin, das an sich ein guter Austauschraum gewesen wäre, dessen Räumung ein großes Zugeständnis Japans bedeutet. Die Sowjets wissen nun ganz genau, daß sie hier ein ihnen gelegentlich entbehrliches, von Japan teuer zu bezahlendes Austauschobjekt haben, das ihm fast eine halbe Milliarde Goldmark wert war, worüber nun Abkommen zur wirtschaftlichen Ausbeutung getroffen sind (Öl-Mutung, Ausbeutung bis zu 50 % der Funde an der Ostküste, Öl- und Kohlen-Mutungeu an der Westküste, von deren Ertrag 5—8 % der Kohlen, 5—15 % des gewonnenen Öls an die russische Regierung gehen sollen). Wie viel leichter wird es fallen, für dieses alte japanische Wunschziel gelegentlich wertvollste diplomatische Hilfe, Rückendeckung vom Inselreich zu erlangen, und mit einer späteren Überlassung gegen schwere Entschädigung noch eine großartige Geste der Rückgabe alten asiatischen Guts an Asiaten zu verbinden! Überdies erhält Rußland auf diese Weise durch japanischen Fleiß eine regelmäßige Rente aus Sachalin, die es selbst nie zu erwirtschaften verstand, was sogar die amtlichen Berichte zugeben.

Und dennoch ist auch Japan zufrieden und begrüßte den Abschluß mit ungeheuchelter Freude; denn die Rückendeckung, die Sicherheit gegen unterminierende Propaganda, namentlich in Korea, die Wirtschaftskonzessionen in Ostsibirien und Sachalin, die Regelung der



Küsten-Fischerei sind dem seelebigen Inselbogen-Reich so viel wert, daß es schließlich manche Gesicht-Beeinträchtigungen in den Kauf nahm.

Japan hat die Interessengemeinschaft mit Rußland durch Krieg und Frieden zielbewußt angesteuert, war ihr in den Vereinbarungen von 1909/10 und 1916/17 schon nahe gekommen. Die gleiche Enttäuschung, wie Deutschland mit dem Rapallo-Vertrag, wird es nicht erleben, weil es viel klarer weiß, was es mit der Verständigung gewollt hat: die Öffnung eines neuen Wegs politischer Aktionsfreiheit, die ihm ohne diesen gar nicht so leicht gefaßten Entschluß fast völlig geraubt schien.

In dieser einzigen Folgerung weichen wir etwas von der vorzüglichen Würdigung von Dr. Mohr in der Ostasiatischen Rundschau Nr. 2 ab, auf die wir sonst wegen mancher Einzelheiten verweisen. Vor allem sind in der richtigen Reihenfolge die geopolitischen Nah-Gründe Japans für die Verständigung angeführt: Die Notwendigkeit des Wieder-Freimachens der Meeres-Ernährung aus den Fischereigebieten der Amurprovinz, der Küstenprovinz und Kamtschatkas, aus der Japan einen Ertrag von zwischen 50 und 60 Millionen Goldmark jährlich, Rußland eine Pacht von über 7 Millionen Goldrubel, Japan darüber hinaus die unschätzbare Sicherheit gegen eine erfolgreiche Nahrungs-Blockade zog, als erster, die Absatzerweiterung für das industrialisierte Land als zweiter, die relative Unabhängigkeit der japanischen Seemacht in ihrer Ölpolitik als dritter.

So wichtig ist für das Küsten- und Inselreich mit seiner fast 42 000 Kilometer zu verteidigenden und allerdings auch verkehrs- und wirtschaftstechnisch zu verwertenden Küstenlinie die Meer-Ernährung! Ein Zehntel seiner überverdichteten Bevölkerung lebt unmittelbar und ausschließlich, ein weit größerer Teil noch mittelbar von ihr!

Die geopolitische Tragweite des Abkommens über den Bereich hinaus, in dem sich die am meisten ozeanischen und die zwei am meisten kontinentalen Großmächte der Erde auf dem eurasiatischen Festland, in einer Zone höchst gemischter und verdunkelter Rechtsverhältnisse aneinanderlegen, ist im 2. Heft, in einem Leitaufsatz über die Möglichkeit eines eurasiatischen Blocks auseinandergesetzt. Die Grenzzone selbst ist umschrieben:

1. Durch die Randmeer- und Küstenfischerei-Rechte der Japaner in den russischen Territorialgewässern von Kamtschatka, Ostsibirien, der Küstenprovinz nach dem Vertrag von Portsmouth und den späteren, nun neu zu revidierenden Abkommen von 1909/10 und 1916/17.

2. Die nur Chinesen, Japanern und Russen vorbehaltenen Schiffahrtsrechte auf dem Amur, Ussuri und Sungari mit Nebenflüssen, die Zugang zu einem Netz von mehr als 6000 km benützbarer Wasserstraßen öffnen.

3. Die staatsrechtliche Schütterzone der teils unabhängig anerkannten, teils als Zubehör Chinas behandelten Mandschurei, die aber von einer mehr als 22000 qkm umfassenden sogenannten autonomen japanischen Eisenbahnzone von Charbin nach Süden über Mukden bis zum japanischen Pachtgebiet Liautung durchzogen ist, dessen Pacht eigentlich 1923 abgelaufen war, und durchsetzt von „besonderen Rechten" Japans in Mandschurei und innerer Mongolei, gemeinsamer russisch-chinesischer Verwaltung der ostchinesischen Bahn, und russischen Sonderrechten, die aus der Mongolei herüber wirken. Eine klare Grenze wird erst bei der Yalu-Tumen-Furche erreicht. Eine Pufferstaatsbildung zeichnet sich hier bereits in Umrissen ab.

Ist hier, am Nordsaum des indo-pazifischen Bereichs eine weittragende, die Luft klärende Verständigung erreicht, so ist am indischen Südsaume die Luft dicker und unsichtiger geworden.

Im Zusammenhang damit ist hier — als auf ein höchst brauchbares Symptom — auf die Bestrebungen des Kreises aufmerksam zu machen, der in Poona „The Servant of

India" herausgibt, ein neben seinen eigentlichen Zielen oft über geopolitisch wichtige Veränderungen ausgezeichnet unterrichtetes Blatt. Es ist um so wertvoller, als es redlich der Vermittlung dienen will, Gegensätze eher mildert, als unterstreicht, aber freilich oft gezwungen ist, die gleichwohl unleugbaren ehrlich heraus zu stellen. In solchen Fragen ist es dann ein vollgültiger Zeuge. Greifen wir aufs Geratewohl etwa die Januar-Schluß-Nummer Poona, 29. 1. 25, heraus, so treten zwei außenindische Reibungszonen und der große innerindische Schwierigkeiten-Kreis unmittelbar vor uns hin.

Zunächst die starke Rückwirkung aller Farben-Distanzierungs-Fragen und Rassen-Zusammenstöße in Ostafrika auf Indien, wo man Ostafrika als das zukünftige Amerika der indischen Rasse betrachtet. Diese Auffassung tritt mir auch aus vielen indischen Schriftwechseln entgegen. Kaum in Sicht einer gewissen Selbstbestimmung angekommen, ist der große indische Menschenverdichtungsraum schon expansiv, und übernimmt Vorstellungen des britischen Imperiums vom indischen Ozean als geschlossenes Meer!

Denn auch alle Fragen der Inselwelt des australischen Mittelmeers begegnen beim indischen Leser der gleichen Beachtung und Nutzanwendung auf die eigene Selbstbestimmungs-Bewegung und künftige gemeinsame Arbeit. Ein Artikel: America in the Philippines, von J. B. Sen, ist darin so lehrreich, wie etwa ein Zusammenhalten der vorzüglichen Übersicht von Dr. Wilhelm Mautner: Die Eingeborenen-Bewegung in Niederländisch-Indien (Ostasiatische Rundschau, 1925, No. 2) mit ihm.

Denn ein solches Zusammenhalten zeigt, wie klar man sich im ganzen indopazifischen Bereich ist über die Unhaltbarkeit des Kolonialstandpunkts der europäischen Westmächte, mit ihrem Besitz von „ein Drittel Asiens" gegenüber den Kolonialrassen Südostasiens. Denn der bloße Anspruch auf dauernde Aufrechterhaltung dieses Besitzes bedeutet eben die Doktrin von der Unterwertigkeit dieser Rassen, die angeblich schon die Haltung der Amerikaner auf den Philippinen gegenüber den Philippinos gefährden soll, obwohl auch hier noch vom Versprechen zum Halten — wie unsere Leser wissen — ein weiter Weg ist.

Welche Interessengemeinschaft zwischen dem entmachteten, und daher entrechteten Mitteleuropa und diesen Kulturrassen aber bereits besteht, ohne daß wir es gewahr werden, das geht aus so eindeutigen Ausführungen, wie etwa dem Bericht von O. Franke über die Tätigkeit der Boykottorganisationen des „Conseil" und der „Union" in Brüssel und Genf—Paris hervor, der sich in den Mittlg. des Verbands der Deutschen Hochschulen, Februar 1925, Heft 2 S. 32 findet. Daher die Notwendigkeit, nicht nur so sinnfällige Erscheinungen aus diesem ganzen Kulturkreise, wie die japanisch-russische Verständigung, sondern auch die weniger hervortretenden und beleuchteten im noch entmachteten, und daher gleichfalls entrechteten und bedrückten Südostasien aufmerksam zu verfolgen, und den Zusammenhang, der sich zwischen ihnen — trotz des augenblicklichen Gegensatzes in der Opium-Politik —, über den zerrütteten indischen und chinesischen Lebensraum hin herstellt und dauernd erhält.

Er ist tatsächlich augenblicklich stärker als Europas Gemeinschaftsgefühl.

Freilich haben wir angesichts dieser Behauptung —, die inneren indischen Zustände für die nächste Berichterstattung zurückstellend — China auf seine Tragfähigkeit und Durchlässigkeit für die an sich von der Mehrzahl seiner Intellektuellen, wie Machtmenschen leidenschaftlich verfochtene Idee der asiatischen Selbstbestimmung zu prüfen.

Dazu hilft uns, neben einer Reihe von Arbeiten, in denen ich z. B. in der Leipziger Illustrierten Zeitung und den Schweizer Monatsheften für Kultur und Politik, wie in Berichten

der Z. f. G. den Nachrichtenstoff zu sichten versucht habe, wie Salzmann in der Köln. Zeitung und anderwärts, eine recht brauchbare Übersicht der „Times" vom 16. und 17. 2. — unter der Überschrift: Chinese Chaos, in Peking am 15. 1. abgegangen —, also den abgeschlossenen Neujahrseindruck wiedergebend.

In der beigefügten Skizze ist bereits ein vergrößertes Tibet eingezeichnet, und wir



werden auf allen Skizzen britischen Ursprungs nun einer unmerklichen Vergrößerungstendenz dieses Landes begegnen, gegen China und Zentralasien zu, da es praktisch in die britische Interessensphäre geglitten ist, eine möglichst große Vorstellung von Tibet auf Kosten seines einstigen Suzeräns also diese in den Augen des harmlosen Beschauers vergrößert!

Sonst aber zeichnet der Aufsatz gut: den Zusammenbruch der noch vor einem halben Jahr dreiviertel Chinas kontrollierenden Chili-Partei; Wu Pei Fu, ihren starken Mann, auf der Flucht; Chi Hsieh-yuan, seinen Strohmann in Kiangsu durch den Gegner wieder ersetzt, Tsao Kun in entehrender Haft, sein Anhang der zusammengerafften Schätze beraubt, zum Teil hingerichtet; nur ein paar Parteigänger noch in unschädlichen Ämtern. Nur Feng Yu-Hsiang, der christliche Verrat-General, bleibt von der Chili-Gruppe übrig, im Gegenspiel mit Chang Tso Lin den neuen Präsidenten, Tuan Chi Jui an Drähten etwa gleicher Kraftspannung zerrend. Diesem zwiespältigen Norden steht der zerfahrene, wenn auch radikalere Südwesten: Kwangtung, Kwanghsi, Kweichow, Yünnan und Szechuan entgegen, beide letztern im S. W. mit ihren eignen Grenzangelegenheiten so beschäftigt, daß sie völlig abgelenkt erscheinen.

Das alles ist richtig gesehen, wenn auch probritisch frisiert: so vor allem das Verhältnis Chang Tso Lins, des Kriegsherrn der Mandschurei, zu Japan. Hinter ihm steht ein rasch aufblühendes Land, ein gut bezahltes Heer, mit vielen weißen Söldnern, eine wohl geordnete Verwaltung. „Er ist in naher Beziehung mit den Japanern, die ihm viel indirekte Anlehnung bei den jüngsten Kriegshandlungen gaben." (Unter andern ließen sie ihn auf ihren Eisenbahnen fahren!) „Es kann nicht gesagt werden, daß er Pro-Japaner ist, aber es paßt ihm, auf gutem Fuß mit den fremden Mächten innerhalb seiner Tore zu stehen, und die Japaner stützen ihn, weil er die Unvermeidlichkeit ihrer Anwesenheit in der Mandschurei eingesehen hat."

Mit diesen Sätzen ist das Verhältnis wohl richtig gesehen, und es ist für uns angenehm, daß wir das mit britischen Worten konstatieren können! Auch Frankreich hat Chang freundlich einen Dampfer voll „Handelsflugzeuge" (Bréguet), mit den nötigen Kameras, Maschinengewehren und Piloten zugeführt. (Nur um vollständig zu sein!) „Die Japaner sind angenehm berührt, ihre alten Freunde wieder zurück in die Macht kommen zu sehen." Gleichzeitig wird festgestellt, daß englandfreundliche, japankritische Stimmen hinausgetan werden.

Chang Tso Lins augenblickliche Machtstellung, von unfreundlichen Augen gezeichnet, malt sich so: Unbedingter Herr der Mandschurei,

mit starken Kräften in Ost-Chili, durch seinen Schützling Lu Yung-Hsiang über Kiangsu und demnächst Chekiang, d. h. die ganze Yangtse-Mündung mit ihrem Arsenal verfügend, mit der Eisenbahn Tientsin—Pukow auch Shantung teilweise beherrschend, mit Parteifreunden verankert in Anhwei und Kiangsi. Aber diese weit gedehnte Stellung ist nun sehr angreifbar geworden.

Sein heimlicher Gegner Feng hatte sich stark auf die radikalen Freunde der Kuo Ming Tang und Einflüsse der russischen Botschaft gestützt, sah sich von beiden enttäuscht, nach seinem Verrat nicht als unbedingten Herrn der Lage und spielt nun die Sezession auf den heiligen Berg in der Mongolei, wohin man ihn durch einen Landsiedlungs-Auftrag ablenken wollte — ganz wie zu den römischen Triumvirn-Zeiten.

Veteranen-Siedeln ist ein zweischneidiges Tun! Sie laufen leicht wieder Legionen zu, und Feng hat immer noch etwa 50000 ergebene Truppen als Kern in West-Chili und einen blind ergebenen Getreuen in Honan mit weiteren 40000, und Sun Yueh steht mit 25000 in Pautingfu, in Kontrolle der Peking-Hankow-Bahn, nur durch eine Zone von etwa 150 km von den Truppen Changs um Tientsin getrennt. Das ist eine Lage, wie die Roms zwischen Sulla und Marius!

Auch das turbulenteste Element jener Zeit fehlt nicht, wenn auch sein glänzendster Vertreter, Sun Yat Sen, schwerkrank darniederliegt, so daß die Idee, ein bolschewistenfreundliches Kuo Ming Tang-Regiment in Peking — aber mit großchinesischer, fremdenfeindlicher Außenrichtung — aufzumachen, am Ausfallen des dafür wichtigsten Mannes scheiterte.

Chang und Tuan, beide bolschewistischen Experimenten nicht so geneigt, wie Feng, haben inzwischen etwas echt Chinesisches getan: dem zuerst geächteten, mit einem namhaften Preis auf seinen Kopf geflohenen Wu Pei Fu das Amt eines Verteidigungs-Kommissärs der Yangtse-Provinzen angeboten: das wäre praktisch der Schritt von der Proskription ins Triumvirat, und würde Feng darin in eine unhaltbare Lage bringen. Tatsächlich gibt es keine bessere geopolitische Analogie für die augenblicklichen Zustände in China, als einen Rückblick auf Rom zwischen seinen Triumviraten. Dem englischen Berichterstatter scheint dieser Zustand begreiflicherweise verwerflich und den ruhigen Handel der saturierten Mächte störend. Wir aber erinnern uns, daß in Rom innerhalb desselben Menschenalters die Kräfte für die Schläge von Philippi und Actium frei wurden, und die Legionen des Agrippa, mit denen Octavianus das Reich erneuerte und ihm den Frieden gab. Wie lange wird ein solches Reich dann schimpfliche Verträge dulden, sich seine Zollhoheit beschränken lassen? Welcher Resonanzboden für Selbstbestimmungsbewegungen durch seinen alten Kulturkreis wird es sein, welcher Bundesgenosse für solche, die ihm jetzt helfen und seine Großmachtstellung, seine Gleichberechtigung anerkennen, wie Japan, wie Rußland und wir!

O. MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Die Vereinigten Staaten II

Der zurzeit erst klarer übersehbare Wirtschaftsabschluß des Vorjahres ermöglicht eine Überschau über die augenblickliche Wirtschaftsmachtstellung der Vereinigten Staaten, wobei zunächst nur einige wichtige Einzeldaten diese wirtschaftspolitische Position kennzeichnen



sollen. Dagegen bleibt es einer künftigen eingehenderen Studie vorbehalten, die Tatsache und das Problem des nordamerikanischen Wirtschaftsimperialismus zu betrachten.

Die konkreten Grundlagen der vereinsstaatlichen Wirtschaftsmacht sind in der staunenswerten Entwicklung seines Landbaus und seiner Viehwirtschaft, seines Bergbaus und seiner Industrie gegeben. So ist die Union hinsichtlich ihrer landwirtschaftlichen Produktion eines der wichtigsten Weizenländer, das erste Maisbau- und das erste Haferland der Erde. Auch die Weizenproduktion hat in den letzten Jahren eine bedeutende Steigerung erfahren. Während im Durchschnitt der Jahre 1909—1913 die Weizenproduktion Nordamerikas (der Union und Kanadas) 28,5 % der Weltproduktion ausmachte, stieg sie 1923 auf 38 % und betrug 1924 37,5 %. Sie war 1923 5mal, 1924 6mal so groß wie die Argentiniens und in denselben Jahren 10mal bezw. 7mal so groß wie die Australiens. Vor dem Krieg war die Weizenproduktion in Europa (809,3 Mill. Centals) bedeutend höher als die Nordamerikas (532,4 Mill. Centals). Im Laufe des Krieges und in den Nachkriegsjahren ist die Produktion in Europa gesunken, und die sich wieder erholende, aber starken Schwankungen unterliegende Produktionsmenge (1919/22: 631, 1923: 750,9 1924: 640,8 Mill. Centals) ist von den nordamerikanischen Werten (690, 763, 686,5 Mill. Centals) überflügelt worden. Nordamerika liegt damit als größtem Getreideland der Erde nach dem Ausscheiden Rußlands, und natürlich nur, so lange dieses nicht voll konkurrenzfähig ist, ein gut Teil der Versorgung der Welt ob. Das bedeutet aber kein politisches Monopol, da sich zwei Staaten in diese Aufgabe teilen und für die Union etwa nur die gute Hälfte der genannten Werte (d. h. ungefähr 20 % der Weltproduktion) in Frage kommen. Diese bevorzugte Stellung in der Weltversorgung erklärt bei der wesentlich geringeren Ernte als im Vorjahr, bei dem immer wachsenden heimischen Verbrauch, der fast alle Getreidearten in abnehmendem Maße zur Ausfuhr kommen läßt, und zugleich bei dem stark spekulativen Charakter der Amerikaner — die heftigen Marktbewegungen der letzten Monate, die alle Symptome eines „Getreidefiebers" zeigten. Zum andern Teil ist aber auch die 1924 erst langsam, dann immer rascher erfolgte und jetzt zur Ruhe gekommene Preissteigerung nichts anderes, als eine eine Zeit lang verzögerte Anpassung an die allgemeine Goldentwertung. Die Maisernte wird auf 2,4 Mill. Bushels gegenüber 3 Mill. Bushels im Vorjahr geschätzt.

Mehr als alles andere charakterisiert die die Industrie nährende Bergbauproduktion die wirtschaftliche Macht der Union. Sowohl in der Roheisen- wie in der Stahlproduktion haben die Vereinigten Staaten 1924 gegenüber 1923 zwar einen bedeutenden Rückgang von 40 Mill. engl. t auf 31 Mill. engl. t, bezw. von 44,9 Mill. t auf 37,8 Mill. t zu verzeichnen; gegenüber 1913 ist aber ihr Anteil an der Weltproduktion von 40 % auf 48 % gestiegen. Unerreichbar stehen sie gegenüber den einzelnen europäischen Konkurrenten da, gegenüber Deutschland, das an Roheisen nur ein knappes, an Stahl ein gutes Viertel der nordamerikanischen Produktion hervorbringt und damit allerdings zum ersten Mal wieder seinen alten zweiten Platz unter den Roheisen- und Stahlproduzenten eingenommen hat; das gleiche gilt gegenüber England und Frankreich, die in ihrer Produktionsmenge nicht viel hinter der deutschen zurückbleiben. Das Verhältnis zwischen der amerikanischen und deutschen Produktionsmenge hat sich im Vergleich mit 1913, wo Deutschland an Rohstahl mehr als die Hälfte, an Roheisen fast zwei Drittel der vereinsstaatlichen Produktionsmenge erzeugte, einschneidend geändert. Da aber das Nachlassen in der Weltproduktion zum ausschlaggebenden Teil auf die Vereinigten Staaten entfällt, während Europa seine Stahlproduktion von 1923 auf 1924 von 27,95 Mill. t auf 33,7 Mill. t, seine Roheisenproduktion von 23,8 Mill. t

auf 31 Mill. t steigerte, so droht die Konkurrenz Gesamt-Europas, zumal dieses noch lange nicht wieder die Produktionswerte der Vorkriegszeit erreicht hat, der Union empfindlich zu werden.

Dagegen stehen die Vereinigten Staaten als erstes Kupferland der Erde mit einer Erzeugung von 898 212 short tons (1924) gegenüber 833 735 short tons (1923), d. h. mit 61,5 % der Weltproduktion, konkurrenzlos da. Das zweitgrößte Kupfergebiet der Erde (Chile und Peru) liefert nur den vierten Teil des nordamerikanischen Produktionswertes. Wenn dagegen auch die Produktionsmenge des belgischen Kongo nur 6,5 % der Weltproduktion ausmacht, so ist jedoch die Produktionssteigerung dieses Gebietes von 1923 auf 1924 um mehr als 50 % in den Vereinigten Staaten mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt worden; und durch einen Ankauf von Aktien der Union Minière du Haut-Katanga hat Amerika sofort versucht, dort Einfluß zu gewinnen. Wie in der Vorkriegszeit ist Deutschland wieder der beste amerikanische Kupferkäufer; Deutschland kaufte 22 %, Frankreich 21 %, Großbritannien 20 % des aus der Union exportierten Kupfers. Die amerikanische Zinkerzeugung beträgt 0,54 Mill. t und macht 56 % der Weltproduktion aus. Es folgen Belgien mit einem Drittel, Deutschland samt Oberschlesien mit einem knappen Fünftel dieser Produktionsmenge. An Blei produzierten die Vereinigten Staaten 0,537 Mill. tons (= 38 % der Weltproduktion). Es folgen Mexiko mit einem knappen Drittel dieser Erzeugungsmenge und, noch weiter abstehend, Australien. Die Goldproduktion betrug 1924 51,9 Mill. Doll. gegenüber einer Höchstproduktion von 101 Mill. Doll. im Jahre 1915; doch zeigt sie auch im letzten Jahre steigende Tendenz, während die Silberproduktion ein wenig zurückgegangen ist. Mit einer Produktionsmenge von 64 Mill. Unzen nimmt allerdings die Union hinter Mexiko (90,5 Mill. Unzen) erst die zweite Stelle unter den Silberländern der Erde ein. Der Verbrauch von Silber in den Gewerben stellt sich im Durchschnitt der letzten fünf Jahre auf 24,4 Mill. Unzen (1924: 28 Mill. Unzen), so daß erhebliche Verschiffungen von Silber in immer steigendem Maße (1924 mehr als doppelt so viel als 1921) stattfinden konnten.

Mit immer wachsender Besorgnis blicken die Vereinigten Staaten trotz und gerade eben wegen ihrer beherrschenden Stellung in der Petroleumproduktion auf die rege Entwicklung der Petroleumerzeugung Mexikos. Die Produktionsmengen beider Staaten sind zwar von 1923 auf 1924 zurückgegangen, in der Union von 725,7 Mill. Barrels auf 718 Mill. Barrels, in Mexiko von 152 Mill. Barrels auf 145 Mill. Barrels (1 Barrel = 42 Gallonen zu 2,85 kg); und die vereinsstaatliche Erzeugung macht etwa 70 %, die Mexikos 14 % der Weltproduktion aus; darin liegt aber gerade die geopolitische Verlockung der Union, durch die Beherrschung der mexikanischen Quellen die Monopolstellung in der Weltproduktion zu erlangen. So läßt eine flüchtige Überschau über die zurzeit verfügbaren Wirtschaftszahlen die Wirtschaftsmachtstellung der Union ahnen und rollt allerlei geopolitische Probleme auf, deren Weiterverfolgung in systematischer Untersuchung vorgenommen werden soll.

Nichts vermag vielleicht am Schlusse dieser skizzenhaften Betrachtung den Weg der Vereinigten Staaten zur Wirtschaftshegemonie noch besser zu beleuchten als die immer schärfer sich herausbildende Außenhandelsstruktur. 1923 stand dem Einfuhrwert von 3791,9 Mill. $ ein Ausfuhrwert von 4167,9 Mill. $ (ohne Edelmetallverkehr) gegenüber. 1924 dagegen hat bei abnehmender Einfuhr — 3610,9 Mill. $ — eine sehr starke Ausfuhrsteigerung — 4588,3 Mill. $ — stattgefunden, d. h. mit einer bedeutend gewachsenen Beherrschung des Weltmarktes bei geringerer Abhängigkeit von der Umwelt ist die Union um einen wesentlichen Schritt dem Ziele der Wirtschaftshegemonie näher gekommen.

Kanada.

Innerhalb des Britischen Weltreichs entwickelt sich immer mehr das „Dominion of Canada", das mit Neufundland und Labrador zusammen Britisch-Nordamerika ausmacht, zur politischen Persönlichkeit von klar umrissener Gestalt. Sein Verhältnis zum Mutterland oder, man kann heute schon sagen, zum Staatenbund des Britischen Weltreichs, ebenso das zur nordamerikanischen Union sind dabei aber nach wie vor seine schwerwiegendsten politischen Probleme, die heute verwickelter denn je erscheinen. Einer Übersteigerung des heutigen Verhältnisses diplomatischer Autonomie gegenüber dem Mutterland nach der völligen politischen Selbständigkeit hin, d. h. einem Streben nach Ausscheidung aus dem britischen Reichsverband wirkt als Regulativ die beklemmende einseitige politische Nachbarschaft und der von diesem Nachbarn, der Union, ausgehende hohe Völkerdruck entgegen. Ist zwar Kanada mit 9,9 Mill. qkm der Union vollkommen raumgleich — einschließlich der Kolonie Neufundland und Labrador und der arktischen Inseln übertrifft Britisch-Nordamerika mit etwa 11,4 Mill. qkm das 9,4 Mill. qkm große Areal der Vereinigten Staaten weit, — so drückt doch die Bevölkerung der Union in einer 12¹/₂fachen Übermacht auf den nördlichen Nachbar. Als Glied des Britischen Reiches kann und will Kanada diesen politischen Druck der Union aushalten; und seine formale Zugehörigkeit zum Britischen Reich wird so lange nicht gefährdet, als es England versteht, die von einem gesunden Nationalgefühl getragene autonome Stellung Kanadas zu stärken und damit eine immer schärfere nationale Grenze zwischen den Kanadiern und den U. S. Amerikanern zu ziehen. Dieser Prozeß der Nationbildung ist noch längst nicht abgeschlossen; und er verträgt hier in Kanada weniger Störungen als vielleicht anderwärts. Die Kanadisierung geht weit langsamer vor sich als die Amerikanisierung in der Union, und den Gegensätzen der Bevölkerung nach Herkunft und Sprache kommt darum in Kanada noch eine politische Bedeutung zu. Immerhin ist dabei die Beobachtung wesentlich, daß das französische Element infolge geringer Vermehrung und fast erloschenen Nachschubs aus dem Mutterland ständig und rasch abnimmt; machte es doch 1901 noch 31,4 %, 1921 nur mehr 27,9 % der Bevölkerung aus. Dem gegenüber kommt den Briten nur die schwache Majorität (55,4 %) der Gesamtbevölkerung zu; davon machen die Engländer 26,6 %, die Schotten und Walliser 14,2 %, die Iren 14,6 % aus. Den Deutschen (5,6 %) kommt kaum eine besondere politische Bedeutung zu.

Kanadas günstige Wirtschaftsentwicklung leistet seiner politischen Sonderstellung bedeutenden Vorschub. Vor dem Krieg und noch 1921 und 1922 zeigte seine Außenhandelsstruktur eine bedeutende Abhängigkeit von der Umwelt; denn die Einfuhr überwog die Ausfuhr. Während des Krieges und wiederum neuerdings, 1923 und 1924, stellte sich das umgekehrte Verhältnis ein, und die Handelsbilanz wurde aktiv: einem Ausfuhrwert von 1045,1 Mill. kanad. $ steht 1924 ein Ausfuhrwert von 893,4 Mill. kanad. $ gegenüber; 431,6 und 619,2 sind die entsprechenden Zahlen für 1914. Die innere Wirtschaftsstruktur hat sich dabei kaum wesentlich geändert. Noch immer kommt der kanadischen Urproduktion der Löwenanteil an der Ausfuhr zu, wenn auch der prozentuelle Anteil der pflanzlichen und tierischen Erzeugnisse an der Ausfuhr im Vergleich der Zahlen von 1914 und 1924 von 46,6 auf 41,2, bezw. von 17,7 auf 13,4 herabgegangen ist. Eigentlich nur die auffallende Steigerung des Ausfuhrwertes von Holz und Papier von 14,6 % auf 26,2 % vom Gesamtwert deutet auf eine stärkere Entwicklung der Industrie hin. Gegenüber der viel günstigeren Wirtschaftslage der Union muß die Kanadas

freilich noch als unausgeglichen bezeichnet werden; Schwankungen in der Wirtschaftskraft treten darum noch häufig auf. Hat doch die wirtschaftliche Entwicklung der Union eine bedeutende Steuerherabsetzung zur Folge gehabt und damit eine stets wachsende Auswanderung aus Kanada ausgelöst, das seine Staatsangehörigen seinerseits mit immer höheren Steuern belasten mußte; 1922 wanderten 62 289, 1923 191 973 und in den sechs ersten Monaten des Jahres 1924 wiederum 96 825 Kanadier nach den Vereinigten Staaten aus. Dies hat zu einem Aderlaß geführt, der für das schwach bevölkerte Land eine schwere Schädigung seiner wirtschaftlichen Kraft bedeutet. Mit diesen Verhältnissen hängen die jüngsten Meldungen über Unzufriedenheit in Kanada zusammen, besonders in den Arbeiterkreisen, die auf die Vereinigten Staaten hinblicken als das Land, wo Milch und Honig fließt. Wenn in dem Zusammenhang im kanadischen Parlament das Wort gefallen ist, daß im Falle einer Abstimmung ein Drittel der Bevölkerung Kanadas für eine Trennung vom Britischen Reich und für eine Annexion durch die Vereinigten Staaten einträte, so ist das im gegenwärtigen Stadium doch nichts anderes als eine starke Übertreibung.

Die wichtigste Kraftquelle der kanadischen Wirtschaft ist sein Landbau, obgleich nur 2,3 % (von 9,8 Mill. qkm) 1923 angebaut waren; das anbaufähige Gebiet wird auf 12 % geschätzt. 1 % waren mit Weizen bestellt. Kanadas Weizenernte (262 Mill. Bushels) war 1924 bedeutend geringer als die vorjährige (474 Mill. Bushels). Der Durchschnittsertrag von Weizen per Acre wird auf 11,9 Bushels gegen 21 Bushels im Vorjahr geschätzt. Auch die Ernteerträge an Hafer (411 Mill. Bushels), Roggen (14 Mill. Bushels) waren geringer, die von Gerste (86 Mill. Bushels), Leinsaat (9 Mill. Bushels), Rübenfutter und Kartoffel (56 Mill. Zentner), Heu und Klee (15 Mill. t) waren größer als im Vorjahre. Die Steigerung des Gesamtwertes aller Ernten von 996 Mill. $ gegenüber dem des Vorjahres um fast 100 Mill. $ bei starkem Ernteausfall und einer Anbaufläche von 58,3 Mill. Acres, die gegenüber dem Vorjahr um etwa 1 Mill. Acres gewachsen ist, wurde vornehmlich durch die höheren Getreidepreise bedingt. Die Beträge werden als normal angesehen — im Jahresmittel 1910—1914 belief sich die Weizenernte auf 196 Mill. Buhels —, während das Jahr 1923 als ein Rekordjahr angesehen wird. Da in dem dünn bevölkerten Lande nur 22 % des Weizens verbraucht werden, vermag Kanada vornehmlich mit seiner Weizenausfuhr den Weltmarkt zu beherrschen. Ein entwickelter Anbau von Früchten und Gemüsen, Tabak und die Erzeugnisse der Milch- und Fleischwirtschaft runden das landwirtschaftliche Bild ab.

Kanadas zweite wirtschaftliche Kraftquelle ist sein Waldreichtum, der vornehmlich Bauholz und Holzmasse zur Papierbereitung liefert. In der Papierfabrikation stand Kanada 1924 zwar noch an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten, die es aber vermutlich überflügeln wird. Auch mit seiner Bergbauproduktion tritt es als scharfer Konkurrent der Union auf. Seine Goldproduktion (1924: 1,52 Mill. Unzen im Werte von etwa 30 Mill. $) scheint diese allmählich von ihrem zweiten Platz in der Welterzeugung verdrängen zu wollen. Mit einer Silberproduktion von 20,4 Mill. Unzen steht es nach Mexiko und der Union an dritter Stelle unter den Weltproduzenten. 90 % der Weltausbeute an Nickel (69,2 Mill. lbs.) ist kanadischen Ursprungs, mit seinen Kobalterzen beherrscht Kanada den Markt, und es ist der größte Asbestproduzent. In seinem Kohlenbedarf ist es dagegen wegen ungünstiger Lage seines eigenen reichen Kohlengebiets noch immer von den Vereinigten Staaten abhängig, und nur die stets wachsende Ausnutzung der Wasserkräfte mildert diese Abhängigkeit. Dagegen steigt seine Kupferproduktion (101,5 Mill. lbs.) rasch; und eine rege Entwicklung ist in seiner Industrie (Mühlen-



industrie, Papierfabrikation, Hüttenwerke, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Automobilindustrie) auffällig. Schon seit Jahren macht der Anteil der industriellen Produktion 34—35 %, der seiner landwirtschaftlichen Produktion über 40 % vom Wert der Gesamtproduktion aus. Auf wesentlichen Wirtschaftsgebieten muß Kanada als scharfer Konkurrent der Vereinigten Staaten angesehen werden; und wie die vereinsstaatliche so ist auch Kanadas Handelsbilanz für 1924 aktiv (Einfuhr 893,4 kanad. $, Ausfuhr 1045,1 $).

In der Einfuhrtabelle nehmen nach wie vor, in schwach veränderter Reihenfolge, pflanzliche Erzeugnisse (20,9 %), Webstoffe (19,4 %), Eisen und Stahl, einschließlich der landwirtschaftlichen und industriellen Maschinen (19,4 %), nichtmetallische Mineralien, besonders Kohlen und Petroleum (17,5 %), die ersten Stellen ein.

Dagegen ist aber in der Richtung der Handelsbeziehungen eine einschneidende Wandlung von größter geopolitischer Tragweite vor sich gegangen, die nichts anderes als eine immer klarere Herauslösung des kanadischen Wirtschaftskörpers aus dem Wirtschaftsverbande des Britischen Reiches bedeutet. Während 1914 die Hälfte der kanadischen Ausfuhr nach Großbritannien und Irland und weitere 5,4 % nach dem übrigen Britischen Reich gingen, hatte sich wohl die Ausfuhr 1924 nach dem letzteren Ziel auf 7,3 %, aber der Export nach den Britischen Inseln war auf 34,4 %, also um 15,4 % zurückgegangen; dagegen ist der Export nach der Union von 1914 bis 1924 von 37,8 % auf 41,2 % gestiegen. Auch der englische Import in Kanada ist in derselben Zeitspanne von 21,3 % auf 17,1 % gesunken, während die Einfuhr von den übrigen Reichsteilen schwach, die von den Vereinigten Staaten her stärker (von 64 % auf 67,3 % des Gesamtimports) gestiegen ist. So ist Kanada das zweitwichtigste Exportland der Union und steht nur hinter Großbritannien und Irland zurück. Kanadas Ausfuhr nach der Union entspricht umgekehrt 11 bis 14 % der vereinsstaatlichen Gesamteinfuhr. Immer mehr bildet sich so ein großer nordamerikanischer Wirtschaftskörper heraus. So ähneln schon heute die wirtschaftlichen Verkettungen zwischen Kanada und dem vorwiegend industriellen Nordosten der Union durchaus den wirtschaftlichen Bindungen, die zwischen diesem Gebiete und den West- und Südstaaten bestehen: Rohstoffe fließen nach dem vereinsstaatlichen Nordosten hin, der dann die verschiedensten Halb- und Fertigfabrikate zurücksendet. Aber weniger diese Verschmelzung des vereinsstaatlich-kanadischen Wirtschaftsgebiets durch Ausbildung gleicher Wirtschaftsformen charakterisiert die geopolitische Lage Kanadas auf wirtschaftlichem Gebiet als die stets wachsende Beherrschung der kanadischen Wirtschaft, vornehmlich der Industrie, durch das vereinsstaatliche Kapital. Es wird berichtet („The Gazette Montreal" 22. 10. 24, nach Wirtschaftsdienst 1925, 7), daß die amerikanischen Kapitalanlagen in Kanada in den letzten zehn Jahren um das fünffache gestiegen seien. Erst wieder neuerdings hat sich der Staat dazu entschließen müssen, zur Finanzierung der Canadian National Railway eine Anleihe von etwa 30 Mill. in New York aufzunehmen. Mit ihrer Linienführung von 35 200 km ist sie von höchstem Wert für die Erschließung des Landes; einzelne ihrer Strecken erweisen sich jedoch noch völlig unrentabel, so daß die einzelnen Bahngesellschaften während des Krieges in eine recht kritische Lage kamen, aus der sie nur die Übernahme der Bahnen durch den Staat befreit hat. Nach Angaben der „Financepost of Toronto" ist das ausländische Kapital von 150 Mill. $ (1900) auf 4640 Mill. $ (1923/24) gestiegen, und wiederum ist auch hier im Vergleich der letzten zehn Jahre eine starke Verdrängung Großbritanniens (1915: 1860, 1923: 1980 Mill. $) durch die Union (1915: 420, 1923: 2425 Mill. $) festzustellen.

Daß die kanadische Regierung solch stetig wachsender Wirtschaftsabhängigkeit von der

Union nicht untätig zuschaut, zeigt die Eröffnung eines Tarifkampfes, der im Augenblick, wo sich die Vereinigten Staaten im amerikanisch-deutschen Handelsvertrag verpflichten, amerikanischen Ozeandampfern keine Ermäßigung der Frachttarife zuzugestehen, bei zehn neu einzustellenden Dampfern die Frachtsätze für Mastvieh, Getreide und andere kanadische Ausfuhrobjekte, sowie für aus England nach Amerika einzuführende Waren um ein Drittel herabmindert, eine Maßnahme, die in der Union nicht ohne sofortigen Widerhall geblieben ist.

So äußern sich die Kraftwirkungen des vereinsstaatlichen Machtpols immer stärker und rücken Kanada immer mehr in das vereinsstaatliche „Kraftfeld". Es sind Einwirkungen vornehmlich wirtschaftlicher Natur, aber der Möglichkeit solcher Wirkungen liegt die naturgegebene Einheit Nordamerikas zu Grunde. Nordamerika erscheint in der Perspektive des Geopolitikers schon heute wie ein großer politischer Lebensraum. Zwar zieht noch die Grenze zwischen Kanada und der Union als willkürlicher Schnitt zwischen beiden Staaten hindurch. Aber immer inniger schließt sich durch diese anthropogeographische Lageänderung — Rückwendung des Nordens nach den Vereinigten Staaten hin und vielfältige Verknüpfung quer über diese Grenze im einzelnen — die Eigenbedeutung und zugleich die Einheit dieses Erdteilraums, in dem die Union das Übergewicht besitzt. Das sind die Kräfte, die der kanadischen Selbständigkeit und dem kanadischen Nationalbewußtsein entgegenwirken, und die zugleich dabei dem Hegemoniestreben der Union Vorschub leisten.

E. OBST:
LITERATURBERICHT AUS DER ALTEN WELT

Hermann Stegemann, Der Kampf um den Rhein. Das Stromgebiet des Rheines im Rahmen der großen Politik und im Wandel der Kriegsgeschichte. Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, Berlin und Leipzig 1924, X u. 664 Seiten.

Ein vorzügliches und im besten Sinne geopolitisches Buch! In meisterhafter Klarheit und Tiefe behandelt Stegemann das Zentralproblem der westeuropäischen Politik und beleuchtet, wie Bodengestaltung und Hydrographie im Bereich des Rheines immer und immer wieder die Geschichte der Rheinvölker bestimmend beeinflußt haben.

Bei der Überfülle des Stoffes und der Größe der Zeiträume, für die Stegemann die politische Bedeutung der Rheinlinie darstellt, ist eine ins Einzelne gehende Inhaltsangabe dieses prächtigen Buches leider nicht möglich. Als Leitmotiv zieht sich durch das ganze Werk diese Feststellung: Das gesamte Rheingebiet stellt eine feste Einheit von so zwingender Kraft dar, daß niemals oberrheinische Völker gegen niederrheinische gekämpft haben. Streitobjekt war und ist der Rhein stets nur zwischen West und Ost. Indessen die geopolitischen Verhältnisse der beiden Flanken sind grundverschieden. Wer vom Westen her zum Rhein drängt, wird durch die Naturgegebenheiten dazu gezwungen, über den Rhein hinweg bis etwa zur Elbe vorzustoßen. Niemals kann der Rhein Frankreichs Grenze sein; er ist bestenfalls die Basis, von der aus eine ständige Bedrohung und Beunruhigung Mitteldeutschlands erfolgt. Eben deshalb muß Deutschland unbedingt darauf bedacht sein, die Rheinlinie fest in der Hand zu haben, um sich in Ruhe entwickeln zu können. „So wurde der Kampf um den Rhein der im Westen Europas aufgekommenen französischen Nation zur politischen Leidenschaft, den in der

drangvollen Mitte siedelnden Deutschen aber zum geschichtlichen Schicksal." Frankreich will den Rhein; Deutschland braucht den Rhein. Nur zweimal im Laufe seiner Geschichte hat sich Deutschland ruhig und stetig entwickeln können, nämlich dann, wenn der Rhein ein deutscher Strom war: zur Sachsen- und Staufenzeit und nach 1871! Lernen wir drum aus der mehrtausendjährigen Geschichte: Ohne den deutschen Rhein keine Ruhe, kein Frieden für Deutschland und ganz Europa. „Deutschland kämpft heute inbrünstiger um den Rhein als je zuvor. Von der Ariovistschlacht bis zum Kampfe der Waffenlosen an der Ruhr spannt sich eine einzige klirrende Kette, zu der die Unsichtbaren täglich neue Glieder schmieden. Der Rhein aber strömt, umkämpft, umworben, wie kein zweiter Strom der Welt, durch die Jahrtausende. Er ist heute zum Schicksalsfluß der ganzen Welt geworden; denn die ganze Welt hat ihn umkämpft, und mit größerem Recht als je zuvor trägt der deutsche Strom bis in die Fülle der Zeiten die deutungsreiche Bezeichnung, die das Mittelalter für ihn ausgesonnen: Rhenus fluminum princeps."

Das meisterhafte Rheinwerk Stegemanns sollte in keiner deutschen Schule, in keiner deutschen Familie fehlen.

W. Spies, Das historische Rheinbild. Verlag von Hoursch & Beckstedt, Köln a. Rh. 1923, 48 Seiten u. 30 Abbildungen.

Kurz aber packend versteht es Spies, seinen Lesern zu zeigen, wie stark das kulturelle Leben der Länder am Rhein von dem Strome befruchtet worden ist, wie einzig im Bereich des Stromgebietes die Wechselwirkung zwischen Natur und Mensch seit altersher gewesen ist. Köstlich die Kulturbilder, die der Verfasser zu zeichnen weiß: die Römer am Rhein, die von Karl dem Großen geschaffene Pfalz Ingelheim, das mittelalterliche Kaiserreich am Rhein, die Städtebilder Mainz und Köln, die mittelalterliche Rheinschiffahrt und die kulturelle Blüte des Rheinlandes vor dem dreißigjährigen Krieg.

Der Ostdeutsche Volksboden. Aufsätze zu den Fragen des Ostens, herausgegeben von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. W. Volz. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau 1924, 51 Seiten.

Drei namhafte Historiker ergreifen in diesem Heftchen das Wort und weisen nach, daß die Germanen in Zwischeneuropa als Ursiedler anzusprechen sind und diese Gebiete bereits vor der Völkerwanderung erschlossen haben. Kötzschke behandelt den Ursprung und die geschichtliche Bedeutung der ostdeutschen Siedlung, Dopsch die historische Stellung der Deutschen in Böhmen und Mähren, Holtzmann die Herkunft der Deutschen in Böhmen und Mähren. — Von politischer Wichtigkeit ist die Feststellung, daß die germanischen Ursiedler während der Völkerwanderung nur zum kleineren Teil nach Osten und Süden abgezogen sind, die Hauptmasse dagegen trotz Slavenflut auf ihrer Scholle sitzen blieben. „Durch Siedlung wird der Mensch heimfest, altererbtes Siedlungsland ist Heimatboden; so spielt in all dies der Gedanke an das Heimatrecht der Völker hinein. . . . . Darum ist es nicht gleichgültig, ob das Germanentum ein halbes, ein ganzes Jahrtausend und länger vor den Slaven im Lande eingesessen war, ob die Deutschen als Einheimische, als Siedler auf selbsterrungenem Boden und Träger einer aufwärts führenden Kultur oder als Gäste und Fremdlinge angesehen werden." (Kötzschke.)

Adriaticus, Deutschlands gerechte Grenzen. Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Vohsen), Berlin 1925. 116 Seiten, 14 Zeichnungen, 1 Karte.

Eine klare, zielbewußte und auf breiter wissenschaftlicher Basis aufgebaute Untersuchung über die Grenzen zusammenhängenden deutschen Volkstums in Mitteleuropa. Wenn je das Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Wahrheit werden sollte, dann wird die Studie von Adriaticus eine wichtige Grundlage für die Ausgestaltung des dritten Deutschen Reiches bilden.

Nicht geschichtliche, nicht strategische, nicht „natürliche", auch nicht Sprachgrenzen erkennt der Verfasser als gültig für unsere Epoche an; allein die Grenze des Volkstums (Blutsverwandtschaft oder gleiche Kultur, historische Gemeinschaft und Gemeinschaftswille) kann in Zukunft auf den Titel einer gerechten Grenze Anspruch erheben. In diesem Sinne versucht Adriaticus das Gebiet deutschen Volksbodens zu umgrenzen in der festen Überzeugung, daß früher oder später diese Grenze realpolitische Bedeutung gewinnen wird. Mit zwingender Gewalt führt das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem deutschen Volksstaat (Gesamtdeutschland) von 672 775 qkm und 78 Millionen deutschen Menschen.

Die Schrift von Adriaticus, der wir eine recht weite Verbreitung wünschen möchten, hält sich frei von irgendwelchen utopischen Maßlosigkeiten. Sie dient nicht fanatisch-nationalistischen Zielen, sondern behandelt in ruhiger Sachlichkeit das deutsche Problem als die Kardinalfrage der Befriedung Europas.

Ernst Tiessen, Versailles und Fortsetzung. Eine geopolitische Studie. Verlag Kurt Vowinckel, Berlin 1924. 62 Seiten, 1 Karte.

Über den „Vertrag" von Versailles ist das deutsche Volk leider durchaus mangelhaft orientiert. Den Urtext mit seiner Fülle von Paragraphen, Anlagen usw. haben wohl nur wenige wirklich durchgearbeitet, und alle Auszüge juristischer Art geben kein Bild von dem Ausmaß an Vergewaltigung, das wir zu ertragen haben. Unter diesen Umständen bedeutet es im besten Sinne eine nationale Tat, wenn Tiessen leidenschaftslos, aber mit denkbarster wissenschaftlicher Schärfe die Bestimmungen des Diktats vom politisch-geographischen Standpunkt beleuchtet.

Der „Vertrag" brachte dem Deutschen Reiche labile Grenzen, Einbruch in den Staatsinhalt, willkürliche Abschnürung deutschen Volkstums, schwere Eingriffe in die militärische, finanzielle und wirtschaftliche Staatshoheit usw. Indem Tiessen alles dies im einzelnen belegt und ausführt, kommt er zu der Feststellung, daß Deutschland faktisch aufgehört hat, ein Staat zu sein. — Auch das Dawes-Abkommen ändert an diesem unerträglichen Zustand nichts, weil es die Vergewaltigung des deutschen Staates ohne weiteres übernimmt. „Wenn man einen Leitsatz über das Sachverständigen-Gutachten setzen wollte, so müßte er lauten: Es wird davon abgesehen, daß das Deutsche Reich ein Staat ist."

Wenn das deutsche Volk überhaupt noch den Willen besitzt, mit allen nur denkbaren legalen Mitteln gegen das Schanddiktat von Versailles anzukämpfen, so sollte es Kraft und Wissen hierzu nicht zuletzt aus der Schrift von Tiessen schöpfen. Jede deutsche Familie muß dieses Büchlein besitzen.

Erwin Scheu, Deutschlands wirtschaftsgeographische Harmonie. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau 1924. VIII und 175 Seiten, 70 Kärtchen im Text.

Der Titel dieses Buches ist vielleicht nicht sonderlich glücklich gewählt, denn von einer Harmonie im Wirtschaftsleben des Deutschen Reiches kann nicht gut die Rede sein. Das Ziel der Scheu'schen Untersuchung ist, die wirtschaftsgeographischen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Gebieten Deutschlands so weit als möglich zu zeigen. Bei der Lückenhaftigkeit des für den Binnenhandel zur Verfügung stehenden statistischen Materials konnte dieses Ziel nur zum Teil erreicht werden. Aber auch die bloße Herausarbeitung der Probleme stellt an sich schon ein Verdienst dar. — Neben einem allgemeinen Teil, der vor allem die Ernährungswirtschaft Deutschlands behandelt (Landbaukreise, Überschuß- und Zuschußgebiete usw.), skizziert Scheu die Wirtschaftsstruktur der folgenden Teilgebiete: Berlin und die Mark Brandenburg, Freistaat Sachsen, Thüringen einschl. Regierungsbezirk Merseburg und Erfurt, Regierungsbezirk Magdeburg nebst Anhalt, Nieder-

sachsen, Bayern, die bayrische Pfalz, Württemberg, Baden, das Industriegebiet Rhein-Ruhr, das Ostseegebiet, Schlesien, die zerstückelten, abgeschnittenen oder verlorenen Gebiete.

Hans Baumann, Kraftquellen und Verkehr als bestimmende Faktoren für deutsche Wirtschaftsgebiete. Technisch - wirtschaftliche Bücherei, Heft 24, Verlag Guido Hackebeil, Berlin 1923, 24 Seiten, 15 graphische Bilder.

Baumann geht von den Energiequellen der verschiedenen deutschen Gebiete aus und unterscheidet als Wirtschaftseinheiten: Ostpreußen, Ostseegebiet, Hamburg-Schleswig, Brandenburg-Berlin, Schlesien, Niedersachsen, Mitteldeutschland, Rheinland - Westfalen, Rhein - Main - Gau, Baden - Württemberg, Bayern. Im Anschluß daran untersucht Baumann eingehend den Eisenbahn - Güterverkehr (rund 85 % des Gesamtgüterverkehrs) und findet, daß die oben genannten Energieprovinzen zugleich ausgesprochene Verkehrseinheiten sind. Einen besonderen Wert stellen die graphischen Bilder dar, auf denen der Eisenbahn-Güterverkehr jedes der 11 Wirtschaftsgebiete mit sämtlichen übrigen veranschaulicht wird. — Die Untersuchung Baumanns ist einseitig, indem Wirtschaftsgebiete lediglich nach Energiequellen und Eisenbahn-Güterverkehr gekennzeichnet werden. Trotzdem verdient die Arbeit durchaus Anerkennung, weil sie den Güterverkehr der einzelnen Teile Deutschlands zum ersten Male in voller Klarheit hervortreten läßt.

Norbert Krebs, Süddeutschland. Landeskunde von Deutschland, Teil I. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig-Berlin 1923. 146 Seiten, 15 Kärtchen im Text.

Ein erstaunlich umfangreiches Material ist in dieser länderkundlichen Studie zu einem knappen, aber kennzeichnenden Bilde von Süddeutschland (einschl. Elsaß-Lothringen) verarbeitet worden. Nach einer allgemeinen geographischen Charakteristik des Gesamtgebietes (S. 1—56) behandelt Krebs die Einzellandschaften (S. 56 bis 142): Die oberrheinische Ebene, die Umrahmung der Rheinebene, das schwäbisch-fränkische Stufenland, die ostbayrischen Randgebirge, die Alb, das Alpenvorland, die deutschen Alpen. Natur und Mensch kommen in der Darstellung von Krebs leidlich gleichmäßig zur Geltung; die Siedlungen erfahren eine kurze, aber das Wesen treffende Behandlung. — Der knappe Raum, in den das übergroße Material hineingewoben werden mußte, machte eine Beachtung stilistischer Feinheiten natürlich unmöglich. Einige der beigefügten Kärtchen sind veraltet (München, Stuttgart!) und sollten in einer eventuellen Neuauflage ersetzt werden.

Süddeutschland von oben. Erste Folge: Württemberg und Hohenzollern. Einhundert Aufnahmen aus dem Flugzeug von Paul Sträble, Einführung und Erläuterungen von Karl Uhlig. Verlag von A. Fischer, Tübingen 1924. 16 Seiten Text, 1 Karte, 100 Bilder.

Das Wesen einer Landschaft ist im Flugzeugbilde oftmals besser festzuhalten als in einem vom Erdboden aufgenommenen Bilde. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, wenn hier ein erster Versuch gemacht wird, nach dem Vorbilde Schweizer Unternehmungen das vielgestaltige und malerische Süddeutschland durch Photographien von oben einem größeren Kreise vorzuführen. Die Aufnahmen sind durchweg sehr gut, nicht minder hervorragend ihre technische Wiedergabe. Die von dem Tübinger Geographen Prof. Uhlig gelieferten Erläuterungen werten diese Bilder in sehr geschickter Weise geographisch aus. Vielleicht dürfte es sich für die Zukunft empfehlen, bei der Aufstellung der Flugpläne bereits einen Geographen hinzuzuziehen, bezw. ihn im Interesse der systematischen Ausgestaltung der Aufnahmen an der Fahrt teilnehmen zu lassen.

Franz Schnabel, 1789—1919. Eine Einführung in die Geschichte der neuesten Zeit. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig-

Berlin 1924. IV u. 198 Seiten mit Karten und Diagrammen.

Das Buch ist eine Sonderausgabe vom letzten Teile eines „Grundrisses der Geschichte“ für höhere Lehranstalten. Die außerordentlich gediegene Art, mit der der Verfasser den gigantischen Stoff meistert, sein klarer, lebendiger Stil, der offene Blick für weltpolitische Probleme machen diese Schrift jedoch auch für den Erwachsenen zum Ausbau seiner staatsbürgerlichen Bildung sehr geeignet. — Für eine evtl. Neuauflage würden wir empfehlen, das Problem der Irredenta als kriegstreibender Faktor stärker hervorzuheben und wenigstens mit ein paar Seiten die Frage des Auslandsdeutschtums zu behandeln.

Fritz Hartung, Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles, 1871—1919. Verlag Kurt Schroeder, Bonn-Leipzig 1924. 383 Seiten.

Eine für den Historiker gewiß sehr wertvolle Darstellung der letzten Epoche der deutschen Geschichte. Der Geograph und Politiker kann dem Werke vielleicht nicht ganz gerecht werden, weil in der Schilderung des historischen Ablaufes die geographische Lage unseres Vaterlandes, die Eigenart seiner Grenzen usw. nicht berücksichtigt worden sind. Uns möchte scheinen, daß gerade die Politik Bismarcks ohne Wertung der geographischen und geopolitischen Gegebenheiten kaum recht verständlich sein kann. Hartung hat allerdings die sozialen und wirtschaftlichen Belange stark in den Vordergrund gerückt, aber auch sie sind doch in erheblichem Umfange wiederum durch den Staatsraum, geographische Lage usw. bedingt.

Otto Brandt, Geistesleben und Politik in Schleswig-Holstein um die Wende des 18. Jahrhunderts. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin-Leipzig 1925. XVI und 448 Seiten.

Das fesselnde Problem der Beziehungen zwischen geistigem und politischem Leben an der Grenze zweier Zeitalter und zweier Völker entrollt sich in diesem interessanten und feinen Buche als ein lebendiges, farbiges Bild. Ein meist aus Privatarchiven stammendes umfangreiches Material ist hier erstmalig verarbeitet worden. Der dänische Gesamtstaat, eine typische Erscheinung des 18. Jahrhunderts, geriet durch den Verlust Norwegens in schwere Krise. Als Ersatz für Norwegen gedachte man die Elbherzogtümer enger mit Dänemark zu verknüpfen, wenn möglich als Provinz dem Reiche einzugliedern. Inzwischen war jedoch das Land zwischen Königsaue und Elbe innerlich dem Dänentum ganz entfremdet worden. Der feingeistige Emkendorfer Kreis wurde zur Pflegestätte deutscher Kultur, und das just um diese Zeit erwachende deutsche Nationalbewußtsein erfaßte nun wie in Sturmeswehen die Einwohner Schleswig-Holsteins. Die konservativ-ständischen und die jüngeren liberal-demokratischen Kreise reichten sich jetzt die Hand, um gemeinschaftlich gegen die Dänisierungsbestrebungen aufzutreten.

Das Brandtsche Buch trägt selbstverständlich keine ausgesprochen geopolitischen Züge, aber es bedeutet gerade für unsere Zeit als das Buch der Deutschen Nordmark eine sehr wertvolle Gabe.

O. Preuße-Sperber, Deutschlands Auswanderungsfrage. Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1924. VII und 56 Seiten.

Ein Auslandsdeutscher mit großer Welterfahrung ergreift hier das Wort, um dem deutschen Volke die Wichtigkeit der Auswanderungsfrage vor Augen zu führen und Mittel und Wege zu einer planvollen Regelung der unvermeidbaren deutschen Auswanderung zu weisen. Der Verfasser behandelt die Auswanderungsfrage vornehmlich vom praktisch-ökonomischen Standpunkt und polemisiert scharf gegen das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart und ähnliche Einrichtungen, die er für gänzlich überflüssig hält. Uns möchte scheinen, daß die

einseitige Betrachtung Preuße-Sperbers dem Problem nur zum Teil gerecht wird und einer Ergänzung nach der kulturellen Seite dringend bedürfte. Die Auswanderer sind doch eben nicht bloß „lebende Werbemittel zur Steigerung der heimischen Produktionskraft", sondern Glieder der deutschen Kulturgemeinschaft mit starken seelischen Belangen.

Gustav Braun, Die nordischen Staaten (Norwegen, Schweden, Finnland). Eine soziologische Länderkunde, Einführung und Grundlage. Verlag von Ferdinand Hirt, Breslau 1924. 124 Seiten, 7 Textkarten, 4 Tafeln, 45 Bilder.

Mit dem vorliegenden Buche hat sich der Verfasser insofern ein besonderes Verdienst erworben, als darin eine Fülle von Urmaterial (sehr viel davon ist nur in Norwegisch, Schwedisch oder Finnisch erschienen) verarbeitet und dem deutschen Leser zugänglich gemacht worden ist.

Braun behandelt stets nur die Gesamtheit der drei nordischen Staaten in ihrer Totalität und verzichtet einstweilen darauf, die einzelnen geographischen Glieder zu beschreiben. Er schildert eingehend die physische Geographie, betrachtet den Menschen und die Staaten und erfaßt schließlich die Nordländer als besonderen Lebensraum mit eigentümlicher Wirtschaftsstruktur. Den Titel einer „soziologischen Länderkunde" begründet Braun damit, daß die Staaten, organischen Wesen vergleichbar, soziale Gebilde sind und das Zusammenleben der Menschen in seiner geographischen Bedingtheit in den Vordergrund der Darstellung gerückt ist. Man hätte vielleicht ebensogut von einer biologischen Länderkunde sprechen können, denn Braun betrachtet Einfuhr und Ausfuhr als Stoffwechselerscheinung der staatlichen Lebewesen.

Die vielfach sehr originelle Methodik der Untersuchung und der erstaunliche Fleiß, der sich in ihr wiederspiegelt, verleihen diesem Werke Brauns als einem der besten deutschen Kenner der nordischen Welt einen hervorragenden Wert. Vielleicht könnte bei einer Neuauflage der Stil hier und da eine Belebung erfahren.

Werner Saar, Die Halbinsel Kola. Versuch einer kombinatorischen Landeskunde. Schriften herausgegeben von dem Institut für Finnlandkunde der Universität Greifswald. Verlag Ratsbuchhandlung L. Bamberg, Greifswald 1923. 63 Seiten.

Die Halbinsel Kola hat in der deutschen Literatur bislang nur selten eine Behandlung erfahren. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß Saar uns eine kurz gefaßte Monographie dieses Gebietes geschenkt hat. Da die Quellen für eine Landeskunde von Kola nur spärlich fließen, sieht sich der Verfasser wiederholt genötigt, das fehlende Material zu ergänzen durch Vergleiche mit benachbarten Gebieten ähnlicher geographischer Struktur (daher der Untertitel „kombinatorische" Landeskunde!). Die physische Geographie (Morphologie, Klimatologie und Vegetation) behandelt der Verfasser mit einiger Ausführlichkeit. Sehr anschaulich ist dann aber im zweiten Teil auch die Besiedlung sowie Wirtschaft und Verkehr dieser dünn bevölkerten hochnordischen Halbinsel dargestellt. Die kleine Schrift füllt entschieden eine bislang oftmals empfundene Lücke aus.

Max Friederichsen, Finnland, Estland und Lettland, Litauen. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau, 1924. 127 Seiten, 16 Karten, Pläne und 36 Bilder.

Friederichsen unternimmt in diesem Bändchen der „Jedermanns Bücherei" den dankenswerten Versuch, ein Bild der baltischen Staaten zu entwerfen. Er wendet sich nicht an den Fachmann, sondern im Sinne der Hirt'schen Sammlung an den breiten Kreis der geographisch Interessierten. Seine Darstellung behandelt die physisch-geographischen Eigentümlichkeiten der Lebensräume nicht mit derselben Ausführlichkeit wie die Kultur der Völker, die Wirtschaft, den Verkehr und die Siedlungen. Gerade dadurch wird sich das Büchlein in Laienkreisen

gewiß viele Freunde erwerben. — Der Darstellung von Finnland sind 55 Seiten, der von Estland und Lettland zusammen 38 Seiten, der von Litauen sogar nur 28 Seiten gewidmet. Vielleicht hätte man mehr Raum für die allgemeine Problematik gewinnen können, wenn man die einzelnen Städte nicht gar so behaglich-ausführlich schildern würde.

Hans Egede, Die Erforschung von Grönland. Bearbeitet von Dr. M. Heydrich. Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer". Verlag von F. A. Brockhaus, Leipzig 1923. 158 Seiten, 2 Karten, 6 Abbildungen, 17 Tafeln.

Hans Egede wurde 1686 in Norwegen geboren, war mit 21 Jahren lutherischer Pfarrer und lebte von 1721—1735 als Missionar in Westgrönland. Neben seinem Tagebuch bietet die vorliegende Bearbeitung einen Abriß aus der Egede'schen „Beschreibung und Naturgeschichte von Grönland". Die hierin enthaltenen Schilderungen zeichnen sich durch Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit aus und sind daher noch heute von gewissem Wert. Mit besonderer Liebe hat sich Egede den Eingeborenen gewidmet und ihre Sitten und Gebräuche, Sprache, Religion usw. erforscht. Seine Darstellung bedeutet den Beginn der modernen völkerkundlichen Reisebeschreibung auf wissenschaftlicher Grundlage.

Das Büchlein ist durchaus lesenswert und keineswegs bloß der reiferen Jugend zu empfehlen.

NEUERSCHEINUNGEN DES AUSLANDES

FRANKREICH, JAN.—FEBR. 1925.

I. Alte Welt.

Aboussouan, B.: Le Problème politique syrien. 324 Seiten. Le Chauny et L. Quinsac 25 fr.

Appell, Paul: Souvenirs d'un Alsacien. Payot 12 fr.

Arthuys, Jacques: Les Combattants. Le second „Cahier de la victoir". Nouvelle Librairie Nationale 7.50 fr.

Baumgartner: Le Rentenmark. 180 Seiten. Les Presses Universitaires de France 15 fr.

Baud-Bovy et Boissonnas: Des Cyclades en Crète, au gré du vent. Illustrations par l'héliogravure. J. Budry et Cie. 3000 fr.

Baraude, Henri: Aux pays du mirage. Syrie et Palestine. 16 pl. h. texte en couleurs. 160 Seiten. Soc. d'Editions géographiques, maritimes et coloniales 30 fr.

Bonnefon, Charles: Histoire d'Allemagne. Collect. les Grandes études historiques. 512 Seiten. A. Fayard et Cie. 10 fr.

Bittard, L., et Mortier, R.: La France vivante. XXVI—224 Seiten. Dunod 9.75 fr.

Canel, Léon: Une Solution inédite du Problème de la revalorisation du franc. 40 Seiten. Berger-Levrault 2.50 fr.

Cagneul: Le Bon de la défense nationale. 160 Seiten. Les Presses Universitaires de France 10 fr.

Cordon, Ezekiel: La Réforme monétaire dans la Russie des Soviets. J. Povolozky 5 fr.

Damon, Louis: Nos parlamentaires. 320 Seiten. H. Goulet 7.50 fr.

Driault, Edouard, et Lhéritier, Michel.: Histoire diplomatique de la Grèce de 1821 à nos jours. T. 1. L'insurrection et l'indépendance 1821—1830. XVI—476 Seiten. Les Presses Universitaires de France 30 fr.

Duboin, Jacques: Réflexions d'un „Français moyen". 128 Seiten. Payot 5 fr.

Fardet: Géographie de Loiret. G. Luzeray 3.50 fr.

Feyler, Colonel: La Campagne de Macédonie. 2 vol. J. Budry et Cie. Prix, le vol. 25 fr.

Fonville. R.: De la condition en France et dans les colonies françaises des indigènes des protectorats français. 176 Seiten. L. Chauny et L. Quinsac 12 fr.

Foignet, René: Manuel élémentaire de législation coloniale. 460 Seiten. Rousseau et Cie. 13.50 fr.

Gide, Charles: La Russie soviétique. Edit. de la Conciliation internationale 4 fr.

Harden, Maximilen: France, Allemagne, Angleterre. L'Ile de France 8.50 fr.

Henry, René: Témoignage pour les Alsaciens-Lorrains (12/19). 554 Seiten. Plon-Nourrit et Cie. 20 fr.

Herriot, Edouard: La Doctrine française. C. Bloch 4 fr.

Herriot, Edouard: Jean Jaurès. Payot 3 fr.

Hérubel, Marcel A.: Le Port de Roscoff. Etude d'économie maritime. Soc. d'Editions géographiques maritimes et coloniales 3 fr.

Judet, Ernest: Georges Louis. 320 Seiten. F. Rieder et Cie. Br. 8.50 fr.

Jung, E.: La Révolte Arabe. T. 2. Ch. Bohrer 8 fr.

Joffre, A.: Le Mandat de la France sur la Syrie et le Grand Liban. 150 Seiten. Libr. de la Société du Recueil Sirey 8.75 fr.

Lauvrière, Emile: La Tragédie d'un peuple. Histoire du peuple Acadien de ses origines à nos jours. 1200 Seiten. H. Goulet 75 fr.

Legendre, J.: Les Pétroles polonais. Les Champs pétrolifères galiciens. 80 Seiten. Libr. Desforges 10 fr.

Makryjannis, général: Histoire picturale de la guerre de l'indépendance hellénique. Portefeuille de 24 planches coloriées au pochoir. J. Budry et Cie. 1000 fr.

Marion, Marcel: Histoire financière de la France depuis 1715. T. 4. 1797—1818. 435 Seiten. Rousseau et Cie. Br. 75 fr.
franco 27.50 fr.

Mille, Pierre: L'Ecrivain. Caractères de ce temps. Libr. Hachette 6 fr.

Moch, Jules: La Russie des Soviets, situation générale. L'Ile de France 9 fr.

N.....: Morbihan. Géographie départementale. Libr. Hachette 4 fr.

N.....: Seine-Inférieure. Géographie départementale. Libr. Hachette 4 fr.

N.....: Calvados. Géographie départementale. Libr. Hachette 4 fr.

N.....: Côtes-du-Nord. Géographie départementale. Libr. Hachette 4 fr.

N.....: Ille-et-Vilaine. Géographie départementale. Libr. Hachette 4 fr.

N.....: Finistère. Géographie départementale. Libr. Hachette 4 fr.

N.....: Orne. Géographie départementale. Libr. Hachette 4 fr.

N.....: Manche. Géographie départementale. Libr. Hachette 4 fr.

N.....: Loire-Inférieure. Géographie départementale. Libr. Hachette 4 fr.

N.....: Mémoires du Général Cadorna. La Guerre sur le front Italien jusqu'à l'arrêt sur la ligne de la Piave et du Grappa. 442 Seiten. Charles-Lavauzelle et Cie. 30 fr.

N.....: Les Réformes politiques de la France. 169 Seiten. F. Alcan 10 fr.

N.....: Les Armées françaises dans la grande guerre. T. 1. La guerre de mouvement. Les préliminaires. La bataille des frontières. Opérations antérieures au 24 août 1924. 1510 Seiten. Imprimerie Nationale 175 fr.

N.....: Images de la Grèce et de la Serbie. Collection de sept albums illustrées par l'héliogravure: Athènes ancienne, Athènes moderne, Smyrne, Epire, Macédoine occidentale, Salonique, Serbie. J. Budry et Cie.
Br. l'album 12 fr.
luxe 15 fr.

Netchvolodow: L'Empereur Nicolas II et les Juifs. 410 Seiten. E. Chiron 15 fr.

Niboyet, J. P.: Répertoire pratique de droit et de jurisprudence d'Alsace et Lorraine. T. 1. (L'ouvrage comprenda 2 volumes.) 302 Seiten. Libr. de la Société du Recueil Sirey 100 fr.

Nowak, K. F.: Les Dessous de la défaite. 656 Seiten. Payot 25 fr.

Parisor, Robert: Histoire de Lorraine. Index général. 111 Seiten. A. Picard 8 fr.

Pignatel, Fernand: Jaurès, par ses contemporains. 224 Seiten. E. Chiron 7.50 fr.

Renard: Les Travailleurs du livre et du journal. T. I. 280 Seiten. G. Doin 10 fr.
T. II. 364 Seiten 10 fr.

Vandervelde, Emile: Histoire du parti ouvrier belge. 500 Seiten. L'Eglantine 20 fr.

Vandervelde, Emile: Les Balkans et la Paix. L'Eglantine 3 fr.

Valois, Georges: D'un Siècle à l'autre. Chronique d'une génération (1885—1921) Edition définitive illustrée par Jean Feildel. 300 Seiten. Nouvelle Librairie Nationale 12.50 fr.

Verhaegen, Paul: La Belgique sous la domination française (1792—1814). T. 2. Debuts du Directoire. 512 Seiten. Plon-Nourrit et Cie. 30 fr.

Wulfsohn et Wernlé: L'évasion des capitaux allemands. L'Ile de France 5 fr.

II. Indopazifische Welt.

Alaux, Jean Paul: Visions Japonaises. 160 Seiten. Devambez 15 fr.

Cros, Louis: Nouvelle-Calédonie et Tahiti pour tous. 544 Seiten. A. Michel 10 fr.

III. Amerika.

Becker, Colonel G.: Le Modernisme américain. L'Armée. Le Matérial. 40 Seiten. Berger-Levrault 2.50 fr.

Blasco Ibanez, Vicente: La Révolution mexicaine et la dictature militaire. 272 Seiten. Vuibert 7 fr.

Deladier: Nos Vieilles colonies d'Amérique. 70 Seiten. Vie Technique, industrielle, agricole, coloniale 8 fr.

IV. Afrika.

Carde: Afrique occidentale française. 130 Seiten, 120 illustr. Vie Technique, industrielle, agricole, coloniale 10 fr.

Delingette, capitaine G.: Carte du Sahara. Echelle 1 : 4000000 (80/100) 9 coul. Société d'éditions géographiques maritimes et coloniales 15 fr.

Juving, A.: Le Socialisme en Algérie. 297 Seiten. J. Carbonel 12 fr.

Gallieni, Maréchal: Un Noël au Soudan. 20 Seiten. Edit. du Monde moderne Br. 7 fr.

Gradis, Gaston: A la recherche du Grand Axe. Contribution aux études transsahariennes. IV—100 Seiten. Plon-Nourrit 7.50 fr.

N.....: Carte du Congo belge et des territoires du Ruanda et de l'Urundi échelle 14 000 000 (68/70). Office de publicité à Bruxelles 4 fr.

Rivière, P. L.: Traités, codes et lois du Maroc. T. 2. Organisation du protectorat. 550 Seiten. Libr. de la Société du Recueil Sirey 70 fr.

Scott-Elliot, W.: Histoire de l'Atlantide. Illustrée de 4 cartes coloriées. 3e édition. 118 Seiten. La Famille Théosophique 7.50 fr.

V. Systematisches und Allgemeines.

Assolant, Commt Georges: Géographie maritime. Soc. d'édit. géographiques, maritimes et coloniales 3.50

Baldensperger, Fernand: Le Mouvement des idées dans l'émigration française. 2 volumes. Plon-Nourrit et Cie. 30 fr.

Balincourt, commandant de: Les Flottes de combat pour 1925. 736 Seiten. Soc. d'édit. géographiques, maritimes et coloniales 25 fr.

Busson, H., Fèvre, J., Hauser, H.: Les Principales puissances d'aujourd'hui. 603 Seiten. F. Alcan 15 fr.

Chaplet: Industrie du caoutchouc. 247 Seiten. J. B. Ballière et fils 12 fr.

Cauvet: Le Chameau. 784 Seiten. J. B. Baillière et fils 80 fr.

Colson, C.: Cours d'économie politique. Livre 1. Théorie générale des phénomènes économiques. Nouveau tirage avec un appendice. 523 Seiten. Gauthier-Villars et Cie. 20 fr.

Despaux, A.: Principes de dynamique monétaire. 534 Seiten. M. Rivière 20 fr.

Gile-Nicaud, Gilbert: Le Raid merveillaux de Pelletier d'Oisy. Paris, Tokio en avion. Plon-Nourrit et Cie. 8 Fr.

Lescure, J.: Les Réparations. La Conférence. 23 Seiten. Libr. de la Société du Recueil Sirey 3 fr.

Martonne, Emm., de: Traité de géographie physique. 4e édition entièrement refondue. T. 1. Notions générales, climat, hydrographie. 193 figures, 12 photographies, 2 carten en couleurs. XII—496 Seiten. Libr. A. Colin Br. 40 fr.

Nowak: L'Idée de l'autarchie économique. Etude d'histoire des doctrines. 148 Seiten. Les Presses Universitaires de France. 8 fr.

N.....: Le Triomphe des forces économiques. 1914—1918. Soc. d'édit. géographiques, maritimes et coloniales 10 fr.

N.....: 33e Bibliographie, Géographie 1923, sous la direction de Elicio Colin. 392 Seiten. Libr. A. Colin 30 fr.

Pelletier d'Oisy: Mon raid: Paris à Tokio. Ill. par Bouilaire. 120 Seiten. Ed. Champion 90 fr.

Renauld, Ernest: Histoire populaire de la guerre 1914—1919. T. 3. 820 Seiten. Tolra 7.50 fr.

Société des Nations: Annuaire militaire. Renseignements généraux et statistiques sur les armements terrestres, navals et aériens de 37 pays. 889 Seiten. Berger-Levrault Cart. 50 fr.

Velain, Ch.: Revue de géographie. T. 12—1924. 56 Seiten. Delagrave 23 fr.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstr. 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114

FRITZ HESSE:
DIE SICHERHEIT IN DER BRITISCHEN WELTPOLITIK

„Die auswärtige Politik des britischen Weltreiches hat niemals in etwas anderem bestanden, als in dem „Willen zur Sicherheit". Sei es, daß es der Schutz privater Erwerbungen von Mitgliedern der britischen Nation, die Bedrohung der Grundlagen, auf denen das Reich beruht, oder endlich eine Bündniskonstellation, die das Gleichgewicht der Großmächte zu stören drohte, gewesen sind — das Ziel britischer Staatskunst ist es immer nur gewesen, sich gegen die drohenden Gefahren eine Sicherung zu verschaffen."

Diese offizielle Mentalität der britischen Politik kann allein die These von der Friedfertigkeit der britischen Politik verständlich machen, und erklärt zugleich, wo die Interessen der aktuellen Politik in Wirklichkeit liegen. Die meisterhafte Handhabung der Presse zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung der Welt, und die Neigung der führenden Staatsmänner, sich über die wahren Ziele der Politik auszuschweigen, führt nämlich dazu, daß Nichtengländern sehr häufig die Dinge anders erscheinen, als sie es in Wirklichkeit sind. Als jüngste Beispiele dessen mag man die völlige Verkennung der Ziele Englands in der Frage der „Sicherheit für Frankreich" und die in Europa verbreitete Ansicht von der Unklarheit Chamberlains über die Aufgaben der zukünftigen Weltpolitik des Reiches gelten lassen — Dinge, bei denen es sich doch wohl eher um eine Verschleierung des Tatsachenbestandes handelt.

Der englische Begriff der „Sicherheit" läßt sich nur aus der Gesamtheit der Tatsachenzusammenhänge ableiten, die man ganz allgemein als geopolitisch, bezw. als geopolitisch fundiert bezeichnen kann: geographische Lage, Bevölkerungsdruck, Handels- und Wirtschaftsinteressen und nationale Ideologie, wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Weltverbundenheit und individueller Situation ergeben Die Lage und Struktur des eigentlichen England, als die des Mutterlandes und der Verwaltungszentrale des britischen Reiches, wird jedoch für die Auffassung der Gesamtlage nur von beschränkter Bedeutung sein. Die Entwicklung und die Ziele der Industrie, aus diesen sich ergebend die Handelsinteressen, diese wieder den Besitz und die Aufrechterhaltung von kolonialen Ländern erfordernd, und hieraus wieder strategische Notwendigkeiten sich entwickelnd, — das sind die nationalen Interessen des Britischen Reiches, wenn man sie ausschließlich vom englischen Gesichtspunkte aus erfassen will. Je nach der politischen Lage gewinnen sie aber nicht immer die größte Bedeutung, da sie ja, in dieser Form aufgezählt, nur eine Entwicklungsreihe des Mutterlandes darstellen. Man kann also auch, wie es

im Augenblick als zweckmäßig erscheint, von den Interessen des Gesamtkörpers ausgehen und gelangt dann zu einer Gliederung der Problemkomplexe des Reiches, welche zwar äußerlich als stark geographisch erscheint, aber auch geschichtlich bedingt ist: In die Interessen des Mutterlandes, die seiner Kronkolonien, die der Dominions — und schließlich die der „Zukunft der angelsächsischen Rasse". In die Sprache der Politik umgesetzt, sind diese Probleme nichts anderes, als die der europäischen Konsolidierung, der orientalischen Angelegenheit, der Indopazifischen Frage, der Zusammenarbeit mit den Dominions, und die Britisch-U. S. A.-Entente.

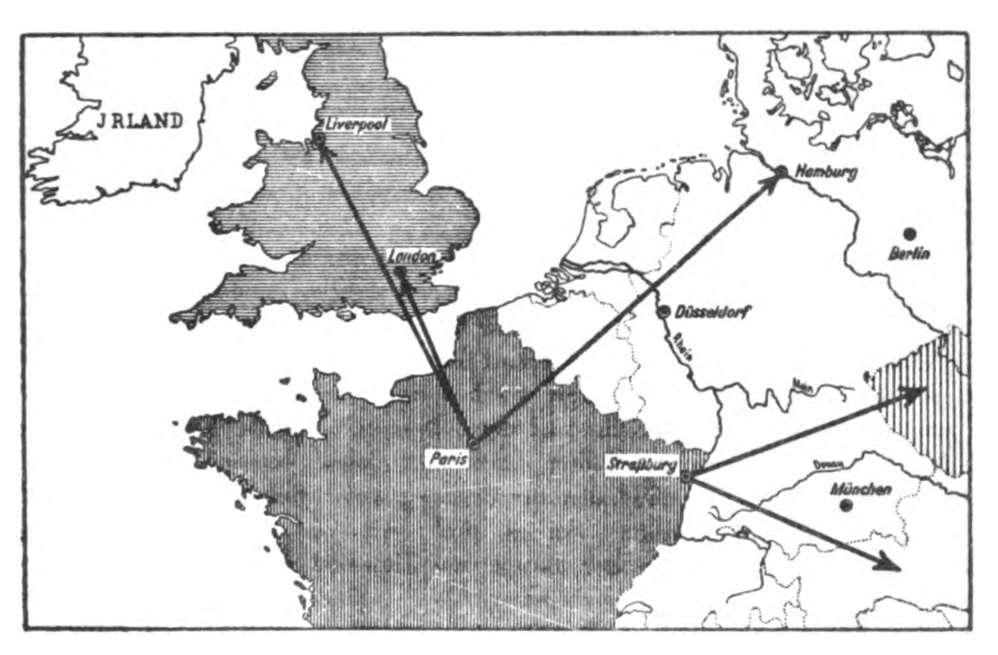
Vorauszuschicken ist aber noch eine andere Erwägung.

Der Weltkrieg hat nur fünf bedeutende Weltmächte übrig gelassen: England, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Rußland und Japan. Alles andere ist weltpolitisch entweder in die Gefolgschaft der einen oder anderen dieser Weltmächte einbezogen, oder durch Entwaffnung, Kleinheit des Landes, innere Labilität oder noch mangelnde nationale und wirtschaftliche Entwicklung zwar nicht ohne Bedeutung, aber doch ohne die Fähigkeit, eine Politik ohne Berücksichtigung der Interessen der Großen treiben zu können. Unter den Großmächten sind wieder Rußland und die Vereinigten Staaten in der durch ihre geographische Situation bedingten Sonderstellung, die alle ihre auswärtigen Interessen ausschließlich expansivwirtschaftlicher Natur sein läßt, während sie sich strategisch in sicherer, fast unangreifbarer Lage befinden, was es ihnen gestattet, in ihrer nationalen Ideologie bis zum Extrem zu theoretisieren. Daß sie dabei den schärfsten Gegensätzen, westeuropäisch-hochkapitalistischer und eurasiatisch-kommunistischer Denkungsweise, huldigen, erklärt dann wiederum, warum die Vereinigten Staaten in dem europäischen Staatenkomplex eine Rolle zu spielen vermögen, während Rußland national, kulturell und wirtschaftlich in relativer Isolierung von der Weltpolitik dieser Staaten zu leben gezwungen ist. Fügt man hinzu, daß Japan mit seinen nationalen Belangen ausschließlich lokal im pazifischen Ozean interessiert ist, so kann man berechtigterweise den Rest der weltpolitischen Fragen unter dem Gesichtspunkt des britischen oder des französischen Interesses, bezw. unter dem Gegensatz beider betrachten, wenn man sich dabei der Beschränkung der Fragestellung durch diese Einengung des Gesichtskreises bewußt bleibt. —

Vom britischen Gesichtspunkte erscheint die europäische Frage zunächst nicht so sehr als eine des fransösisch-deutschen Verhältnisses, als vielmehr eine des gesamten Kontinents zu England. Wobei immer in Betracht zu ziehen ist, daß Großbritannien das Kernland des britischen Reichskörpers ist, und die jeweilig stärkste Kontinentalmacht Europas als Führerin des Kontinentes gilt. Es braucht hiernach in der Gegenüberstellung



der beiden Mächte in Europa durchaus keine Gegnerschaft dieser beiden gesehen zu werden. Ist es doch denkbar, daß sich Großbritannien mit einer Hegemonie der französischen Republik über den gesamten Kontinent zufrieden geben kann, solange keine Gegnerschaft in den nationalen Zielen, eine solche in der Politik bedingt. Da aber Frankreich nicht nur eine kontinentale, europäisch-afrikanische Macht ist, sondern überall in der Welt den britischen Interessen angelagert ist, ist England um seines Weltreiches willen gezwungen, zu einer Sicherung seiner europäischen Stellung zu gelangen. Hierzu zwingen



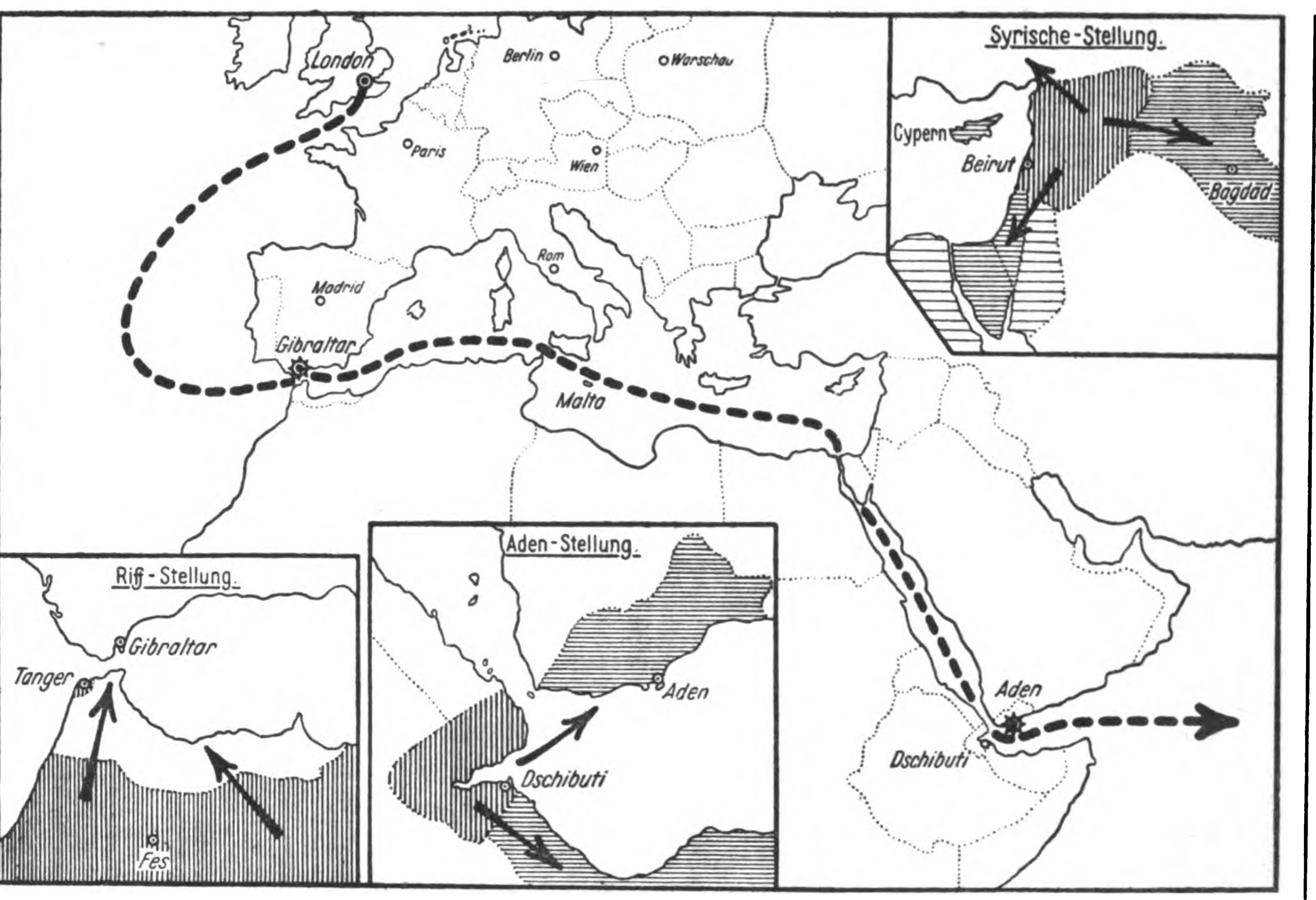
1. Die englisch-französische Stellung in Europa.

in Europa zwei „Fronten" durch ihre strategische Bedeutung: der Ärmelkanal und der Rhein. Die Entwicklung des Flugwesens hat die Gunst der ehemaligen maritimen Isolierung vom Kontinent beseitigt. Die Flotte allein vermag die englischen Industriezentren nicht mehr zu sichern. Von allen europäischen Mächten liegt aber Frankreich allein England unmittelbar gegenüber — das Frankreich, dessen Luftkriegsflotte der englischen um das Doppelte überlegen ist (900 gegen 300 aktive Kampfflugzeuge). Es ist damit zum mindesten eine Möglichkeit der Gefährdung Englands gegeben. Dieser militärischen Lage fügt sich des weiteren die wirtschaftliche hinzu: der Besitz

— sei es der staatsrechtliche als Provinz, oder der tatsächliche als Besetzung — der Rheinstellung garantiert die Einfallsstraßen nach ganz Mitteleuropa. Und daß militärisch-politischer Druck das beste Tauschmittel gegen „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ ist, gilt nicht nur den Bedrängern, sondern auch allzuvielen Bedrohten als politisches Axiom. Eine solche Hegemonie kann sich aber gegen den britischen Handel richten; das ist wieder vielen Engländern aus der Zeit der Kontinentalsperre her in Erinnerung. Auch ohne das würde ein deutsch-französischer Block das mächtigste Industriereich im Bezirk der alten Welt schaffen. Waffenstarke Industriereiche sind jedoch notwendigerweise expansiv — sie brauchen Rohstoffe und Absatzmärkte. Was liegt also näher als die Befürchtung, daß die endgültige Übergabe der Rheinstellung an Frankreich, selbst gegen die Absichten der französischen Politiker, ein für England bedrohliches Gesicht erhalten kann? Ohne also prodeutsch zu sein, zwingt die geopolitische Stellung und Beschaffenheit der Rheinlande England dazu, allen französischen Bestrebungen auf dauernden Erwerb derselben skeptisch und ablehnend gegenüberzustehen.

Handelt es sich in Europa um die Bedrohung des Mutterlandes selbst, so tritt in der Frage der orientalischen Gebiete ein anderes lebenswichtiges Moment in den Vordergrund: Die Sicherung des großen Handelsweges, der durch die Enge von Gibraltar durch das Mittelmeer, den Suezkanal, und bei Aden vorbei nach Indien führt. Sein Besitz gewährleistet zugleich die Sicherheit der Kolonien, Mandate und Protektorate selbst, da ohne sichere Verbindung zum Hauptlande bei der Gesinnung der in diesen Reichsteilen wohnenden Bevölkerung auch von innen heraus deren Verlust zu befürchten wäre. Sei es, daß Aufstände im Lande selbst die Räumung erzwängen, oder der Mangel an Munition die Aufgabe gehaltener Stellungen bewirkte. Ohne Bedeutung von entscheidender Art sind dagegen hier die Flugwaffen, da das äußerst komplizierte System der befahrbaren Luftwege, sowie die größeren Entfernungen ihnen nicht dieselbe Bedeutung wie im europäischen Raume zu geben vermögen. Maritime und Festlandsstellungen sind also hier nach wie vor von ausschlaggebendem Wert.

So wird zunächst die atlantische Einfallspforte von gewisser Bedeutung. Hier liegt Gibraltar, eine der wichtigsten britischen Seefestungen, rings umgeben von spanischem Gebiet gegenüber einer Küste, die heute entweder international, oder vom Standpunkte der Großmächte aus „Niemandsland“ ist. Zwar ist damit zu rechnen, daß die internationale Tangerzone noch auf lange hinaus jede Fremdmacht daran hindern wird, sich hier in bedrohliche Nähe der englischen Stellung zu begeben, aber um so gefährdeter erscheint, wenn vielleicht auch nur für den Augenblick, das Gebiet Spanisch-Marokkos. Der Aufstand der Riffkabylen, der in das zweite Jahrzehnt seiner Dauer



2. Der Handelsweg zum Osten und seine Bedrohung durch die französischen Besitzungen.

tritt, gewinnt nämlich dadurch eine eigentümliche Bedeutung, daß das angrenzende französische Marokko sich in diesem Kampfe „neutral" verhält. Die Schutzmacht Frankreich scheint an dem Siege der befreundeten lateinischen Schwesternation eben nur ein sehr beschränktes Interesse zu haben. Zeigen sich infolgedessen die Spanier unfähig dies Gebiet zu halten, so schafft dies ausschließlich den Engländern, nicht aber den Franzosen Schwierigkeiten.

Sieht man von der eventuellen Bedrohung Maltas durch die Verbindungslinie Toulon—Bizerta ab, so erscheint als nächste Reibungszone französischer und englischer Interessen Syrien. Ist doch die Grenzziehung des französischen Protektorates durch das englisch-französische Übereinkommen so gelegt, daß alle wichtigen Verbindungslinien zwischen dem Irak und dem Mittelmeer (z. B. die konzessionierte Automobillinie Bagdad—Beirut) ihren Anfangspunkt am Mittelmeere im französischen Gebiet haben, was „eine französisch-englische Zusammenarbeit notwendig macht". Ebenso ist Palästina, und mit ihm das angrenzende Kerak, so eng an das syrische Mandat durch geographische Lage, Struktur der Siedelungslandschaften, Bau der Eisenbahnen gebunden, daß man von einer strategischen Überlegenheit der syrischen Stellung über die Palästinensische sprechen kann, weil hier Kulturgebiet an Kulturgebiet grenzt, und Palästina von dem unsicheren Ägypten durch die Wüste der Sinaihalbinsel getrennt ist. Zudem verpflichtet ein Paragraph des mit den Türken in Angora 1921 von Franklin Bouillon abgeschlossenen Vertrages die Franzosen, Truppentransporte in türkisches Gebiet (Kurdistan) auf der Bagdadbahn zu gestatten. Der einzige wichtige Weg, der strategisch Kleinasien und die Länder arabischer Zunge beherrscht, kann also durch bloße „Neutralität" Frankreichs den Gegnern der Engländer offen stehen. Damit ist es in der Lage, auch indirekt die britische Stellung in Ägypten und am Suezkanal zu gefährden. Abgesehen von Prestigegründen und der höchst bedeutsamen Tatsache, daß im englischen Herrschaftsgebiet oder in der englischen Einflußsphäre alle wichtigen Heiligtümer des Islam liegen — was auf das Gemüt von 70 Millionen Indern einen mehr als gewichtigen Einfluß auszuüben vermag — kann also einer der wichtigsten britischen Märkte hier durch die Stellungnahme Frankreichs in Frage gestellt, wenn nicht sogar gefährdet werden. Imponderabilien, wie eine großsyrische Bewegung, die Tatsache, daß die neuen Türken ihre Lehren aus Paris bezogen haben, die ganz andere rassenmäßige Behandlung der „Eingeborenen" durch Frankreich, die Islamfreundlichkeit vieler Franzosen und das selbstverständlich profranzösische, weil von französischen Lehrern gebildete, levantinische Element sind nur dazu angetan, die Macht Frankreichs zu stärken, ohne daß England sich hiervon Vorteile zu versprechen vermag, und die Tatsache, daß Frankreich und England in der Mossulfrage gemeinsame Interessen verfolgen, wird dadurch wett-

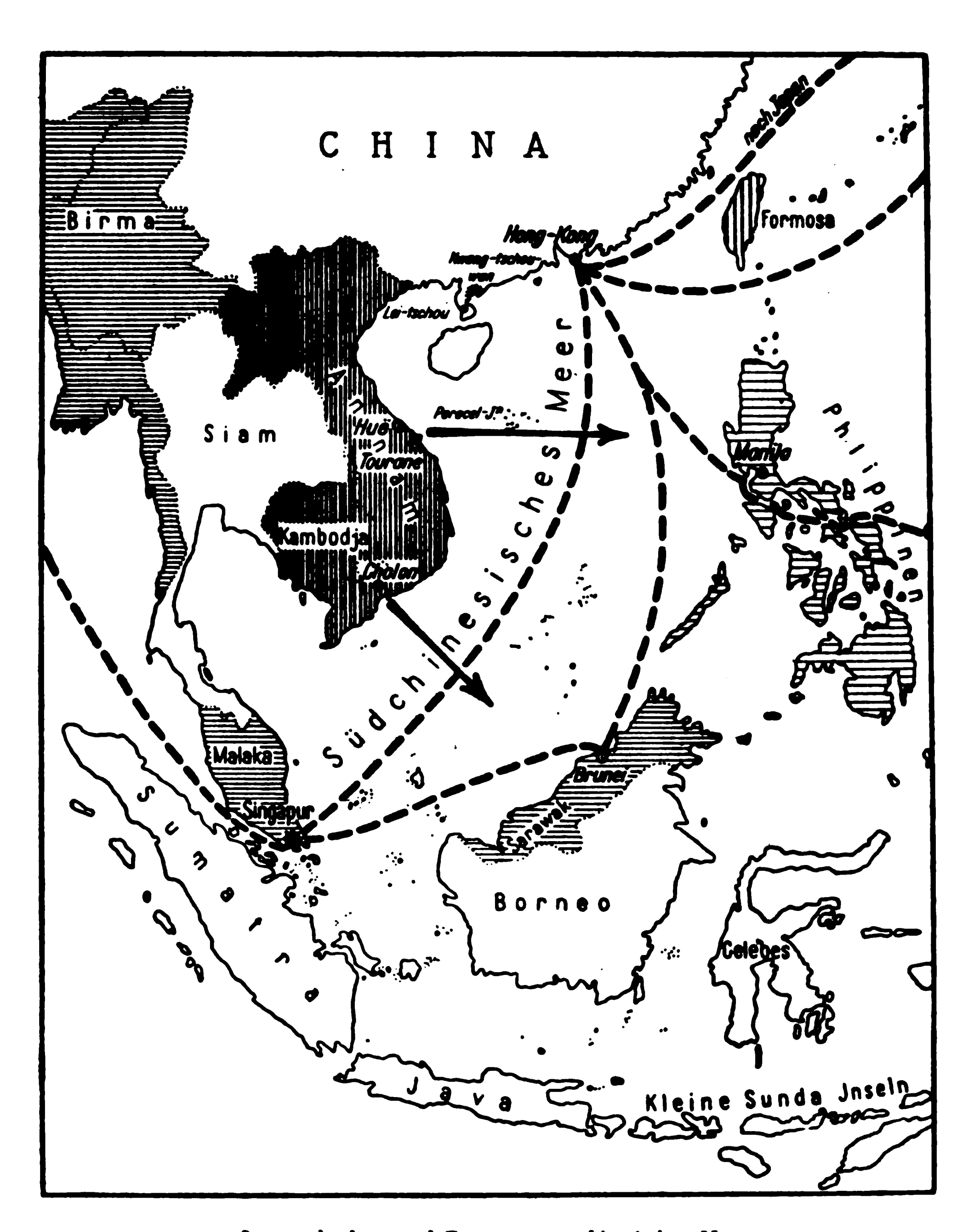
gemacht, daß man in Kurdistan grundsätzlich verschiedene Bestrebungen verfolgt.

Wie ein Übergang wirkt es in diesen Zusammenhängen, daß auch der Ausgang zum Indischen Ozean eine Gegenüberstellung französischer und englischer Besitzungen zeigt, Aden und französisch Somaliland mit dem Hafen Djibouti. Zwar verhindert es die Ungunst der natürlichen Beschaffenheit der französischen Besitzung, daß diese eine ernstliche Gefahr für Großbritannien werden kann, immerhin ist die Möglichkeit gegeben, wie gewisse Vorkommnisse zur Zeit des Faschodastreites und während des letzten Streites der Könige Arabiens es zu zeigen scheinen, hier eine Schutzstätte für alle mit der englischen Politik unzufriedenen Anwohner des Roten Meeres zu schaffen und von hier aus über Abessynien Unruhen in den anglo-ägyptischen Sudan zu tragen.

Im Indischen Ozean und Indien kann man hingegen nicht von irgend einer Bedrohung oder von Reibungsflächen zwischen den beiden Mächten sprechen. Madagaskar wird durch Mauritius und Seychellen neutralisiert, die französischen Besitzungen in Indien sind ohne große Bedeutung und von der Gnade Englands abhängig.

Erst in den ostasiatischen Gewässern tritt wieder eine Schlüsselstellung Frankreichs in Erscheinung. Indochina könnte in einem ja immerhin möglichen Konflikte mit anderen Mächten eine Rolle spielen, da die in französischen Besitz befindlichen Häfen Cholon, Turan, Hué, die brauchbare Kohlenstationen für eine Flotte, die zwischen Singapur und den chinesischen Gewässern operiert, darstellen können; der dritte Fall, in dem Frankreich durch bloße Neutralität gegenüber einem britischen Gegner, diesem nützen könnte. Auch die Landstellung Frankreichs ist hier nicht zu unterschätzen, da die den Asiaten gegenüber ganz anders eingestellte Kolonialpolitik eine Gefährdung Indochinas durch die asiatische Freiheitsbewegung problematisch erscheinen läßt. Damit ist aber die französische Stellung für die britische Seestellung, die den indischen Ozean vom Pazifik abriegelt, nicht ohne Bedeutung, und zugleich für den chinesischen Handel Englands äußerst gefährlich. Daß die offenbar bevorstehende Verständigung zwischen Japan und Frankreich, welche seit langem vorbereitet wird, eine Verschärfung des Gegensatzes bringen kann, ist nur wieder zum Vorteile Frankreichs.

Anders wie in diesen Fragen, ist dagegen in der afrikanischen Stellung der beiden Mächte England im Vorteil. Der französische Kolonialblock in Nordwestafrika ist noch nicht völlig zusammengeschweißt, da die zentral gelegene Wüste Sahara die einzelnen Teile immer noch mehr trennt als verbindet. Nigeria und die Goldküste können, da sie natürliche Straßen beherrschen, nicht als durch die französische Umklammerung gefährdet angesehen werden.



3. Angelsachsen und Franzosen am chinesischen Meer.

Die Südafrikanische Union und Kenya liegen gänzlich außerhalb des Bereiches französischer Interessen.

Die Schwierigkeiten der englischen Lage werden nun des weiteren dadurch vermehrt, daß der dritte Komplex, die sich selbst regierenden Dominions: Canada, Südafrika, Australien, Neuseeland und Irland von diesen im Bereich der Kronkolonien und des Mutterlandes existierenden Reibungsflächen nicht berührt werden, und daher nur geringes Interesse für dieselben haben. An der einzigen Stelle — Australien — an der eine aktive Teilnahme erwartet werden kann, sind die Dinge noch zu sehr im Fluß, um zu positiven Ergebnissen zu führen, oder sind vorläufig noch viel zu sehr unter der ideologischen Formulierung von dem „Kampf gegen die gelbe Rasse" beherrscht, um auch die Gegnerschaft des Weißen hervortreten zu lassen, ganz abgesehen davon, daß hier stärker als anderswo die geistige Nachwirkung der Waffenbrüderschaft im Weltkriege von Bedeutung zu sein scheint. Die Gewinne, welche die Dominions aus dem Weltkriege heimgebracht haben, deutsche Kolonien oder eine Industrialisierung des Landes sind in einem kommenden Kriege nicht zu erwarten, würden also für die Dominions auch nicht den Anreiz zu „imperialistischen Unternehmungen" schaffen. Vielmehr würden sie ausschließlich Unkosten auf sich nehmen müssen, ohne ein entsprechendes Äquivalent in sicherer Aussicht zu haben. Das erklärt das Desinteressement der Kolonien an jedem kommenden Konflikte, der nicht ihre unmittelbaren Interessen berührt — sie befinden sich eben in vollkommener „räumlicher Sicherheit" vor allen europäischen Gefahren. Hinzu kommt natürlich die Entfernung der lokalen Regierungen vom Zentralpunkt der Verwaltung, und das wachsende Bestreben nach Selbständigkeit, das sich in den Dominions geltend macht. Zwar ist dasselbe nicht gegen die englische Vormachtstellung gerichtet, wie manche das zu Unrecht bei uns glauben möchten, aber so lange die Frage der Organisation der auswärtigen Politik des britischen Völkerbundes (Commonwealth) nicht gelöst ist, ist die Tatsache des Vorhandenseins dieser Gebietskörper im britischen Weltreich ein hemmendes Moment der Politik des Mutterlandes. Weil es Rücksichten zu nehmen gezwungen ist, ohne dafür die volle und unbedingte Unterstützung seiner Töchtervölker zu erhalten.

Endlich bestimmt die Haltung des mächtigsten aller angelsächsischen Völker, der Vereinigten Staaten Amerikas, das englisch-französische Verhältnis. Zwar erschien die Nichtratifikation des Versailler Vertrages durch die U. S. A. nur als die Selbstbesinnung eines Landes, dessen unangreifbare geographische Lage, es ihm gestattet, in glänzender Vereinsamung sich dem europäischen Hexenkessel fern zu halten, aber zwei Dinge zwingen, nicht ohne geschickte Unterstützung durch die Engländer, zu einer aktiven Außenpolitik der Staaten: Die pazifische Frage und die Frage der Ablösung der europäischen Kriegsschulden.



Ausgehend von der wirtschaftlichen und kulturellen Rivalität Japans und der Vereinigten Staaten an den Ufern des Pazifik, insbesondere in Kalifornien, Südamerika, und China entwickelte sich ein Gegensatz zwischen den beiden Völkern, welcher über diplomatische Intriguen in China, zur Abrüstungskonferenz in Washington — vom amerikanischen Gesichtspunkt vor allem gegen Japan gerichtet — und endlich zur Aufhebung des Gentleman-Agreements und damit zum praktischen Einwanderungsverbot für alle Japaner führte. Bestanden auf japanischer Seite die Ursachen dieser Entwicklung in dem wachsenden Bevölkerungsüberschuß der heimatlichen Inseln, der eine Auswanderung und den Erwerb neuer Märkte zur Notwendigkeit machte, so waren diese auf amerikanischer ein zweifelloser wirtschaftsimperialistischer und raumegoistischer Zug und die außenpolitisch gefährlich wirkende Idee von der Erhaltung des Rassenzustandes und -Bestandes. England war in seiner Haltung von vornherein dadurch festgelegt, daß einmal eine anti-amerikanische Politik nur unter Verlust Kanadas möglich ist, und es zum anderen die aktive Propaganda für die Bluts- und Kulturgemeinschaft der angelsächsischen Völker so sehr betont hatte, daß diese Imponderabilie zu einer der stärksten Bindungen der internationalen Politik der angelsächsischen Völker geworden war. Da zudem eine Stärkung Japans, als der Vormacht der Asiaten, auf Kosten des britischen Prestiges gehen würde, war die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden angelsächsischen Völkern vorgezeichnet. Die Lösung der irischen Frage beseitigte zunächst eine der Hauptquellen der gegenseitigen Verstimmungen, die prompte und geschäftsmäßige Einlösung der englischen Kriegsschulden verstärkte das amerikanische Interesse an dem wirtschaftlichen Gedeihen Großbritanniens und schuf zugleich eine höchst erwünschte Präzedenzlösung solcher Fragen, das geschickte Eingehen auf amerikanische Wünsche in der Frage der Weltentwaffnung stellte die Gemeinsamkeit der Atmosphäre vollends her, und endlich brachte die formelle Anerkennung der Amerikaner als gleichberechtigter Macht zur See (der „Eins-zu-eins Standard") auch die zukünftige Entwicklung in eine reibungslose Bahn. Folge dieser Entscheidungen ist denn auch zunächst die Nichterneuerung des englisch-japanischen Bündnisses gewesen, und eine Reihe von Bestimmungen der Entwaffnungskonferenz, welche in gleicher Weise ihre Wirkung gegen Japan und Frankreich haben mußten. Eine Beschränkung der Bewaffnung hätte den angelsächsischen Völkern die „Sicherung" gebracht, die man erwartete, während sie zugleich der Rekonstruktion des Weltmarktes — nach der Theorie, daß Bewaffnung und Wirtschaft entgegengesetzte Interessen im Budget der Nation haben, — gedient hätten. Die Unvollkommenheit der erreichten Bestimmungen, und die Tatsache, daß ein großer Teil der getroffenen Vereinbarungen nicht ratifiziert wurde, verhinderten jedoch, daß der gewollte Zweck erreicht wurde.



Im Zusammenhang mit der Weltlage bewirkt aber diese Zusammenarbeit eine schwerwiegende Verlagerung der englischen Interessen. Durch die Nichterneuerung des japanisch-englischen Bündnisses ist England im pazifischen Ozean nicht mehr in der Lage, das Lager der asiatischen Völker zu spalten. Der Freiheitsdrang der hier teils staatsrechtlich, teils wirtschaftlich unterjochten Völker erhält durch das Beispiel des mächtigen und unabhängigen Japan ein Vorbild von nicht hoch genug einzuschätzender Bedeutung, während die unterirdische Wühlarbeit des eurasiatischen Rußland mit seinem neuen Ideal der kulturellen und wirtschaftlichen Autonomie über Hochgebirge, Wüsten und Kulturgegensätze hinweg eine einheitliche anti-europäische und anti-weiße Stimmung schafft, die auf die Dauer die Herrschaft Englands in allen seinen asiatischen Besitzungen bedroht. Garantiert also das Zusammengehen mit Amerika in einer nichtoffiziellen Entente die Sicherheit der möglicherweise bedrohten Dominions Kanada, Neuseeland und Australien, und macht es einen direkten japanischen Angriff auf Märkte und Besitzungen in Südostasien zur Unmöglichkeit, so schafft es eben zum anderen die geopolitischen und moralischen Voraussetzungen zu einer Entwicklung, die hier Karl Haushofer vor kurzem am prägnantesten als die „des eurasiatischen Zukunftsblocks“ bezeichnete.

Auf die Frage der europäischen Sicherheit sind zudem die Folgen der Washingtoner Konferenz ohne entscheidenden Einfluß geblieben. Zwar ist durch das Dawes-Abkommen, das ja auch in britisch-amerikanischer Zusammenarbeit gegen Frankreich durchgesetzt wurde, die Rückzahlung der Kriegsschulden der europäischen Mächte zum Teil gesichert worden, aber in der Hauptfrage, den Schulden Frankreichs, sind weder von britischen noch amerikanischen Staatsmännern mehr als leere Versprechungen für die Zukunft erreicht worden. Damit ist aber zugleich die Entwaffnung Frankreichs, die man, in Amerika wenigstens, auf diesem Umwege zu erreichen hoffte, ebenfalls gescheitert.

Somit ist die Sicherung der britischen Politik in den vier wichtigsten Lebensfragen des Reiches notwendigerweise von dem französischen Verhalten abhängig, ja steht zum mindesten darüber hinaus in der europäischen Frage in vollem Gegensatz zu Frankreich. Die Mentalität der Nachkriegszeit ist jedoch immer noch so sehr durch das Schreckgespenst von der „deutschen Gefahr“ und der „unlauteren deutschen Konkurrenz“ bestimmt, daß immer noch Unklarheit über die aus dieser Sachlage sich ergebenden Notwendigkeiten herrschen. Die wirtschaftliche Denkungsweise, die in England durch die Industrie und den Handel repräsentiert wird, steht nämlich außerdem auf dem Standpunkte, daß die Handelsinteressen des Mutterlandes mit ihrem Schwergewicht nicht mehr in Europa liegen. Gehen doch von dem Außenhandel* Großbritanniens:

nach ganz Europa	. . . .	cca 35,1 %
„ „ Afrika	. . . . .	cca 5,0 %
„ Austral-Asien	. .	cca 26,9 %
„ Amerika	. . . .	cca 29,3 %!

Rechnet man hierbei, daß von dem Gesamthandel mit Europa nur 4,6 % durch die Rheinstellung unmittelbar bedroht werden, während die Gesamtheit des austral-asiatischen Handels mit 26,9 % in Gefahr steht, so kann man es allerdings verstehen, daß diese Kreise in England für ein Nachgeben in Europa eintreten, wenn man dafür die „Sicherung“ der britischen Interessen durch Frankreichs Haltung in der orientalisch-südostasiatischen Frage eintauschen kann. Könnte doch eine derartige „Stabilisierung“ Europas auf Umwegen auch zu einer „Rekonstruktion“ des Weltmarktes in Europa — wenn auch unter französischer Aufsicht — führen. Bei immer noch zwei Millionen Arbeitslosen ist eine unmittelbare Sicherung wertvoller, als eine solche in der fernen Zukunft.

Wäre man sich in England darüber klar, daß die europäische Frage das Kernland und die Zentrale des Reiches bedroht, während die asiatischen Interessen, nach einem Fall des Mutterlandes belanglos wären, so würde man einer anderen Bewertung dieser Fragen gegenüberstehen, als es heute der Fall ist. Die Auffassung jedoch, daß zwischen Frankreich und England Freundschaft sein müßte, und die geschickte Verschleierung des europäischen Fragenkomplexes durch das Geschrei von der „Sicherheit Frankreichs“ lassen die Gefahr nahe sein, daß man in einer internationalen Frage, die Deutschland erst in dritter Linie interessiert, über die Unbequemlichkeit der europäischen Drohung das Gewicht der asiatischen Zahlen allzusehr in den Vordergrund treten läßt. Glaubt man doch in England selbst im Lager der Imperialisten durch Opportunitätspolitik bald in der einen, bald in der anderen Frage das Ziel der englischen Sicherheit verfolgen zu können, ohne sich grundsätzlich in der europäischen Politik festzulegen. Das deutsche Angebot in der Sicherheitsfrage kann also vorläufig nur einen Stein in dem Schachspiel, das auf französischer Seite europäische Hegemonie, auf englischer europäische Sicherheit ist, bedeuten, — bis man entweder in England oder Frankreich sich zu der Ansicht bekehrt, daß eine friedliche Verständigung mit Deutschland unter Wahrung von dessen nationalen Interessen eine Notwendigkeit für die Stabilisierung der Kräfteverhältnisse in der Welt ist. Dieser Zeitpunkt ist aber weder psychologisch noch geschichtlich bereits gekommen, und bei einem Scheitern des deutschen Angebots besteht die Gefahr, daß man allen Unwillen hierüber auf Deutschland ablädt, während bei einem nur teilweisen Gelingen nur eine Schwächung, nicht aber eine Stärkung der weltpolitischen Lage Deutschlands erreicht werden würde!



Die Entscheidung über das Schicksal des deutschen Angebots liegt eben nicht so sehr in englischer, wie in französischer Hand. Wessen wir uns aber in Paris zu versehen haben, kann darüber wirklich ein Zweifel sein? Die freundliche Aufnahme des deutschen Schrittes in England sollte also nicht über die wahre Lage in der Weltpolitik täuschen.

Anmerkung:

*) Nach dem „Statesman's Yearbook 1924", S. 58 ff. betrug der Gesamtaußenhandel des Mutterlandes (United Kingdom) im Jahre 1923:

Import	1 098	Mill. Pfd. St.
Export + Reexport .	885	„ „ „
Total	1 983	Mill. Pfd. St.

Auf die im vorstehenden Aufsatz erwähnten Fragenkomplexe verteilte sich diese Summe wie folgt:

I. AUSSENHANDEL MIT EUROPA

a. Europa ohne den deutschen Komplex:

Land	Import cca. Mill. Pfd. St.	Export cca. Mill. Pfd. St.	Summa cca. Mill. Pfd. St.
Rußland	9,3	4,5	13,8
Finnland	13,2	4,8	18,0
Esthland	1,8	1,3	3,1
Lettland	5,6	1,8	7,4
Litauen	0,5	0,2	0,7
Schweden	21,6	15,6	37,2
Norwegen	11,1	9,3	20,4
Island	0,3	0,4	0,7
Dänemark	26,3	14,5	40,8
Niederlande	37,0	35,2	72,2
Belgien	27,4	35,4	62,6
Frankreich	58,5	68,2	126,7
Schweiz	19,4	8,6	28,0
Portugal	3,9	5,4	9,3
Spanien	19,5	11,3	30,8
Italien	14,3	21,5	35,8
Ungarn	0,6	0,1	0,7
Tchechoslowakei	8,3	1,0	9,3
Jugoslavien	0,7	0,9	1,6
Griechenland	4,6	4,0	8,6
Bulgarien	0,04	1,3	1,3
Rumänien	2,3	2,7	5.0
Europäische Türkei	1,1	3,3	4,4
Irland	32,7	33,1	65,8
			604,2

b. Der deutsche Komplex:

Land	Import	Export	Summa
Deutschland	35,0	53,8	88,8
Österreich	2,0	1,5	3,5
			92,3
		Gesamtsumme für Europa	696,5

II. AUSSENHANDEL MIT AFRIKA OHNE ÄGYPTEN UND DEN SUDAN

Land	Import cca. Mill. Pfd. St.	Export cca. Mill. Pfd. St.	Summe cca. Mill. Pfd. St.
Marokko	0,5	1,7	2,2
Algerien	2,2	2,1	4,3
Tunis	1,1	0,5	1,6
Fr. West-Afrika	1,9	2,4	4,3
Fr. Somaliland	0,1	0,1	0,2
Madagaskar	0,3	0,1	0,4
Ital. Tripolis	0,1	0,1	0,4
Ital. Ost-Afrika	0,02	0,02	0,04
Azoren	0,1	0,1	0,2
Madeira	0,1	0,6	0,7
Span. West-Afrika	0,1	1,1	1,2
Span. Ost-Afrika	1,8	2,0	3,8
Kanarische Inseln	3,6	2,2	5,8
Belg. Kongo	0,4	0,4	0,8
Brit. West-Afrika:			
Gambia	0,5	0,4	0,9
Sierra Leone	1,1	0,9	2,0
Goldküste und Togo	2,0	4,2	6,2
Nigeria und Kamerun	7,5	6,9	14,4
Helena und Ascension	0,02	0,05	0,1
Brit. Süd-Afrika:			
Protektorat S. A.	0,05	0,11	0,2
Kapkolonie	10,2	13,5	23,7
Natal	4,8	8,0	12,8
Orange-Freistaat	—	0,5	0,5
Transvaal	0,2	7,0	7,2
Basutoland	—	0,02	—
Rhodesia	0,5	0,7	1,2
Bechuana	0,005	0,003	—
Swaziland	0,05	0,002	—
Brit. Ost-Afrika:			
Tanganyika	0,3	0,5	0,8
Zanzibar und Pemba	0,5	0,4	0,9
Kenya	2,0	1,8	3,8
Uganda	0,2	0,1	0,3
Nyassaland	0,7	0,1	0,8
Brit. Somaliland	—	—	—
Mauritius	5,6	1,2	6,8
Seychellen	0,1	0,03	0,1
Gesamtsumme für Afrika ohne Ägypten und Sudan			108,9

III. AUSSENHANDEL MIT AMERIKA

Land	Import cca. Mill. Pfd. St.	Export cca. Mill. Pfd. St.	Summa cca. Mill. Pfd. St.
U. S. A.	211,2	85,5	296,7
Cuba	8,7	3,0	11,7
Haiti	0,2	0,2	0,4
St. Domingo	1,1	0,2	1,3
Mexiko	6,3	2,8	9,1
Guatemala	0,1	0,4	0,4
Honduras	0,7	0,2	0,9
San Salvador	0,01	0,4	0,4
Nicaragua	0,1	0,2	0,3
Costa Rica	1,6	0,2	1,8
Columbia	1,4	2,7	4,1
Panama	0,1	0,4	0,5
Venezuela	0,5	1,5	2,0
Ecuador	0,2	0,6	0,8
Peru	8,6	2,6	11,2
Chile	5,8	7,0	12,8
Brasilien	5,9	11,1	17,0
Uruguay	4,8	3,3	8,1
Bolivien	2,7	0,5	3,2
Argentinien	66,0	28,8	94,8
Paraguay	0,02	0,1	0,1
Tiefseefischereien	1,1	—	1,1
Niederländisch-Guyana	0,4	0.3	0,7
Canada	53,4	30,3	83,7
Neufundland und Labrador	2,1	0,7	2,8
Bermudas	0,002	0,8	0,8
Bahamas	0,02	1,2	1,2
Brit. West-Indien	5,8	4,0	9,8
Brit. Guyana	1,1	1,3	2,4
Falkland-Inseln	0,2	0,1	0,3
		Gesamtsumme für Amerika	580,4

IV. AUSSENHANDEL MIT DEM ORIENTALISCHEN KOMPLEX

Land	Import cca. Mill. Pfd. St.	Export cca. Mill. Pfd. St.	Summa cca. Mill. Pfd. St.
Asiatische Türkei	2,0	0,8	2,8
Syrien	0,2	2,0	2,2
Palästina	0,8	0,6	1,4
Irak	1,8	4,0	5,8
Cypern	0,3	0,3	0,6
Persien	7,0	1,8	8,8
Ägypten	33,1	15,2	48,3
Sudan	1,6	1,5	3,1
Aden	0,2	0,6	0,8
		Gesamtsumme für den Orient	73,8

V. AUSSENHANDEL MIT DEM AUSTRAL-ASIATISCHEN KOMPLEX

Land	Import cca. Mill. Pfd. St.	Export cca. Mill. Pfd. St.	Summa cca. Mill. Pfd. St.
Siam	0,4	1,7	2,1
China	12,3	18,8	31,1
Japan	6,8	20,5	27.3
Korea	—	—	0,1
Indien	67,0	87,2	154,2
Straits Settlements	10,7	7,9	18,6
Federated Malay States	2,3	0,9	3,2
Ceylon	12,5	3,9	16,4
Britisch Borneo	0,2	0,1	0,3
Sarawak	—	—	0,1
Hongkong	0,9	6,9	7,8
Franz. Indien	0,1	0,2	0,3
Niederländisch Java	11,5	7,0	18,5
Niederländischer Kleinbesitz	3,6	2,0	5,6
Philippinen	2,3	0,8	3,1
Fr. Paz. Bes.	0,3	—	0,3
Australien	49,1	61,9	111,0
Neu-Seeland	43,0	21,6	64,6
Sonstiger brit. Kleinbesitz	—	—	0,4
Gesamtsumme für den austral-asiatischen Komplex			462,0

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß der englische Außenhandel sich folgendermaßen verteilt; es gehen nach:

Europa	35,1 %
Deutschland-Österreich	4,6 „
Amerika	29,3 „
Orient und Australasien	26,9 „
Afrika	5,0 „ !

Naturgemäß sind diese Zahlen für Europa und Deutschland besonders ungünstig, da sie sich auf das Inflationsjahr 1923 beziehen. Aber auch wenn man die Friedenszahlen für Deutschland aus dem Jahre 1913 einsetzt — eine Zahl, die möglicherweise Deutschland in den nächsten Jahren wieder erreicht —, ergibt sich keine grundsätzliche Verschiebung dieses Zahlenbildes, da sie eine Steigerung des deutschen Anteils auf nur 6,8 % (134,0 Mill. Pfd. St.) ergeben würde. Immer nur vom Standpunkt des Handels des Mutterlandes aus gesehen! Für den Außenhandel des Gesamtreichskörpers ergeben sich etwas andere Prozentsätze.

ADOLF DRESLER:
ITALIEN UND DIE HERRSCHAFT IM MITTELMEER

Von Latium in Mittelitalien aus entstand im Altertum das Römerreich, das sich nach und nach alle am Mittelmeer liegenden Länder unterwarf und darüber hinaus auch in das Gebiet des Schwarzen Meeres und der Nordsee vorstieß. Im Mittelalter hingegen war die politische Bedeutung Italiens gering, seine geistige freilich dafür um so größer durch die katholische Kirche mit ihrem Oberhaupt in Rom, durch die Renaissance und den Humanismus, die von Italien aus ihren Weg durch das Abendland nahmen. Auch für den Handel war Italien durch Jahrhunderte ein sehr wichtiges Land, man denke an Genua und Venedig. Politisch jedoch war die Apenninenhalbinsel zerrissen und zeitweise großenteils fremden Völkern unterworfen. Im Norden hielten sich seit der Völkerwanderungszeit Germanen, im Süden setzten sich Sarazenen und Normannen fest, deutsche Kaiser beherrschten bisweilen den größten Teil Italiens, den französischen Anjous gehörte eine Weile Neapel und Sizilien, den Spaniern Neapel und Teile Norditaliens, die Franzosen unternahmen eine ganze Reihe von Feldzügen nach Italien, führten den Papst nach Frankreich, Ludwig von Orleans wollte ein adriatisches Königreich gründen, Napoleon I. schuf ein halbes Dutzend italienischer Republiken und später ein italienisches Königreich, Napoleon III. nahm Savoyen in Besitz, Österreich besaß lange die wichtigsten Gebiete von Oberitalien. Spät erst erfolgte die politische Einigung und das Selbständigwerden Italiens unter dem savoyischen Königshause, wodurch die alte Sehnsucht Dantes, Machiavellis, Alfieris und der ganzen sogenannten „verzweifelten Literatur", der letteratura disperata, erfüllt wurde.

Das in den Kriegen gegen Österreich mit französischer Hilfe im neunzehnten Jahrhundert geeinte Italien wollte sehr bald in die Reihe der europäischen Großmächte eintreten. Dabei bedurfte es der Anlehnung an ältere, wirtschaftlich und politisch stärkere Staaten. Es neigte zunächst zu Frankreich, obwohl die „lateinische Schwesternation" sich 1797 Korsika und Nizza einverleibt und Napoleon III. als Preis für seine Waffenhilfe gegen das Habsburgerreich Savoyen eingesteckt hatte. Für seine wachsende Bevölkerungszahl mußte Italien nun aber sein Gebiet erweitern. Da sich dies vorläufig in Europa nicht ermöglichen ließ, so richtete es wie einst Rom seine Blicke auf das Südufer des Mittelmeeres, nach Afrika, und zwar zuerst nach Tunis. Dort gibt es seit langem eine starke italienische Kolonie, die heute über hunderttausend Menschen zählt. Auf dem Berliner Kongreß jedoch verlangte und erhielt Frankreich Tunis für sich. Dadurch schwenkte Italien nunmehr auf

die Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns ab, von denen es eher eine Unterstützung seiner kolonialen Wünsche erhoffte als von Frankreich. Es kam zur Gründung des Dreibundes, in dem freilich Italien den dritten Platz einnahm. In Afrika hatte es zunächst abermals Pech, bei dem Versuche, sich Abessiniens zu bemächtigen, wurden die Italiener bei Adua (sie selbst nennen die Schlacht die von Abba Garima) eine schwere Niederlage (1896). Doch gaben sie ihre afrikanischen Pläne nicht auf, sondern griffen 1911 die Türkei an, um ihr Tripolis abzunehmen. In langjährigen blutigen Kämpfen, die auch heute noch nicht abgeschlossen sind, haben die Italiener einen nicht allzubreiten Küstensaum erobert, ohne aber schon zu einem vollen Genuß der Kolonie gekommen zu sein.

Neben den Versuchen des Staates Italien, sich in Afrika Gebietszuwachs zu erwerben, ging das Streben privater, aber von der Regierung heimlich geförderter Kreise her, die Grenzen Italiens auch in Europa zu erweitern. Bekannt ist diese Bewegung unter dem Namen der „Irredenta". Das war eine im Jahre 1878 aus Ärger darüber, daß die Italiener auf dem Berliner Kongreß leer ausgegangen waren, gegründete Vereinigung, die sich „Das unerlöste Italien" (Italia Irredenta) nannte. Unter dem Vorsitze Menotti Garibaldis forderte in Rom am 21. Juli des genannten Jahres eine gewaltige wildbewegte Volksbewegung stürmisch die Besetzung von Südtirol, Görz, Gradiska, Triest, Istrien, Dalmatien, des Schweizer Kantons Tessin, von Nizza, Korsika und Malta. Diese Bewegung griff rasch um sich, aber ihre Urheber waren klug genug, bald die Unerfüllbarkeit ihrer sämtlichen Forderungen einzusehen und sie beschränkten diese nur auf die zu Österreich-Ungarn gehörigen Gebiete. Man konnte sich nicht zugleich die Donaumonarchie, Frankreich und England zu Feinden machen, sondern suchte lieber zunächst Anschluß an die beiden letzten Länder. Die Ministerien Cairoli und Depretis sahen dem Treiben der Irredentisten ruhig zu. Nach einigen Jahren erklärte Menotti Garibaldi, die Irredenta sei in der Lage 100 Freiwilligen-Bataillone aufzustellen. Das Kriegsministerium möge ihre Ausrüstung übernehmen. Dies unterblieb jedoch, da sich infolge der Hetze gegen Österreich das Verhältnis zwischen beiden Ländern sehr verschlechterte und der italienische Kriegsminister sich ins Mittel legte. Die Aufstellung einer Freiwilligenarmee wurde untersagt.

Damit freilich gab sich die Irredenta keineswegs zufrieden, sondern sie ging jetzt zur Propaganda der Tat über und beschloß die Ermordung des Kaisers Franz Joseph, als dieser am 17. August 1882 Triest besuchte. Rechtzeitig wurde die Verschwörung noch entdeckt und der für den Bombenwurf bestimmte Attentäter Wilhelm Oberdank, der uneheliche Sohn einer deutschen Mutter und eines Triestiners, verhaftet und gehängt. Heute verherrlichen die



Italiener diesen gedungenen Meuchelmörder, den sie unter Weglassung des deutschen Buchstabens „k" Guglielmo Oberdan nennen als Märtyrer des neuen Italien. Als dann 1883 der Anschluß Italiens an das deutsch-österreichische Bündnis sich vollzog, mußten die italienischen Behörden zwar schärfer gegen die italienischen Irredentisten einschreiten, doch blieb die Bewegung in unverminderter Stärke bestehen. Sie wählte auf ihr Programm sogar Abgeordnete in die Kammer und führte in den „unerlösten" Gebieten Österreichs ihre lebhafte Agitation fort, ohne bei den kurzsichtigen österreichischen Behörden sonderliche Abwehr zu finden. Die Irredenta war es, die in erster Linie jenen heimlichen Vertrag mit Frankreich durchsetzte, der bereits in der zweideutigsten Haltung Italiens auf der Konferenz von Algeciras sich deutlich genug zu erkennen gab und der schließlich im Weltkriege zum offenen Vertragsbruche führte. Vierzig Jahre nach ihrer Gründung, hat die Irredenta ihre Ziele, soweit sie auf Kosten Österreichs gesteckt waren, erreicht, ja, sie sogar noch überschritten. Denn auch das deutsche Südtirol, das überwiegend von Slaven bewohnte Istrien, hat sich Italien einverleibt und gerade diejenigen, welche früher am meisten gegen Österreich hetzten, können sich heute nicht genug entrüsten darüber, daß die deutschen Südtiroler und die Slaven des ehemaligen Küstenlandes die Vereinigung mit dem Staate ihres Volkes herbeisehnen.

Von weiteren nationalen Strömungen, welche als Vorläufer des Faschismus zu betrachten sind, sei hier noch die Nationalvereinigung „Associazione Nazionalista" genannt, die 1910 in Florenz von Scipio Sighele gegründet wurde und rasch zahlreiche Anhänger gewann. Sie wollte „das Nationalgefühl zu religiöser Höhe erheben und den Willen zu einem starken und gewappneten Staate erwecken, der dem Lande Reichtum und Ruhm verschaffen und in der Welt seine Ausdehnungskraft, seinen patriotischen Egoismus zur Geltung bringen sollten". Bei den Wahlen von 1913 gelang es der Vereinigung, sechs Abgeordnete ins Parlament zu wählen. Es gehörten ihr viele Literaten, Künstler, Studenten, Schriftsteller, Journalisten, Futuristen an, unter anderen auch der Dichter Gabriele d'Annunzio. Die Adria wurde damals zum italienischen Meere, zum „mare nostro" erklärt und Alfred Rocco verkündete: „Der italienische Nationalismus muß expansiv und aggressiv sein und sich für die unvermeidlichen künftigen Kriege vorbereiten".

Der Weltkrieg bot Italien einen willkommenen Anlaß zur Verwirklichung seiner Ausdehnungsgelüste sowohl in Europa, als auch in Afrika. R. St. Baker, der Mitarbeiter Wilsons in Paris, schreibt darüber auf S. 99 des 2. Bandes der Memorien und Dokumente zu Versailles: „Der Eintritt Italiens in den Weltkrieg war das direkte Ergebnis eines Schachergeschäftes um seine Wünsche. Acht Monate hielt es sich neutral und handelte mit beiden Parteien". Unbe-

kümmert darum, daß es noch zum Dreibund gehörte, zeigte Italien Neigung, mit der Entente zu gehen, wenn diese ihm mehr Gebietszuwachs zusicherte als Österreich-Ungarn. Von seinen Bundesgenossen verlangte Italien Welschtirol und einen Teil Deutschsüdtirols, die Abtretung oder zum mindestens Internationalisierung Triests, einige strategisch wichtige Inseln in der Adria, und die Anerkennung der Schutzherrschaft über Albanien sowie des Besitzes von Valona. Österreich-Ungarn war nach einigem Zögern zur Erfüllung dieser Ansprüche bereit (s. Ferd. Gruner: Der Treubruch Italiens, München 1916, auf Grund der amtlichen Urkunden), die Entente aber bot mehr: die Brennergrenze und die Herrschaft in der Adria, ferner „Entschädigung" in Afrika. Im Londoner Vertrag vom 24. April 1916 wurde Italien auch hierzu noch das wirtschaftliche Übergewicht in der Adria zugestanden. Dieser Vertrag hat die Teilnahme Italiens am Weltkriege auf Seiten unserer Gegner zur Folge gehabt. Der Aufruf des Königs an das Heer sprach von den natürlichen Grenzen, die es zu erkämpfen gelte.

Mit diesen natürlichen Grenzen war im Norden der Brenner gemeint. Obwohl südlich dieses Bergpasses 220000 Deutsche wohnen und die Geschichte Tirols seit der Völkerwanderung ganz und gar deutsch war — nur von 1810 bis 1813 gehörte ein Teil Südtirols zum Königreich Italien von Napoleons Gnaden —, haben die Italiener die Brennergrenze auf der Friedenskonferenz von Paris zugesprochen erhalten. Diese Vorschiebung des italienischen Staatsgebietes bedeutet eine leichtere Einflußnahme Italiens auf die Ereignisse in Mitteleuropa und zugleich eine Bedrohung des Deutschtums. Es ist nicht schwer vorauszusagen, daß Italien über den Brenner hinauszugelangen trachten wird. Viermal ist bereits der Plan einer Aufteilung Deutschösterreichs unter die Nachbarstaaten in greifbare Nähe gerückt, wobei Italien Hand auf Nordtirol, Vorarlberg und einen Streifen von Salzburg legen würde. Das verstärkte Drängen Italiens nach Norden kam auch in der Parlamentsrede Mussolinis von 1921 zum Ausdruck, in der er das Anwachsen der deutschen Bevölkerung im schweizerischen Kanton Tessin als eine Gefahr für Italien bezeichnete, dessen natürliche Grenze hier der Gotthard sei. Die politische Anteilnahme Italiens am Schicksal Mitteleuropas zeigte sich ferner im Freundschaftsvertrag mit der Tschechoslowakei vom Mai 1924.

Der Drang Italiens nach Norden zum Brenner ist seit mehr als 100 Jahren wahrzunehmen, dagegen ist die Verkündigung eines Imperialismus mit dem Ziel der Beherrschung des Mittelmeeres ein Zeichen der neueren italienischen Geschichte. Träger dieses Gedankens waren besonders die Futuristen unter ihrem Führer F. T. Marinetti, die seit 1909 in Anlehnung an Frankreich auf die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und eine Weltpolitik Italiens hinarbeiteten. In den Kundgebungen Marinettis kehrt immer die Forderung

wieder, die „futuristische“ Geschichte Italiens müsse an kraftvoller Politik und durch ruhmvolle Eroberungen die Geschichte Roms noch überstrahlen, Die Futuristen waren denn auch die ersten und eifrigsten Anhänger Mussolinis, von dem sie im Gegensatz zur damaligen Regierung den Eintritt Italiens in den Krieg auf Seiten unserer Gegner und die Erfüllung ihrer imperialistischen Ziele erhofften. Der im Dezember 1914 gegründete Faschismus hat von den Futuristen die maßlose Kriegspropaganda und die Anknüpfung an die römische Weltmachtpolitik übernommen; in Mussolinis Reden finden sich oft Sätze, die Wort für Wort früheren politischen Kundgebungen Marinettis entstammen. Mussolini hat am klarsten die Kriegsziele der Entente im Mittelmeer und Orient aufgestellt und vertreten, wie sie dann 1919 in Versailles später mit nur geringen Änderungen zu Tatsachen wurden.

Aber nicht nur Irredentisten, Futuristen und Faschisten setzten sich für Italiens Vergrößerung ein, sondern auch die liberalen Vertreter Italiens auf der Friedenskonferenz, Sonnino und Orlando. Baker schildert in seinem genannten Werke ihr zähes und erfolgreiches Ringen gegenüber Wilsons 14 Punkten. Der ganze 6. Abschnitt des Bakerschen Buches ist der „italienischen Krise“ gewidmet. Südtirol gestand Wilson, entgegen seinem eigenen Grundsatz der Festlegung staatlichen Gebietes, eingestandenermaßen ohne genügende Prüfung dieser Frage, den Italienern ohne weiteres zu. Dagegen gab es scharfe Auseinandersetzungen wegen Fiume, das Wilson den Südslawen zugesprochen hatte, die Italiener aber beanspruchten mit der vorgeschützten Begründung, der Handel Triests lasse sich ohne Fiume nicht aufrechterhalten. Eine Verständigung mit den Südslawen lehnten Sonnino und Orlando grundsätzlich ab, ja, als Wilson seinen Standpunkt der Öffentlichkeit bekanntgab, reisten beide aus Paris ab und kehrten erst zur Unterzeichnung der Friedensverträge zurück. Die Fiumefrage wurde in Paris nicht gelöst, vielmehr besetzte d'Annunzio eigenmächtig für 15 Monate die Stadt, die italienisch-südslawischen Verträge von Rapallo und S. Margherita ließen die Angelegenheit noch in der Schwebe; aber im September 1923 nahm Mussolini sie durch Ernennung des Generals Giardino für Italien in Besitz und erwirkte die rechtliche Anerkennung dieses Zustandes durch das Bündnis mit Südslawien vom Januar 1924. Damit beherrscht Italien die nördliche Adria vollkommen.

Die Erfüllung des italienischen Anspruchs auf Dalmatien hat sich dagegen nicht verwirklichen lassen, nur die Stadt Zara und die Insel Saseno sind italienisch geworden. Damit ist Italien aber keineswegs zufrieden, wie die vorübergehende Besetzung Valonas und Korfus bewiesen haben. 1917 erklärte sich Albanien unter italienischer Schutzherrschaft für selbständig und bis 1920 hielten die Italiener die wichtige Hafenstadt Valona besetzt. Nur die in Oberitalien ausbrechenden Unruhen und Streiks machten dieser Be-

setzung ein Ende; aber bei dem letzten albanischen Bürgerkriege wurde ernsthaft die Aufteilung Albaniens unter Italien, Südslawien und Griechenland erwogen. Durch seine Flotte beherrscht zwar Italien die Adria unumstritten, darüber hinaus aber will es auch festen Fuß auf dem Balkan fassen, wozu das Bündnis mit Südslawien nur ein Anfang ist. Die italienische Diplomatie arbeitet aufs lebhafteste in sämtlichen Balkanländern, die Presse zeigt starke Anteilnahme an allen Vorgängen im nahen Osten, Kapital wandert hinüber zur „anderen Küste" zur altra sponda der Adria, es ist viel von einer „friedlichen Durchdringung" des Balkans durch die italienische Kultur die Rede. Hochbedeutsam sind die dauernden Versuche der Italiener, die Kleine Entente aus dem französischen Schlepptau in das eigene herüberzubekommen, wobei auch Anleihen eine Rolle spielen.

Weitere Interessen Italiens liegen in Kleinasien. Die Brücke dorthin bilden die von Griechen bewohnten 12 Inseln (Dodekanesos) um Rhodos, die an Griechenland herauszugeben Italien sich weigert. Im Londoner Vertrag von 1915 erhielt Italien sodann auf dem Festlande Adalia mit einem Streifen Hinterland zuerkannt und 1917 durch das Geheimabkommen von St. Jean de Maurienne auch Smyrna. Später aber erkannte England Smyrna den Griechen zu, die es an die Türken wieder verloren. Auf der Pariser Friedenskonferenz suchte Lloyd George die Italiener für den Verlust Fiumes durch umfangreiches Gebiet der Türkei schadlos zu halten; aber Orlando forderte damals ganz Anatolien — ein unerfüllbares Verlangen.

Ferner hat Italien sein Augenmerk auf Georgien im Kaukasus gerichtet. Mehrmals ist eine Besetzung dieses Landes durch italienische Truppen in Erwägung gezogen worden, seit Lloyd George sie in Paris 1919 vorgeschlagen hatte. 1920 stand ein Landungsheer in Süditalien sogar schon zur Abfahrt bereit, als der Ministerpräsident Nitti von dem Unternehmen Abstand nahm. Durch die Anerkennung Sowjetrußlands hat sich Italien dann aber in dem inzwischen wieder unter die Gewalt Moskaus geratenen Kaukasien die wichtigsten Erdöl- und Bergwerkskonzessionen gesichert, auch mit Rußland einen sehr günstigen Handelsvertrag, besonders hinsichtlich der Schiffahrt im Schwarzen Meer, abgeschlossen. Endlich sei darauf hingewiesen, daß die Italiener sich in letzter Zeit große Mühe geben, sowohl in Palästina als auch im ganzen Orient das kirchenfeindlich regierte Frankreich als Schutzmacht der katholischen Kirche abzulösen.

Während so politische, territoriale, wirtschaftliche und kulturelle Interessen Italiens nach Osten bis zum Kaukasus reichen, sucht es andererseits auch nach Westen Anlehnung, und zwar an Spanien. Italiens geographische Lage im Zentrum des Mittelmeeres ist im Kriegsfalle eine leicht bedrohliche, es muß sich also nach verschiedenen Seiten sichern. Im Osten hat es sich den

Rücken durch das Bündnis mit Südslawien zu decken gesucht, im Westen durch das Freundschaftsverhältnis mit Spanien, wie es im November 1923 durch den Besuch des spanischen Königspaares in Rom in Erscheinung trat. Man sucht hier unter Ausschluß Frankreichs ein „lateinisches" Bündnis herzustellen zur Beherrschung des Mittelmeeres und zur Festigung des romanischen Elementes in Lateinamerika, wohin eine starke italienische Auswanderung jährlich stattfindet.

Die Freundschaft Italiens für Frankreich hat seit Kriegsende erheblich an Wärme verloren. Die Italiener haben nicht vergessen, daß die Franzosen ihnen Fiume nicht zuerkennen wollten, die Besetzung Korfus mißbilligten, für die 150 000 Italiener in Tunis und Marokko Entnaturalisierungsgesetze schufen, auf dem Balkan gegen Italien aufputschten, ihre Mittelmeerflotte verstärkt, Italien von der Tangerkonferenz ausgeschlossen haben. Besonders die tunesische Frage kommt noch immer nicht zur Ruhe, erst kürzlich haben Cäsar Tumedei und M. G. Sarfatti Bücher über sie veröffentlicht. Die Italiener sähen als „Entschädigung" für Frankreichs Bereicherung durch deutsche Kolonien am liebsten eine Abtretung von Tunis, wobei sie geltend machen, daß Frankreich bei größerem Flächenraum eine geringere Bevölkerungszahl aufweist als Italien und daß Italien bei dem französischen Geburtenrückgang berufen sei, die Führung der Nationen romanischer Zunge und die Herrschaft im Mittelmeer anzutreten, daß letztere um so mehr, als Frankreich eine größere Küstenlänge am atlantischen Ozean als am Mittelmeer habe. Die französisch-italienische Eifersucht hat denn auch bisher das Zustandekommen eines „romanischen Blockes" von der Rheinmündung am Rhein entlang über die Schweiz bis Fiume, wie ihn Frankreich so sehr wünschte, bisher verhindert. Trotz seiner Franzosenfreundlichkeit nähert sich Mussolini in seiner Außenpolitik seit einiger Zeit wieder England.

In seiner „Revolutionsrede" vom 24. Oktober 1923 gab Mussolini die Losung aus „das Mittelmeer den Mittelmeervölkern", il Mediterraneo ai mediterranei, wobei er durchblicken ließ, daß als deren Hauptvertreter eben Italien anzusehen sei und das Mittelmeer also ein italienisches, ein lago nostro, unser Binnenmeer werden müsse, daß die „Parasiten" aus ihm vertrieben werden müßten. Unter den Parasiten waren die Engländer gemeint. England hat nun aber einerseits inzwischen den Hauptteil seiner Flotte ins Mittelmeer verlegt, andererseits Italien durch die Abtretung des Jubalandes im September 1924 mehr Entgegenkommen auf kolonialem Gebiet bewiesen als Frankreich, so daß zur Zeit die Strömung für England die Oberhand hat. Vorläufig ist ja Italien noch zu schwach, um allein das ganze Mittelmeer beherrschen zu können und man fürchtet auf die Dauer für die Erreichung dieses Zieles weniger Hindernisse von England als von dem geographisch viel näher liegenden Frankreich.

Daß die Politik des Faschismus eine imperialistische ist, haben faschistische Blätter selbst des öfteren zugegeben. Der Verlag der Partei nennt sich „Imperia", eine Zeitung in Rom „L'Impero". Am 20. September 1922 sprach Mussolini von dem neuen „weltbeherrschenden Rom, das wir alle erträumen". In einer Parlamentsrede hat Mussolini sogar die Bewohner Nizzas und Korsikas daran erinnert, daß sie eigentlich Italiener sind und auf Malta wird eine italienische Propaganda getrieben, die schon mehrmals im maltesischen Parlament zu Zusammenstößen geführt hat. Über die ganze Welt sind im Auslande mehrere Hundert faschistische Ortsgruppen verbreitet, die das Italienertum in der Fremde mehr als bisher mit der Heimat verbinden sollen, eine ganze Reihe neuer Handelsverträge mit verschiedenen Staaten stärkt das Wirtschaftsleben Italiens bei seiner Ausbreitung, die namentlich auch in Österreich und Deutschland zu spüren ist. Vor allem aber ist das Ziel des „neuen" Italien, der Italia nuova, das Mittelmeer völlig in seine Hand zu bekommen und den Schwerpunkt des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Geschehens Europas wieder dorthin zu verschieben. Für uns Deutsche bringt das die Gefahr der Ausrottung des Südtiroler Deutschtums, des politischen Übergreifens auf das Gebiet nördlich des Brenners, der Konkurrenz italienischen Kapitals und Handels in Mitteleuropa und die Ausschließung von überseeischem Besitz mit sich. Schrieb doch die von Mussolini geleitete Monatsschrift „Gerarchia" in ihrem Oktoberheft, Deutschland dürfe keine Kolonien wieder bekommen, eher habe Italien Anrecht darauf, einen Teil der früheren deutschen Kolonien zu erhalten. Und jedenfalls muß mit der Tatsache gerechnet werden, daß die Italiener von heute sich uns Deutschen bereits politisch gewaltig überlegen fühlen und sich als die kommende Großmacht der Alten Welt betrachten.

COLIN ROSS: SÜDOSTASIATISCHE EINDRÜCKE

Als die letzten schwarzgerußten Weidenkörbe ihre Kohlenlast in die Bunker des „Holländers" entleert und die „Prinzeß Juliane" langsam aus der Bucht von Sabang dampfte, da verkörperte sich in den Palmengipfeln noch einmal der seelische Eindruck von all dem, was ich in den letzten Monaten geschaut, seit der Dampfer die steilen Felskegel von Hongkong hinter sich ließ und den Kurs auf Manila nahm.

Palmen am Strande, bis zu der Höhe der Vulkane ansteigend, terrassierte Reisfelder, Tempel von seltsamer Mystik, lichtbraune schlanke schöngewachsene Menschen, Sonne, Farbe, Licht und Schönheit, das war alles in allem der Gesamteindruck von Luzon, Sumatra, Java, Bali und dem hinterindischen Festland.

Es ist so viel Schönheit in diesem Südostasien und so viel Ruhe, daß man wenigstens an einigen seiner verschwiegenen Inseln die Gefilde der Seligen erleben möchte, besonders wenn man aus dem Alptraum der ostasiatischen Probleme kommt und einem das Herz in Erinnerung an die amerikanischen und europäischen nachzittert. Aber dann steigen in Erinnerung die Narben auf, die der Tabakpflanzer aus Deli auf Brust und Armen zeigte und die er sich im Kampf mit seinen aufständischen Kulis holte; die Chinesenviertel in Singapore und Penang tauchen auf und die Paläste, die sich reiche Kulis dort erbauten. Und was erzählte mir der australische Offizier, den ich in Insulinde traf und der indische Professor aus Kalkutta, und was wollte der Russe, der Gummisamen aufkaufte? Aber schließlich und endlich ist doch all das, was sich einem in Südostasien an politischen und sozialen Problemen aufdrängt, verhältnismäßig gering, und der Eindruck würde bleiben, daß hier ein in Fragen der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung indifferentes Völkergemisch sein Land, ohne sich Gedanken darüber zu machen, den fremden Einflüssen öffnete, preisgab, willig fremde Herrschaft auf sich nahm und duldet, so lange es in seinen Lebensbedürfnissen und -gewohnheiten nicht allzu sehr beeinträchtigt wird.

„Senang" spielt nicht umsonst im Leben der malaiischen Welt solch große Rolle. Im Grunde ist es ein unübersetzbarer Begriff. Er bedeutet das „Laissez faire, Laissez passer". Es bedeutet das „in der Sonne liegen und sich die gebratenen Tauben in den Mund fliegen lassen", es heißt das „den lieben Gott einen guten Mann sein lassen". Am stärksten ist dieser Eindruck in den unter britischem Protektorat stehenden Malaienstaaten. Man gewinnt

dort wirklich die Überzeugung, daß die Malaien sich ohne das geringste Widerstreben von den Engländern politisch und von diesen im Verein mit den Chinesen wirtschaftlich regieren und ausbeuten lassen, daß sie ihnen gern die Schätze ihres Landes an Zinn und Gummi überlassen, wenn ihnen eine Hütte und soviel an Land bleibt, um ihren bescheidenen Lebensansprüchen zu genügen.

Man darf ja allerdings als Europäer nicht vergessen, wie unendlich schwer es im Grunde ist, in so verschiedene Lebenswelten, wie sie die asiatischen bedeuten, wirklich einen Einblick zu gewinnen. Man wird entweder die Anzeichen neuer starker Bewegung insbesondere auf dem Gebiet des Selbstbestimmungsrechtes und sozialer Umwälzungen übersehen oder im Gegenteil unbedeutende Erscheinungen überschätzen. So wäre vielleicht in ganz Südostasien der Grundeindruck, daß vielleicht nirgends sonst auf der Welt die Herrschaft der weißen Rasse über die Farbigen so fest fundiert und so wenig gefährdet ist wie in Südostasien, leuchtete nicht die Unabhängigkeitsbewegung der Philippinos wie ein grelles Fanal in diese scheinbar so friedliche und befriedigte Welt.

Die politische Atmosphäre auf den Philippinen ist Weißglut und kaum, daß man den Boden Manilas betreten, kann man nur den Kopf schütteln über die Täuschung, der sich weite Teile des amerikanischen Volkes in Bezug auf die tatsächliche Lage auf ihren philippinischen Besitz hingeben. Man muß blind sein, um nicht zu sehen, daß hier ein unbändiger Freiheitstrieb das ganze Volk eint. Dieser ist für die amerikanischen Herren um so gefährlicher, als sich die Philippinos der gegenseitigen Stärkeverhältnisse und der Aussichtslosigkeit eines bewaffneten Aufstandes genau bewußt sind. Sie wissen aber ebensogut, über welche moralischen und politischen Kampfmittel sie verfügen, und daß die Amerikaner dieser mit Geschick und Erbitterung geführten moralischen Offensive auf die Dauer um so weniger werden widerstehen können, als sie in Bezug auf Gewährung der Unabhängigkeit sich schon zu allzuweit gehenden Konzessionen haben verleiten lassen.

Einerlei ob und wann die Unabhängigkeit der Philippinen Tatsache wird, in jedem Falle sind sie auch heute schon ein Ferment der nationalen Unruhe und Aufrüttelung für ganz Ostasien und ein Ferment, daß die in Selbstbestimmungsfragen indifferente Welt Insulindes auf die Dauer in Gährung versetzen muß. Die Philippinen liegen dem Sundaarchipel allzu nahe und sind ihm klimatologisch und anthropologisch allzu verwandt, als daß nicht Rückwirkungen auf die Dauer stattfinden müßten. Die drei Generalgouverneure von Manila, Singapore und Buitenzorg sind nicht umsonst schon zu einander gekommen und sie hätten sicher allen Grund, häufiger ihre Erfahrungen miteinander auszutauschen.



Wenn nun aber auch ein Einfluß des philippinischen Freiheitskampfes auf die übrige malaiische Welt nicht ausbleiben kann, so darf man ihn doch nicht überschätzen. Und vor allem erscheint es mir unwahrscheinlich, daß je ein geeintes malaiisches Reich entstehen könnte, das sich von der Malakka- bis zur Torresstraße erstrecken würde und nach England und Japan die dritte große Inselmacht darstellen würde. Die Malaien, die „schweifenden Menschen", wie sie sich selbst nennen, haben in ihrer ganzen Geschichte keine große staatenbildende Kraft gezeigt. Und wenn auch das Malaiische die Verkehrssprache in ganz Hinter- und Ost-Indien bildet, so sind die Unterschiede in politischer und religiöser, sozialer und sprachlicher Hinsicht doch allzu groß, um die Entstehung eines solchen Staates wahrscheinlich, ja nur möglich erscheinen zu lassen. Außerdem spielt die verschiedene Politik der verschiedenen europäischen Herrenvölker gegenüber den Eingeborenen eine bedeutsame Rolle. In Malakka und der so nahe benachbarten und rassenmäßig eng verwandten Nordostküste von Sumatra sind unter der grundverschiedenen englischen und holländischen Eingeborenenpolitik grundverschiedene Verhältnisse entstanden.

Die Halbinsel- und Inselwelt Südostasiens bedeutet den westlichen Zugang zum pazifischen Ozean, dem zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Schwergewichtsfeld der Erde. Schon aus diesem Grunde muß sie eine Bruchstelle bedeuten und ein Schachbrett, auf dem sich die Interessen der führenden Großmächte begegnen, auch wenn hier nicht gerade in so entscheidendem Maße angelsächsische, chinesische und japanische Einflüsse und Interessen aufeinanderprallten. Die malaio-asiatische Inselwelt bedeutet für England die Brücke zu seinem sonst so isolierten Außenposten Australien. Die Vereinigten Staaten haben mit den Philippinen einen Vorposten an den Westrand des Pazifik vorgetrieben, den sie entweder rechtzeitig aufgeben oder verbreitern und stützen müssen, wollen sie nicht das Risiko laufen, ihn beim ersten Zusammenstoß mit einer ostpazifischen Macht zu verlieren. Für das menschenüberfüllte China bedeutet Hinterindien das natürliche Abflußgebiet, inbesondere aus Jün-nan und Kuang-si und Kuan-tung nach Siam und dem französischen Indochina. Siam ist heute bereits zu einem guten Drittel chinesisch. Im französischen Hinterindien haben die Chinesen gleichfalls derartige Fortschritte gemacht, daß ein französischer Kolonialpolitiker mit Recht sagen konnte, daß dieser Besitz verloren geht, wenn es nicht gelingt, in letzter Stunde eine französische-anamitische Kultur zu schaffen. In den britischen Malaienstaaten spielen die Chinesen wirtschaftlich heute schon neben den Engländern die erste Rolle, und ein weiteres Überquellen der chinesischen Massen auf die Inseln, wo sie als Kaufleute und Kulis bereits eine bedeutende Rolle spielen, ist nur eine Frage der Zeit.

Noch ganz anders als für China ist für Japan die natürliche Stoß- und

Entwicklungsrichtung der Süden. Japan hat allerdings sich gleicherweise nach Norden wie festlandwärts ausgedehnt. Im Norden ist jedoch heute schon die Grenze siedlungsfähigen Landes erreicht und überschritten, ja die Geschichte der Kolonisierung von Hokkaido beweist, daß selbst diese Insel mit durchaus mitteleuropäischem Klima für das Südvolk der Japaner bereits zu rauh ist. Eine Zeit lang schien es, als ob Japan eine große kontinentale Ausdehnung gewinnen wollte. Allein seit der Festigung der Sowjetmacht in Ostsibirien hat Japan einen Schritt um den anderen zurückgetan und hält auch in der Mandschurei nur die südmandschurische Bahnlinie. Eine japanische Gewaltpolitik in China ist heute nicht mehr möglich, und eine Verständigung des von den angelsächsischen Mächten bedrängten Japan mit China wird bei dem erwachten chinesischen Nationalgefühl nur dann möglich sein, wenn Japan den letzten und schwersten Schritt zurück tut und auch die Liautung-Position mit Port Arthur und Dairen räumt. Es bliebe dann nur der Festlandsbrückenkopf Korea, und auch bei diesem scheint es nicht völlig ausgeschlossen, daß er nicht das Schicksal des Brückenkopfes der europäischen Inselmacht teilen wird und daß das japanische Korea das gleiche Schicksal haben wird wie das englische Calais.

Eine solche Rückbildung der Kontinentalexpansion des Reiches der aufgehenden Sonne weist mit zwingender Notwendigkeit darauf hin, seine ozeanische Ausdehnung, die vor dem russisch-japanischen Kriege so erfolgreich eingesetzt hatte, weiter zu verfolgen. Nur auf den südlichen Inseln findet Japan das seiner Bevölkerung klimatisch genehme Siedlungsland. Wenn es nicht in eine neue Epoche der Abschließung und der Bevölkerungsstauung treten will, die bei der veränderten Weltlage wahrscheinlich für Japan eine Wiederholung des deutschen Schicksals bedeuten würde, so muß Japan den Schritt von Formosa auf die Philippinen machen. Die Besetzung der ehemals deutschen Südseeinseln ist ja im Grunde bereits nichts anderes als eine Flankierung dieser amerikanischen Position. Eine weltpolitische Konstellation, welche Japan den Erwerb der Philippinen erlaubte, würde ihm auch noch einen weiteren Schritt nach Süden ermöglichen und ihm mit Borneo die für die japanische Seemacht so lebensnotwendigen Ölreserven geben.

Ob allerdings die Philippinos und die Sundanesen den Übergang in japanische Hände begrüßen würden, scheint mir mehr als zweifelhaft. Ich vermute, daß ihnen die gegenwärtigen Herren wesentlich tragbarer erscheinen. Es ist natürlich, daß die Philippinos in ihrem verzweifelten Kampf gegen die Amerikaner jede Unterstützung, woher sie auch kommen mag, also auch die japanische, gern annehmen. Sollte jedoch die Befreiung durch Japan sich als Übergang in japanische Hände entpuppen, so würde sich das philippinische Freiheitsgefühl jedenfalls ebenso leidenschaftlich trotz aller Stammverwandt-



schaft gegen die neuen Herren wenden, wie sie einstmals die eben noch als Befreier begrüßten Amerikaner als erbitterte Feinde bekämpften, sobald sie deren wahre Absichten erkannten.

Die von Professor Haushofer aufgestellte Idee von der möglichen Gründung eines japano-malaiischen gewaltigen Inselreiches vermag ich nicht zu teilen. Die einzelnen Rassen-, Standes- und Sprachgegensätze erscheinen mir viel zu groß. Ich hatte auf meiner letzten Reise den Eindruck, daß das Gift der in Europa so üppig aufgeblühten nationalistischen Kleinstaaterei gerade in Südostasien besonders günstigen Boden finden wird. Zum mindesten scheinen Japan, die Philippinen und das Sundareich drei Gebiete, die kaum anders denn durch brutale Gewalt zu einen sein werden. Man hat Japan als schweren historischen Fehler vorgeworfen, daß es nicht zu Yeyasu's Zeit den Schritt nach Süden machte und bis nach Australien vorstieß. Allein die gleiche Unterlassungssünde kann man mit noch größerem Recht England machen, als es versäumte, die Landbrücke zwischen seinem indischen Reiche und Australien sich rechtzeitig zu sichern. Der Fehler wiegt um so schwerer, als England ja bereits als Herr auf Java und Sumatra saß. Es ist vielleicht der einzige wirkliche Irrtum, der den Engländern in ihrer sonst so erfolgreichen Kolonialgeschichte unterlief. Kolonialengländer meinten mir gegenüber: „Wir hätten den Holländern alles andere lassen sollen, meinetwegen das ganze Südafrika. Aber Java und Sumatra hätten wir nicht wieder aus den Händen geben dürfen.“ Insulinde ist die natürliche Brücke, die das sonst völlig isolierte weiße Australien und Neuseeland wenigstens mit europäisch-indischem Kolonialland verbindet. Der Bevölkerungsüberdruck Ostasiens und Indiens ist jedoch auf die Dauer nur auszuhalten, wenn die ganze Brücke von Vorderindien bis zur australischen Nordküste nach einheitlichen Gesichtspunkten ausgebaut und gestützt würde und man planmäßig den Überschuß des übervölkerten Europas dorthin leitete. Nicht nur Australien ist Land des weißen Mannes, auch die Hochländer auf den Sundainseln könnten es sein, vor allem wenn man mit Rassenvorurteilen bricht und eine vernünftige Rassenmischung nicht nur duldet, sondern begünstigt.

England hat heute erkannt, daß Südostasien ein auf die Dauer viel leichter zu haltender Besitz ist als Vorderindien. Die verwaltungstechnische Abtrennung von Birma, Ceylon und Malakka zeigt an, daß man dies im englischen Kolonialamt klar erkannt hat. Geht Indien verloren oder muß man ihm Autonomie gewähren, so will man wenigstens diese Gebiete halten. Es ist wirklich erstaunlich, wie wenig man in den britischen Malaienstaaten von der Nähe des indischen Unruheherdes merkt. Wären nicht die angloindischen Blätter, man käme hier gar nicht auf die Idee, daß es so etwas wie eine indische Autonomiebewegung gibt, und es käme einem gar kein Zweifel, daß

nicht alles und alle mit der klugen und starken britischen Herrschaft zufrieden wäre.

Was England vor 100 Jahren versäumte, als es den Holländern die großen Sundainseln zurückgab, ist heute nicht mehr nachzuholen. Nach der Weltpropaganda, die man mit der deutschen Verletzung der belgischen Neutralität gemacht, war es wirklich moralisch nicht tragbar, dem neutral gebliebenen Holland in der einen oder anderen Form seinen Kolonialbesitz abzunehmen, und selbst wenn dies möglich gewesen, so ist es fraglich, ob Niederländisch-Indien heute noch den Zweck einer Brücke nach Australien erfüllen könnte. Die holländische Besetzung und ihre von den Briten so ganz verschiedene Eingeborenenpolitik hat allzu tiefe Spuren hinterlassen. Vor allem weicht die englische und die holländische Behandlung der Mischlingsfrage weltenweit voneinander ab. Im britischen Besitz ist der Eurasier noch immer gesellschaftlich deklassiert und politisch entrechtet. Nicht das kleinste Amt kann er in seiner Heimat bekleiden. In Holländisch-Indien zählt jeder, der einen Tropfen weißes Blut hat, als Weißer, und die holländisch-indische Mischlingsschicht ist heute so breit, daß sie gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich überall mit an erster Stelle steht. Sogar im Rat von Indien, der höchsten politischen Verwaltungsbehörde, sitzen mehr Mischlinge als reinblütige Holländer.

Die Holländer haben alles in allem eine eminent kluge Kolonialpolitik getrieben, und es erscheint wie ein Wunder, daß ein so kleines Volk mit so beschränkten Machtmitteln sich jahrhundertlang in allen weltgeschichtlichen Stürmen seinen wertvollen Kolonialbesitz bewahren konnte und daß es eine Sechzigmillionenbevölkerung von Eingeborenen mit einem Minimum von Militär und Gendarmen in Ordnung zu halten vermag. An dem letzteren hat zweifelsohne die kluge Haltung in der Mischlingsfrage einen Hauptanteil. Die Holländer, die lange genug in Indien waren, erkennen heute schon und geben es unumwunden zu, daß auf die Dauer Indien nicht vom Mutterland aus regiert werden kann, und als einzig erreichbares erscheint ihnen, die allmähliche Loslösung in Formen zu halten, welche Holland den wirtschaftlichen Vorrang in Ostindien sichern.

Wie in ganz Asien ist auch im holländischen Indien viel von bolschewistischer Propaganda die Rede. Im allgemeinen ist aber wohl die ganze Bolschewikengefahr in Ostindien ein Phantom der Pflanzer, deren unumschränkte Herrenrechte sich allerdings eine erhebliche Minderung gefallen lassen mußten, und die in der in den ersten Anfängen stehenden sozialistischen Organisierung, wie Streik und Gewerkschaft, bereits blutigroten Kommunistenterror sehen.

Ostindien liegt ja auch so abgelegen von den Interessen der Sowjetmacht,



daß ich es für ganz ausgeschlossen halte, daß Moskau dort irgendwelche nennenswerte Propaganda betreibt. Die Stoßrichtungen der Sowjets zielen klar erkennbar über Vorderasien nach Arabien und Ägypten, über Zentralasien nach Indien und über die Mongolei nach Nordchina. Etwas anderes ist natürlich, daß sich eine etwaige indische Unabhängigkeitsbewegung einer bolschewistischen oder pseudobolschewistischen Strömung in den unteren Schichten bedient, nicht anders als es bei dem Unabhängigkeitskampf der spanischen Kolonien in Amerika geschah, wo man auch den Indianern soziale Vorteile und Freiheiten vortäuschte, um die man sie nach gewonnenem Siege glatt betrog. Es spricht viel dafür, daß die Entwicklung in Ostasien einen ähnlichen Verlauf nehmen würde, falls es zu einer gewaltsamen Lösung vom holländischen Mutterland kommen sollte.

Der weiße Bevölkerungsanteil in Ostindien ist allerdings allzu klein. Wäre er größer und hätten auch die anderen europäischen Kolonialmächte die holländische Mischlingspolitik befolgt, dann bestünde heute vielleicht die Möglichkeit, daß Südostasien in ähnlicher Weise der Herrschaft der weißen Rasse erhalten bliebe wie Südamerika, d. h. daß es in Händen einer Bevölkerung sich befindet, die zwar nicht weiß ist, wenigstens nicht rein weiß, aber „weiß empfindet“ und sich auf die europäische Kultur stützt. Ist jedoch Südostasien Europa verloren, dann wird auch Australien nicht mehr lange als Land des weißen Mannes zu halten sein, und der soziale Egoismus der australischen Comenwealth wird sich bitter rächen.

ALEXANDER STELZMANN: DIE JÜNGSTEN POLITISCHEN WANDLUNGEN IN MEXIKO



Bewegungskarte zu der Revolution in Mexiko vom Dezember 1923 bis Juni 1924: Dela-Huerta gegen den Präsidenten P. Obregon und Calles.

Mexiko D. F., im Februar 1925.

Wir haben etwas Seltenes erlebt in diesem Lande der Überraschungen: die ruhig verlaufene Wahl eines neuen Landesvaters. Am 1. Dezember des vorigen Jahres trat er seine Regierung an. Der Einspruch des Mitbewerbers, des

Generals Flores, wurde unbeachtet gelassen mit aller Ruhe, die dem neuen Herrn, dem General Calles, eigen ist.

So ruhig, so sachlich Calles sich jetzt benimmt, so sachlich und nüchtern einseitig und deutlich sind die ersten Handlungen seiner Regierung.

Man weiß, er hob sich auf den Präsidentenstuhl durch einen großen Betrug, indem er den breiten Massen das Paradies auf Erden verhieß, wenn er erst gewählt sei. Calles gebärdete sich als Bolschewist vom reinsten Wasser. Er galt als jahrelang amtierender Innenminister seines Vorgängers und Freundes Obregon für sehr radikal.

Bei allen sehr links orientierten Handlungen und Verfügungen Obregons nannte man Calles als den geistigen Vater dieser Dinge.

So kennt Calles das Land auf Grund langjähriger Regierungstätigkeit.

Als er gewählt werden sollte, war der Jubel im Lande unter den Besitzlosen sehr groß. Die Arbeiter, besonders die Peones, d. h. die Landarbeiter, die durchschnittlich für 50—100 Rentenpfennige den langen Tag schufteten, ohne den Achtstundentag zu kennen, unterstützten seine Wahl mit allem, was sie vermochten.

Ich erinnere mich noch sehr gut des großen Eindrucks, den die Begeisterung des Volks für den klugen Betörer und Zauberer auf mich machte.

Kilometerweit folgten die Peones der Dörfer ihrem zukünftigen Herrn und wurden nicht müde, ihm in Hotel San Carlos, wo wir gemeinsam logierten, mit Anliegen und Wechseln auf die Zukunft in den Ohren zu liegen. Die Gewerkschaften des Landes leisteten ihm Gefolgschaft. Dies ging so weit, daß sie Arbeiterbataillone bildeten wie vor sieben Jahren unter Venustiano Carranza, dem Deutschenfreund, und mit den Waffen in der Hand gegen die Soldaten des Gegners Adolfo de la Huerta, des sogenannten bürgerlichen Präsidentenkandidaten, 1923/24, aufstanden.

So wurde der bekannteste mexikanische Gewerkschaftsführer Treviño Führer (hierzulande schlankweg General genannt) eines bloß aus Bergarbeitern gebildeten Arbeiterregiments Neben den Landesfarben führten diese Freiwilligen, die übrigens nicht schlecht bezahlt waren, die Gewerkschaftsfahne.

Obregon und Calles, der damals ewiger Minister von Ewigkeit zu Ewigkeit war, siegten nur mit offener Unterstützung der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Einmal lieferten diese ihnen Waffen, sodann beförderten sie die halbwilden Yaquis, ein in den Händen ihres vergötterten Obregon gar zu williges und furchtbares Werkzeug, über ihre eigenen Bahnen in Arizona von Nogales an die Grenze und ermöglichten durch die gewaltigen Blutopfer der Yaquis in dem einzigen Treffen der Revolution, in dem bei Ocotlan, vor den Maschinen-

gewehren des Huertistischen Generals Estrada die Niederlage und damit die Befreiung der zweitwichtigsten Stadt Guadalajara von den Huertistas.

Damit war Huerta endgültig erledigt.

Und wem ist dieser Beistand der Union zuzuschreiben, der gleichen Union, die kurz zuvor durch die Hände ihrer Petroleummagnaten (in Tampico stark interessiert) dem Huerta vieles gutes Geld gegeben hatte? Der Gewerkschaftskongreß der Panamerikanischen Föderation letzten Herbst in der Grenzstadt El Paso legt es klar zutage. Dem Präsidenten der amerikanischen Gewerkschaften Gompers.

Dieses Mal errang die Regierung der U. S. A., das Weiße Haus, den Sieg über die Hochfinanz, über New York. Man vermutet, daß das Weiße Haus das amerikanische mittlere Kapital, das in Mexiko untergebracht war, schützen wollte.

Wie entpuppte sich nun, als es Zeit war, Calles?

Morones, ein früherer Gewerkschaftsführer und einer der neuen Minister, erklärte dem neuen Gesandten der Sowjetrepublik Rußlands, des ersten offiziellen Vertreters Rußlands seit dem Kriege: Mexiko hat mit den Bolschewisten nichts gemeinsam und nichts zu tun. Es ist ein Irrtum, zu glauben, wir würden nun ein Sowjetmexiko einrichten.

Die ganze sehr eifrige Arbeit der ungezählten geheimen Arbeiter für die Einrichtung eines Sowjetmexikos, die sich alle samt und sonders der besonderen Förderung des früheren Kultusministers José Vasconcelos erfreuten und von ihm in allen möglichen Stellen untergebracht worden waren, hatten umsonst gearbeitet.

Des weiteren ließ Calles den Hauptschreier der Bolschewisten, den Herrn Proal, im Hafen von Veracruz verhaften und nach Mexiko heraufbringen. Die Regimenter waren nicht mehr so stark und nicht mehr in der nämlichen Gefechtsbereitschaft gegen alle Putsche, die man in dem rebellisch veranlagten und traditionierten Lande zu erwarten gehabt hätte, als Calles antrat. Selbst ein de la Huerta hatte nicht Hand an Proal gelegt, als er monatelang in Veracruz sein Hauptquartier, die Flotte und das Heer hatte, die Zölle erhob und die europäischen Konsulate umformierte.

Proal lebte sehr gut in Veracruz und hatte eine starke Stütze in seinen bolschewistischen Getreuen, die den Sowjetstern auf ihre Häuser malten und keine Miete bezahlten. Zumal die Weiber seiner Garde schützten ihren abgöttisch verehrten Führer Proal, den niemand, auch nicht eine Palastrevolution unter seinen Sekretären, gestürzt hatte.

Zwar hat die rechtmäßige Regierung die einmal schon von Huerta erhobenen Zölle nicht nochmals erhoben, wie ursprünglich geplant war und es bloß das Eingreifen des diplomatischen Korps vereitelt hatte, aber die Streiks wollten kein Ende nehmen.

Hier galt es, die Karten zeigen. Und Calles deckte sie auf, sobald Proal Manifestationen über Manifestationen erließ und sich gegen Calles zu stellen schien.

Der Hafenkommandant erhielt einfach den kurzen Befehl, Proal festzunehmen und unter guter Bewachung heraufzuschaffen. Damit wartete man nicht lange. Bei der nächsten Ausschreitung wurde Proal verhaftet und zur Rechenschaft gezogen. Nun sitzt er im Gefängnis in Mexiko City und hat sich wegen Aufruhrs zu verantworten.

Allgemeine Entrüstung der Partei! Verräter an der Sache des Proletariats und wie die Redeblüten alle heißen, das war nun Calles. Dem Protest der Bolschewisten begegnete Calles damit, daß Proal sich gegen die Staatsgewalt vergangen habe.

Zudem schreckte Calles vor empfindlichen Maßnahmen gegen etwaige Aufrührer nicht zurück. Exempel wurden statuiert.

Nun wußte man, wie der Weg war, den die Staaten Calles durch ihre Beihilfe vorgezeichnet hatten. Das Dunkel von Mutmaßungen war verscheucht.

Die prinzipienfesten Gegner wurden still und warten . . . .

Die Unsicheren wurden nun regierungstreu. Vertrauen kam auf.

Die diplomatischen Beziehungen mit der Union werden mit Gewissenhaftigkeit innegehalten, ganz gegen mexikanische Landestradition. Die Staaten wußten, was sie taten.

Wir wissen, wie Calles vor seinem Antritt eine Reise nach Europa unternahm und Deutschland mit einem längeren Besuch erfreut hat. Calles ist Deutschenfreund. Damit wandelt er ausgetretenere Pfade der diplomatischen Tradition.

So will er unter anderem die Einwanderung deutscher Elemente fördern.

Die Blüte der ehedem mexikanischen Länder Arizona, New Mexiko und Kalifornien blüht Jahre und abermals Jahre vor den Toren des Landes und verleitet zur Nacheiferung.

Doch einwandern in ein trockenes Land, wie Mexiko es in den wenigstens für Deutsche in Frage kommenden Landstrichen ist, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Daher ist die Frage der organisierten Berieselung von Calles sogleich im Verein mit der Einwanderungsfrage aufgenommen worden und soll unter allen Umständen und mit aller Energie gelöst werden.

In diesen Wochen soll von Hamburg aus eine Expedition deutscher Kaufleute und industrieller Geistesarbeiter nach Mexiko abgehen. Die deutsche Studienexpedition bekommt alle nur erdenklichen Begünstigungen von der mexikanischen Regierung, freie Benutzung der Bahnen, Pullmanwagen, die sich auch zum Schlafen in hotelentbehrenden Orten eignen, u. s. w. in



diesem Stile. Deutsche Wissenschaftler werden nochmals nachträglich auf das Entgegenkommen der mexikanischen Regierung hingewiesen und erneut eingeladen.

Calles ist also ein Alemanófilo, liebt dazu auch Ordnung im Staatshaushalt und arbeitet auf eine Neuordnung der Finanzen, des Rückgrates jedes gesunden Staatswesens. Nicht nur Abbau überflüssiger Beamten im großen, auch Nachbezahlung der längst fälligen Gehälter — mitunter jahrealter Rückstände — wird geleistet.

Weiterhin entließ man an die 500 Generale und unzählige höhere Offiziere. Heute soll das Heer statt der Stärke von 80000 Mann 50000 Mann zählen.

Böses Blut erregt die Aussicht, alle größeren Landgüter aufzuteilen und das Agrarprogramm zu verwirklichen. Dieses verspricht die Verteilung jener konfiszierten Güter an die umliegenden Gemeinden.

Die diplomatischen Vertretungen legten sich hier ins Mittel. Besonders waren es die Spanier, die davon betroffen worden wären, wenn es Ernst geworden wäre mit dem Agrarprogramm.

Nun erläßt Calles beruhigende Verfügungen, die an dem status quo nichts wesentliches ändern wollen, wenigstens nicht auf dem Wege der Gewalt.

Eine neue Anleihe der Union fiel durch, Mexiko benötigt keine neuen Anleihen mehr. Der Zinsendienst soll regelmäßig geleistet werden und die Amortisierung früherer Anleihen mit allen Mitteln gefördert werden. Bloß für werbende Anlagen sollen Anleihen aufgenommen werden, wie für Berieselung und Wegebau.

„Ich brauche Leute, die nicht nur meine Anhänger sind, sondern die auch Anhänger der Ehrlichkeit sind", das soll Calles gesagt haben. Und das sagt genug.

Die Geldausgaben, die sich Calles im Jahre vor dem Dienstantritt gestattete, indem er teure Reisen nach dem weitesten Ausland unternahm, sollen jetzt anscheinend wettgemacht werden durch große Sparsamkeit nicht nur öffentlicher Natur, sondern auch privaten Charakters.

So wohnt Calles nicht in dem prächtigen Präsidentenschloß Chapultepec, sondern in seinem Privathaus von ehedem in der Stadt selbst und umgibt auch die Bureaustunden und die Räume dazu nicht mit dem Überfluß des Luxus.

Wie er selbst sein Auto zu Dienstfahrten benutzt und nicht zu Spazierfahrten, so verbot er den Ministern das Halten von zwei Automobilen, das auf Staatskosten geht.

Er fährt heute nur ein Automobil.

Dieses Gefährt sei ein Symbol: Calles möge den Wagen weiter so lenken auf dem einmal beschrittenen Wege der Aufwärtsbewegung des Landes und Kurs und Wagen nicht ändern.

HELMER KEY: DIE FOLGEN DER AMERIKANISCHEN EINWANDERUNGS-POLITIK

Die demographische Gleichgewichtslage der Welt ist im Augenblick dadurch schwer erschüttert, daß Europa an einem Bevölkerungsüberschuß leidet. Die Lage wäre hoffnungslos, wenn es auf der Erde nicht noch leere oder dünn bevölkerte Gebiete in den verschiedenen Erdteilen gäbe, die zur Aufnahme dieses Bevölkerungsüberschusses geeignet sind, um hier neue Reichtümer für die Menschheit zu schaffen, zunächst durch vermehrte Herstellung von Rohmaterialien und Nahrungsmitteln. Es gilt, die gleiche Art von kolonisatorischer Wirksamkeit in Gang zu setzen, wie sie in der Tat seit urältester Zeit auf der Erde stattgefunden hat, und die tatsächlich auf eine Umwandlung vorher potentiell vorhandener Schätze zu aktuellem Wertzuwachs hinausläuft. Nach den napoleonischen Kriegen richtete Großbritannien das stolze Imperium auf, das gegenwärtig ein Areal von 34 596 370 qkm umfaßt, während das Mutterland, d. h. die Britischen Inseln, abgesehen vom Irischen Freistaat, ein Areal von nicht mehr als 245 099 qkm umschließt.

Überschaut man nun die Bevölkerungsverteilung innerhalb der Dominions und Kolonien, so findet man, wie außerordentlich ungleich und dünn die weiße Bevölkerung über dieses ungeheure Gebiet verteilt ist. Der Umstand, daß die Kolonien eine verhältnismäßig zahlreiche farbige Bevölkerung aufweisen, — insgesamt 350 Millionen — stellt in diesem Falle nur einen Nachteil dar, denn es liegt auf der Hand, daß das ungeheure Übergewicht der schwarzen Bevölkerung für das Dasein der geringen weißen Bevölkerung eine drohende Gefahr bedeutet. Die Verteilung der auf den Britischen Inseln und draußen im ganzen Imperium ansässigen weißen Bevölkerung stellt sich gegenwärtig annähernd folgendermaßen dar:

Großbritannien und Nord-Irland	44 200 000
Freistaat Irland	3 500 000
Kanada	8 800 000
Australien	5 500 000
Neu-Seeland	1 300 000
Südafrika	1 600 000
Indien und die Kronkolonien	2 100 000
	67 000 000

Man ersieht aus dieser Tabelle, daß die Dominions und die Kolonien trotz ihrer ungeheuren Ausdehnung eine weiße Bevölkerung besitzen, die knapp der Hälfte der Bevölkerung der kleinen britischen Inseln gleichkommt.

Noch ein Vergleich mag am Platze sein: Australien und Neu-Seeland, die in obenstehender Darstellung ebenfalls vertreten sind, besitzen tatsächlich gar keine farbige Bevölkerung. Neu-Seeland hat ein Areal von 266542,08 qkm, dagegen Großbritannien mit Irland ein solches von 314179,95 qkm. Neu-Seeland ist also etwas kleiner als das Mutterland, die Bevölkerung beträgt aber nur 1300000 Einwohner. Noch auffallender wird das Mißverhältnis bei Australien, das bei einer Einwohnerzahl von etwas mehr als 5 Millionen ein Areal von nicht weniger als 7615547,94 qkm hat. Seine Bevölkerung beträgt noch weniger als ein Achtel derjenigen Großbritaniens, aber seine Fläche ist mehr als 24 mal so groß.

Man mag einwenden, daß die neuen Erdteile aus geographischen und klimatischen Ursachen nicht geeignet sind, eine im Verhältnis zu ihrer Fläche auch nur annähernd so große weiße Bevölkerung zu ernähren, wie die europäischen Staaten. Auch wenn man in notwendiger Rücksicht hierauf ihre Eignung für eine Niederlassung von Weißen stark reduziert, kann man doch nicht bestreiten, daß die Verteilung der Bevölkerung auf unserem Planeten zur Zeit höchst ungleich ist und daß die Dichte der Bevölkerung nirgends in einem richtigen Verhältnis zu den Produktionsmöglichkeiten der verschiedenen Gebiete steht. Große übervölkerte Strecken liegen oft neben ungeheuren leeren Räumen, so daß man wohl behaupten darf, die wechselnde Dichtigkeit stelle eine demographische Störung dar, die nach einem Ausgleich streben muß, ebenso wie das Wasser in kommunizierenden Röhren von selbst die Gleichgewichtslage herstellt. Bisher haben die Vereinigten Staaten den größeren Teil des europäischen Bevölkerungsüberschusses aufgenommen und zwar schon vor der Anerkennung der großen Republik als Freistaat am Ende des 18. Jahrhunderts. Wirklich große Dimensionen nahm die Auswanderung erst nach den napoleonischen Kriegen an. Ohne Übertreibung kann man behaupten, daß die Auswanderung, die während des 19. Jahrhunderts von Europa in die Vereinigten Staaten stattgefunden hat in ihrer Bedeutung für die Bevölkerungsverschiebung mit den Tagen der Völkerwanderung verglichen werden kann.

Die gleichzeitige Auswanderung nach den britischen Kolonien war demgegenüber verhältnismäßig unbedeutend. Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten umfaßte in der genannten Zeit nicht weniger als 35 Millionen Menschen, die alle aus Europa kamen. Diese Einwanderung hat eine völlige Umgestaltung der Weltwirtschaft bewirkt. Ohne diese einwandernde Bevölkerung, die die reichen natürlichen Hilfsquellen der Vereinigten Staaten tatkräftig entwickelten, würde die große Republik noch eine Wildnis sein; die ganze, wirtschaftliche und industrielle Entwicklung der Welt nach 1850 hätte wahrscheinlich ein weit kleineres Maß erreicht.

Aber in unseren Tagen ist die Lage eine andere. Die Vereinigten Staaten

wollen nicht länger Europas Bevölkerungsüberschuß aufnehmen. Diese Tatsache stellt die zivilisierte Welt vor ganz neue Probleme. An sich ist die Lage nicht überraschend. Diese Völkerwanderung nach den Vereinigten Staaten konnte nicht unendlich fortgesetzt werden, und zwar aus verschiedenen Gründen. Bis etwa zum Jahre 1900 waren die Emigranten, die in die Vereinigten Staaten kamen, meist Angelsachsen und Nordeuropäer, d. h. Germanen, aber nach dieser Zeit begann eine Einwanderung auch anderer Volksteile, die nicht immer ebenso erwünschte Kolonisten waren. Außerdem hatte die Ausnutzung der Naturschätze der Vereinigten Staaten zu dieser Zeit einen Punkt erreicht, daß man bedenklich zu werden anfing gegenüber einer Einwanderung in so großem Umfang. Die Qualitätsarbeiter in den Vereinigten Staaten wollten nichts wissen von einer Konkurrenz durch den Zustrom von weniger ausgebildeten, aber billigeren Arbeitskräften, und auch im Hinblick auf den natürlichen Bevölkerungszuwachs begann man Besorgnisse gegen die Einwanderung zu hegen.

Vor dem Kriege ging alles in den alten Gleisen, aber nach dem Kriege wurde das Einwanderungsproblem notwendigerweise aktuell, u. a. deswegen, weil man jetzt mit einem noch stärkeren Zudrang aus Europa rechnen mußte, namentlich von minderwertigem Volk aus den allerverarmtesten Ländern. Diesen Aussichten gegenüber ergriffen die Amerikaner kräftige Maßnahmen zur Einschränkung. Die zulässige Einwanderungsquote wurde infolgedessen niedriger und niedriger gesetzt und soll noch bedeutend gesenkt werden, so daß man in Kürze den Punkt erreicht haben wird, an dem man die neuen amerikanischen Gesetze als Einwanderungsverbot für Auswanderer aus dem europäischen Festland wird betrachten können.

Ein Rückblick auf die Entwicklung während der letzten 10 Jahre wirft ein sehr scharfes Licht auf die Lage. Das Geschäftsjahr wird in den Vereinigten Staaten vom 1. Juli des einen Jahres bis zum 30. Juni des andern gerechnet. Während des Geschäftsjahres 1912—1913 betrug die Zahl der in die Vereinigten Staaten Eingewanderten 1 197 892 Personen, und während der entsprechenden Zeit im Jahre 1913—1914 1 218 480 Personen. Dann kam der Weltkrieg, wo tatsächlich von keiner Einwanderung gesprochen werden kann und als diese danach von neuem in Fluß zu kommen begann, suchten die Amerikaner sie durch einschränkende Bestimmungen zu hemmen. In diesem Sinne erschien im Jahre 1921 das sogenannte Trecentum-Gesetz, durch welches die zulässige Anzahl von Einwanderern eines jeden Landes auf 3 % derjenigen Anzahl amerikanischer Bürger beschränkt wurde, die aus dem selben Lande stammend, in die amerikanische Volkszählung vom Jahre 1910 aufgenommen worden waren. Durch dieses Gesetz wurde die zulässige Zahl von Einwanderern auf 357 807 Personen oder wenig mehr als 25 % der normalen Einwanderung

herabgesetzt. Aber selbst diese Bestimmungen fanden die Amerikaner noch unzureichend.

Sie wünschten außerdem einen anderen Anhaltspunkt für die Berechnung. Nicht eigentlich, um die Anzahl noch weiter herabsetzen zu können, sondern um die Zahl der Einwanderer aus solchen europäischen Staaten einschränken zu können, deren Einwohner als Kolonisten weniger wünschenswert waren. Zu diesen Staaten wurden gerechnet: Rußland, Polen, einige sonstige osteuropäische Staaten und Italien. Um ihr Ziel zu erreichen, griffen die Amerikaner auf die Volkszählung von 1890 zurück und legten durch eine Novelle vom 19. Mai 1924 den Zensus von 1890 einer neuen Nationalitätsberechnung zugrunde.

Vor 1890 war der Einwanderungsstrom von Europa nach den Vereinigten Staaten hauptsächlich von Nordeuropa ausgegangen; mit andern Worten, die Einwanderer waren größtenteils Angelsachsen und Germanen. Einwanderer aus Ost- und Südeuropa waren noch selten. Während der letzten 40 Jahre vor 1890 hatte die italienische Einwanderung 324 000 betragen, die Einwanderung aus Rußland 385 000. Die große Invasion aus diesen beiden Ländern kam erst nach 1900. Dafür aber um so stärker. Von damals bis zum Jahre 1920 trug Italien mit 3 800 000 und Rußland mit 2 100 000 Personen zur Einwanderung bei. Und eben diese starke Invasion von Romanen und Slaven wünschte man durch die Novelle zu verhindern.

Das Zurückgreifen auf den Zensus von 1890 hatte indessen auch von einem andern Gesichtspunkt Bedeutung. Denn die Bevölkerungszahl in den Vereinigten Staaten war in jenem Jahre bedeutend geringer als im Jahre 1920. Eine 3 %ige Quote der Einwohnerzahl von 1890 verminderte daher die zulässige Anzahl von Einwanderern ganz erheblich, die nun von 375 800 auf 164 667 sank; diese letztere Zahl ist die für das Geschäftsjahr 1924/25 festgelegte Quote. Wenn man diese Zahl mit der Anzahl von Einwandernden vergleicht, die vor dem Kriege als normal galt und jährlich gegen 1 200 000 betrug, so sieht man sofort, wie vollkommen revolutionierend die amerikanische Einwanderungspolitik auf Europa zurückwirken mußte. Für viele europäische Länder, die ihren Bevölkerungsüberschuß bisher so gut wie ausschließlich in die Vereinigten Staaten geschickt hatten, wurde damit alle Möglichkeit genommen, ihre auswandernden Landsleute dort unterzubringen. Diese Staaten mußten statt dessen ein anderes Land oder irgend welche anderen Länder finden, die bereit waren, ihren Bevölkerungsüberschuß unter etwa gleichwertigen Bedingungen aufzunehmen, wie sie vorher die Vereinigten Staaten geboten hatten.

Wir müssen aber hinzusetzen, daß die hindernde Wirkung der amerikanischen Einwanderungsbestimmungen nicht für alle Länder gleich stark war. Der



Sinn des Zurückgreifens auf den Zensus von 1890 war, die angelsächsische Einwanderung zu begünstigen, und das hat auch Erfolg gehabt. Nach dem Gesetz von 1921 betrug die Einwanderungsquote von 1922/23 für Großbritannien und Irland 77342 Personen, für das Jahr 1924/25, wo die Zusatzbestimmungen in Kraft treten sollten, wurde diese Quote auf 62574 Personen gesenkt. Im letzten Geschäftsjahr vor dem Kriege betrug die Zahl 107199 Personen. Was Großbritannien anlangt, war die Einschränkung, wie wir sehen, nicht so bedeutend, für andere Staaten um so schlimmer. Schwedens Quote wurde von 20042 auf 9661 heruntergesetzt. Dänemark von 5619 auf 2882 und Norwegen von 12205 auf 6553, und noch viel heftiger wirkten natürlich die neuen Bestimmungen, wo es sich um die lateinischen und slawischen Länder handelte. Die Quote Italiens wurde von 42057 auf 3972 heruntergesetzt, Rußlands von 24400 auf 1892 und Polens von 30979 auf 8972. Die Amerikaner waren aber noch nicht zufrieden. Es sollten noch stärkere Unterbindungen kommen. Die Geltungsdauer des jetzigen Dreiprozentgesetzes hört, wie schon angedeutet, am 1. Juli 1927 auf. Danach wird die zulässige Einwanderungsquote nach einem neuen Modus bestimmt. Die Gesamtzahl wird ein- für allemal auf 150000 Personen im Jahre festgelegt. Diese Anzahl soll sich dann auf die verschiedenen Nationalitäten verteilen. Aber nicht nach dem früheren Dreiprozent-Modus mit Bezug auf die Bürger, die aus den betreffenden Ländern eingewandert waren, sondern die Verteilung wird sich danach richten, welches Verhältnis die Bevölkerung der Vereinigten Staaten vor 1920 zu den verschiedenen Nationen hatte. Die Feststellung der amtlichen Prozentverteilung nach der Abstammung ist in diesem Falle einem Dreimänner-Komitee innerhalb der amerikanischen Regierung übertragen worden. Allem Anschein nach wird der Entscheidung über die Auswahl gemäß der neuen Ordnung ein gewisser Spielraum gewährt werden. Eine Voruntersuchung über die nationale Abstammung der zur Zeit 105710000 Personen betragenden Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten ist angestellt und veröffentlicht worden, desgleichen eine Berechnung darüber, wie die zulässigen Einwanderungsquoten sich in Zukunft stellen werden. Großbritannien würde eine Quote von 83000 Personen zugeteilt werden; sie würde also größer sein als die gegenwärtige, dem Irischen Freistaat, der besonders genau kontrolliert wird, würden dagegen nur 8000 zugebilligt werden, gegen beispielsweise 34000 im Jahre 1914. Deutschland, dessen Quote für 1923/24 auf 50224 Personen festgesetzt wurde, würde auf 17390 beschränkt werden. Schwedens Anteil an der amerikanischen Bevölkerung ist auf 1867000 Personen berechnet worden — eine Zahl, die im Vergleich mit den sonst gemachten Angaben ziemlich niedrig erscheint, — und da der zulässige Anteil an der Einwanderung auf $^1/_{700}$ jeder Nationalität festgesetzt ist, beträgt für Schweden die zugelassene

Quote nur 2700 Personen. Davon ausgehend, daß der Nationalitätsanteil Norwegens 1 250 000 beträgt, dürfte dessen Einwanderungsquote auf 1780 Personen berechnet werden. Für Dänemark fehlen mir die grundlegenden Angaben bezüglich des Nationalitätsanteils, doch dürfte es sich in diesem Falle wohl sicher um eine Jahresquote handeln, die 500 nicht übersteigt. Für Schweden wie für ganz Skandinavien führt diese Verschärfung eine sehr ernste Lage herbei. Die Auswanderung aus Schweden betraf durchschnittlich ungefähr 20000 Menschen im Jahr, und man kann sich schwer denken, daß diese Auswanderungsquote auf einmal nur auf ein Zehntel ihres bisher fast konstanten Umfanges heruntergedrückt werden könnte. Über die Möglichkeit, diese Anzahl Schweden in den Grenzen des Landes zu behalten und zu ernähren, können die Ansichten verschieden sein. Von gewisser schwedischer Seite ist jedenfalls dargelegt worden, daß eine jährliche Quote von 20000 Personen das notwendige Maß eher nicht erreicht als übersteigt, da die Volksvermehrung von 1894—99 ungewöhnlich groß war und die damals Geborenen sich gerade jetzt in dem Alter befinden, in dem sie Versorger ihrer Familien werden wollen und darum, wenn sich die Aussichten zu Hause nicht verlockend genug gestalten, geneigt sind, ihr Glück in einem anderen Lande zu suchen. Bei Norwegen und Dänemark liegt das Problem ähnlich. Sie haben mit einem Bevölkerungsüberschuß zu rechnen, an den sie bisher nicht hatten zu denken brauchen, für den aber jetzt entweder zu Hause Arbeitsmöglichkeit beschafft werden oder der fortgeschickt werden muß — in irgend ein anderes Land als die Vereinigten Staaten.

Die neuen strengen amerikanischen Einwanderungsbestimmungen werden zweifellos tiefgehende Wirkungen im Gefolge haben. Sie beschränken die Einwanderung aus Europa auf ein Minimum und für die gelbe, wie überhaupt für die farbigen Rassen besteht schon jetzt ein vollständiges Einwanderungsverbot.

Nun kann man sich natürlich fragen, ob diese strengen Bestimmungen für die Vereinigten Staaten selbst wirklich von Nutzen sind. Sicher ist, daß die Einschränkungen die Entwicklung der dortigen großen unerschlossenen Naturschätze verzögern werden. Die Amerikaner entgegnen zwar, daß, falls in den Vereinigten Staaten Mangel an Arbeitskräften eintreten sollte, diesem durch eine einmalige Erhöhung der zulässigen Einwanderungsquote abgeholfen werden kann. Damit ist aber nicht sicher zu rechnen, besonders da zum anderen im Falle von Arbeitslosigkeit jede Einwanderung ohne weiteres zum Stehen gebracht werden kann.

Im Zusammenhang mit der Ausführung der neuen Bestimmungen hat sich die Kontrolle über die Ausländer in den Vereinigten Staaten in jeder Hinsicht verschärft. U. a. haben sich alle Ausländer, die die Vereinigten Staaten be-



suchen, jährlich registrieren zu lassen. Der Sinn ist, eine Kontrolle darüber zu haben, daß dort keine Ausländer ohne behördliche Genehmigung wohnen; damit hofft man auch, sich gegen die immer stattfindende Einschmuggelei von Einwanderern über die Landgrenzen schützen zu können.

Damit sind die Vereinigten Staaten heute für die europäischen Auswanderer so gut wie gesperrt. Und das bedeutet, daß die etwas über 1 Million Personen, die vor dem Kriege jährlich von Europa dorthin auszuwandern pflegten, jetzt zuhause bleiben oder sich ein anderes Auswanderungsziel suchen müssen. Zunächst erhebt sich daher folgende Frage: Kann Europa diese größere Volksbelastung absorbieren, um die es sich unter normalen Verhältnissen nicht hätte zu kümmern brauchen? Die Frage muß negativ beantwortet werden; aber nicht genug damit. Der Krieg hat in Europa die Konsumtion vermindert und dadurch die Voraussetzungen für eine steigende Arbeitslosigkeit geschaffen, wie sie vor dem Kriege auch nicht im entferntesten befürchtet zu werden brauchte. Europa besitzt einen weit größeren Bevölkerungsüberschuß, der unterzubringen ist, als vor 1914, und dazu kommt der Überschuß, der sich während der Kriegsjahre ansammelte, wo jede Auswanderung unterbunden war.

Eine Zeit lang sah es so aus, als wenn der Krieg und seine Folgen auf die industrielle Produktion stimulierend wirken würden, doch zeigte es sich bald, daß es sich hier nur um ein durch die Inflation hervorgerufenes Scheinbild handelte. Auf Grund der hohen Warenpreise erschien der Umsatz sehr groß, aber die Vermehrung bezüglich des Wertes entsprach durchaus keiner vermehrten Warenquantität, eher umgekehrt. Noch zur heutigen Stunde ist der Welthandel beträchtlich geringer als in dem dem Krieg vorhergehenden Jahre. Selbst in Schweden verwirrten die Inflationserscheinungen die allgemeine Auffassung. Wie seinerzeit u. a. in einer interessanten Studie in der Vierteljahrsschrift der Skandinavischen Kredit A. G. dargelegt wurde, erreichte der schwedische Außenhandel von der Zeit kurz nach Kriegsausbruch bis 1922 niemals den Umfang der Vorkriegsjahre; und auch wenn man die zum sofortigen Kauf gelangende Produktion der Industrie in Betracht zieht, konnte sie — berechnet nach dem Geldwert von 1913 — noch im Jahre 1922 keinerlei quantitative Produktionssteigerung aufweisen.

Aber wenn wir uns schon in Schweden auf Grund der Inflationserscheinungen getäuscht haben, so haben wir doch durch die konsequent festgehaltene Deflationspolitik die Wirkungen der Inflation abgeschwächt; darum brauchten wir auch ihre schlimmsten Folgen nicht durchzumachen. Diese dagegen trifft man in Mitteleuropa, und man muß hinzufügen, daß die dortige Lage noch außerordentlich verschlimmert wurde durch gewisse drakonische und unausführbare Bestimmungen in den Friedensverträgen.

Um mit den Wirkungen der Inflation zu beginnen: tollkühne Unternehmer in den verschiedenen Ländern gründeten neue Unternehmungen ohne Rücksicht auf die Produktionskosten, indem sie mit einem ständig sinkenden Geldwerte rechneten, und Inflationsspekulanten aus allen Klassen suchten eifrigst ihren Hunger nach Sachwerten zu stillen, indem sie Anteile an diesen neuen Unternehmen kauften. Diese übertriebene Industrialisierungslust wurde auch durch gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages gefördert. Beinahe alle Länder strebten danach, sich in möglichst großem Umfang von der ausländischen Produktion frei zu machen. Anstelle der besonderen Staatssubventionen, die viele Industriezweige während des Krieges genossen hatten, wurden hohe Zollsätze eingeführt.

„Das System der geschlossenen Handelsstaaten", schreibt der österreichische Staatssekretär Dr. Elemer Hantos in einem Artikel in der Neuen Freien Presse, „fängt an, sich wieder geltend zu machen, wozu politische Mißstimmungen beitrugen. Nicht wenige Gruppen von Unternehmungen entstanden als eine direkte Folge des Friedensvertrages dadurch, daß man Gebiete, die von Natur wirtschaftlich und geographisch zusammengehörten, voneinander trennte. In vielen Fällen wurden die Voraussetzungen für die industrielle Produktion Mitteleuropas verändert. Die Friedensverträge rissen einzelne Glieder in der Produktion aus dem einheitlichen Organismus und die neue territoriale Einteilung brachte das Bedürfnis nach Ersatz dieser fehlenden Glieder mit sich. Große Fabrikanlagen lagen nun auf einmal in kleinen Ländern ohne eigene Absatzmöglichkeiten, und jeder Staat strebte danach, in seinen eigenen Grenzen einen Organismus zu bilden, der im Vergleich zum Ausland ebenso vollständige Leistungen erzielte wie vor dem Kriege. Fabriken, die früher für die gesamte Habsburgische Monarchie gearbeitet hatten, sahen sich gezwungen, ihre Mutteranlagen zum Teil aufzugeben, um sich statt dessen in eine Menge Zweigniederlassungen in den Nachfolgestaaten zu zersplittern. Tschechische, österreichische und deutsche Textilfabriken beteiligten sich an Neuanlagen in Ungarn, und in Österreich wurden Porzellan- und Glasfabriken gegründet, um sich in diesem Fall von der Tschechoslowakei unabhängig zu machen. Polen zeigte dies Bestreben, in den eigenen Grenzen eine Großindustrie auf den verschiedensten Gebieten zu schaffen, dabei in einem unverhältnismäßig großen Umfang."

„Vom wirtschaftlichen Standpunkt", schreibt Dr. Hantos weiter, „ist die Entwicklung höchst ungesund gewesen, indem sie große produktionskräftige Unternehmen zwang, mit einem Bruchteil ihrer Fähigkeit zu arbeiten, während solche Artikel, die diese alten Fabriken fabrizieren konnten, jetzt in den Nachbarstaaten in neuerrichteten Fabriken hergestellt werden. Die Friedensverträge, der Produktionismus und die Inflation hatten zusammen diese Er-

gebnisse gezeitigt." Was Hantos hier sagt, sind Feststellungen der tatsächlichen wirtschaftlichen Folgerungen der Friedensverträge, wie sie Keynes schon in seiner Arbeit über die wirtschaftlichen Folgen des Friedens vorhersagte, indem er die verhängnisvollen Wirkungen, namentlich im Hinblick auf Deutschland, darlegte, die sich einstellen mußten, wenn man Gebiete, die von Alters her wirtschaftlich zusammengehören, durch neue Grenzen auseinanderreißt.

Die Inflationskonjunktur reichte im großen und ganzen bis zum Jahr 1923. Danach begann die Zeit des Valutaaufbaus und unterband die vorher ungesund aufgetriebene Konsumtion. Die Folge war, daß die Produktion eingeschränkt werden mußte, Neu- und Ausbauten aber unterblieben. Dieser ganze große neu hinzugekommene Apparat ist um so bedenklicher, als die Produktionsfähigkeit der mitteleuropäischen Industriestaaten bereits nach Kriegsende viel zu groß war im Verhältnis zum verminderten Volumen des Welthandels, der damals auf etwa 50 % der Vorkriegszeit berechnet wurde.

Um diesbezüglich die Lage zu beleuchten, möchte ich nach Dr. Hantos einige wenige Beispiele aufführen. Polen hatte schon Mitte 1922 eine industrielle Produktion erreicht, die etwa 80 % der Vorkriegszeit ausmachte und in einigen Zweigen, wie z. B. Kohle, im Zusammenhang mit den territorialen Neuerwerbungen eine höhere Quote erreichte als vor dem Kriege. Im Jahre 1923 wurde der Wert der industriellen Produktion in Polen auf 9,3 Milliarden Goldfrancs berechnet gegen 6 Milliarden Goldfrancs vor dem Kriege, und das trotz der verminderten Kaufkraft.

In Österreich ist eine ähnliche hohle Gründerwirksamkeit zustande gekommen. Mehr aber noch in Ungarn, das jetzt ein geschlossenes Handelsgebiet bildet. Die Zahl der Fabrik- und Bankgesellschaften betrug im Jahre 1922 2414 gegen 1442 während der letzten Jahre vor dem Kriege. Allein im Inflationsjahr 1922 wurden 585 neue Aktiengesellschaften gegründet, darunter 550 Industrieunternehmen und 35 Banken. Nicht weniger interessant ist die Entwicklung in Deutschland. Die Zahl der Industrieunternehmen betrug hier 1917 274 000, von denen man etwa 4000 abstreichen muß, da sie in den verlorenen Provinzen lagen. Aber 1922 bestanden 340 000 Unternehmen mit 8 200 000 angestellten Arbeitern. Vergleicht man diese Verhältnisse mit dem letzten Friedensjahre 1913, so findet man, daß die Zahl der Industrieunternehmen sich um 15 000 vermehrt hat, die Zahl der angestellten Arbeiter um 900 000. Es liegt auf der Hand, daß diese Aufhäufung von neuen Industrieunternehmungen Ähnlichkeit mit einem Kartenhause hat, das zusammenfallen mußte, sobald die teurere Valuta und das gesunde Geld kam.

Nachdem die Inflationszeit überstanden ist, stehen diese ungeheuren Fabrikanlagen aber immer noch zur Verfügung, anscheinend mit sehr geringer Aus-

sicht, je in Betrieb gesetzt zu werden. Daß die Krise für die ganze Welt nicht eher sichtbar wurde, beruht vermutlich zum großen Teil darauf, daß die deutsche Industrie wegen verminderter Arbeitsintensität — hervorgerufen durch Abnutzung des Menschenmaterials und den Achtstundentag, soweit dieser durchgeführt wurde — trotz der Erweiterungen quantitativ nicht mehr als vor dem Kriege produzierte. Im übrigen merkt man in Deutschland ebensogut wie in den anderen Ländern die Wirkungen des verminderten Welthandelsvolumens.

Man findet demgemäß, daß der deutsche Außenhandel im Jahre 1923, ausgedrückt in Prozenten des Außenhandels vom Jahre 1913, sich folgendermaßen verhielt, wozu vergleichsweise die entsprechende Zahl für Großbritannien angegeben wird:

	Import	Export
Englands Außenhandel	95,7 %	78,4 %
Deutschlands Außenhandel . . .	44,7 „	52,8 „

Die Angaben für Deutschland wirken vielleicht verblüffend, da man allgemein zur Annahme neigte, Deutschland habe nach dem Friedensschluß einen bedeutenden Teil seines Außenhandels wiedererobert. Die Tatsachen zeigen, daß das ein Irrtum ist, und es ist auch schwer anzunehmen, daß Deutschland in den nächsten Jahren etwa einen bedeutenderen Anteil wird wiedergewinnen können, noch weniger, daß es über den Vorkriegsstand hinaus gelangen wird. Schon bis zu diesem zu gelangen, setzt nämlich eine erhöhte Nachfrage auf dem Weltmarkt voraus und demzufolge eine bedeutende Vergrößerung des Welthandel-Umfanges, der aber nicht denkbar ist ohne eine wesentlich gesteigerte Kaufkraft der fremden Erdteile. Eine solche aber kann schwerlich anders, als im Zusammenhang mit einer groß angelegten und solide finanzierten Kolonisation erwartet werden. Diese ist vielleicht möglich, auf jeden Fall aber ist sie noch nicht organisiert.

Es muß betont werden, daß die mitteleuropäische Landwirtschaft auch unter den Folgen der Inflationspolitik hat leiden müssen. Die Grundbesitzer konnten zwar mit den großen Verdiensten in der Regel ihre Schulden bezahlen, die sie namentlich während des guten Erntejahres 1923 machten, aber das Geld wurde sofort in Sachwerten angelegt, wie Vieh und Maschinen, was aber, wie sich später zeigte, durchaus keine rentable Anlage war. Dazu kommt, daß jetzt, nach Einführung der Goldvaluta, Kapital fehlt, um einen Produktionsapparat auszunützen, der bedeutend weitläufiger und schwerfälliger ist als vor dem Kriege.

Wie man die Sache auch ansieht, stets kommt man zum selben Schlusse, daß Europa sozialpolitisch überorganisiert und wirtschaftlich überindustrialisiert ist und damit im Zusammenhang

überbevölkert. Eine Erleichterung kann nur durch Auswanderung und planmäßige Kolonisation eintreten.

Es wird sich nicht bloß um eine Fortsetzung, sondern eine Vermehrung der jährlichen Auswanderung handeln müssen. Und trotz aller Hindernisse ist sie schon im Gange, wenn auch vielleicht nicht immer auf die glücklichste Art. Vor mir liegen die statistischen Angaben für die italienische Auswanderung in den letzten Jahren. Die tatsächliche Auswanderung betrug nach Abzug der zurückkehrenden Saisonarbeiter 165 172 im Jahre 1921, 188 102 im Jahre 1922, 284 475 im Jahre 1923 und endlich 192 881 während der ersten neun Monate des Jahres 1924. Bemerkenswert ist, daß diese starke Steigerung trotz der Sperrung der Vereinigten Staaten zustande gekommen ist. Aber wohin nehmen all diese Auswanderer ihren Weg, welchen Schicksalen gehen sie in der Regel entgegen? Hier stehen große Werte auf dem Spiel. Nichts ist so kostbar wie ein wohltrainiertes Menschenmaterial. Daß die Auswanderung aus Europa und damit zusammenhängend die Kolonisation organisiert und den neuen Anforderungen der Weltwirtschaft wohl angepaßt wird, ist drum eins der größten und wichtigsten internationalen Probleme, die in dieser Stunde einer Lösung harren.

Es gibt große Gebiete, die für Weiße geeignet sind; aber diese können sich nicht mit leeren Händen dorthin begeben. Das Ganze ist eine sehr umfassende Organisations- und Finanzfrage. Große Gebiete gibt es in Kanada, Südamerika, Australien, Neu-Seeland und auf den afrikanischen Hochebenen mit guten klimatischen Voraussetzungen für Europäer, und diese Gebiete haben noch Bedarf an einer, ich möchte sagen unbegrenzten Zahl von Weißen. Alle stimmen z. B. darin überein, daß ein großer Teil der Einwohner in den britischen Kolonien, wie z. B. Australien, vom Untergang bedroht wird, wenn keine kräftige und ganz umfassende weiße Einwanderung planmäßig einsetzen wird. Dasselbe gilt von den hohen Bergzonen in Südafrika, und zur Beleuchtung dessen möchte ich den Ausspruch des britischen Zensusdirektors für die Volkszählung der Südafrikanischen Union im Jahre 1921 anführen. Die Volkszählung hatte zum Ergebnis: 5 409 092 Einwohner, von diesen nur 1 519 488 Weiße. Im Hinblick hierauf sagt er unter anderem:

„Die europäische Rasse in der Union kann auf die Dauer ihre Zahl nicht mehr aufrechterhalten, wenn ihr von außen keine weißen Kolonisten zugeführt werden. Bleiben diese aus, dann muß man für immer jede Hoffnung aufgeben, eine weiße zivilisierte Bevölkerung beizubehalten, es sei denn als eine sinkende Minorität. Bleibt diese sich selbst überlassen, so wird sie sich gezwungen sehen, die Macht der schnell wachsenden und übermächtigen farbigen Majorität zu übergeben und endlich genötigt sein, das Land zu verlassen."

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ (HAMBURG)

Die Eisen- und Stahlproduktion der Welt[1])

Roheisen in englischen Tonnen (1 engl. to. = 2240 lb = 1016 kg)

	1924	1923	1922	1921	1913
Vereinigte Staaten	31 000 000	40 026 000	26 851 000	16 506 000	30 653 000
Deutschland[2])	8 200 000	4 400 000	8 000 000	6 000 000	19 000 000
Großbritannien	7 350 000	7 440 000	4 902 000	2 616 000	10 260 000
Frankreich[3])	7 500 000	5 346 000	5 147 000	3 308 000	5 126 000
Belgien	2 800 000	2 154 000	1 578 000	862 000	2 428 000
Luxemburg[4])	2 125 000	1 384 000	1 650 000	995 000	—
Kanada	700 000	909 000	404 000	617 000	1 015 000
Tschechoslowakei[5]) . . .	700 000	750 000	339 000	532 000	—
Indien	550 000	536 000	350 000	371 000	—
Polen[5])	500 000	492 000	458 000	640 000	—
Spanien	400 000	394 000	210 000[6])	347 000[8])	418 000
Schweden	300 000	273 000	264 000[6])	314 000[6])	730 000
Österreich[5])	350 000	339 000	323 000[6])	226 000[6])	2 343 000
Japan	350 000	300 000	478 100[6])	96 600[6])	56 000
China	375 000	375 000	.	.	—
Rußland[5])	330 000	315 000	120 000	85 300	4 486 000
Ungarn[5])	300 000	295 000	.	.	—
Australien	300 000	300 000	300 000[7])	367 000[7])	47 000
Italien	250 000	243 000	91 000[6])	61 000[8])	420 000
Alle übrigen	200 000	200 000	200 000	200 000	200 000
Weltgesamtzahl	64 630 000	66 471 000	51 938 000	34 700 000	77 182 000

Die Schätzung der Produktionskapazität der Eisen- und Stahlindustrie der wichtigsten Länder

	in 1000 engl. Tonnen		in % der Gesamtkapazität der Welt	
	Roheisen	Rohstahl	Roheisen	Rohstahl
Vereinigte Staaten	52 700	59 000	53,4	56,1
Deutschland	12 000	14 000	12,2	13,3
Großbritannien	12 000	12 000	12,2	11,4
Frankreich einschl. Saargebiet . . .	11 000	10 000	11,1	9,5
Belgien	3 250	3 250	3,3	3,1
Luxemburg	2 800	2 000	2,8	1,9
Alle übrigen Länder	5 000	5 000	5,0	4,7
Gesamtkapazität	98 750	105 250	100	100

Rohstahl in engl. Tonnen

	1924	1923	1922	1921	1913
Vereinigte Staaten	37 800 000	44 944 000	33 603 000	19 744 000	31 301 000
Deutschland[2])	8 500 000	5 900 000	9 000 000	8 700 000	18 631 000
Großbritannien	8 250 000	8 482 000	5 881 000	3 703 000	7 664 000
Frankreich[3])	6 850 000	5 029 000	4 464 000	3 010 000	4 614 000
Belgien	2 850 000	2 260 000	1 539 000	780 000	2 428 000
Luxemburg[4])	1 850 000	1 182 000	1 368 000	747 000	—
Italien	1 100 000	1 100 000	600 000	672 000	918 000
Polen[5])	950 000	935 000	930 000	1 476 000	—
Tschechoslowakei[5])	800 000	1 000 000	630 000	904 000	—
Rußland[5])	600 000	492 000	212 000	161 000	4 760 000
Japan	550 000	500 000	500 000	558 000	13 000
Österreich[5])	550 000	491 000	473 000	329 000	2 584 000
Spanien	475 000	453 000	314 000[6])	306 000[6])	381 000
Schweden	400 000	294 000	351 000[6])	236 000[6])	582 000
Ungarn[5])	350 000	344 000		.	—
Indien	225 000	215 000	340 000[7])	368 000[7])	—
China	200 000	200 000	118 000[7])	148 000[7])	—
Alle übrigen	200 000	200 000	200 000	200 000	200 000
Weltgesamtzahl	73 575 000	75 096 000	63 098 000	42 487 000	75 019 000

Der Handel der wichtigsten Länder mit Eisen und Stahl, roh und verarbeitet

(Für Großbritannien in 1000 engl. Tonnen, für die andern in 1000 to zu je 1000 Kilo)

Monats-durchschnitt	Großbritannien Einfuhr	Großbritannien Ausfuhr	Vereinigte Staaten Einfuhr	Vereinigte Staaten Ausfuhr	Frankreich Einfuhr	Frankreich Ausfuhr	Belgien Einfuhr	Belgien Ausfuhr	Deutschland Einfuhr	Deutschland Ausfuhr
1912	166,4	400,6	15,3	201,5	16,4	41,5	87,0	124,5	27,3	482,4
1913	185,9	414,1	21,1	242,3	14,1	51,6	72,9	129,2	25,0	517,3
1920	92,4	270,9	22,5	392,4	90,8	77,4	70,0	76,7	26,2	143,6
1921	136,7	141,4	7,0	181,0	41,3	133,8	43,3	75,6	33,8	152,0
1922	73,5	283,4	46,6	161,5	63,3	161,4	47,7	175,9	152,3	209,7
1923	110,2	360,0	48,6	162,1	58,5	181,9	43,7	207,9	114,3	108,9
1924	202,4	321,0	46,8	141,5	57,3	227,7	40,0[8])	250,0[8])	99,9	95,4

Anmerkungen.

[1]) Nach einer Aufstellung der „Iron Trade Review".

[2]) Die deutschen Zahlen der Nachkriegszeit sind geschätzt, da seit 1920 keine Statistiken über die Eisen- und Stahlproduktion in Deutschland veröffentlicht wurden. Jedoch hat kürzlich der Verein deutscher Eisenindustrieller in „Eisen und Stahl" die deutschen Produktionszahlen veröffentlicht bis zum Jahre 1923. Sie lauten in to zu 1000 Kilo 1921 Roheisen 7845346, Rohstahl 9996538; 1922 9395670 und 11714302; 1923 4936340 und 6305250, ohne das Saargebiet.

[3]) In den französischen Zahlen ist vom Jahre 1921 ab die lothringische Produktion mit enthalten.

[4]) Die luxemburgische Poduktion vom Jahre 1913 ist in den deutschen Zahlen mit einbegriffen.

[5]) Bei dem Vergleich der Angaben der Vorkriegs- und Nachkriegszeit sind die Gebietsverschiebungen der Staaten zu berücksichtigen. Die Vorkriegszahlen der österreichischen Nachfolgestaaten und Ungarns sind unter Österreich mit enthalten.

[6]) In to zu 1000 kg nach dem „Institut international de Statistique" im Haag.

[7]) In to zu 1016 kg nach dem „Institut international de Statistique" im Haag.

[8]) Geschätzt; wegen Einführung des neuen Zolltarifs am 9. 11. 1924 ist die belgische Statistik nur bis zu diesem Tag erhältlich]

ERICH OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Rußland.

Ein kurzer Bericht über die geopolitisch wichtigen Ereignisse in der Sowjet-Union kann natürlich aus der unendlichen Fülle von Tatsachen nur eine beschränkte Auswahl bieten. Es ist in Deutschland immer noch nicht genügend bekannt, was unter der „Diktatur der Arbeiter und Bauern" in Wirklichkeit zu begreifen ist. Sinowjew hat kürzlich mit aller zu wünschenden Deutlichkeit ausgesprochen, daß diese „Diktatur der Arbeiter und Bauern" im Grunde genommen eine Utopie ist (vergl. den Literaturbericht in dieser Nummer der Zeitschrift). Er erklärte offen, daß die Bauern gar nicht fähig seien, die Regierung zu bilden und daß infolgedessen das Industrieproletariat allein das Ruder des Staates führt. Der Charakter der ausgesprochenen Minderheitsregierung wird dadurch recht sehr unterstrichen. Auch in der Verfassung findet dieser Umstand übrigens deutlich seinen Ausdruck: Zum Allrussischen Sowjet-Kongreß entsenden je 25000 städtische Arbeiter einen Deputierten und je 125000 Bauern ebenfalls einen Abgeordneten! Für einen Staat, in dem rund 80 % der Bevölkerung Bauern sind, ist diese staatsrechtliche Struktur ein seltsames Unikum. Man begreift, welches Maß von Staatsklugheit die Führer des Bolschewismus aufbringen müssen, um wenigstens den Schein zu wahren und die Bauern nicht zur Verzweiflung zu treiben. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse natürlich noch viel krasser. Auch die Industriearbeiter sind ja an der Regierung der Sowjet-Union tatsächlich kaum beteiligt. Sie bilden zwar die Kern- und Stoßtruppe des bolschewistischen Regimes, ihr Schicksal aber wird bestimmt von einer kleinen Schar von Intellektuellen, die z. T. alten, angesehenen russischen Familien entstammen und sich in rührend selbstloser, bis zum Fanatismus gesteigerten Begeisterung der Weiterentwicklung der Arbeiterklasse widmen.

Nachdem man einige Jahre geglaubt hatte, vermittels der kommunistischen Zellen die Gesamtheit des russischen Volkes, auch die große Masse der Bauern, regieren zu können, sieht man nun mehr und mehr ein, daß das Schicksal des bolschewistischen Staates davon abhängt, ob die Bauern für das kommunistische Ideal gewonnen werden können oder nicht. Von dieser Erkenntnis ausgehend, wird die innerrussische Politik im Augenblick von der Parole beherrscht: Das Gesicht nach dem Dorfe. Die Tagung der Allrussischen Zentralexekutive in Tiflis stand ganz im Zeichen dieser Losung. Keiner der Führer schloß seine Rede, ohne der tiefen Verehrung für den russischen Bauern Ausdruck zu geben. Da man jedoch weiß, daß mit bloßen Worten nicht viel erreicht ist, ging man noch einen Schritt weiter und verkündete eine Herabsetzung der bäuerlichen Steuern um 40 %. Es ist ungemein charakteristisch, wie die Bolschewisten dieses Problem angepackt haben. Im verflossenen Finanzjahre hatte man als Einnahmesoll für die landwirtschaftliche Einheitssteuer einen Betrag von 470 Millionen Rubel vorgesehen. Eingekommen sind mit Ach und Krach 330—335 Millionen Rubel. Nun tritt man vor den Bauer hin und verspricht ihm, daß die Steuern um 40 % ermäßigt werden sollen. In Wirklichkeit reduziert man jedoch nur das phantastisch hohe Steuersoll des vergangenen Finanzjahres um 40 % und kommt für das Finanzjahr 1924/25 auf ein Steuersoll von etwa 300 Millionen Rubel. Mit anderen Worten: Der russische Bauer wird im laufenden Finanzjahr nahezu genau soviel Steuern zu

zahlen haben wie im verflossenen, nur daß sich die Regierung von vornherein damit begnügt, das Menschenmögliche in Rechnung zu setzen und auf eine wesentlich höhere, aber fiktive Summe zu verzichten.

Es kann billig bezweifelt werden, ob sich der russische Bauer dadurch befriedigt fühlt. Kameniew hat am 11. März in einer sehr interessanten Rede von den „Pseudobauernforderungen" gesprochen. Er meinte, daß diese Forderungen den Bauern nur von den Gegnern des bolschewistischen Systems eingeflüstert wären; wer die russischen Verhältnisse kennt, weiß, wie diese Ausrede zu werten ist. Von den „Pseudobauernforderungen" hob Kameniew die folgenden hervor:

1. Die städtischen Arbeiter schaffen zu wenig und verdienen zu viel; sie müssen bei gleichem Lohn zum Zehnstundentag übergehen;

2. Die städtischen Proletarier haben zwar ihre Presse, für die Bauern dagegen bestehen nur einige kommunistische Blättchen, die von Nichtbauern redigiert werden. Die Bauern fordern unbedingte Pressefreiheit für sich;

3. Die städtischen Arbeiter haben eine Möglichkeit, ihre berufsständischen Interessen durch die Gewerkschaften zu vertreten; die Bauern fordern nun das gleiche Recht, d. h. das Recht auf Gründung eines Bauernbundes.

Man spürt zwischen den Zeilen, wie stark es in der russischen Bauernschaft gärt. Wenn man näher zuschaut, begreift man auch nur zu gut, daß die Entwicklung des städtischen Proletariats auf der einen Seite und der Bauern auf der andern Seite vollkommen verschieden gerichtet ist. Die städtischen Arbeiter bejahen wenigstens zu einem großen Teil das kommunistische Ideal; der russische Bauer dagegen kämpft seit Jahrzehnten gegen das Mir und alle ähnlichen kommunistischen Dorfgemeinschaften. Mögen vielleicht die Dorfarmen aus purem materiellen Egoismus den Kommunisten zujubeln, der alte selbständige russische Bauer strebt unaufhaltsam nach seinem unverrückbar feststehenden Ziel: Dem Eigenhof. Keine noch so schöne Redensart der Bolschewisten, kein noch so weitreichendes Entgegenkommen wird den russischen Bauern davon abbringen, seinen Wunsch nach Errichtung des Eigenhofes aufzugeben. So droht dem Kommunismus in dem russischen Bauern zweifellos eine ernstliche Gefahr. Noch halten die Dorfarmen zur Not das Gegengewicht. Mehr und mehr aber gewinnen die Klein- und Mittelbauern die Oberhand. Worauf sie hinsteuern, kann niemandem zweifelhaft sein: Sie wollen von dem alten Regime und den Großgrundbesitzern der vergangenen Zeit gewißlich nichts wissen, aber sie erstreben eine bäuerlich-demokratische Republik mit Eigenbesitz der Bauern, d. h. mit kapitalistischen Grundsätzen.

Als ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles werten wir die Boykottierung der Sowjetwahlen durch die Bauern. Bekanntlich haben die Sowjets alle Wahlen des Jahres 1924 für ungültig erklärt, weil weniger als 35% der Wahlberechtigten teilgenommen haben oder die Wahlen nicht rechtmäßig vollzogen wurden. Ein Regierungsdekret bestimmt kategorisch, daß jeder Terror vermieden werden müsse, das Aufzwingen der kommunistischen Liste unter allen Umständen zu unterbleiben habe und die Wahl von parteilosen Abgeordneten nicht verhindert werden dürfe. Auch solche Personen, die an den Maßnahmen der Sowjetregierung sachliche Kritik geübt haben, sollen von der Kandidatenliste nicht gestrichen werden. Gegen Übergriffe des kommunistischen Jugendbundes sei in allen Fällen scharf Front zu machen. Man sieht aus dieser Verfügung, daß die Bauern durchaus im Begriff stehen, erhebliche Erfolge zu erzielen. Gewiß ist ein Dekret in Rußland ein Fetzen Papier, und es wird noch lange dauern, ehe alles das durchgeführt wird, was dort verordnet wurde. Indessen, der erste Schritt ist getan, die Bauern erwachen, und die Sowjets sehen ein, daß sie sich gegen die Masse der Bauern nicht mehr schlechthin ablehnend verhalten können.

Wie die Dinge weitergehen, vermag natür-

lich mit Sicherheit niemand vorauszusehen. Der aller seiner Ämter enthobene Trotzki hat wohl ein richtiges Gefühl dafür gehabt, daß mit bloßer Dogmatik auf die Dauer nicht auszukommen ist und der natürlichen Entwicklung die Bahn freigemacht werden muß. Er ist jetzt kaltgestellt, und da die Bauern keinen Führer ähnlichen Formats aufzuweisen haben, dürfte die Entwicklung vermutlich nur langsam, langsam weitergehen. Eine katastrophale Zuspitzung ist wohl nur denkbar, falls auch die nächsten Jahre wieder Mißernten bringen. Die Aussichten in Rußland sind herzlich schlecht. Da das Frühjahr schon im März eingesetzt hat, die Aussaat mithin ungewöhnlich früh vorgenommen werden mußte, besteht die Gefahr, daß das Getreide zwar gut angeht, aber in der regenlosen Zeit des Frühsommers verdorrt. Die Sowjets, die anscheinend auch für 1925 eine Mißernte erwarten, sind mit allen Mitteln bemüht, dieser drohenden Hungersnot zur rechten Zeit zu steuern. Nachrichten aus Kanada besagen, daß die russische Regierung dort nicht weniger als 2 Millionen Barrels Getreide aufgekauft hat und man weitere wesentliche Bestellungen erwartet. Noch steht zu hoffen, daß dieses allerdings sehr teure Getreide wenigstens zur rechten Zeit an Ort und Stelle kommt und der Hungertod weiterer Tausende von Menschen verhindert wird. Indessen liegt hier eine Gefahrenquelle vor, deren Bedeutung kaum hoch genug einzuschätzen ist.

Daß ein derart typisches Getreideexportland wie Rußland zu einem Importland werden kann, ist eine Tatsache, die an sich recht bemerkenswert ist. Daneben erhebt sich die Frage, wie Sowjet-Rußland dieses Getreidedefizit bezahlen kann. Die Russen werden nicht müde, zu versichern, daß die Notenpresse stillgelegt sei und die Gefahr einer neuen Inflation keineswegs bestünde. Woher aber nimmt man das erforderliche Geld? Daß die normalen Steuern hierzu nicht ausreichen, versteht sich von selbst. Man will zwar, wie offen erklärt wird, den Privathandel wieder stärker als bisher zulassen, aber auch dessen Umsätze werden trotz ungeheuerlicher Besteuerung das Loch im Staatssäckel kaum zu füllen imstande sein. An ausländische Anleihen ist im Augenblick nicht zu denken. Hat man noch Wertgegenstände, die heimlich veräußert werden und in entscheidender Stunde wieder Bargeld schaffen? Oder baut man auf außerordentliche Einnahmen, von denen in letzter Zeit ja wiederholt die Rede war? Zwischen der Anglo American Oil Co. und der Sowjet-Union soll ein Vertrag unterzeichnet worden sein, nachdem die Anglo American Oil Co. zunächst 150 000 t Reinöl und 20 000 t Benzin der Sowjet-Union abkaufen wird. Der Amerikaner Harriman soll nun endgültig das Manganerzrevier von Tschiaturi gepachtet haben und für diese Riesenkonzession den Sowjets für die Dauer der 20 Vertragsjahre eine Einnahme von insgesamt 61½ Millionen Dollars garantieren. Nimmt man hinzu, daß auch Eisenerze aus dem Kriwoi-Rog-Gebiet ausgeführt worden sind (man spricht von 525 000 t), so ergeben sich immerhin ganz stattliche Einnahmen. Da man gleichzeitig die Einfuhr bis auf ein winziges Minimum abgedrosselt, so wird es vielleicht mit vieler Mühe und Not möglich sein, den Staatshaushalt leidlich im Gleichgewicht zu halten. Genaueres darüber zu erfahren, ist natürlich eine Unmöglichkeit, denn in Rußland werden diese Fragen als geheime Staatsangelegenheiten behandelt und der Öffentlichkeit nur insoweit unterbreitet, wie es die politischen Interessen zulassen. Das amtlich bekanntgegebene Budget des Jahres 1924/25 verschweigt zum Beispiel vollkommen die Ausgaben für kulturelle Zwecke, Unterrichtswesen usw. und sieht eine Steigerung in der Ertragsfähigkeit der Staatsindustrie vor, die geradezu fantastisch genannt werden muß. Man wird gut tun, diese amtlichen Verlautbarungen über das Budget als das zu nehmen, was sie sind: Schön frisierte Zahlen, dazu bestimmt, das Vertrauen zu dem Sowjetstaat zu stärken. Alles Wirtschaftliche gehört in Rußland nun einmal

zur Politik, und in der Politik spielt Wahrhaftigkeit noch immer nicht die Hauptrolle.

Ein anderes Hauptproblem des Sowjetstaates dreht sich um die Weiterentwicklung der nationalen Autonomie. Mit außerordentlichem Stolz weisen die Kommunisten darauf hin, daß die Frage eines wirklichen Minderheitenrechts in der ganzen Welt nur in Rußland gelöst ist. Die vielen, vielen Völker, die das russische Reich vereinigt, haben in der Tat eine weitgehende Kulturautonomie erhalten. Jeder hat das Recht, in der Schule in seiner Muttersprache unterrichtet, von Richtern abgeurteilt zu werden, die seine Muttersprache verstehen usw. Diese kulturelle Freiheit wird natürlich auf der andern Seite dadurch aufgehoben, daß in Politik und Wirtschaft allenthalben das Sowjetsystem unbedingt anzuerkennen ist. Der russische Mensch aber ist genügsam und empfindet den gegenwärtigen Zustand in dieser Beziehung als einen wesentlichen Fortschritt. Einstweilen ist die Macht der Sowjets so groß, daß eine Absplitterung der autonomen Gliedstaaten kaum zu befürchten ist. Wie sich die Dinge in ferner Zukunft gestalten, ist eine andere Frage und ebenso problematisch ist, ob die Bolschewisten diese Kulturautonomie aus ehrlicher Überzeugung oder lediglich aus taktischen Erwägungen gewährt haben.

Die Kulturautonomie ist eine der wichtigsten Faktoren der sowjetrussischen Außenpolitik namentlich in bezug auf die Länder im Osten. Wir haben schon früher einmal festgestellt, daß das bolschewistische Rußland sich ganz ausgesprochen nach Asien hin orientiert. In unserem Literaturbericht haben wir auch in diesem Heft wieder neue Belege hierfür erbracht. Wir ergänzen diese Mitteilung durch die Feststellung, daß neuerdings wieder in Mittelasien zwei neue Republiken als mittelbar souveräne Mitglieder der Sowjet-Union geschaffen worden sind. Es handelt sich um die Gebiete des ehemaligen Turkestan, Buchara und Chorossan, aus denen im Frühjahr 1925 nach dem Nationalitätenprinzip die Republiken der Turkmenen und der Usbeken geschaffen wurden. Insoweit innerhalb dieser Republiken geschlossene nationale Minderheiten vorhanden sind, sollen im Rahmen der Republiken autonome Gebiete geschaffen werden. — Der russische Außenminister Tschitscherin hält kaum eine einzige größere Ansprache, bei der er nicht die bolschewistische Ostpolitik in den Vordergrund schiebt. Selbst auf dem Wege zum Kongreß nach Tiflis betonte er in seiner Rede in Baku, daß dieser Ort in der Geschichte des Sowjetstaates eine große Rolle spielen würde. Baku sei der „Finger nach dem Osten“, in Baku hätten sich vor kurzem erst wieder Vertreter aller Ostvölker zu einem großen Kongreß zusammengefunden, von Baku aus würde der Freiheitskampf gegen den Kolonial-Imperialismus der Weltmächte betrieben. Mit einer außerordentlichen Biegsamkeit in der Methode versteht es Sowjet-Rußland, den Völkern des Ostens zu suggerieren, daß ihnen nur ein Zusammengehen mit den Bolschewisten eine Erlösung aus den gegenwärtigen Nöten bringen kann. Dem chinesischen Kuli verspricht man eine wesentliche Verbesserung seiner sozialen und wirtschaftlichen Lage, dem Koreaner und Inder die politische Freiheit, den Burjaten, Mongolen usw. die nationale Selbständigkeit. Wie weit die Dinge hier getrieben sind, hat der Abschluß des russisch-japanischen Bündnisses jedermann bewiesen. Der große eurasiatische Zukunftsblock, von dem Haushofer in Heft 2 dieser Zeitschrift gesprochen hat, ist tatsächlich im Werden. Jedes der Mitglieder dieser großen panasiatischen Gemeinschaft erhofft für sich von diesem gemeinsamen Vorgehen etwas Besonderes; der Sowjetpolitiker lächelt verschmitzt über all diese Hoffnungen und Träume. Für ihn ist auch das alles lediglich Mittel zum Zweck. Auch die Verbrüderung mit dem Osten, und gerade sie, soll ihm das Ziel erreichen helfen, ohne das ein dauernder Bestand der Sowjet-Union unmöglich ist: Die Weltrevolution.

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Von sehr hochgelegener geopolitischer Warte aus gesehen, lassen sich manche, steigend hervortretende Nöte das eng und kleinräumig gewordenen europäischen, wie des japanischen industrialisierten Wirtschaftsgebiets auf zwei Ursachen zurückführen, die der Öffentlichkeit in Europa noch nicht allzu geläufig sind. Es sind die starken Autarkisierungs-Bestrebungen des gesamt-amerikanischen Festlands, die in den jüngst erfolgten Vorschlägen von Hoover in diesem Umfang und mit solcher Klarheit vorgetragen, Europa wie Japan doch gleichmäßig überrascht haben dürften, auf der einen Seite; es sind zum andern die Folgen der zunehmenden Industrialisierung der Festlandräume der Monsunländer in Indien und China, die den Wirren in beiden gewaltigen Räumen mit der Hälfte der Bevölkerung der Erde eine so gefährliche Richtung gegen die Europäisierung der Erde gibt — wobei beide Länder freilich wieder eine Stütze an Japan und dessen Rückversicherung mit den Sowjet-Russen finden.

Der vorzügliche G-Artikel im 1. Morgenblatt der Frankfurter Zeitung vom 25. Februar über die wirtschaftliche Bedeutung des japanisch-russischen Vertrages sieht daher das Problem geopolitisch vielleicht immer noch etwas zu klein, selbst wenn er sagt, daß der vor kurzem abgeschlossene russisch-japanische Vertrag eine unermeßliche Bedeutung nicht nur für Japan, sondern für den ganzen Osten habe. Er hat sie nicht nur für diesen! Dort freilich werden sich die Folgen am sinnfälligsten zeigen: „Durch den Vertrag gewinnt Japan tatsächlich die volle Unabhängigkeit seiner Kohlen-Versorgung von England und den Vereinigten Staaten; seine Kohle bekommt die Vorherrschaft auf dem Pazifischen Ozean." Das ist richtig, Und für die Erdölversorgung gilt bei der neuen Methode der Ölgewinnung aus Begleit-Schichten des Karbon das gleiche.

Ein autarkisches amerikanisches Festland nach Hoover, das nur noch Überschüsse an Fertigwaren an den Weltmarkt abgibt, seinen Weizen zu hohen Preisen auf den Binnenmärkten festhält, und nur mehr seine Gold-Überschüsse zu Wucherzinsen ausleiht; ein bis zu voller Höhe seiner eigenen Bedürfnisse industrialisiertes Indien und China, das billige und schlechte Ware selbst erzeugt, die teure Typware von den Vereinigten Staaten besser bekommt als von Europa, und für die individualisierte Luxusware Europas kein Bedürfnis hat; dazwischen ein druckfrei gewordenes Japan, das längs der Zerrungsbögen in Vermittlerstellung immer weiter südwärts ausgreift — das sind gefährliche Perspektiven für eine Zwangsverkümmerung der auf Ausfuhr abgestellten, über-industrialisierten Gebiete Mitteleuropas, aber auch Englands ....

Sie mögen als übersteigerte Zukunftsbilder erscheinen. Aber sie malen sich überall in der Presse des indopazifischen Gebiets bei der Besprechung des russisch-japanischen Vertrags und haben bereits zu dem sehr realen Ergebnis geführt, daß eine Reihe weitsichtiger Unternehmungen trotz naheliegender Avancen sich dem niederländischen Inselreich ferngehalten haben, oder aus seinem Bereich abwandern. Der Druck Asiens verstärkt sich so im Bereich der malaiischen Inselwelt.

Gewiß ist noch ein weiter Weg zur wirtschaftlichen Selbstbestimmung Indiens und Chinas, gewiß ist noch ein weiter Weg zur amerikanischen Autarkie — aber wer die heutige Wirtschaftslage der Welt vergleicht mit der vor

zwölf Jahren, wird sich darüber klar sein, wie rasch große Umlagerungen vor sich gehen können!

Einstweilen freilich sind sowohl China wie Indien mit einer solchen Fülle eigener Probleme befaßt, daß die Verwirklichung großer Programme wohl in den Köpfen ihrer Verfechter näher scheint als in der Wirklichkeit.

Die Lage in China ist seit Wochen gleich undurchsichtig, sie ist gekennzeichnet durch die Waffenruhe, die so häufig dann eintritt, wenn niemand weiß, wem von seinen Freunden oder Feinden er am meisten mißtrauen soll. So stehen in und um Peking die drei Gruppen Feng-Yu-Hsiang, Chang-Tso-Lin und Tuan-Chi-Jui in gegenseitiger wachsamer „Bundesgenossenschaft“ noch heute, wie sie vor Wochen standen. Dabei ist die Kraftlinie Changs weit auseinandergedehnt; an ihrem Ausgangspunkt in der Mandschurei hat sie durch die japanisch-russische Einigung vielleicht an Sicherheit gewonnen, sicher an freier Beweglichkeit eingebüßt: Demgegenüber hat Feng durch seine Abkommandierung nach Westen zwar die unmittelbare Kontrolle über die Hauptstadt lockern müssen, aber doch in einer Richtung zurückgehen können, aus der er jederzeit die moralische Stoßkraft seiner Sowjetfreunde zur Hilfe heranholen kann. Die Stellung der Sowjets aber erfährt eine Stärkung nach der persönlichen Seite schon dadurch, daß nunmehr neben Karachan in Peking, Kopp in Tokio ihre Interessen als Botschafter vertritt. Eine Schwächung bedeutet für alle linksgerichteten Strömungen in China, und mittelbar in ganz Asien, der anscheinend nun endgültige Tod Sun-Yat-Sens, mit dem ein Staatsmann und Agitator von seltener Ausdauer im Anstiften neuer Unruhen von der Bühne seiner Wirksamkeit abtritt.

Völlig unklar sind nun die Verhältnisse in Südchina. Der Tod Sun-Yat-Sens öffnet seine Stellung in Kanton neuen Parteiungen; und nicht minder unklar sind die Zustände am Yangtsekiang. Widersprechende Meldungen gehen über das Verhältnis des geschlagenen Wu-Pei-Fu ebenso zu den neuen Pekinger Machthabern, wie zu seinen ehemaligen Anhängern unter den Tutschunen der Yangtse-Provinzen um; überall scheint das Aufflackern zunächst lokaler Kämpfe durchaus möglich. Aber der Schluß liegt nahe, daß auch solche, an wichtiger Stelle entbrannt, in ihren Folgen für ganz China unberechenbar sein können.

Angesichts dieser augenblicklich „friedlichen“, aber doch sehr gespannten inneren Lage Chinas ist es vielleicht ein Glück für das Land, daß der dramatische Zusammenbruch der Opium-Konferenz es ihm ermöglicht, in der Opium-Frage alles beim alten zu lassen, — d. h. einen jeden trotz der Verbote seinen Mohn bauen, und jeden Tutschun darauf seine Steuer erheben lassen, wie es eben bisher im Gebrauch war . . . „Unter den obwaltenden Verhältnissen ist eine Lösung der Opiumfrage unmöglich.“ Das ist richtig; und die obwaltenden Verhältnisse zeigen auch nicht die geringste Neigung, günstigeren Platz zu machen. So kommt hier in einer scheinbaren Nebenfrage die ganze Schwere indopazifischer Einigungsprobleme zur Geltung.

Denn nicht nur für China und für Persien ist das Auffliegen der Opium-Konferenz geradezu eine Erleichterung: Auch für große Teile der angelsächsischen Welt, die freilich über diese Tatsache meisterhaft hinwegzutäuschen versteht. Denn die Opiumfrage beleuchtet grell die innere Gefahrzone des englischen Gesamtreichs: Den sich wieder verschärfenden Gegensatz zwischen Indien und den weißen Dominions.

Die indische Regierung hat zu großem Ärger auch maßvoller indischer Nationalisten nunmehr in der Ostafrika-Siedlungsfrage den Rückzug angetreten. In Britisch-Ostafrika bleiben die Inder vom Erwerb von Siedlungsländereien in den hochgelegenen auch für Europäer gesunden Gebieten ausgeschlossen. In Südafrika schickt sich die Regierung Hertzog (Koalition der Buren und der weißen Arbeiter) an, die

Trennungslinie zwischen weiß und farbig wieder einmal gesetzlich zu unterstreichen, und an den wenigen Stellen nachzuziehen, wo sie unter Smuts ein wenig verblaßt war.

Das alles wirkt auf Indien zurück, und wirkt nicht mäßigend. Denn es zeigt auch dem Blindesten wieder einmal, wie unmöglich eine Lösung der indischen Selbstbestimmungs-, ja nur der Selbstverwaltungs-Frage ist, die im Rahmen des englischen Imperiums den Gleichheits- und Freiheits-Wünschen der Inder und den Selbsterhaltungs-Notwendigkeiten der weißen Dominien gerecht wird. Darüber kann auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, daß Lord Lytton, der Gouverneur von Bengalen, jetzt anscheinend gewillt ist, sich an den Verhandlungstisch mit den Führern der Swaraj-Partei, die im dortigen Parlament die Mehrheit haben, zu setzen, um nach einem Versuch diktatorischen Regiments wieder zu unangefochtenerer Verwaltung der wichtigen und volkreichen Ganges-Landschaft zu kommen. Bei diesen Verhandlungen könnte sich wohl eine Einigung erzielen lassen, denn Lord Lyttons energische Haltung hat doch maßgebende Führer der indischen Obstruktionspartei dazu gebracht, einen beträchtlichen Guß Wasser in ihren programmatischen Wein zu tun. Aber auch wenn in Bengalen wieder politischer Waffenstillstand einkehrt, bleibt gerade in den wichtigsten Gebieten Indiens, in Bengalen, den Zentralprovinzen und an der Nordwestgrenze die Lage unsicher genug.

Und es ist — wie man auch die Motive dazu auffassen möge — gewiß ein Kennzeichen der Lage, daß — zum ersten Mal, seit es diesen größten Posten des englischen Weltreichs gibt — der amtierende Vizekönig von Indien zur Beratung und Berichterstattung nach England geht.

Mit dieser Englandfahrt Lord Readings (der einstweilen durch Lord Lytton ersetzt werden soll) mag sich zunächst für Indien eine gewisse Ruhe ergeben. In tiefere Zusammenhänge wird man vielleicht blicken können, wenn über die Rückkehr des Vizekönigs Lord Reading von England nach Indien die Entscheidung fällt . . .

Auch andere Teile des Weltreichs haben ihre Sorgen: Bemerkenswert ist der Zusammenbruch des australischen Staatsschiffahrts-Gedankens vor der rauhen Wirklichkeit des Zusammentreffens einer Schiffahrtsflaute mit der Überteuerung und Wettbewerbs-Unfähigkeit staatssozialistischer Betriebe. Neun von den achtzehn bisher verkauften Schiffen haben Japaner erworben, sechsunddreißig sind noch feil — ein böses Vorzeichen für die mangelnde Lebenskraft des unterernährten fünften Erdteils, im Verhältnis zu seiner Raumgier und seinem Ausdehnungswillen. 95 Millionen Mark soll der Schiffspark mit seinen 170 000 t wert gewesen sein; mehr als ein Zehntel dieses Werts hat Australien im Betrieb vom 1. 9. 1923 bis 1. 9. 1924 darauf bezahlt. Nun scheint es des Ringens um das blaue Band des Pazifik von Staatswegen müde zu sein.

Um so stärker denkt es an seine Verteidigung. Vergegenwärtigt man sich, daß unter namhafter finanzieller Beteiligung von Australien und Neuseeland nunmehr der Ausbau von Singapore vor sich gehen wird, vergegenwärtigt man sich weiter, daß die englische Stellung in Vorderasien durch den Ausgang der ägyptischen Wahlen und den Kurden-Aufstand sich sicher nicht verschlechtert hat; vergißt man endlich nicht die wesentliche Tatsache, daß in England selbst eine Tory-Regierung in voller Macht ist, und daß auch in Amerika nach dem 4. März Präsident Coolidge ganz anders außenpolitisch wirksam werden kann, als vor diesem Datum, — so mag man den Gesamteindruck gewinnen, daß allen weitgreifenden Befreiungswünschen in Südostasien gegenwärtig starke und schwer überwindbare Kräfte entgegenstehen.

Dessen ist ja auch die japanisch-russische Verständigung eine gültige, halb freiwillige, halb unfreiwillige Zeugin.

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Das romanische Amerika I

Das romanische Amerika ist geopolitisch trotz des überall wiederkehrenden romanischen Grundzugs ebensowenig wie das germanische Amerika eine Einheit. Im Norden nehmen Mexiko, Colombia und Venezuela unverkennbare Sonderstellungen innerhalb der Randländer um das amerikanische Mittelmeer ein. Ist Mexiko zu groß und eigenschwer und physischgeographisch doch wieder so eng mit dem Westen und Süden der Vereinigten Staaten verknüpft, so sind Venezuela und Colombia, von denen das eine zwar ganz, das andere mit seiner lebenswichtigsten Zone auf der Verkehrsbasis des amerikanischen Mittelmeeres steht, wieder andererseits zu südamerikanisch kontinental, als daß diese drei Staaten noch zum engeren geopolitischen Kraftfeld der amerikanischen Mittelmeerländer zu rechnen wären.

Der typische politischgeographische Grundzug der amerikanischen Mittelmeerländer i. e. S., Mittelamerikas und Westindiens, fehlt diesen drei großen Staaten. Äußerlich fällt ein völliges Abweichen dieser politischen Kleinwelt von dem übrigen amerikanischen Größenstil der politischen Organismen auf. Die größten Staaten erreichen hier knapp die Hälfte von Preußens Areal, und die kleineren bleiben zum Teil erheblich hinter der Größe Bayerns zurück. Ihre Bevölkerungssummen sind nur ausnahmsweise mit der einer Millionenstadt vergleichbar. Diese Kleinheit der politischen Organismen stempelt das engere amerikanische Mittelmeergebiet zu einer Zone politischer Schwäche und zum Lockgebiet für die starken Mächte der Umwelt. Unterstützt werden solche Tendenzen des Übergreifens von außen her durch die vielfach klar umrissene physischgeographische Sonderung in einzelne Teilgebiete, Inseln oder Isthmusabschnitte. Vornehmlich diese Tatsache hat die westindische Inselwelt seit der Hochzeit der europäischen Kolonisation zu einer Zone „politischgeographischer Ausammlung" und zugleich zu einer Region der Fremdwirkungen gemacht. Sie ist es in erhöhtem Maße noch heute, da sich hier — wie kaum irgendwo anders — mit den europäischen Einflüssen die der Union treffen. Während in diesem inneren Bereich schon von einer Herrschaft der vereinsstaatlichen Kraftwirkungen gesprochen werden kann, ringen diese mit den größeren Randstaaten, mit Mexiko, Colombia und Venezuela, noch um Geltung. Kräftiger wehrt sich Mexiko, das gegen die Union weithin offen liegt und sich durch diese unmittelbare Nachbarlage dauernd beängstigt fühlt, gegen die Versuche solcher Vergewaltigung als die beiden südlicheren Staaten, die der nächsten Gefahrzone entrückt sind; aber auch sie lagern unverkennbar in der sich immer mehr ausbreitenden und sich dauernd festigenden Einflußsphäre des nordamerikanischen Hegemoniestaates.

Denn die Einflußtendenzen der Union, die sich mit der Entfernung und mit der Sonderlage eines jeden Staates abschwächen und eine besondere Ausprägung finden, lassen sich in dem ganzen übrigen Südamerika verfolgen. Bolivien führt in der Hinsicht ein ausgesprocheneres Sonderleben als Peru und Ecuador. Der ABC-Block, der freilich nur in seiner Abwehr gegen Nordamerika ein einheitliches Interesse bekundet, wird bei dieser ebenso von der Größe seiner Einzelglieder und ihrem immerhin beträchtlicheren Volksreichtum wie von seiner Lage fern von der Union unter-

stützt. Darum gehen auch von hier in viel geringerem Maße die Tendenzen der Anlehnung an europäische Mächte aus als von dem weit gefährdeteren Mexiko, das mehrfach und gerade wieder neuerdings bekundet hat, daß es auf die deutsche Freundschaft Wert legt.

Alle Äußerungen eines überall erkennbaren, recht klaren staatlichen Selbstbewußtseins ziehen ihre Kraft aus einem erst in jüngerer Zeit durch zwei Prozesse, die jungnationalistische Entwicklung und den Wirtschaftsaufstieg, befruchteten Nährboden. Dem ersten begegnet der geopolitische Betrachter fast überall; denn eine jungnationalistische Welle kreist seit geraumer Zeit, heute lebhafter als vor einigen Jahrzehnten, um die Welt. Man will Argentinier, Chilene, Brasilianer, Venezolaner usw. sein. Das ist gesunde politische Selbstbesinnung, die freilich in ihren vielfältigen Äußerungen nicht immer ohne weiteres im Ausland verstanden wird. Und zugleich regt sich kräftige politische Selbsteinschätzung dabei, die durch die staunenswerte wirtschaftliche Entwicklung fast des gesamten Lateinamerika genährt wird. Im Lande ist vielfach freilich übersehen worden, daß diese wirtschaftliche Kraftentfaltung nicht lediglich auf den autochthonen Bedingungen basiert. War sie doch das Ergebnis der politischen Weltkonstellation der Kriegsjahre und ersten Nachkriegsjahre, die zur Zerreißung oder wenigstens starken Unterbindung der Beziehungen Lateinamerikas zu Europa und zu selbstgenügsamerer Wirtschaftsweise innerhalb der amerikanischen Staaten geführt hat. Rasche und rege Industrialisierung ist der Hauptgrundzug dieser Umstellung, und sie hat mit am meisten das nicht ganz berechtigte Gefühl der politischen Eigenkraft ausgelöst. Vor solcher Überschätzung warnen die schon vielfach seit der Aufnahme der ehemaligen Weltbeziehungen zu erkennenden wirtschaftlichen Rückschläge. Zur Ergründung dieser Tatsache ist nicht immer in Erwägung gezogen worden, daß die Kurve eines mehr zwangsweisen Wirtschaftsaufstiegs wieder verflachen mußte, wenn die Wirtschaftsleistungen, die eine zeitlang einem in gewissem Grade staatlich geschützten, kokurrenzfreieren Markte galten, wieder dem freien Wettbewerb der ganzen Welt ausgesetzt waren. Völlig außer Konkurrenz hat sich freilich die Wirtschaftsentfaltung nie vollzogen; und gerade während der Abschnürung Europas haben die Vereinigten Staaten den lateinamerikanischen Markt in ungleich größerem Umfange als vorher beherrscht. Mit der Wiederaufnahme allseitiger Weltbeziehungen ist auch dieser Einfluß Nordamerikas wieder geringer geworden. Selbst Deutschland hat damals einen ganz wesentlichen Teil seiner vor dem Kriege innegehabten Absatzgebiete zurückgewonnen, die es aber leider, weil es schlechte Ware bei zugleich unnötig erschwerten Lieferungs- und Zahlungsbedingungen schickte, in ganz erheblichem Maße wieder eingebüßt hat. Trotz dieses noch dauernden Schwankens in den Außenhandelsbeziehungen ist die Durchdringung der lateinamerikanischen Wirtschaft durch die Union und die Handelsverknüpfung mit dieser weit größer als vor dem Kriege. Wir behalten uns vor, auf diese Wandlung in den geopolitischen Grundlagen in einem besonderen Aufsatz zurückzukommen.

So wichtig auch die materiellen Grundlagen für die politische Selbstbesinnung eines Staates sind, — im Abwehrkampfe gegen Nordamerika, den Anglo-Amerikanismus, spielt die romanische Geistes- und Kulturstruktur, der Ibero-Amerikanismus, eine ganz ausschlaggebende Rolle. Denn die von Sympathie und Kulturverwandtschaft getragenen Beziehungen verknüpfen die lateinamerikanischen Staaten mit den romanischen Staaten Europas. Die Bedeutung dieser Tatsache liegt freilich fast ganz auf der ideellen Seite. Kraft zur Sonderentwicklung des Staates im ibero-amerikanischen Sinne fließt aus ihr, weil sie Abschließung gegen stärkere Beeinflussung durch nichtromanische Kulturelemente gestattet, ohne daß durch solche Isolierung eine Verarmung zu befürchten wäre. Zu einem

machtpolitischen Zusammenschluß der amerikanischen und europäischen romanischen Staaten bildet diese Verkettung nur geringen Anlaß.

In vieler Hinsicht sind die einzelnen lateinamerikanischen Staaten noch unfertig; und öfters auftretende revolutionäre Zuckungen sind dafür bezeichnende Symptome. In diesem Zusammenhang fällt auch immer wieder der unverkennbar scheinbare Widerspruch der theoretisch großen Aufnahmefähigkeit der im ganzen volksarmen, nach Menschenkräften, Siedlern geradezu begehrenden Staaten und den zahlenmäßig weit geringeren Existenzmöglichkeiten, die sich erfahrungsgemäß den Einwanderern bieten. Dieses Mißverhältnis war vielfach der Grund, daß die lange Reihe trauriger Einwandererschicksale auch in neuer Zeit nicht abriß; und es entspringt aus der Unfertigkeit der gesamten Struktur dieser Staatsorganismen, die sich in einer mangelnden Organisation zu Lenkung und Auswertung der Wanderbewegungen zeigen muß, ohne daß leichterdings Abhilfe geschaffen werden könnte.

Weil die Außengrenzen der Staaten seinerzeit vielfach ohne genügende Kenntnis des Landes gezogen wurden, tauchen immer wieder Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen politischen Organismen, selbst zwischen den Gliedern der Bundesstaaten auf. So liegt eine Zone des latenten Konfliktes zwischen Venezuela und Colombia im Zugangsgebiet vom Orinokotiefland zum Amazonas; und ebenso ist ein Teil der Halbinsel Guajira strittiges Gebiet zwischen denselben Staaten. Auf das südöstlichste Colombien erheben Peru und Ecuador Ansprüche; und der größte Teil von Ecuador selbst, sein ganzer Anteil am Amazonastiefland, und außerdem eine geringfügige Küstenzone wird von Peru beansprucht. Ein ähnliches Verhältnis besteht zwischen Bolivia und Paraguay, in dem jenes das östliche Paraguay bis zum gleichnamigen Fluß, dieses dagegen fast den ganzen bolivischen Chaco fordert. Eine dieser Grenzgebietsstreitigkeiten scheint in nächster Zeit zu einer vorläufigen Regelung zu kommen: Die Tacna-Aricafrage.

Die Gebiete von Tacna und Arica reichen vom Scheitel des stumpfwinkligen Aricagolfes bis zu den Höhen der Anden und bilden, heute politisch zu Chile gehörig, den Grenzwinkel zwischen diesem, Peru und Bolivien und zugleich eine zwischen diesen drei Staaten strittige Zone seit mehr denn vier Jahrzehnten. Einst peruanischer Besitz, wurden sie zugleich mit dem bolivischen Küstenanteil um Antofogasta im Pazifischen Krieg an Chile verloren, dessen überlegene Militärorganisation über die unter sich nicht einigen Gegner den Sieg davontrug. Zwar bestimmte der Vertrag von Ancón (1883), daß nach zehn Jahren in dem Tacna-Aricagebiet eine Volksabstimmung entscheiden solle, zu welchem Staat die Zone gehören wolle. Doch konnten sich Peru und Chile über den Modus der Abstimmung nicht einigen; und der deswegen erwartete Schiedsspruch Spaniens ist nie erfolgt. Chile hat damit gleichsam zur Entschädigung für die Kriegsopfer das Gebiet annektiert und fast vollkommen chilenisiert, wenn auch noch bei einer Anzahl alteingesessener Familien Sympathien für Peru vorhanden sind. Chile hat aber weit mehr getan; es hat diese Landschaften, die zur Zeit der Abtretung von der peruanischen Regierung als entlegene, wirtschaftlich und kulturell bedeutungslose Gebiete angesehen wurden, wirtschaftlich entwickelt. Mit dieser neuen Wertung wurde die Grenzgebietsfrage wieder akut. Dabei sind in völliger unberechtigter Weise von Peru historische Besitzansprüche angemeldet und damit außer Acht gelassen worden, daß es sich nun neuerdings um eine chilenische Provinz handelt, deren kulturlandschaftliche Entwicklung zum guten Teil ein Verdienst Chiles ist und die darum von Chile nicht nur erobert, sondern auch erworben und durch Kulturarbeit zu einem Teil des chilenischen Staates gemacht worden ist. Prinzipiell ist dabei verkannt worden, daß ein junger Kulturstaat wie Chile sich durch die



Kulturarbeit in einer vorher kaum entwickelten Landschaft, durch die Aufprägung bestimmter Kulturlandschaftszüge, seinen Lebensraum selbst schafft, und daß dann die in einem solchen Staatsraum eingebauten Kulturorgane, vornehmlich die modernen Verkehrswege, stärkere Klammern des Zusammenhalts sind, als es die an sich nicht innigen Beziehungen zu Peru sein können. Denn Tacna und Arica sind zu den Endgliedern der großen durchlaufenden chilenischen Verkehrsader geworden. Gegenüber solchen Zusammenhängen des Lebens bedeuten auf historische Verhältnisse gestützte Rechte nichts. Es ist daher nicht zu erwarten, daß die Streitfrage auch nur für eine naheliegende Zeit geschlichtet wäre, wenn die durch den Schiedsspruch des Präsidenten der Vereinigten Staaten geforderte Volksabstimmung zuungunsten Chiles ausfallen sollte. Denn, wenn auch auf der Seite Perus das historische Recht steht, so ist auf der Seite Chiles, des Kulturbringers, das Recht des Lebens, das ganz von selbst seine Ansprüche geltend machen wird. Nicht der Historie, sondern dem Leben gebührt der Vorrang bei allen politischgeographischen Erwägungen und Urteilen, wenn wir in den Staaten lebende Organismen sehen. Auch der Weg der versuchten Regelung ist geopolitisch von Bedeutung: nicht mehr das Mutterland Spanien wurde von den beiden Tochterstaaten angegangen, sondern die nordamerikanische Union. Das ist panamerikanische Umorientierung!

Nach zwischenstaatlichem Ausgleich und Übereinkommen verlangt allerdings die gesamte **nordchilenische Frage**, die freilich weniger zwischen Chile und Peru als zwischen Chile und Bolivia gefunden werden müßte. Hat doch der Pazifische Krieg nicht nur zur Abtrennung des Tacna-Aricagebietes von Peru, sondern auch zum Verlust des bolivischen Küstenanteils mit dem Vorort Antofogasta geführt und damit Bolivia seines Seeausgangs beraubt und zum Binnenstaat zurückgeschnitten.' Diese Abdrängung vom Meer ist auf die Dauer nur tragbar, wenn ein verständiges Übereinkommen zwischen Chile und Bolivia dem Hochlandsstaat die ungehinderte Benutzung seines nächsten Weges zur Küste zusichert; und das ist die Bahnlinie von La Paz, der bolivischen Hauptstadt und dem Zentrum der wichtigsten Lebenszone des Staates, durch das Tacnagebiet nach dem Hafen Arica. Sowohl Chile wie Bolivia müssen an einer solchen Regelung volles Interesse haben, da das Tacnagebiet nicht nur das Sector für Bolivia bildet, sondern auch andererseits die wirtschaftliche Weiterentwicklung der an sich armen chilenischen Provinz gerade auf eine enge Verkehrs- und Handelsverbindung mit dem bolivischen Hinterland angewiesen ist. Diese Beziehung des nördlichsten Chiles zu Bolivia macht aber die Beantwortung dieser Grenzgebietsfrage nicht leichter; und sie läßt vermuten, daß von einer endgültigen Regelung noch nicht gesprochen werden kann.

Wie die latenten oder schwebenden Grenzstreitigkeiten für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten bezeichnend sind, so lassen sich für die eingangs aufgestellten Grundtendenzen aus dem jüngsten Leben der meisten Staatsorganismen Beiträge beibringen. Das soll in der nächsten Berichterstattung geschehen. In diesem Heft hat A. Stelzmann in einem kurzen Aufsatz über die Lage in **Mexiko** schon diesbezügliche Mitteilungen gemacht.

ERICH OBST:
LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA
Rußland und der Orient.

Dietrich Schäfer, Osteuropa und wir Deutschen. Verlag der Otto Elsner G. m. b. H., Berlin 1924, 186 Seiten.

Eine glänzende Darstellung der Beziehung zwischen Deutschland und Osteuropa von den Anfängen der Germanen bis zur Gegenwart. Gigantisches historisches Wissen paart sich in diesem Buche mit einer erstaunlichen Weitsicht, und dazu gesellt sich ein Stil, der die Lektüre der Schrift wahrhaft zu einem Genuß macht.

Wie in einem Drama ziehen die einzelnen Akte an uns vorüber: die mittelalterliche Glanzzeit deutscher Ausbreitung, das Jahrhundert rückläufiger Bewegung, das erneute Vordrängen von der Reformation bis zur großen französischen Revolution, das Hin und Her während des erwachenden Nationalismus in Polen, Böhmen, den Balkanländern und Rußland.

Nachdrücklich hebt Schäfer hervor: „Germanisierung von Gebieten, die jenseits dieser Grenze liegen, ist, mit einziger Ausnahme des Ordenslandes, im ganzen Mittelalter, ja bis ins 18. Jahrhundert, ausschließlich und allein durch die einheimischen, nichtdeutschen Staatsleitungen begonnen oder gefördert worden; weder das deutsche Königtum noch deutsche Fürsten haben für sie Hand gerührt. Damit ist gegeben, daß die Entwicklung eine durchaus friedliche ist, daß kriegerisches Handeln in ihr keine Rolle gespielt hat, und daß alle Vorwürfe wegen Mißbrauch von Macht, die so oft gegen unsere mittelalterlichen Herrscher erhoben worden sind, für dieses Gebiet schlechterdings der Begründung entbehren. Eroberungsabsichten fehlen hier vollständig."

Die Zukunftsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Osten erfüllen Schäfer mit banger Sorge, doch hofft er, daß ein starkes Deutsches Reich imstande sein wird, zum Segen aller das einst freundnachbarliche Verhältnis wieder herzustellen: „So stehen die Völker, die vor allen anderen uns ihre Einführung in die abendländische Kultur verdanken, bereit, im Verein mit Frankreich unser Reich aus der Reihe der selbständigen Staaten auszumerzen. Die Frage, ob wir ihren Ansprüchen den nötigen Widerstand entgegensetzen können, ist für uns zur Daseinsfrage geworden, genau wie gegenüber den westlichen Nachbarn, weit schärfer als je in der Zeit der Slaven-, Ungarn- und Hussiteneinfälle. Damit sind unsere Beziehungen zu ihnen staatliche geworden; es handelt sicht nicht mehr in erster Linie um die Tüchtigkeit und Brauchbarkeit des Einzelnen, sondern um die Leistungsfähigkeit unseres Staatswesens in der Vertretung seiner Angehörigen. Schafft uns die Republik kein einheitliches starkes Reich, so sind deutscher Staat und deutsches Volk für immer verloren; sie können dann dem gleichzeitigen Andrang von Osten und Westen — dazu noch von Norden und Süden — nicht mehr standhalten. Unsere östlichen Nachbarn machen noch weitere Ansprüche, als sie bis jetzt durchgesetzt haben; sie wünschen uns über die Oder zurückzuwerfen, Österreich zwischen Tschechen und Südslawen zu zerdrücken oder gar aufzuteilen. Soweit dann noch deutsche Kultur vorhanden sein kann, wird sie eine Magd der Fremden.

So wird auch in den Beziehungen zu Osteuropa unsere erste und oberste Aufgabe sein, uns als selbständiger Staat zu behaupten. Gelingt uns das, so werden wir wieder in Grenzen leben können, die für uns erträglich sind; die

jetzt gewaltsam aufgerichteten sind es nicht. So wenig wie im Mittelalter ist es Deutschlands Bestreben, über seine östlichen Nachbarn zu herrschen; aber es kann sich auch nicht jede Willkür und jede Verletzung deutschen Rechts gefallen lassen. Deutsche Leistungsfähigkeit hat einen weiten Vorsprung und wird ihn noch lange behaupten. Wie in früheren Zeiten, wird auch in Zukunft der Deutsche im Osten gesucht sein trotz aller Nationalitätenraserei, gesucht besonders bei den Russen, von denen uns kein politischer Gegensatz trennt. Dann mag wieder friedliche Förderung Platz greifen wie einst im Mittelalter zum Besten aller Beteiligten."

Alfred von Hedenström, Geschichte Rußlands von 1878 bis 1918. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart und Berlin 1923, 348 Seiten.

Nach einem kurzen einleitenden Kapitel über Land und Leute (S. 11—16) verfolgt Hedenström die russische Geschichte von Alexander II. bis zum Untergang des Zarenreiches und dem Siege Lenins im Jahre 1917. Die Kriegsgeschichte spielt erfreulicherweise nicht die Hauptrolle, vielmehr werden die geistigen und sozialen Bewegungen jedesmal stark hervorgehoben, so daß der schließlich einsetzende bolschewistische Umsturz als Endglied einer unaufhaltsam fortschreitenden gesellschaftlichen Umschichtung erscheint.

Für denjenigen, der sich rasch über die Geschichte Rußlands in den letzten 50 Jahren orientieren will, wird das Buch von Hedenström ein willkommenes Hilfsmittel darstellen.

Karl Stählin, Geschichte Rußlands von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bd. I. Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, Berlin und Leipzig 1923. 438 Seiten mit drei Kartenbeilagen.

Das großangelegte Werk Stählins wird sich in drei Teile gliedern. In dem hier vorliegenden ersten Teil, der bis zu Peter dem Großen führt, entfremdet sich Rußland von Europa infolge der unaufhörlichen Einbrüche asiatischer Völkerstämme und des Sieges des byzantinischen Christentums. Die zweite große Epoche, die Peter einleitet, kennzeichnet sich durch die Anlehnung an den Westen und den Beginn einer starken russischen Expansion. Der dritte Hauptabschnitt endlich ist die revolutionäre Auseinandersetzung zwischen westlichen Ideen und dem Mißverhältnis zwischen imperialistischer Überspannung und vernachlässigten Innenaufgaben.

Der bereits erschienene erste Band schildert das Entstehen des Kiewer Staates, die Teilfürstentümer im Moskauer Raum, die Tatarenzeit, das Aufkommen der Moskauer Vormacht und das Wirken der ersten Romanows. Die Darstellung erhält einen besonderen Reiz dadurch, daß Stählin, dem großen Vorbilde Kliutschewskijs folgend, u. a. den Einfluß der Natur auf den Menschen und den geschichtlichen Ablauf immer wieder stark betont. Für den geopolitisch eingestellten Leser sind gerade diese Abschnitte von ganz besonderem Interesse.

Dem Buche des hervorragenden Berliner Historikers ist eine weite Verbreitung dringend zu wünschen. Mit Spannung sehen wir dem Erscheinen der beiden weiteren Bände entgegen.

W. Kliutschewskij, Geschichte Rußlands. Herausgegeben von Prof. Dr. F. Braun und Reinhold von Walter. Bd. 1. Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, Leipzig und Berlin, Obelisk-Verlag, Berlin 1925. XXIV und 382 Seiten, 1 Karte.

Es ist aufs höchste zu begrüßen, daß das Lebenswerk des größten russischen Geschichtsschreibers, des Ranke oder Treitschke der russischen Welt, nunmehr, 14 Jahre nach dem Tode des Meisters, in deutscher Sprache vorliegt. Wir Deutsche können uns dessen um so mehr rühmen, als Kliutschewskijs Geschichte Rußlands im Zarenreiche selbst in kurzer Frist drei Auflagen erlebte, aber in dem vorliegenden Buche überhaupt zum ersten Male in westeuropäischer Sprache erscheint.

Wie auch die Herausgeber ausdrücklich her-

vorheben, setzt Kliutschewskij, dem Zuge seiner Zeit folgend, der historischen Forschung und Darstellung in erster Linie soziologische Ziele; er faßt Geschichte schlechthin als Vorstufe zur Soziologie auf. Daher sein vorwiegendes Interesse für den Entwicklungsgang der russischen Gesellschaft, sein tief eindringendes Studium der Geschichte der einzelnen Bevölkerungsklassen und ihrer Wechselwirkung. Kliutschewskijs Werk ist weniger eine Geschichte der politischen Schicksale Rußlands, als eine Schilderung des Entwicklungsganges des russischen Volkes in des Wortes eigentlichster Bedeutung, und darin liegt u. a. sein unschätzbarer Wert für den Nichtrussen. Es hat wohl kaum einen Historiker in Rußland gegeben, der sein Volk in Gut und Böse voller verstanden, sein Leben in Vergangenheit und Gegenwart tiefer miterlebt hätte als Kliutschewskij.

Und nicht genug damit. Kliutschewskij, der Sohn eines schlichten Dorfgeistlichen, ist so innig mit der Natur seines Landes verwachsen, daß er geschichtliche Ereignisse niemals deuten kann, ohne die starke Erdgebundenheit zu betonen. Von Kliutschewskij stammt der berühmte Ausspruch: „Wald, Steppe und Strom sind die historisch bedeutsamen Grundelemente der russischen Natur. Jedes von ihnen hat auch für sich genommen einen lebendigen und eigenartigen Anteil an der Lebens- und Begriffsgestaltung des russischen Menschen."

Der Raum verbietet zu zeigen, wie Kliutschewskij im ganzen vorliegenden ersten Band diese Erkenntnis im einzelnen auswertet. Wir verzichten auch auf eine Inhaltsangabe dieses Bandes, der aus den Anfängen von Kiew bis in die Zeit der Teilfürstentümer im beginnenden 14. Jahrhundert führt. Nicht das Was ist für Kliutschewskij bezeichnend, sondern das Wie. Keiner, der sich ernsthaft mit Rußland beschäftigt, darf und wird an diesem Meisterwerk spezifisch russischer Geschichtswissenschaft vorübergehen. Wir beglückwünschen den Verlag aufrichtig zur Herausgabe der deutschen Übersetzung und hoffen, daß die weiteren Bände recht bald folgen werden.

Karl Nötzel, Die soziale Bewegung in Rußland. Ein Einführungsversuch auf Grund der russischen Gesellschaftslehre. Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, Berlin und Leipzig 1923. 556 Seiten.

Dieses sehr umfangreiche Werk Nötzels stellt eine Zusammenfassung und Fortführung seiner früheren Arbeiten dar, namentlich der „Grundlagen des geistigen Rußlands" (3. Auflage, Leipzig 1923). Das erste Buch seiner großangelegten soziologischen Untersuchung betitelt Nötzel „Wesen und Ursprung der russischen Gesellschaftslehre". Er führt darin den Nachweis, daß die russische Gesellschaftslehre vorgelebte Philosophie ist und schildert ihre natürlichen und geschichtlichen Bedingtheiten: die Beschaffenheiten des russischen Landes (monotones Tiefland, Mangel an natürlichen Grenzen, gegensatzreiches Klima) und das historische Schicksal (Tatarenjoch, Despotismus, Leibeigenschaft, Landgemeinschaft-Mir, orthodoxe Kirche u. a. m.).

Das zweite Buch schildert die Entwicklung und Verwirklichung der russischen Gesellschaftslehre von der Aufklärung über den Nihilismus und Marxismus bis zum Bolschewismus. Letzterer wird als Zusammenfassung und notwendiges Ergebnis der gesamten bisherigen russischen Gesellschaftsentwicklung erkannt. Die entscheidende Rolle, die die russische Intelligenz als Träger der sozialen Bewegung spielt, wird allenthalben stark hervorgehoben

In den drei letzten Büchern erfährt der Bolschewismus eine eingehende Analyse. Nötzel erblickt in ihm den Ausdruck einer Krisenstimmung der gesamten geistigen Menschheit, vermag aber den Lösungsversuch der Bolschewisten in keiner Weise anzuerkennen: „Und darum wird es wahr bleiben, solange der Mensch den Willen für den Menschen erlebt, wahr bleiben ungeachtet aller Schmähungen von seiten der heutigen, dogmatischen, sich übereilenden und schon darum ungereinigten Welt-

erlöser — daß der Mensch, mag er noch so sehr innerlich beteiligt sein am Schicksal der ganzen Menschheit, und gerade wenn er das ist, seinen Mitmenschen keinen höheren Dienst zu erweisen vermag, als daß er unentwegt an sich selber arbeitet. Bevor er aber nicht hierbei zu einem gewissen Abschluß gelangte, wenigstens bis zur Einsicht seiner hauptsächlichsten Unvollkommenheiten und bis zur Erkenntnis des Weges, dan er einschlagen muß zu ihrer Überwindung — hat er gar kein Recht, mit Hand anzulegen an irgend einer gesellschaftlichen Reform. Denn vorher fehlt ihm das einzig mögliche Ziel: Der innerlich freie Mensch, der nur in kritischer Selbsterfassung erlebt werden kann, und darum muß sein Wirken so oder so auf Vergewaltigen des tatsächlichen Mitmenschen hinauslaufen. Die ganze russische Gesellschaftslehre bietet eine einzige erschütternd tragische Warnung vor solcher Übereilung — vor offenbarster Menschennot . . . Die russische Gesellschaftslehre und ihre Verwirklichung in der sozialen Bewegung in Rußland scheiterten an dem Verkennen der menschlichen Persönlichkeit."

Das Werk Nötzels ist allen denen warm zu empfehlen, die das russische Problem in seiner ganzen Tiefe begreifen wollen. Man wird gewiß nicht mit allen Deutungsversuchen restlos einverstanden sein, aber das Buch bietet sehr viel Anregung und ist wohl dazu geeignet, die russische Sphinx dem europäischen Menschen nahezubringen. Der geopolitisch interessierte Leser kommt namentlich in dem ersten Abschnitt auf seine Rechnung.

Walther Tuckermann, Osteuropa. 2 Bände der „Jedermanns Bücherei". Verlag von Ferdinand Hirt, Breslau 1922.

Auf dem gedrängten Raum von 86 kleinen Seiten erhält der Leser einen Überblick über das Gesamtgebiet, um dann auf weiteren 95 Seiten in das Wesen der Einzellandschaften eingeführt zu werden. Die Darstellung verrät den erfahrenen, kenntnisreichen wissenschaftlichen Geographen, der Wichtiges vom Unwichtigen zu scheiden weiß und die Materie so beherrscht, daß er trotz starker Zusammendrängung ein klares, anschauliches Bild des großen Ostraumes zu entwerfen vermag.

Zu einer ersten Orientierung über Natur und Mensch in dem weiten Flachland Osteuropas sind die beiden Bändchen wärmstens zu empfehlen.

Fridjof Nansen, Rußland und der Friede. Verlag von F. A. Brockhaus, Leipzig 1923, 188 Seiten, 34 Abbildungen.

Nansen, der aus edlen, menschenfreundlichen Gründen zur Zeit der großen Hungersnot die „Nansenhilfe" begründete, gibt in diesem Buche eine eingehende Beschreibung der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands zur Zeit der Wende vom radikalen Kriegskommunismus zur Nep-Politik. Dank seiner hervorragenden Beziehungen hat Nansen zweifellos einen tiefen Einblick in das Wesen des mächtigen Oststaates gewonnen und viele amtliche Quellen einsehen können, die anderen Reisenden verschlossen blieben. Sein Buch war infolgedessen bei Erscheinen eine der wichtigsten Quellen zum Verständnis von Sowjet-Rußland. Auch heute noch hat das Werk ohne Zweifel seinen guten Wert, wenngleich viele Zahlen veraltet sind, manche Hoffnung sich nicht erfüllt hat.

Die persönliche Stellungnahme Nansens gegenüber dem russischen Problem erhellt aus folgenden Sätzen: „Wenn ich das Amt eines Bevollmächtigten des Völkerbundes für die Heimsendung der Kriegsgefangenen annahm und auf Vorschlag der Konferenz in Genf im August 1921 die Leitung des europäischen Hilfswerkes zur Bekämpfung der Hungersnot übernahm, so geschah dies nicht nur wegen des menschenfreundlichen Charakters dieses Hilfswerkes, dem es gelang, fast eine halbe Million Menschen ihren Angehörigen zurückzugeben und mehrere Millionen Menschen vor einem grausamen Tode zu bewahren. Es erfüllte mich auch eine starke Empfindung für die unheilvolle Störung, die

eine Aussperrung Rußlands im europäischen Gleichgewicht verursachen würde, und mit Freuden begrüßte ich die mir durch meine Tätigkeit gebotene Gelegenheit, sine ira et studio die Verhältnisse in diesem Lande zu studieren, die dem Ausland nur durch widerstreitende und oft verlogene Mitteilungen bekannt sind. Und noch etwas darf ich nicht unerwähnt lassen. So oft ich mit dem russischen Volk in Berührung kam, empfand ich eine starke Sympathie für die Ausdauer, mit der das Volk die Leiden vor und nach der Revolution ertragen hat, und ich bewundere die urwüchsige Gesundheit, aus der es immer neuen Mut geschöpft und seine Anstrengungen zur Besserung der Zustände erneuert hat.

Aus der Untersuchung der verschiedenen Gebiete des wirtschaftlichen Lebens in Rußland gewinnt man meiner Meinung nach den Eindruck, daß dieses große Land eine ernste Krankheit durchgemacht hat, von der es eben anfängt sich zu erholen. Vor 1914 war das soziale Leben in Rußland nicht gesund, und man kann das Zarentum nicht als eine normale Regierungsform betrachten. Aber der Krieg verschlechterte das allgemeine Übelbefinden rasch. Die Revolutionen im Jahre 1917, der Krieg mit dem Ausland und der Bürgerkrieg von 1918 bis 1921 bezeichnen die Zeit der Krise. Auf sie folgte die Genesung, deren Fortschritt jedoch stark verzögert wurde durch die Hungersnot, die die fruchtbarsten Gebiete an der Wolga und in der südlichen Ukraine heimsuchte.

Ich bin überzeugt, daß es im Interesse Europas und der ganzen Welt liegt, diese Genesung zu beschleunigen und zu erleichtern. Ich glaube, daß ohne die Hilfe des Auslands die russische Regierung nur sehr langsam imstande sein wird, die Lage zu verbessern, vorausgesetzt, daß die Ernte in den nächsten Jahren normal ausfällt. Mehrere Jahre lang hat Rußland dahin vegetiert; es wird wohl seine Industrie noch weiter vermindern müssen. Durch große Sparsamkeit wird es, glaube ich, nach und nach das zum Wiederaufbau notwendige Kapital ansammeln können. Aber dieser Prozeß würde zum größten Vorteil für Europa und für Rußland selbst beschleunigt werden können, wenn Industrie und Handel des Auslands bei dieser Wiederaufbauarbeit eine hilfreiche Hand böten, indem sie auf Kredit Maschinen und Produkte liefern, ohne die die Produktion des Landes sich nicht heben läßt.«

Wir pflichten Nansen im großen und ganzen bei, können aber nicht unterlassen, einige kritische Fragen anzuschließen:

1. Ist Nansen sicher, daß Sowjet-Rußland eine solche Zusammenarbeit mit Europa ehrlich wünscht?

2. Glaubt Nansen, daß z. Z. die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse in Sowjet-Rußland so weit entwickelt sind, um dem europäischen Unternehmer wenigstens ein Minimum von Sicherheit zu bieten, falls er sich dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands widmen will?

Wir sind auf Grund unserer Erfahrungen leider geneigt, in Übereinstimmung mit gründlichen Kennern Rußlands beide Fragen für den Augenblick zu verneinen.

Kurt Wiedenfeld, Lenin und sein Werk. Wieland-Verlag, München 1923. 136 Seiten.

Der einstige Botschafter des Deutschen Reiches in Moskau widmet diese Schrift denen, die in Sowjet-Rußland ein Jahr lang mit ihm für den deutschen Staat gearbeitet haben.

Wiedenfeld schildert zunächst die soziale Krisis, aus der schließlich die bolschewistische Revolution geboren wurde, die Diskrepanz zwischen Volk und Oberschicht und die Zerrissenheit innerhalb der Intelligenzschicht selbst. — Im nächsten Abschnitt entwirft der Verfasser ein Bild Lenins. Wiedenfeld hält Lenin nicht für einen selbständigen wissenschaftlichen Kopf, erkennt aber dessen revolutionäre Praxis, die Unbedingtheit des Zieles, die Intuition zur Tat, die Biegsamkeit in den Mitteln rückhaltlos an. Lenin erscheint ihm bei alledem als ein typischer Russe, stark aufs Seelische eingestellt, bei aller

Brutalität zugleich doch wieder sentimental. — Ausführlich widmet sich Wiedenfeld nun der „Diktatur des Proletariats" und weiß anschaulich zu erzählen, mit welchen Mitteln der Gewalt und des Gegeneinanderausspielens die kommunistische Minderheit es verstand, die Gewalt im Staate an sich zu reißen. — Besonders lesenswert — auch heute noch lesenswert — ist der Abschnitt, in dem sich Wiedenfeld mit der Wirtschaftspolitik der Sowjets auseinandersetzt. Wir erleben den radikalen Kriegskommunismus, den von den Bauern erzwungenen Übergang zur Nep-Politik und lernen ausführlich das staatliche Außenhandelsmonopol kennen. — Trotz aller schonungslos gegeißelten Torheiten der Kommunisten übersieht Wiedenfeld nicht, daß auch Anzeichen einer sittlichen Wiedergeburt vorhanden sind. Die Überzeugungstreue und bedingungslose Hingabe an die Idee, die Entsagungsfähigkeit der Mitglieder des kommunistischen Ordens u. a. m. erscheinen Wiedenfeld als Zeugen einer nach neuen Formen ringenden nationalen Ethik. Nur staatlich-sittliche Kräfte aber vermögen einen zusammengebrochenen Staat wieder aufzurichten.

J. P. Trainin, S. S. S. R. Der Verband der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Verlag Carl Hoym, Hamburg 1923. 204 Seiten.

Ein kurzer Abriß zur Nationalitätenpolitik von Sowjet-Rußland unter Beifügung aller wichtigen, für diesen Gegenstand in Betracht kommenden Urkunden. Sämtliche autonomen Republiken und Gebiete werden einzeln geschildert; besonders hervorgehoben wird in jedem Falle das Schulwesen. Der Verfasser preist das Sowjetsystem als die einzige Staatsform, die mit dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen ernst gemacht hat.

Anker Kirkeby, Russisches Tagebuch. Mit einem Vorwort von Otto Flake. Elena Gottschalk Verlag, Berlin 1924. XII und 171 Seiten.

Der Redakteur an „Politiken" gibt in diesem Büchlein die Eindrücke wieder, die er auf einer 1922 unternommenen Studienreise nach Moskau und dem mittleren Wolgagebiet empfing. Das neue Rußland machte auf Kirkeby einen starken Eindruck. Er bewundert den Ansatz zu einem neuen Leben in Staat, Wissenschaft, Kunst und Religion, doch vermag der Leser nicht die Gewißheit zu gewinnen, daß der Verfasser sich den wie immer sehr geschickten Beeinflussungsversuchen seiner kommunistischen Führer zu entziehen wußte. Von besonderem Interesse ist der Abschnitt „Besboschnik, der Gottlose", der von dem Kampf der Bolschewisten gegen die Religion handelt. Kirkeby schildert hierin u. a. die folgende kommunistische Aufführung der Hochzeit zu Kana: „Ein schlecht geschminkter Jesus mit verfilzter Perücke verspricht, als der Vorrat des Wirtes auf die Neige gegangen ist, mehr Wein herzustellen, und holt einen Spirituskocher, Teekessel und Gummischläuche auf die Bühne, wo er zur Freude der Apostel die erste Hausbrennerei der Weltgeschichte demonstriert unter lustigen revueartigen Hinweisen auf die scharfe Verfolgung der russischen durch das Sowjet. Es zeigt sich, daß das Mirakel den berüchtigten russischen Fusel „Semagonka" ergibt. Schließlich fallen alle Hochzeitsgäste, Jesus voran, in hochseliges Delirium."

Wir bedauern es, daß ein dänischer Publizist vom Range Kirkebys hier wie an manchen anderen Stellen kein Wort der Empörung über derartigen Schmutz fand, selbst wenn er nicht auf dem Boden der christlichen Weltanschauung steht. Recht wohl scheint sich allerdings Kirkeby bei dieser Aufführung nicht gefühlt zu haben, denn er bemerkt: „Ein Westeuropäer, dem die Voraussetzungen fehlen, diese geistigen Boxkämpfe zu genießen, überläßt es dem russischen Arbeiter, seinen Kampf mit der Religion allein zu Ende zu führen." Weiß Kirkeby im Ernst nicht, daß die russischen Bauern und Arbeiter diesen Dingen im Grunde ganz fern stehen und daß sie lediglich als Puppen mißbraucht werden von einer dem

eigenen Volkstum entfremdeten, leidenschaftlich fanatischen Intelligenzoberschicht?

Die Schrift Kirkebys ist heute in vielen Punkten bereits überholt. Sie bleibt aber für das bolschewistische Rußland des Jahres 1922 ein wichtiges Kulturdokument.

Axel de Vries, Die Sowjetunion nach dem Tode Lenins. Estländische Verlagsgesell. schaft Wold, Kenntmann & Ko., Reval 1924. 162 Seiten.

Eine Reihe wichtiger Aufsätze, die Axel de Vries in dem „Revaler Boten" veröffentlichte, sind hier zu einer recht lesenswerten Broschüre zusammengetragen. Gegenüber Rußland-Nachrichten aus den Randstaaten ist oftmals gewisse Vorsicht geboten, weil leidliche Objektivität gegenüber den Sowjets fast unmöglich ist für Menschen, denen Vater oder Bruder, Mutter oder Schwester von den Roten ermordet wurde. Axel de Vries darf für sich in Anspruch nehmen, daß er unvoreingenommen den Dingen gegenübergetreten ist und die Verhältnisse so schildert, wie sie wirklich sind.

Er widmet sich zunächst den Beherrschern Rußlands, dem Kommunistischen Orden, und wird nicht müde, bequeme Vorurteile Europas gründlichst zu bekämpfen: „Man kennt den furchtbaren und schonungslosen Kampf, den die zaristische Geheimpolizei gegen die revolutionäre Bewegung in Rußland führte, und nur wenn man sich diesen Kampf vergegenwärtigt, wird man verstehen können, wie die Geistesverfassung der Männer beschaffen ist, die heute an der Spitze der Weltrevolutionsbewegung stehen. Es ist die Auslese der besten Köpfe und der fähigsten Naturen aus der Zahl der Revolutionäre, die unter den schwierigsten physischen, materiellen und psychischen Verhältnissen den Kampf gegen den Zarismus nicht aufgaben, sondern trotz der schärfsten Not und trotz Gefängnis, Verbannung, Hunger und größter Leiden ihrem Ziel treu blieben. Dieser furchtbare, schonungslose Ausleseprozeß allein macht es verständlich, daß heute an der Spitze des Kommunistischen Ordens eine Gruppe von Männern steht, die an Arbeitskraft, Intelligenz und eisernem Willen alles übertreffen, was heute in Europa in irgend einer Organisation zusammengefaßt ist. Der Generalstab des deutschen Heeres vor dem Kriege ist vielleicht eine Organisationsform, die mit der Bolschewistischen Partei in bezug auf strenge Auslese und Disziplin verglichen werden kann, und es ist bezeichnend, daß die Führer der Kommunistischen Partei sich stolz den „Generalstab" der Arbeiterbewegung nennen..... Es ist grundfalsch, sie als eine Bande von Räubern und Mördern zu bezeichnen. Mit dieser Definition unterschätzt man gewaltig ihre Bedeutung, ihre Kraft und Gefährlichkeit, denn die Arbeit, die von den Führern der Kommunistischen Partei im Verlauf der letzten Jahre geleistet worden ist, ist gigantisch, besonders wenn man ihre ganz geringe Zahl ins Auge faßt.

Und das zweite. Es ist eine Täuschung, die allerschlimmste Folgen haben kann, wenn man des Glaubens ist, daß die heutigen Führer der Kommunistischen Partei, die durch die Hölle und das Fegefeuer des Kampfes mit dem Zarismus gegangen sind, und den Haß, den sie gegen diese Staatsform empfanden, auf den „Kapitalismus" übertragen haben, dazu fähig sein sollten, sich innerlich umzustellen und einen wirklichen inneren Kompromiß mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu schließen. Es gibt keinen Kompromiß und es gibt keine Einigung zwischen der Kommunistischen Partei in der heutigen Gestalt — und der Welt.

Es gibt nur eins: Sieg oder Untergang. Und es ist einer der größten Fehler, der in den letzten Jahren, und besonders nach dem Beginn der neuen Wirtschaftspolitik in Rußland, gemacht worden ist, daß man die Welt glauben machen wollte, es sei eine grundlegende Veränderung in den Richtlinien der Kommunistischen Partei eingetreten. Alles, was seit 1921 in Rußland vor sich gegangen ist, ist Taktik und nur Taktik. Das Ziel bleibt unverrückt

bestehen: Die Weltrevolution. Jeder, der sich darüber täuscht oder andere darüber hinwegtäuschen will, macht sich des größten Fehlers im Kampf schuldig: der Verkennung des Gegners."

Die weiteren Kapitel behandeln Verwaltung und Gericht, die Nationalitätenfrage, die Finanzreform, Handel und Industrie, Landwirtschaft, das Deutschtum in der Sowjetunion, das Ausland und die Sowjetunion. Ohne tönende Phrasen, aber mit tiefem Ernst und gründlicher Sachkenntnis weist Vries allenthalben den Niedergang Rußlands als Folge der kommunistischen Diktatur nach. Immer wieder warnt er davor, den Gegner zu unterschätzen oder sich dem Irrtum hinzugeben, daß es für den Kommunistischen Orden einen Kompromiß mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geben könnte. Aus tiefster Überzeugung ruft er dem ewig uneinigen Europa zu: „Wenn man sich die furchtbare Gefahr vergegenwärtigt, die der europäischen Kultur durch die Herrschaft des Kommunistischen Ordens in Europa droht und die darin gipfelt, daß in Europa alles vernichtet werden soll, was als Träger eines organischen sozialen und staatlichen Aufbaus anzusehen ist, womit alle Grundlagen für jegliche kulturelle Entwicklung fortfallen, so kann die zwingende Schlußfolgerung aus dieser Gegenüberstellung nur die sein: Mit allen Mitteln und in jedem Falle muß in Europa ein Krieg verhindert werden, so lange dei Kommunistische Orden noch in der Verfassung ist, die Brandfackel ins zusammenbrechende Europa zu schleudern. Denn letzten Endes wird jeder Krieg nur als Wegbereiter für die furchtbare Organisation dienen, deren Herrschaft den Tod der europäischen Kultur bedeuten würde: den Kommunistischen Orden."

Georg Popoff, Unter dem Sowjetstern. Alltag, Kultur, Wirtschaft. Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M. 1924. 252 Seiten, mit zahlreichen Bildern.

Popoff, der seit Jahrzehnten in Rußland lebt, schildert in dem vorliegenden Buche das bolschewistische Rußland in allen wesentlichen Lebensäußerungen. Hervorragend sind die Beschreibungen der großen Sowjet-Führer: Lenin, Trotzki, Tschitscherin, Radek, Sinowjew, Kalinin, Frau Lenin, Frau Trotzki. Ungemein packend weiß er von dem Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre zu erzählen. Grausig die Schilderungen der Hungerkatastrophe von 1922. — In allen Abschnitten versucht Popoff, das Wesentliche des Bolschewismus zu ergründen und die politischen Erfolge dieser Bewegung zu verstehen, überall arbeitet er den fanatischen und brutalen Willen zur Tat der augenblicklichen Machthaber in Rußland scharf heraus. „Solange sie die Möglichkeit besitzen werden, eine Politik zu betreiben, die nicht den gröbsten materiellen Interessen der Bauernschaft entgegenläuft, muß mit ihrem Verbleiben am Staatsruder noch für längere Zeit gerechnet werden."

Popoff hat den russischen Menschen, vor allem den Bauer, vorzüglich erfaßt. Seine lebenswahre Darstellung wird vielen Europäern das Wesen der russischen Sphinx nahebringen. Das Buch verdient infolgedessen ernsthafteste Beachtung.

Erich Obst, Russische Skizzen. Verlag Kurt Vowinckel, Berlin-Grunewald 1925. 251 Seiten und 174 Abbildungen. (Selbstanzeige.)

Das Buch entstand als erster Niederschlag einer Studienreise, die den Verfasser im Sommer und Herbst durch fast alle Teile des europäischen Rußland führte. In Form skizzenhafter Reisebeschreibungen erlebt der Leser den nordrussischen Wald und die Eismeerküste, durchzieht alsdann die fruchtbaren Gefilde der Ukraine und der Krim, fährt die Wolga von Nischni Nowgorod bis Astrachan hinab und besucht schließlich den Kaukasus.

In allen Abschnitten bemüht sich der Verfasser, ein Bild der wirtschaftsgeographischen Struktur der einzelnen russischen Landschaftsgebiete zu entwerfen und die geopolitischen

Gegebenheiten auf Grund objektiver Betrachtung zu schildern.

Es versteht sich von selbst, daß ein derartiges Riesengebiet in der kurzen Zeit von 4½ Monaten nicht im entferntesten restlos erfaßt werden kann. Wenn trotzdem sachverständige Kritiker des In- und Auslandes das Buch anerkennend besprochen haben, so geschieht es meist unter ausdrücklicher Betonung der Tatsache, daß typische Landschafts- und Wirtschaftsgebiete bereist, die Wesenheit dieser Teilräume scharf beobachtet und unter Anführung von Zahlenbelegen geschildert wurden. Einer vorwiegend morphologisch eingestellten geographischen Fachrichtung wollen und können diese aus dem lebendigen Leben geschöpften wirtschaftsgeographisch-geopolitischen Skizzen selbstverständlich nicht eben viel bieten.

Georg Popoff, Tscheka. Der Staat im Staate. Erlebnisse und Erfahrungen mit der russischen außerordentlichen Kommission. Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei, Frankfurt a. M. 1925. 306 Seiten mit 2 Bildtafeln.

Ein grausiges Buch, das den Leser von der ersten bis zur letzten Seite in seinem Bann hält. Was hier an Einzelheiten über das Wirken der Tscheka, jenes unseligen Erbes des alten russischen Polizeistaates, vorgebracht wird, ist derartig erschütternd, daß man bisweilen glaubt, es werden die furchtbarsten Zeiten der Inquisition, des Comtié du Salut Public, der Ochrana geschildert. Selbst wenn dem Verfasser hier oder dort ohne Absicht eine Übertreibung unterlaufen sein sollte, bleibt in jedem Falle genug übrig, um diese Schlußfolgerung zu rechtfertigen: Es ist eine Schande für das 20. Jahrhundert, daß derartige Regierungsmethoden noch denkbar sind. Ohne Beseitigung der Tscheka und der ihr zu Grunde liegenden Gesinnung ist dem gegenwärtig stark asiatisch gefärbten Rußland ein innerer Anschluß an Europa schlechterdings unmöglich. — Aber ist der Bolschewismus ohne Tscheka lebensfähig? Bricht nicht das ganze Sowjetsystem wie ein Kartenhaus zusammen, wenn an der Institution der Tscheka gerührt wird? Der Bolschewismus gründet sich nun einmal nicht auf einer sittlichen Idee, sondern auf Macht und nur auf Macht.

Gegen das Buch von Popoff sind seitens der Sowjetfreunde in Deutschland schwerwiegende Bedenken geltend gemacht worden (vergl. Das Neue Rußland, 1925, Heft 1/2 S. 49). Man geht soweit, Popoff als Tscheka-Spitzel und Päderasten zu verdächtigen. Wir müssen es Popoff überlassen, seinerseits zu diesen Anwürfen Stellung zu nehmen. Die von ihm mitgeteilten Tatsachen über das unmenschliche Wirken der Tscheka werden damit nicht aus der Welt geschafft.

Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923/24. Verlag der Kommunistischen Internationale. Auslieferungsstelle für Deutschland Carl Hoym, Hamburg. XLIII und 926 Seiten, 6 Karten.

Wenn wir diesen „Roten Gotha“ hier besprechen, so geschieht es in der klaren Erkenntnis, daß die meisten Aufsätze ausgesprochen agitatorischen Charakter tragen. Die Ehrlichkeit des wissenschaftlichen Kritikers gebietet aber anzuerkennen, daß die Zahlentabellen im allgemeinen zuverlässig sind, und vielfach über Dinge Aufschluß geben, die in Nachschlagewerken ähnlicher Art gewöhnlich fehlen.

Das Buch zerfällt in drei Teile. Im ersten Abschnitt werden Weltfragen behandelt (Seite 1—243): Die internationale Arbeiterbewegung, die Gewerkschaftsbewegung, die Lage der Arbeiterklasse, Weltwirtschaft (mit sehr guten Tabellen!), Weltpolitik, demographische Notizen.

Der zweite Teil ist ausschließlich der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken gewidmet (S. 247—516). Hervorragende Führer des Sowjetstaates (Rykow, Sinowjew, Stalin, Warga, Bronski u. a. m.) ergreifen hier das Wort, um die Politik und Wirtschaft der Sowjets zu preisen, dabei entschlüpfen ihnen in diesem Handbuch, daß

doch lediglich zur Agitation unter den Industriearbeitern der Welt bestimmt ist, allerhand Eingeständnisse, die der russische Bauer gewiß mit einigem Interesse hören wird. So sagt Sinowjew: „Die Bauern als Klasse sind nicht imstande, selbst die Regierung eines Landes zu führen. Für die Bauern gibt es nur die Wahl: entweder von der Bourgeoisie geführt und ausgebeutet zu werden oder aber unter Führung des (Industrie-) Proletariats gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Eine Regierung der Arbeiter und Bauern im starren genauen Sinne des Wortes ist kaum zu verwirklichen. Die Macht wird ausgeübt von der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Die Sowjetregierung ist tatsächlich eine Arbeiterregierung. Das Steuer des Staates befindet sich in den Händen des (Industrie-)Proletariats. Aber das russische Proletariat und seine Partei verstehen, daß man dem Bauerntum entgegenkommen muß und es zur Teilnahme an der Leitung des Staates heranziehen muß. Kurz, das Proletariat muß, zur Macht gelangt, klug regieren.“ Warum betont Sinowjew sinngemäß nicht auch: Die Arbeiter als Klasse sind nicht imstande die Regierung zu übernehmen. Sie haben nur die Wahl, mit den Kapitalisten zusammenzuarbeiten oder sich unter die Herrschaft blindwütig-fanatischer Intellektueller zu begeben? — Recht interessant ist ferner das Eingeständnis von Kitzmann (S. 308): „Noch bestehen in Sowjet-Rußland Klassen, noch besteht Klassenausbeutung, noch gibt es Elend, Hunger und Arbeitslosigkeit, noch ist Prostitution und Kinderelend da, usw.“ — Auf S. 247 lesen wir: „Das oberste Organ des Bundes der Soz. Sowjetrepubliken ist das Bundes-Zentralexekutivkomitee, das proportional der Bevölkerung gewählt wird.“ Auf S. 255 wird dann dieses sowjetrussische „Proportionalwahlrecht“ folgendermaßen definiert: Die Industriearbeiter der Städte entsenden auf 25000 Wähler einen Deputierten, die Bauern des flachen Landes auf je 125000 Wähler einen Deputierten!

Der dritte Teil des „Roten Gotha“ ist den bürgerlichen Staaten gewidmet und bringt auf den Seiten 519—912 für jeden einzelnen Staat der Welt eine kurze Beschreibung seiner politischen und wirtschaftlichen Struktur.

Im ganzen wird man das vorliegende Handbuch keineswegs gering einschätzen dürfen. Der mittlere Abschnitt über Sowjet-Rußland bringt mancherlei Aufklärung (Fall Trotzki, Lage der Staatswirtschaft usw.) und zeigt die Dinge so, wie sie sich in den Köpfen der Bolschewisten formen. Der auf die Schaffung dieses Handbuches verwandte Fleiß bleibt in jedem Falle anzuerkennen. Für eine Neuauflage wären genauere Quellenangaben dringend erwünscht.

Serge von Bubnoff, Die Kohlenlagerstätten Rußlands und Sibiriens und ihre Bedeutung für die Weltwirtschaft. Verlag von Gebr. Borntraeger, Berlin 1923. VIII und 244 Seiten, 30 Textfiguren.

Der jetzt in Breslau wirkende russische Gelehrte hat uns mit diesem Buche eine wertvolle Darstellung der russischen Kohlenschätze geschenkt. Er behandelt kurz die karbonischen, mesozoischen und tertiären Kohlen im allgemeinen, um sich alsdann einer ausführlichen Beschreibung der einzelnen Lagerstätten zu widmen: Donezbecken, Moskauer Kohlenbecken, Anthrazite von Olonez, südrussische Braunkohle, die Kohlenlager im Kaukasus (Kuban, Daghestan, Suchum, Kutaïs), in der Krim und bei Mangyschlak (Kaspi), die Kohlen des Ural, Turkestans und der Kirgisensteppe, die Kohlenbecken von Kusnezk und Minussinsk (Mittelsibirien), die übrigen Kohlenlager in Sibirien, die Kohlenvorkommen des Amurbezirkes, der Küstenprovinz und auf der Insel Sachalin.

In einem besonders lesenswerten Schlußabschnitt behandelt Bubnoff die Vorräte an Kohle (Rußland steht mit rund 480 Milliarden t unter allen Kohlenländern der Welt an vierter Stelle und wird nur von U. S. A., Kanada und China übertroffen), die Kohlenförderung und die russische Kohlenwirtschaft. Sehr klar wird

dabei die große Zukunftsbedeutung des Kusnezker Beckens herausgearbeitet, wo verschiedene günstige Umstände zusammentreffen: Lage an der Bahn, enorme Vorräte, vorzügliche Qualität.

Die Ergebnisse seiner Untersuchung faßt Bubnoff in folgenden Leitsätzen zusammen:

1. Das europäische Rußland besitzt kaum die nötigen Kohlen, um sich selbst zu versorgen; eine Einfuhr von Westeuropa wird in den nördlichen Bezirken wohl stets notwendig sein.

2. Rußland ist kein Kohlenexportland; dafür ist die geographische Lage der russischen Kohlenbezirke zu ungünstig.

3. Die Brennstoffrage in Rußland ist nur durch eine durchdachte Verteilung von Steinkohle, Braunkohle, Holz und Erdöl zu lösen, da sonst die Gefahr eines Raubbaues kaum zu vermeiden ist.

4. Ein Nutzen der russischen Kohlen für die Weltwirtschaft ist nur auf dem Wege der intensiven Verwertung an Ort und Stelle, durch Schaffung einer mit russischem Erz und russischer Kohle arbeitenden Schwerindustrie zu schaffen.

5. Die Gesundung der russischen Kohlenwirtschaft liegt im allgemeinen Weltinteresse, ist aber ohne Beihilfe anderer Staaten kaum denkbar.

Nikolaus Basseches, Das wirtschaftliche Gesicht der Sowjet-Union. Verlag von Carl Gerold's Sohn, Wien und Leipzig 1925. VI und 270 Seiten.

Nach einer kurzen Darstellung vom Werden des russischen Staates wendet sich der Verfasser dem bolschewistischen Rußland zu und schildert dessen staatsrechtliche Struktur und die wirtschaftlichen Verhältnisse. Unter Beifügung eines umfangreichen statistischen Materials werden Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, Finanzwesen usw. eingehend beschrieben, die Landwirtschaft und ihre Probleme leider nur recht kurz. — Die sehr fleißige Untersuchung gewinnt noch besonderen Wert dadurch, daß allenthalben ein Vergleich mit dem letzten Friedensjahr durchgeführt ist. Zu bedauern ist nur, daß die Quellen nicht angegeben werden; gerade für russische Verhältnisse wäre dies sehr geboten gewesen, denn manche selbst amtliche Quelle kann leider nicht immer ganz ernst genommen werden.

Für eine eventuelle Neuauflage muß eine Reihe von Fehlern berichtigt werden. Daß im Jahre 1921 die landwirtschaftlich genutzte Fläche nur 12 % der Friedensanbaufläche betragen haben soll (S. 37), ist natürlich ein Unding. Die Liste der Getreideausfuhr nach Staaten auf S. 40 bezieht sich selbstverständlich auf das Jahr 1923, nicht wie angegeben auf 1913. Die Zahlen für die Viehbestände auf S. 42 weichen von allen anderen Quellen erheblich ab. Der Umsatz der Messe von Nischni-Nowgorod betrug in der Vorkriegszeit nach Cleinow rund 200 Mill. Rubel, Basseches gibt 150 000 Goldrubel an (S. 98). Umgekehrt muß es in der Tabelle auf S. 251 heißen Butterexport 173 000 Pud; statt 173 000 000 Pud. In den Tabellen für Eisen und Stahl (S. 187—189) finden sich schwere Unstimmigkeiten usw.

Es ist schade, daß der vorzügliche Gedanke des Verfassers und der auf die Arbeit verwandte Fleiß durch die hier nur zum Teil gerügten Mängel wesentlich herabgemindert werden.

Georg Cleinow, Der große Jahrmarkt von Nischni-Nowgorod. Bd. 1 von Richters russischen Monographien „Rußland und Asien". Verlagsanstalt Gebr. Richter, Erfurt 1925. XVI und 138 Seiten mit 8 Titelbildern und 46 Textbildern.

Auf Grund langjähriger Erfahrungen und Studien in Rußland bietet Cleinow in der vorliegenden Schrift eine umfassende Monographie der Messe von Nischni-Nowgorod. Wir lernen die Geschichte dieses einzigartigen Jahrmarktes kennen und werden alsdann in das Wesen dieser allrussischen Messe vorzüglich eingeführt. Bis in alle Einzelheiten beleuchtet Cleinow die Handelsgeschäfte von Nischni. Sobald der Ernteausfall in Rußland einigermaßen sicher zu be-

urteilen ist, treffen sich auf dem Messegelände zwischen Oka und Wolga die Kaufleute des ganzen osteuropäischen Riesenreiches, und Ausländer von Ost und West strömen herbei. Die wichtigsten Handelsgeschäfte sind Textilien, Pelze, Produkte der russischen Hausindustrie, Baumwolle, Wolle, Häute, Leder, Tee, Dörrobst, Teppiche usw. Für Rußland war der Jahrmarkt von Nischni-Nowgorod einstens von schlechthin grundlegender Wichtigkeit, weil nur hier die Erzeugnisse der Hausindustrie abgesetzt werden konnten.

Schon kurz vor dem Kriege begann jener Prozeß, der dann unter der Herrschaft der Bolschewiki vollends zur Auswirkung kam: Die großen industriellen Unternehmungen wandten sich direkt an den Erzeuger, bezw. Verbraucher, die Heimindustrie wurde genossenschaftlich organisiert und sicherte sich so den Absatzmarkt. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Messe von Nischni allmählich an Bedeutung verlor. Der Jahrmarkt von 1924 wird auch von dem Messepräsidenten Malyschew offen als ein ökonomischer Fehlschlag bezeichnet. „Auf dem Jahrmarktsgelände spielte sich nicht nur der Kampf des staatlichen Großkapitals gegen den Jahrmarkt als solchen ab, sondern auch der Konkurrenzkampf zwischen den Filialen der staatlichen Verkaufssyndikate und den staatlichen Genossenschaften in der Provinz." Dieses ewige Durch- und Gegeneinander der verschiedenartigen staatlichen Organisationen mußte dem Jahrmarkt Abbruch tun. „Die Vertreter der vielseitigen Gruppen kämpften für die Interessen ihrer Ressorts nicht anders aus die Interessenvertreter in den bürgerlichen Staaten, vielleicht noch unbekümmerter um die allgemeinen Staatsinteressen wie dort .... Neben den Ressortvertretern großen Kalibers, die wenigstens in ihrem Fach Gutes, ja Großes leisten, sind uns auch andere begegnet: Kleine, engstirnige, furchtsame Leute, Männlein, die eben einem Kramladen mit 7 Kopeken Tagesumsatz entsprungen zu sein schienen oder von zehn- und mehrjähriger Kerkerhaft oder Zwangsarbeit zermürbte, geschlagene Unglückliche, die Seele voller Haß und Mißtrauen, die nur einen einzigen Weg für richtig halten: Die Vergewaltigung und Vernichtung alles dessen, was in ihren engen Gesichtskreis nicht hineinpaßt. In diesem einflußreichen Kreise der Russischen Kommunistischen Partei lauert eine ernste Gefahr für den Sowjet-Staat und für das große Ideal, dessen Träger die Partei sein wollte: Sie bekämpfen das Leben!"

Der Präsident der Messe, Malyschew, klagt selbst in der Messezeitschrift: „Eins der größten Übel in unserem Jahrmarktshandel ist das schwache Hervortreten einer selbständigen Tätigkeit bei vielen Vertretern unserer Handelsorganisationen. Als charakteristischer Beweis für diese Erscheinung kann dienen, daß wir die Roten Kaufleute zwischen Nischni und Moskau dauernd hin- und herreisen sehen. Jede irgend wie unklare Frage ruft die Notwendigkeit einer Fahrt oder eines Fluges nach Moskau hervor. . . . Der einzige Weg, den die regierende Partei gehen muß, wenn sie Siegerin in dem Kampf um ihr großes Ideal bleiben will, ist: der Weg der Zulassung aller selbsttätigen individuellen Kräfte, soweit sie nicht ausbeuterisch der ungesunden Spekulation, sondern der Herstellung von Gütern dienen, auch wenn sie innerlich nicht auf dem Boden des Kommunismus stehen."

Cleinow bewahrt sich trotz allem einen Optimismus, um den wir ihn ehrlich beneiden. Er glaubt fest an die Zukunft des Sowjetstaates: „Noch ist der gebärende Mutterleib Rußlands tief geschwächt, und es ist ein matter Puls, der an der Wolga schlägt. Wir haben aber das feste Vertrauen in die Führer der Sowjetregierung, daß sie befähigt sein werden, den Lebenspuls Rußlands wieder voll und kräftig schlagen zu lassen, indem sie ein festes, unerschütterliches Recht auch zur Grundlage des Sowjetstaates machen. . . . Die Voraussetzung hierzu aber für das alles ist zweierlei: endliche

Beruhigung der Träger der Wirtschaft — wie sie auch geartet sein mögen — durch Schaffung unerschütterlicher Rechtsgrundlagen und Entfesselung der persönlichen Initiative überall dort, wo solche den Staat nicht politisch gefährdet. Recht und Gesetz und Achtung vor der ehrlichen Arbeit eines jeden, der dem Ganzen zu dienen bereit ist."

Der nationalliberale Politiker Cleinow trägt diese Wünsche mit tiefem Ernst vor. Wir fürchten nur, daß die radikalen Bolschewiki diese wohlgemeinten Ratschläge mit einem frivolen Lächeln quittieren werden. Liberalismus und Diktatur des Proletariats sind und bleiben nun einmal kontradiktorische Gegensätze.

Die überaus inhaltreiche Schrift Cleinows ist Menschen, die sie kritisch zu lesen verstehen, in hohem Maße zu empfehlen.

Karl Lindemann, Von den deutschen Kolonisten in Rußland. Ergebnisse einer Studienreise 1919/21. Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart, kulturhistorische Reihe Bd. 14. Verlag „Ausland und Heimat" A. G., Stuttgart 1924. 123 Seiten.

Der jetzt 81jährige Verfasser besuchte von seinem Wohnsitz Simferopol (Krim) aus 67 deutsche Kolonien in Südrußland und der Krim. Er schildert eingehend die Geschichte der deutschen Kolonisation in Südrußland, ihre Blütezeit, während der die deutschen Siedlungen weit und breit als Musterwirtschaften geschätzt wurden, und ihren Niedergang seit 1915/16. Damals begann man, die deutschen Bauern eben wegen ihrer Abstammung zu drangsalieren, 120 000 Deutsche wurden von ihrer Scholle vertrieben und nach dem Osten verschickt. Das Jahr 1915 hatte die berüchtigten „Liquidationsgesetze" gebracht; 1916 erfolgte eine weitere Verschärfung dieser Gesetze und die Einsetzung des „Komitees zur Bekämpfung der deutschen Übermacht". Nach den entsetzlichen Leiden während der Kriegsjahre erschien den deutschen Kolonisten die Revolution als eine Errettung in zwölfter Stunde. Wie sich die Dinge dann tatsächlich im bolschewistischen Staate entwickelten, darüber schweigt der Verfasser vollkommen. Er kann wohl auch nicht gut anders, denn — er lebt ja in Sowjet-Rußland, im „freiesten" Lande der Welt.

Arved Schultz, Sibirien. Eine Landeskunde. Verlag von Ferdinand Hirt, Breslau 1923. VIII und 212 Seiten, 36 Bilder, 17 Karten.

Mit großem Fleiß hat Arved Schultz die weit zerstreute Literatur über Sibirien zusammengetragen und zu einem etwas mosaikartig anmutenden Bilde verarbeitet. Man wird das Buch schwerlich im Zusammenhang lesen, ohne hier und da zu ermüden. Als Nachschlagewerk aber erweist sich die Landeskunde von Arved Schultz als ein durchweg sehr zuverlässiger Führer; nur in der Handelsstatistik auf S. 194 ist dem Verfasser augenscheinlich ein Versehen unterlaufen.

Die Anlage des Buches wird aus folgenden Bemerkungen ersichtlich werden. In den ersten 22 Seiten teilt Schultz den Gesamtraum in drei bezw. vier Gebiete ein: Ostsibirien, Mittelsibirien, Westsibirien und das Steppengebiet. Ein vorzüglicher Überblick führt den Leser nunmehr in die Eigenart der Bodenformen, der Geologie, des Klimas, der Bodenarten, der Pflanzendecke und der Tierwelt des Gesamtgebietes ein (S. 23—53). Darauf folgt eine sehr eingehende, im ganzen etwas einförmig wirkende Darstellung der natürlichen Landschaften (S. 54—150): Westsibirien (Tundra, innerer Waldsumpf, trockene Randlandschaften, Waldsteppe und Kulturzone, Kirgisensteppe, Randgebirge), Mittelsibirien (Tundra, Wald, Kulturzone, Gebirge, Urjanchai), Ostsibirien (Tundra, Gebirgswald, inneres Plateau, äußerer Gebirgswald, Kamtschatka, Transbaikalien, Amurland, Sachalin). Den Schluß bildet ein Abschnitt „Mensch und Kultur" (S. 151—196). Schultz behandelt hierin für das Gesamtgebiet die Bevölkerung, die Wirtschaftszweige, den Verkehr und Handel.

Eine sehr ausführliche Literaturübersicht, ein Sach-, Orts und Personenregister erhöhen den



wissenschaftlichen Wert dieser musterhaft gründlichen Untersuchung. 36 Photographien geben auch bildhaft einen Begriff von Sibirien, das Schultz am Schluß seines Werkes nachdrücklich und mit Recht ein Zukunftsland nennt.

C. Hahn, Kurzes Lehrbuch der Geographie Georgiens (mit einem Anhang: Kaukasus, Aserbeidschan und Armenien). Verlag „Ausland und Heimat“ A. G. Stuttgart 1925. 31 Seiten und 2 Karten.

Der hochverdiente Altmeister der Geographie in Transkaukasien, C. Hahn, bietet in dieser kleinen Schrift einen kurzen Leitfaden der Landeskunde von Georgien, Armenien und Aserbeidschan. Man spürt die umfassende Landeskenntnis des Verfassers auf jeder Seite und bewundert das Geschick, mit dem der hochbetagte Forscher das Wichtigste über Transkaukasien zusammengetragen hat.

Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923/24 (Verlag der Komm. Intern. Hoym Nachf., Hamburg).

Wir haben an dieser Stelle mehrfach die Aufmerksamkeit auf hervorragende Leistungen der Sowjets über den Stillen Ozean, Japan und Rußlands eurasiatische Nachbarn gelenkt. Zweifellos ist auch dieses Jahrbuch im wesentlichen mit seinem besten Gerät aus der gleichen Schmiede ausgestattet. Aber dieser Versuch, einen „Roten Gotha“ herzustellen, verdient insofern höchste Beachtung, als man dabei unzweifelhaft mit guten kartographischen Zusammenfassungen arbeitet, die Bedeutung der Karte für staatswissenschaftliche Nutzwerke also besser erkennt, als vielfach deren amtliche Vertreter im Westen, und Gebiete ans Licht zieht, die in anderen ähnlichen Zusammenfassungen viel zu wenig berührt werden. So ist dieser „Rote Gotha“ unzweifelhaft ein völlig ernst zu nehmendes wertvolles Rüstzeug der Geopolitik, — wenn man seiner gewollten und unverhehlten Einseitigkeit Rechnung trägt — mindestens für den indopazifischen Bereich, für den er offenbar aus vielseitigen, sehr ortskundigen Quellen gespeist wurde. (K. Haushofer.)

Kurt von Boeckmann: Vom Kulturreich des Meeres, Berlin 1924.

Nicht so reich ausgestattet, als wir es dem Gehalt seiner Anregungen wünschen möchten, aber doch so, daß wir mit dem Kartenstoff und den Bildtafeln an der Hand seinem Ideenflug einigermaßen gerecht werden können, verfolgt der schmale, inhaltschwere Band eigentlich ja ganz andere, als geopolitische, mehr rein kulturgeographische, kulturmorphologische Ziele. Aber es fällt eine so reiche geopolitische Nebennutzung ab, daß dafür allein ein Durcharbeiten sich lohnen würde, ein Durcharbeiten an Hand solcher Belege, wie sie Kramrisch für die indische Kunst vorführt, oder wie sie große, bedeutende Sammlungen an Stelle der Abbildungsproben des Herrn von Boeckmann liefern können. Dann erst würde man dem vollen Ideengehalt seines Buches vom Kulturreich des Meeres gerecht werden können, und würde erkennen, wie fruchtbar eine solche von den Meeren als Einheiten ausgehende Betrachtungsweise ist, wie reich sie den geographischen Unterricht, Kunst- und Kultur-Wissenschaft beleben könnte, wie nötig sie vor allem der binnenländischen Einstellung der deutschen Mehrheit wäre, damit sie das Meer als Quelle der Völkergröße nicht ganz vergißt.

So bringt K. v. Boeckmanns Buch dem verwöhnten Weltfahrer, wie dem Lernenden, vor allem aber auch dem Lehrenden eine Fülle neuer Gesichtspunkte, und regt zur Bildung eines Weltbilds im großen Stile an, das die alte Welt, die atlantische und die indopazifische mit richtigen Werturteilen nebeneinander stellt, und eine Abschätzung darüber ermöglicht, wie viel jeder einzelne Erdraum zum Gesamtbau der menschlichen Kultur aus dem Eigenen beigetragen hat, und wie sehr die Meere dabei als geborene Vermittler zwischen den erdgebundenen Schöpfungen ihre Rolle spielten. (K. Haushofer.)

LOTHAR MISCHKE:
DER POLNISCHE STAAT ALS EUROPÄISCHES PROBLEM

Die historischen Aufgaben, die einem Volke vom Schicksal gestellt werden, entspringen im wesentlichen den Besonderheiten der geographischen Lage seines Wohnsitzes. Die Lösung der machtpolitischen Fragen, die sich aus ihr ergeben, entscheidet, ob ein Volk zur Ausbildung und Bewahrung seiner Individualität fähig — und also berechtigt — ist oder nicht. Die Schicksalsfrage des polnischen Volkes ist die, ob es ihm in der Grenzenlosigkeit der heimatlichen Ebene gelingt, dem völkischen Lebenswillen in der Ausbildung eigener Staatlichkeit Ausdruck und Form zu geben und ob es den Zusammenhang mit der von germanischen Kräften getragenen Kultur des europäischen Westens aufrechterhalten will. Die Geschichte Polens zeigt, daß der Rhythmus des abendländischen Lebens im slawischen Osten verebbte, weil er trotz gelegentlicher Annäherung vor allem den Polen wesensfremd blieb. Die Besonderheit der Abstammung setzte zwischen Polen und die westlichen Nachbarn tiefere Gegensätze als zwischen die einzelnen zum westeuropäischen Kulturkreise gehörende Nationen. Trotzdem spielte Polen — Europa als eine Einheit gesehen — eine spezifisch europäische Rolle in der Geschichte, deren Ausfüllung seine Bedeutung, im positiven wie im negativen Sinne, erkennen läßt.

Die Anfänge der polnischen Staatlichkeit entwickelten sich im Kampfe mit den nach Osten drängenden Deutschen um die Landschaften westlich der Oder. Die Annahme des Christentums und die Anerkennung eines Vasallenverhältnisses zum Deutschen Kaiser brachen jedoch den Gegensätzlichkeiten die Spitze ab und befreiten Polen von dem Drucke seiner westlichen Nachbarn. Die innere Konsolidierung des eben erst am Anfang seiner staatlichen Entwicklung stehenden Polentums vollzog sich unter dem Einfluß und der Mitwirkung deutscher Elemente, die von den polnischen Großen gerufen die Lebensformen des deutschen Westens — Städtetum und freies Bauerntum — nach dem Osten verpflanzten. Der Strom der deutschen Kolonisten des 12.—13. Jahrhunderts zog Polen in den Kreis der westeuropäischen Kultur, als deren östlicher Hüter Polen in jenen Jahrhunderten anzusprechen ist. Bereits im 15. Jahrhundert löste sich die Verbindung mit dem Westen, die Wirksamkeit des Deutschtums wurde ausgeschaltet durch eine in der Entwicklung der sozialen Verhältnisse begründeten Polonisierungsbewegung. Die Neugestaltung der sozialen Verfassung des Polentums gewährte dem Adel eine politische und wirtschaftliche Vormachtstellung, die dem freien Bauerntum und dem Bürger-



tum der Städte zum Verhängnis wurde. Mit der Vernichtung jener Elemente, deren Wirken allein die enge kulturelle Verbindung Polens mit dem Westen zuzuschreiben war, begann eine Tragikomödie nationaler Selbständigkeit der politischen und kulturellen Entwicklung des Polentums. Polonisierung bedeutete die Vernichtung der ständischen Gliederung des Volkes, der landwirtschaftlich-gewerblichen Arbeitsteilung, der Ansätze einer Differenzierung der Nation, die allein eine kulturelle Entwicklung hätte herbeiführen können. Die Geschichte des Westens stand in jenen Zeiten unter der Wirkung der weitergehenden Spezialisierung und Differenzierung der Berufe, als Polen zu einem Wirtschaftssystem zurückging, das als feudale Gutsherrschaft alle Züge einer geschlossenen Hauswirtschaft trug. Politisch entsprach die Entwicklung den wirtschaftlichen Verhältnissen genau. Während im deutschen Westen durch die Territorialstaaten größere Komplexe zusammengefaßt und im Laufe der Jahre zu wirtschaftlichen Einheiten entwickelt wurden, lebten in Polen eine Unmenge von Grundherren ohne jede gemeinsame Einigung nebeneinander. Der deutsche Westen entfaltete alle Kräfte einer staatlichen Organisation, während Polen zum Spielball der kleinlichsten Wünsche von einzelnen oder Cliquen wurde. Staatspolitik war Unmöglichkeit. Polen dämmerte im Schatten der westeuropäischen Entwicklung dahin, ohne Fähigkeit zu eigener Kultur, ohne die Möglichkeit, soziale Lebensformen zu schaffen, die einer kraftvollen Entwicklung des Volkes Bahn gebrochen hätten, ohne politischen Willen. Die Rolle Polens für die westeuropäische Kultur war negativ. Polen gehörte nicht mehr zum Westen, wo nichts von den Kräften in ihm lebendig war, die jenem die Bahn seiner Entwicklung vorschrieben.

Für den Westen war das Versagen des Polentums als Träger und östlicher Vorposten der europäischen Kultur eine politische Gefahr, seitdem das Russentum zu staatlicher Organisation gelangt nach Westen drängte. Im Innern und nach außen schwach mußte Polen ein leichter Raub der jungen russischen Macht werden. Das Interesse Westeuropas erforderte jedoch die Behauptung der östlichen Vorpostenstellung seiner Kultur und in diesem westeuropäischen Interesse, das Polen nicht zu schützen imstande war, handelte Friedrich II., als er dem Beginn der Teilung des polnischen Staates nicht untätig zusah, sondern dem preußischen Staate die Aufgabe zuschrieb, die Polen nicht hatte erfüllen können, Grenzwall gegen das andrängende Russentum zu sein. Der europäische Osten wurde neu geordnet, auf den Trümmern Polens schlossen die jungen Mächte Rußland und Preußen ein Kompromiß, dessen Interessensphären genügend fest abgegrenzt waren, um $1^1/_2$ Jahrhunderte gegenseitig respektiert zu werden. Der polnische Staatsgedanke hatte in der großen Politik der europäischen Reiche aufgehört ein Problem zu sein, wenn er auch formell im „Großherzogtum Posen“ und im „Königreich Polen“ fortlebte.



Aber seit den Teilungen gab es die „polnische Frage“ als innenpolitisches Problem der Teilungsmächte. Sie bestand darin, daß es ihnen nicht gelang, den Gedanken der nationalen Besonderheit und den Willen, diese im eigenen Staate zu organisieren, im Polentum selbst zu vernichten. Im russischen Teilungsgebiete wechselten Zeiten der loyalen Einfühlung in das Zarentum, wie unter der Leitung der polnischen Geschicke durch den Grafen Lubecki (1812 bis 1830), und den Marquis Wielopolski (1861—1863) mit unvermittelt heftig ausbrechenden Aufständen und darauf um so schärfer einsetzenden Russifizierungsversuchen. Das Vorgehen der russischen Beamtenschaft in dieser Beziehung trug ebensoviel dazu bei, die Polen in eine durchaus oppositionelle Politik zu treiben wie die politischen Machenschaften polnischer Emigranten in Paris. Der Druck der russischen Übermacht vermochte allerdings nur den politischen Freiheitswillen des Polentums zu fesseln, nicht ihn auszurotten. Die Überlieferung des polnischen Staates lebte am klarsten in Galizien fort, wo die Polen seit 1864 eine Autonomie besaßen, die ihnen eine fast völlige Selbständigkeit gewährte. Allerdings waren die Früchte dieser Autonomie ein verheerendes Zeichen für die staatsmännischen Eigenschaften der polnischen politischen Führer, denn Galizien stand kulturell und wirtschaftlich noch unter den kongreßpolnischen Verhältnissen. Die viel angegriffene Nationalitätenpolitik im preußischen Teilgebiete des alten Polen schwankte zwischen der russischen und der österreichischen Methode hin und her. Ohne den gewaltsamen Druck wie die russische Regierung auszuüben, aber auch ohne die völlige Preisgabe germanisatorischer Tendenzen gelang sowenig wie in Kongreßpolen oder Galizien eine Beruhigung der politischen Verhältnisse. „Polen“ als Staatsideal einer Nation lebte auch hier in dem politischen Willen der Bevölkerung fort.

Solange eine gewisse Gleichartigkeit der Interessen der Teilungsmächte in bezug auf Polen ihre Politik diktierte, war für die Polen an eine gewaltsame Beendigung des bestehenden Zustandes nicht zu denken. Der Augenblick war nun einmal verpaßt, in dem die Geschichte Polen Gelegenheit gegeben hatte, zwischen Russentum und Preußentum einen Staat zu errichten. Die versäumte Gelegenheit ließ sich nicht nachholen. Polen mußte warten, bis etwa von außen her die Interessengemeinschaft der Teilungsmächte gesprengt wurde, ehe es zu staatspolitischer Aktivität übergehen konnte. Die Konstellation der europäischen Großmächte, die den Weltkrieg herbeiführte, bot diese Gelegenheit. Die Polenfrage wurde als Problem der europäischen Staatenpolitik wieder aktuell.

Für Deutschland war die Frage der Wiedererrichtung eines polnischen Staates ein Problem seiner Außenpolitik gegen Rußland. Ein polnischer Staat war gedacht unter enger Anlehnung an die deutsch-österreichische Verbindung

als ein „Pufferstaat" gegen Rußland. Unter der Voraussetzung, daß Polen unter ständigem Einfluß der deutschen Politik blieb, stand man dem polnischen Staatsgedanken freundlich gegenüber. Die Frage der sogenannten „preußischen Polen" blieb dabei ungeklärt.

Rußland betrachtete von vornherein als die slawische Vormacht die polnische Frage als Problem seiner Innenpolitik. An eine Aufgabe der Souveränitätsrechte des Zaren wurde bei aller Förderung der nationalpolnischen Interessen, die versprochen wurden, nicht gedacht. Die Angliederung preußischer Landesteile mit polnischer Bevölkerung an ein Königreich Polen galt als Selbstverständlichkeit.

Polen hatte weder im Falle eines russischen noch eines deutschen Sieges die Möglichkeit seine Geschicke frei zu gestalten. Es blieb ein Objekt der Politik der Großmächte. Die Einsicht in diese Zwangslage erforderte die Entscheidung für den Westen oder den Osten. Die Einstellung des Polentums zu dieser Frage war verschieden: Pilsudski kämpfte an der Seite der Mittelmächte gegen Rußland, Haller kämpfte auf französischer Seite gegen Deutschland. Nach der Proklamation der beiden Kaiser vom 5. November 1916 war das oberste polnische Nationalkomitee in Krakau die Vertretung derjenigen Polen, die eine den Mittelmächten freundliche Haltung einnahmen, während der Führer des Polenklubs der Duma Roman Dmowski seine Bestrebungen fortsetzte, unter dem russischen Protektorate einen autonomen polnischen Staat zu errichten. Die Kreise Dmowskis — vor allem die agence polonaise centrale in Lausanne — stellten ohne Zweifel den einflußreicheren Teil der polnischen Politiker dar. Es mag sein, daß die Überlegung ihnen den Rücken stärkte: Polen werde von Deutschland nie Teile seines Besitzstandes erlangen, während Rußland jeden Griff nach deutschem Boden unterstützen werde. Die Pläne Dmowskis fanden im Jahre 1916 ihren Abschluß in einem Vertrage zwischen ihm und Miljukow, in dem die Polen ihre Zustimmung zum Verbleib im russischen Staatsverband gaben gegen gewisse staatsrechtliche Konzessionen der Russen. Durch die konkrete Fassung des Vertrages waren die Russophilen den Deutschfreundlichen gegenüber im Vorteil, die nichts als Versprechen aufzuweisen hatten, die noch durch einen deutschen Friedensvorschlag an Kerenski unter Zusicherung der russischen Grenzen von 1914 in merkwürdigem Lichte erschienen.

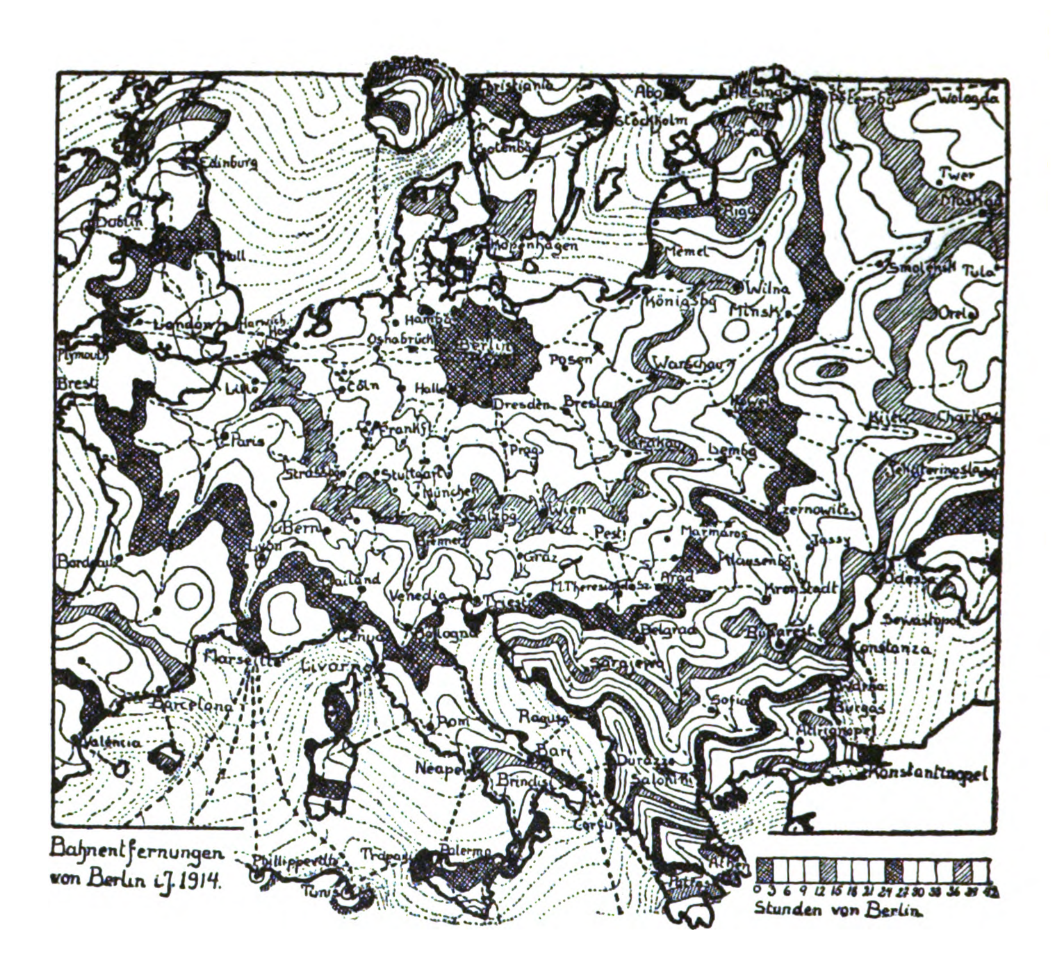
Der Ausgang des Krieges schuf für Polen Entwicklungsbedingungen, die zu erhoffen kaum ein polnischer Politiker gewagt hätte. Die Entscheidung für den Osten oder den Westen war unnötig geworden. Befreit vom Druck auf beiden Seiten schien die Geschichte Polen noch einmal eine Gelegenheit geben zu wollen, eigene Staatlichkeit auszubilden. Das System der europäischen Machtverteilung, wie es im 19. Jahrhundert entstanden war, wurde in



Versailles und S. Germain durch ein Chaos abgelöst, in dem alle historischen Bindungen zerrissen wurden, aus dem aber zweifellos eine Fülle von neuen Ansätzen historischen Geschehens entsprang. Es wird immer unmöglich sein, die Balkanisierung Ost- und Mitteleuropas so rückgängig zu machen, daß die Lage der Vorkriegszeit wiederhergestellt wird. Die Neuordnung der europäischen Welt wird irgendwie immer die Interessen der kleinen Völker an staatlicher Selbständigkeit berücksichtigen müssen. Aber ein neues System der politischen Machtverteilung, der dauernden Zusammenfassung der Machtsplitter wird sich aus dem heutigen Chaos entwickeln. Und hier erhält Polen die Gelegenheit, eine seiner Bedeutung entsprechende Stellung zu erringen. — Zunächst jedoch leidet Europa unter dem Chaos, das Frankreich im Interesse eigener Macht herbeigeführt hat und hütet, denn die Machtlosigkeit und die Gegensätzlichkeit der vielen einzelnen bedeutet der überragenden Stellung Frankreichs gegenüber Freiheit für die Bahnen seines Imperialismus. Die immer wiederkehrende Beschwörung der „deutschen Gefahr" ist das Bindeglied des politischen Konzerns, der Frankreichs Geschäfte in Europa betreibt. Jenes Frankreichs, das die europäische Rasse täglich verrät. Polen ist an Frankreich gebunden, solange das Interesse beider die Niederhaltung Deutschlands erfordert. Man kann nicht darüber hinweggehen, daß zwischen Polen und Deutschland unüberbrückbare Gegensätze bestehen. Dazu kommt noch die innige Sympathie, die einen großen Teil der polnischen führenden Schicht für die „culture" der „grande nation" erfüllt. Dem polnischen Staate als solchem drohen jedoch noch andere — schwerere Gefahren. Rußland wird nie dauernd den Verlust seiner westlichen Grenzländer verschmerzen. Mit fortschreitender Festigung der innerrussischen Verhältnisse entsteht die Gefahr einer Expansionsbewegung von selbst. Polen steht einer solchen fast hilflos gegenüber. Die Hilfe Frankreichs ist mehr als zweifelhaft im Falle den Pariser Politikern ein Bündnis mit einem gekräftigten Rußland eine bessere Gewähr der Niederhaltung Deutschlands bietet, als mit dem polnischen Staate. Die französischen Besprechungen mit dem Großfürsten Nikolai für den Fall einer monarchistischen Restauration ließen die Uneigennützigkeit der französisch-polnischen Interessennahme sehr problematisch erscheinen. Gegen Rußland hat Polen nur einen Verbündeten: Rumänien. Und ob dessen Hilfe genügen würde, die östliche Gefahr zu bannen, kann füglich bezweifelt werden.

So schwebt Polen heute zwischen Tür und Angel. Die Frage, wie Polen sein staatliches Dasein in völliger Unabhängigkeit gestalten und bewahren könne, hat bisher nur eine Antwort gefunden: Polen soll Großmacht werden, deren Mittel jedem Angriff — auch von beiden Seiten begegnen könnten. Ein phantastisches Unterfangen mit 15—17 Millionen Menschen einen Großstaat errichten zu wollen! Dazu mit einer politischen Vergangenheit, die

nicht gerade Vertrauen in die staatsbildenden Kräfte einzuflößen imstande ist. Die Unmöglichkeit eines solchen Strebens liegt auf der Hand, wenn es auch an und für sich die einzige Konsequenz der politischen Lage des polnischen Staates wäre. Nach wie vor steht Polen vor der Entscheidung für den Westen, der nur durch Deutschland repräsentiert wird, denn dieses war es, das Rußland auf Jahrzehnte nach Asien zurückwarf, oder für den Osten. Wenn es nicht gelingt, den Völkern Mitteleuropas die historische Gemeinsamkeit ihrer Kultur ins Bewußtsein zu bringen und auf irgendeine Art die bestehenden Gegensätze zwischen ihnen beizulegen — das braucht durchaus nicht auf friedliche Weise zu geschehen — wird Polen das erste Opfer sein, wenn das Russentum einst seinen Weg nach dem Westen wieder aufnimmt. —



Bahnentfernungen von Berlin i. J. 1914.

HERMANN v. WISSMANN: DIE WESTÖSTLICHEN VERKEHRSLINIEN EUROPAS 1914 UND 1924/25.

Vergleicht man die beiden Verkehrskarten untereinander, so fällt vor allem ins Auge die starke gegenseitige Abschließung der Staaten, ganz besonders Rußlands. 7 bis 8 Züge, kein einziger Schnellzug, überschreiten täglich die ausgedehnte Westgrenze. 1914 fuhren 12 Schnellzüge und 44 Personenzüge täglich über die kürzere Grenze. — Auch andere Grenzen wurden zu starken Verkehrsschranken, selbst wenn man Paß- und Zollschwierigkeiten außer acht läßt. 1209 km Schnellzugsstrecken fielen im neuen deutsch-polnischen Grenzland fort. Nur 5 Schnellzüge verbinden die Gebiete beiderseits der Grenze, davon 3 Berlin, Königsberg und Danzig untereinander. Einst wurde Posens und Westpreußens Westgrenze von 29 Schnellzügen überschritten.

Kowno und Wilna, Litauen und Polen sind ganz ohne Verbindung, Deutschland und die Tschechei nur in Oderberg, Bodenbach, Eger im Fernverkehr in Zusammenhang (6 gegen 18 Schnellzüge). Von Pest nach Belgrad (Orientexpreß 1914) fährt ein einziger Schnellzug!

Das neue Staaten- und Grenzgewirr brachte es mit sich, daß Hauptstrecken bis zur Unbrauchbarkeit zerschnitten wurden. Die alte Strecke Berlin—St. Petersburg ist ausgestorben. Sie überschreitet 7 Grenzen und zieht durch Deutschland—Polen—Danzig—Deutschland—Litauen—Polen—Lettland—Rußland, die Strecke Pest—Czernowitz durch Ungarn—Rumänien—Slowakei—Rumänien—Polen—Rumänien.

Im folgenden bedeutet ♀ eine, ♀♀ zwei, ♀♀♀ drei Grenzen: Basel ♀ Straßburg ♀ Bingen—Köln, Berlin—Wesel ♀ Boxtel ♀ Vlissingen, Pest ♀ Marburg ♀♀ Bozen, Pest—Szegedin ♀♀ Eisernes Tor—Bukarest, Pest ♀ Ungvar ♀ Lemberg wurden unbenutzbar.

Noch häufiger wurde das Verkehrsgefüge eines Landes gestört, indem notwendige Teile des Bahnennetzes durch rücksichtslose Grenzführung herausgeschnitten wurden.

Stettin ♀ Posen ♀ Breslau, Breslau ♀ Lublinitz ♀ Beuthen, Innsbruck ♀ Franzensfeste ♀ Pustertal, Lavanttal ♀♀ Kärnten, Groß-Wardein

♀♀ Arad, Arad ♀♀♀ Szegedin, Szegedin ♀ Maria Theresiopel ♀ Ujdombovar.

In einigen Fällen wurde der Verkehr doch ermöglicht durch Erleichterung der Paßschwierigkeiten oder dadurch, daß die Züge durch das fremde Staatsgebiet laufen ohne anzuhalten. Vor allem sind hier die Strecken Berlin—Marienburg und Berlin—Deutsch-Eylau wichtig.

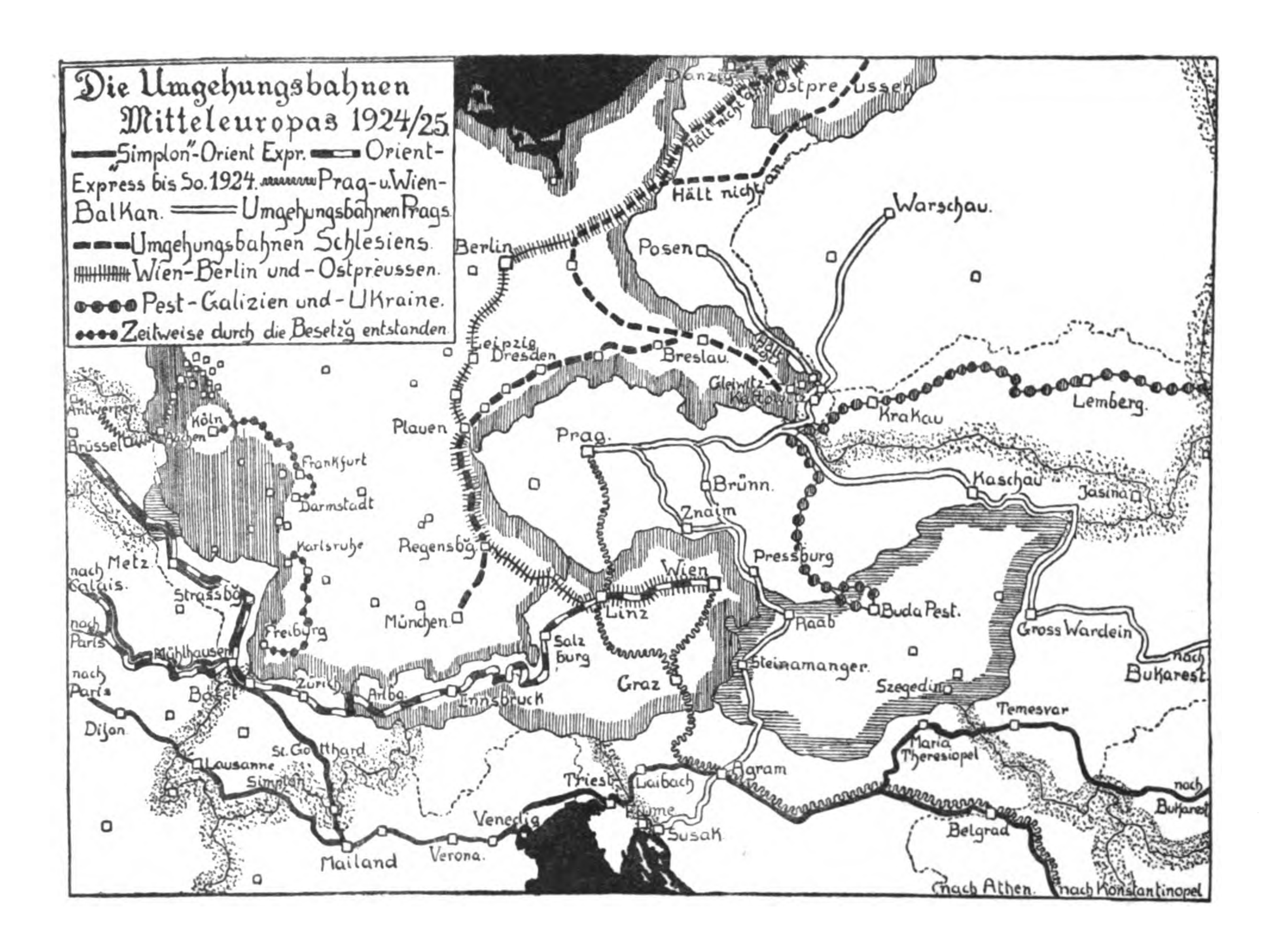
Sylt ♀ Tondern ♀ Hamburg, Kattowitz ♀ Beuthen ♀ Lublinitz ♀ Kreuzburg ♀ Posen, Prag ♀ Ziegenhals ♀ Oderberg, Wien ♀ Ödenburg ♀ Burgenland, München ♀♀ Aßling ♀ Triest, Kaschau ♀♀ Jasina, Groß-Wardein ♀♀ Marmaros, Kowno ♀ Prekuln ♀ Memel, Riga ♀♀ Libau.

Wie gefährdet aber solche Strecken sind, sieht man daran, daß die zeitweise verkehrenden Züge Wien—Graz ♀ Marburg ♀ Klagenfurt ♀ Meran und Wien—Klagenfurt ♀♀ Triest wieder eingestellt werden mußten.

Wenn irgend möglich, haben die den Frieden diktierenden Staaten Bahnstrecken, die im strittigen Gebiet verliefen, ohne Rücksicht auf völkische und wirtschaftliche Verhältnisse ganz in ihr Gebiet einbezogen, so daß sie für die anschließenden Teile des Nachbarstaates unbenutzbar wurden. Es entstanden Grenzbahnen, wie sie vorher fast allein in der Amurbahn und der Strecke Salzburg—Zell am See—Innsbruck bekannt waren. Die widernatürlichste Grenzbahn ist die Strecke (Prag—)Oderberg—Jablunkau(—Silein—)Kaschau—Kiralyhaza—Groß-Wardein(—Bukarest), die 422 km der neuen Grenze dicht entlang läuft. 333 km begleitet Warschau—Wilna—Dünaburg die litauische Grenze. Die Strecke (Prag—) Znaim—Lundenburg—Preßburg—Straß-Sommerein—Steinamanger(—Agram) bildet einen engen Halbkreis um Wien. — Die Tschechei würde ohne ihre Grenzbahnen auseinanderfallen; 1060 km der tschechischen Grenze sind ausgesprochene Bahngrenze. — Die längste Grenzbahn mit 1015 km Länge wurde die Strecke Luxemburg—Straßburg—Basel—Salzburg als Teil einer Deutschland umgehenden Bahn von Ostende nach Wien.

Vincovci — Maria Theresiopel — Hatzfeld (Simplon-Expreß), Maria Theresiopel — Werschetz — Weißkirchen, Mlava — Graudenz — Dirschau (Warschau—Danzig), Fülek—Plesivec (Prag—Dobschau), Baranowitschi —Rowno.

Es ist eine ganz neue Art von Grenzlegung und ein wenig gutes Zeichen für den Wert dieser Grenzen. Es geschah dadurch manchmal, daß eine Stadt einem anderen Land zugeteilt wurde als ihr Bahnhof: Teschen, Satoralya Ujhely, Gmünd, das deutsche Hatzfeld, früher ungarisch Zsombolya, jetzt südslawisch Dzombolj, rumänisch Imbolia.


Die Umgehungsbahnen Mitteleuropas 1924/25
„Simplon"-Orient Expr.
Orient-Express bis So. 1924.
Prag-u. Wien-Balkan.
Umgehungsbahnen Prags.
Umgehungsbahnen Schlesiens.
Wien-Berlin und -Ostpreussen.
Pest-Galizien und -Ukraine.
Zeitweise durch die Besetzg. entstanden.
Ostpreussen
Hält nicht an
Hält nicht
Warschau.
Berlin
Posen
Breslau.
Leipzig
Dresden
Gleiwitz
Kattowitz
Krakau
Lemberg.
Plauen
Prag.
Brünn.
Znaim
Kaschau
Jasina
Pressburg
Wien
Linz
Buda Pest.
Raab
Gross Wardein
nach Bukarest.
Salz burg
Steinamanger.
Graz
Szegedin
Temesvar
Maria Theresiopel
Agram
Triest
Laibach
Fiume
Susak
Belgrad
nach Bukarest
nach Athen.
nach Konstantinopel
Venedig
Verona.
Mailand
Innsbruck
Arlbg.
Zürich
Basel
St. Gotthard
Simplon
Lausanne
Dijon
nach Paris
Mülhausen
Strassbg.
nach Metz
nach Calais.
Freiburg
Karlsruhe
München
Regensbg.
Darmstadt
Frankfurt
Köln
Aachen
Brüssel
Antwerpen

Oft sind solche Grenzbahnen gleichzeitig Umgehungsbahnen geworden, Bahnen, die ein anderes Land oder dessen Hauptstadt umgeben. Teils kamen sie zur Vermeidung der Paßschwierigkeit in Gebrauch, öfter aus politischer Gehässigkeit. Statt einer Aufzählung betrachte man die Kartenskizze. Trotz geringeren Verkehrs hat sich so im ehemaligen Österreich-Ungarn, besonders im tschechischen und südslawischen Teil, die Anzahl der Schnellzugsstrecken vermehrt. Wien und Pest werden umgangen, erreichen aber durch ihr viel stärkeres Verkehrsbedürfnis, daß die alten Hauptstrecken nicht aufgegeben werden. Süddeutschland, Österreich und Ungarn werden umgangen durch die Überlastung der Linie Steinbrück—Agram—Vincovci, die den Verkehr von Paris, London, München, Prag, Wien an sich zieht und zum Balkan weitergeleitet auf Kosten von Schnelligkeit und Wegkürze. Süddeutschland wird gemieden durch die Verlegung des Ostende- und Orientexpresses, Wien und Pest durch die Verbindungen Prags über Linz, Preßburg und Kaschau. Der Verkehr von Pest mit Galizien und Südrußland wird zum Umweg über Oderberg gezwungen, denn der Tschechei und Polen liegt nichts an der Zugverbindung über die Karpaten.

Nebenstrecken oder Kriegsstrecken sind dazu verwandt worden, neue Staaten untereinander zu verbinden oder die Landschaften eines neuen Staates aneinander und an dessen Hauptstadt zu ketten, wie die Strecke Prag—Oderberg—Kaschau—Kiralyhaza—Jasina. Jasina liegt 1052 km von Prag entfernt und ist der hauptstadt-fernste Ort Mittel- und Westeuropas. Wie diese Grenzbahn muß die Strecke Belgrad—Agram—Laibach, auf der jetzt 4 Schnellzüge verkehren, als ehemalige Nebenstrecke das einzige Rückgrat des neuen Staates bilden. Alle früheren Hauptstrecken sind quer zu dieser Achse gerichtet: Karawankenbahn (Deutschland—Triest), Südbahn (Wien—Triest), Pest—Fiume, Maria Theresiopel—Brod—Sarajewo—Ragusa. Und auch jetzt noch neigt der Verkehr Südslawiens außerhalb Altserbiens dazu, Belgrad außer acht zu lassen: Karawanken, Südbahn, Pest—Fiume, Prag—Agram—Susak, Simplonexpreß: Triest—Agram—Maria Theresiopel—Zenta—Temesvar. Die Kriegsstrecke Lublin—Rozwadow bindet Galizien an Polen.

Warschau—Soldau—Graudenz, Czernowitz—Kischinew—Akkermann, Kowno—Murajewo—Memel.

Neue Staatenverbindungen auf ehemaligen Nebenstrecken sind die umwegige Strecke Prag—Kaschau—Kiralyhaza—Groß-Wardein—Bukarest, Belgrad—Maria Theresiopel—Temesvar—Bukarest, Berlin—Schneidemühl — ohne Aufenthalt in Polen nach Marienburg—Tiegenhof—Danzig, Kowno—Schaulen—Riga, Belgrad—Laibach—Villach—München.

Andere Gebietsteile sind im neu gebildeten Staat noch ganz ohne Bahnverbindung mit dessen Zentren, so das südliche Burgenland innerhalb



Deutschösterreichs, Luttenberg in Südslawien, das südliche Litauen. Die Bahnen führen nur in das Nachbarland. — Von Weißkirchen zur neuen Hauptstadt Belgrad muß eine Bahnstrecke von 480 km Länge benutzt werden bei einer Entfernung in der Luftlinie von 75 km, von Dobschau nach Kaschau eine Strecke von 412 km bei einer direkten Entfernung von 63 km.

Verbindungen den Grenzschwierigkeiten zum Trotz haben sich selten erhalten:

Paris — Lausanne — Mailand, Ostende — Luzern — Mailand, aber nicht Antwerpen — Tillburg — Goch, Antwerpen — Roermond — Düsseldorf, Basel—Säckingen—Schaffhausen—Konstanz.

Wien hat als große Handelsstadt mitten im Grenzgewirr nicht immer zum Besten ihres Landes den Verkehr den Grenzen zum Trotz aufrechterhalten.

Direkte Züge verkehren neben Wien ♀ Regensburg—Berlin auf den Strecken Wien ♀ Prag ♀ Berlin, Wien ♀ Oderberg ♀ Berlin, freilich nicht mehr Wien ♀ Kolin — Tetschen ♀ Berlin, neben Wien — Graz ♀ Belgrad auch Wien ♀ Pest ♀ Belgrad, neben Wien ♀ Pest ♀ Bukarest Wien ♀♀ Lemberg ♀ Czernowitz — Bukarest; Wien ♀ Laibach ♀ Triest.

Durch die Landzerstückelung hat sich der Verkehr im südöstlichen Mitteleuropa dezentralisiert. Zu den großen Verkehrsknoten Wien (12), Pest (10), dem oberschlesischen Bahndreieck (8), Linz (6) und Villach (6) kamen Prag (6), Lundenburg (5), Preßburg (5), Agram (6). Wien, Pest und Villach büßten ein. Die eingeklammerten Zahlen geben die Anzahl der ausstrahlenden Hauptstrecken an.

Das wichtigste Durchgangsland im europäischen West-Ost-Verkehr ist Norddeutschland. Es verbindet Westeuropa mit Rußland. Der einzige Konkurrent ist die mährische Pforte, verbunden mit Wien und dem „schrägen Durchgang" („Venediger—, Kärntner Straße"), die die Mittelmeerküste mit Osteuropa verbindet. Darin hat sich durch den Krieg nichts geändert. Nur zeitweise konnte die starke Absperrung der polnisch-deutschen Grenze einen Expreßzug Paris und Ostende—Nürnberg—Prag—Warschau begünstigen, der von Ostende nach Warschau 15 Stunden, von Paris nach Warschau 8 Stunden länger dauerte als der Schnellzug über Berlin. In Norddeutschland führt der Ost-West-Verkehr nicht mehr wie 1914 über zahlreiche Zwischenstrecken; selbst Halle—Leipzig—Dresden kommt neben der Bündelung in Berlin kaum in Betracht.

Der Absperrung entsprechend sind die Verbindungen mit Rußland sehr viel langwieriger geworden. Die kürzesten Fahrzeiten sind:



	1914 Stunden	1923/24 Stunden	1924/25 Stunden	wöchentlich
Berlin—Königsberg—Wilna—St. Petersburg	26	—	—	
Berlin—Kowno—Riga—Nowo Sokolniki—St. Petersburg	—	61-63	59-62	3 ×
Berlin—Warschau—Moskau	29½	62-63	60-61	1 ×
Berlin—Ostpreußen—Bialostok—Moskau	—	—	59-61	1 ×
Berlin—Warschau—Ssarny oder Rowno—Kijew . . .	31	—	48	1 ×
Berlin—Lemberg—Shmernika—Kijew	—	52	50	3 ×
Wien—Warschau—Wilna—St. Petersburg	35½	79-82	78-81	7 ×
Wien—Berlin—Riga—Nowo Sokolniki—St. Petersburg .	—	—	78-80	3 ×
Wien—Warschau—Moskau	40½	63	60-61	1 ×
Wien—Lemberg—Odessa	29	43	65-63	3 ×
Berlin—Warschau—Kasatin—Jekaterinoslaw—Rostow—Baku	4 Tage 4 Stunden			
Berlin—Lemberg—Kasatin—Jekaterinoslaw—Rostow—Baku	—	—	5 Tage 16 Stunden	3 ×

Große Umwege sind jetzt oft kaum zeitraubender, so im Sommer Berlin—Stockholm—Helsingfors—Petersburg (65½ St.), Wien—Warschau—Moskau—Petersburg (82-83 St.). Auf der direkten Strecke Warschau—Petersburg hat man jetzt auf 4 Stationen zwischen Dünaburg und Pleskau zusammen 19-21½ Stunden Aufenthalt. Der tägliche Verkehr mit Rußland ist noch viel langsamer (Wien—Warschau—Moskau 83-104 St., Berlin—Riga—Moskau 64 St.).

Aus der Tabelle ersieht man eine geringe Besserung gegenüber dem vorigen Jahre. Im Innern Rußlands hat sich der Verkehr auf den großen Fernstrecken im letzten Jahre schnell gebessert.

	1914	1923/24	1924/25
Moskau —Ssamara— / —Wjatka— Omsk .	2 T., 19 St.	3 T., 2 St.	2 T., 23 St.
Moskau—Taschkent . . .	3 T., 11 St.	4 T., 15 St.	3 T., 23 St.
Moskau—Baku	2 T., 12 St.	3 T., 19 St.	3 T., 13 St.

Die Fahrzeiten nähern sich denen vor dem Kriege. Eine Reise von Moskau nach Omsk (2719 km) ist weniger langwierig als von Wien nach St. Petersburg (1852 km). Zum Vergleich sei Lissabon—Moskau angeführt: 1914 4 Tage 3 Stunden, 1924/25 6 Tage 0 Stunden.

Gegenüber 1914 bleibt vor allem St. Petersburg stark benachteiligt, das mit Sibirien am schnellsten über Moskau verbunden ist, obwohl die sibirische Bahn über Danilow—Bui—Wjatka (258 km kürzer als über Ssamara) gelegt wurde. Auf der Karte der Schnellzugsstrecken 1924/25 sind in Rußland nur diejenigen Eilzugsstrecken eingezeichnet, die schneller fahren als die Personenzüge 1914.

Die Verbindung Mittel- und Westeuropas mit dem Balkan und Rumänien ist durch die Zersprengung Österreich-Ungarns in viele umwegige Bahnen ge-

leitet worden. Für **Rumänien** sind zu den beiden Strecken über Pest—Siebenbürgen und der Strecke durch Galizien der Umweg über Kaschau—Groß-Wardein und die Strecke über Maria Theresiopel dazugekommen, während die kürzeste Strecke Pest—Eisernes Tor (früher Orientexpreß) unbenutzbar wurde. Von London aus ist die Ostendeexpreßstrecke über Nürnberg und die Strecke über Berlin und Lemberg gleich lang (London—Constanza 2906 bis 2909 km). Da aber letztere nur Ebenen durchläuft, fährt 1924/25 der Ostendeschnellzug London—Bukarest 70 St., der Schnellzug über Berlin—Lemberg $64^1/_2$ St.[1]) Der **Orientexpreß** London—Paris—München—Pest—Bukarest fährt 63 St. 1914 fuhr der **Ostendeexpreß** 55 St., der **Schnellzug** über Berlin und Lemberg $55^1/_2$ St.[1])

Der Expreßzug über Basel—Innsbruck—Wien (Umweg 451 km) ersetzte bis zum August 1924 den Ostendeschnellzug und dauerte von London nach Bukarest $73^1/_2$ St. (jetzt $67^1/_2$ St.), der Expreßzug über Chalons—Basel—St. Gotthard—Triest—Maria Theresiopel (Umweg 541 km!) dauerte 73 St. (jetzt 69 St.).

Seit Herbst 1924 fährt der **Orientexpreß** wieder über Straßburg—München, nachdem er seit dem Kriege durch einen Expreßzug über Basel—Innsbruck und einen zweiten, den Simplon-Orient-Expreß, über Dijon—Simplon—Triest—Maria Theresiopel ersetzt worden war. Doch blieben auch diese bestehen. Die folgende Tabelle soll zeigen, wie die geographische Gunst des nördlichen Alpenvorlands den anderen Strecken gegenüber in den Fahrzeiten zum Ausdruck kommt.

Bukarest—Paris; Wien—Paris; Wien—Zürich.

	km		km		km	Fahrzeiten 1914	Fahrzeiten 1924	Fahrzeiten 1924/25	Grenzen 1914	Grenzen 1924	Steigung Wien—Bodensee
Wien*—München—Straßburg—Paris			*1341	Bukarest—Pest—Wien—Paris	*2490	$\boxed{45^{33}}$	64^{35}	$\boxed{60}$	3	4	
Wien—Nürnberg—Straßburg—Paris			1349		2498	⊏ 50^{16} ■	63^{05}	63^{10}	3	4	
Wien*—München—Zürich	*764	—Paris	*1379		*2528	51^{36} †	66^{45}	—	4	5	ca. 1000 m
Wien—Rosenheim—Innsbruck—Zürich	820	—Paris	1435		2583	—	—	—	5	6	1700 m
Wien—Salzburg◆—Pinzgau—Zürich	876	—Paris	1491		2640	⊏ 53^{15} ◆	$\boxed{64^{55}}$	66^{40}	3	4	2100 m◆
Bukarest—Eisernes Tor—Maria Theresiopel—Triest—Simplon—Paris					2687	—	$\boxed{66^{15}}$	$\boxed{65^{30}}$	4	4	(1800 m)
Bukarest—Lemberg—Berlin—Köln—Lüttich—Paris					3047	55^{25}	70^{43}	68	4	4	(fast keine)

* über Simbach. Über Salzburg + 39 km. ◆ über Selztal 24 km weniger und 2300 m Steigung. † über Straßburg bzw. Köln. ■ über Ulm. ( ) Steigung Wien—Karlsruhe, Agram—Schweizer Jura. ▭ Expreß. ⊏ zum Teil Expreß.

Aus der Tabelle ersieht man deutlich, wie stark die Strecken durch das nördliche Alpenvorland von Natur begünstigt sind, nicht allein für die Ver-

bindung von Wien und dem Orient mit Paris, auch für die Verbindung Wiens mit Zürich. 1914 führte die schnellste Verbindung Zürich—Wien über Ulm—München. Man erkennt die Verlängerung, die starke Vergrößerung der Steigung für die Verbindung Wien—Innsbruck durch die Umgehung der bayrischen Grenze, besonders aber den großen Umweg der Umgehungsbahn Mitteleuropas, des Simplon-Expresses, dessen Strecke nur für die Verbindung Rumäniens und des Balkans eine Verkürzung ist. Man sieht jedoch aus den Fahrzeiten, daß die ehemalige Nebenstrecke nicht für Schnellzüge eingerichtet ist: 1914 Triest—Pest—Bukarest im Schnellzug bei schlechtem Anschluß $33^1/_2$ St., 1924/25 Triest—Bukarest 39 St.! Der neu eingerichtete Orient-Expreß macht immer noch einen Umweg, da die beste Strecke Pest—Bukarest zwischen Szegedin und Temesvar durch den neuen Grenzverlauf unbrauchbar wurde. Prags neu geschaffene Verbindung mit Bukarest ist wie die meisten neuen Verbindungen Prags ein großer Umweg und für den Verkehr anderer Länder untereinander bedeutungslos.

		km	1914	1924/25		km	1924/25
Prag—Bukarest . .	über Pest	1496	31^{06}	39^{45}	über Kaschau	1741	47^{30}
Prag—Fiume (Susak)	über Linz	868	*19^{35}	24^{55}	über Raab .	1109	34^{07}
Prag—Belgrad . .	über Pest	970	19^{54}	22^{00}	über Linz .	1176	32^{00}

* ebenso, bzw. über Wien. Man vergleiche die Karte der Umgehungsbahnen.

Obwohl es zur Hauptstadt wurde, hat Prag doch schlechtere Verbindungen als zur Zeit, da es Provinzstadt war.

Die Verbindung nach Konstantinopel war von Pest aus 1914 gleich gut über Belgrad wie über Bukarest und das Schwarze Meer ($37^1/_2 : 38$ St., jetzt $45^1/_2 : 48^1/_2$ St. infolge der Sperrung der Strecke Pest—Eisernes Tor). Die Verbindung von Berlin nach Konstantinopel war 1914 bei weitem am kürzesten über Lemberg—Constanza (51 St.) und dauerte über Oderberg—Pest—Belgrad 9 St. länger. Heute fährt man von Berlin nach Konstantinopel schneller über Lemberg (62 St.), von Konstantinopel nach Berlin schneller über Belgrad—Pest—Prag (57 St.). Und die Verbindung London—Konstantinopel ist und war über Berlin[2])—Lemberg—Constanza am besten, obwohl 1914 ein Schnellzug mit dem Ostendeexpreß, jetzt mit dem „Simplonexpreß"[3]) in Wettbewerb trat: 1914 73 : 74 St., 1924/25 87 : 90 St. Dies ist die beste Verdeutlichung der Verkehrsgunst der Ebene gegenüber dem Mittelgebirgsland und dem Hochgebirge. Der Expreß London—Chalons—St. Gotthard—Triest—Belgrad—Konstantinopel gebraucht 17 Stunden länger als 1914 der Schnellzug über Berlin—Lemberg verbunden mit der Schiffahrt durchs Schwarze Meer. Im Krieg entstand die Bahnverbindung mit Athen, und Belgrad wurde noch wichtiger als Eingangspforte in den Balkan, zugleich aber schwerer erreichbar durch das Grenzgewirr der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns. 1914 führte der

einzige Zugang von Bedeutung über Ofen-Pest. Jetzt fährt hier ein einziger Schnellzug mit schlechtem Anschluß in Pest (für den Orientexpreß 4 St. Aufenthalt!). Trotzdem ist die Verbindung auf der überladenen Strecke Agram—Belgrad, die die Züge aus allen Richtungen sammelt, fast durchaus schlechter. In der nachfolgenden Tabelle ist der mindestens vierstündige Aufenthalt in Pest **nicht** abgerechnet!

			Fahrzeit		1924/25
		km	1914	1924/25	Grenzen
Berlin—Belgrad . .	über Pest	1312	26^{34}	30^{15}	3
	über München—Tauern	1692◆	—	40^{35}	2
Paris—Belgrad . .	über Pest	1972	34^{30}	48^{48}	4
	über München—Tauern	1961◆	—	48^{20}	3
	Simplonexpreß. . . .	1991	—	46^{15}	3
Wien—Belgrad . .	über Pest	623	11^{46}	17^{20}	2
	über Graz	871	—	21^{45}	1
München—Belgrad .	über Pest	1051	23^{53}	31^{30}	3
	über Tauern	1040◆	—	27^{20}	2

Prag—Belgrad siehe oben. ◆ die Steigung ist in Betracht zu ziehen!

Folgende Gegenüberstellung möge die Unzulänglichkeit des Simplonexpresses[4]) verdeutlichen: Paris 8^{35} — 4 Nächte — Athen 2^{00}, Athen 4^{15} — 4 Nächte — Paris 7^{15} im Simplonexpreß (88^{15}), im Schnellzug über München und die Tauern! und Karawanken Paris 9^{45} — 4 Nächte — Athen 2^{00}, Athen 4^{15} — 4 Nächte — Paris 7^{00} (87^{30}). Trotz der neuen Bahn ist aber die Verbindung Athens mit Westeuropa und Deutschland immer noch am schnellsten über Brindisi, solange der Kanal von Korinth benutzbar ist. Der Simplonexpreß gebraucht von Paris nach Konstantinopel $18^1/_2$ Stunden länger als der Orient expreß 1914.

Wie sehr auch die Besetzung des Rheins nicht allein den Verkehr in seiner Längsrichtung, sondern auch, sogar jetzt noch, den Ost-Westverkehr verzögert, dafür soll von vielen ein Beispiel Aufnahme finden: London—Köln—München 1914 24 Stunden, 1924 31 Stunden, 1924/25 28[5]) Stunden.

Durch die Verkehrsblockade Deutschlands, Österreichs und Ungarns haben Frankreich und besonders die Staaten der kleinen Entente ihren eigenen Fern verkehr verschlechtert ohne verhindern zu können, daß die schnellsten Ver bindungen immer noch diese drei Staaten auf alten geographisch vorgezeich neten Wegen queren.[6])

ANMERKUNGEN

[1]) Abgerechnet den Aufenthalt in Berlin Fr.

[2]) Abgerechnet den Aufenthalt in Berlin Fr.

[3]) Der Schnellzug über Köln—Pest—Belgrad gebraucht 1924/25 95 St.

[4]) Winter 1924/25.

[5]) Es erscheint zum erstenmal wieder die Verbindung Köln—Mainz—Mannheim—München.

[6]) Als Literatur wurde vor allem Hendschels Telegraph, große Ausgabe, und das Reichskursbuch benutzt.

HARTMUTH MERLEKER:
AMERIKANISCHE NEGER
Zahlen aus Dixieland

Das größte Problem, an dessen Lösung die Vereinigten Staaten schon im Bürgerkriege gingen, und das sie heute noch nicht gelöst haben, ist der nordamerikanische Neger. Er ist ein Mensch, der eigentlich gar nicht dort heimatberechtigt ist, wo er lebt, allerdings ebensowenig wie der Weiße, der eine Sprache lernte, die, zufällig englisch, die der Herren des Landes ist, der in eine Kultur hineinwachsen muß, gegen die sich seine letzten Instinkte sträuben, der als Christ jeder Schattierung, meist baptistisch, erzogen wird, und doch in fast all seinen Zügen den afrikanischen Negern so gleicht, als wenn er erst vor ein paar Monaten oder Jahren nach Amerika durch einen Sklavenjäger transportiert worden wäre.

In Amerika spricht man nicht gern von dem Negerproblem, man hat genug davon, daß es überhaupt da ist, und begnügt sich mit der Überwachung, weil man sich darüber klar ist, daß es letzten Endes eben doch nicht zu lösen geht. An eine Verschmelzung mit der weißen Rasse ist nie zu denken, an geschlossene Siedlung erst recht nicht, an Abwanderung in ein zukünftiges Negerreich in Groß-Afrika ebensowenig, also läßt man die Dinge treiben und steuert ihnen dadurch, daß man die Neger, ungefähr so wie im Mittelalter in Europa die Juden, nicht hochkommen läßt. Trotzdem haben sie sich schon erstaunlich hinaufgearbeitet, sie sind in die akademischen Berufe eingedrungen, haben Vermögen erworben, sie sind Beamte, ja was kaum glaublich, Richter geworden, und haben sogar einen allerletzten Schritt getan, sie haben ausgesprochen schöne Frauen hervorgebracht, die dazu angetan sind, die Abneigung des weißen Mannes gegen die Negerin zu überbrücken. Trotzdem stehen sie außerhalb der amerikanischen Bevölkerung, wenn sie auch Bürger sind, und alle damit verbundenen Rechte ausüben können.

Durch nichts bekundet der weiße Amerikaner deutlicher, daß sie ihm in Wahrheit doch ein Fremdkörper sind, als durch die Sonderbehandlung in seinen Statistiken. Der Schwarze wird bei allen Zählungen stets getrennt vom Weißen aufgeführt. Nur so behält der Weiße die Kontrolle. Denn die Neger führen ihr erzwungenes Eigenleben und es könnte leicht sein, daß sie diesem Leben eine Richtung gäben, die die weißen Amerikaner überraschte.

1910 gab es in den U. S. A. 9 827 763 Neger, 1920 war die Zahl auf 10 463 151 gestiegen und für 1925 nennen ernsthafte amerikanische Volkswirte schon eine Ziffer weit über 12 Millionen. Dabei kann sich die Zahl

der Neger nur durch die natürliche Zunahme der Geburt vermehren, denn eine Einwanderung von Schwarzen ist durch den Quota Act jetzt vollkommen gedrosselt. Die Zahl der Männer ist der Frauen fast gleich, es gibt nur etwa 40 000 Frauen mehr als männliche Neger. Bei der weißen Bevölkerung der Vereinigten Staaten liegt das Verhältnis erheblich umgekehrt, dort überwiegen die Männer um mehr als 2 Millionen. Für die Heiratsaussichten der Frauen und die Aussicht, durch Kinder eine natürliche Vermehrung zu sichern, sind das bessere Verhältnisse. Trotzdem sind die Geburtenziffern bei den Negern prozentual höher und ihre Zunahme läßt die Zunahme der weißen Bevölkerung hinter sich, die nur durch die Einwanderung einen Ausgleich zu schaffen in der Lage ist.

Von der erwachsenen Bevölkerung über 21 Jahren sind 8,9 % Neger, von der Gesamtbevölkerung dagegen sind 9,8 % Neger, das beweist auch wieder, daß sie einen erheblichen Rückhalt in Kindern besitzen, der der weißen Bevölkerung fehlt.

Früher war der Neger eigentlich nur für die Südstaaten ein Problem, heute haben sich die Zahlen aber so gründlich durch eine innerstaatliche Wanderung verschoben, daß der Norden anfängt mit ihnen zu rechnen. Nur noch zwei Südstaaten haben eine stärkere schwarze als weiße Bevölkerung, Mississippi und South Carolina, in allen anderen Staaten ist die weiße Bevölkerung in der Mehrheit. Dafür zeigt sich aber ein bedenkliches Anschwellen der Negerbevölkerung in Staaten des Nordens, die für die Befreiung der Neger nur eintraten, weil sie den Neger nicht kannten. Da ist zunächst Illinois, der Staat von Chicago, dort verdoppelte sich die Negerbevölkerung in 10 Jahren glatt. In Michigan, Illinois dicht benachbart, hat sie sich sogar im gleichen Zeitraum verdreifacht. In Nebraska, einem klimatisch für Neger ungünstigen Staat haben sie sich trotzdem auch verdoppelt, in New-Yersey gegenüber von New-York nahmen sie um 50 % zu, in Neu-Mexiko ist wieder eine Verdreifachung zu konstatieren, in New-York, dem Empirestaat nahmen sie um ein Drittel zu, Ohio sieht auch fast eine Verdopplung, groß ist auch die Zunahme in Wisconsin, während sie in den meisten Staaten nur natürlich blieb. Die starke Zunahme in den nördlichen Gegenden findet ihre sehr einfache Erklärung in der Abnahme in südlichen Staaten. Alabama, Kentucky, Louisiana, Mississippi, Tennessee sind die Staaten, die Neger an den Norden abgegeben haben, der eine mehr, der andere weniger, am meisten wohl Mississippi, das früher über, heute unter eine Million Neger hat.

Die Drosselung der Einwanderung aus Europa, bringt den Amerikanern aber noch eine andere Gefahr, als nur den Verlust des weißen Zuwachses ganz allgemein. Langsam aber sicher steigen die erwachsenen Neger Natives über die 10 % Grenze, die ihnen nach der allgemeinen Zählung zustehen

könnte, bei den Frauen sind sie bereits über 11 % hinaus, bei den Männern sind 10 % schon ein wenig überschritten. Da jeder 21 Jahre alt gewordene, in Amerika geborene Neger schon von Geburt an Bürger ist, der Einwanderer aber einige Jahre warten muß, und immer spärlicher hineinkommt, so gewinnt die schwarze Wählerschaft von Jahr zu Jahr an Bedeutung.

Vielleicht noch brennender als die Frage der Zahl der Neger im Einzelstaat ist die Frage der Negerbewohner in den großen Städten. Hier sind sie in 99 von 100 Orten ziffernmäßig stärker geworden, nur kleinere Orte, etwa zwei oder drei haben einen ganz geringen Rückgang zu verzeichnen. Sechs „Negergroßstädte" sind heute vorhanden, die über 100 000 Neger zu Bürgern haben, Baltimore, Chicago, New-Orleans, New-York, Philadelphia und Washington. Es ist nicht ohne tiefere Bedeutung, daß die Bundeshauptstadt auf drei Weiße einen Neger in ihren Mauern hat. Es gibt aber Städte, wo noch mehr Neger wohnen. In Charleston sind die Hälfte der Bewohner Neger, in Jacksonville ebenfalls, ebenso in Portsmouth in Virginia und auch in Savannah, und in fast ein Dutzend Städten stellen die Neger mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Die Abwanderung des Negers vom platten Lande in die Stadt ist größer, als man denken sollte, trotzdem hat auch die Negerfarmbevölkerung zugenommen, die Zunahme in den Städten ist in vielen Fällen sogar größer als die Zunahme der Weißen im gleichen Ort, stets natürlich prozentual, nicht absolut genommen. Am stärksten war sie in Cleveland, Los Angeles, New-York, Norfolk, Philadelphia und St. Louis.

Eine wesentliche Kolonne in der amerikanischen Statistik ist die Zahl der Neger unter den Farmern. Rund 5,4 Millionen weiße Landwirte stehen mehr als 0,9 Millionen Negern gegenüber. Diese sind 16 % der weißen Farmer, also wesentlich mehr, als die 10 %, die die Neger innerhalb der Gesamtbevölkerung darstellen. In South Carolina und Mississippi, wo sie an sich schon zahlreicher als die Weißen sind, stehen sie auch als Landwirte vor den Weißen, ebenso sind sie in den schon vorher genannten Staaten Alabama, Arkansas, Georgia, Louisiana, North Carolina, Virginia und Tennessee sehr zahlreich, in den übrigen Staaten haben sie Bedeutung nur noch in Florida, Oklahoma und allenfalls in Maryland. Dagegen sind sie völlig bedeutungslos in den Haupteinwanderungsstaaten für weiße Landwirte, in Minnesota, in Wisconsin und Michigan. Die Zunahme der Negerfarmer in 10 Jahren betrug 3 %, die Zunahme der weißen Farmer aber kaum 1 %. Allerdings ist hier zu berücksichtigen, daß die Zahl der eingewanderten weißen Farmer zurückging, einmal wurden Zehntausende von ihnen Bürger und trugen zu deren ziffernmäßiger Vermehrung bei und dann hielt die Drosselung der Einwanderung viele zurück, die sonst gekommen wären. Deren Zahl ging aus diesen beiden Gründen von 670 000 auf 580 000 zurück.



Außerordentlich wichtig für die Beurteilung der Lage der Neger ist ein Blick in die Analphabetenstatistik. Von allen Personen in den U. S. A., die älter waren als 10 Jahre waren in den Gesamtstaaten 6 % des Lesens und Schreibens unkundig. Diese Zahl teilt sich folgendermaßen auf: von den amerikanischen Bürgern, die eingeborene amerikanische Eltern hatten, waren es nur 2,5 %, von den amerikanischen Bürgern, die einen amerikanischen und einen eingewanderten Elternteil hatten, gar nur 0,8 %, von den noch nicht naturalisierten eingewanderten Personen dagegen 13,2 %. Alle diese Personen waren Weiße. Die amerikanischen Neger in ihrer Gesamtheit haben 22,9 % Analphabeten.

Diese Zahl ist natürlich sehr hoch. Sie wird außerdem noch nicht unerheblich in manchen Staaten überboten, sinkt dagegen in den nördlichen Staaten wiederum auch stark unter diesen Durchschnitt. Im Staat mit dem schlechtesten Durchschnitt für alle Rassen stehen auch die Neger obenan mit 38,5 Analphabeten, nämlich in Louisiana, dann folgt Alabama mit 31,3 %, über 20 % haben noch Arkansas, Florida, Georgia, Kentucky, Mississippi, North und South Carolina, Tennessee und Virginia. Immer sind es die Staaten, in denen ein wirkliches Negerproletariat sitzt, Nachkommen der alten Sklaven, die sich von der Erinnerung an das alte Dixieland, die Heimat der amerikanischen Neger, nicht freimachen konnten. Dagegen gibt es 31 Staaten von 49, einschließlich des Bundesdistrikts, in denen die Neger prozentual weniger Analphabeten haben, als die eingewanderten Weißen aus Europa. So sind zum Beispiel im Staate New-York 2,9 % Neger Analphabeten, dagegen 14,2 Weiße, die noch nicht Bürger sind, in Texas sind 33,8 % Weiße unfähig zu lesen und zu schreiben und nur 17,8 % Neger. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Arizona, New-Mexiko, Pennsylvannia, Vermont, wo die Neger verhältnismäßig viel unterrichteter sind als die eingewanderten Weißen. Mit der allgemeinen Hebung der Volksbildung halten die Neger nicht nur Schritt, sondern, da sie viel Gelände zu gewinnen haben, sind sie in gewisser Beziehung den Weißen durchaus voraus. Wie schnell im übrigen die Amerikaner die Analphabetenkinder ausmerzen, kann man an zwei Zahlen sehen, 1910 waren 4,1 % Analphabeten zwischen 10 und 15 Jahren, 1920 sind es nur noch 2,3 %. Im allgemeinen kann man sagen, daß die weiße Zahl der Analphabeten im Norden größer ist als die der Neger, während es im Süden mit sonst gleichen Ziffern umgekehrt ist. Es will immerhin etwas bedeuten, wenn von 140000 über 10 Jahre alten Negern in New-York nur 3000 nicht lesen und schreiben können. Von allen großen Städten prozentual die meisten Analphabeten unter den Negern in Atlanta hat Georgia, hier sind es etwa 16 %, auch diese Ziffer bleibt hinter der Gesamtdurchschnittsziffer von 22,9 % für die Neger der Union zurück. In der Stadt lernt der

Neger eben sehr schnell lesen und schreiben. Auf dem Lande unter den Negerfarmern und Landarbeitern erreicht die Unkenntnis von Lesen und Schreiben dagegen bis zu 50 %.

Warum die Neger hinter den eingeborenen Weißen in den Schulkenntnissen zurückbleiben, erhellt aus den Schulbesuchsziffern. In der Gesamtunion gehen von den Kindern zwischen 5 und 20 Jahren 64,3 % in die Schule, davon Jungens 64,1 und Mädels 64,5 %. Die Neger erreichen nur 53,5 %, bei den Jungens 52,4 %, bei den Mädels 54,5 %. Sie stehen aber hinsichtlich des Schulbesuchs wiederum wesentlich besser da als die Kinder der eingewanderten Weißen, die es nur auf 44,2 % bringen. Gegen 1910 hat sich der Schulbesuch der Neger um 8,8 % gehoben, der der eingeborenen Weißen nur um 3,7 %, der der eingewanderten um 5,5 %. Am stärksten ist die Zunahme der Negerschulkinder in den Städten im Alter zwischen 7 und 13 Jahren. 1910 waren es von allen Kindern nur 64,1 %, die lernten, heute sind es 90,7 %. Eine so gewaltige Steigerung konnten die weißen Schulkinder gar nicht aufbringen, weil hier 1910 schon 88,2 aller Kinder in die Schule gingen, heute sind es 92,2 %. Weit entfernt sind die Neger von diesem Höchststand nicht mehr. Auf dem Lande sieht es allerdings noch anders aus. Dort gehen im Alter von 7 bis 13 Jahren 72,2 % der Negerkinder in die Schule, 1910 immerhin auch schon 60,5 %, bei den weißen Kindern sind die Prozentzahlen 90,6 und 86,4.

Die meisten amerikanischen Neger sind Baptisten, ihrer mehr als 3 Millionen, in weitem Abstande mit etwas mehr als 1 Million folgen die Methodisten, die übrigen zerflattern, es sind auch viele römische Katholiken, auch Evangelische; die stärkere Anziehungskraft haben aber die beiden erstgenannten Gemeinschaften, weil in ihnen ohne besondere Schwierigkeiten die Neger selbst auch Geistliche werden können. Beide Kirchen haben schwarze Sektionen eingerichtet, die ohne großes Zutun der weißen Geistlichen verwaltet werden. In ihnen führen die Neger ein eigenes kirchlich-geistliches Leben.

In einem reinen Industrie- und Handelsstaat wie New-York müssen die Neger natürlich auch in die Berufe, die in einem solchen Lande vorherrschen. Von rund 200 000 Negern haben daher im Staat New-York über 120 000 einen Beruf, davon sind über ein Drittel Frauen. Kinder sind es hier weniger, aber in der Gesamtunion ist die Zahl der Negerkinder, die arbeiten müssen, unverhältnismäßig hoch. Die absolute Ziffer der schwarzen Jungens und Mädels, die einen bezahlten Beruf in fremder Leute Dienst ausüben, ist rund 320 000 gegen 740 000 weiße Kinder im gleichen Alter zwischen 10 und 15 Jahren. Jetzt wird auch der schlechtere Schulbesuch in dieser Altersstufe klar. Denn von allen Negern überhaupt sind über 3 % arbeitende Kinder, von allen Weißen überhaupt aber noch nicht 1 % arbeitende Jugendliche

unter 15 Jahren. Dabei ist sowohl bei den Weißen wie bei den Schwarzen die Kinderarbeit gegen 1910 um etwa 30 % zurückgegangen und wird auch noch weiter zurückgehen, weil die Regierung ganz außerordentlich scharf Kinderarbeit kontrolliert und dämpft.

Ein trauriges Kapitel sind die Lynchmorde an Negern, die trotz aller drakonischen Maßnahmen der Bundesregierung und der Einzelregierungen immer noch nicht ausgerottet sind. Im letzten Jahre waren es noch 29 Lynchmorde an Negern gegen nur 4 weiße Lynchgerichte. Seit 1885 wurden 3149 Neger gegen nur 1038 Weiße durch ein Lynchgericht zum Tode befördert. Nur 1885 überstieg die Zahl der weißen Lynchgerichte die der schwarzen, seitdem sind die Neger immer den Weißen „überlegen" gewesen. Die absolut höchsten Lynchziffern haben natürlich die Staaten, in denen die meisten Neger wohnen, also Georgia, Mississippi, Alabama, Texas, Arkansas, Florida, Kentucky, South Carolina. Völlig frei von dieser Unsitte waren seit 40 Jahren Connecticut, der Bundesdistrikt Columbia, Maine, Massachussetts, Nevada, New-Hampshire, New-Jersey, Rhode Island, South Dacota, Utah, Vermont, Washington und Wisconsin, obwohl mancher dieser Staaten eine erhebliche Negerbevölkerung besitzt.

Wie unwesentlich die schwarze Einwanderung für die Vereinigten Staaten ist, kann man aus dem Jahresabschluß von 1924 sehen. Es kamen insgesamt 19 342 Neger ins Land, da 4887 auswanderten, so blieb ein Nettoüberschuß von 14 455. Nicht alle kamen aus Afrika, von wo die Quote nur wenige Hundert beträgt, die meisten kamen als Angehörige anderer Länder mit höherer Quote, wo die Staatszugehörigkeit gezählt wurde, und nicht die Rasse. In New-York leben allerdings neben 150 000 in Amerika geborenen Negern noch über 30 000 eingewanderte, das ist aber auch ziemlich die einzige Stadt der Union, die dieses Phänomen aufzuweisen hat. Es gibt dort sogar mehrere Hundert Neger aus ehemaligen deutschen Kolonien.

Wie stark die innerstaatliche Wanderung der Neger von Süden nach Norden ist, wird noch einmal beleuchtet durch die Staatsstatistik von New-York, dort stammen nur 70 000 von 213 000 Negern aus dem Staat selbst, 31 000 kamen aus Virginia, je 13 000 aus den beiden Carolinas, 8000 aus Georgia, 30 000 von Übersee und der Rest aus anderen südlichen Staaten der Union.

HEI LUNG KIN
(Anonymer Mitarbeiter von weiland Yüan Shi Kai):
DAS GOLD IN DER NORDOSTASIATISCHEN RANDGEOPOLITIK

Tief im Sessel zurückgelehnt, mit der unbeweglichen Miene des an den Verkehr mit langwartenden Ostasiaten gewöhnten Chinesen, der sie ausmeistert, weil er noch länger und geduldiger warten kann, als sie, sitzt ein erprobter Mitarbeiter von Yüan Shi Kai. Er erzählt von ihm, von seinem mandschurisch-mongolischen Minendirektor Wong, von den Goldzügen, die zwischen den goldspendenden Landschaften am indo-pazifischen Rand verkehrten und den goldhungrigen Machtzentren des alten, wie des neuen Russentums, von der Vermittlungszentrale Irkutsk und ihrer Revolution, und von dem französischen General Jeannin, der in ihrer höchsten Not die Sowjets mit 900 Millionen Goldmark finanzierte und nebenbei Admiral Koltschak und die Weißen unter den Russen verriet. . . .

Was er erzählt, hat, in diesem Zusammenhang von einem Wissenden geschildert mit solcher Selbstverständlichkeit, den Westen nie erreicht, so bekannt es im foreign office, in ganz Ostasien und in Washington ist; darum muß dieser Zusammenhang von Rand-Gold-Geopolitik, rechten Männern am falschen Platz, und falschen Männern am rechten Platz einmal dargelegt werden. Namen sollen so wenig genannt werden, als möglich; die Wissenden erraten ohnehin die Meisten und die Verschleierten wollen nicht erraten sein.

„Vor dem russisch-japanischen Krieg wurden die meisten Goldfundstellen längs der ostasiatischen Zerrungszüge, mit Ausnahme von ein paar russischen Regierungsminen, geradezu primitiv ausgebeutet. Sie hatten kaum Maschinen. In den Gruben, die Yüan Shi Kai um Jehol gepachtet hatte, die heute der Mandschurei gehören, trugen endlose Kulizüge das Wasser in Strohkörben heraus, daß sich ein fast zusammenhängender Strom ergoß. Man ahnte, daß gerade die Mandschurei ungeheuer reich an Gold sein müßte, wie es die Gegend von Stretensk, wie es die obere und mittlere Lena war, wie es jetzt seit zwei Jahren landeinwärts von der Uda-Bucht gefunden ist, wie es überall wartet. — — Als man die ersten Versuche mit westlichen Gewinnungsmethoden in der Mandschurei machte, stellte sich heraus, daß die allerdings nicht so weitgelagerten, mehr verworfenen Gänge das Vier- bis Fünffache der Transvaal-Erze an Gehalt hatten. Aber die ganze Entwicklung, die ein weiseres, weniger raffgieriges Rußland langsam in den Besitz von unraubbaren Schätzen gebracht hätte, wurde durch den Raubkrieg von 1904 zerstört; Abasa und Alexejew

hatten geglaubt, daß der Ferne Osten sich alles, nicht nur die nordischeren Rohstoffe nehmen ließe, die Gegenwehr, die indirekte des foreign office warf die Japaner auf sie und es war aus — —."

„Dann blühten die Goldfelder weiter im Norden dennoch so empor, daß noch zwischen 1917 und 1918, nach der zweiten, der Bolschewiki-Revolution allein aus der Lenagegend einige zweihundert Kisten zu 300 Pfund durch die noch immer arbeitende sibirische Post den rasend schnell verarmenden Westen Nordasiens erreicht haben mögen. Ein Teil, im ganzen an 500 000 Pfd. St. mögen in fremde Valuten abgeflossen und geborgen worden sein. Der Rest erreichte die russische Volksbank. Aber ihre wahre Finanzierung erlebten die Sowjets erst durch den Franzosen Jeannin.

Denn als Koltschak aufkam, da rissen die spärlichen Sendungen ganz ab, und Einige, die sie wieder fließen machen zu können glaubten, fuhren auf dem nächsten noch freien Wege, über Amerika und Wladiwostok, in die Mandschurei, nach dem Hei Lung Kiang, nach Stretensk und Nertschinsk, nach der oberen Lena, und die meisten trafen sich wieder in Irkutsk. Das war damals ein merkwürdiger Platz. Nur der, der dort hätte sein müssen, der war nicht da: Koltschak, der meinte an der „Front" sein zu sollen, wo er seine Sachen, als Admiral, schlecht machte — denn er hätte regieren müssen, die Grundbesitzfrage, die Alles in Sibirien beherrschende, in die Hand nehmen und wagen, die Emigranten-Grundbesitzer, die zu ihm strömten, und die Bankiers mit einem Zuge nach dem Stillen Ozean abzuschieben.

Dann hätte Alles gut werden können.

So aber verließen ihn die Bauern, die zuerst seine beste Stütze sein konnten, und längst, ehe der eigentliche Zusammenbruch erfolgte, waren die Partisan-Gruppen gebildet, die — eine echte Bauern-Revolution — die großen sibirischen Kolonialstädte umgaben, abschnitten, und ahnen ließen, was kommen würde, als Koltschak noch mit seinen paar tausend Mann, und seinen zwei Schatzzügen weit im Westen von Irkutsk stand; das Beste daran waren die 30 Waggons mit je zehn Tonnen Gold, davon das Kilogramm damals einige 3000 Goldmark wert gewesen sein mag, rund 900 Millionen Goldmark. Wie viel dazu hätte strömen können, das sieht man daraus, daß aus dem weitesten, verkehrsärmsten Teil, den Lena-Gruben in einem so kritischen Jahr wie 1918 etwa 9 Millionen Wert bis Petersburg durchdrangen. So hätte man Sibirien schon regieren können und mit seinem Gold ohne Steuerdruck auf die eigenwilligen Sibiriaken auf eigenen Füßen halten, wenn — ja wenn Koltschak Soldat oder Staatsmann gewesen wäre und nicht in seinem Namen furchtbare Menschen hätte walten lassen. Da hatten die Partisane leichtes Spiel, und alle die englischen, französischen, amerikanischen, japanischen und chinesischen hohen Kommissare wogen das nicht auf. Und die Japaner spielten



ohnehin Semionow, den sie als Säufer und unfähigen Mann kannten, gegen den Koltschak der internationalen Verbündeten aus. So kam es zum Schlußbild: Semionow kam mit Panzerzügen von Tschita herüber und focht auf 3 Kilometer von Irkutsk, in dem die Kommissare noch saßen, während rings herum die Partisane waren. Da flog einmal die überlastete Schiffbrücke in die Luft; wer es getan hat, ist nie herausgekommen, und da war hier der hochgelegene Bahnhof auf dem Südufer, dort die durchkämpfte Stadt, und in die Züge, die mühsam genug zusammengekommen waren, schoß es von allen Seiten. Dennoch war froh, wer darin saß, und endlich dampfte der englische Zug nach Tschita ab, wo er nach drei Tagen Warten vorher, und acht Tagen Fahrens ankam. Nach Wladiwostok brauchte er vier Wochen.

In Tschita schon aber erfuhr man, daß der französische Kommissar General Jeannin inzwischen die Sowjets gerettet und für die ersten Abwehrkriege gegen die weißen Russen finanziert hatte. Er hatte, unter dem Eindruck von Drohungen und Vorspiegelungen den Admiral Koltschak und die Milliarde Goldmark und Werte, die an seinen Zügen hingen, ausgeliefert. Als der Gegenbefehl der hohen Verbündeten einlief, war das Gold fort, und Koltschak im Jenseits. Das Gold aber floß wieder, langsam und unregelmäßig gewonnen, aus dem Fernen Osten hinüber nach Moskau, und hielt die Sowjets am Leben, und mit ihnen die Hoffnungen auf die asiatische Gegenrevolution, und auf den Sieg der panasiatischen Ideen —, wenn auch in seltsamer Wendung durch Gottes Fügung. Freilich mit dem gelben Metall reisen auch die gelben Rassen nach Westen und fluten an den Ural und über ihn hinweg, mit dem stillen Mittel der Unterwanderung, zuerst handelnd und schweifend, und dann bodenfest; sie, die immer mehr durch den unermüdlichen Fleiß ihrer geschickten Hände, die — keinen achtstündigen Arbeitstag, noch weniger die russische Faulenzerei während des sogenannten Arbeitstages kennend — wieder in den Besitz des ihnen entwundenen Metalls ihrer Berge geraten. So fügt das Gold in der nordasiatischen Randgeopolitik eine Kette; Glied für Glied wird es fester und fester, und eines Tages wird sie unabwerfbar sein; mit den Sowjets oder mit andern Russen; gegen sie, oder über ihnen und über dem westlichen Kapitalismus zusammen, den sie zu bekämpfen meinen, und dem sie jetzt schon mehr dienen, als dem Teufel und Antichrist, wie man im Westen sagt.

Das Gold der Länder am Schwarz-Drachen-Fluß (Hei Lung Kiang chinesischer Name des Amur) kehrt zu ihm zurück, und wenn es zurückgekommen ist, werden wir mit Hilfe der großen, weißen Russen und der kleinen japanischen Zwerge wieder ein großes und mächtiges Drachen-Reich haben. . . ."

So erzählte, tief im Sessel zurückgelehnt, mit fast erloschenen Augen der alte Chinese. Er sah Tuan Tschi Jui ähnlich, so, wie ihn die Sowjets in ihrem ausgezeichneten Propagandabuch, dem Neuen Osten, im 6. Band abge-



bildet haben, wie er Jahre, Jahre wartet auf die Macht, und sie dann mit sicherer Hand packt.

Ein kluger alter Minendirektor, der mit an der Tafel saß, starrte ihn an, wie Einer, der den Teufel längst am Tisch erwartet hat und endlich fast erleichtert sitzen sieht und murmelte: „Nitschewo — es war so — aber woher wissen Sie das? Und wenn Sie es wissen konnten, warum wußten es unsere Staatsmänner nicht auch, und warum taten sie Alles, wie Besessene, damit es so kommen konnte? Washington und London, und Paris und Brüssel, und natürlich auch Berlin —, aber das will ja nichts heißen.“

ALBRECHT PENCK:
DAS HAUPTPROBLEM DER PHYSISCHEN ANTHROPO-GEOGRAPHIE

Die nachfolgende Abhandlung gibt einen Vortrag wieder, den Herr Geheimrat Penck in der Preußischen Akademie der Wissenschaften im September v. Js. gehalten hat. Er ist in den Sitzungsberichten dieser Akademie, Phys.-Math. Kl. 1924, S. 242—257, erschienen. Herzlicher Dank gebührt Herrn Geheimrat Penck für die Erlaubnis zum Neudruck, der dem Wunsche einer Reihe von Lesern dieser Zeitschrift entspricht und nur in den Formeln S. 334 eine Änderung gegenüber dem Originale enthält. Die Herausgeberschaft hat diesen Wunsch um so bereitwilliger aufgenommen, als mit dieser Abhandlung eine Aufsatzfolge beginnt, in der verschiedene Verfasser das gleiche, geopolitisch hervorragend wichtige Problem behandeln, das der Ernährungskapazität der Lebensräume der Erdoberfläche. Lautensach.

Friedrich Ratzel hat 1882 durch Herausgabe des ersten Bandes seiner Anthropogeographie der Pflege der Geographie des Menschen einen so starken Impuls gegeben, daß nicht nur der von ihm geprägte Ausdruck gang und gäbe geworden ist, sondern daß auch die Erörterung anthropogeographischer Probleme vielfach eingetreten ist. Was Ratzel unter der von ihm in den Vordergrund gerückten Disziplin verstand, brachte er im Untertitel des Werkes: „Grundzüge der Anwendung der Erdkunde auf die Geschichte" zum Ausdruck. Er stellte sich auf denselben Boden, den Karl Ritter einnahm, als dieser durch Sammlung seiner Akademie-Abhandlungen „zur Begründung einer mehr wissenschaftlichen Behandlung der Erdkunde" den Titel seiner allgemeinen Erdkunde „im Verhältnis zur Natur und zur Geschichte des Menschen" rechtfertigen wollte[1]). 1891 hat Ratzel sein Programm durch den zweiten Band seiner Anthropogeographie wesentlich bereichert, dem er den Untertitel „Die geographische Verbreitung des Menschen" gab. Spätere Auflagen haben hieran nichts gerüttelt; als 1899 der erste Band in einer gänzlich umgearbeiteten Auflage erschien, blieb er der Anwendung der Geographie auf die Geschichte gewidmet.

Die Untertitel von Ratzels Anthropogeographie kennzeichnen deren doppelte Zielsetzung. Aber der zweite Band trägt einen kaum weniger historischen Einschlag als der erste. Auch in der gegenwärtigen Verbreitung des Menschen erblickt Ratzel in erster Linie das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung. Das geht so weit, daß er im Abschnitt „Spuren und Werke des Menschen auf der Erdoberfläche" nicht bloß die Städte als geschichtliche Mittelpunkte, sondern auch die Ruinen behandelt. Aber vergebens sucht man in diesem

Abschnitte, der hauptsächlich den Wohnplätzen und Wegen des Menschen gewidmet ist, auch nur einen Hinweis auf die wichtigste Beeinflussung der Erdoberfläche durch den Menschen, nämlich auf die Schaffung des Kulturlandes, welches großen Teilen der Erdoberfläche das eigenartige Gepräge aufdrückt. Zwar erwähnt Ratzel im Abschnitte „Über das statistische Bild der Menschheit" die Kulturlandschaft. Aber rasch geht er über sie weg; so sehr sieht er in ihr das Gewordene, daß er sie umfassender und treffender historische Landschaft nennen möchte. Nach ihm werden Beziehungen zwischen Wärme und Dichtigkeit der Bevölkerung zwar am wirksamsten durch die Bodenkultur vermittelt[2]), aber an der fundamentalen Frage geht er vorüber, unter welchen natürlichen Voraussetzungen sich die Kulturlandschaft überhaupt entwickeln kann und welche Triebkräfte zu ihrer Entstehung führen. Gewiß, Ratzel kennt den Einfluß der Naturbedingungen auf die Menschheit. Er widmet ihm ein ganzes Kapitel in der ersten Auflage des ersten Bandes der Anthropogeographie. Hier spricht er von Wirkungen auf den Zustand, die durch Physiologie und Psychologie, und von Wirkungen auf die Handlungen, die vornehmlich durch die Geschichte zu erforschen sind (S. 60). Aber von dem großen Zwange, den seine eigene Natur auf den Menschen ausübt, sich zu ernähren, spricht er nicht. Nur ganz flüchtig streift er diesen wichtigsten Punkt in der zweiten Auflage (S. 69). Er erkennt zwar eine Fülle von Wirkungen in dem ersten und dringendsten Bedürfnis der Ernährung, tut jedoch den Gegenstand dann mit den Worten ab: „Man braucht, um das einzusehen, nicht mit Lacombe eine théorie d'urgence." Auch in Hettners[3]) anregendem Vortrage über die Geographie des Menschen wird hierauf kaum eingegangen. Gerade aber die Nahrungsfrage ist diejenige, welche Biogeographie und Anthropogeographie gemein haben und welche die festeste Anknüpfung der Anthropogeographie an die Physiogeographie ermöglicht. Sehr mit Recht schreibt Ratzel 1899[4]): „Die Anthropogeographie wird nicht eher auf eine feste wissenschaftliche Basis gestellt sein, als bis die allgemeinen Gesetze der Verbreitung alles Lebens auf der Erde die Ecksteine ihres Fundamentes bilden." Aber diese Ecksteine läßt er in seinem Gebäude aus. Die von ihm begründete Anthropogeographie bedarf noch eines wesentlichen Ausbaus nach der biologischen und physischen Seite hin; zur historischen Anthropogeographie müssen wir eine physische gesellen, in der die vitalen Fragen des Menschen zu ihrem Rechte kommen.

Ich will hier das Hauptproblem einer solchen physischen Anthropogeographie behandeln, nämlich die Beziehungen zwischen Erdoberfläche und Mensch, welche durch dessen Nahrungsbedürfnis hergestellt werden. Ich bediene mich zunächst, um den rein physikalischen Charakter der einschlägigen Untersuchungen auch äußerlich hervortreten zu lassen, der Sprache sehr einfacher

mathematischer Formeln. Zwischen Nahrungsproduktion (N) und Zahl der Menschen auf der Erde (Z) besteht die Grundgleichung

$$N = Zn,$$

worin n das durchschnittliche Nahrungsbedürfnis des einzelnen bedeutet. Die gesamte Nahrungsproduktion aber ergibt sich aus der gesamten Nahrung liefernden Oberfläche (O) und der mittleren Produktion der Flächeneinheit (p); wir erhalten daher folgende wichtige Beziehung zwischen der Größe der Erdoberfläche und der Zahl der Menschen:

$$Op = Zn.$$

Nun kommt von der gesamten Erdoberfläche O im wesentlichen nur die Landoberfläche L als Nahrungsmittellieferer in Betracht; unbeschadet der nicht geringen Bedeutung, welche Küsten- und Hochseefischerei für die Ernährung sehr vieler haben, dürfen wir bei einer ersten Näherungsrechnung statt O in unsere Formel L einsetzen und die Zahl der Menschen wie folgt ausdrücken:

$$Z = \frac{Lp}{n}.$$

Es ist die Zahl der Menschen auf der Erde gleich der Landoberfläche multipliziert mit deren mittlerer Produktion auf der Flächeneinheit, dividiert durch das mittlere Nahrungsbedürfnis des einzelnen. Alle die letztgenannten Größen sind endliche, und da das Nahrungsbedürfnis des Menschen nicht gleich Null werden kann, so ist die Zahl der Menschen auf der Erde beschränkt.

Die Produktion auf der Flächeneinheit ist eine Funktion der Produktionskraft von Klima und Bodenbeschaffenheit sowie der Intensität der Bodenkultur oder der Wirtschaft. Das Nahrungsbedürfnis n des Menschen wechselt von Ort zu Ort. Aber nach den Untersuchungen von Rubner[5]) schwankt es innerhalb ziemlich enger Grenzen, und es wechselt weniger die Summe des benötigten Eiweiß und Fettes sowie der benötigten Kalorien als die Zusammensetzung der Nahrung, welche diese Summe liefert. Diese Zusammensetzung zeigt bemerkenswerte örtliche Anpassungen; jedes Gebiet einer bestimmten Nahrungsproduktion hat eine charakteristische Nahrungskonsumption des einzelnen von ziemlich gleicher Größe. Wir können daher die Zahl z der Menschen eines Gebietes l durch die Formel

$$z = \frac{lKi}{n}$$

ausdrücken, wenn K dessen durch die Kraft von Klima und Boden bedingte Höchstproduktion auf der Flächeneinheit ist, die durch die wechselnde Intensität i der Bodenkultur mehr oder weniger zur Geltung gebracht wird; K

ist eine Quantität, i ist eine bloße Zahl. Die Bewohnerzahl eines Gebietes mit der Volksdichte d ergibt sich aber auch aus der Formel:

$$z = ld.$$

Nehmen wir nun an, das Gebiet sei ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet, es exportiere und importiere nichts, so ergibt sich:

$$d = \frac{Ki}{n},$$

d. h. die Volksdichte eines sich selbst erhaltenden, Nahrung weder importierenden noch exportierenden Gebietes ist gleich seiner Höchstproduktion nach Klima und Bodenbeschaffenheit auf der Flächeneinheit, nämlich seiner natürlichen Produktionskraft, multipliziert mit einem Faktor, der die Intensität der Bodennutzung darstellt (i), dividiert durch das Nahrungsbedürfnis des einzelnen. Solange wir dieses nun als in engen Grenzen schwankend ansehen dürfen, können wir die Volksdichte eines Gebietes proportional seiner natürlichen, durch Klima und Boden bestimmten Produktionskraft, multipliziert mit einem die Intensität des Bodenbaus wiedergebenden Faktor setzen. Letzterer ist ganz wesentlich von der Kulturhöhe abhängig, und so wird ohne weiteres klar, in welch hohem Maße die Volksdichte eines Gebietes durch seine Kulturhöhe bestimmt wird.

Dies ist von Ratzel[6]) mehrfach sehr mit Recht betont worden; aber indem er fruchtbaren Boden mit dünner, armen Boden mit dichter Bevölkerung eigens würdigte, war er sich völlig inne, daß die Volksdichte nicht bloß von der Kulturhöhe, sondern namentlich auch von natürlichen Faktoren abhängt. Ausdrücklich hat er hervorgehoben, daß in den großen Zügen der Verteilung der Bevölkerung über die Erde zuförderst die klimatischen Ursachen sichtbar werden[7]). Wir müssen eben immer beides, Gunst der natürlichen Bedingungen und Kulturhöhe, in Betracht ziehen, wenn wir die Volksdichte eines Gebietes erklären wollen. Mit ihrer Hilfe können wir durch den Vergleich verschiedener Gebiete den einen oder den anderen Faktor ausschalten. Haben wir Gebiete gleicher Kulturhöhe, so können wir aus deren verschiedenen Volksdichten auf verschiedene Produktionskräfte schließen und so zu einer Bonitierung der Erdoberfläche gelangen.

Dies gilt aber nur für geschlossene Wirtschaftsgebiete und nicht für Länder mit Export und Import von Nahrungsmitteln. Der Handel ermöglicht, daß an der einen Stelle Menschen von der Nahrung leben, die an der andern gewonnen wird, und die klare Beziehung zwischen Volksdichte, Produktionskraft und Intensität der Bodenkultur wird verwischt; aber nur ausnahmsweise geht sie gänzlich verloren. Länder mit Einfuhr von Nahrungsmitteln steigern ihre Volksdichte auf Kosten der Ausfuhrländer. Sei E die



Einfuhr von Nahrungsmitteln eines Einfuhrlandes, bezogen auf die Einheit seiner Fläche, so ergibt sich seine faktische Volksdichte aus der Gleichung:

$$\delta = \frac{Ki + E}{n}$$

und die eines Landes mit der Ausfuhr A von Lebensmitteln, wiederum auf die Einheit seiner Fläche bezogen, ist:

$$\delta = \frac{Ki - A}{n},$$

während die natürliche in beiden Fällen $d = \frac{Ki}{n}$ ist.

Unsere beiden Formeln veranschaulichen auf das deutlichste, daß der Welthandel die natürlichen Volksdichten der einzelnen Länder mehrt oder mindert, aber er ruft keine allgemeine Steigerung der Zahl der Menschen auf der Erde hervor; diese ist und bleibt ausschließlich abhängig von der Größe und Produktionskraft der Erde und der Höhe der Bodenkultur (i) sowie von dem Nahrungsbedürfnis des einzelnen.

Von diesen Faktoren können die beiden ersteren für die geologische Gegenwart als konstant angesehen werden; variabel sind nur die Intensität der Bodenkultur und, in beschränkterem Umfange, das Nahrungsbedürfnis des einzelnen. Solange dieses unveränderlich bleibt, schwankt die mögliche Zahl der Menschen auf der Erde lediglich mit der Höhe der Bodenkultur, aber diese kann über ein gewisses Maximum hinaus nicht zunehmen. Sobald allenthalben auf der Erde eine Höchstkultur des Bodens erreicht ist, kann die Zahl der Menschen nicht mehr zunehmen. Die so bestimmte Höchstzahl der Bevölkerung nennen wir die potentielle Bevölkerung, der eine potentielle Volksdichte D und die Kapazität der Länder entspricht.

Die größtmögliche Zahl der Menschen auf der Erde hat E. G. Ravenstein[8]) im Jahre 1890 auf der Versammlung der British Association for the Advancement of Science zu Leeds zu schätzen versucht. Er teilte die Landfläche in fruchtbare Gebiete, Steppen und Wüsten. Die fruchtbaren Gebiete decken sich mit den natürlichen Waldgebieten; er schreibt ihnen eine höchstmögliche Volksdichte von 83, den Steppen eine solche von 4, den Wüsten von 0.4 Einwohnern auf 1 qkm zu und berechnet daraus mit Hilfe der von ihm geschätzten Areale von Waldland, Steppe und Wüste die potentielle Bevölkerung der Erde zu 5994 Millionen. Freiherr von Fircks[9]) hält die von Ravenstein angenommenen Volksdichten für zu gering, er kommt zu 9000 Millionen, indem er den fruchtbaren Regionen eine größte mittlere Volksdichte von 100, den Steppen eine solche von 50, den Wüsten von 5 zuschreibt. Stellen wir einen von Hermann Wagner[10]) bemerkten Rechenfehler richtig, so ergibt

sich unter den von Fircks gemachten Voraussetzungen nur eine Kapazität der Erde für 7800 Millionen Menschen.

Einen anderen Weg schlug Ballod ein[11]). Er schätzte die anbaufähige Fläche der Erde zu 55.6 Millionen qkm, wovon 28 Millionen qkm Ackerland sein könnten. Wenn nun in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Ernährung eines Menschen 1.2 ha nötig seien, so könnten nach diesem Standard of life 2333 Millionen Menschen auf der Erde leben, nach dem deutschen (0.5 ha) wären es 5600 Millionen, nach dem japanischen (0.125 ha) 22400 Millionen. Den deutschen Standard of life als einigermaßen menschenwürdig bezeichnend hält Ballod die Zahl von 5600 Millionen vorläufig für richtig. Daß die zur Ernährung des Menschen nötige Fläche nicht bloß vom Standard of life, sondern auch von der wechselnden Produktionskraft abhängt, erwägt er nicht. Ratzel[12]) meinte, daß die $^6/_7$ der Erde außerhalb Europas, Indiens und Chinas mindestens 55 Millionen qkm von solcher Güte umschlössen, daß sie noch einige Milliarden zu ernähren imstande wären. Hermann Wagner hingegen wirft die Frage auf, ob die Erde die doppelte Zahl von Menschen, die sie heute trägt, zu ernähren vermöchte.

Unsere Darlegungen eröffnen die Möglichkeit, die angeführten auseinandergehenden Schätzungen, deren Unsicherheit aus der Unsicherheit ihrer Grund lagen ohne weiteres erhellt, in Zukunft durch genauere Berechnungen zu ersetzen. Sobald aus den wechselnden faktischen Volksdichten die potentiellen der einzelnen Teile der Landoberfläche errechnet sein werden, wird man die Höchtzahl der Menschen mit leidlicher Genauigkeit ermitteln können. Aber jene Grundlage fehlt noch und wir können die Höchstzahl der Menschheit, die bei intensivster Bodennutzung nach besten heutigen Methoden möglich ist, lediglich roh schätzen. Dabei leitet uns die Erwägung, daß das Klima sichtlich einen ganz maßgebenden Einfluß auf die Produktion menschlicher Nahrung ausübt und damit die Volksmenge bestimmt. Wir setzen voraus, daß einem bestimmten Klima bei sonst gleichen Bedingungen eine bestimmte maximale Volksdichte zukommt, und wählen daher eine Klimaeinteilung zum Ausgange der Schätzung. Dafür empfiehlt sich die Köppens[13]) um so mehr, als Hermann Wagner[14]) sich der Mühe unterzogen hat, deren einzelne Gebiete auszumessen. Nun kommen in jedem Klima besonders dicht besiedelte Landstriche vor, welche zwar gewiß nicht die höchste denkbare, aber wenigstens eine sehr hohe Kultur aufweisen. Denken wir uns das gesamte Klimagebiet mit der zugehörigen höchsten Volksdichte belastet, so erhalten wir jedenfalls einen Höchstwert seiner möglichen Einwohnerzahl; denn die Gebiete, die besonders dicht besiedelt sind, erfreuen sich in der Regel auch einer besonderen Gunst des Bodens. Doch dürfen wir nicht annehmen, daß jedes Klimagebiet ganz gleichmäßig besiedelbar sei, denn dann müßten sich die Grenzen der

einzelnen Klimagebiete als scharfe Trennungslinien von Gebieten verschiedener Volksdichten zu erkennen geben. Es ist auch klar, daß Köppens feuchttemperiertes Klima im südlichen Irland nicht dieselbe Volksdichte haben kann, wie im wärmeren Japan. In jedem Klimagebiete gibt es Abstufungen, die den allmählichen Übergang von einem Klimagebiete zum benachbarten vermitteln. Weitere Abstufungen ergeben sich notwendigerweise aus den verschiedenen Bodenverhältnissen. Ein heißfeuchtes Urwaldklima wird auf Laterit eine viel geringere Produktionskraft entfalten als auf vulkanischem Boden. Alles in allem dürften die dichtest besiedelten Teile der einzelnen Klimagebiete nicht bloß durch besonders hohe Bodenkultur, sondern auch durch besonders gute Bodenbeschaffenheit sich auszeichnen. Aus verschiedenen Gründen sind ihre Volksdichten für das einzelne Klimagebiet auch als optimale zu hoch. Wollen wir die potentielle Volksdichte eines größeren Klimagebietes ermitteln, so müssen wir sie geringer als die höchste vorkommende ansetzen. Doch ist dies nicht ganz unserer Willkür überlassen; denn das Pflanzenkleid des Landes gibt einen guten Anhalt zur Schätzung der Abstufungen der Produktionskraft von Boden und Klima. Es ermöglicht uns, plausible Werte für die mittlere potentielle Volksdichte eines Klimagebietes aufzustellen, aus dessen von Wagner bestimmten Fläche wir die wahrscheinliche größtmögliche Bewohnerzahl herleiteten. Im einzelnen wurde wie folgt verfahren:

1. Im feuchtwarmen Urwaldklima ragt die hochkultivierte Insel Java durch ihre Volksdichte von 266 Einwohnern auf 1 qkm besonders hervor; diese steigert sich im westlichen Teile der Insel auf 350. Dabei ist die Insel nur teilweise in Kultur genommen, und Woeikof[15]) hält eine mittlere Volksdichte von 800 für möglich. Danach glaubt er, daß die ganze Tropenzone zwischen 15° N und 15° S durchschnittlich 400 Einwohner auf dem Quadratkilometer und 10 Milliarden im ganzen nähren könne. Wir bleiben hinter dieser Schätzung weit zurück, indem wir die höchste potentielle Volksdichte in feuchtheißem Klima zu 400 veranschlagen; denn die Verhältnisse auf Java sind außerordentlich günstige. Die vulkanischen Aschenregen düngen den Boden immer aufs neue und hindern dessen Erschöpfung. Aber wir wissen durch Thorbecke[16]), daß in Kamerun, dicht außerhalb des Urwaldgebietes trotz Einschaltung einer zweijährigen Brache zwischen den einzelnen Jahren des Anbaus 200 Menschen vom Quadratkilometer ernährt werden könnten. Würde man durch entsprechende Düngung die Brache ausschalten können, so könnten im Graslande am Urwaldsaume 600 Menschen auf dem Quadratkilometer leben. Diese Zahlen sollen nur veranschaulichen, wie hoch die Produktionskraft des feuchten tropischen Klimas werden kann. Wir überschätzen sie daher wohl nicht, wenn wir sie im Durchschnitt durch die Volksdichte 200 ausdrücken.



2. Das periodisch trockene Savannenklima muß eine erheblich geringere Produktionskraft haben, da die Trockenzeit die Vegetation unterbricht. Aber zur feuchten Jahreszeit, also während der Hälfte des Jahres, ist sie wohl so groß wie in den feuchtwarmen Tropen. In der Tat finden wir in ihrem Bereiche nirgends so hohe Volksdichten wie in jenen. Sie erheben sich in der Präsidentschaft Madras auf 115 trotz des Exports von Reis. Die natürliche Volksdichte würde hier 120 überschreiten. Wir nehmen als Mittelwert der potentiellen für das ganze Gebiet 90.

3. Die Steppenklimate liegen nur zu rund 1/4 in den Tropen, zu 3/4 in den beiden gemäßigten Zonen. Hier wie da ist ihre Produktionskraft gering, wird aber stark, wo durchfließende Flüsse Bewässerung ermöglichen. Am Rande gegen das wintertrockene kalte Klima finden wir im Dongebiete eine Volksdichte von 21, höher noch ist die benachbarter Gouvernements an der Wolga. Doch wagen wir nicht, diese Randlagen zur Berechnung der höchsten denkbaren Einwohnerzahl der Steppengebiete heranzuziehen und wählen dafür die Volksdichte 10; die wahrscheinliche potentielle Volksdichte veranschlagen wir zu 5, weil die ostasiatischen Steppen Bewässerung großenteils ausschließen.

4. Das Wüstenklima ist theoretisch produktionsunfähig und sollte unbevölkert sein. Aber sobald Flüsse in sein Gebiet eintreten und dessen Bewässerung ermöglichen, gibt es Erträgnisse für eine große Bevölkerung. Ägypten ist das Schulbeispiel dafür. Seine 13 Millionen Bewohner und die der indischen Wüsten am Indus würden, auf alle Wüsten der Erde verteilt, denselben bereits eine Volksdichte von 1 geben. Diese wollen wir in unsere Rechnung einsetzen, obwohl auch einige Millionen in den Oasen Zentralasiens und des westlichen Nordamerika wohnen. Zur Berechnung der höchsten denkbaren Einwohnerzahl benutzen wir nicht den Wert von Ägypten, da dieser für einen ganz willkürlichen Ausschnitt des Landes gilt, sondern nehmen als höchste Dichte 3. Gleich dem Steppenklima liegt das Wüstenklima nur mit rund 5 Millionen Quadratkilometern in den Tropen, sonst außerhalb.

5. Köppens warmes wintertrockenes Klimagebiet umfaßt die dichtest bevölkerten, sich selbst versorgenden größeren Länder, nämlich Bengalen und das südliche China. Im letzteren, von den großen Ebenen bis zum gebirgigen Szetschwan, leben auf 2 Millionen Quadratkilometern rund 320 Millionen Menschen, also 160 auf 1 qkm. In Bengalen steigert sich die Volksdichte auf 228, obwohl sich die Präsidentschaft von der Gangesebene bis tief in den Himalaya erstreckt. Aber wir dürfen kaum erwarten, daß bei ähnlich intensiver Bodenkultur wie in Vorderindien und China das gesamte warmtrockene Klimagebiet ähnlich große Volksdichten zu nähren vermöchte. Jene Länder genießen die Vorteile des Monsuns, der anderen fehlt. Als mittlere potentielle Volksdichte des Gebietes nehmen wir nur 110, vermutlich zu wenig, an.

6. Das warme, sommertrockene Klima ist bezeichnend für die Uferländer des Mittelmeeres. Das Italiens wird gewöhnlich als ein Musterbeispiel eines hierher gehörigen Landes angeführt. Sein intensiver Ausbau bringt die Produktionskraft seines Klimas vorzüglich zur Geltung, seine Volksdichte von 125 mag daher zur Berechnung der höchsten denkbaren Bevölkerung dienen, obwohl es Nahrung importiert und aus dem Mittelmeerklima herausgreift; diesem schreiben wir insgesamt nur eine potentielle von 90 zu.

7. Die feucht-temperierten Klimate Köppens weisen in Japan, soweit sie es einschließen, also mit Ausnahme des Nordens, eine sehr hohe Volksdichte von nicht weniger als 220 auf. Auch in Europa sind sie dicht besiedelt. Freilich die Volksdichte des Deutschen Reiches (125) ist, wie sich im Kriege erwiesen hat, größer, als durch das Land ernährt werden kann, während die Frankreichs (71) höher sein würde, wenn die Bodenkultur dort die Ödländereien mehr einschränken würde. 100 scheint uns die größtmögliche in Europa zu sein; sie wurde selbst in Irland erreicht, bevor die starke Auswanderung die Bevölkerung der grünen Insel auf die Hälfte minderte. Damit dürfte wohl auch ein Mindestmaß für die mögliche Volksdichte für die Südoststaaten der Union gegeben sein. Amerikanische Gelehrte sind darin einig, daß die Vereinigten Staaten viel mehr Menschen bergen könnten als gegenwärtig, und, wie Brigham[17]) richtig bemerkt, werden sie dabei leicht enthusiastisch. Aber er selbst wurde es nicht. Er schreibt dem Lande östlich der großen Ebenen, das in das feucht-temperierte Klima fällt, nur eine mögliche Volksdichte von 40 zu. Das ist entschieden viel zu wenig. Die Verhältnisse Japans machen hier eine sehr viel größere Dichte einer sich selbst versorgenden Bevölkerung wahrscheinlich, die allerdings genügsamer leben müßte als die heutigen Amerikaner. Wir überschätzen die potentielle Dichte der feucht-temperierten Klimate mit 100 gewiß nicht.

8. und 9. Die subarktischen oder borealen Klimate Köppens umfassen weite Gebiete in der alten und neuen Welt, die sich vom Bereiche der feucht-temperierten Länder und der Steppen bis zur Tundra ziehen. Ihre Produktionskraft ist an der Grenze der ersteren ansehnlich, wie trotz rückständiger Bodenkultur die Volksdichte (106) jenes Teiles von Polen lehrt, der bislang als Kongreßpolen bezeichnet wurde, und wie jene der chinesischen Provinz Tschili (96) ohne Peking lehrt. Aber gegen die Tundra hin ist die Produktionskraft naturgemäß gering. Indes leben, allerdings nicht als reine Selbstversorger, in Finnland noch beinahe 10 Menschen auf 1 qkm, und eine Steigerung des Anbaus scheint dort immer noch möglich. Die produktionskräftigen subarktischen Gebiete sind die der ziemlich hohen Sommertemperatur, die Dfa-, Dfb- und Dwa-Klimate Köppens. Hier erscheinen Volksdichten von 80 noch möglich, in den Dfc- und Dfw-Gebieten durchschnittlich



aber nur solche von 10. Im Mittel schreiben wir den borealen Klimaten Köppens, sowohl den feuchtwinter- als auch den trockenwinterkalten, eine potentielle Volksdichte von 30 zu.

10. Das Tundrenklima spendet nur indirekt Nahrung durch Vermittlung der Tiere, namentlich der Renntiere, sowie animalische Nahrung an den Küsten. Seine produktive Kraft ist äußerst gering, wenn auch Vilhjámur Stefánsson von einer freundlichen Arktis spricht[18]). Schon südlich von ihm finden sich in den nördlichsten Dörfern Finnlands kaum 0.1 Einwohner auf 1 qkm. Die 700000 qkm eisfreien Landes in Grönland ernähren nur 13000 Menschen. Es hängt die Zahl der Menschen in diesen Gebieten nicht ab von ihrem Fleiß, den Boden zu bebauen, sondern der Menge des jagdbaren Wildes. Verbesserte Jagdmethoden, namentlich die Anwendung von Feuerwaffen, vermögen das Erträgnis der Jagd zu steigern, mindern aber zu leicht dauernd die Menge des Wildes. Nur wenn das Abschießen nicht größer als die natürliche Vermehrung ist, kann der Mensch sich hier dauernd halten; das Beste, was er tun kann, um seine Existenz hier zu sichern, ist die Bekämpfung der Raubtiere, des Eisbären und des Wolfes, die seine Nahrung, Seehund und Renntier, mindern. Mit 0.01 setzen wir die mögliche Volksdichte in diesen Gebieten kaum zu niedrig an.

11. Köppens Klima des ewigen Frostes deckt sich mit dem Bereiche der Inlandeismassen des hohen Nordens und Südens, die natürlich menschenfrei sind.

In folgender Tabelle stellen wir die 11 Klimagebiete Köppens mit ihren von Hermann Wagner bestimmten Flächeninhalten zusammen; wir führen ihre dichtest besiedelten Gebiete an und die Volksdichten, nach denen wir die höchste mögliche Einwohnerzahl berechnen; endlich geben wir ihre wahrscheinliche potentielle Volksdichte und die daraus hergeleitete wahrscheinliche potentielle Einwohnerzahl an.

Aus unserer Tabelle erhellt, daß die höchste denkbare Einwohnerzahl der Erde 15.9 Milliarden ist, welche eine mittlere Volksdichte von 107 voraussetzen würde. Diese Zahlen erscheinen uns als ein äußerster Grenzwert, welcher schwerlich erreicht werden dürfte. Die wahrscheinlich größte Einwohnerzahl der Erde ergibt sich nur halb so groß, zu 7.689 Milliarden, also unwesentlich anders als nach der berichtigten Schätzung von Fircks. Wir beleuchten die Genauigkeit dieser Zahl, indem wir die Klimagebiete der Erde ins Auge fassen, deren potentielle Volksdichte wir vermutlich zu niedrig angesetzt haben. Nehmen wir sie im periodisch trockenen Savannenklima (2), im warmwintertrockenen Klima (4), im feuchttemperierten (7) um 10 höher an, nämlich zu 100, 120 und 110, und geben wir den Wüstenklimaten 2 Bewohner auf 1 qkm, so erhalten wir bereits 381 Millionen mehr als errechnet.

Klimate	I Flächeninhalt (Millionen qkm)	II Dichtest besiedelte Länder darin mit ihrer Volksdichte sowie angenommene größte Volksdichte (Einw. auf 1 qkm)	III Höchste denkbare Einwohnerzahl (Millionen)	IV Wahrscheinliche mittl. Volksdichte (Einw. auf 1 qkm)	V Wahrscheinliche größtmögliche Einwohnerzahl (Millionen)
1. Feuchtheiße Urwaldklimate	14.0	Westjava 350 (400)	5 600	200	2 800
2. Periodisch trockene Savannenklimate	15.7	Madras 115	1 806	90	1 413
3. Steppenklimate	21.2	Dongebiet 21 (10)	212	5	106
4. Wüstenklimate	17.9	Ägypten 14 (3)	54	1	18
5. Warme wintertrockene Klimate	11.3	Bengalen 228	2 576	110	1 243
6. Warme sommertrockene Klimate	2.5	Italien 125	312	90	225
7. Feuchttemperierte Klimate	9.3	Südjapan 220	2 046	100	930
8. Winterfeuchte kalte Klimate	24.5	Kongreßpolen 106	2 597	30	735
9. Wintertrockene kalte Klimate	7.3	Tschili 96	701	30	219
10. Tundraklimate	10.3	Grönland 0.02	0	0.01	0
11. Klimate ewigen Frostes	15.0	Antarktika 0	0	0	0
Gesamte Landoberfläche	149.0	(107)	15 904	51	7 689

Es ist also unser Schlußergebnis bereits in den Hunderten der Millionen unsicher, und wir dürfen es unbedenklich auf 8 Milliarden aufrunden. Aber auch diese Zahl erscheint noch keineswegs gesichert. Sie erhöht sich um 1.4 Milliarden, wenn wir als potentielle Dichte des feuchtheißen Urwaldklimas das Mittel aus Woeikofs und unserer Schätzung annehmen. Es dürfte sich die potentielle Bevölkerung der Erde zwischen 8 und 9 Milliarden bewegen. Dem steht eine faktische von rund 1.8 Milliarden gegenüber. Es ist also der Lebensraum der Menschen nur etwa zu $^1/_5$ erfüllt. Sind nicht wenige Länder relativ übervölkert, d. h. übertrifft ihre faktische Bevölkerung ihre natürliche, sind einige absolut übervölkert, d. h. überschreitet ihre faktische Bevölkerung ihre potentielle, so ist das gesamte Land noch ziemlich weit von Übervölkerung entfernt. Diese würde nach unserer Berechnung erst eintreten, wenn 50—60 Menschen, und nicht bloß wie heute deren 12 im Durchschnitt auf 1 qkm wohnen würden.

Köppens tropische Regenklimate, nämlich die Urwald- und die Savannen-

klimate, fallen ganz in das Bereich der Tropen, die dünn besiedelten Steppen- und Wüstengebiete nur teilweise mit je 5 Millionen qkm, ebenso die warmen wintertrockenen Gebiete mit 7 Millionen qkm. Von den 8 Milliarden potentieller Bevölkerung der Erde entfallen $^5/_8$ auf die Tropen und $^3/_8$ auf die gemäßigte Zone. Hier wäre die größtmögliche Volksdichte 34, in den Tropen 107. Nicht nennenswert ist die Zahl der Menschen, die sich in den Polargebieten ernähren könnten. In der Tatsache, daß die Tropen mehr als dreimal so dicht besiedelt werden könnten als die gemäßigten Zonen, spiegelt sich die starke Beeinflussung der Produktionskraft der Erde durch das Klima. Nehmen wir die potentielle Bevölkerung der Erde zu 9 Milliarden an, so tritt dies noch deutlicher hervor, dann ergibt sich die Bewohnerschaft der Tropen zu $^2/_3$ der ganzen Menschheit, und die größtmögliche Volksdichte wird hier 128. Heute ist es anders. Von den rund 1.8 Milliarden, die gegenwärtig die Erde bewohnen, entfallen 1.3 Milliarden (72 Prozent) auf die gemäßigten Zonen, nur 0.5 Milliarden (28 Prozent) auf die Tropen[19]).

Die Tropen sind, wie namentlich auch Woeikof[20]) ausgesprochen hat, das Gebiet der großen Menschenanhäufungen der Zukunft, während es heute die gemäßigten Zonen sind. Die faktische Verteilung der Menschheit auf der Erde bringt den Einfluß des Klimas weit weniger zum Ausdruck als die potentielle. Wie eng die Beziehungen der letzteren zum Klima sind, erhellt, wenn wir die von Köppen unterschiedenen Klimagebiete nach den Gesichtspunkten gruppieren, die ich früher entwickelt habe[21]). Es ergibt sich folgende Reihe:

Klimagebiete (Penck) .	nival	seminival	humid (temperiert)	humid (tropisch)	semihumid	semiarid	arid
„ (Köppen)	(11)	(10. 9. 8.)	(7)	(1)	(6. 5. 2.)	(3)	(4)
Potent. Volksdichte . .	0	23	100	200	98	5	1
Anteil der Menschheit .	0	12.4 %	12.2 %	36.3 %	37.5 %	1.4 %	0.2 %

Wir sehen die warmfeuchten Klimate mit stärkster potentieller Volksdichte. Letztere sinkt mit abnehmender Temperatur zum nivalen Klima und mit abnehmendem Niederschlage zum ariden Klima. Nivales, seminivales, temperiert und tropisch humides Klima bilden den aufsteigenden, semihumides, semiarides und arides den absteigenden Teil der Reihe. Die von uns vorausgesetzte enge Beziehung zwischen Produktionskraft des Klimas und potentieller Volksdichte wird in dieser Reihe erwiesen.

So weit wir heute noch von einer Übervölkerung der Erde entfernt sind, so ist doch kein Zweifel, daß wir ihr entgegengehen, und zwar mit Riesenschritten, wenn die Vermehrung der Menschheit in den nächsten Jahrhunderten so rasch geschieht wie im Laufe der letzten 50 Jahre. Während dieses Zeitraumes schätzt Hermann Wagner die Zunahme der Bevölkerung

der Erde zu 425 Menschen[22]); dem entspricht eine jährliche Zunahme von 0.57 Prozent. Geht es in diesem Tempo weiter, so ist der Lebensraum der Menschen in weniger als 300 Jahren erfüllt, und der der gemäßigten Zonen bereits in etwa 150 Jahren. Viel eindringlicher als das Gesetz von Malthus lehrt uns unsere Betrachtung, daß die Zahl der Menschen auf der Erde eng begrenzt ist, und zwar nicht deswegen, weil die Vermehrung der Bevölkerung in anderer Proportion erfolgt als die Vergrößerungsmöglichkeit der Nahrung, sondern weil die letztere wegen der Beschränktheit der Nährfläche begrenzt ist. Hier liegt das große Problem der Wirtschaftsgeographie. Solange sich die Menschheit auf der Erde vermehrt, ist unausbleiblich, daß einmal die Erfüllung der Erde erfolgt, früher oder später.

Die von Malthus empfohlene Selbstbeschränkung in der Vermehrung der Menschheit scheint uns aber so lange nicht geboten, als noch Raum für viele vorhanden ist. Daß dies der Fall ist, ergab sich bisher aus unserer Untersuchung. Ob der Raum sich auf die Dauer so rasch füllt wie in den letzten 50 Jahren, kann billig bezweifelt werden. Die große Ausdehnung des Verkehrs im letzten Halbjahrhundert erschloß weite Gebiete der Erde der Kultur, die vorher brach lagen und die mühelos besetzt werden konnten. Solcher leicht benutzbare Boden begünstigt die Vermehrung der Menschheit. Sobald wieder mit Mühe unter Widerwärtigkeiten Gebiete erobert werden müssen, wird so mancher Arbeiter erliegen; namentlich wird die Rodung des tropischen Urwaldes große Opfer an Menschen erheischen. Eine Verlangsamung in der Vermehrung der Bevölkerung der Erde wird dabei von selbst eintreten und braucht nicht durch eine Selbstbeschränkung erstrebt zu werden, welche vielleicht das Geborenwerden der Tüchtigsten hindert. Aber an die bevorstehende Erfüllung der Erde muß die Wirtschaftsgeographie immer denken — es gibt kein Land der unbegrenzten Möglichkeiten —, und ihre Aufgabe besteht in erster Linie darin, auf die Hilfsmittel der Natur hinzuweisen, welche dem Menschen auf der Erdoberfläche zur Verfügung stehen. Die Art ihrer Nutzung ist Aufgabe der Wirtschaftslehre. Nicht durch Betrachtung der geographischen Verbreitung menschlicher Arbeit erschöpft die Wirtschaftsgeographie ihre Aufgabe. Sie ist eine Wissenschaft von natürlichen Gegebenheiten und deren örtlicher Ausnutzung. Im Mittelpunkte steht für sie die begrenzte Möglichkeit der Nahrungsbeschaffung für die ewig hungrige Menschheit. Die Agrargeographie ist der eigentliche Kern der Wirtschaftsgeographie, und diese erscheint berufen, bei einem großen Plane über die rationellste Bewirtschaftung der Erde ein entscheidendes Wort mitzureden. Erfreulicherweise beginnt sie mehr und mehr die Landbauzonen zu würdigen und nicht bloß mehr statistische Tabellen über Verkehr und Produktion zu paraphrasieren.



Nicht weniger bedeutungsvoll wie für die Wirtschaftsgeographie ist das hier behandelte Hauptproblem der physischen Anthropogeographie für die politische Geographie. Sobald wir die potentielle Volksmenge derselben ins Auge fassen, werden wir sie besser würdigen, als wenn wir sie bloß nach Flächeninhalt und Einwohnerzahl klassifizieren, denn wir sehen nicht bloß Vorhandenes, sondern auch Mögliches, das die Zukunft erschließen kann. Fassen wir die auf zusammenhängender Landfläche sich dehnenden Staaten ins Auge, so ist heute Sowjetrußland der größte und das chinesische Reich der an Einwohnern reichste. Brasilien aber erscheint als derjenige mit der größten potentiellen Bevölkerung; es kann nahezu 1200 Millionen bergen. Groß sind trotz starker Bevölkerung auch die potentiellen Möglichkeiten in China; ich schätze dessen größtmögliche Bevölkerung auf mehr denn 600 Millionen Einwohner und halte sie für größer als die von den Vereinigten Staaten und Rußland mit rund 600 Millionen. Aber auch für das britische Weltreich mit den Gebieten, wo die weiße Bevölkerung herrscht, nämlich in dem absolut übervölkerten Stammlande mit einer potentiellen Bevölkerung von 30 Millionen, mit Canada (60 Millionen), der südafrikanischen Union (60 Millionen) und der Commonwealth von Australien (450 Millionen), ergibt sich nur eine mögliche Bevölkerung von 600 Millionen. Die beiden großen anglo-amerikanischen Mächte bieten zusammengenommen nur ebenso viel Raum für weiße Bevölkerung wie die Vereinigten Staaten von Brasilien für ihre zukünftige Bewohnerschaft und wie die hispano-amerikanischen Staaten zusammengenommen (1 200 Millionen). Man sieht, welche gewaltigen Zukunftsmöglichkeiten bei den portugiesisch und spanisch redenden Völkern liegen, und daß sie — gleiche Grenzen für ihre Staaten auch in Zukunft vorausgesetzt —, das anglo-amerikanische Element von seiner gegenwärtigen dominierenden Stellung verdrängen können. Welche Verschiebungen in der Bevölkerung der einzelnen Erdteile denkbar sind, erhellt aus folgender Tabelle:

	Erde	Eurasien	Afrika	Australien	Nord-amerika	Süd-amerika
Faktische Bevölkerung 1920	1.8 Milliarden	80 %	7 %	0.5 %	9 %	3.5 %
Potentielle Bevölkerung . .	8.0 „	26 %	29 %	6 %	14 %	25 %

Unsere Tabelle läßt ahnen, daß große geschichtliche Umwälzungen die zunehmende Erfüllung der Erde mit Menschen begleiten werden. Eurasien kann seine führende Rolle als Hauptherd der Menschheit an Afrika verlieren, denn es vermag schließlich nicht viel mehr als $^1/_4$ der Menschen zu nähren, während es heute $^4/_5$ derselben beherbergt. Nordamerika, das sich seit mehr

als einem Jahrhundert rasch mit Menschen füllte und heute einen großen Teil der Menschheit mit Nahrung versorgt, kann bei maximaler Leistung kaum mehr als halb soviel wie sein südlicher Nachbar produzieren und wird bei Erfüllung der Erde mit Menschen an vorletzter Stelle unter den Erdteilen stehen. Aber es muß im Auge behalten werden, daß nur die Summe der Menschen und nicht unbedingt die Verteilung der Menschen auf der Erde durch die Produktionskraft des Landes bestimmt werden. Wie heute kann auch in Zukunft der Verkehr ermöglichen, daß die Menschen an einer Stelle der Erde die Früchte verzehren, die eine andere hervorgebracht hat. Das ist die große Frage, ob die Tropen, wenn sie das Hauptproduktionsgebiet menschlicher Nahrung geworden sind, auch zugleich Sitz der größten Menschenmenge geworden sein werden, oder ob sie, wie Friedrich List meinte, bloß die Kornkammern für die Länder der gemäßigten Breiten sein werden, wo nach Huntington der Sitz der größten Arbeitsenergie und dementsprechend der Zivilisation ist. Für Entscheidung dieser wichtigen Zukunftsfrage kommt in Betracht, ob der Verkehr, der im letzten Jahrhundert so manche Schranke zwischen den Ländern zum Fallen brachte und durch seine neuen Mittel sich von den durch die Natur vorgezeichneten Bahnen vielfach frei machte, seine gegenwärtige Bedeutung auch für alle Zukunft beibehalten kann. Beruht er doch auf der Ausbeute der Schätze von Kohle und Eisen in der Erde, die ebenso begrenzt sind, wie die für die Nahrungsmittelproduktion verfügbare Fläche. Was nun aber auch eintreten möge, sicher bleibt das eine: es spielt sich das menschliche Leben auf einer beschränkten Fläche ab, und es kann die Zahl der Menschen über ein gewisses Maß nicht hinauswachsen. Diese wichtigste Grundlage für die geschichtliche Betrachtung des Menschengeschlechtes liefert die Erdkunde: Es läuft die menschliche Entwicklung, solange sie fortschreitet, einem bestimmten Ziele zu. Geographisch bedingt ist die Ausbreitung der menschlichen Kultur. Sie beginnt dort, wo die Bodenkultur leicht ist, wo der Boden nur bewässert zu werden braucht, um Erträgnisse zu liefern. In Wüsten und Steppen liegen die Wurzeln der alten Kultur Ägyptens und Mesopotamiens. Sie schreitet von hier zu den sommertrockenen Ländern des Mittelmeeres und zu den Monsunländern Asiens. Dann erst beginnt die große Kulturarbeit in der Rodung der Wälder an der Grenze der feuchttemperierten und kalten Klimate durch germanische Völker, erst in der alten Welt, zuletzt in der neuen. Hier wieder dringt sie mehr und mehr in die kalten Gebiete und hat hier die Grenzen des Möglichen noch nicht erreicht. In den Tropen hat sie bisher lediglich auf den Hochländern Fuß gefaßt, am frühsten in Dekkan, aber auch in Abessinien und Amerika, in Mexiko und in Peru. In die feuchtheißen Urwälder ist sie jedoch noch nicht herabgestiegen. Hier bleibt noch die größte Kulturarbeit der Mensch-

heit zu lösen. Die entgegenstehenden Hindernisse sind so groß, daß es der stärksten Notwendigkeit bedarf, sie zu überwinden. Das Nahrungsbedürfnis der wachsenden Menschheit wird dazu zwingen. Der Hunger, die kräftigste Ursache instinktiven menschlichen Handelns, wird es bewirken.

Gegenüber der hohen potentiellen Bevölkerung der Erde bleibt die faktische weit zurück. Darf das ferne zu erreichende Ziel bei keiner geographischen oder historischen Betrachtung außer acht gelassen werden, so steht doch das momentan erreichte im Vordergrund geographischen Interesses. Zu einer vollen Würdigung der Bedeutung der faktischen Volksdichte gehört nicht bloß der Vergleich mit der natürlichen, durch den Verkehr gemehrten oder geminderten, sondern zugleich auch das Defizit, das die natürliche gegenüber der größtmöglichen aufweist. Erst dieses Bevölkerungsdefizit gibt uns das wahre Verständnis der Gesamtbevölkerung eines Landes, ob sie der Auffüllung rasch entgegengeht oder noch weit davon entfernt ist.

Nach unserer früheren Aufstellung hängt die faktische Bevölkerung eines Gebietes von dessen Produktionskraft und der Intensität der Bodenkultur ab. Das Bevölkerungsdefizit eines Landes erscheint hiernach als ein Defizit seiner Bodenkultur und, sofern man letztere als den Ausdruck seiner Kulturhöhe ansieht, als ein Kulturdefizit. Das trifft für viele Fälle entschieden zu. Alle die Länder, die wir in unserer Tabelle S. 340 als dichtest besiedelte der einzelnen Klimagebiete zur Schätzung von deren Kapazität für Menschen genommen haben, sind Gebiete mehr oder weniger hoher Kultur. Aber voll trifft nicht zu, daß die andern Länder jener Gebiete deswegen von niederer Kultur seien. Es gibt darunter viele, die eine wenig dichte natürliche Bevölkerung besitzen und doch hohe Kultur haben; ein U.-S.-Amerikaner würde wegen der geringen Volksdichte der Oststaaten gewiß nicht zugeben, daß er kulturell dem dichter wohnenden Japaner unterlegen sei. Das Bevölkerungsdefizit eines Landes hängt sowohl von der geringen Intensität der Bodenkultur wie auch vom Alter der Gesamtkultur daselbst ab. Was mehr oder weniger maßgebend ist, ist von Fall zu Fall zu untersuchen, wobei besonders im Auge zu behalten ist, daß die junge Kultur, möchte sie auch noch so hoch sein, in der Regel mit einer geringen Intensität der Bodenkultur Hand in Hand geht. Hier eröffnen sich für zukünftige Forschungen weite Perspektiven. Hier bietet sich ein Weg zur Gewinnung von Maßstäben für die Kulturhöhe von Völkern.

Unser Hauptproblem der physischen Anthropogeographie hat mit allen Zweigen derselben Fühlung, welche sich nach Nachbarwissenschaften strecken, sowohl mit der Wirtschaftsgeographie als auch mit der politischen Geographie, mit der historischen Anthropogeographie und der Kulturgeographie im engeren Sinne des Wortes. Es knüpft alle diese Disziplinen eng an die Physiogeographie,



mit der sie bisher zu wenig Fühlung hatten. Darin wurzelt ihr vielfach unbefriedigender Zustand, der hinsichtlich der Wirtschaftsgeographie nicht bloß vom Weltwirtschaftler beklagt wird[23]), der aber nicht beseitigt wird, wenn man sie bloß mit den Nachbarwissenschaften in engere Berührung bringt, ohne ihre Beziehungen zur Geographie im engeren Sinne zu stärken. Nur wenn man in allen jenen Disziplinen von der Erdoberfläche ausgeht, wird man ihren geographischen Inhalt völlig zur Geltung bringen. Geht man, wie bisher vielfach geschehen, vom Menschen aus, so zieht man sie zu den Nachbarwissenschaften hinüber und bringt diesen nicht das, was sie brauchen und sich nicht selbst zu beschaffen in der Lage sind, nämlich die Fühlung mit der Erdoberfläche, dem Schauplatz der menschlichen Wirtschaft und Staatenbildung, der Weltgeschichte und Kultur.

Wie die Ermittlung der Eisen- und Kohlenvorräte eine Aufgabe der praktischen Geologie ist, welche damit der Wirtschaftslehre wichtige Grundlagen geliefert hat, so ist die Bestimmung des dem Menschen zur Verfügung stehenden kulturfähigen Landes eine Hauptaufgabe der Geographie. Was in der vorliegenden Arbeit in dieser Hinsicht unternommen wurde, ist ein Versuch, Dinge zu schätzen, die gegenwärtig noch nicht erfaßt worden sind. Sollen die angeschnittenen Aufgaben näher verfolgt werden, so muß eine Bonitierung der Erdoberfläche vorgenommen werden, bei welcher viel kleinere Gebiete, als hier geschehen, in bezug auf ihre Produktionskraft ins Auge gefaßt werden müssen, wenn es auch nicht praktisch durchzuführen wäre, dabei so ins einzelne zu gehen wie bei den Bonitierungen unserer Gemeinden. Gewiß kann man dieselben auch bei einzelnen Untersuchungen heranziehen, aber fürs erste ist es nötig, ansehnlichere Flächen nach Klima und Bodenbeschaffenheit näher zu erforschen. Nur ein Physiogeograph, der mit Boden und Klima näher vertraut ist, kann eine solche Aufgabe lösen. Er wird dabei wesentlich gefördert werden, wenn er, wie es A. K. Cajander[24]) bei Bonitierung der finnischen Forste tut, dem Auftreten charakteristischer Pflanzengemeinschaften volle Aufmerksamkeit schenkt. Will er dann, wie es rätlich ist, die Produktionskraft des Bodens gleich durch die Zahl der Menschen ausdrücken, die von der Flächeneinheit ernährt werden können, dann muß er Standardwerte über die Produktionskraft an gewissen Stellen zur Verfügung haben, die auf Musterwirtschaften zu gewinnen oder aus dem Ergebnis von Ernteerträgen herzuleiten wären. Weiter wäre der Konsumptionsbedarf des einzelnen zu bestimmen, und zwar nicht bloß nach dem ortsüblichen Verbrauch von Lebensmitteln, sondern auch auf dem Wege streng physiologischer Forschung.

Es ist selbstverständlich, daß nicht alles Land der Erde, und möchte es von noch so guter Beschaffenheit sein, ausschließlich für Gewinnung der



menschlichen Nahrung verwendet werden kann. Kleidung, Holzbedarf, Verkehr und Wohnstätten beanspruchen ansehnliche Teile der Oberfläche, und zwar wegen Kleidung und Erwärmung in den höheren Breiten viel größere als in niederen. Aufgabe einer geographisch orientierten Weltwirtschaft wird sein, diese Flächen so auszuwählen, daß das Gesamterträgnis der Erde an Nahrung, Kleidung und Holz ein Maximum wird und ein Minimum von Kräften für den Transport vom Orte der Gewinnung zum Orte des Gebrauchs erheischt. Von einer solchen idealen Weltwirtschaft sind wir allerdings noch sehr weit entfernt. Noch steht die Volkswirtschaft in erster Linie des Interesses, und sie hat noch nicht einmal in den best kultivierten Staaten eine streng rationelle Gliederung der Bodenproduktion durchsetzen können. Noch müht sich der Bauer auf kargem Boden zu ernten, während der beste daneben aus Gründen der historischen Entwicklung manchmal noch vom Walde eingenommen wird. Noch fehlt vielfach die zwingende Notwendigkeit, mit dem Überlieferten zu brechen. Aber diese Notwendigkeit wird kommen in dem Maße, als sich die Erde mit Menschen füllt.

Anmerkungen

1) Einleitung zur allgemeinen vergleichenden Geographie und Abhandlungen zur Begründung einer mehr wissenschaftlichen Behandlung der Erdkunde. Berlin 1852.

2) Anthropogeographie II, 1891, S. 181 und 261.

3) Geographische Zeitschrift XIII, 1907, S. 401.

4) Anthropogeographie I, 2. Aufl. S. 9.

5) Die kommende Friedensernährung. Zeitschr. f. ärztliche Fortbildung, XVII, 1920, Nr. 10 und 11.

6) Anthropogeographie II, 1891, S. 255, 279.

7) Ebenda S. 204.

8) Lands of the Globe still available for European Settlement. Proceedings R. Geographical Society XIII, 1891, S. 27.

9) Bevölkerungslehre und -politik. Leipzig 1898, S. 295.

10) Lehrbuch der Geographie, 10. Auflage 1923, S. 889.

11) Wieviel Menschen kann die Erde ernähren? Schmollers Jahrb. f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft XXXVI, 2, 1912, S. 81.

12) Anthropogeographie II, 1891, S. 228.

13) Klassifikation der Klimate nach Temperatur, Niederschlag und Jahreslauf. Petermanns Mitteilungen LXIV, 1918, S. 193. Die Klimate der Erde. Berlin 1923. Hier wird auf Wagners Anregung hin der Name subarktische Klimate durch boreale ersetzt.

14) Die Flächenausdehnung der Köppenschen Klimagebiete der Erde. — Petermanns Mitteilungen LXVII, 1921, S. 215. Auf Köppens Karte sind 1918 in der Farbenerklärung die Namen wintertrockenkalte und feuchtwinterkalte Klimate vertauscht worden, was auch in Wagners Tabelle III geschehen ist.

15) De l'influence de l'homme sur la terre. Annales de géographie X, 1901, S. 97 (211).

16) Das Hochland von Mittel-Kamerun II, S. 60. Abhandlungen des Hamburgischen Kolonialinstitus XXXVI, 1916.

[17]) Capacity of the United States for population. Popular Science Monthly. 1909. S. 209.

[18]) The friendly arctic. New York 1922 (Länder der Zukunft. Leipzig 1923).

[19]) Sapper gibt 569 Millionen an, rechnet aber ganz Britisch-Indien zu den Tropen, was wirtschaftsgeographisch zulässig ist, hier aber nicht getan werden kann. (Die Tropenländer in ihrer Bedeutung für deutschen Kolonialbesitz und Weltwirtschaft. Geogr. Zeitschr. XXIV, 1918, S. 385.)

[20]) Verteilung der Bevölkerung auf der Erde unter dem Einfluß der Naturverhältnisse und der menschlichen Tätigkeit. Petermanns Mitteilungen 1906, S. 241 (247).

[21]) Versuch einer Klimaklassifikation auf physiogeographischer Grundlage. Sitzungsber. d. phys.-math. Kl. d. Preuß. Akad. d. Wissensch. Berlin 1910, S. 236.

[22]) Lehrbuch der Geographie, 10. Auflage 1923, S. 739.

[23]) Bernhard Harms, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Versuch der Begründung einer Weltwirtschaftslehre. Probleme der Weltwirtschaft VI, 1912, S. 407.

[24]) Über Waldtypen. Acta forestalia fennica. I. Helsingfors 1913, S. 155. Über Waldtypen. II. Ebenda XX. 1922, S. 11.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST" (HAMBURG)

Die Kohlenproduktion der Welt[1]

a) Steinkohlenproduktion in Tonnen zu 1000 kg

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
Vereinigte Staaten	505 844 000	581 361 000	432 681 000	459 392 000	597 165 000	517 057 000
Großbritannien[2]	271 752 000	280 430 000	253 613 000	165 871 000	233 216 000	292 043 000
Deutschland[2]	118 829 000	62 255 000	119 145 000	113 898 000	107 525 000	190 109 000
Frankreich[2]	58 043 000	46 875 000	43 050 000	37 787 000	33 703 000	40 051 000
Polen[2]	32 311 000	36 113 000	23 947 000	7 582 000	6 412 000	8 974 000
Japan	27 178 000	26 385 000	27 702 000	26 221 000	29 245 000	21 316 000
Belgien	23 316 000	22 916 000	21 209 000	21 750 000	22 389 000	22 842 000
Brit. Indien[4]	20 525 000	19 973 000	19 316 000	19 613 000	18 250 000	16 467 000
China	18 600 000	18 594 000	21 300 000	19 870 000	20 670 000	13 776 000
Australien	14 500 000[5])	12 837 000	12 405 000	13 004 000	13 011 000	12 617 000
Tschechoslowakei[3]	14 359 000	11 625 000	9 906 000	11 648 000	11 141 000	14 271 000
Rußland[2][4]	13 809 000	12 705 000	9 321 000	8 531 000	7 641 000	26 653 000
Südafrika	11 331 000	10 810 000	8 831 000	10 339 000	10 408 000	7 984 000
Kanada	9 057 000	12 163 000	10 588 000	10 684 000	12 021 000	13 622 000
Spanien	5 972 000[5])	5 971 000	4 436 000	5 012 000	5 421 000	4 061 000
Holland	5 882 000	5 281 000	4 570 000	3 921 000	3 941 000	1 873 000
H.-Ins. KuangToung	.	2 177 000	1 688 000	3 463 000	4 173 000	1 513 000
Nieder-Indien	1 095 000[5])	1 103 000	1 091 000	1 211 000	1 095 000	586 000
Franz. Indochina[4]	1 057 000[5])	1 057 000	990 000	920 000	700 000	509 000
Formosa	.	1 445 000	1 347 000	1 038 000	1 148 000	322 000
Neu-Seeland	.	1 043 000[5])	984 000	908 000	193 000	1 182 000
Ungarn	693 000	863 000	941 000	427 000	168 000	806 000
Mexiko	.	.	933 000	735 000	715 000	890 000
Türkei[2][4]	.	.	680 000	—	700 000	843 000
Südrhodesia	592 000	560 000	467 000	521 000	525 000	221 000
Schweden	.	420 000	379 000	377 000	440 000	364 000
Spitzbergen	.	350 000	316 000	210 000	130 000	36 000
Brasilien	.	324 000[5])	400 000[5])	260 000	302 000	26 000
Malaien-Staaten	.	323 000	287 000	304 000	252 000	—
Rumänien[2]	342 000[5])	292 000	255 000	210 000	188 000	1 000
Peru	.	253 000	303 000	357 000	377 000	274 000
Österreich[3]	172 000	158 000	166 000	138 000	133 000	87 000
Italien	22 000	174 000	195 000	114 000	152 000	1 000
Portugal[4]	.	143 000[5])	158 000	153 000	170 000	25 000
Korea	.	115 000	317 000	311 000	289 000	128 000
Algier[4]	.	5 000	9 000	10 000	8 000	—
ges. Weltproduktion	1 168 535 000	1 180 124 000	1 034 075 000	969 912 000	1 154 700 000	1 216 097 000
davon Europa	548 967 000	486 533 000	501 990 000	406 400 000	454 800 000	604 749 000
Amerika	518 441 000	596 367 000	437 809 000	471 700 000	599 100 000	533 332 000
Asien	70 687 000	68 485 000	70 550 000	66 600 000	75 100 000	55 276 000
Australien	18 500 000	17 300 000	14 293 000	13 912 000	14 100 000	14 535 000
Afrika	11 940 000	11 439 000	9 364 000	11 300 000	11 800 000	8 205 000

b) Braunkohlenproduktion in Tonnen zu 1000 kg

	1924	1923	1922	1921	1920	1913
Deutschland	124 360 000	118 249 000	137 073 000	123 064 000	111 888 000	87 233 000
Tschechoslowakei	20 507 000	16 229 000	18 942 000	21 051 000	19 696 000	23 017 000
Ungarn	5 571 000	6 847 000	6 177 000	5 693 000	4 788 000	5 453 000
Südlawien	4 010 000[5])	4 039 000	3 625 000	3 063 000	2 750 000	3 487 000
Kanada	3 158 000	3 250 000	3 163 000	2 976 000	3 353 000	—
Österreich	2 777 000	2 659 000	3 136 000	2 797 000	2 697 000	2 621 000
Rumänien	2 358 000[5])	2 229 000	1 862 000	1 595 000	1 400 000	230 000
Chile	1 540 000	1 180 000	1 044 000	1 276 000	1 068 000	1 283 000
Bulgarien	1 215 000	1 013 000	983 000	902 000	726 000	342 000
Italien	1 046 000	959 000	751 000	1 029 000	1 588 000	700 000
Frankreich	944 000	861 000	772 000	749 000	968 000	793 000
Spanien	394 000[5])	394 000	330 000	409 000	552 000	277 000
Holland	192 000	54 000	27 000	122 000	1 396 000	—
Griechenland	140 000[5])	140 000	132 000	169 000	197 000	2 000
Polen	88 000	171 000	220 000	270 000	248 000	197 000
Neuseeland	.	958 000[5])	903 000	930 000	935 000	737 000
Nigeria	.	174 000	113 000	216 000	184 000	—
Australien	[4])	[4])	92 000	80 000	165 000	[4])
Belgisch Kongo	.	56 000	29 000	3 000	2 000	—
Tunis	.	31 000	24 000	300	1 000	—
Weltgesamtsumme	168 480 000	159 478 000	179 389 000	166 438 000	154 657 000	126 370 000

c) Die Kohlenvorräte der Welt[6])

Erdteil	Steinkohle		Braunkohle		Zusammen	
	1000 Mill. t	%	1000 Mill. t	%	1000 Mill. t	%
Europa	747,5	17,0	36,7	1,22	784,2	10,6
Nord- und Mittelamerika	2 261,5	51,4	2 811,9	93,80	5 073,4	68,52
Südamerika	32,1	0,7	—	—	32,1	0,43
Asien	1 168,0	26,6	112,9	3,77	1 281,0	17,38
Ozeanien	133,8	3,0	35,1	1,17	168,9	2,28
Afrika	56,8	1,3	1,0	0,03	57,8	0,78
Insgesamt	4 399,8	100,—	2 977,8	100,—	7 397,6	100,—

Anmerkungen

[1]) aufgestellt nach dem „Bulletin mensuel de statistique" des Völkerbundes in Genf unter Berücksichtigung der Angaben des Statist. Reichsamtes in „Wirtschaft und Statistik" und der Sonderausgabe der Deutschen Bergwerkszeitung vom 25. VIII. 24.

[2]) beim Vergleich der Zahlen sind die Gebietsveränderungen in Betracht zu ziehen; bei Großbritannien das Ausscheiden Irlands Ende 1921.

[3]) bei den österreich. Nachfolgestaaten sind für 1913 die Zahlen der entsprechenden Provinzen eingesetzt, für Tschechoslowakei diejenigen Böhmens, Mährens und Schlesiens.

[4]) Braunkohle bei Steinkohle einbegriffen; Rußland förderte 1913 2 936 000 t Braunkohle, die nicht unter Steinkohle einbegriffen sind, China förderte 1922 200 000 t Braunkohle, die Vereinigten Staaten förderten 1913 470 000 t, 1922 1 687 000 t Braunkohle, die hier nicht enthalten sind. Anthrazit ist als Steinkohle gerechnet.

[5]) Vorläufiges Ergebnis.

[6]) nach der Deutschen Bergwerkszeitung



H. LAUTENSACH:
BERICHTERSTATTUNG ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Zum Zwecke der geopolitischen Berichterstattung haben die Herausgeber dieser Zeitschrift die Erdoberfläche bekanntlich in eine Alte, eine Atlantische und eine Pazifische Welt geteilt. Diese Einteilung hat nur den rein äußerlich-formalen Zweck einer Abgrenzung der Gebiete der Berichterstattung entsprechend den besonderen Interessen der Berichterstatter. Ein wissenschaftlich-sachlicher Wert kommt ihr nicht zu. Die Art dieser Einteilung kann infolgedessen auch nicht Gegenstand einer sachlichen Kritik sein, wie sie von verschiedenen Seiten geübt worden ist. Ein Einwand, der jedoch jeder solchen Zergliederung gegenüber wirklich mit Recht erhoben werden kann, ist der, daß notwendigerweise planetarische geopolitische Beziehungen in den Einzelberichten zu kurz kommen müssen. Diesem Mangel soll von jetzt ab dadurch abgeholfen werden, daß vierteljährlich einmal weltumspannende oder zum wenigsten über eines der drei Einzelgebiete hinausgreifende Vorgänge und Veränderungen in einem besonderen Bericht gewürdigt werden. Dieser wird sich etwa auf die folgenden Sachgebiete erstrecken: Das Britische Weltreich und andere planetarische Mächte, die weltpolitische Verflechtung der europäischen Kolonialstaaten, geopolitische Züge in der Weltwirtschaft und dem Weltverkehr, in zwischenstaatlichen Handelsverträgen, in

Die Steinkohlenförderung der Erde

in 1000 metrischen Tonnen

	1913	1923	1924	1924 % der Welt
U. S. A.	517 057	581 316	505 844	43,4
Großbritannien	292 042	280 430	271 752	23,6
Deutsches Reich	190 109 [1] (Deutsches Reich und Saargebiet)	62 255 [3]	118 829 [3]	10,2
Saargebiet		9 228	14 034	1,2
Frankreich	40 848 [1]	38 544 [3]	44 854 [3]	3,8
Polen	—	36 113	32 311	2,8
Japan	21 316	26 385	27 178	2,3
Belgien	23 316	22 916	23 316	2,0
Britisch Indien	16 467	19 973	20 525	1,8
Tschechoslowakei	14 271 [2]	11 625	14 359	1,2
Rußland	26 653 [1]	11 900 [3]	13 809 [3]	1,2
Südafrikanische Union	7 984	10 810	11 331	1,0
Kanada	13 622	12 163	9 057	0,7
Niederlande	1 873	5 281	5 882	0,5
Weltförderung	1 168 600	1 180 000	1 216 100	

[1]) Alter Gebietsumfang. — [2]) Die österreichische Förderung auf dem Gebiet der jetzigen Tschechoslowakei. — [3]) Neuer Gebietsumfang.

den Verhandlungen und Entscheidungen des Genfer Völkerbundes und des Haager Schiedsgerichtshofes, soweit sie internationale Bedeutung beanspruchen können, Auswanderungsfragen, Weltkonferenzen.

Die Tatsache, daß die wirtschaftlichen Zeitschriften aller Weltsprachen in den letzten Monaten naturgemäß voll sind von den wirtschaftsstatistischen Übersichten über das vergangene Jahr, legt den Gedanken nahe, die geopolitischen Druckkräfte zu betrachten, die die Veränderung in Erzeugung und Absatz einiger wichtiger Welthandelsgüter in letzter Zeit hervorgebracht hat. Es sei mit Steinkohle und Erdöl als den in der Weltwirtschaft allein wichtigen Kraftstoffen begonnen. Die geopolitischen Wirkungen, die sie ausüben, sind grundverschieden. Die Steinkohlenförderung der Jahre 1913, 1923 und 1924 in 1000 metrischen Tonnen geht aus vorstehender Tabelle hervor.

Die Weltförderung hat somit gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich abgenommen. In den ersten Nachkriegsjahren, die ebenfalls schon eine solche Minderförderung zeitigten, handelte es sich um eine Produktionskrise; es bestand überall in der Welt ein wahrer Kohlenhunger. Die Produktionskrise ist einer noch schwereren Absatzkrise gewichen. Diese ist ein Ausfluß einerseits des fortdauernden Daniederliegens der Weltindustrie, andererseits der fortschreitenden Ausnutzung der Wasserkräfte zur Energieerzeugung und der steigenden Verwendung des Erdöls, in Mitteleuropa auch der Braunkohle, als Brennstoff. Die Absatzkrise ist die Grundlage für die derzeitige geopolitische Weltbedeutung der Kohle. Sie hat zur Folge, daß der Kohlenkampf der Staaten der Erde jetzt ein Kampf um Absatzgebiete, nicht um Kohlenlager ist. Die Haldenbestände wachsen überall auf der Erde an. Im Ruhrgebiet z. B. betrugen sie Dezember 1922 471 000 t, Januar 1924 1 950 000 t, November 1924 2 622 000 t und April 1925 7,5 Mill. t, für Oberschlesien sind die entsprechenden Zahlen 25 000, 83 000, 194 000 und 844 000 t. Die Aufspeicherung der Kohle hat aber ihre sehr enge Grenze einerseits in der begrenzten Kapitalkraft der Förderungsgesellschaften, andererseits in der Tatsache, daß zu hohe Halden sich selbst entzünden. So ergeben sich nur zwei Möglichkeiten, entweder die Förderung einzuschränken und die Arbeitslosigkeit zu vergrößern, oder durch eine kluge Kohlenpreispolitik den Kampf um den Absatz im In- und besonders dem kohlenbedürftigen Ausland aufzunehmen.

Der erste Weg ist vor allem von den Vereinigten Staaten beschritten worden. Diese weisen 1924 eine Minderförderung von nahezu 84 Mill. t auf. Das ist weit mehr, als die gesamte Steinkohlenförderung des Deutschen Reiches 1923 betrug. Diese Minderförderung ist ausschließlich eine Folge der verringerten Aufnahmefähigkeit des USA-Inlandmarktes. Die Wettbewerbsfähigkeit der USA-Kohle auf den Weltmärkten ist wegen des niedrigen Preises immer noch eine hervorragende. Der Preis für eine Tonne Förderkohle ab Werk betrug im Dezember 1924 in U. S. A. 1,69 $, Deutschland 3,57, England 3,58, Frankreich 4,55, Belgien 5,22 $. So halten die Vereinigten Staaten Kanada, dessen Förderung im Jahre 1924 herabging, erfolgreich gegen den Wettbewerb Englands. Ja selbst in Italien, in vermindertem Maße sogar in Frankreich, konkurriert amerikanische Kohle mit europäischer.

Der Leidtragende in diesem Wettbewerb ist vor allem England. Die Minderung englischer Förderung ist ausschließlich eine Folge verringerten Auslandsabsatzes. Dieser betrug 1913 im Monatsdurchschnitt 6 276 000 t, 1923 ebenso 6 727 000 t, dagegen im November 1924 nur noch 4 835 000 t. England hatte 1924 nicht nur die Konkurrenz der Vereinigten Staaten, sondern nach Beendigung des Ruhrkampfes auch wieder in steigendem Maße die Deutschlands zu fürchten. Als Kampfplätze



dieser drei Rivalen, die nach wie vor die größten Steinkohlenerzeuger sind, kommen einerseits die Absatzmärkte Südamerikas, andererseits die Europas in Betracht. Deutschland allerdings ist im ganzen auch 1924 immer noch ein Steinkohleneinfuhrland geblieben. In den ersten 11 Monaten dieses Jahres betrug die Einfuhr 11 354 000 t, die Ausfuhr dagegen nur 1 906 000 t. Aber die Einfuhr war doch nur halb so groß wie 1923, und die Ausfuhr hob sich von 97 000 t im Januar auf 638 000 t im November. Die englische Einfuhr nach Deutschland ging von 15,4 Mill. t im Jahre 1923 auf 5,6 Mill. t 1924, die ostoberschlesische von 8,6 auf 6,1 Mill. t zurück. Deutschland wird, einerlei ob es einen Steinkohleneinfuhr- oder -ausfuhrüberschuß hat, infolge der für große Teile des Inlands verkehrsungünstigen Lage seines Steinkohlenbergbaus stets ein Land mit einer international beeinflußten Kohlenwirtschaft sein, ganz besonders in seinen unglücklichen neuen Grenzen. Die Oderprovinzen werden stets unter ostoberschlesischer, die Küstengebiete unter englischer Einfuhr stehen. Es ist aber 1924 gelungen, die Reichweite dieser fremden Kohlen zurückzudrängen. In den nordischen Ländern und der Schweiz wächst die Einfuhr deutscher Kohle. Für Schweden hat sie den Vorkriegsbetrag schon überschritten. Italien erhielt abgesehen von den Reparationslieferungen 1924 500 000 t deutscher Kohle gegen 25 000 t im Durchschnitt 1922/23, während der englische Absatz dort gleichzeitig um 35 % sank. Kürzlich ist sogar zwischen der Ruhrkohle-A. G. und der italienischen Staatsbahn ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem letztere jährlich 2 Mill. t abnimmt. Selbst in Südamerika und Java tritt die deutsche Kohle wieder konkurrierend auf.

An diesem Wettlauf um die Kohlenabsatzgebiete unbeteiligt ist der vierte der großen Kohlenproduzenten der Erde: Frankreich. Dieses hat seine durch den Weltkrieg beschädigten Gruben in den Departements Pas de Calais, Nord, Somme und Ardennes nunmehr gänzlich wiederhergestellt. Deren Förderung, die 1913 27,4 Mill. t betragen hatte, stieg 1924 wieder auf 25,6 Mill. t. Damit wurde die Vorkriegsleistung in den alten Grenzen nahezu wieder erreicht. Frankreich verfügt jetzt aber auch über die lothringische (5,3 Mill. t) und die saarländische Förderung. Diesen Gesamtbetrag von 59 Mill. t hat es restlos aufgenommen, ja dazu noch einen Einfuhrüberschuß von 22,7 Mill. t verbraucht. Letzterer kam mit 4,3 Mill. t als Reparationslieferung aus Deutschland, mit 13 Mill. t aus England, das 1923 dagegen 18 Mill. Tonnen geliefert hatte.

Von anders gerichtetem geopolitischen Interesse sind schließlich die sich stetig hebenden Förderungsziffern von Britisch Indien. Dienen diese doch im Sinne der Swadeschi-Bewegung dazu, die indische Industrie immer stärker auszubauen und so der Wiedererringung der Selbstbestimmung allmählich näher zu kommen. Schon liegen 60 % der bengalischen Jute-Industrie in nationalindischen Händen.

Im Gegensatz zur Steinkohle wirkt das Erdöl sich geopolitisch in Gestalt einer von Jahr zu Jahr gigantischer werdenden Jagd nach den Lagerstätten aus. Die europäischen Steinkohlen- und Industrieländer sind arm an Erdöl. Sie liegen daher auf der ganzen Linie im Petroleumkampf mit der alle überragenden Kapital- und Wirtschaftsmacht der Union. Die Vorkämpfer sind überall die Petroleumgesellschaften. Diese Großkonzerne mit ihren immer zahlreicheren Tochtergründungen, die neue Namen führen, sind aber national meist scharf geschlossen und haben die Macht des Heimatsstaates hinter sich. Petroleumerzeugung und verbrauch in 1000 Barrels (1 Barrel = 1,59 hl) ergaben 1924 bezw. 1923 die aus nachfolgender Tabelle ersichtlichen Beträge.

Diese Tabelle zeigt, daß die beiden Erdteile mit überwiegender geologischer Flachschichtung, Afrika und Australien, als Erdölproduzenten zur Zeit kaum in Betracht kommen. Sie zeigt

Erdölgewinnung und -verbrauch
in 1000 Barrels

	Erzeugung			Verbrauch	
	1924	% 1924	1923	1923	auf 100 Köpfe 1923 in Barrels
Vereinigte Staaten	714 000	70,5	733 407	602 000 [1])	538 [2])
Kanada	175		170	17 000	194
Mexiko	139 587	13,8	149 585	11 000	73
Bunkeröl in U. S. A.-Häfen	—	—	—	38 000	—
Bunkeröl in mexik. Häfen	—	—	—	6 900	—
Am Panamakanal verbraucht	—	—	—	13 000	—
Peru	7 812	0,8	5 699	100	2
Venezuela	9 500	0,9	4 059	400	18
Trinidad	4 284	0,4	3 051		
Argentinien	3 844	0,4	3 400	10 000	11
Australien	—	—	—	1 000	22
Persien	31 845	3,1	28 793		
Niederl. Indien	21 000	2,1	19 868	6 000	12
Britisch Indien	8 150	0,8	8 320	11 000	3
Britisch Borneo (Sarawak)	4 500	0,4	3 940		
Japan	1 600	0,2	1 789	4 000	6
Ägypten	1 107	0,1	1 054	2 000	18
Rußland	45 162	4,4	39 156	27 000	29
Rumänien	13 296	1,3	10 867	6 500	38
Polen	5 710	0,6	5 373	2 500	9
Deutschland	350		312	4 000	7
England	1		1	35 000	75
Ganze Erde	1 013 139		1 018 900	912 000 [3])	51 [4])

[1]) 1924: 739 460. — [2]) 1924: 660. — [3]) 1924: 999 000. — [4]) 1924: 56.

weiter, daß das Schwergewicht der Welt-Petroleumerzeugung in Nordamerika (USA und Mexiko zusammen 84,3 %) liegt. Alle anderen Länder zusammen erzeugen gerade so viel, wie die relativ eng beschränkten mexikanischen Lagerstätten. Die wichtigsten Lager der Alten Welt finden sich im Bereich des Eurasischen Faltengebirgsgürtels. Südamerikas Bedeutung als Erdölproduzent ist rasch im Steigen begriffen. Durch hohen Erdölverbrauch zeichnen sich die Länder englischer Zunge aus. Während die USA ihren Riesenkonsum ungefähr gerade aus der Erzeugung des eigenen Bodens decken können, zeigt sich in Großbritannien und den britischen Dominions ein gewaltiges Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch, das in Kanada und besonders England selbst geradezu groteske Formen angenommen hat. So bewirkt das Erdöl, kurz gesagt, einen Kampf der beiden angelsächsischen Weltmächte um die außerhalb des beiderseitigen unmittelbaren Reichsbesitzes gelegenen Lagerstätten der Erde. Der „Petroleumimpe-

rialismus“ ist eine vorwiegend angelsächsische Erscheinung. Der Anteil, den das Deutsche Reich vor dem Weltkrieg an ihm in Mesopotamien hatte, derjenige, den die Niederlande durch ihre Beteiligung an der nur mehr durch den Namen ein nationalholländisches Unternehmen vortäuschenden Royal Dutch Shell = Kompanie nehmen, und der, den heute Frankreich und Belgien in Mesopotamien, Grosny und Baku an ihm haben, ist relativ gering.

In den USA hat 1924 der Verbrauch erstmalig die Erzeugung übertroffen. Die Mehrheit der amerikanischen Ölleute behauptet, daß die Unionslager in längstens zwei Dutzend Jahren erschöpft sein werden. Offen stellt sich infolgedessen heute die amerikanische Regierung hinter ihre Ölinteressenten. Schon früher hat sie wiederholt Schritte bei der britischen Regierung unternommen, um den USA-Konzernen Anteil an den Ölfeldern Nordpersiens, Mesopotamiens und Niederländisch-Indiens zu sichern. Jüngst ist durch eine Botschaft des Präsidenten Coolidge vom 19. Dezember 1924 der „Federal Oil Conservation Board“ eingesetzt worden, eine staatliche Behörde, deren Mitglieder die Staatssekretäre des Krieges, der Marine, des Innern und des Handels sind. Deren Arbeitsprogramm war ursprünglich nur die Sicherstellung der Ölversorgung der Marine. Aber schnell dehnte es sich auf Fragen der rationelleren Produktion und besseren Ausnutzung des Rohöls, auf die Beziehungen der amerikanischen Ölindustrie zum Auslande, insbesondere den auswärtigen Petroleumländern, sowie auf den inländischen Verbrauch und die Organisation der Verteilung aus. Ein kürzlich von dieser Behörde an die amerikanischen Ölmänner versandter Fragebogen wirft die Frage der Einschränkung der Ölausfuhr auf, was Lomoff, den Leiter des Allrussischen Naphthasyndikats, sofort zur Äußerung der Hoffnung veranlaßte, Rußland werde in absehbarer Zeit den europäischen Erdölmarkt voll beherrschen.

Die Erfolge, die die amerikanische Ölpolitik in jüngster Zeit errungen hat, sind hervorragende. Zunächst ist eine innere Bereinigung eingetreten. Die Pan American Petroleum and Transport Co. des „Unabhängigen“ Doheny ist in zwei Gesellschaften aufgeteilt worden, die Pan American Eastern und die Pan American Western Co. Die Eastern, die über ausgedehnte mexikanische Lager verfügt, ist unter die Kontrolle der Standard Oil Co. getreten und hat sich gleichzeitig die Mehrheit der bisher politisch auf England eingestellten British-Mexican Petroleum Co. gesichert. Dadurch hat die Standard Oil ein hervorragend produktives Ölgebiet in Mexiko erhalten und ist in die Lage versetzt, die Absatzorganisation der British-Mexican Petroleum Co. in England auszunützen. Ja, es ist den Amerikanern sogar gelungen, auf den seit Jahren umkämpften mesopotamischen Zukunftsfeldern Fuß zu fassen. Mitte März meldete die Petroleumpresse, daß zwischen der Regierung von Irak und der Turkish Petroleum Co. ein Vertrag geschlossen worden sei, der letzterer die Ausbeutung der Ölquellen des Irak mit Ausnahme derer des Wilajets Basra auf 75 Jahre sichert. Dieser Vertrag, in dem das Königreich Irak nur die Rolle des gezwungenen Partners spielt, ist das Ergebnis eines Ausgleichs zwischen den großen Erdölgruppen. Gemäß diesem trat die britisch orientierte Anglo Persian aus ihrem 50%igen Anteil an der Turkish Petroleum Co. die Hälfte an eine amerikanische Gruppe ab, die unter Leitung der Standard Oil Co. steht, Frankreich erhielt den ehedem der Deutschen Bank gehörigen Anteil von 25%, und die englisch beeinflußte Koninklyke Shell Gruppe (Royal Dutch Shell) behielt ihren zu Anfang erworbenen Anteil von 25%, so daß je 1/4 des Gesamtkapitals der Turkish Petroleum Co. nunmehr in amerikanischen bzw. französchen, die restliche Hälfte in englischen Händen ist. Die Gültigkeit der Ansprüche der Turkish Petroleum Co. auf Bohrungskonzessionen im Wilajet Mossul werden übrigens davon abhängen, ob der Völkerbunds-

rat dieses dem Irak oder der Türkei zuspricht. Letztere hat der Turkish Petroleum Co gegenüber stets eine ablehnende Haltung eingenommen.

In einer Hinsicht sind die britisch orientierten Ölgesellschaften den amerikanischen noch weit überlegen: in der Organisation der Tankflotten. Das zeigt die folgende Übersicht:

Britisch orientiert	Schiffe	Netto-Reg.-Tonnen	Amerikanisch orientiert	Schiffe	Netto-Reg.-Tonnen
Royal Dutch	101	655 039	Standard Oil	40	247 167
Anglo Persian	79	468 197	Anglo American Oil	21	114 331
Brit. Admiralität	45	179 411	British-Mex. Petr. Co.	12	48 245
Summe	225	1 302 647	Summe	73	409 743

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT



A military bull in a China Shop.

Auf die Gefahr hin, daß man dem Berichterstatter mit wohlfeilem Gegenspott die Titelzeichnung entgegenhalte, muß er mit einer Würdigung der zwei im letzten Berichtlauf von

der indopazifischen Bühne abgetretenen bedeutsamsten Persönlichkeiten Dr. Sun Yat Sen und Lord Curzon aus ihren räumlichen Werken heraus beginnen. — Denn beide waren zugleich Exponenten geopolitischer Ideen, die augenblicklich raumpolitische Krisen durchmachen: Dr. Sun Yat Sen für das Verhältnis des chinesischen Südens zum Gesamtlebensraum, und Lord Curzon für die Organisation des indischen Glacis; und beide Raumgedanken, die sie mit genialer Hand umformten, werden sie vielleicht am längsten von allen ihren vielen Werken überleben.

Die weitaus größere lebendige Kraft von beiden für den indopazifischen Raum war Dr. Sun Yat Sen, weil er als Verkörperung einer immanenten geopolitischen Idee von innen her gewirkt hat, ein vielseitiger Sohn des Erdgeists im faustischen Sinn. In Europa ist er am meisten bekannt dadurch, daß der 1867 in Heung-Shan, einem kleinen Dorf bei Macao geborne, von einem alten Taiping-Rebellen erzogene junge Mediziner ein typischer Vertreter des chinesischen Südens gegen den Norden und Hauptanstifter der Revolution von 1911/12 war. Scharf linksradikal und leidenschaftlicher Nationalist, Vorfechter des parlamentarischen Gedankens, aber auch der Verbrüderung mit den Sowjets, der „Rechts-Rückerwerbung", und der Industrialisierung Chinas, Verfasser eines berühmten Buches über „The international development of China" (London 1922), das wohl alle chinesischen Zukunftsprobleme auf einmal anschneidet, war er die Verkörperung Jung-Chinas und seiner Wunsch-Ziele. China verliert mit ihm eine machtvolle und farbenschillernde Persönlichkeit, noch dazu in einem Augenblick, wo es keine ganze Persönlichkeit, besonders keine einigende Kraft entbehren kann, wie ein englischer Nachruf mit Recht betont. Rebell und Redner, Mann der Unruhe und des Wortes, aber auch des vollen Wagens seiner Person an sachliche und ideale Ziele, Bekämpfer dessen, was man landläufig unter Militarismus versteht, wo immer er es traf, starb er nun, von Militaristen umgeben, mit dem schlimmsten und unberechenbarsten unter ihnen am meisten verbunden, mit dem offensten und ehrlichsten, sein Vaterland am aufrichtigsten liebenden unter ihnen am meisten verfeindet. Und an seinem Sarge fährt die starke Partei seines Lebens, die Kuo Ming Tang, das einzige wirkliche Gegengewicht, das die Tutschune noch scheuten, in drei Teile auseinander, während der kluge Exmilitarist Tuan Chi Jui mit zwei fein ersonnenen Konferenzen hintereinander, also mit Mitteln Sun Yat Sens, vielleicht die letzte Chance wahrnimmt, das Reich wieder zu einen und es verfassungsmäßigen, parlamentarischen Entwicklungen zuzuführen.

Aus diesem Gegensatz geht das Tragische in Sun Yat Sens reich bewegtem Leben hervor, das aber zugleich die Tragik Jung-Chinas, der überstürzten Erneuerung ist und die erdgegebene Auswirkung eines uralten Raumgegensatzes, den ein kompetenter Beurteiler folgendermaßen faßt:

„Der Norden ist ein sehr armes und übervölkertes Land. Die Yangtse- und die Südlandschaften sind viel reicher und blühender. Das ganze Ziel des Nordens ist, den Süden genügend zu schröpfen, um ihm die Lebenshaltung zu gewähren, die der Norden nicht leisten kann. Zwei Jahrhunderte lang waren die Mandschu-Kaiser zufrieden damit, den Süden maßvoll zu schröpfen (und so ließ er es sich gefallen!). Gegen Ende wurden ihre Forderungen maßlos. Die Revolution, die folgte, war das Ertrotzen der Selbstregierung der Provinzen und die Abschaffung des Tributs an den Norden. Aber seitdem hat die Nord-Militärpartei ununterbrochen versucht, die damals erlittenen Verluste zurückzugewinnen. Sun Yat Sen stand für die Revolution und die provinzielle Selbstregierung (den Föderalismus, würden wir sagen) und es scheint mir ein Ding der Unmöglichkeit, daß er und die Generale des Nordens hätten zu einem wirklichen Ausgleich kommen können."

Das ist die tragische, im Antlitz der chinesischen Erde seit vier Jahrtausenden vorbestimmte Spannung in der Seele Sun Yat Sens, der Wunsch, in einem Führermenschen zu vereinigen, was vielleicht unversöhnbar war. So löste der Tod den Knoten seines Lebens in dem Augenblick, in dem er sich zur Unlösbarkeit auf anderm Weg verschlungen hatte, als durch Selbstzerstörung eines Teiles seines Lebenswerkes.

An eine ähnliche Scheide hatte das Schicksal Indiens seinen einstigen Vizekönig, Lord Curzon geführt: den unheilbaren Bruch in diesem Leben hat vor wenig mehr als einem Jahr ein apokrypher Landsmann mit dem Buch „The lost Dominion" enthüllt, das der Verlag dieser Zeitschrift den Deutschen vermittelt hat.

Auch Lord Curzons Raumgedanke von der Entwicklung des indischen Glacis steht vor einer Wende, an der nur entweder Rückentwicklung oder eine Gewaltlösung von verhängnisvoller Tragweite offen zu stehen scheint. Wir lenken deshalb die Aufmerksamkeit unserer Leser auf diejenige Stelle des anglo-indischen Imperiums, wo das Organisationstalent Lord Curzons den größten räumlichen Erfolg aufweist: die indische Nordwest- und die Himalaya-Grenze, wo er den klugen Bau der Nord-West-Provinz ins Leben gerufen und die Anglo-Indisierung Tibets vorbereitet hat.

Die Indische Nord-West-Grenz-Provinz ist 1904 von dem jüngst verstorbenen Lord Curzon als ausgesprochenes Verteidigungsorgan aus dem Landkörper des Pendjab losgelöst und neu aufgebaut worden. Wehrgeographisch eine wundervoll durchdachte Schöpfung, ist sie sonst in ihrer Struktur von geradezu abenteuerlicher Form; und kultur- und wirtschaftsgeographisch leidet das Land natürlich unter der einseitigen Vorbetonung der wehrgeographischen Gesichtspunkte und Notwendigkeiten.

In geopolitisch bedeutsamer Weise kamen diese Gegensätze jüngst in Delhi bei einer Besprechung der Anregung Saiyid Raza Alis zur Sprache, daß die Regierung die Mehrheitsbeschlüsse des Grenz-Ausschusses berücksichtigen solle. Denn die Mehrheit des 1922 ins Leben gerufenen Grenz-Ausschusses (dessen Schlüsse im März 1924 veröffentlicht worden sind), aus Europäern und allen Muhammedanern bestehend, urteilte in schroffem Gegensatz zu der Hindu-Minderheit (Rangachariar und Samarth). Die Mehrheit erklärte eine Wiederabtrennung der befriedeten Distrikte der Nord-West-Grenz-Provinz von durch Grenzwirren bedrohten Teilen, und ihre Wiedervereinigung mit dem Pendjab, wie sie die Hindus wollen, für unmöglich. Sie wünscht nur einen Wahlkörper mit einer durch freie Wahlen entstandenen Mehrheit und Verwaltung und Gerichtsreformen. Die Hindu-Minderheit, die aber eine afghanische Durchdringung der Grenzbezirke fürchtet, als eine politische Gefahr für die Hindus, will die Wiedervereinigung der befriedeten Distrikte, des Grenzhinderlandes, mit dem Pendjab, und damit die Wiederauflösung der in ihrer Art genialen Schöpfung Lord Curzons.

Tatsächlich lassen die Interessen des britisch-indischen Reiches als Ganzes die Aufteilung des Grenzschutz-Körpers auch gegen das eigentliche Wohl der Grenzprovinz selbst untunlich erscheinen, aus denselben Gründen, die 1904 zu dem Herausreißen der für ein selbständiges Leben dieser Grenzprovinz nötigen Landesteile aus der historischen Einheit des Pendjab führten. So sagte Denys Brays, der Außensekretär, mit einer tiefen Verbeugung vor der „Prowess" der virilen unabhängigen Völker an Indiens so verwundbarer Landgrenze. Hinc lacrymae ...

Ähnlich, wie die französische Außenpolitik Mitteleuropa, so hat auch die anglo-indische Lord Curzons Indien mit einem elastischen Netz von durchorganisierten Militärgrenzen umgeben, die sowohl für als gegen den Kern verwendet werden können. Zu ihnen gehörten in erster Linie die Nord-West-Provinz und einige der Himalaya-Staaten, sollte auch wohl die muhammedanische Provinz Ostbengalen gehören, wohl

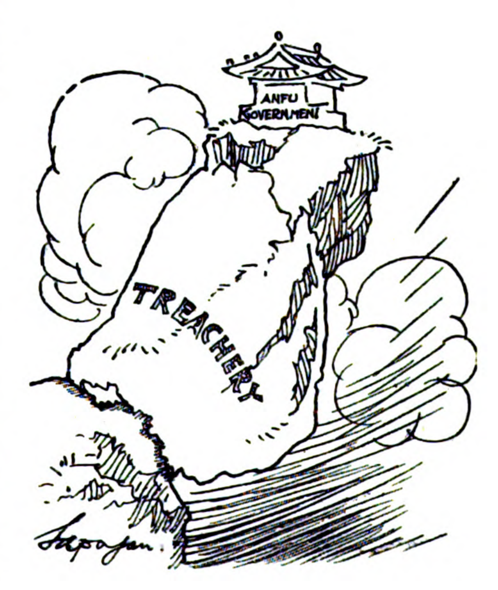
auch Burma und die Straits; aber in Bengalen zerriß der indische Rasseninstinkt das zu fein gesponnene Netz. Nun versucht er es auch mit der Nord-West-Provinz, einem starken Bollwerk anglo-indischer Macht und Wehrgeographie nach außen wie nach innen.

Vom Pendjab aus ist nicht zuletzt bei der sogenannten Meuterei Indien wieder erobert worden: der Abfall eines einzigen kriegerischen Himalaya-Staats, der auch angeregt wurde (vgl. Nana Sahibs Brief an den Premierminister v. Nepal!), hätte unter Umständen damals schon den Herrschaftsbau von außen her zum Einsturz bringen können, auch wenn man nicht die übersteigerten Äußerungen des Kabuler Regierungsorgans gelten läßt. Das hat man als geopolitische Lehre in Simla und London nie vergessen und hält sich daran.

„Australische Probleme“ werden in einem guten Aufsatz aus Brisbane der D. A. Z. vom 24. 3. 25 richtig gesehen und gruppiert, und durch ein ausgesprochen „gelbes“ Buch von E. George Marks „Watch the Pacific“ (Defenceless Australia, Sydney 1924) in ihrer Übersteigerung unterstrichen, — ebenso, wie durch die März-Parlaments-Aussprache über Singapur und den Gesamt-Ton der verantwortlichen Träger der australischen und neuseeländischen Politik seit dem Kriege [u. a. Edward G. Theodore d. Labour-Premier von Queensland].



Wenn der kluge Brisbaner Bericht in der Rede von Premierminister Bruce in Melbourne neben der Notwendigkeit das Prinzip des „weißen Australiens“ aufrechtzuerhalten und die nationale Politik einer hohen Lebenshaltung, auch die daraus erwachsende Verpflichtung einer mindestens ebenso hohen Leistungsfähigkeit heraushörte, so ist es diese letztere Verpflichtung durch den reichen und riesigen beschlagnahmten und andern vorenthaltenen Raum, die man in der Commonwealth nicht so gern anerkennt. 800 Millionen Pfund Sterling Schuld mit 25 Millionen Jahreszins, bei nicht ganz 6 Millionen Bevölkerung, 44 Stunden mäßiger Arbeitszeit und den höchsten Löhnen der Erde bedeutet eine Hochspannungsforderung, der die Commonwealth im allgemeinen eben nicht genügt. Zu ihrer Erfüllung wartet Australien vergeblich auf die Einwanderung von Hunderttausenden harter, arbeitsfroher Menschen aus dem industrialisierten Mutterlande, — auch wenn sich der jetzige Premier in den Abmachungen der Imperial-Konferenz nicht nur zum Vorzugstarif für Australien, sondern auch zu einer organisierten



Masseneinwanderung verpflichtet hat, und Australien wie Neu-Seeland in einem selten günstigen Wirtschafts-Aufschwung stehen.

Es ist eben nicht so leicht, Absatzmärkte für eine teure Überproduktion zu finden, wie sie Australien in Zucker, Wolle, Fleisch und hie und da Weizen abzustoßen hat, wenn man sonst autarkisch bleiben will, wenn man vorher mit Waffengewalt gerade die Völker ruiniert und ihre Kaufkraft zerstört, die allenfalls Verwendung für diese Überschußgüter hätten. Der Niederbruch des staatssozialistischen Überseeverkehrs ist auch ein böses Omen für die übersteigerten australischen Überlandverkehrsentwürfe.

O. MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Das romanische Amerika II

Intensive wirtschaftliche Durchdringung ist die Grundformel, die das Verhältnis der Vereinigten Staaten zum Romanischen Amerika seit geraumer Zeit charakterisiert. Allein nicht fortschreitende Eroberung des lateinamerikanischen Marktes kennzeichnet diesen Prozeß in der Zeit. Wie die Tabelle der prozentualen Beteiligung der wichtigsten Länder am Handel mit Lateinamerika —

Einfuhr	1913	1917	1920	1923
Verein. Staaten	25 %	54,7 %	50,2 %	36 %
Großbritannien	24,4 %	14,9 %	16,7 %	19,4 %
Deutschland . .	16,6 %	—	3,4 %	10,2 %
Frankreich. . .	8,3 %	3,7 %	4,8 %	5,3 %
Gesamteinfuhr in Mill. $	1321	1367	1947	2018

Ausfuhr	1913	1917	1920	1923
Verein. Staaten	30,8 %	51,7 %	47,7 %	45,6 %
Großbritannien	21,2 %	21 %	17,9 %	16,4 %
Deutschland . .	12,4 %	—	1,8 %	4,7 %
Frankreich. . .	8 %	8 %	5,3 %	5,8 %
Gesamtausfuhr in Mill. $	1552	2062	3292	2549

— lehrt, haben sich im Ringen der großen Handelsstaaten um den lateinamerikanischen Markt die europäischen Konkurrenten von der Union nicht aus dem Felde schlagen lassen; selbst Deutschland, das während des Krieges für den friedlichen Wettbewerb in Amerika nicht in Frage kam, ist wieder als ein selbst von den Vereinsstaaten ernst zu nehmender Rivale erschienen. Englands ursprüngliche Vorrangstellung war schon 1913 von der Union eingeholt worden; und während des Krieges sank der englische Import so, daß er 1917 nur noch wenig mehr als ein Viertel des nordamerikanischen ausmachte. Mit der deutschen Einfuhr ist während des Krieges auch die französische gesunken, und sie hat sich in der Nachkriegszeit weniger erholt als die deutsche. Denn neben einer Steigerung der englischen Einfuhr ist eine ganz wesentliche des deutschen Imports zu buchen, der 1923 schon wieder die gute Hälfte des englischen und ein starkes Viertel des vereinsstaatlichen ausmachte. Dagegen steht Deutschland, das 1921 Frankreich als Käufer schon überflügelt hatte, 1923 wieder hinter diesem. Der Export nach Nordamerika war schon 1910 bedeutend größer als der nach England; er stieg im Kriege riesig an und hat sich in der ganzen Zeitspanne im ganzen auf dieser ansehnlichen Höhe gehalten. England dagegen hat in der Nachkriegszeit weniger gekauft als in und vor dem Kriege, so daß 1923 die Ausfuhr Südamerikas nach England nur ein gutes Drittel der Ausfuhr nach der Union ausmachte. So haben sich die europäischen In-



dustriestaaten vornehmlich als Lieferanten den südamerikanischen Markt zum guten Teil wieder erobert. 1923 machte der englich-deutsch-französische Anteil am Gesamtimport 35 %, der der Union 36 % aus, während die entsprechenden Zahlen für 1917 18,6 % und 54,7 % und selbst für 1920 noch 25,9 % und 50 % waren. Geopolitisch bedeutet das eine ganz wesentliche Stärkung des europäischen Einflusses in Lateinamerika. Allein das Verhältnis der Vorkriegszeit, in der die drei großen europäischen Industriestaaten fast die Hälfte, die Union nur ein Viertel der lateinamerikanischen Einfuhr bewältigten, steht von dem gegenwärtigen Zustand noch weit ab.

Nordamerika ist nach wie vor der größte Käufer im romanischen Amerika; und in engem Zusammenhang damit steht die dauernde Vergrößerung des Arbeitsfeldes für vereinsstaatliche Kapitalien auch in Lateinamerika. Im Jahre 1924 wurden in einem bisher unbekannten Umfange von der Union Kapitalien im Ausland angelegt, insgesamt 1210 Mill. $. 191,3 Mill. $ entfielen davon speziell auf Südamerika. In fast allen lateinamerikanischen Staaten wiederholen sich diese Grundzüge der Außenhandelsstruktur und vereinsstaatlichen Kapitalinvestierung, denen weitere besondere Daten für die einzelnen Staaten hinzugefügt werden sollen.

Nach langen krisenhaften Zuständen — seit 1910 haben die revolutionären Unruhen nicht aufgehört — ist Mexiko erst seit kürzester Frist Rekonvaleszent. Seine Wirtschaftskräfte sind trotz aller politischen Erschütterungen ungebrochen. Nach wie vor steht Mexiko in der Erdölproduktion an der 2., in der Bleiproduktion hinter der Union und Australien an der 3., in der Goldproduktion hinter Südafrika, den Vereinigten Staaten und Kanada an der 4. Stelle unter den Welterzeugern. Besonders die Blei-, aber auch die Gold- und Silberproduktion zeigen steigende Tendenz, während die Erzeugung von Kupfer und Zink hinter der des Vorjahres zurückgeblieben ist. Unter den Landbauprodukten spielen Mais und Zuckerrohr führende Rollen. Mexikos Handelsbilanz ist aktiv, zeitweise sogar stark aktiv gewesen. Zwar hat das Land durch die Wirren Menschenkräfte verloren. Im Zeitraum eines Jahres (1923/24) sind fast 90 000 Mexikaner nach der Union ausgewandert; allein in der gleichen Zeitspanne belief sich die Einwanderung auf mehr als 100 000. In der Außenhandelsstruktur hat sich während und nach dem Kriege eine ganz einschneidende Wandlung zugunsten der Vereinigten Staaten vollzogen, auf die allerdings schon vor dem Kriege gegen 55 % des mexikanischen Außenhandels entfielen. Das ist ein Ausdruck der Lage und ein Versuch wirtschaftlicher Bindung des Bergbaukonkurrenten. Vor allem stark ist die Beteiligung des vereinsstaatlichen Kapitals am mexikanischen Bergbau und an der Ausbeutung der Petroleumfelder. 1924 entfiel der Löwenanteil auf amerikanische Gesellschaften, auf die Tochtergesellschaften von Standard Oil, nur 20 % auf die englisch-holländischen Kompagnien, während die einzige deutsche Gesellschaft nur 0,2 % der Monatsproduktion erreichte. Neuerdings vollzieht sich immer mehr der Zusammenschluß der nordamerikanischen Länder durch gewaltige Verkehrsorgane und ihre Beherrschung durch vereinsstaatliches Kapital; so bahnt sich eine riesenhafte, über die Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko ausgreifende Verschmelzung der Eisenbahninteressen an, an der Ford, Willys und General Motors beteiligt sind, und deren Ausdehnung über Mittel- und Südamerika beabsichtigt ist. Panamerika ist trotz aller Hemmungen, die sich seiner Schöpfung entgegenstellen, im Werden; und wenn es einmal in klar erkennbarer Gestalt aus der Taufe gehoben wird, dann werden Kapital- und Verkehrsverknüpfung bei ihm Pate stehen. Wie in fast allen lateinamerikanischen Staaten, so fehlt auch in Mexiko eine Gebietsregulierung jüngsten Datums nicht: Am 1. März 1925 wurde die Insel Pichilingue von den Vereinigten Staaten zurückgegeben, gleichsam als eine An-

erkennung für die neuerdings etwas getreuere Gefolgschaft des im Grunde um seine Selbständigkeit dauernd ängstlich besorgten Nachbarn.

Bezeichnend für die wirtschaftliche Gesundung fast im ganzen amerikanischen Mittelmeergebiet ist die Tatsache, daß sich fast alle Staaten einer stabilen Währung erfreuen. Mexiko, Salvador, Nicaragua, Panama, Kolumbien und Venezuela haben seit Jahren Goldwährung, Costa Rica und Honduras haben nur geringe Schwankungen zu verzeichnen, und Guatemala hat neuerdings die Goldwährung eingeführt. Guatemala darf heute als eines der wohlgeordnetsten Staatswesen des romanischen Amerikas gelten. Eine großartige Anlage einer Hochgebirgsbahn von San Felipe nach Quezaltenango, mit deren Bau die Deutsche Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft beauftragt ist, soll nun auch den bisher noch etwas vernachlässigten ebenso erzreichen wie landwirtschaftlich wertvollen Westen erschließen. Bei aktiver Handelsbilanz überwiegt auch in seiner Außenhandelsstruktur wie in Mexiko der Anteil der Union. 1923 belief sich der Anteil der Vereinigten Staaten an der Einfuhr auf 60%, an der Ausfuhr auf 75%. Die Abnahme der amerikanischen Einfuhr nach Guatemala in den letzten Jahren geht auf die Konkurrenz Deutschlands zurück. Die Entwicklung von Honduras, besonders die regere Ausbeutung seiner Petroleumquellen, leidet nach wie vor unter den schlechten Transportverhältnissen; eine starke passive Handelsbilanz ist das Ergebnis. Das an Landbauprodukten (Kaffee), Bodenschätzen und Menschenkräften reiche El Salvador wird immer mehr Ziel der vereinsstaatlichen und Durchdringungspolitik. Der Staat an sich ist nicht viel anderes als eine Wirtschaftsfiliale der Union; denn 70% der Zolleinnahmen müssen für den Anleihedienst reserviert werden. Eine starke aktive Handelsbilanz für 1923 (Einfuhr 8,8 Mill., Ausfuhr 17 Mill. $) und das Ansteigen des Gesamthandels gegenüber dem Vorjahr um 10% charakterisiert die Wirtschaftsblüte des kleinen Staates. In Nicaragua scheint das Streben, die politische und finanzielle Abhängigkeit von der Union zu mildern, Erfolg zu haben (Rückzahlung von Anleihen, Regierungskontrolle über die Bahnen). Es mag als ein weiteres Symptom des Versuchs, eine selbständigere Weltstellung wieder auszubauen, angesehen werden, daß im September 1924 der Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen Deutschland und Nicaragua vom Jahre 1896 wieder in Kraft getreten ist. Auch Costa Rica, das anfangs dieses Jahres seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärt hat, strebt bewußt, dem Programm der Regierung zufolge, eine Höherentwicklung an, bei der Sanierung der Finanzen, Regelung der Steuerfragen, Schutz der kleinen Grundbesitzer, Sorge für Verkehrswesen und Schule und Bekämpfung der Krankheiten die wesentlichsten Aufgaben sein sollen. Ein starker Zuzug von Negern aus den Antillen hat neuerdings zu einer Umbildung der ethnischen Struktur dieser weißesten der latein amerikanischen Republiken geführt. Panama ist die ausgesprochenste Verkehrs- und Handelsposition der Union in Mittelamerika. Mit Hilfe des Kanals haben die Vereinigten Staaten, auf die 60% der Durchfahrten und Verkehrstonnage (auf England nur 25%) kommen, ihre Verkehrsklammern um Südamerika geschlagen und ihre Handelsherrschaft im Pazifik ganz bedeutend gesteigert; die nordamerikanische Einfuhr aus den pazifischen Randländern hat sich in der Zeitspanne von 1913 bis 1923 vervierfacht, die Ausfuhr dorthin ist mehr als zweieinhalbmal größer geworden. Trotz dieser Weltverkehrs stellung Panamas ist der Raum der Republik bis heute nicht befriedet. Seit Jahren ist die S. Blasregion, die östlich von der Kanalzone liegt, ein Herd von Unruhen. Dort, wo Marsh die „weißen" Indianer fand, haben sich auch neuerdings die Eingeborenen gegen sog. Unterdrückung durch die Regierung empört, für unabhängig erklärt und unter den Schutz der Union gestellt. Auch wenn sie damit anscheinend keine Gegenliebe in Nordamerika gefunden



haben, so ist dieser Vorgang nichts anderes als ein Ausfluß der Divide-et-impera-Politik, die die Vereinigten Staaten seit langer Zeit in Mittelamerika getrieben haben, und die zur Schaffung des Staates Panama geführt hat. Panama wird bei passiver Handelsbilanz zu gut Zweidrittel von dem vereinsstaalichen Handel beherrscht.

Unter den selbständigen oder halbselbständigen Staaten Westindiens nimmt **Kuba** die erste Stelle ein. Trotz der großen politischen, militärischen (Flottenstation Quantánamo) und wirtschaftlichen Vorrechte, die die Union genießt, ist es den 25jährigen Bemühungen der Vereinigten Staaten nicht gelungen, sich Kuba anzugleichen; sondern die seit 1902 wieder nominell unabhängige und souveräne Republik hat im Wesen ihre spanische Eigenart bewahrt. Einer Amerikanisierung wirkt auch weiterhin der beständige große Zustrom spanischer Einwanderer entgegen; er hat einen solchen Umfang angenommen, daß mehr als ein Sechstel der Bevölkerung spanische Staatsangehörige sind. In ihrer Außenpolitik strebt darum Kuba nach engem Anschluß an die spanisch-amerikanischen Länder zur Sicherung gegen die Übergriffe des nordamerikanischen Hegemoniestrebens; die Sympathie der Oberschicht gilt dementsprechend Frankreich. Freilich wirtschaftlich ist Kuba eng mit der Union verknüpft. 1923 gingen 87,7 % des Exports dorthin, kamen 67,3 % des Imports von dort, und 1 1/4 Milliarde $ nordamerikanischen Kapitals sind in Kuba investiert. Kuba wird damit zum typischen Musterbeispiel für die meisten, besonders für die kleineren lateinamerikanischen Staaten in ihrer Stellung zur Union: Wirtschaftlich besteht eine weitgehende Abhängigkeit von den Vereinsstaaten, demgegenüber findet aber auf kulturellem und ethnischem Gebiet unverkennbare Ablehnung statt. Seiner ethnischen Eigenart, Sprache, Kultur, auch Religion nach hat der Lateinamerikaner wenig mit dem Angloamerikaner gemein, so daß heute der politische Einfluß der Union unter normalen friedlichen Verhältnissen nur ein wirtschaftlicher und vornehmlich auch finanzieller sein kann; und für das Ergebnis vereinsstaatlicher Einwirkung ist bezeichnend, daß mit der zum guten Teil doch unter dem Einfluß Nordamerikas erreichten Höherentwicklung der mittelamerikanischen Staaten keine Sympathie für den Norden, sondern eher Abwehr gegen diesen und zugleich auch die Kraft dazu gewonnen worden ist. Es ist bezeichnend, daß auf der letzten panamerikanischen Konferenz die Vereinigten Staaten und Kanada isoliert standen und Kuba an der Spitze der mittelamerikanischen Republiken in Abwehrstellung gegen die Expansionspolitik der Union eingetreten waren. Kubas politische Bedeutung ist von der Regierung in Washington 1923 durch den Botschafteraustausch anerkannt worden, den sie mit der Regierung in Habana vorgenommen hat. Neben Kuba und den zum Teil wirtschaftlich prächtig entwickelten **europäischen Kolonien Westindiens** sind die beiden einheimischen Republiken **Haïti** und **S. Domingo**, deren bedenklich schwankende Wirtschaftskurve neuerdings zu passiver Handelsbilanz geführt hat, nur in weitem Abstand zu nennen.

Die Berichterstattung über die Länder um das amerikanische Mittelmeer findet ihren Abschluß mit einer kurzen Blickwendung auf Kolumbien und Venezuela. Nach Zeiten sich immer wiederholender politischer Erschütterung scheinen diese beiden großen Republiken in eine Phase ruhiger und günstiger Entwicklung eingetreten zu sein. In **Kolumbien** liegt die Periode der Unruhen und Bürgerkriege schon 20 Jahre zurück. Seitdem hat sich die Wirtschaftslage dauernd gebessert, moderne Verkehrseinrichtungen fehlen keineswegs und die Finanzlage ist gut und gesichert. Die Handelsbilanz war dementsprechend in den letzten Jahren (1921: Einfuhr 33, Ausfuhr 42, erstes Halbjahr 1924: Einfuhr 23,7, Ausfuhr 34,9 Mill. Gold-Pesos) ausgesprochen aktiv. Zur weiteren Ent-

faltung des Wirtschaftslebens und Erschließung des Landes fehlen freilich — wie in den meisten südamerikanischen Staaten — noch Menschenkräfte und ausländisches Kapital. Dementsprechend hat die Einfuhr ausländischen, vornehmlich vereinsstaatlichen und englischen Kapitals stattgefunden, aber in kluger Weise ist die kolumbianische Regierung bemüht, auch aus anderen Ländern Kapital heranzuziehen, um so einem politischen Machtstreben des nordamerikanischen zu begegnen. Ähnlich liegen die Dinge in Venezuela, das sich freilich erst seit kürzerer Zeit politischer Ruhe erfreut. Trotzdem eignen dem Lande alle Anzeichen eines glücklichen Aufstiegs. So nimmt z. B. Venezuela in der Erdölproduktion Südamerikas die erste Stelle ein; 1924 wurden in Venezuela 8,2, in Peru 6,5, in Argentinien 3,5 Mill. Faß gefördert. Die Produktionszahl ist gering gegenüber der Mexikos (145 Mill. Faß), und doch bedeutet die Ausbeutung der Bodenschätze, des Erdöls, der ausgedehnten Eisenerzlager Kolumbiens und der noch wenig erschlossenen Venezuelas eine wünschenswerte harmonische Ergänzung der Plantagenwirtschaft dieser Staaten, zu der in Venezuela die anscheinend in bedenklichem Rückgang befindliche Viehzucht der Llanos tritt.

Nachtrag: Die jüngst gemeldete Revolution in Honduras ist bis zu gewissem Grade ein Ausdruck des oben angedeuteten Entwicklungsstadiums der Republik.

E. OBST:
LITERATURBERICHT AUS DER ALTEN WELT
Rußland und der Orient
(Fortsetzung aus Heft 4)

Georgien und der Weltkrieg. Orient-Verlag, Zürich.

Ein mit echt georgischem Temperament geschriebener Aufruf an das deutsche Volk, Retter und Wiedererwecker der georgischen Kultur, des georgischen Staates zu sein. Für die Geopolitik Transkaukasiens ist die Schrift recht belangvoll. Wir lernen nicht nur die Geschichte des georgischen Staates kennen, sondern lernen sie begreifen als Ergebnis der unglückseligen Lage und der komplizierten ethnischen Gegebenheiten. Durch jede einzelne Seite aber zieht sich der Schrei nach Freiheit, das glühende Verlangen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für das viel gequälte Georgien gelten zu lassen und damit dem Lande endlich, endlich Ruhe zu geben.

Rudolf Asmis, Als Wirtschaftspionier in Russisch-Asien. Verlag von Georg Stilke, Berlin 1924. XII und 234 Seiten, 96 Originalabbildungen und 1 Karte.

Die erste Reise des deutschen Botschaftsrats Asmis führte diesen im Jahre 1922 durch ganz Sibirien, die nördliche Mongolei und das Amurgebiet nach Japan, von wo aus er über Peking—Charbin—Tschita nach Moskau—Berlin zurückkehrte (S. 1—164). Asmis hat sich in die wirtschaftlichen Probleme dieser weiten Gebiete recht gut eingearbeitet und schildert deren ökonomische Lage unter Beifügung ausgedehnten statistischen Materials. Für Deutschland kommt nach Asmis in erster Linie der Handel in Betracht (Ausfuhr von Wolle, Pelzen, Häuten, Leder, Talg; Lieferung hochwertiger Fertigwaren vor allem Textilien, Lederwaren usw.). Daneben könnte eine Beteiligung an den Wald- und Goldkonzessionen ins Auge gefaßt werden, wenngleich die amerikanische

und japanische Konkurrenz hier entschieden im Vorsprung ist. Bei allen Urteilen, die Asmis über den fernen russischen Osten fällt, bei allen Ratschlägen, die er der deutschen Wirtschaft erteilt, ist zu berücksichtigen, daß der Ferne Osten zur Zeit der Reise von Asmis noch selbständig war, während er jetzt als Gliedstaat zur Moskauer Sowjet-Union gehört.

Die zweite Reise führte Asmis im Frühjahr 1923 nach Turkestan (S. 165—234). Hier wurden der Baumwollanbau, die Seidenraupenzucht u. a. m. studiert und zugleich das Verhältnis des Bolschewismus zum Islam untersucht. In der Baumwollkultur sind die Schäden der Revolutionskriege noch keineswegs überwunden. Für die Wiederinbetriebsetzung der Bewässerungsanlagen, für das Reinigen der Baumwolle, die Anlage von Ölpressen usw. wäre deutsche Mitarbeit dringend erwünscht. Voraussetzung dazu ist allerdings die Befriedung des Landes, d. h. eine bis jetzt noch nicht gelungene Aussöhnung zwischen Bolschewismus und Islam.

Das recht lesenswerte Buch von Asmis würde entschieden wesentlich gewinnen, wenn bei einer eventuellen Neuauflage den bei einer solchen Reise unvermeidlichen kleinen Unbequemlichkeiten nicht gar so viel Raum gewährt werden würde.

Max H. Kuczynski, Steppe und Mensch. Kirgisische Reiseeindrücke und Betrachtungen über Leben, Kultur und Krankheit in ihren Zusammenhängen. Verlag von S. Hirzel, Leipzig 1925. 188 Seiten.

Der Verfasser dieses interessanten Buches war Professor für allgemeine Pathologie in Omsk und hat von dort aus die Kirgisen-Steppe zwischen Balkasch-See, Irtysch und Altai bereist. In dem ersten Teil seiner Schrift schildert er eingehend Sitten und Gebräuche der Kirgisen, in denen er die Nachkommen der Hunnen erkennt. Dann wendet sich Kuczynski zu dem Hauptthema seiner Abhandlung, einer speziellen ökologischen Krankheitsgeographie der Kirgisen-Steppe. Tuberkulose, Krätze, Magen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten, Malaria, Syphilis u. a. m. werden in ihrer räumlichen Verbreitung und vor allem in ihrer Abhängigkeit von der Geophysis der Steppe sowie den Lebensgewohnheiten des Steppenvolkes dargestellt. Bei der Abgeschlossenheit des Untersuchungsgebietes glückt es dem Verfasser, seine Problemstellung folgerichtig durchzuführen und wichtige Wechselbeziehungen festzustellen (Kumys = gegorene Stutenmilch tötet vielerlei Darmbakterien, die starke Sonnenstrahlung, vitaminreiche Ernährung usw. lassen die Rhachitis nahezu gänzlich fehlen, die starke körperliche Ausarbeitung der Nomaden verhindert trotz übermäßigen Fleischgenusses Stoffwechselstörungen u. a. m).

Wladimir K. Arsenjew, In der Wildnis Ostsibiriens. Forschungsreisen im Ussurigebiet. 2 Bände, Übersetzung von Franz Daniel. Verlag August Scherl, Berlin 1924. Bd. I 444 Seiten mit 65 Abbildungen, 2 Gebirgsprofilen und 1 Karte. Bd. II 364 Seiten mit 90 Abbildungen, 2 Gebirgsprofilen und 1 Karte.

Eine köstliche Schilderung von Land und Leuten des waldreichen Ussuri-Gebietes, das der Verfasser auf mehreren Reisen in den Jahren 1906/07 durchstreifte. In Tagebuchform macht uns Arsenjew mit der Oberflächengestaltung, den Flüssen, der Pflanzen- und Tierwelt seines Gebietes bekannt und beschreibt mit behaglicher Breite all die vielen Volkssplitter, die in diesem unwegsamen Waldgebirge ein einsames Dasein als Jäger und Goldgräber führen. Ein europäischer Reisender hätte seine Erlebnisse und Beobachtungen gewiß anders mitgeteilt. Der Russe Arsenjew meidet alles Systematische, verweilt ausführlich bei Kleinigkeiten, die seine Seele beschäftigen und stellt in den Mittelpunkt seines Werkes jenen naiven Naturmenschen Derssu Usala aus dem Stamme der aussterbenden Golden, den der Leser als treuen, von jeder Zivilisation unberührten, prächtigen Menschen kennen lernt. Man hat bisweilen

die Empfindung, daß Arsenjew dieser eine Mensch mehr wert ist als alles Erleben sonst, daß ihn der in Derssu Usala in aller Tiefe auftauchende Gegensatz Kultur — Zivilisation reichlich entschädigt für die vielen Entbehrungen und Nöte eines monatelangen Lebens in der Wildnis. Durch diese starke Betonung des Gefühlslebens, die hohe Wertung innerlicher Erlebnisse kennzeichnet sich das Reisewerk Arsenjews als typisch russisches Buch.

Der Ferne Osten. Der Erste Kongreß der kommunistischen und revolutionären Organisationen im Fernen Osten, Moskau, Januar 1922. Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferungsstelle für Deutschland: Carl Hoym, Hamburg.

Kalmücken, Jakuten, Burjaten, Mongolen, Chinesen, Koreaner (13 Organisationen), Japaner (5 Organisationen), Javaner und Inder traten im Januar 1922 in Moskau zusammen, um zur Befreiung der unterdrückten Völker einen brüderlichen Bund mit Sowjet-Rußland zu schließen. Die Teilnehmer sind keineswegs alle oder auch nur überwiegend Kommunisten; die sie entsendenden Organisationen stehen z. T. sogar auf streng christlichem Boden.

Der vorliegende Kongreßbericht ist geopolitisch von höchstem Interesse. Er enthält den Text sämtlicher Ansprachen (Sinowjew, Safarow, Sen Katayama, Kato, Dyn-Dyb usw.) sowie der Thesen über die Aufgaben der Kommunisten im fernen Osten und des auf dem Kongreß beschlossenen Manifestes. Die außerordentliche Bedeutung dieser Tagung rechtfertigt es, wenn wir aus dem Manifest die folgenden Sätze hier abdrucken:

„Werktätige des Fernen Ostens! Arbeiter und Bauern Chinas, Koreas, Japans, der Mongolei, der Inseln des Stillen Ozeans, Indochinas! Geknechtete Völker der Länder des Fernen Ostens!

Schon viele Jahrzehnte lang leidet Ihr unter der rohen Willkür nnd Plünderung der europäischen, amerikanischen und japanischen Räuber. Ganz Korea, von einem Ende zum andern, ist von den japanischen Gewalthabern mit Blut überschwemmt worden. Die japanischen, amerikanischen, französischen und englischen Räuber plündern das vierhundertmillionenköpfige China und zerreißen es in Stücke, ihren Wohlstand auf dem Blute und den Tränen des chinesischen Volkes errichtend. Sie halten die Vertreter der unterdrückten Nationen nicht für Menschen. Sie brauchen glänzendes Gold, Profite und Reichtum, und um das zu erreichen, schonen sie nicht Hunderte von Millionen von Menschenleben. In den ausländischen Vierteln von Peking, Schanghai, Tien-Tsin, Honkong, Seül, Tschemulpo ist den Chinesen und Koreanern gleich Hunden der Eintritt in die Gärten und öffentlichen Gebäude verboten. Die vom fremden Schweiß und Blut fett gewordenen ausländischen Bourgeois fahren hier in Wägelchen, denen Menschen — Rikschas — als Pferde vorgespannt sind, und spornen sie durch Tritte und Stockhiebe an. Für diese Parasiten arbeitet bis zur tödlichen Erschöpfung der eingeschüchterteste und unterdrückteste Sklave der Welt — der chinesische Kuli. Der chinesische Bauer krümmt seinen Rücken 16—18 Stunden täglich zu unerträglicher Arbeit, doch das Produkt seiner Arbeit kommt nur den ausländischen Wucherern und Blutsaugern zugute und ihren käuflichen Lakaien. Der arme Koreaner hat kein Land, um sein Brot zu erzeugen. Der Boden ist in den Händen der japanischen Pflanzer, der Grundherren und Kapitalisten, die mit Bajonetten und durch Erschießung die Widerspenstigen zur Arbeit treiben. Jedes Wort des Protestes, jeder Seufzer der Verzweiflung wird erstickt durch das Geknatter der Massenerschießungen auf den Philippinen, in Formosa, in Indochina und auf den Inseln von Holländisch-Indien, ebenso wie im benachbarten Britisch-Indien, das schon lange zum furchtbaren Kerker für das dreihundertmillionenköpfige Volk geworden ist. Millionen von Arbeiterleben sind auf den Reis-, Kaffee-, Baum-

wollen- und anderen Pflanzungen durch die grausame Ausbeutung vernichtet worden. Die Mongolei hat sich erst gestern aus dem japanisch-weißgardistischen Schraubstock befreit. In Japan, wo die herrschenden Klassen den Ruf der Henker des Fernen Ostens erworben haben, fristen die Arbeiter in den Fabriken und die Bauern — die Halbtagelöhner — auf dem gepachteten Boden ein wahrhaft tierisches Leben. Überall und allenthalben hört man das dumpfe Stöhnen von Hunderten und Aberhunderten Millionen geknechteter Menschen. Die Gewalthaber wollen nichts hören von der Freiheit und Unabhängigkeit der unterdrückten Nationen, von ihren Menschenrechten.

Erst kürzlich haben sie sich unter dem Dache der amerikanischen Börse in Washington versammelt, um sich untereinander über die fernere Plünderung der Länder des Fernen Ostens zu einigen. Dort haben sie ihren Bund der vier Blutsauger geschlossen, dort haben sie Korea, den russischen Fernen Osten und die Mandschurei zur Ausplünderung an Japan übergeben. Sie haben das Prinzip der gleichberechtigten Plünderung Chinas angenommen und dem amerikanischen Kapital die führende Rolle in dieser schändlichen Sache überlassen. Das Konsortium, das von Amerika 1918 geplant war, sollte die gesamte chinesische Bauernschaft zu tributpflichtigen Leibeigenen des amerikanischen Kapitals machen. Die chinesischen Bauern sollten den amerikanischen Bankiers eine ungeheure Steuer zahlen. Die chinesische Industrie sollte zum Anhängsel der amerikanischen werden. 1918 mißlang dieser Versuch infolge der Meinungsverschiedenheiten unter den Eroberern und dank dem einmütigen Protest der Volksmassen Chinas. Jetzt wollen diese Räuber ein neues Konsortium bilden, d. h. eine internationale Firma zur militärischen, finanziellen und industriellen Plünderung Chinas. Japan, Amerika, England und Frankreich haben auf kurze Zeit den schon drohenden Krieg um die Herrschaft über den Stillen Ozean aufgeschoben. Sie haben ihn aufgeschoben, aber nicht aufgehoben; sie haben ihn vertagt, um noch einige Zeit zusammen zu rauben.

Der Weltkrieg von 1914—18 hat die Kräfte der Welträuber untergraben. In Europa, dem Ort ihres blutigen Verbrechens, packt die Arbeiterrevolution sie an der Gurgel. Vier Jahre haben sie gegen Sowjet-Rußland, dieses gelobte Land aller Unterdrückten und Ausgebeuteten, gekämpft. Jetzt sind sie jedoch gezwungen, offen seine Macht anzuerkennen, ihre Machtlosigkeit, die Sowjets zu besiegen, einzugestehen. Im Fernen Osten hoffen sie ihre ins Schwanken geratene Macht wiederherzustellen. Auf unsere Kosten, um den Preis unseres Lebens, unseres Blutes, unserer Mühe.

Neue Ketten, neue Schrecken, neue, noch entsetzlichere Sklaverei bringen sie uns geknechteten und doch noch immer geduldig demütigen Völkern des Fernen Ostens.

Das darf nicht sein, und das wird nicht geschehen! Wir wollen selbst die Herren unseres Schicksals werden und aufhören, ein Spielzeug in den Händen der Imperialisten zu sein, die miteinander in Habgier konkurrieren. Die Kommunistische Internationale hat die große Parole gegeben:

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der ganzen Welt vereinigt Euch! . . .“

„Wir fordern Gleichheit, Freiheit und Unabhängigkeit!

Wir fordern auf zum heiligen Kampf, wir rufen auf den rechten Weg alle diejenigen, die nicht ihr Volk verraten haben, denen die Lebensinteressen der unterdrückten Menschen teuer sind, die selbst Sklaven sind, aber nicht mehr Sklaven bleiben wollen.

Wir wissen, daß wir die Freiheit nicht aus den Händen unserer Henker zu erwarten haben.

Wir wissen, daß der Kampf um die Befreiung schwer und mühevoll sein wird.

Aber wir wollen leben und das mit Gewalt nehmen, was uns von Rechts wegen gehört

Wir sind die Mehrheit, unser sind Hunderte von Millionen, unsere Kraft ist die Einigkeit.

Wir erklären Krieg auf Leben und Tod den japanischen, amerikanischen, englischen, französischen und allen andern Welträubern. Wir erklären Krieg auf Leben und Tod den käuflichen Nachbetern und Lakaien unserer Unterjocher in China. Wir erklären Krieg auf Leben und Tod dem heuchlerischen amerikanischen Imperialismus und den habgierigen britischen Räubern.

Hinaus aus China und Korea, aus Indochina und Holländisch-Indien! Weg von den Inseln des Stillen Ozeans! Nieder mit allen Eindringlingen im Fernen Osten!"

Walter Lierau, Die neue Türkei. Wirtschaftliche Zustände und Aussichten. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1923. 60 Seiten, 1 Karte.

Ein guter Kenner Anatoliens und begeisterter Verehrer Mustafa Kemals schildert die Türkei als ein wichtiges Zukunftsland für den deutschen Kaufmann und Ingenieur. Uns will scheinen, daß Lierau oftmals etwas zu optimistisch sieht und namentlich die Schwierigkeiten unterschätzt, die der Intensivierung der anatolischen Landwirtschaft entgegenstehen (andersgeartete psychologische Einstellung der Bevölkerung, Steuerdruck, Kapitalmangel, Mangel an gut geschulten Arbeitskräften, Verkehrsmöglichkeiten usw.). Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß wir als Deutsche trotz des Artikels 72 des Lausanner Vertrages kein Interesse am nahen Orient haben. Aber allzu kühne Erwartungen dürfen wir nicht hegen, ist doch sogar das von Lierau noch als weltpolitisches Ereignis gepriesene amerikanische Chester-Projekt (4400 km neue Eisenbahnen in 17 Jahren) sang- und klanglos im Papierkorb verschwunden. Ähnlich wie Rußland will eben auch die neue Türkei möglichst aus eigenen Kräften groß werden und lehnt daher eine wirtschaftliche Versklavung an Europa und Amerika strikte ab.

Karl Klinghardt, Angora — Konstantinopel. Ringende Gewalten. Verlag Frankfurter Sozietätsdruckerei, Frankfurt a. M. 1924. 265 Seiten, 100 Bilder, 1 Karte, 3 Planskizzen.

Zum ersten Mal erhalten wir in diesem ausgezeichneten Buch einen tiefen Einblick in das wahre Wesen der neuen Türkei, des heißblütigen Ringens zwischen der Degenerationssphäre von Stambul und der Erdfrische des bäuerlichen Angora. Es kann nicht Aufgabe dieser Besprechung sein, jedes der 16 großen Kapitel dieses höchst empfehlenswerten Buches inhaltlich zu skizzieren. Nur das Leitmotiv, das sich wie ein roter Faden durch das Ganze zieht, wollen wir hervorheben. Kemal, der große Volksheld, steht der europäischen Zivilisation an sich keineswegs feindlich gegenüber, aber er lehnt mit leidenschaftlicher Schärfe das stumpfsinnige Aufpfropfen und Aufzwingen europäischer Denk- und Wirtschaftsmethoden auf die im Grunde gänzlich andersgeartete anatolische Menschheit ab. Seine Leitidee ist ein gewisses retournons à la nature, eine Rückkehr wenigstens zu den erdgebundenen Gegebenheiten echten anatolischen Volkstums. Dieser Leitidee hat sich die Wirtschaft unterzuordnen, selbst wenn dies im streng ökonomischen Sinne einen Nachteil bedeuten sollte. Nicht im Bunde mit England oder Frankreich, Amerika oder Rußland will die Angora-Türkei allmählich stark werden, sondern aus eigenen Kräften und durch selbständige Verarbeitung der allerseits einströmenden zivilisatorischen Errungenschaften. Europa und seine Maschinenkultur soll nur soweit in der neuen Türkei Eingang finden, als dies dem Wesen des Anatoliers gemäß ist und sein Volkstum nicht schädigt.

Ob dieser Wille Kemals zu wahrhaft volksgeborener Kultur zum Ziele führt oder nicht, darauf kann allein die Geschichte eine Antwort geben. Klinghardt ist durchaus geneigt, optimistisch zu urteilen, weil er auf allen Gebieten des Lebens spürt, wie tief diese von

einer großen Idee getragene Bewegung in jeglicher Schicht des anatolischen Volkes wurzelt.

Alfons Paquet, In Palästina. Drei Masken-Verlag, Neue Auflage, München 1923. 163 Seiten.

In plastischer, schöner Sprache zeichnet Paquet Natur und Mensch im Heiligen Lande. Boden und Klima, Pflanzenwuchs, Wirtschaftsformen, Psychologie und religiöses Leben der Alteingesessenen und Zugewanderten werden dem Leser nahegebracht, auch die politische Lage dieses Erdenraumes wird gestreift. Nicht auf wissenschaftliche Gründlichkeit kommt es Paquet in erster Linie an, sondern darauf, ein farbenkräftiges, die Wesenszüge klar herausarbeitendes Bild zu entwerfen. Diesem Zwecke dienen gelegentlich auch Erzählungen und Fabeln, Visionen und Bilder aus einer vergangenen Zeit. Und der Zweck wird erreicht: Palästina steht vor uns in all seiner Eigenart und Problematik.

Eine besondere Note wird in dieses Buch durch die liebevolle Darstellung der schwäbischen Templer-Bewegung (Hardegg-Hoffmann) hineingetragen. Ein seltsames Stück deutschen Volkstums-Schicksals wird so dankenswerter Weise der Vergessenheit entrissen. — Auch die zionistische Bewegung und die ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten werden sachlich-leidenschaftslos geschildert.

Adolf Fischer, Orient. Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, Berlin und Leipzig 1924. 161 Seiten, 2 Karten.

Als technischer Leiter der Sinai-Expedition hat der Verfasser während des Weltkrieges die weiten Steppen- und Wüstengebiete von Syrien bis Sinai kennen gelernt. Das Buch, in dem er uns nun erzählt, ist jedoch nicht das Werk eines nüchtern rechnenden Technikers, sondern eines feinbeseelten Künstlers. Wohin auch immer es uns führen mag, nach Aleppo, in den Libanon, zu den Ruinen von Baalbek, Damaskus, Hauran, Jerusalem, Hedschasbahn, Petra, Sinai, überall bringt er uns der Seele des Landes so nahe, daß wir all die Eigenarten dieser Gebiete und Siedlungen wahrhaft erleben. Zugleich erweckt Fischer in dem Leser seines Buches ein feines Verständnis für die geopolitische Bedeutung der von ihm durchzogenen seit Urzeiten heiß umkämpften Länder. Die Wissenschaft wird ihm neben diesem allem für die Aufsammlung wertvoller Altertümer in Petra und Umgebung Dank wissen. Auch der praktische Politiker geht nicht leer aus, denn Fischer bekennt offen, daß wir nicht aus militärischen, sondern aus geopolitischen und geophysischen Ursachen in den Kampf um den Suez-Kanal unterlegen sind. Freimutig nimmt er die Schuld auf sich, die doch in Wirklichkeit die gesamte Heeresleitung trifft: „Es schmerzte mich, daß ich meine Aufgabe europäisch gelöst hatte. Ich hätte sie orientalisch lösen sollen. Europäisch lösen hieß: sich über die Mentalität dieser fremden Menschen hinwegsetzen; orientalisch lösen hieß: diese Mentalität zum Hauptwort jedes Gedankens machen. Die orientalische Lösung: was nicht heute wird, kommt, so Gott will, morgen, hätte mir vielleicht die inneren Quellen der Araber erschlossen, die mir versperrt geblieben waren.

So nur konnte ich die Arbeit von Goltz Pascha würdigen, dem Reorganisator der türkischen Armee. Sie war nicht reorganisiert im westlichen Sinn, nur vervollkommnet im Geist des Orients. Sie hat unter türkischer Führung, selten unter deutscher Führung, immer unter der Führung von Goltz Pascha, Hervorragendes geleistet, Ebenbürtiges zu europäischer Leistung. Sein Plan war einst gewesen, England im Herzen zu treffen, in Indien selbst. Die Front gegen Ägypten und Irak hatte ihm Stückwerk, nicht ganze Arbeit gegolten, nur als Verlängerung der heimischen Front um so und so viele Kilometer. Er wollte mit einem Heer durch Persien, Afghanistan auf die Tore von Indien stoßen, dem Islam Asiens verbündet. Gewiß lag ihm fern, den Traum nachzuträumen, den Alexander verwirklicht, Napoleon in Moskaus Flammen begraben hatte. Und doch

wird seine Gedankenwelt die gewaltige Wirkung eines Zuges erfüllt haben, der, auf fast sagenhaften Wegen, die Erinnerung an den großen Eroberer wiedererwecken mußte. Die Magik des Ostens hätte die mutige Tat in übersinnliche Sphäre erhoben, sie in die Wolke gehüllt, in der Jehova dem Auszug des Volkes Israel voranschritt. Nicht die Fellachenvölker Afrikas, die Kernvölker Asiens, wären seine Streiter gewesen: Türken, Perser, Afghanen, die kriegerischen Enkel der Ahnen, die Alexander in sein Heer einstellte, als seine mazedonische Schar längst bei Issus und Gaugamela verblutet war. Nur weniger heimischer Truppen hätte es bedurft, geringen Nachschubs. Der Gedanke allein hätte gezündet. Auch Alexanders Indienzug war weniger Menschenwerk als Geistestat. Nichts zeigt deutlicher als sein Tod, daß Asien geblendet den Helden sah, vor dem Helden sich niederwarf, als hätte es zu lange in die Sonne geschaut. Der nüchterne Verstand, der Europas Handeln bestimmt, steht noch heute staunend vor der Tatsache, daß die wirklichen Machtmittel Alexanders gering, lächerlich gering waren, viel zu klein für den Umfang des Reichs. Als der Halbgott starb, wurden die Augen sehend.

War daraus nicht zu lernen, war die orientalische Mentalität nicht der Beachtung wert?" —

Sven Hedin, Persien und Mesopotamien. Zwei asiatische Probleme. Verlag von F. A. Brockhaus, Leipzig 1923. 68 Seiten.

In seiner kurzen, weitschauenden Betrachtungsweise schildert Sven Hedin zunächst das Schicksal Persiens, dessen Selbständigkeit durch das Eindringen der Engländer von Süden und der Russen von Norden vernichtet wurde (englisch-russische Konvention von 1907). Scharf rechnet Hedin mit beiden Parteien ab, wobei er die englische Politik nicht nur als hinterhältig entlarvt, sondern auch ihre schließliche Unfruchtbarkeit erklärt.

Im zweiten Abschnitt skizziert Hedin die militärische Eroberung Mesopotamiens und weist auf die Gefahren hin, die sich damals für England aus der Verwendung indisch-mohammedanischer Truppen gegen die deutsch-türkische Front ergaben. Zur Sicherung Indiens und zur Verbreiterung seiner Rohstoffbasis (Getreide, Baumwolle, Petroleum u. a. m.) glaubte Großbritannien, seine imperialistischen Gelüste auch auf Mesopotamien erstrecken zu müssen. Heute sehen selbst Engländer ein, daß der Besitz des Zwischenstromlandes alles andere denn ein sicheres Plus bedeutet und leicht zu Konflikten mit Frankreich, der Türkei und der panislamischen Bewegung führen kann.

E. A. Powell, Mit Auto und Kamel zum Pfauenthron. Berechtigte Übertragung von Max Hesse, Verlag Kurt Vowinckel, Berlin 1924. 259 Seiten, 83 Abbildungen, 1 Karte.

Eine Gruppe von Amerikanern unternimmt eine Durchquerung Vorderasiens von der syrischen Küste durch die Wüste nach Bagdad und Teheran und kehrt über Mosul-Aleppo nach Beirut zurück. Der Wert dieses sehr empfehlenswerten Buches liegt nicht in den Schilderungen der durchreisten Landschaften, sondern in den ausgezeichneten Beobachtungen über die politischen Verhältnisse in diesen selten von Neutralen durchzogenen Gebieten ewiger Rivalität, unaufhörlicher Kämpfe. Wer sich über die Hochspannung in Syrien, das brutale, aber geschickte Vorgehen der Engländer im Irak, über das Hin und Her in Persien orientieren will, der greife zu dem Buche Powells. Weder die Franzosen noch die Engländer werden die schonungslos offene Kritik dieses klugen, scharfsehenden Amerikaners gerne hören; aber die Wahrheit ist eben nicht immer angenehm.

Otto Maull, Griechisches Mittelmeergebiet. Jedermanns Bücherei. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau 1922. 116 Seiten, 33 Abbildungen.

Griechenland, Mazedonien, Thrakien, Westkleinasien, Kreta und die dazwischen verstreute Inselwelt werden in dieser Studie zum ersten Male

als geographische Einheit, als der griechische Teil des Mittelmeerraumes, erkannt und dargestellt. In echt geographischer Art wird das Zusammenspiel von Lage, Relief, Pflanzenwelt, Wirtschaft und Kultur geschildert; eine Reihe charakteristischer Abbildungen ergänzt und belebt den Text.

Besonderen Wert legt der Verfasser auf die Herausarbeitung der Landschaften, wenngleich er diesem Abschnitt nur 25 Seiten einzuräumen vermag: der Peloponnes, Mittelgriechenland, Nordgriechenland, Mazedonien, Thrakien und die Bosporus-Landschaft, Westkleinasien, Kreta und die Kykladen.

Jedem, der auf einer Griechenland-Reise tiefer schauen, das Wesen der Gebiete und das eigenartige Zusammenspiel von Natur und Mensch erfassen will, ist das Büchlein von Maull wärmstens zu empfehlen.

Chr. Eckert, Altvater Nil. Reise-Radierungen aus einer Vorfrühlingsfahrt durch Ägypten und den Sudan. Verlag von A. Marcus und E. Weber, Bonn 1924. IV und 150 Seiten, 16 Abbildungen.

Das üblich trocken-statistische Reisehandbuch erfährt mit dem vorliegenden Buche des Kölner Wirtschaftsgeographen eine vorzügliche Ergänzung. In wahrhaft künstlerischer Sprache wird hier eine Einführung in das Wesen des Nillandes geboten, die jeder Ägypten-Reisende dankbar begrüßen wird. Das Buch will keine Landeskunde sein, läßt aber keine der wesentlichen Erscheinungen außeracht. Überall verrät Eckert ein tiefgründiges Wissen und zugleich ein feines Gefühl für die Erdgebundenheit der ursprünglichen ägyptischen Kultur.

Den Geopolitiker interessiert naturgemäß vor allem das Bild, das Eckert von dem Zusammenprall der ägyptischen Menschheit mit den Europäern entwirft, sowie die Schilderung der britischen Herrschaft im Nilland. Wer die Festsetzung der Engländer im ägyptischen Sudan recht begreifen will, lese bei Eckert über diesen Punkt nach. Ohne die zivilisatorischen Leistungen der Engländer irgendwie zu verkleinern, wird hier dargetan, mit welch kluger Berechnung Britannien eine wirkliche Selbständigkeit Ägyptens durch die Beherrschung des oberen Nils verhindert. Recht lesenswert ist es bei alledem, wie der große weltpolitische Gegensatz England-Frankreich tatsächlich noch heute in Ägypten lebendig ist: „Nirgends werden die ägyptischen Probleme aufmerksamer verfolgt als in Frankreich. Man braucht nur Zeitschriften wie L'Illustration oder Le Monde illustré durchzublättern, um zu sehen, wie sehr die verbündete Nation der großen Schwester jenseits des Kanals in die Karten zu schauen sucht, wie sie immer in Wort und Bild an den Unabhängigkeitsbestrebungen Ägyptens teilnimmt. — Eine große Reihe von Nummern solcher französischen Publikationen bringt Bilder und Artikel über jede Lebensäußerung Ägyptens, die Betätigung seines Königs, des wiedergeborenen Volkes. Dieses Gefühl, dieses Interesse ist wechselseitig. Keinem anderen Land gilt in solchem Umfang die heimliche Neigung der ägyptischen Nation wie Frankreich mit seiner Hauptstadt Paris."

Heinrich Schmitthenner, Tunesien und Algerien. Die Landschaft und ihre Bewohner. Verlag Strecker und Schröder, Stuttgart 1924. XII und 174 Seiten, mit 30 Abbildungen auf Tafeln und 5 Karten.

Schmitthenner weilte im Frühjahr 1912 in den Atlasländern. Seine damals gewonnenen Eindrücke wurden durch eingehende Literaturstudien vertieft, und als Frucht des Ganzen liegt nun, 12 Jahre nach dem Besuch von Tunesien und Algerien, diese länderkundliche Studie vor. Schmitthenner unternimmt zunächst den Versuch, die einzelnen Teilgebiete der Atlasländer in ihrer physisch-geographischen und anthropogeographischen Individualität zu zeichnen (Seite 1—145): Tunis und Umgebung, das tunesische Sahel, die südtunesische Steppe und Halbwüste, das innertunesisch-westalgerische Bergland, das numidische Hochland, das Aurasgebirge und die Oasen der Ziban, die Große und die Kleine

Kabylei, Algier. Erst im Anschluß an diese Beschreibung der Teilgebiete widmet sich der Verfasser einer zusammenfassenden Darstellung unter dem Titel: „Mensch und Kultur in den Atlasländern" (S. 146—169).

Das Buch ist reich an Beobachtungen und Gedanken mancher Art, die Sprache lebhaft und oftmals von wirksamer Plastik. Geopolitisch bedeutsam sind vor allem die Ausführungen des Verfassers über die französisch-italienische Rivalität in Tunis.

Nordafrika. Tripolis, Tunis, Algier, Marokko. Baukunst, Landschaft, Volksleben. Aufnahmen von Lehnert und Landrock, Einleitung von Kurt Kühnel. Verlag Ernst Wasmuth A. G., Berlin 1924. 240 Bildtafeln, 12 Seiten Text, 1 Karte.

Wir haben schon in einem früheren Hefte dieser Zeitschrift auf das unvergleichliche Prachtwerk „Orbis Terrarum" aufmerksam gemacht. Auch der jetzt vorliegende Band dieses köstlichen Bild-Baedekers verdient wärmste Empfehlung. Wer Nordafrika besuchen will, wird gut tun, sich zuvor recht sehr in diese Sammlung charakteristischer Aufnahmen zu vertiefen. Und wer dazu verurteilt ist, daheim zu bleiben, dem erschließt sich die nordafrikanische Welt mit all ihrer Schönheit und Eigenart, wenn er langsam Bild für Bild dieses Werkes in sich aufnimmt. Man mag die Baudenkmäler aus der Maurenzeit, die köstlichen Straßenszenen und Oasenbilder oder die Volkstypen betrachten, immer wieder steht man voller Bewunderung vor der Feinheit der Aufnahmen und der hervorragenden Güte der Wiedergabe. Nordafrika lebt wahrhaftig in diesem Bande des hochzurühmenden Bilderwerkes.

O. MAULL:
LITERATURBERICHT AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Ziel des Literaturberichts muß es sein, die Amerikaliteratur von geopolitischem Interesse in möglichst weitem Umfange zur Besprechung heranzuziehen; er strebt dabei — auch wenn diese Aufgabe von vornherein völlig unlösbar erscheint — nach Vollständigkeit bei der Nennung und kurzen Charakterisierung der einzelnen Veröffentlichungen, selbst wenn diese ihrem eigentlichen Inhalt nach zum größten Teil abseits von dem hier vorgezeichneten geopolitischen Wege liegen. In diesem Sinne soll alles für geopolitische Betrachtung wichtige Grundmaterial neben den Publikationen von speziell geopolitischer Einstellung berücksichtigt werden. Allein der vornehmste Gesichtspunkt des Referats soll allezeit der geopolitische bleiben.

Solches Grundmaterial und politischgeographische Betrachtung zugleich bietet die Neuauflage des Bandes „Nordamerika" der bekannten Selversschen Allgemeinen Länderkunde: Emil Deckert, Nordamerika. 4. Auflage, gänzlich neubearbeitet von Fritz Machatschek. Mit 33 Kärtchen, Profilen und Diagrammen im Text, 3 Kartenbeilagen, 14 Tafeln. X und 355 Seiten. Leipzig (Bibliographisches Institut) 1924.

Wie in der 3. Auflage liegt der Hauptnachdruck auf der Darstellung der Einzellandschaften bei zugleich im wesentlichen analoger Anlage im Einzelnen. Im Gegensatz zu der früheren Fassung schließt sich lediglich das in großen Zügen trefflich gezeichnete wirtschafts- und politisch-geographische Bild unmittelbar an die Darstellung der physischen Verhältnisse an. Die Spuren der Neubearbeitung sind am augenfälligsten in den geomorphologischen und wirt-

schaftlichen Teilen. Dem Umfange nach sind in der Neuauflage die 615 Seiten der früheren Auflage auf fast die Hälfte zusammengestrichen worden. Es kann das nur mit dem Ausdruck des lebhaftesten Bedauerns mitgeteilt werden. Sicherlich besteht vielfältig — besonders bei Lehrern und Studenten — das Bedürfnis nach kurzen charakteristischen Darstellungen der Länder und Erdteile. Diesem Wunsche ist die Neubearbeitung in ganz ausgezeichneter Weise entgegengekommen. Leider mußte aber dabei der Anspruch aufgegeben werden, daß das Buch das Standwerk über Nordamerika sei, wie es der alte „Deckert“ war, und dem die Amerikaner selbst nichts Gleichwertiges zur Seite zu stellen hatten. Der neue „Deckert-Machatschek“ ist darum nicht mehr das Buch über Nordamerika, sondern nurmehr ein Buch über Nordamerika; und wenn auch hinzugefügt werden kann, daß es ein gutes Bueh ist, so bedeutet die Raumbeschränkung doch nichts anderes als den Verzicht auf eine einst eroberte wissenschaftliche Position. Das löst an sich eine wichtige geopolitische Erwägung aus: wer die besten Darstellungen in Wort und Karte von fremden Ländern schafft, wird immer dort die durchschlagendste Kulturpropaganda treiben. Dieses Mahnwort richtet sich nicht an den Verfasser, sondern an den Verlag. Möge er dafür Sorge tragen, daß es nicht wiederholt werden muß gegenüber der 5. Auflage, und daß auch das Erscheinen der in Vorbereitung befindlichen Neuauflage des Bandes „Südamerika“ keine Veranlassung dazu bietet.

Eine Reihe von Schriften bringen Stoff und Studien zu dem großen komplexen Problem „U. S. Amerika“. Zwei Auswanderer- und Schicksalsbücher gehören hierher. Zwar sind sie wie alle derartigen Schriften subjektiv gefärbt, und die Objekte sind aus einem ganz besonderen Gesichtswinkel heraus gesehen; und doch sind sie erwünscht, weil sie frischer, unmittelbarer, konkreter in das Leben fremder Länder einführen und intimere Züge der Sozial- und Wirtschaftsstruktur kennen lehren als abstrakte, vergleichende Darstellungen. Dem Auswanderer vermögen sie eine trefflichere Zukunftsperspektive zu eröffnen als der beste Auslandswegweiser; und doch sind sie mit einer Fehlerquelle behaftet: im allgemeinen erzählen nur die ihre Erlebnisse, die die Kraft fanden, sich durchzuringen, während die Gescheiterten meist schweigen.

Albert Wehde, Seit ich die Heimat verließ. Abenteuer und Schicksale eines Deutschen in der Fremde. Autorisierte deutsche Ausgabe. Mit 20 Bildtafeln. 298 Seiten. Berlin (Reimar Hobbing) o. J., gebunden 12 Mk.

Dieses Buch erzählt von den Fahrten eines 1885 ausgewanderten jungen Westfalen, der abenteuernd und als Gelegenheitsarbeiter die Vereinigten Staaten und Mittelamerika durchzieht. Einfache Schilderung vielfältiger Begebenheiten und Erlebnisse überwiegt; dabei entsteht nicht mehr als der Grund, auf dem sich das Problemhafte vor dem Leser aufzubauen vermag. Sympathisch berührt das Bekenntnis des Verfassers zum Deutschtum, das den zweiten Teil des Buches zum Kriegsbuch werden läßt.

Ist diese umfangreiche Publikation nicht mehr als Erlebnisdarstellung, die zudem nur zu oft das Normale in subjektiver Übersteigerung zum Außerordentlichen erhebt, so ist das zweite dieser Bücher —

Ludwig Lewisohn, Gegen den Strom. Eine amerikanische Chronik. Übersetzt von Thea Wolf. 300 Seiten. Frankfurt a. M. (Frankfurter Sozietätsverlag) 1924 —

ungleich geistiger. Es führt trotz seines individuellen Charakters unmittelbar zu dem Problem hin. Das „Problem U. S. Amerika“ ist in einer Hinsicht ein soziologisch-ethnopolitisches. Der Ausgleich der sozialen und der ethnischen Kräfte im Sinne einer vereinsstaatlichen Nationbildung und vornehmlich auch die Überwindung der Hemmungen, die sich dem entgegenstellen, ist sein Inhalt.

Es ist im ganzen gleichgültig, daß ein Jude davon erzählt, welche Hemmungen sich seinem ehrlichen Streben, Amerikaner zu werden und zu sein, entgegenstellten; ja, sein Schicksal ist geradezu typisch für die Kompliziertheit des Problems. „Wir prahlen mit unserer Gleichheit und Freiheit und nennen das Amerikanismus und sprechen verächtlich von anderen Ländern.“ Aber sofort setzt der Verfasser diesem idealen Grundsatz die Wirklichkeitsschilderung entgegen: „Ich fand nun in meiner angloamerikanischen Welt hinsichtlich Freiheit, Gleichheit und demokratischer Gerechtigkeit genau dieselbe doppelte Moral, wie ich sie bereits in der Geschlechterfrage entdeckt hatte.“ Das Buch wird so zu einer Kampfschrift und Kampfansage gegen den „moralischen Nominalismus“ des Angloamerikaners, in dem der Verfasser die „eigentliche Quelle des Elends aller Welt sieht“. „Er (der Angloamerikaner) ordnet die eigenen Triebe und die anderer Menschen unter die Hierarchie festgelegter Normen ein. Er hat sich der Macht und des Rechts entäußert, die Bedeutung solcher Worte wie Recht, Unrecht, Reinheit, Demokratie, Freiheit, Fortschritt auch nur einer Prüfung zu unterwerfen.“ „Selbst die Objektivierung eines Erlebnisses an sich ohne Bezugnahme auf eine früher festgelegte Norm gilt schon als Sünde. Er hat um die Flut des Lebens einen Wall von ethischen Gesetzen errichtet, auf dessen Höhe er ängstlich Wacht hält, daß kein Ohr die donnernde Brandung menschlicher Leidenschaften höre, die gegen die Felsen da unten anstürmt.“ So lauten die Schlußfolgerungen Lewisohns, eines der bekanntesten New-Yorker Kritiker und Schriftsteller, der als Kind mit seinen Eltern einwanderte. Collegebildung und Gesamtmilieu vollzogen seine vollkommene Einbürgerung, so daß er selbst englisch dichtete. Doch immer wieder stieß er auf einen Widerstand, der sich gegen sein Judentum und später auch gegen sein Deutschtum richtete; er war am Anfange der Kriegszeit Dozent der deutschen Literatur in Central City. So wurde ihm die Erkenntnis, der moralische Illusionismus sei eine der schwächsten Stellen des angloamerikanischen Geistes. Mit seinen Schlüssen steht er nicht allein. Schon Wehde schlägt ähnliche Töne; und Alice Salomons Reisebriefe bieten in wesentlichen Punkten nur Bestätigung als Ergebnisse bewußter Studien.

Alice Salomon, Kultur im Werden. Amerikanische Reiseeindrücke. 188 Seiten. Berlin (Ullstein) 1924.

Amerikanismus ist auch das Hauptthema dieses geistvollen Büchleins von erstaunlich reichem Inhalt, das das Objekt freilich hie und da in vielleicht zu günstiger feministischer Beleuchtung erscheinen läßt. „Kultur im Werden“ ist der werdende Amerikanismus. Für diesen Prozeß bieten die einzelnen Kapitel wertvolle Belege. „Land und Leute“: Amerikanismus ist eine durch die natürlichen Grundlagen unterstützte und geforderte, in erster Linie jedoch gewollte Amerikanisierung, Assimilierung, Unterarbeitung der verschiedenen völkischen Elemente. „Mechanik des Geistes“: „Wissenschaft nicht um ihrer selbst willen, nicht so sehr aus Freude an der Forschung, aus Liebe zur Wahrheit — sondern um die Wissenschaft praktisch anzuwenden.“ Kultur der Zahl, Schule, Hochschule, geistige Hygiene, Propaganda sind dabei die erfolgreichen Methoden und Organisationen. „Frau und Mann ist die Geschlechterordnung; sie wird bestimmt durch das Gesetz der Zahl, der Minderzahl des weiblichen Geschlechts, und sie wirkt nicht nur auf die Formen des Verkehrs zwischen den Geschlechtern, sondern auf eine Vielzahl der Lebenserscheinungen. Das Kapitel „Einwandererviertel“ bietet treffliche Beispiele für den Prozeß „America in the making“. Der Unterschied zwischen den Generationen der Einwandererfamilien, die Bedeutung der „Settlements“ werden skizziert. „Klima und Dynamik“: „Die Dynamik . . . ist sicher nur teilweise mit dem Klima zu erklären. Sie ist doch auch ein Ergebnis der Größe und Weite

des Landes, die sich irgendwie auf die Menschen und ihr Tun überträgt, ihnen den Stempel aufdrückt"; und über gar viele dieser Lebensäußerungen, „Lebensstil und Lebenstechnik" im einzelnen und großen macht die Verfasserin treffliche Bemerkungen und offenbart dabei ihren Blick für geographische Anpassung und kompliziertere, abgeleitete Formen. „Kultur im Werden", das zentrale Kapitel: „Das amerikanische Volk ist noch zu jung, um eine Tradition der Kultur zu haben"; es ist ein „Mischvolk". „Daran liegt es, daß sich eine Kultur nur langsam entwickelt, daß die amerikanische Seele ihre spezifische Prägung kaum zum Ausdruck bringt; daß die Leistungen dieses kraftvollen und selbstbewußten Volkes auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften und Kunst so gering sind". Nordamerika ist in gewissem Sinne in der Hauptsache noch angelsächsisches Kolonialland; trotz aller Entwicklung der Industrie und der Großstädte denkt der Amerikaner noch „in den Begriffen der Pioniere", die nur aus einer praktisch gerichteten Geistigkeit fließen. „Der Pionier mußte naturgemäß den Denker ablehnen." Daraus ergaben sich zwei auffallende Züge des nordamerikanischen Kulturantlitzes: die geistig-seelische Hungersnot der Massen und die — allen Kolonialländern in gewissem Grade eigene — Verweiblichung der Kultur. A. Salomon übertreibt sicher, wenn sie meint: „In Amerika ist die Frau fast Alleinherrscherin im Reiche des Geistes." „Bildung" wird zum „magnetischen Wort" und ein Werkzeug der Amerikanisierung, des Gleichmaßes und der Uniformierung der Lebensformen, „die anderen Völkern ganz unerträglich wäre". „Die Individualität ist ausgelöscht. Sie ist dem Amerikaner kein Ideal. Er ist auf diese Art von Demokratie stolz. Diese Übereinstimmung, die „Amerikanisierung" ist das wirkliche Bildungsziel." Schule, College und Universität — und Kondukation dienen dieser Idee. Wissenschaft und Kunst tragen entsprechende Züge; sie sind praktisch gerichtet und mehr erwachsen aus einer „soziologischen Aktivität" als aus der Liebe zur Wahrheit und Schönheit. Und aus dieser gleichmachenden Arbeit an den Massen erwächst die „soziale Aktivität", insbesondere auch der Impuls zur Frauenarbeit, welche die charakteristischen, hier skizzierten Führerinnengestalten geschaffen und der Frau die Stellung in der Politik erobert hat. „Man kann mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit annehmen, daß nirgends in der Welt die Frauen das Stimmrecht besitzen würden, wenn nicht die amerikanischen Frauen eine Weltbewegung dafür entfacht hätten. Aber weit darüber hinaus hat diese soziale Aktivität allgemeine Hilfsbereitschaft, Weltbeglückungspläne, die bekannten amerikanischen Ideologien hinsichtlich Alkohol, Friedensbewegung und ähnliches ausgelöst. „Amerika ist auf vielen Gebieten der sozialen Arbeit bahnbrechend gewesen." Die Behandlung des Rassensystems schließt den theoretischen Inhalt ab. „Der Antisemitismus ist in Amerika nie zur wirklichen Blüte gelangt." Man konfrontiere diesen Schluß mit den Erlebnissen Lewisohns, mit der Ku Klux Klan-Bewegung.

Einen wichtigen ethnischen und sozialen Faktor bei der nordamerikanischen Nationbildung behandelt die Schrift von

Georg v. Skal, Die Achtundvierziger in Amerika aus: „Die Paulskirche". 91 S. Frankfurt a. M. (Frankfurter Sozietätsverlag) 1923. Geh. 1,50 Mk.

Sie skizziert treffend die deutsche Einwanderung der 30er und 40er Jahre, die beste, die je ein Land hinausgeschickt hat, den Einfluß der deutschen „Lateinfarmer" auf Presse und Schule und ihre Beteiligung an der Politik. Diese „Achtundvierziger" sind nicht in den Fehler der Deutsch-Pennsylvanier oder der Habitants Canadas verfallen, sich gegen die Umwelt abzuschließen und damit die eigene Entwicklung zu unterbinden, aber auch nicht in den der späteren Einwanderer, die vielfach in überflüssiger Weise auf die Überlegenheit

des deutschen Volkstums gegenüber der Bevölkerung des Wirtsstaates pochten. So ist die Untersuchung zugleich ein wichtiger Beitrag zur Kenntnis des Auslanddeutschtums und Auslandvolkstums überhaupt, der mit kurzen Biographien von Carl Schurz, Oswald Ottendörfer und Franz Sigel abschließt.

Die letzte der hier zu besprechenden Publikationen, die dem Problem U. S. Amerika Klärung bringt, —

Francesco Nitti, Die Tragödie Europas — und Amerika? Einzig berechtigte deutsche Ausgabe. 210 Seiten. Frankfurt a. M. (Frankfurter Sozietätsverlag) 1924. Steif brosch. 3,— Mk. —

schneidet die wirtschafts- und machtpolitische Seite an, vornehmlich die der amerikanischen Außenpolitik in der Nachkriegszeit. Es ist ein eindringlicher Mahnruf an die Union, der die Masse des amerikanischen Volkes aufrütteln und sie zur Erkenntnis bringen will, wie sehr Amerika schuld ist an dem unerträglichen Zustand, in dem Europa verharrt. Es ist ein Weckruf an das Gewissen der mächtigsten Nation, deren führende Bankiers, Kaufleute und Gelehrte die Sinnlosigkeit des französischen Machtstrebens so richtig bewertet haben, während in der Presse und in dem großen Publikum jede Einsicht zu Gunsten Europas zu fehlen scheint.

Abgesehen von diesem praktisch-politischen Ziel ist das Buch — theoretisch betrachtet — ein wertvoller Beitrag zum Studium der Abkehr- und Abschlußtendenzen der Union, geopolitischer Wirkungen, die aus den Lagebedingungen und der möglichen Autarkie des kontinentgroßen Staates erwachsen.

Aus der mittel- und südamerikanischen Literatur sei an erster Stelle der Forschungsbericht von

Karl Sapper, Bericht über eine im Auftrag der geographischen Gesellschaft zu Hamburg 1923/24 unternommene Reise nach Mittel- und Südamerika. 105 Seiten, 12 Bildertafeln. Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg. Bd. XXXVI

— genannt. So knapp hier die Bemerkungen über die politischen und wirtschaftlichen Zustände und Strukturen in Mexiko, Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Costarica, Panama, Kolumbien, Curação, Venezuela, Trinidad gehalten worden sind, verdienen sie volle Beachtung, besonders weil der Verfasser mit seinen eigenen früheren Beobachtungen Vergleiche zieht.

Alfons Goldschmidt bringt in seinem „Mexiko" (198 Seiten, Berlin [Ernst Rowohlt-Verlag] 1925) eine ästhetisierende Länderkunde. „Das Bild, der Rhythmus, das Blut des Landes und der Menschen müssen gefühlt, gesehen, gedacht werden." "Nicht das Wissen wissenschaftlich darzubieten, sondern es zu bildern, ein Versuch, den Europäer sehend zu machen, damit er weiß, was dieses Land ist," das ist das Ziel dieses Buches. Man erhofft von künstlerischer Gestaltung die Enträtselung der letzten Geheimnisse. Aber es fehlt die Gestaltungskraft und die Methode. Warum benutzt denn diese „neue Geographie" immer wieder selbst die von ihr als hausbacken und seelenlos verschriene analytische Methode: Oberfläche, Frucht und Tier, Mensch? Warum keine Synthese? Weil wirkliche Synthese doch nur aus tiefgründiger analytischer Forschung erwachsen kann.

Zwei südamerikanische Reisewerke geben Grundmaterial:

Eduard Graf von Wickenburg, Fahrten und Ritte durch die La-Plata-Staaten. Mit 32 Bildern. X und 278 S. München (Verlag für Kulturpolitik) 1924. Brosch. 12 Mk., in Halblwd. 15 Mk.

Theodor Herzog, Bergfahrten in Südamerika. Mit 12 Kupfertiefdrucken, 32 Kunstdrucktafeln. 240 Seiten. Stuttgart (Strecker & Schröder) 1925. Leinenband 7,50 Mk.

Buenos Aires, Pampa, Kap Horn, Magalhaens-

straße, Patagonien, Paraguay und Uruguay, Santiago, Chilenisches Längstal, Atacama sind die Gebiete, die der Leser mit W. durchzieht und dabei lediglich durch die Route geordnete wirtschaftliche und politische Aufklärungen erhält. H. macht mit dem Wesen der Hochgebirgswelt der südlichen Andenländer vertraut.

Rudolf Großmann studiert „Die Entwicklung des Verkehrs in Argentinien und ihre Wirkungen auf die Volksbildung". (Mitteilungen der Geograph. Ges. Hamburg Bd. XXXVI. S. 247 bis 259. Hamburg 1924.)

Er kommt zu dem Ergebnis: der Verkehr ist Siedlungs- und Kulturanreger, Impuls zum regen Schulausbau, der durch Pflege der spanischen Sprache, der Bürger- und Wirtschaftskunde einen Löwenanteil an der Schaffung des Argentiniers hat.

Hundert Jahre Deutschtum in Rio Grande do Sul 1824—1924. Herausgegeben vom Verband Deutscher Vereine. 568 S. Porto Alegre 1924.

Diese Jubiläumsschrift übermittelt wichtiges Grundmaterial in Wort und Karte. Sie stellt dar die historische Entwicklung des Landes vor der deutschen Einwanderung, die deutsche Einwanderung und Ausbreitung selbst, die Geschichte der Kolonie im Rahmen der Geschichte Brasiliens, die innere Entwicklung der Kolonie. Besonders wertvoll sind die beiden Karten, von denen die erste Rio Grande do Sul zur Zeit der Portugiesen und Bugres, die zweite die deutschen, italienischen und gemischten Kolonien und gleichzeitig die Verteilung von Wald und Camp gibt.

Die entschieden verheißungsvollste Publikation auf lateinamerikanischem Gebiet ist das erste Heft einer neuen Zeitschrift:

Ibero-Amerikanisches Archiv. Zeitschrift des Ibero-Amerikanischen Forschungsinstituts Bonn. Herausgegeben von Otto Quelle. Jg. I. H. 1. Berlin und Bonn (Ferd. Dümmler) Oktober 1924.

Der Herausgeber gibt eine treffliche Darstellung der neuzeitlichen Entwicklung der brasilianischen Industrie, referiert über die neuen Veröffentlichungen zur Landeskunde von Bolivien, über die Festschrift zum 70. Geburtstag Eduard Selers, über die spanische Überseeauswanderung, über bibliographische Hilfsmittel zur Landeskunde Argentiniens; er macht Mitteilungen über Produktionsfläche und Ausfuhr Chiles und Argentiniens, über den Inhalt brasilianischer Archive und nimmt Stellung zu dem Problem der Dürreperioden Nordostbrasiliens.

Die Besprechungen und die lange Liste der Eingänge für die Bibliothek des Instituts werden für die meisten Leser eine wahre Fundgrube vornehmlich für fremdsprachige Literatur sein. Wird das „Archiv" in der gleichen Reichhaltigkeit fortgesetzt, wie es das erste 100 Seiten starke Heft und die staunenswerte bibliographische Kenntnis des Herausgebers vermuten läßt, so wird es bald ein unentbehrliches Hilfs- und Orientierungsmittel für alle lateinamerikanische Forschung sein.

F. TERMER:
LITERATURBERICHT ÜBER DIE AMERIKANISCHE WELT

Fändrich, Hans: Land und Leute in Südamerika. (Langenscheidts Handbücher für Auslandskunde.) Berlin-Schöneberg o. J. XII und 492 Seiten.

Der Wunsch nach einem zum raschen Nachschlagen über allerlei Wissenswertes aus fremden Ländern geeigneten Handbuch ist heute in vielen Kreisen des beruflichen Lebens rege geworden. Schon früher hat der Verlag Langenscheidt in einer Reihe von „Sachwörterbüchern"

und jetzt als Fortsetzung davon in einer Reihe von „Handbüchern für Auslandskunde" diesem Bedürfnis nachzukommen versucht. Man kann ja zweifelhaft sein, ob es überhaupt möglich ist, wie in dem vorliegenden Bande über Südamerika geschehen, einen Erdteil in seiner Gesamtheit in der Form eines Taschenhandbuches zu behandeln, das doch dazu dienen soll, den Vertretern der verschiedensten Berufe in mannigfaltigen Fragen Auskunft zu erteilen.

Der Verfasser betont in dem Vorwort des vorliegenden Bandes, daß „das Werk dem Leser Aufschluß darüber gibt, wie es in Südamerika aussieht" und es bildet für die vielen anderen, die aus irgendeinem Grunde Interesse für die zukunftsreichen Gebiete von Südamerika hegen, eine interessante, ihr Wissen bereichernde Lektüre. Diesen Zweck glaubt der Verfasser „in bester Weise erfüllt zu haben", wobei aber gleich die Einschränkung hinzugefügt wird, daß „alles zu bringen ein Ding der Unmöglichkeit wäre". Dem wird jeder ohne weiteres beipflichten können und wird von Anfang an geneigt sein, über manche Lücke hinwegzusehen. Aber er wird verlangen dürfen, daß das Gebotene auch tatsächlich zuverlässig ist und daher eine „Wissenbereichernde Lektüre" verbürgt.

In diesem Punkte aber versagt das Buch an vielen Stellen durchaus und zeigt, daß der Verfasser dem umfangreichen Stoffe nicht gewachsen war. Er weiß gut Bescheid über Argentinien, Chile und Brasilien, seine Kenntnis über die geographischen Einzelheiten der anderen lateinamerikanischen Länder ist aber lückenhaft. Schon die Übersicht über die benutzte Literatur läßt wichtige Werke über Südamerika vermissen, dagegen werden solche genannt, die erst in zweiter Linie zu erwähnen wären, weil sie Reisebeschreibungen sind. Das Buch von Sievers, Südamerika, 3. Aufl. 1914, ist nicht genannt. Genauere Nachprüfung ergibt, daß manche Stichworte stellenweise wörtlich anderen Vorlagen entnommen sind (z. B. unter Alpaca nach Brandt, Südamerika S. 87, unter Guana nach Brandt, ebenda S. 99). In der Beschreibung einzelner Länder sind Ungenauigkeiten vorhanden, die den Leser falsch informieren. So wird z. B. bei der Aufzählung der einzelnen mexikanischen Staaten neben Yucatan der Staat Quintana und ein Territorium Roo aufgeführt, von denen weder der eine noch der andere existiert, sondern nur ein Territorium Quintana Roo. Die Bevölkerungszahl von Mexiko ist mit 17 Millionen Seelen viel zu hoch angegeben, da nicht wie der Verfasser annimmt, eine Zunahme, sondern in den letzten Jahren eine Abnahme eingetreten ist. Nach dem Zensus von 1921 beträgt die Bevölkerungszahl etwa 14,2 Millionen Seelen. Von den für das Land wichtigen Vulkanen erfährt man nichts, es wird nur ganz allgemein von über 5000 m hohen Bergen gesprochen. Die klimatischen Höhenzonen sind mit 400 m und 1500 m zu niedrig angesetzt (an Stelle von 600 bzw. 1800 m). Zu falschen Vorstellungen muß u. a. das Stichwort „Petroleum" führen. Denn die heute wichtigsten Exportländer Venezuela und Peru werden überhaupt nicht erwähnt, dagegen die (in Wirklichkeit erst zum Teil oder auch noch gar nicht ausgebeuteten) Vorkommen in Argentinien und Brasilien genannt. So lassen noch weiter vielfach die geographischen Stichworte neben manchen anderen wirtschaftlichen die selbst bei einer kurzen Darstellung notwendige Genauigkeit und Zuverlässigkeit vermissen.

Besser sind jene Abschnitte, die sich mit den öffentlichen Einrichtungen, den Landessitten und dem öffentlichen Leben befassen. Eine Neuauflage muß die vorhandenen Mängel beseitigen, auch einige Druckfehler in Zahlen und Schreibung fremder Namen verbessern und vor allem auch die westindischen Inseln mit hereinziehen. Curaçao, Trinitad usw. fehlen bisher. F. Termer.

Alte Reisen und Abenteuer. Leipzig F. A. Brockhaus.

Dieser schon seit 1922 herausgegebenen

Sammlung von älteren Reisebeschreibungen gehören auch einige Bändchen an, die auf die amerikanische Welt Bezug haben: Magalhaens, Die erste Weltumsegelung, Schmiedel, Abenteuer in Südamerika, Egede, Die Erforschung von Grönland und Stefansson, Jäger des hohen Nordens.

Mit zeitgenössischen und modernen Bildern ausgestattet, wenden sich die Bände an ein weiteres Publikum. Infolgedessen kam es nicht auf eine wortgetreue Widergabe der alten und heute sehr selten gewordenen Schriften an, sondern mehr auf eine Zusammenstellung des Interessanten und Absonderlichen. Einleitungen von Sachkennern und Anmerkungen machen den Leser mit dem Stoffe mehr vertraut.

Klassiker der Erd- und Völkerkunde, herausgegeben von Dr. Walter Krickeberg. Strecker & Schröder Verlag, Stuttgart.

Nur um weniges später hat der rührige Verlag von Strecker und Schröder eine ähnliche Sammlung ins Leben gerufen, die in vornehmer Ausstattung und mit reichen Bildbeigaben versehen auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügen soll. Erschienen ist bis jetzt der erste Band, in dem Bernhard Brandt das heute längst vergriffene Werk von Bates, Der Naturforscher am Amazonenstrom wieder herausgegeben hat. Als weitere Bände sollen folgen: Die zweite Fahrt des Mendana, Die Schiffbrüche des Alvar Nunez Cabeça de Vaca und andere seltene alte Reisewerke. F. Termer.

Henry Walter Bates, Elf Jahre am Amazonas, Abenteuer und Naturschilderungen, Sitten und Gebräuche der Bewohner unter dem Äquator. Bearbeitet und eingeleitet von Dr. B. Brandt. Mit 19 Abb. und 14 Kartenskizzen. 290 Seiten. Strecker u. Schröder, Stuttgart.

Die Forschungsreise Bates' in den Jahren 1849—59 erscheint hier in neuer deutscher Bearbeitung. In wechselreichen Schilderungen, die durch Einfachheit und Klarheit wirken, begleiten wir den Forscher den Amazonas weit hinauf, besuchen einige Nebenströme und dringen in die Geheimnisse der Uferlandschaften ein. Bates hat nicht nur gesehen, er hat sich in die Natur des ganzen Landes eingelebt. Neben der Tier- und Pflanzenwelt ist besonders dem Bevölkerungsleben überall breiter Raum gewährt, in geschickter Mischung von allgemeinen und individuellen Zügen. Es ergeben sich von den einzelnen Gegenden und Siedlungen des Stromes in damaliger Zeit charakteristische und ziemlich geschlossene Bilder.

Das Buch bildet den ersten Band der von Dr. W. Krickeberg herausgegebenen Sammlung „Klassiker der Erde und Völkerkunde" und hat gegenüber der Erstausgabe von 1866 starke Veränderugen erfahren. Die Kürzung der zoologischen Ausführungen und die Einteilung in kleinere Kapitel sind sicherlich vorteilhaft. Eine wünschenswerte Ergänzung der zahlreichen Kartenskizzen wäre ein zusammenfassendes größeres Kärtchen. Die Unzulänglichkeit der Bates'schen Bildbeilagen rechtfertigt die Auswahl geeigneter Bilder aus anderen zeitgenössischen Werken, wenn gleich darunter Einpassung und Einheitlichkeit notwendig leiden.

M. Steinmüller.

De Agostini, Alberto M.: Zehn Jahre im Feuerland. Entdeckungen und Erlebnisse. Mit 118 Abb., 2 Panoramen und 3 Karten. Leipzig. F. A. Brockhaus. 1924. 308 S.

Ein genauer Kenner des Feuerlandes gibt hier in einer ganz vorzüglichen Darstellung seine jahrelangen Erlebnisse und Forschungen in den nur selten aufgesuchten Gegenden an der äußersten Südspitze Amerikas der Öffentlichkeit bekannt. Deutlich heben sich die Schwierigkeiten hervor, mit denen der mutige Reisende, dem der sportliche Eifer des Bergsteigers nicht fremd ist, zu kämpfen hat in einem Klima, in dem fast ständig Stürme toben und ein Regenschauer den andern jagt, selbst in der sogenannten guten Jahreszeit. Man kann nur den Mut und die Ausdauer Agostini's bewundern, mit denen er zwölf Jahre hindurch seine Ziele

zur geographischen Erkundung der abgelegenen Gegenden verfolgt hat. Interessante Einzelheiten weiß er auch über die einheimische indianische und zugewanderte weiße Bevölkerung und den Ausrottungskampf derselben gegen die einstigen Herren des Landes zu berichten. Der Genuß der Lektüre — die deutsche Übertragung des italienischen Originales ist vorzüglich — wird durch ausgezeichnete Abbildungen nach Photographien des Verfassers auf Tafeln erhöht. F. Termer.

Ule, Willi: Quer durch Südamerika. Lübeck 1924. Otto Quitzow Verlag. 354 S. Mit 38 Abbildungen auf Tafeln und 1 Karte.

In diesem Werke schildert der Rostocker Geograph für einen weiteren Leserkreis seine Reise durch Brasilien, Argentinien und Chile im Jahre 1910. Inhaltlich ist besonderes Gewicht auf die Schilderung der deutschen Ansiedler in den durchreisten Gebieten gelegt worden. F. Termer.

H. A. Lovett: Canada and the Grand Trunk 1829—1924, Selbstverlag, Montreal, 1924. 241 S.

J. H. E. Secretan: Canada's Great Highway, London, 1924. John Lane. 252 S.

Diese beiden Werke ergänzen sich vorzüglich. Lovetts Buch ist überhaupt der erste Versuch, den tragischen Werdegang der Grand Trunk Eisenbahngesellschaft zu schildern. Zu gleicher Zeit wird ein Schlaglicht auf den inneren Zusammenhang zwischen Politik und Eisenbahnunternehmungen in Canada geworfen. Bei den großen politischen Skandalaffären in Canada hat es sich immer um Eisenbahnsubventionen gehandelt. Ist es doch schließlich so weit gekommen, daß der Unterschied zwischen den Parteien nur daran zu erkennen war, daß sie eine verschiedene Eisenbahngesellschaft begünstigten. Das hat nun ein Ende gefunden; denn die Grand Trunk mit allen ihren Zweiglinien in Canada und der Union ist nationalisiert worden. Glänzend setzt Lovett es auseinander, wie allmählich die Grand Trunk ihrem Ruin entgegenging und wie es kam, daß die Canadian Pacific, welche unter weit schwierigeren Verhältnissen entstand, sich zu einem der größten Unternehmungen der Welt entwickelte. Secretans Buch, im Gegensatz zu Lovetts, welches ausschließlich vom nationalökonomischen Standpunkt geschrieben ist und nur von Fachleuten verstanden werden kann, ist eine malerische Schilderung der Entstehung und Fertigstellung der C. P. R. vom Standpunkt des Ingenieurs und Landmessers. Secretan hat den ganzen Bau mit allen seinen abenteuerlichen Schwierigkeiten mitgemacht, und einer der Bahnhöfe (und die damit verbundene aber noch nicht errichtete Stadt) trägt seinen Namen. Das Buch enthält auch interessante Abbildungen. Bei beiden Büchern fehlen leider Karten und Register. Diese Unterlassungssünde wird besonders bei Lovett empfunden. L. Hamilton.

J. M. Clarke: L'Ile Percée: 203 Seiten, 7 Karten, 38 Illustrationen. Yale University Press, New Haven, U. S. A. and Oxford University Press, 1924.

Der Untertitel von Professor Clarkes Gaspéwerk lautet: „Der Schlußstein des St. Lorenz oder Wanderungen durch Gaspé, eine Mischung von Träumereien und Wirklichkeiten, von Geschichte und Naturwissenschaft, von Beschreibung und Erzählung, zugleich ein Wegweiser für den Reisenden." Das klingt wie ein großes Unternehmen und ein langes Programm, und doch enthält dieses Buch, dessen Verfasser ein berühmter amerikanischer Geologe und Direktor des Staatsmusenms in Albany ist, sogar mehr als der Untertitel verspricht. Eine Karte und eine wertvolle Sammlung von Originalphotographien, ebenso wie eine Anzahl ausgezeichneter Skizzen von Fräulein Esther Kingsbury bilden eine glückliche Ergänzung des Textes,

Geologen sind oft etwas undurchsichtig, wenn sie über ihr eignes Gebiet schreiben und vergessen leicht, daß dem Laien geologische Ausdrücke selten verständlich sind. Professor Clarkes Stil dagegen ist so klar, sein Sinn für

das Poetische so ausgesprochen, daß er den Leser die Schwierigkeit und Trockenheit des Gegenstandes vergessen läßt, wenn er das Resultat seiner geologischen Entdeckungen beschreibt. Die Gaspéhalbinsel ist das interesanteste Feld für Geologen in Nordamerika und die Percée-Insel eine der merkwürdigsten geographischen Erscheinungen auf der Welt; sie ist tatsächsich einzigartig. Die Lage der Gaspéhalbinsel ist eine solche, daß es schwierig ist, dahin zu gelangen. Ihre unbetretenen Pfade zu beschreiten, wie es der Autor getan hat, geschieht oft nur unter Lebensgefahr. Nur Kenner der Verhältnisse wissen dies; denn in seiner Bescheidenheit deutet der Verfasser nicht einmal seine gefährlichen Abenteuer an, die er im Verlaufe seiner Entdeckungsreisen erlebt haben muß, während er in kleinen Booten die schroffe, felsige Küste entlang fuhr. — Nicht nur die Geologie und Geographie werden vor unsern Augen aufgerollt, sondern auch die Geschichte, die ökonomischen Bedingungen der Volkskunde der alten franco-canadischen Ansiedlungen. Ich zweifle, ob es einen gibt, der beim Lesen dieses Buches nicht von dem Wunsche beseelt wird, sein Bündel zu schnüren und die nächsten Ferien in Gaspé zu verbringen. Ich bemerke, daß die Gaspéhalbinsel der südöstlichste Teil der Provinz Quebec ist und am St. Lorenz liegt. Sie ist beinahe 200 Meilen lang, ungefähr 75 Meilen breit und größer als Sachsen. Diejenigen, die „L'Ile Percée" lesen, werden mit Interesse hören, daß Professor Clarke 1913 ein ausführliches Werk über die Halbinsel verfaßt hat und unter dem Namen „The Heart of Gaspé" (Im Innern der Gaspéhalbinsel) im Verlag von Macmillan Company, New-York.

L. Hamilton.

Key, Helmer: Amerikareise. Mit 35 Abb. 2. Auflage. 1922. 253 S. Drei-Masken-Verlag München.

Auf Grund einer Reise zum Studium der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Union zu Europa nach dem Kriege hat der Chefredakteur des „Svenska Dagbladet" seine Eindrücke in sehr interessanter Darstellung einem weiteren Leserkreis zugänglich gemacht. Er hat mit verständnisvollem Blick für die Vorzüge und Nachteile im modernen öffentlichen und privaten Leben in den verschiedenen Gesellschaftskreisen des Landes verkehrt und weiß seine Beobachtungen dem Leser fesselnd und anregend vorzutragen. Innen- und außenpolitische Probleme, die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung mit ihrer Tendenz zum Pazifischen Ozean hin, was der Verfasser sehr stark betont, die wichtigen Fragen der Prohibition des Wohnungsbaues wie die Stellung der amerikanischen Frau im Berufs- und häuslichen Leben, die Lebenshaltung der einzelnen Gesellschaftsschichten und das geistige Leben werden durch einzelne persönliche Erlebnisse erläutert ausführlich behandelt. Der Wert des Buches beruht auf dem ruhig abwägenden Urteil eines neutralen unvoreingenommenen Beobachters über Erscheinungen im öffentlichen Leben eines modernen Staates, die oft durch oberflächliche Vorurteile falsch von Ausländern beurteilt werden.

F. Termer.

Reiner, Otto: Achtzehn Farmerjahre in Afrika. Paul List Verlag, Leipzig o. J. 362 S. Abb.

Ein Ringen um die wirtschaftliche Existenz unter schwierigen äußeren wirtschaftlichen Verhältnissen, die Auswanderung nach Südafrika, die Erwerbung von Grund und Boden in Deutsch-Südwest, schließlich der finanzielle Ruin durch den Krieg kennzeichnen den Lebensweg des Verfassers. Man kann manche interessante Einzelheit über die Zustände während des Krieges in unserer Kolonie aus dem Buche entnehmen.

F. Termer.

Speiser, Felix: Südsee, Urwald, Kannibalen. Reisen in den neuen Hebriden und Santa-Cruz-Inseln. Mit 132 Abb. auf Tafeln und 2 Karten. 1924. Strecker & Schröder Verlag in Stuttgart. XII u. 356 S.

Die neue Auflage des schon früher rühmlich

genannten Werkes weist nur geringe Änderungen oder Kürzungen gegen die erste auf. Auch die Abbildungen sind im allgemeinen die alten. Das Buch kann noch immer als eines der besten modernen Reisewerke bezeichnet werden.

F. Termer.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstr. 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114

AGNES SMEDLEY:
INDIEN ALS ENTSCHEIDENDER FAKTOR DER WELTPOLITIK

„Gedenke, daß der Handel Indiens den Handel der Welt bedeutet — und wer ihn beherrscht, ist Herr Europas."
Peter der Große.

Niemand kann die Außenpolitik Englands, niemand sein geistiges und kulturelles Leben begreifen, der nicht die Rolle erkennt, die Indien im Gefüge des britischen Weltreiches spielt. Niemand kann die britische Außenpolitik verstehen, — die von den napoleonischen Kriegen bis zur Einsetzung des Völkerbundes und dem Abschluß des deutsch-englischen Handelsabkommens alle militärischen und diplomatischen Aktionen bestimmte, — der nicht jene Kriege, diplomatischen Konflikte, Annexionen, Allianzen, Expansionen und Protektorate nur als Schattenrisse vor dem Hintergrund der indischen Politik erblickt. Denn das britische Imperium ist kein europäisches Reich: es ist ein asiatisches; und Indien ist sein Hauptpfeiler.

Im breiten historischen Aufriß fallen zwei Prozesse in der Entwicklung Englands und Indiens auf: Beim Einsetzen der industriellen Umwälzungen erblicken wir England als ein armes Land. Im Laufe der Jahre aber wird es scheinbar spontan eines der reichsten und mächtigsten der Erde.

Richten wir unsere Augen auf Indien: Bei Beginn der gleichen industriellen Revolution tritt Indien seinen Passionsweg an. Seine großen Industrien, die einst den Neid der Welt auf sich zogen, gingen unter; seine Philosophie, auf der abendländische Systeme sich erbauten, erlosch; seine Dichtkunst und Wissenschaft, die jahrhundertelang in wunderbarer Blüte gestanden hatten, verblichen; der fabelhafte Reichtum, der den Neid der Welt erweckt und zur Entdeckung Amerikas geführt hatte, verschwand. Denn England legte beim Einsetzen der industriellen Epoche seine Hand auf Indien. Und diese Berührung wirkte tödlich. Jene systematische Ausbeutung, die England bereicherte und erhöhte und seinen Dichtern Freiheitsträume eingab, hat Indien in die Tiefen verzweifelten Elends gestürzt, seine Kultur vernichtet, seine Bevölkerung entmannt und sie Hungersnöten, Seuchen und Betäubungsmitteln preisgegeben.

Die Vorgänge, die mit jener Epoche verknüpft sind, sind von solcher Tragweite, daß sie nicht übersehen werden dürfen. Die Erfindung der Dampfmaschine durch Watt und der Spinnmaschine durch Arkwright wären — ohne jenen ungeheuren Reichtum, der dem Londoner Markt aus der Plünderung Bengalens durch die East India Company zufloß — unausgewertet ge-

blieben. Prof. Brooks Adams führt diesen Beweis in seinem ausgezeichneten Werk „Law of Civilisation and Decay" und fügt hinzu:

„Das Vermögen, das Millionen von Menschen in Jahrhunderten erworben hatten, erbeuteten die Engländer, um es nach London zu schleppen, wie einst die Römer die Schätze Griechenlands und des Pontus nach Rom entführten. Niemand kann heute den Wert jener Beute ermessen, aber viele Millionen Pfunde müssen es gewesen sein — eine ungeheure Summe im Verhältnis zu dem geringen Vorrat an Edelmetallen, den damals Europa kannte."

Nachdem England einmal an jenem großartigen Reichtum Geschmack gewonnen hatte, faßte es den Beschluß, seine Stellung zu festigen und das Land Schritt für Schritt zu erobern, um die unbestrittene Herrschaft an sich zu reißen. So führten sie während des 18. und 19. Jahrhunderts gegenüber den verschiedenen indischen Staaten dieselbe Taktik durch, die sie heute den europäischen Staaten gegenüber anwenden: sie boten zuerst ihre ökonomische und finanzielle Unterstützung an und dann spielten sie den einen Staat gegen den anderen aus. In dem Zeitraum von hundert Jahren — von der Besetzung Bengalens bis zur Unterdrückung des großen indisch-nationalen Aufstandes 1857 — führten sie folgende Kriege:

Kriege mit dem Herrscher Bengalens; zwei Kriege mit den Rohillas in Nordindien; drei afghanische Kriege; zwei Kriege gegen Nepal; zwei Kriege gegen die Herrscher Karnatics; drei Kriege gegen die Mahrattas; drei Kriege gegen Maisur; drei Kriege gegen die Sikhs; zwei Kriege gegen die Herrscher des Sindh; zwei Kriege gegen Burma und eine Reihe von Kleinkriegen.

Zu gleicher Zeit hatten die Franzosen den Versuch gemacht, sich in Indien ein Reich zu erbauen; aber in dem französisch-englischen Krieg — der auch nach Indien übertragen wurde — wurden sie geschlagen und blieben von da an auf Pondicherry und vier andere Kleinstädte in Indien angewiesen. Auf gleiche Weise wurden die Portugiesen vertrieben und auf die kleine Stadt Goa in der Bombay-Präsidentschaft beschränkt.

Als die Herrscher der verschiedenen indischen Staaten erkannten, daß ihnen ihre Länder entrissen werden sollten, entfachten sie eine große nationale Erhebung, um die gefährlichen Usurpatoren zu überwältigen; aber sie wurden geschlagen (1857/8) und das Land völlig der direkten politischen Herrschaft des britischen Parlamentes unterworfen. Der Mantel war abgeworfen — und von da an setzte England seine bekannte „Entwaffnungs-Politik" ein, von der Deutschland seit dem sogenannten Friedensschluß eine Kostprobe erhalten hat.

Es war eines der schweren Verhängnisse der Geschichte, daß Englands Eindringen mit einer Periode der Renaissance in Indien zusammenfällt, in der sein gesamtes nationales Leben einen Prozeß politischen und wirtschaftlichen Neu-Aufbaues durchmachte. Hätte England in diese nationale Evolution nicht brutal eingegriffen, so hätte sich ein Verband indischer Staaten unter einer



der mächtigen Rassen wie der Mahrattas gebildet. Diese hatten bereits einen Plan für den Zusammenschluß Indiens unter ihrer Vorherrschaft entworfen, der an den Verband deutscher Staaten unter der Vormacht Preußens erinnert.

Die gleiche Periode, die Indiens Abstieg bringt, bedeutet für England — mit Ausschluß Irlands — eine glänzende Epoche kulturellen und wirschaftlichen Aufschwunges, mit der die großen Namen eines Byron, Shelley, Keats, Wordsworth, Tennyson usw. verbunden sind. Sonderbar genug: Während ein großes Volk und eine edle Kultur mit brutaler Gewalt unterworfen und geknechtet wurde, schreibt Wordsworth seine Sonette an die Freiheit, und Byron fällt im Kampf um die Freiheit Griechenlands. Einige der großen Geschlechter Englands führen ihren Stammbaum auf diese Periode zurück; stolz auf ihre alte Kultur, erwarten und empfangen sie die Huldigungen der Deutschen und Inder und anderer naiver Völker; aber Ruhm, Reichtum und Ehre danken sie der Plünderung Indiens.

Nach 1858 hat England nicht nur die Rohstoffe, sondern auch die politische Gewalt über Indien in seiner Hand. Von da ab befolgt es eine systematische Politik, in der drei Haupttendenzen hervorleuchten:

1. Die Eroberung aller Grenzländer Indiens: Burma, die malayischen Staaten, Siam, Afghanistan, Tibet, Persien, Belutschistan, Mesopotamien und Arabien.

2. Die Beherrschung aller Meeresstraßen zwischen England und Indien durch Besetzung aller strategischen Punkte längs der Wege einschließlich Ägypten.

3. Die Eroberung oder Unterwerfung aller Länder, die den Landweg nach Indien sichern. Auch hier ist Ägypten einbeschlossen.

Die Eroberung aller peripheren Länder um Indien war in britischen Augen für die Beherrschung Indiens wesentlich. General Homer Lea beweist in seinem interessanten Buch „The Day of the Saxon", daß Indien eines der drei größten strategischen Zentren der Welt sei — Japan und Britannien sind die beiden anderen. Mit Hilfe von Karten und Umrißzeichnungen zeigt er, daß Indien das strategische Zentrum für die Beherrschung Asiens bildet. Während des 19. und des gegenwärtigen Jahrhunderts hat das Britische Auswärtige Amt erkannt und ausgesprochen, daß Afghanistan, Tibet, Belutschistan, Persien und Burma nur als „Schilde" für Indien dienten und daher dem britischen Herrschaftsbereich einverleibt werden müßen. Um Afghanistan in diesen Ring einzufügen, brachen die Briten 1833, 1839, 1878 und zuletzt 1919 in das Land ein. Die militärischen Operationen wurden in größtem Maßstabe unternommen und waren überaus kostspielig. Indische Soldaten und indisches Geld mußten dieses zahlen, denn England benutzt seine eroberten Länder, um neue zu erobern. Afghanistan war geographisch zu geschützt, um vollständig erobert zu werden, doch gelang es England, das Land jahrzehntelang in halber Abhängigkeit zu halten, indem es dem Emir

großzügige Subsidien — aus den indischen Einkünften — zahlte und dafür die Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten des Landes führte. In dem englisch-russischen Vertrag von 1907, der selbstverständlich ohne Befragung Afghanistans geschlossen wurde, erkannte Rußland gnädig Englands Anspruch an, daß Afghanistan zur britischen „Einflußsphäre" gehöre und Rußland keine selbständigen Verhandlungen mit jenem Lande führen dürfe. Bei seinem letzten Einfall in Afghanistan jedoch wurde England geschlagen, obgleich es mit wahllosen Bombenabwürfen über afghanischen Dörfern und Städten eine „Abschreckungs"-Politik befolgte, — eine Politik, die es mit Abscheu gebrandmarkt hatte, solange sie von den Deutschen im Weltkriege angewandt wurde. Inzwischen ist gegenwärtig Afghanistan unabhängig und besitzt eigene diplomatische Vertretungen im Auslande.

Während der Jahre 1875 bis 1903 wurde auch Belutschistan, das an Indien, Afghanistan und Persien grenzt, zu Britisch-Indien hinzugeschlagen. Quetta, seine Hauptstadt, wurde zu einem machtvollen militärischen Stützpunkt ausgebaut, der für Afghanistan den Handelsweg zum Indischen Ozean sperrt und zugleich England die militärische Beherrschung des Landweges nach Indien sichert.

Tibet, das andere „Schild" Indiens, wurde 1904 dem britischen Dominium einverleibt. Vorher hatte es, in seiner tributpflichtigen Stellung zu China, eine Art halber Selbständigkeit. Da es aber den nordöstlichen Zugang zu China von Indien aus, sowie wichtige Handelsstraßen beherrscht, begann das Britische Auswärtige Amt von den Gefahren einer möglichen Invasion, die Indien von dieser Seite drohten, zu sprechen. Die Frage der „Grenzberichtigung" wurde aufgeworfen. Im Jahre 1903 verabredeten britische, chinesische und tibetanische Behörden eine Zusammenkunft auf tibetanischem Gebiet, um die britischen Grenzforderungen zu erörtern. Die Aktion kam zustande — nachdem England die Naivität indischer buddhistischer Gelehrter ausgenutzt hatte, um das Land zu erforschen und Karten davon entwerfen zu lassen. Der englische Vertreter dieser „diplomatischen" Mission war Oberst Francis Younghusband, der als „diplomatischer" Gesandter eine militärische Expedition von 3000 britisch-indischen Truppen anführte. Er drang in Tibet ein und metzelte an 1500 Tibetaner nieder. Zur „Sühne" legte England Tibet eine Buße von 500 000 Pfund auf! Zu einer Verteidigung ihres Landes waren die Tibetaner völlig ungerüstet; das Land wurde 1904 erobert und, dem Wesen nach, britisches Territorium. Das ist von um so größerer Tragweite, als es wie ein Dolch im Rücken Chinas wirkt und als Bollwerk der britischen Macht dient, wie Hongkong vom Meere aus. Seit 1904 — als England an China seine berüchtigten 15 Forderungen stellte, durch die Tibet britisches Territorium wurde — hat der tibetanische Handel mit Indien große Gewinne abgeworfen.



Während der ersten drei Kriegsjahre stieg der Export von Tibet nach Indien um 50 %, wobei Rohwolle den Hauptfaktor stellte. Seinen Import bilden, wie nicht anders zu erwarten, Manchester Baumwollwaren. Tibetanische Lamas werden jetzt in den Londoner Varietébühnen ausgestellt: binnen kurzem wird Europa sie in seinen Zirkussen bestaunen.

Die Eroberung Burmas bildet eine der dunkelsten Episoden in der Geschichte des britischen Imperiums. Nachdem zwei Kriege (1852 und 1856) einige Provinzen Burmas unter die Herrschaft der British East India Company gebracht hatten, fiel der letzte Streich im Jahre 1885, der den Herrscher durch eine Intrige entthronte. Seit 1909, da seine Ölbestände entdeckt wurden, ist Burma endgültig der politischen und ökonomischen Herrschaft Englands untertan und bildet eine seiner ertragreichsten Ölquellen.

Europa kennt die Geschichte Persiens, denn Morgan Schusters Buch „The Strangling of Persia“ (Die Erdrosslung Persiens), ist aus dem Englischen in fast alle Sprachen übertragen worden. Im Jahre 1907 wurde der englisch-russische Vertrag unterzeichnet, kraft dessen, selbstverständlich ohne Befragung Persiens, Rußland den Norden, und England den Süden Persiens als seine „Einflußsphäre“ in Anspruch nahm. Persien selbst wurde großmütig ein Streifen dürren Landes zwischen den beiden mächtigen Rivalen zugestanden. Wie Tibet und Afghanistan fiel auch Persien den beiden Mächten zum Opfer, welche die Zugänge zu Indien beherrschen.

Diese „Sicherungs-Methode“, nach der Siam von England und Frankreich zugleich umklammert wurde, hat jenes alte Kulturreich auf 30 % seiner ursprünglichen Größe verkrüppelt. Und längst hätten England und Frankreich das Land völlig annektiert, wenn sie sich nur über die endgültige Aufteilung der Beute einig geworden wären. Bei jedem neuen Zugriff Frankreichs hat England Protest erhoben, aber nicht, um sein Zurückweichen zu fordern, sondern um hier und dort einen Streifen Landes als „Compensation“ zu verlangen. Auf diese Weise sind die „Straits Settlements“ mit der Flottenbasis Singapore in englische Hände übergegangen. Siam behauptet seine Existenz nur als Pufferstaat; bei Ausbruch eines englisch-französischen Konfliktes wird England das Land sofort überwältigen und zur Eroberung Indo-Chinas übergehen, um das unermeßliche Gebiet bis vor die Tore Hongkongs in britisches Rot zu tauchen.

So erreichte England seinen ersten Zweck zur völligen Unterwerfung Indiens — die Eroberung aller Länder, die den indischen Kontinent begrenzen. Aber während es diesen Plan verfolgte, ließ es nicht sein anderes Ziel aus den Augen: die Beherrschung der Seewege nach Indien.

Die Meeresstraßen sind in zwei Hauptkomplexe zu scheiden: Der alte Weg

um das Kap und der Mittelländische Weg. Für beide ist Gibraltar der Schlüssel. St. Helena, das seit 1651 zum Britischen Reiche gehörte, war ein Stützpunkt für die Schiffe der Ost-Indischen Gesellschaft. Seit jener Zeit sind alle anderen Stützpunkte des Seeweges in englische Hände übergegangen, mit Einschluß von Freetown, Simonsbucht, Ascension, Tristan de Cunha, das Kap, Mauritius und die Seychelles-Inseln — die beiden letzteren im Indischen Ozean.

Die Mittelländische Straße führt von Gibraltar über Malta und Cypern durch den Suezkanal. Die strategischen Stützpunkte dieser Straße sind ebenfalls unter britische Flagge gekommen, darunter: Aden und Perim, die Inseln von Abd-el Kerim, die Kuria-Muria-Inseln und die gleichnamige Bucht, die Sokotra-Inseln an der südlichen Mündung des Suezkanals, Basra am Schatt-el-Arab und Koweit am Persischen Golf, ferner die Bahrein-Inseln, die dem Golf vorlagern. Alle Inseln im Indischen Ozean und im Arabischen Meer wurden in Besitz genommen, darunter Rodriguez, die Amaranta-Gruppe, die Lakkadiwen und Maldiwen, der Chagos-Archipel und Ceylon.

Aus der Notwendigkeit, den Suezkanal (erworben 1880), durch den die Mittelländische Straße führt, zu überwachen, ergab sich folgerichtig die Besetzung Ägyptens; dies geschah 1882. Es folgten der Sudan und das Somali-Land. Im Hintergrund des letzten Burenkrieges steht die Absicht, einerseits die Beherrschung Afrikas zu sichern, und auf der anderen Seite den Weg nach Indien zu schützen. Ägypten wurde besetzt —, vorübergehend, wie die Formel lautete, aber mit dem durchsichtigen Ziel, als Herren in diesem Lande zu bleiben. Mit dieser Besetzung unternahm England einen Schritt, den es bei jeder anderen Nation mit Krieg beantwortet hätte: es verletzte die Integrität des Ottomanischen Reiches.

Auf der asiatischen Flanke sind die Zugänge zu Indien ebenso systematisch gesichert wie auf der europäischen. Alle Inseln im Bengalischen Golf und auf dem Wege nach China und Australien sind in Besitz genommen worden. Der bedeutendste strategische Stützpunkt ist Singapore, an der Spitze der „Straits Settlements". Auch Britisch-Nordborneo erhält durch seine Lage strategische Bedeutung. Von Singapore aus beherrscht England die Bengalische Bucht und die Chinesische Südsee. Die Andamanen und Nikobaren im Bengalischen Golf sind ebenfalls Britisch, und zwar liefern die Andamanen eine der Strafkolonien für indische politische Gefangene.

Die holländischen Kolonien bedeuten kaum eine Unterbrechung in diesem geschlossenen Gürtel, denn in ihrer Lage zwischen Indien und Australien, umschlossen von britischen Inseln, bilden sie Trabanten der britischen Politik, die in einem Kriege nie gegen England Stellung nehmen könnten.

Zur Krönung des Ganzen hat England von Australien, Neuseeland, den



Fiji-Inseln und dem Inselkreis der Südsee Besitz genommen, um den Ring, den es um Indien geschmiedet hat, zu schließen.

Neben der systematischen Eroberung der Grenzländer und Schilde Indiens hat England keine Gelegenheit versäumt, um durch wahllose Mittel alle Landwege nach Indien unter seine direkte Herrschaft oder Kontrolle zu bringen. Der letzte Burenkrieg hat diese Phase englischer Politik gefördert, da er den Gedanken an einen all-britischen Landweg vom Kap bis Kairo — und von Kairo bis Bombay seiner Verwirklichung näherbrachte. Der Versuch, die Türkei den Interessen des britischen Imperialismus unterzuordnen, gehört zu Englands neuesten Taten. Man erinnere sich, daß auf dem Wiener Kongreß, 1815, England nur die Ratifizierung seiner Eroberungen zur See — Malta, das Kap der Guten Hoffnung, Mauritius, die Seychelle-Inseln und Ceylon — forderte. Nach 1815 nahm es plötzlich eine Freundschaftspose gegenüber dem Ottomanischen Reich und dem Islam an — während es gleichzeitig in Indien einen islamischen Staat nach dem anderen eroberte. England erhielt das sogenannte „Protektorat“ über Konstantinopel, das es benutzte, um die Türkei zielbewußt in einen Zustand der Schwäche und Korruption zu halten und sie desto sicherer zu beherrschen — nach dem Rezept, das es heute in Peking befolgt. Bei Ausbruch des Krimkrieges, 1854, nutzte England sein Bündnis mit der Türkei, um die drohende Revolution in Indien abzuwenden. Es erwirkte ein Fetwa des Kalifates, das die indischen Mohammedaner aufrief, dem Britischen Reiche treuzubleiben. Dies war nur einer der ersten Versuche Englands, das Kalifat gegen Indien und die islamische Welt auszuspielen. Nach demselben Schema bedient sich England des Vatikans, um Bullen gegen die Freiheitskämpfer Irlands zu schleudern! Die Besetzung Ägyptens im Jahre 1882 bildete nur eine weitere Phase in der systematischen Sicherung des Landweges nach Indien; und solange Indien unter britischer Herrschaft bleibt, ist schon der Gedanke lächerlich, daß Ägypten je anderes als eine schattenhafte Selbständigkeit erhoffen dürfe.

Während England mit Gewalt — zu Wasser und zu Lande — die Ketten um Indien immer fester schmiedete, schloß es zugleich internationale Allianzen, Verträge und Koalitionen zu demselben Zweck. Der Wiener Kongreß bildet eine glänzende Illustration zu der Methode, wie England seinen skrupellosen Taten das Siegel der Moral aufdrücken ließ. Das englisch-russische Abkommen von 1907, durch das ohne Befragung der betroffenen Länder das Schicksal Tibets, Afghanistans und Persiens besiegelt wurde, trägt den gleichen Charakter. Ebenso ist in diesem Zusammenhang das englisch-japanische Bündnis, das 1902 unterzeichnet und 1905 nach der Besiegung Rußlands durch Japan revidiert wurde, von historischer Bedeutung. Zwei oder drei Klauseln, welche die Einleitung zu dem revidierten Vertrag bilden, lauten:

Artikel A: Festigung und Erhaltung des allgemeinen Friedens in den Gebieten Ostasiens und Indiens.

Artikel C: Aufrechterhaltung der territorialen Rechte der Hohen Vertragschließenden Parteien in den Territorien Ostasiens und Indiens, und Verteidigung ihrer Sonderinteressen in diesen Gebieten.

Dieses Bündnis wurde 1911 und 1921 automatisch revidiert; aber seitdem zu Washington, 1921, der Viermächte-Vertrag unterzeichnet wurde, ist es aufgehoben.

Die Niederlage Rußlands im russisch-japanischen Krieg ließ England aufatmen. Aber nun begann es in Europa Koalitionen gegen jene Macht zu schmieden, die nächst Rußland seine Vorherrschaft am stärksten bedrohte. Und diese Macht war Deutschland.

Nach dem Deutsch-Französischen Kriege hatte der deutsche Handel einen gewaltigen Aufschwung genommen und kurz vor dem Kriege standen seine Handelsbeziehungen zu Indien nur hinter England zurück. Seine Kriegs- und Handelsflotte wuchs in so reißendem Tempo, daß England diese Entwicklung zuerst durch ein Flottenabkommen aufzuhalten suchte, zugleich aber eine systematische Isolierungspolitik gegen Deutschland einschlug. Erschwerend wirkte der Bau der Berlin—Bagdad-Bahn, in dem England einen direkten und unverhüllten Vorstoß gegen seine Vormacht in Indien zu erkennen glaubte. Es blieb daher keine Wahl für England als den Vernichtungskrieg gegen Deutschland anzufachen. Es verleugnete seine jahrhundertalte Feindschaft gegen Frankreich und seine eingewurzelte Furcht vor Rußland, um Bündnisse mit ihnen zu schmieden und sie zur Vernichtung Deutschlands auszuspielen. Nicht nur die Zermalmung der deutschen Militär- und Seemacht war das Ziel, sondern im Grunde die Annektierung der afrikanischen Kolonien, die eine empfindliche Lücke in der all-britischen Straße vom Kap nach Kairo bildeten; und nicht das letzte Motiv war, die Deutschen als Handelskonkurrenten in Asien unschädlich zu machen.

Die Art, in der England seine Ziel erreichte, ruft wiederum die Erinnerung an den Wiener Kongreß wach, der England den Besitz der Seewege nach Indien sicherte. Eine Körperschaft mit dem Namen „Völkerbund" wurde geschaffen, um das Siegel der Autorität und Moral auf den gewaltsamen Länderraub des britischen Imperiums zu drücken. Dieser internationale Verband übertrug England einen Gebietzuwachs von 931 000 Quadratmeilen afrikanischen Gebietes, ein Territorium, das annähernd einem Drittel der Vereinigten Staaten gleichkommt.

Der „Völkerbund" übertrug England auch die Mandate für Palestina und Mesopotamien. Beide Länder bedeuten wichtige Stationen auf dem Wege nach Indien; Mesopotamien ist außerdem eine der wichtigsten Ölquellen. Von großer Tragweite aber ist die englische Politik gegenüber Palestina. Balfours Erklärung im Jahre 1916, in der Palestina als die nationale Heimat



des jüdischen Volkes verkündet wurde, bedeutet die Krönung jener Potitik. Diese Erklärung wurde während des Krieges abgegeben und war darauf berechnet, die deutschen Juden für die britische Politik zu gewinnen. Die sogenannte „Nationale Heimat“ der Juden war und bleibt in englischen Augen nur ein Bindeglied zwischen Ägypten und Indien über Arabien und Mesopotamien. Palestina bildet heute einen der wichtigsten Vorposten Englands und einen der Hauptstützpunkte der britischen Luft- und Landwege nach Indien. Ob das jüdische Volk damit einverstanden ist oder nicht, ob es sich dessen bewußt ist oder nicht — es bleibt die Tatsache, daß es in der englischen Politik planmäßig verwendet wird, um Indien in Unterwerfung zu halten. Es ist nicht zu verwundern, daß Lord Reading, der Vizekönig Indiens, ein Jude ist, daß der Gouverneur von Madras ein Jude ist, daß der erste Hohe Kommissar für Indien in London, Sir William Meyer, ein Jude war, und daß der verstorbene Edwin Montague, Staatssekretär für Indien, ein Jude war. England ist klug genug gewesen, die Intelligenz des jüdischen Volkes vor den Triumphwagen seiner imperialen Sklavenhalterei zu spannen.

Ein flüchtiger Blick auf die Weltgeschichte genügt, um zu erkennen, daß Rußland und Deutschland nicht mehr als ernsthafte Rivalen Englands in China und Indien in Betracht kommen. Er zeigt auch, daß Japan an die Stellen dieser Mächte getreten und die nächste Nation ist, um Englands schuldige Ehrerbietung auf sich zu ziehen. Die farcenhafte „Entwaffnungs-Konferenz“ zu Washington, 1921, stellt daher nichts anderes dar als den Versuch, Japans Macht in Asien zu schwächen. Der Vier-Mächte-Vertrag, der daraus hervorging, trat an die Stelle des englisch-japanischen Bündnisses und ist im Grunde nur ein anglo-amerikanisches Bündnis gegen Japan. Denn als ein Argument für einen Krieg gegen Japan dient: daß es die britischen und amerikanischen Besitzungen in Asien bedrohe.

Auch in den englisch-russischen Beziehungen der letzten Jahre hat Indien eine hervorragende Rolle gespielt. Bei den kommerziellen Verhandlungen zwischen England und Rußland, 1921, war eines der Hauptargumente der englischen Agitation gegen Sowjet-Rußland, daß dieses die britische Herrschaft in Indien untergrabe und den indischen Revolutionären seine finanzielle Unterstützung gewähre. Wenn der englisch-russische Vertrag endlich zur Unterzeichnung gelangte, geschah es unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die indische Propaganda in Indien und jede finanzielle Unterstützung indischer Revolutionäre im Ausland aufzuhören habe. Seit jener Zeit hat die englische Regierung eine Reihe von Protesten gegen Rußland erhoben, die behaupteten, daß jene Bedingungen nicht erfüllt worden seien. Und, wahrlich, sie sind nicht erfüllt worden.

Seit dem Kriege war Deutschland so von seinen eigenen Leiden in An-

spruch genommen, daß es nicht merkte, welche wesentliche Rolle die Knechtung Indiens in seiner eigenen Versklavung spielte. Der Frieden zu Versailles schloß die Deutschen ausdrücklich auf einen Zeitraum von fünf Jahren aus Indien aus. Und in dem letzten deutsch-englischen Handelsabkommen sind zwei Paragraphen vorgesehen, die den Deutschen das Betreten Indiens auf weitere zwei Jahre untersagen. Politische Gründe dienen als Vorwand, aber maßgebend sind die wirtschaftlichen, in erster Linie Englands Vorsatz: die deutschen Kaufleute zu zwingen, keine direkten Handelsbeziehungen zu Indien zu unterhalten, sondern die Vermittlung englischer Firmen anzunehmen. Dieser Plan wird gut unterstützt durch den Propaganda-Feldzug, den die deutsche Presse gegen die Gefahren eines direkten Verkehrs mit Indien und die Unzuverlässigkeit indischer Kaufleute führt. Engländer können selbstverständlich in direkte Beziehungen treten, ohne darunter zu leiden. Die Deutschen aber, so scheint es, müssen wie die Inder und andere unterworfene Völker ihre Interessen von einer wohlwollenden Partei wie England wahren lassen!

Seit Deutschland der Entente zum Opfer fiel, hat England eine Reihe von Protesten an die deutsche Regierung gerichtet, die das Asylrecht indischer politischer Flüchtlinge in Deutschland beanstanden. Die englische Regierung hat versucht, einige dieser Inder aus dem Lande zu vertreiben. Seit Kriegsschluß ist es England in der Tat gelungen, zwei andere Länder zur Ausweisung der indischen Revolutionäre zu zwingen.

Recht interessant sind auch die Beziehungen zwischen England und Amerika, soweit Indien mit hineinspielt. Bis 1921 verhinderte der große Prozentsatz der irischen Bevölkerung in Amerika, die stellenweise die Politik beherrscht, jegliche Annäherung zwischen beiden Ländern. Die Gewährung der Selbstverwaltung an den Irischen Freistaat war eine Geste, die wenig mit der irischen Freiheit zu tun hatte, sondern einzig darauf abzielte, die irische Opposition in Amerika zum Verstummen zu bringen. Eine der interessantesten und gewaltigsten Bewegungen in Amerika war aber die Propaganda der indischen Revolutionäre gegen die britische Herrschaft in Indien. Diese Bewegung stand in engem finanziellen und moralischen Zusammenhang mit der irischen Agitation.

Durch die Begründung des Irischen Freistaates wurde die irische Agitation in Amerika gespalten und mit ihr die indische Bewegung. Nach der sogenannten „Entwaffnungs-Konferenz" beschloß der Oberste Gerichtshof, daß kein Inder mehr amerikanisches Bürgerrecht erwerben dürfe. Bis zu diesem Zeitpunkte waren die Inder dazu berechtigt gewesen und hatten oft Gebrauch davon gemacht, um als Rechtsanwälte, Lehrer und Professoren in das Berufsleben des Landes einzutreten. Es befanden sich Persönlichkeiten von hoher Begabung darunter, die das ganze Gewicht ihres Geistes und Wissens in den



Kampf gegen die britische Herrschung in Indien geworfen hatten. Das neue Gesetz, das sie des Bürgerrechtes beraubte, wandelte sie in Fremde, die der Deportation in das Land ihrer Geburt unterliegen.

Aber noch andere Instrumente der Knechtung stehen England gegenüber Indien zur Verfügung. England kann die Kabel der ganzen Welt überwachen, und die Kabel, die nach Indien leiten, sind ausnahmslos in englischer Hand. Die Kabelnachrichten, die in der deutschen Presse über wirtschaftliche Verhältnisse oder irgendeine Phase der nationalen Bewegung in Indien erscheinen, müssen unter diesem Vorbehalt gelesen werden. England läßt nur solche Nachrichten durch seine Kabel laufen, die seinen Zwecken dienen oder zum mindesten nicht seine Stellung gefährden. Am aufreizendsten zeigte sich diese Zensur zur Zeit des furchtbaren Blutbades zu Amritsar und der folgenden Greueltaten, die der Welt acht Monate verschwiegen wurden.

Auch Englands Luftpläne sind ernster und gefährlicher Natur, besonders soweit sie Indien berühren. England weiß, daß es durch sein Landheer allein Indien nicht in Unterwerfung halten kann, sondern — wie in offenen Debatten des House of Lords erörtert wurde — auch in der Lage sein muß, das Land aus der Luft zu verwüsten. Auffallend ist, daß in allen „Entwaffnungs-Konferenzen" nie von Einschränkungen in der Herstellung tödlicher Chemikalien für Kriegszwecke noch von einer Einschränkung der Luftflotten die Rede war. Ständig verstärkt England seinen Luftdienst an den Grenzen Indiens. Schon wurden Kriegsluftzeuge verwendet, um indische Dörfer und Städte zu bombardieren, Kriegsluftzeuge haben harmlose afghanische Städte mit Bomben belegt; Aeroplane haben die protestierende Bevölkerung Arabiens und Mesopotamiens mit Bomben beworfen. England baut nicht nur eine Flottenbasis zu Singapore, sondern auch eine Luftstation.

Auf die Beherrschung der Luftwege nach Indien richtet jetzt England seine ganze Energie. Der Chef des britischen Luftministeriums befindet sich auf einer Rundtour, um die all-britischen Luftwege nach Indien und Australien zu organisieren. England gehört jetzt der Landweg vom Kap nach Kairo, der Südafrika mit Ägypten verbindet, und seine Luftstraßen überkreuzen dasselbe Gebiet. Seine Luft- und Landwege erstrecken sich von Ägypten über die neuen Kolonien Palestina und Mesopotamien und über Persien bis Bombay.

Wenn man Engländer befragt, aus welchen Gründen sie Indien oder Ägypten in Unterwerfung halten, so sprechen sie etwas von der „Bürde des Weißen Mannes" (white man's burden) oder ihre Antwort lautet ähnlich wie die von Sir Eldon Gorst, des Gouverneurs von Ägypten (1910):

„Die britische Politik in Ägypten unterscheidet sich in keiner Weise von der, die Groß-Britannien gegenüber allen beherrschten Ländern in der ganzen Welt befolgt: die Wohlfahrt der Bevölkerung allem übrigen voranzustellen."

Eine nähere Untersuchung wirft ein etwas andersfarbiges Licht auf die Motive, aus denen Endland sich mit der „furchtbaren Bürde des Imperiums" schleppt, eine Nation nach der anderen unterjocht und einen Krieg nach dem anderen um das Vorrecht führt, „des Weißen Mannes Bürde zu tragen".

Der Gewinn, den England aus Indien zieht, ist untcr drei Kategorien einzuordnen:

1. Handelsvorteile,
2. Politische und militärische,
3. Soziale, moralische und geistige.

Der auffallendste Aktivposten Indiens ist sein ungeheurer Reichtum an Mineralien und vegetabilen Rohstoffen. Indien behauptet das Monopol für Jute, es liefert 51 % der Weizenproduktion des Imperiums, 58 % des Tees, 73 % des Kaffees und fast die gesamte Baumwolle; es hat die größten Reisernten der Erde und ist eines der stärksten Exportländer. Groß ist sein Reichtum an Mineralien und Kohle. Sich selbst überlassen, würde es seine Ernährung zu vielen Malen decken und das Land von den Hungersnöten befreien, die jährlich Millionen Menschen dahinraffen. Die Erhaltung der englischen Industrien aber bedingt, daß England die indischen Rohstoffe in Händen hat und durch politische Macht den indischen Markt als ausschließliches Absatzgebiet für seine Fertigfabrikate sichert.

Der Anteil Englands am gesamten indischen Handel beträgt 64 %. Diese Ziffern gelten nur für den direkten Handelsverkehr oder den sogenannten legitimen Handel. Sie sind unabhängig von den Zinsen und Dividenden für englische Kapitalsanlagen in Indien, deren Beträge Tausenden von englischen Familien ein jährliches Einkommen sichern. Im Jahre 1913 betrug das Kapital, das ausschließlich in Händen von Engländern in Indien war, 345.8 Milliarden Pfund Sterling. Für alle industriellen Unternehmungen wird das Kapital in London erhoben, alle Aufträge für Eisenbahnen werden fast ausschließlich an englische Fabriken vergeben, obgleich die englischen Waren viel teurer und oft minderwertiger sind als die Deutschlands oder der anderen Länder. Die gesamten Goldreserven Indiens sind in der „Bank of England" deponiert, und, da England Pfund-Währung hat, und da es den indischen Geldmarkt, der auf dem Silberkurs basiert, beherrscht, zieht es jährlich aus geschickten Manipulationen in der Regulierung des Wertverhältnisses von Silber zu Gold gewaltige Gewinne.

Bei der Darstellung der industriellen und Handels-Vorteile ist der Betrag der indischen Einkünfte, die für den Zivil- und Heeresdienst aufgewandt werden, noch nicht in Rechnung gestellt. Der Zivildienst verursacht einen erschreckenden Abzug indischer Geldquellen nach England. Zur Verwaltung Indiens erhält England einen Apparat, dessen höhere Posten zu unerhörten



Gehältern von Engländern bekleidet werden. Jeder dieser Beamten kehrt nach einer gewissen Dienstperiode mit lebenslänglicher Pension in seine Heimat zurück. Auf diesem Wege allein fließen jährlich 20 Millionen Pfund Sterling nach England, die aus indischen Steuern stammen. Nach Schätzungen von Sir John Campbell, eines englischen Beamten, wandert eine gleiche Summe in Form privater Überweisungen von Beamten an ihre Familien jährlich nach England.

So steigt dieser jährliche „Gewinn" auf die ungeheuerliche Summe von 40 Millionen Pf. St.; dies ist in Wahrheit der Tribut, den Indien an England zu entrichten hat, und der das Land verarmt, da er keine Gegenwerte einbringt. Für Indien bedeuten diese Zahlen verhältnismäßig viel mehr, als sie in Europa bedeuten würden. Denn in Indien beträgt das durchschnittliche Einkommen pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung: 4 Pf. St. Ein Volk, das auf diese tiefe Lebenshaltung herabgedrückt ist, erträgt nicht leicht eine jährliche Abwanderung von 40 Millionen Pf. St. Dieser systematische Abfluß des Geldes aus Indien währt schon länger als 60 Jahre und stellt die einstige Beute der Ostasiatischen Gesellschaft nicht in Rechnung. Doch geben diese Zahlen eine Vorstellung von dem Verbluten des indischen Volkes, das den gewaltigen Reichtum Englands speist.

England unterhält ein englisches und ein indisches Heer in Indien und verwendet 60 % der gesamten indischen Einkünfte auf den Heeres- und Geheimdienst. Und doch herrscht die Ansicht vor, England sei keine Militärmacht und unterhalte nur ein geringes Heer ohne Militärzwang. Niemand zieht in Betracht, daß Indien das Zentrum des britischen Militarismus bildet. Dort steht die indische Armee in dauernder Bereitschaft, und die Erklärung Lord Curzons vor der Geographischen Gesellschaft in Edinburgh möge illustrierend wirken:

„Die Zentrallage Indiens, seine mächtigen Hilfsquellen, seine ständig zunehmenden Menschenmassen, seine bedeutenden Handelshäfen, seine militärische Kraft, die uns eine Armee liefert, die dauernd im Stande hoher Kriegsbereitschaft steht, um jeden Augenblick nach einem Punkte Afrikas oder Asiens geworfen zu werden — alles wird zum unwiderleglichen Beweise für seinen hervorragenden Wert.

Deutschland hat im letzten Kriege erfahren, daß die indischen Heere nicht nur in Bereitschaft standen, um gegen einen Punkt Asiens oder Afrikas, sondern auch gegen Europa geworfen zu werden.

Da die Dienstperiode für englische Soldaten in Indien kurzfristig ist, werden stets neue Rekruten nach Indien gesandt, während ausgebildete Mannschaften zurückkehren, um in die englischen Reserven gestellt zu werden. Auf diese Weise werden innerhalb weniger Jahre Tausende von Engländern zum Militärdienst ausgebildet. Selbst die Kosten für den Transport dieser Rekruten

nach und von Indien werden aus indischen Einkünften gedeckt. Nach dem „Statesman's Jearbook" von 1922 betrug Indiens militärisches Budget für 1921 und 1922 mehr als das Doppelte des zusammengelegten Flotten- und Heeresetats von Japan.

Es bedarf keiner großen Phantasie, um zu ermessen, was diese Ausbeutung für Indien bedeutet. Generation auf Generation von Indern hat nur Sklaverei kennen gelernt und jene unerträgliche Armut, welche die durchschnittliche Lebensdauer auf 23 Jahre in Indien herabgedrückt hat (während sie in Europa 45 beträgt). In England aber hat Generation auf Generation — seit dem frühesten 18. Jahrhundert bis heute — den Reichtum, der aus Indien floß, geerntet, der sich in immer weiteren Kreisen fortpflanzt und endlich das wirtschaftliche und geistige Leben Englands auf eine hohe Stufe gehoben hat. Durch die Raubzüge des Imperiums hat die englische Bourgeoisie die Muße erworben, die für jede Äußerung kulturellen Lebens die unerläßliche Voraussetzung ist. Auf dem Leibe Indiens stehen Englands Dichter und singen von Freiheit und Menschenrecht. Seine Dramatiker schaffen Werke von so hohem Werte, daß sie die Augen der Welt auf sich ziehen. Aber die Notwendigkeit, Indien als Zentralpfeiler des Imperiums zu erhalten, ist so tief in das Bewußtsein des englischen Volkes eingedrungen, daß sie sogar den Gedankengang der arbeitenden Klassen färbt. Dies offenbarte sich in der Aera des englischen Arbeitsministeriums, dessen erste Proklamation eine feierliche Warnung Ramsay MacDonalds an Indien war: England werde keinen Loslösungsversuch vom Imperium dulden. Während in England die Arbeiterpartei an der Macht war, wurden in Indien die bengalischen Ausnahmegesetze durchgeführt, die alle Schrecken der „Star Chamber" in England — bis auf die Verhaftung verdächtiger Personen und ihr geheimes Verhör — wieder wachriefen. Der Angeklagte darf keinen Anwalt zu seiner Verteidigung nehmen und nicht einmal die Anschuldigungsakten gegen ihn einsehen. Diese Ausnahmegesetze ermächtigen die Regierung auf Grund schriftlicher Verdächtigung gegen den Beschuldigten vorzugehen, ohne den Zeugen zum Kreuzverhör zu fordern. Wenn solche Vorgänge sich unter einem Arbeitsministerium abspielen konnten, so werden sie sich auch unter einem kommunistischen Ministerium wiederholen, denn, wie ein englischer Kommunist erklärte: „Wir englischen Kommunisten werden die indischen arbeitenden Klassen nicht der indischen Bourgeoisie ausliefern". Dies spricht deutlich genug dafür, daß auch die Kommunisten die löbliche Absicht haben, des „Weißen Mannes Bürde" auf sich zu nehmen.

Vielleicht eines der ehrlichsten Bekenntnisse der Gründe, die England zur Behauptung Indiens bewegen, finden wir bei dem englischen Imperialisten, A. E. Duchesne, in seinem Buch „Democracy and Empire", eine der im-



perialistischen Veröffentlichungen des Königlichen Kolonial-Institutes in London. Duchesne sagt:

„Britannien bedarf Indiens. Ohne die Erwerbung Indiens wäre das britische Imperium — wenigstens in seiner heutigen Gestalt — nicht entstanden. Seit den Zeiten Elisabeths hat Indien uns gerade den Ansporn gegeben, dessen unser Land zu seiner Entwicklung immer bedurfte. Der Sehnsucht, Indien zu erreichen, verdanken wir unsere maritimen Unternehmungen und Entdeckungen. Dem Kampf um die Eroberung Indiens verdanken wir unsere Vorherrschaft zur See, und die militärische Vormacht gegenüber Holland und Frankreich. Dem Handel mit Indien verdanken wir unseren vergangenen und gegenwärtigen Reichtum. Ohne Indien wären die Lancashire Industrien bankrott. Unserer Fähigkeit, Indien zu behaupten, danken wir das Prestige unseres Reiches. Unserer Schulung in und an Indien danken wir unsere praktische administrative Weisheit."

Mit solch einer Macht in Händen wird England seine privilegierte Stellung nicht aufgeben, ohne jede Waffe, die der Menschengeist ersinnen kann, in den Kampf zu führen. Und dieser Kampf ist es, den die Welt in nächster Zukunft erwartet. Denn England ist entschlossen, Indien — und ganz Asien — in dauernde Unterwerfung zu halten, auf daß seine eigene Macht, Ruhm und Reichtum bestehe. Dabei begegnet es aber zwei mächtigen Feinden in Asien. Erstens: der indischen Bewegung gegen die englische Herrschaft und zweitens: dem Erwachen Chinas, das sich langsam erhebt, um die imperialistischen Mächte abzuschütteln, die an seinem Marke zehren. Zu dieser Konstellation tritt eine Großmacht Europas — Rußland — hinzu, die daran interessiert ist, die britische Vorherrschaft in Asien zu stürzen. Im Hintergrund all dieser Gewalten aber erhebt sich die drohende Macht Japans, die Europas Vorherrschaft in Asien zum Entscheidungskampf herausfordert.

Ein bedeutender Faktor, mit dem in Asien zu rechnen ist, ist die psychologische Wirkung, die der Sieg Japans über Rußland auf das Gemüt aller Asiaten ausgeübt hat. Dieser Sieg rüttelte Asien aus seinem Schlaf. — Es war der Auftakt zu der schweigenden asiatischen Revolution, die sich in Indien und China vollzieht. Seit jenem Tage wurde Japan das mahnende Wahrzeichen für Asien, daß ein asiatisches Volk nicht schicksalsmäßig einem europäischen untertan sein muß.

Wie bereits festgestellt, bedeutete die sogenannte „Entwaffnungs-Konferenz" zu Washington nichts mehr und nichts weniger als einen Versuch, die Macht Japans zu schwächen. Die kommende Konferenz, die ebenfalls zu Washington tagen wird, wird diesen Versuch wiederholen. Das Vorgehen Englands und Amerikas bildet einen Parallelfall zu dem Versuch, den England drei Jahre vor dem Kriege machte, Deutschlands Flotte durch die „Haldane-Vorschläge" einzuschränken.

Inzwischen hält Amerika, als eine Art „moralischer" Vorbereitung, Flottenmanöver im Stillen Ozean ab. An 200 amerikanische Journalisten begleiten die



Flotte, um die Propaganda für den kommenden Krieg zu fördern. Denn nicht mehr mit Waffen allein werden Kriege ausgefochten. Japan hat sich geweigert, die amerikanische Flotte ohne Erklärung einzulassen und hat „Gegenmanöver" abgehalten, mit denen es die Zugänge zum Inselreich behütet.

England und Amerika, die in der anglo-amerikanischen Allianz geeint sind, sind entschlossen, Japan und mit ihm die letzte furchtlose Stimme Asiens zu ersticken. Alle Vorspiegelungen, daß Japan die Philippinen bedrohe, sind falsch. Der wahre Grund für den künftigen Krieg ist der Beschluß der anglo-amerikanischen Welt, Indien um jeden Preis in Unterwerfung zu halten und China als politische und wirtschaftliche Beute unter sich aufzuteilen. Während des Weltkrieges hat Japan 50 % des chinesischen Textilmarktes erobert. Die Wirkung dieses Vorganges, die durch den indischen Boykott gegen britische Waren erhöht wurde, war verheerend und beraubte Tausende von englischen Arbeitern ihres Erwerbes.

Politisch beherrscht England bereits das ganze Yangtze-Tal von Hongkong bis Tibet. Nach Professor Adam Gibbons in seiner „New Map of Asia" beherrscht England 22 % des chinesischen Gebietes. Die letzten Vorgänge in China haben als Illustration gedient, daß England in China ausreichende Gewalt besitzt, um im gegebenen Augenblick die Integrität Chinas zu verletzen. Im letzten August brach in Canton ein Aufruhr aus, der von dem leitenden chinesischen Beamten der „Hongkong- und Shanghai-Bank" — dem bedeutendsten britischen Finanz-Institut in jenem Weltteil — angeführt wurde. Als Dr. Sun Yat Sen, in dessen Gebiet die Rebellion ausbrach, die Aufrührer zur Übergabe aufforderte, sandte der britische Generalkonsul in Canton ein Ultimatum, in dem er drohte, die britische Flotte werde ihre Geschütze auf Canton richten, sobald er gegen die Rebellen vorginge. Als Antwort auf diese herausfordernde Aktion erließ Dr. Sun Yat Sen ein Manifest an das chinesische Volk, das ein grelles Licht auf die Methoden wirft, die England in China befolgt, um von hier aus den Krieg gegen Asien einzuleiten. Ein Paragraph des Manifestes lautet:

„Ist es, weil derartige Gewalttätigkeiten gegen ein schwaches und zerrissenes Volk ungestraft verübt werden dürfen, daß hier in cantonischen Gewässern die britische Flotte die Drohung ausstoßen darf, eine chinesische Stadt zu beschießen. Jedoch, ich sehe eine tiefere und düstere Bedeutung hinter dieser Herausforderung des imperialistischen England. Wenn man sie mit den diplomatischen und moralischen Unterstützungen und den Millionen-Anleihen zusammenreimt, welche die imperialistischen Mächte seit zwölf Jahren beständig für die Reorganisation der Gegenrevolution gewähren, so kann man in dieser erneuten Aktion nur einen berechneten Versuch erblicken, die Regierung, die ich vertrete, zu stürzen. Denn hier herrscht offener Aufruhr gegen diese Regierung, geleitet von einem zuverlässigen Agenten des mächtigen imperialistischen Apparates, den Britannien in China unterhält, — und die sogenannte britische Arbeitsregierung droht



die chinesischen Autoritäten niederzuschießen, falls sie den einzigen Weg einschlagen, auf dem sie einer Bewegung Herr werden können, die auf ihren Sturz zielt."

Angesichts dieser Entwicklung hat Japan plötzlich seine Politik China gegenüber, die jahrelang durch Anmaßung und Feindseligkeit charakterisiert war, einer Revision unterzogen: Es hat einen wohlwollenden Vertrag mit Rußland geschlossen, in dem die beiden Länder sich verbürgen, die Integrität Chinas zu schützen. Es steht zu erwarten, daß Rußland und Japan vereint ein Bündnis mit China anstreben werden. Der Anblick der geeinten Mächte Japans und Sowjet-Rußlands macht England (und Amerika) sichtlich nervös und veranlaßt es zu fieberhaften Zurüstungen für den kommenden Krieg. Diese Vorbereitungen umfassen:

Erstens: In seiner indischen Innenpolitik trachtet England erneute Spaltung unter Hindus und Mohammedanern zu erzeugen, um die Einigung Indiens zu verhindern. Denn ein geeintes Indien würde sich mit Rußland, Japan und China zusammenschließen. Im Nahen Osten z. B. versucht England eine unabhängige arabische Föderation zu bilden, welche die Überwachung der Heiligen Stätten des Islam übernehmen und den Sitz eines Marionetten-Kalifates bilden soll, um den religiösen Aspirationen der indischen Mohammedaner zu schmeicheln. Dieses Kalifat wird natürlich als eine der politischen Waffen gegen Indien ausgespielt werden.

Zweitens: Der Ausbau einer Flotten- und Luftbasis zu Singapore, die bekanntlich gegen Japan, China und Indien gerichtet ist. Im Zusammenhang mit dieser Frage scheint ein Artikel von W. H. Gardiner, des Vizepräsidenten der Flottenliga in Amerika, der in der Ausgabe vom November 1924 der Fortnightly Review erschien, von Bedeutung. Der Verfasser sagt:

„Es mag angebracht sein, daran zu erinnern, daß 1922 der Außenhandel der Britischen Inseln, von dem der größte Teil der englischen Arbeiterschaft lebt, sich auf nahezu 2 Billionen Pfund Sterling belief, wovon fast die Hälfte von den Stillen und Indischen Ozeanen getragen wurde, — während im selben Jahre der Außenhandel der Vereinigten Staaten, der im Orient rapide zunahm, etwa vier Fünftel von dem der Britischen Inseln betrug. Wo solche Interessen für England und Amerika auf dem Spiele stehen, erscheint eine einzige wirksame Methode zu ihrem Schutze gegeben: daß beide Länder das Zentrum ihrer Stellung und die davon abhängigen Territorien mit solch überzeugender Festigkeit behaupten, daß der bloße Versuch von seiten Japans, seine südwärts gerichteten Flottenpläne zu verwirklichen, von vornherein vereitelt wird.

Mögen Europa und Amerika innerhalb ihrer Grenzen ihren eigenen Idealismus kultivieren: nur mögen sie der Tatsache eingedenk sein, daß das moderne Asien ein Reich des Realismus erbaut, dessen praktischen Auswirkungen Amerika und England nur dadurch begegnen können, daß sie mit unverrückbarer Festigkeit ihre Stellung behaupten.

Die amerikanische Flotte ist nicht so groß, wie sie zulässigerweise sein sollte . . . Die britische Flotte hat nicht die geeignete Basis im Stillen Ozean . . . Es scheint im Interesse Amerikas wie Englands zu liegen, daß der Ausbau einer Flottenbasis, wie sie für Singapore geplant ist, nicht mehr lange hinausgeschoben wird."

Drittens: In Indien befestigt England das nordwestliche Grenzgebiet, da es von dort ganz Nordindien zu Lande beherrschen kann; zugleich aber errichtet es dort Stationen und Hallen für Luftzeuge. Während des Februar wurden die größten militärischen Manöver, die je stattgefunden hatten, zu Delhi abgehalten.

Viertens: England führt in Deutschland, durch die Presse und mit Vorträgen, einen gewaltigen Propaganda-Feldzug für die sogenannte „White World Solidarity" und gegen die Gefahr, die eine Befreiung Indiens für Europa bedeuten würde. Mit anderen Worten: Deutschland und andere Mächte Europas werden zur Bereitschaft gemahnt, ihre Techniker und Soldaten auszusenden, um Englands Schlachten in Asien auszufechten. Denn, da England nach den französischen Kolonien Gelüste trägt, und da Frankreich die stärkste Militärmacht Europas zu werden droht, wird die anti-französische Stimmung der Deutschen ausgenutzt, um ihnen nahezulegen, sich England in jenem verruchten Kampfe anzuschließen. Frankreich wird naturgemäß sich gezwungen sehen, sein Gewicht in die gleiche Wagschale mit Asien zu werfen. Aber auch dann wird es aus Asien vertrieben werden, denn der Kampf, der dort entbrennt, geht nicht um einen Wechsel der Herren, sondern um Freiheit!

Fünftens: Der Flotten- und Heeresetat Hollands wird inzwischen erhöht, da, bei Ausbruch eines asiatischen Krieges, Holland infolge der Lage seiner ostindischen Kolonien, ein Bündnis mit England und Amerika nicht vermeiden kann.

Angesichts dieser Konstellation wird es täglich deutlicher, daß England und Amerika die endgültige Bezwingung Asiens vorbereiten. In ihrer Besorgnis, das Spiel allein nicht gewinnen zu können, werben sie Deutsche und andere Söldner für ihre Pläne an. Sie sprechen von der „Asiatischen Invasion", aber sie vergessen von der „Europäischen Invasion" zu sprechen, die sich durch vier Jahrhunderte gezogen hat, und die jene Weltkatastrophe heraufbeschwört. Sie sprechen von der „Gelben Gefahr", aber sie vergessen „Das Weiße Verhängnis" zu erwähnen, das Asiens große Kulturen zerstört hat und Indien, eine der größten, als Opfer verzweifelter Armut, Seuchen und Betäubungsmittel zurückgelassen hat. Es schmeichelt den Revanchegedanken vieler Deutscher, daß sich ihnen eine Gelegenheit zum Kampfe mit Frankreich biete; aber wären die Deutschen weise, so würden sie gedenken, wie Indien, ein Land von der Größe Europas, unterworfen wurde dadurch, daß ein Volk gegen das andere ausgespielt wurde. Wenn Deutschland sich England und Amerika anschließt, so wird es ein Fußball dieser Mächte bleiben. Sollte es aber sein Schicksal an das Asiens binden, so steht eine große Zukunft ihm bevor. Denn Deutschland ist durch seine hohe Bildungsstufe und seine industrielle Fortgeschrittenheit dazu ausersehen, Asien seine technische Schu-



lung und sein Wissen mitzuteilen, um im Austausch Asiens Rohprodukte zu empfangen. Aber nur in Freundschaft und Zusammenarbeit können sich Asien und Deutschland begegnen, nicht aber im Verhältnis des Überlegenen zum Untergeordneten. Nur auf einer solchen Basis kann Deutschland sich mit Asien in dem Versuch einen, eine Lösung der Menschheitsprobleme anzubahnen. In dem kommenden Kampf aber, der so gewiß ist, wie die Reiche Englands und Amerikas Realitäten sind, wird Deutschland vor der schicksalhaften Wahl stehen, sich entweder den Mächten der Unterdrückung und der Verheerung menschlicher Kultur anzuschließen — oder sich zu den Kräften zu bekennen, die für den Fortschritt der Menschheit und Freiheit wirken!

FRIEDRICH PAPENHUSEN:
DAS POLITISCHE PROBLEM DER BALKANHALBINSEL.

Die Balkanhalbinsel gilt von jeher als der politische Wetterwinkel Europas. Nicht mit Unrecht! Jeder Flintenschuß, der hier losgeht, hallt in den europäischen Kabinetten wider. Viele Versuche sind gemacht worden, die politischen Verhältnisse zu stabilisieren. Der letzte Versuch, die Friedensschlüsse nach dem Weltkriege, hat noch den letzten Rest des Guten beseitigt, was als Resultat des zweiten Balkankrieges blieb. Die Ereignisse an der Jahreswende in Albanien und die merkwürdige Haltung Jugoslawiens dazu, der neuerliche griechisch-türkische Konflikt zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, welcher Zündstoff in Südosteuropa lagert.

Das Interesse der europäischen Mächte wird heute in der Hauptsache von den politischen Vorgängen in West- und Mitteleuropa in Anspruch genommen. Eine direkte Verquickung dieser mit der Orientpolitik ist nicht abzuleugnen. Für die Orientpolitik ist die Balkanhalbinsel wegen ihrer Stellung im Weltverkehr ein wichtiges Objekt. Es scheint darum angebracht, einmal die geopolitischen Verhältnisse dieses Gebietes eingehender zu untersuchen.

Wie eine Bastion springt die Balkanhalbinsel in das östliche Mittelmeer vor. Von Asien nur durch die Meerengen getrennt, durch die ägäische Inselflur gleich eng mit ihm verknüpft, durch die Donau verkehrsgeographisch mit Mitteleuropa verbunden, bildet sie ein wichtiges Übergangsglied vom Abendland zum Morgenland.

Die kürzeste Verbindung von der Nordsee zum Persischen Golf, nach Indien und Ostasien, nach Ländern, die als Absatzmärkte und Rohstoffquellen gleich wertvoll sind, führt über die Balkanhalbinsel. Sie wird gekreuzt durch die Meerengen, jene Straße, die immer noch die beste und billigste Verbindung zu den Randländern des Schwarzen Meeres ist. Leichte Übergangsmöglichkeiten durch Don und Wolga zum Gebiet des Kaspischen Meeres dehnen den Einflußbereich dieses Weges bis nach Zentralasien aus. Heute geht der Schnellverkehr von West- und Mitteleuropa zum Suezkanal noch über Italien. Der nähere Weg führt aber über die südöstliche Halbinsel. Ein großer Teil des Verkehrs wird diese Route wählen, wenn erst die Bahn Belgrad—Saloniki—Piräus den Anforderungen eines gesteigerten Verkehrs genügt. Dann gehört auch die Westküste des Indischen Ozeans zum Verkehrsbereich der Balkanhalbinsel.

Ein Verkehrsknotenpunkt, in dem sich die Wege nach den Randländern des Indischen Ozeans, nach Ost- und Zentralasien schneiden, ist ein politisches Ob-

jekt, wie es wichtiger kaum gedacht werden kann. Ein Gebiet, durch solche Verkehrslage ausgezeichnet, muß zum Spielball der Politik anderer werden, wenn es nicht über die nötigen Machtmittel verfügt, die Gunst der Lage selbst schützen und ausnützen zu können. Das trifft für die Balkanhalbinsel in vollem Maße zu.

Das Interesse der Großmächte an den Balkanstaaten wird weniger durch deren Inhalt bedingt als durch die Tatsache, daß sie Besitzer und Anlieger weltwirtschaftlich bedeutungsvoller Straßen sind. Sie stellen in der politischen Rechnung einen wichtigen Faktor dar. Erst aus dieser Bedeutung kann man erkennen, warum die Balkanhalbinsel zum politischen Wetterwinkel Europas wird. Orientpolitik und Balkanpolitik der Großmächte sind eng miteinander verbunden. Wollen wir diese verstehen, müssen wir jene erst kennen lernen.

Die Politik Deutschlands in den letzten Jahren vor dem Kriege war gekennzeichnet durch den Zug nach Südosten. Nur in dieser Richtung konnte es hoffen, für seine stark entwickelte Industrie und seine ständig wachsende Bevölkerung Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu finden. Im Gegensatz zu anderen Mächten glaubte Deutschland durch wirtschaftliche Erstarkung und Sicherung des Besitzstandes der betreffenden Länder sein Ziel zu erreichen. Die Erhaltung der Türkei war Vorbedingung dazu. Eine solche Politik konnte keine Freundschaft bei den Balkanvölkern erwecken. Wie die Großmächte wollten auch sie sich bei der Aufteilung der türkischen Beute bereichern. Wenn es Deutschland schließlich im Laufe des Weltkrieges gelang, wenigstens Bulgarien auf seine Seite zu ziehen, so doch zum großen Teil nur deshalb, weil sich die Türkei zu Zugeständnissen an der Maritza verstand. Heute ist Deutschland von einer aktiven Orientpolitik ausgeschlossen. Das wird um so fühlbarer, als ihm so die Möglichkeit genommen ist, die Rheinlandpolitik Englands und Frankreichs durch einen Druck an anderer, für seine Gegner wichtiger Stelle in seinem Sinne beeinflussen zu können.

Englands Weltmachtstellung steht und fällt mit dem uneingeschränkten Besitz von Indien. Dazu muß es alle Land- und Seewege dorthin in fester Hand halten, wenn auch nicht besitzen, so doch beaufsichtigen. Konstantinopel, die ägäische Inselwelt, die Küstenländer der Levante, Ägypten sind solche Stützpunkte, von denen aus der Verkehr beherrscht werden kann. England ist auf diese Wege desto mehr angewiesen, je mehr das Erdöl an wirtschaftlicher und damit an politischer Bedeutung gewinnt. Es fördert im eigenen Lande kein Öl. Persien, Britisch- und Niederländisch-Indien sind seine Hauptlieferanten. Hieraus ergibt sich seine gefährliche „ölstrategische“ Position, die die Beherrschung der Anfahrtstraßen gebieterisch fordert. Die ägyptische Frage, der Suezkanal und der Ausbau von Singapore gewinnen unter diesem Gesichtspunkt besondere Bedeutung.

Frankreichs Orientpolitik segelt unter der Flagge „Schützer der christlichen Nationen". Diese Stellung nutzt es nicht einseitig aus. Durch geschickte Propaganda unter den Völkern des Islam hat es verstanden, sich überall Freunde zu erwerben. Mit kulturellen Mitteln will es die politische Eroberung vorbereiten. Die kürzlich aufgetauchte Bezeichnung Frankreichs als „mohammedanische Großmacht" zeigt, wie weit es bereits gekommen ist. Das alte napoleonische Ziel, Vorherrschaft über das Mittelmeer und das weite Hinterland seiner nichteuropäischen Gestade, ist auf dem besten Wege, der Erfüllung entgegen zu gehen.

Italien will seine Landesgrenzen durch feste Beherrschung der Adria sichern. Dazu bedarf es der gegenüberliegenden Küste. Ist dieses Ziel erreicht, so ist die Brücke gebaut für eine wirtschaftliche Eroberung der Balkanhalbinsel. Die Ausdehnung von Handel und Einfluß auch an der Levante, das fernere Ziel, kann dann leichter betrieben werden.

Von einer Orientpolitik Rußlands im Sinne der eben genannten Staaten können wir schlecht reden, und doch gehört die russische Politik in diesen Zusammenhang, da ohne sie das Bild der allgemeinen Orientpolitik unvollständig und unverständlich bleiben würde. Rußland strebt nach einem freien, zu allen Jahreszeiten benutzbaren Ausgang zum Weltmeer, den es nur durch die Meerengen bekommen kann. Gleichlaufend mit diesem Ziel ist die panslavistische Politik, für die die Balkanhalbinsel das geeignete Feld ist.

Der Ausgang des Weltkrieges brachte keinem Volke die Erfüllung seiner Orientwünsche. Deutschland ist ausgeschaltet, und die Gegensätze zwischen den anderen Mächten haben sich eher verschärft als gemildert. Ein Ziel, in dem sich mit Ausnahme Deutschlands alle einig waren, die Zerstückelung der Türkei, ist nicht erreicht worden. Die Türkei hat zwar eine Amputation an Haupt und Gliedern über sich ergehen lassen müssen. Es hat sich aber gezeigt, daß der Rumpf nicht nur lebensfähig ist, sondern daß er, nunmehr im wesentlichen einheitlich völkisch geschlossen, an Vitalität gewonnen hat. Die politischen Erfolge seit dem Vertrag von Sèvres, wenn auch dank der Unterstützung Frankreichs gewonnen, verraten die innere Kraft. Die Türkei entwickelt sich immer mehr zu einem Faktor, mit dem in der Orientpolitik zu rechnen ist. Nur ist zu befürchten, daß die junge Republik in Überschätzung ihrer eigenen Kräfte Zielen zustrebt, die sie nicht erreichen kann. Das bedeutet nicht nur eine Gefahr für sie, sondern stellt die gesunde Entwicklung der Orientpolitik, die einer starken Türkei bedarf, überhaupt in Frage.

Alles Land um das östliche Becken des Mittelmeeres ist in festen Händen. Eine Änderung des politischen Status kann nur durch kriegerische Eroberung oder auf den verschlungenen Wegen der Diplomatie erreicht werden. Eine kriegerische Verwicklung ist zunächst wenigstens nicht zu befürchten. Dem



angegriffenen Staat erwachsen in den übrigen Mächten, die ebenfalls ihre Interessen gefährdet sehen, sofort Bundesgenossen. Erfolg ist nur auf diplomatischem Wege zu erwarten, d. h. die Großmächte müssen danach trachten, sich die Länder am östlichen Mittelmeer gefügig zu machen. Die Balkanstaaten spielen dabei eine wichtige Rolle. Wir wollen sehen, was die Mächte bis jetzt erreicht haben.

Frankreich war bisher nur mit kulturellen Interessen am östlichen Mittelmeer vertreten. Seitdem es als „Mandatar" Syriens auch Anlieger desselben geworden ist, hat sich seine machtpolitische Stellung wesentlich gehoben. Durch den freiwilligen Verzicht auf Kilikien und ansehnlicher Gebietsstreifen in Nordmesopotamien hat es sich die Gunst der Türkei erworben, deren direkter Nachbar es jetzt geworden ist. Dadurch ist ein nachhaltiger Einfluß gesichert, und in der Tat wandelt die Türkei heute auch ganz in französischen Bahnen. Daneben verleiht die Verkehrslage Syriens eine nicht zu unterschätzende Macht. Ein erhebliches und wichtiges Stück der Bagdadbahn, das vom Amanus nach Aleppo und die Strecke von dort nach Killis ist durch die neue Grenzführung in Syrien einbezogen worden. Der Weg von den Meerengen zum Persischen Golf steht so unter direktem französischen Einfluß und kann leicht unterbrochen werden. Syrien liegt ferner in der Richtung der künftigen Bahn Kairo—Kalkutta. Weit wichtiger ist aber seine Flankenstellung zum Suezkanal, der Schlagader des britischen Weltreichs, die auch von Westen her bedroht ist. Die Herrschaft Englands in Ägypten steht, wie die Ereignisse der letzten Zeit gezeigt haben, auf recht tönernen Füßen. Ein selbständiges Ägypten kann trotz aller englischer Vorbehalte unter richtiger Ausnutzung der politischen Verhältnisse den Verkehr durch den Suezkanal gefährden. Berücksichtigt man ferner, daß Frankreich an der Straße Bab el Mandeb eine kleine Kolonie besitzt, Französisch-Somali, die in Djibuti einen als Stützpunkt vortrefflich geeigneten Hafen hat, so muß man zugeben, daß sich die Stellung Englands im nahen Orient stark zu Gunsten Frankreichs verschoben hat. An allen wichtigen Punkten, die den Verkehr nach Indien beherrschen, ist Frankreich ebenfalls direkt oder indirekt vertreten.

England ist nicht alleiniger Herrscher der Meerengen geworden. In dem internationalen Verwaltungsausschuß sind Frankreich, England und Italien neben weniger wichtigen Staaten gleichberechtigt. Die Meerengen werden aber nicht bei Seddil-Bahr und Kum-Kalesi verteidigt. Das Glacis beginnt bereits am Eingang in das Ägäische Meer. Hier bietet die reiche Inselflur Stützpunkte und Schlupfwinkel zugleich. Der Vertrag von Sèvres brachte Griechenland in den Besitz des größten Teiles dieser Inseln und von Smyrna.

Die Gebietserweiterung war eigentlich nur ein Werk Englands. Es wollte sich hierdurch die Griechen noch gefügiger machen, um sich ihrer zum

Schutze der britischen Interessen im nahen Orient zu bedienen. Die mächtige Stellung Griechenlands, oder besser gesagt Englands, erregte den Neid und das Mißtrauen Frankreichs. Es fand in der Türkei ein williges Werkzeug. Die Türken siegten in dem Waffengang, und sie wurden in den anschließenden Verhandlungen von Frankreich offen gegen Griechenland-England unterstützt. Die Bestimmungen des Friedens von Lausanne brachten nicht die restlose Erfüllung aller türkischen Wünsche. Mit Ausnahme der den Dardanellen vorgelagerten Inseln Tenedos und Imbros blieben die wichtigsten Inseln griechisch oder italienisch. Dafür ist die Türkei aber in den vollen Besitz Kleinasiens gelangt. Smyrna mußte wieder geräumt werden. Das Ansehen Englands hat durch diese, wenn auch geringen Erfolge merklich in Griechenland gelitten, und die griechische Niederlage ist gleichbedeutend mit einem Siege Frankreichs über England.

Die kleine Entente, ein williges Werkzeug französischer Machtpolitik, soll die Vorherrschaft Frankreichs in Osteuropa und im Orient verankern helfen. Die Franzosen haben es meisterhaft verstanden, die nach dem Weltkriege neu entstandenen oder stark vergrößerten Glieder dieser Staatengruppe durch reiche Geldmittel zu ködern. Jugoslawien hat als Durchgangsland aller Balkanstaaten noch Mitteleuropa wie als größter Balkanstaat große politische Bedeutung. Rumänien, kein eigentlicher Balkanstaat, politisch aber eng mit diesen verknüpft, ist nach einem Ausspruch Bismarcks das Belgien an der unteren Donau. Damit ist seine Verkehrslage und Bedeutung am besten gekennzeichnet. In breiter Front lehnt es sich dem Schwarzen Meere an. Die Mündung der Donau ist in seiner Hand. Die enge Verbindung dieser beiden Glieder der Kleinen Entente mit Frankreich lassen auch dieses teilhaftig werden der großen Vorteile, die ihnen die Verkehrslage gibt.

Wohin wir blicken, Frankreich hat es überall verstanden, sich für seine Orientpolitik hohe Trümpfe zu verschaffen. Man hört zwar häufig, daß England den am Orient interessierten Mächten nur soweit Zugeständnisse macht, als ihm beliebt. Das mag für alle anderen gelten, nur nicht für Frankreich. England hat durch die Entwicklung der artilleristischen Kriegsmittel, durch Flugzeuge und U-Boote seine Insellage verloren. Frankreich als stärkste und am besten ausgerüstete Kontinentalmacht verfügt als nächster Nachbar Englands über solche Kampfmittel, so daß London praktisch unter den Kanonen von Calais liegt. Frankreich kann seinem Verbündeten also recht unangenehm werden. Das ewige Zurückweichen Englands vor Frankreich dokumentiert deutlich diese Schwäche.

Nur an einer Stelle hat die machtpolitische Stellung Frankreichs scheinbar verloren, und zwar durch das Freundschaftsbündnis zwischen Italien und Jugoslawien. Italien hat durch diesen Vertrag weit mehr erreicht, als es hoffen konnte. Es ist den Druck gegen seine Ostgrenze los geworden und



hat die Brücke zu der wirtschaftlichen Eroberung der Balkanhalbinsel geschlagen. Es liegt auf der Hand, daß eine Macht im Bunde mit dem stärksten Balkanstaat allen anderen in der Balkanpolitik überlegen ist. Hinzu kommt, daß durch die direkte Nachbarschaft dem gemeinsamen politischen Auftreten ein größeres Gewicht verliehen wird. Das gute Verhältnis zwischen den beiden Anrainern der Adria hat aber eine offene Wunde, und die heißt Albanien.

Ohne Albanien ist die Sicherheit der italienischen Ostgrenze nicht gegeben, da der Eingang zur Adria gerade auf der Höhe der albanischen Küste liegt. Die Neuordnung der Dinge in Albanien wird bei dem Selbstbewußtsein und dem Unabhängigkeitssinn seiner Bewohner eine große Aufgabe sein. Jugoslawien, Griechenland und Italien machen gleichzeitig Ansprüche geltend. Eine Teilung unter diese drei ist bei den obwaltenden Umständen und unter Berücksichtigung des Volkscharakters ein Ding der Unmöglichkeit. Der Kampf der drei beteiligten Staaten kann darum nur ein Kampf um den Einfluß in Albanien sein. Bislang hatte Italien die größten Erfolge, wenn auch das eigentliche Ziel, Albanien italienischer Vasall, nicht erreicht wurde. Der albanische Aufstand gegen Ende des Jahres 1924 hat aber eine Jugoslawien freundliche Regierung ans Ruder gebracht. Ob sich die Dinge in dieser Richtung weiter entwickeln werden, läßt sich bei der politischen Schnellebigkeit in Albanien nicht voraussagen.

Die vertriebene albanische Regierung behauptet, daß der letzte Aufstand von Jugoslawien geschürt und unterstützt wurde. Berücksichtigen wir die trotz seines Freundschaftsverhältnisses zu Italien fast an Vasallentreue grenzende Ergebenheit Jugoslawiens für Frankreich, berücksichtigen wir ferner den französisch-italienischen Gegensatz an anderer Stelle des Mittelmeeres, so gewinnt die Behauptung an innerer Wahrscheinlichkeit.

Es fehlt Spanien an den nötigen Machtmitteln, vielleicht auch an Tatkraft, sich in dem ihm zugewiesenen Gebietsteil Marokkos durchzusetzen. Eine Aufgabe des Gebietes dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein. Auf diesen Augenblick wartet Frankreich, um sich mit einem Schein des Rechts, für den das Marokkoabkommen von 1912 keine Grundlage bietet, in dessen Besitz zu setzen. Tritt das ein, so gewinnt Frankreich an der Straße von Gibraltar einen weiteren maßgebenden Einfluß auf die Wege Englands nach Indien. Italien als ausgesprochenster Mittelmeerstaat möchte aus naheliegenden Gründen auch etwas am Eingang zum Mittelmeer zu sagen haben. Es liegt nun Frankreich daran, das italienische Augenmerk auf näherliegende Gebiete zu lenken. Das kann nicht besser geschehen, als wenn durch Aufstände in Albanien die Interessen Italiens dort dauernd gefährdet werden. Jugoslawien leistet hier umso willfähriger Handlangerdienste, als auch ihm an dem Besitz Albaniens gelegen ist.



Der italienisch-jugoslawische Freundschaftsvertrag wird durch den Abschluß einer Militärkonvention zwischen Griechenland und Jugoslawien, zu dem die Verhandlungen in Bälde eingeleitet werden, eine weitere Abschwächung erfahren. Die Beziehungen zwischen Italien und Griechenland sind durch zwei Tatsachen gefährdet. Griechenland erhebt gleich Italien Ansprüche auf Albanien. Auf kleinasiatischem Felde wie überhaupt an der Levante ist es sein wichtigster wirtschaftlicher Nebenbuhler. Diese Gegensätze zeigten sich zum ersten Mal deutlich in der Unterstützung der türkischen Forderungen gegen Griechenland durch Italien. Sie drohten sich zum offenen Konflikt auszuwachsen, als Italien Korfu besetzte. Wenn auch das vermutlich gesteckte Ziel, Annektion von Korfu, nicht erreicht wurde, so gewann durch die Demütigung Griechenlands seine politische Stellung auf der Balkanhalbinsel an Bedeutung. Wird dagegen die jugoslawisch-griechische Militärkonvention zur Tatsache, so erleidet Italien eine beträchtliche Einbuße.

Rußland bereitet sich wieder auf eine aktivere Balkanpolitik vor. Mit den ihm heute eigenen Methoden will es die Balkanhalbinsel seinem Einfluß unterjochen. Hinter den Schlagworten „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und „Bauernbefreiung“ versteckt es seine imperialistischen Ziele. Die völkischen und kulturellen Zustände auf dem Balkan geben einen guten Nährboden für solche Lehren.

Äußerst geschickt baut die russische Regie die Akteure auf. In Bulgarien, das durch die vielen unglücklichen Kriege wirtschaftlich besonders schwach dasteht, haben die kommunistischen Lehren schon ein weites Feld erobert. Die Kroaten fühlen sich unter ihren neuen Herren, den Serben, nicht besonders wohl. Bei ihnen fällt das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf besonders günstigen Boden. Die kroatisch-republikanische Bauernpartei hat sich darum der 3. Internationale in Moskau angeschlossen, obwohl sie die bolschewistischen Ideen ableugnet. Sollte der von der Regierung in Belgrad gegen die Opposition gerichtete Druck sich in gewaltsamen Entladungen Luft machen, so kann Jugoslawien höchstens auf eine Unterstützung Griechenlands rechnen. Rumänien ist an seiner beßarabischen Grenze bedroht, und Bulgarien hat im eigenen Lande zu tun. Diese Aussicht dürfte wohl auch zu der Überbrückung der jugoslawisch-griechischen Gegensätze beigetragen haben.

Die russische Gefahr besteht nicht allein für den Frieden auf der Balkanhalbinsel, sondern auch für Europa. Sollte Rußland gegen irgend einen Balkanstaat offen vorgehen, so sind die Großmächte zum Eingreifen gezwungen, sofern sie nicht ihre eigenen Interessen verraten wollen. Es geht nicht an, daß ein Staat, der durch seine ganzen Taten bewiesen hat, daß er Feind aller Kulturstaaten ist, die Kontrolle über einen so wichtigen Verkehrsknotenpunkt wie die Balkanhalbinsel erhält. Durch die russische Gefahr werden die Gegen-



sätze zwischen den übrigen Mächten verschwinden, aber doch nur solange die Gefahr anhält. Eine dauernde Einigung wird bei den widerstrebenden machtpolitischen Interessen nie möglich sein.

Die Eifersüchteleien der Großmächte hinsichtlich ihrer Balkanpolitik finden eine unfreiwillige Unterstützung durch die Balkanstaaten selbst. Die Völker eines Gebietes, die solchen außenpolitischen Drucken ausgesetzt sind, sollten sich zur Abwehr enger zusammenschließen. Statt dessen Zwietracht und Fehde. Der Grund hierfür ist die mazedonische Frage, die Balkanfrage schlechthin. Zu wiederholten Malen hat man versucht, dieses Streitobjekt aus der Welt zu schaffen, doch immer mit negativem Erfolge. Durch ein einfaches Aufteilen von Mazedonien unter Jugoslawien, Griechenland und Bulgarien ist die Frage nicht zu lösen. Jede Grenze, man mag sie ziehen, wie man will, wird für alle Teile unbefriedigend sein.

Die orographische Vielgestaltigkeit ermöglichte es, daß sich auf der Balkanhalbinsel verschiedene Volksstämme bilden und erhalten konnten: Serbokroaten im Nordwesten, Bulgaren im Osten, Griechen im Süden. Wo sich diese Hauptvölker berühren, im zentralen Teil der Halbinsel, ist die Bevölkerung stark gemischt, und es treten auch völlig neue Elemente auf: Albanesen und vor allem die mazedonischen Slaven.

Die Hauptvölker wohnen gut zusammengeschlossen, nur in den Grenzgebieten durchdringen sie sich. Es muß aber zugestanden werden, daß an einigen Stellen die neue Grenzführung ethnisch einheitlich geschlossene Bezirke fremden Staaten zuteilt. Der allen Balkanvölkern eigene unbändige Nationalstolz wird aus solchen Mischbezirken und völkischen Grenzverletzungen leicht Ansprüche ableiten. Allein die Gefahren, die hier schlummern, sind gering im Vergleich zu denen, die von der eigenartigen Stellung der mazedonischen Slaven ausgehen.

Die mazedonische Frage beruht letzten Endes darauf, daß man über die völkische Zugehörigkeit der mazedonischen Slaven nicht im klaren ist. Serbien und Bulgarien erheben gleichzeitig verwandtschaftliche Ansprüche, wobei man allerdings den Bulgaren das größere Recht zugestehen muß. Bei der Neuaufteilung der Balkanhalbinsel ist Bulgarien in Mazedonien überhaupt nicht berücksichtigt worden. Das Gebiet wurde zwischen Griechenland und Jugoslawien geteilt. Eine solche Teilung trägt den Keim neuer interner Balkanverwickelungen in sich, da sie Bulgarien nie anerkennen wird und kann. Zum andern wird Jugoslawien die Festsetzung Griechenlands in Mazedonien stets als eine Verletzung seiner Ansprüche empfinden. Die mazedonische Frage läßt sich nicht durch eine Teilung des strittigen Gebietes lösen. Nicht allein, daß sich hier völkische Interessen durchdringen, auch rein verkehrsgeographische prallen hart aneinander.



Jugoslawien ist durch den Weltkrieg an das Ziel seiner Wünsche gelangt. Es hat auf weite Strecken die Küste der Adria erreicht. Die Gebietserweiterung hier und an anderen Stellen hat aber eine Reihe von Volksstämmen in einem Staat vereinigt, die durch die unterschiedliche Wesensart und ihr Verhältnis zur Staatsnation, den Serben, eine beträchtliche Belastung für den neuen Staat darstellen. Die Vorgänge der letzten Zeit reden eine deutliche Sprache. Die Küste ist erreicht, die innere Einheitlichkeit des Staates dagegen wenig gewährleistet. Das ist zwar zunächst eine innere Angelegenheit Jugoslawiens. Sollte jedoch das eine oder das andere Volk wieder abfallen, sich selbständig machen oder sich einem anderen Staate anschließen, so wird der Friede auf der Balkanhalbinsel auf eine harte Probe gestellt.

Der Gewinn der Meerlage rechtfertigt nicht den hohen Einsatz, den Serbien mit dem Übergang vom Nationalstaat zum Nationalitätenstaat bezahlte. Die dinarische Küste ist trotz der zahlreichen Buchten eine verkehrsfeindliche Küste. Mauergleich steigen die Gebirge aus dem Meere empor und sperren die Häfen gegen das Hinterland fast hermetisch ab. Unsere Technik im Bahnbau kennt eigentlich keine Schwierigkeiten mehr. Mit den Schwierigkeiten wachsen aber die Kosten der Anlage, und die erhöhten Kosten müssen durch eine erhöhte Rentabilität ausgeglichen werden. Das ist hier nicht zu erwarten, da zwischen Alt-Serbien und der Küste verkarstetes Hochland liegt, das denkbar unfruchtbar ist. Die wenigen Oasen genügen nicht, den Verkehr so zu beleben, daß sich kostspielige Bahnbauten bezahlt machen. Wenn man trotzdem Adriabahnen durch rein jugoslawisches Gebiet bauen würde, so hätten diese nur für den nördlichen Teil Bedeutung. Alles Land südlich Üsküb würde nach wie vor auf Saloniki hingewiesen. Saloniki ist der einzige wirkliche und heute mögliche Hafen Jugoslawiens. Die Morawa-Wardarfurche zeigt deutlich die Richtung, die ein nutzbringender Verkehr zu gehen hat. Der Hafen ist aber griechisch, und Griechenland kann schon im Hinblick auf den thrazischen Küstenstreifen nicht auf ihn verzichten. Auch würde Saloniki in fremder Hand einer steten Bedrohung seiner Ostküste gleichkommen. Im Falle einer Abtretung Salonikis und seines Hinterlandes an Jugoslawien müßte der thrazische Küstenstreifen an Bulgarien oder an die Türkei fallen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Großmächte einer solchen Regelung zustimmen werden. Vor allem wohl auch deswegen nicht, weil sie einen so wichtigen Verkehrsweg wie die Morawa-Wardarfurche nicht einem Staate allein überlassen wollen.

Es bestehen Abmachungen für die Benutzung des Hafens von Saloniki durch Jugoslawien. Allein es ist immer besser, verkehrsgeographisch sein eigener Herr zu sein. Darum richtet sich der Blick Jugoslawiens auf ein zweites Ausfallstor. Das ist die Küste Albaniens. Gegenüber der dinarischen Küste



hat sie, wenn auch ungepflegt, den Vorteil einer größeren Aufgeschlossenheit. Die Gebirge streichen in spitzem Winkel zur Küste aus und gestatten einen leichten Verkehr weit landeinwärts. Der Übergang nach Serbien ist hier viel leichter zu bewerkstelligen als weiter nördlich. Er stößt hier auf geringe Schwierigkeiten. Vor allem führen die Wege durch Gebiete, die wirtschaftlich zukunftsreich sind. Die Kosten der Anlage werden zweifellos eingebracht werden.

Berücksichtigt man das Interesse Jugoslawiens an dem Besitz der albanischen Küste, so kann man eine Unterstützung der Aufständischen nicht so ohne weiteres von der Hand weisen, zumal durch den Aufstand eine Jugoslawien freundliche Regierung in den Sattel gehoben wurde. Sollte sich Jugoslawien an der albanischen Küste festsetzen, so kann es nur mit Wissen und Willen Italiens geschehen, das durch die Straße von Otranto und mit der Insel Saseno vor der Bucht von Valona, die man strategisch mit Helgoland vergleichen kann, den Schlüssel zu den albanischen Häfen in der Hand hält. Italien wird umso eher zum Nachgeben bereit sein, wenn die jugoslawisch-griechische Militärkonvention zum Abschluß kommt. Einen Feind vom Quarnero bis zum Kap Matapan kann es nicht ertragen.

Setzt sich Jugoslawien in irgend einer Form an der albanischen Küste fest, so würde sich das Verhältnis zu Griechenland bezüglich Saloniki bessern. Griechenland erhebt jedoch Anspruch auf Süd-Albanien. Eine Teilung Albaniens wird aber immer an dem nationalen Selbstbewußtsein seiner Bewohner scheitern. So günstig für eine gesunde Weiterentwicklung auf der Balkanhalbinsel eine griechisch-jugoslawische Militärkonvention ist, Albanien wird immer ein Zankapfel zwischen beiden Vertragschließenden bleiben, wie es der wunde Punkt im Freundschaftsverhältnis zwischen Italien und Jugoslawien ist.

Der Friede von Neuilly hat Bulgarien Grenzen aufgezwungen, die weder völkisch noch wirtschaftlich seinen Ansprüchen genügen. In der Süddobrudscha wurden wertvolle Getreidedistrikte mit starker bulgarischer Bevölkerung zu Rumänien geschlagen. Dadurch wird der Haupthafen Varna seines wirtschaftlich reichsten Hinterlandes beraubt. Die ethnographischen Verhältnisse in Thrazien gestatten keine klare Grenzführung auf völkischer Grundlage. Bulgaren, Griechen und Türken wohnen hier in starker Mischung. Die verkehrsgeographischen Verhältnisse sprechen aber entschieden für Bulgarien, da der Küstenstreifen weder für die Türkei noch für Griechenland lebensnotwendig ist. Er ist heute griechisch und bedeutet für Griechenland wirtschaftlich und strategisch eine Schwäche. Wirtschaftlich, weil das Hinterland fehlt, strategisch, weil die ohnehin schon lange griechische Küste durch Thrazien bedeutend verlängert wird. Für Bulgarien dagegen ist die Küste von vitaler Bedeutung. Das ganze westliche Bulgarien, die Becken von Sofia und Küstendil

und das Strumatal haben ihren günstigsten Hafen in Kavala. Noch besser geeignet ist der Golf von Orphani. Die hohe wirtschaftliche Bedeutung des Maritzatales mit den weiten Hochebenen von Philippopel und Stara Zagora bringt es mit sich, daß Bulgarien auf den ungeteilten Besitz des Flusses, den man an nationaler Bedeutung mit dem Rhein vergleichen kann, besonderen Wert legt. Mit Dedeagatsch würde ein besserer Hafen gewonnen für Ostrumelien als Burgas am Schwarzen Meer. Der Weg über Land nach beiden Häfen ist von den wichtigsten Punkten aus gleich weit. Dedeagatsch hat aber vor Burgas den Vorteil, daß der Umweg über die Meerengen vermieden wird.

Bestehen in Thrazien in der Hauptsache nur Gegensätze zwischen Griechenland und Bulgarien, so werden die Verhältnisse in Mazedonien verwickelter. Hier ist die Urstätte aller politischen Verwickelungen auf der Balkanhalbinsel. Mazedonien gehört ethnographisch zu Bulgarien. Völkische Ansprüche erhebt auch Jugoslawien, während sich die Griechenlands nur darauf gründen, daß am Unterlauf des Wardar Griechen wohnen. Während die Gegensätze an anderen Stellen nur von Staat zu Staat bestehen, also leichter überbrückt werden können, verwirren sie sich in Mazedonien durch die Interessen der drei Hauptbalkanstaaten zu einem gordischen Knoten, der auch durch einen Schwertstreich nicht gelöst werden kann. Wie immer man die Grenze in Mazedonien zieht, zu welchem Staat man es schlägt, die mazedonische Frage läßt sich nicht lösen, ohne den einen oder den anderen Staat völkisch und wirtschaftlich zu benachteiligen.

Durch die Ungunst der ethnischen wie verkehrsgeographischen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel ist Zündstoff für interne Verwicklungen genügend gegeben. Die Eigenart der politischen Lage bedingt es, daß auch die Großmächte durch irgend eine Verschiebung der machtpolitischen Verhältnisse unter den Balkanstaaten betroffen werden. Eifersüchtig wachen sie darüber, daß ihre Interessensphären, auf diplomatischem Wege gewonnen, nicht durch kriegerische Ereignisse geschmälert werden. Die Balkanstaaten sind darum bei internen Verwickelungen der direkten oder indirekten Unterstützung derjenigen Macht sicher, zu deren Klientel sie gehören. Daß die Kriegsfackel dann auch in andere Länder geworfen werden kann, hat der Weltkrieg bewiesen.

Dieselben Verhältnisse, die seinerzeit den Ausbruch des Weltkrieges bedingten, bestehen auch heute noch. Will Europa zum Frieden kommen, so muß die Gefahrenzone auf der Balkanhalbinsel beseitigt werden. Wir haben gesehen, daß der Kernpunkt des Konfliktes in Mazedonien liegt. Man muß sich wundern, daß zu einer Zeit, wo die Großmächte solche Gefahrenzonen durch Schaffung eines selbständigen Staatswesens beseitigen, sie nicht auch in Mazedonien diesen Weg gegangen sind.



Die Bedingungen für ein selbständiges Mazedonien sind zweifellos gegeben: verhältnismäßig einheitliche Bevölkerung, zentraler Mittelpunkt, gute Verkehrsmöglichkeiten, ausgezeichnete Bedingungen für eine gesunde Wirtschaft. Durch ein selbständiges Mazedonien würde aber nur die Zahl der Balkanstaaten vermehrt werden. Deren gegenseitige Abhängigkeit, die besonders in Mazedonien zu Tage tritt, und die günstige Verkehrslage des Gebietes — man kann es getrost als das Eingangstor zur Balkanhalbinsel bezeichnen — würden neue Reibungsflächen bieten. Ein Land, kulturell wenig fortgeschritten, plötzlich zur Selbständigkeit bestimmt, muß sich immer an einen anderen Staat anlehnen. Jeder einzelne Balkanstaat würde die Vorteile, die sich ihm hier bieten, für sich zu erlangen suchen. Aber auch die Großmächte würden danach streben, sich dieses wertvolle Objekt zu sichern.

Der Weg zu einem dauernden Frieden auf der Balkanhalbinsel kann m. E. nur durch einen Zusammenschluß der Balkanstaaten gefunden werden. Der Gedanke an sich ist nicht neu. Schon Carol von Rumänien sprach ihn aus, und zu Anfang dieses Jahrhunderts wurde er sogar von englischer Seite gepflegt. Wenn er bislang nicht zur Wirklichkeit wurde, wenn sogar der erste Versuch, der Balkanbund im ersten Balkankriege, scheiterte, so spricht das alles nicht gegen die Möglichkeit seiner Ausführung.

Die erste Forderung, die man allgemein für die Einheitlichkeit eines Staatswesens erhebt, ist Homogenität der Bevölkerung. Hiermit ist es allerdings schlecht auf der Balkanhalbinsel bestellt, und das Schicksal Österreich-Ungarns sollte uns warnen, ein ähnliches Experiment zu wiederholen. Kein Geograph wird daran zweifeln, daß die Donaumonarchie durch die Macht der geographischen Faktoren zusammengeschweißt wurde. Wenn die zentrifugalen völkischen Kräfte schließlich die Überhand gewannen, so ist das eine Folge der verfehlten Politik der Habsburger, aber kein Beweis gegen die zentripetale Kraft der übrigen geographischen Faktoren. Die Fehler, die hier gemacht sind, sollen uns auf der Balkanhalbinsel den richtigen Weg zeigen.

Friedrich Ratzel sagt: „Politisch zerklüftete Länder vereinigt zuerst der Verkehr, dem dann die politische Einigung nachfolgt." Die Rolle, die der Donau bei der Einigung der habsburgischen Länder zufiel, hat auf der Balkanhalbinsel die Morawa-Wardarfurche zu übernehmen. Sie ist in der Tat die Hauptschlagader des ganzen Verkehrs auf der Halbinsel. Von ihr leiten Talwege und Paßübergänge zu den einzelnen Landschaften. Im Becken von Nisch kommen die Täler von allen Seiten zusammen. Durch das Tal der Nisava gelangen wir nach Bulgarien, ein leichter Übergang führt nach Nordosten zum Timok und damit zur unteren Donau. Über den Prepolacsattel gelangen wir ins Amselfeld, das die Wege aus Nordalbanien sammelt, und von dem wir nach dem Sandschak Novipazar kommen. Aus dem Becken von

Üsküb führt nach Osten ein leichter Übergang in das Becken von Küstendil und damit zur Struma. Nach Nordwesten führt uns der Weg in das Amselfeld, nach Südwesten in das Tetovo, von dem aus Albanien zu erreichen ist. Das Becken von Veles sammelt den Verkehr aus der Pelagonia und damit aus Dessaretien und Albanien. Die Kampania von Saloniki steht wieder mit der Pelagonia und mit Thrazien in Verbindung.

Unter Berücksichtigung der heutigen Gebietsverteilung sind alle Balkanstaaten mit Einschluß von Rumänien verkehrsgeographisch voneinander abhängig. Jugoslawien ist das Bindeglied mit Mitteleuropa nicht nur für Bulgarien, Griechenland und Albanien, sondern auch für Rumänien, seit es eine Strecke der Donau sein eigen nennt. Andererseits ist Jugoslawien von Rumänien abhängig, das die Donaumündung besitzt. Bulgarien ist für den Verkehr auf der Donau auf Jugoslawien und Rumänien angewiesen, dagegen ist es das Durchgangsland für beide für den Verkehr mit den Meerengen und Vorderasien. Griechenland heherrscht die direkte Verbindung Jugoslawiens und Bulgariens mit dem Ägäischen Meere. Albanien besitzt die für Jugoslawien günstigsten Häfen an der Adria. Es wird ferner Anfang und Ende der künftigen Balkanquerbahn von der Adria zum Schwarzen Meer, so daß auch eine gewisse Abhängigkeit zwischen Albanien und Bulgarien besteht. Solche verkehrsgeographischen Verhältnisse werden über kurz oder lang den Zusammenschluß der Balkanstaaten herbeiführen.

Die politisch einigende Kraft des Verkehrs kann aber erst dann voll wirksam werden, wenn der Verkehr selbst auf eine breitere Basis gestellt ist, wenn tatsächlich durch den Verkehr die einzelnen Völker einander näher gebracht und miteinander vermischt werden. Das setzt voraus, daß die Balkanstaaten wirtschaftlich zu dem gemacht werden, worauf sie durch die Naturbedingungen Anspruch haben.

Das wirtschaftliche Leben ist noch im Zustande jugendlicher Entwicklung. Heute wird alles noch in zumeist recht unvollkommener Weise betrieben. Durch Einführung moderner Wirtschaftsformen lassen sich jedoch große Werte schaffen. Die fruchtbaren Becken und Ebenen können Kornkammern ersten Ranges werden. Die Berghänge bieten Viehherden Nahrung und harren der Aufforstung. Die alten Gebirge bergen wertvolle Mineralschätze. Es fehlt jedoch an Kohle, eine große industrielle Entwicklung ist darum nicht zu erwarten. Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und mineralischer Rohprodukte, Einfuhr von Industrieartikeln werden der Wirtschaft den Stempel aufdrücken.

Die Erzeugnisse sind in allen Ländern im wesentlichen die gleichen. Eine wirtschaftliche Ergänzung, die einem Zusammenschluß wertvolle Dienste leisten würde, kommt nicht in Frage. Und doch wird die wirtschaftliche

Gleichartigkeit den Zusammenschluß fördern, weil die Staaten durch die eigenartigen Verkehrsverhältnisse bei der Ein- und Ausfuhr aufeinander angewiesen sind. Nichts wird im wirtschaftlichen Leben hemmender empfunden als die Zollschranke. Je mehr sich die Wirtschaft der Balkanstaaten entwickelt, desto mehr wird die Erkenntnis gegenseitiger Abhängigkeit wachsen und das Bedürfnis zum Zusammenschluß an Kraft gewinnen.

Die mazedonische Frage ist zu lösen! Doch nicht außenpolitischer Druck vermag die innere politische Gesundung herbeizuführen. Darum sind auch die von Bulgarien eingeleiteten Bestrebungen, einen Zusammenschluß der Balkanstaaten herbeizuführen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die gemeinsame Gefahr, heute von Rußland drohend, kann die Staaten nur vorübergehend einigen. Wie der erste Balkanbund den Friedensschluß des ersten Balkankrieges nicht überlebte, wird auch jeder durch Blut und Eisen zusammengeschweißte Balkanbund wieder zerfallen, wenn es an die Verteilung der Beute geht. Die Gegensätze werden wieder wach, und jeder will für seine Leistungen das gewinnen, was ihm das Wertvollste ist. Das ist in den meisten Fällen nicht durchzuführen, ohne einen anderen Staat zu benachteiligen. Dauernder Friede auf der Balkanhalbinsel wird nur von innen heraus wachsen, aus der Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit. Die Erkenntnis kann aber nur durch eine Förderung der rückständigen wirtschaftlichen Verhältnisse gewonnen werden.

Sollten die Balkanstaaten einschließlich Rumänien in irgend einer Form den Zusammenschluß finden, so ist auch eine Änderung der politischen Richtung in der Türkei zu erwarten. Sie kann gegenüber einem Staatenblock vor ihrer europäischen Tür nicht isoliert bleiben. Der Weg nach Mitteleuropa ist in den Händen dieser Gruppe, die auch versuchen wird, den letzten Rest türkischen Gebietes in Europa an sich zu reißen. Ein Balkanstaatenbund zwingt die Türkei, in irgend einer Form den Anschluß an ihn zu suchen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, wenn von der Donau bis nach Kleinasien ein Bundesstaat oder Staatenbund Wirklichkeit geworden ist, dürfen wir hoffen, daß der europäische Friede nicht mehr auf so tönernen Füßen steht, wie es heute trotz Völkerbund und Garantiepakt der Fall ist.

Abgeschlossen am 14. Februar 1925.

HUGO RACHEL: BEVÖLKERUNGSDICHTE UND -WACHSTUM

Die Bedeutung eines Landes oder irgend eines Teils der Erdoberfläche wird in erster Linie ausgedrückt durch die Summe seiner lebendigen Kräfte, seiner Bewohnerschaft, und zwar diese nicht nur absolut, sondern auch in ihrem Verhältnis zum Flächeninhalt, also in ihrer Dichtigkeit betrachtet. Um eine erste Vorstellung von der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bedeutung eines Landes zu gewinnen, muß man vor allem wissen, wie viele Menschen füllen seinen Raum, wie sind sie darin verteilt und welcher Art sind sie. Einige Zahlen, zueinander in Vergleich gesetzt, können schon recht lehrreiche Einblicke und Deutungsmöglichkeiten eröffnen.

Gehen wir, um einen Maßstab zu gewinnen, von naheliegenden Verhältnissen aus. Frankreich mit seiner seit vielen Jahrzehnten geübten Bevölkerungsökonomie bietet das Musterbeispiel einer — jedenfalls im französischen Sinne — normalen Bevölkerungsdichtigkeit, d. h. einer solchen, die dem Einzelnen oder doch der großen Mehrzahl des Volks ein auskömmliches Leben und einigen Wohlstand bei nicht sehr anstrengender Tätigkeit ermöglicht. Es kommen in Frankreich (1921) 71,2 Einwohner auf den km², vor dem Kriege waren es 74, da das Land damals bei geringerem Umfang — ohne Elsaß-Lothringen — dennoch ½ Million mehr Einwohner hatte (1913: 39 752 000, 1921: 39 210 000 Einwohner), wobei ferner zu berücksichtigen ist, daß Frankreich schon 1866 und 1885 38 Millionen Einwohner zählte und erst 1902 39 Millionen überschritt. Wir sehen also in einer Dichte von 70 bis 74 je km² den mit Bewußtsein festgehaltenen Bevölkerungsstand eines Landes, das durch fruchtbaren Boden, mildes Klima, gute Verkehrslage, reiche Küsten- und Stromentwicklung, einen wohlbegabten Menschenschlag und eine alte Kultur vor vielen andern ausgezeichnet ist. Trotz so vieler günstigen Umstände diese freiwillige Beschränkung der Volksvermehrung aus der Vorliebe für behagliches Rentnertum und der Abneigung gegen aufreibenden Konkurrenzkampf heraus; damit verbunden eine bei dem lebhaften und fortgeschrittenen Volke befremdliche Rückständigkeit im landwirtschaftlichen Betrieb und in anderen Dingen des materiellen Daseins, überhaupt mäßiger Ehrgeiz und langsames Voranschreiten in wirtschaftlicher Hinsicht!

Deutschland hatte bei ungefähr demselben Gebietsumfang — ohne Elsaß-Lothringen ist es kleiner — bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts stets weniger Einwohner als Frankreich. Es besaß 1816 24,833, Frankreich dagegen 29,48 Millionen Einwohner; 1850 war Deutschland mit 35,31, Frank-



reich, das 1851 35,8 Millionen zählte, schon fast gleichgekommen, zum Waffengang von 1870 schritt es bereits mit einer Überlegenheit von 2 Millionen Seelen und 1914 übertraf es Frankreich um 28 Millionen. Deutschland hat (1919) eine Volksdichte von 126,8 Einwohnern — ähnlich Preußen 124,6, Provinz Sachsen 123,8, Thüringen 128,2, Württemberg 129,1 — Italien von 125,2; auf gleicher Stufe mit Frankreich befindet sich der an Ergiebigkeit des Bodens so sehr hinter ihm zurückstehende Nordosten Deutschlands, ferner Polen (1921: 70,3) und Dänemark (1921: 76) das bevölkertste der nordischen Länder; hinter Frankreich stehen zurück Portugal (63,4), Schottland (63,3), Spanien (42,9). Bezeichnend ist, daß Elsaß-Lothringen in der Volksdichtigkeit Deutschland und nicht Frankreich nahesteht (1910 129, 1921 nur noch $117^3/_4$ je km²). Welche Verdichtung bei starker industrieller oder merkantiler Entwicklung erreicht wird, zeigen die Beispiele vom Freistaat Sachsen (311), von Rheinland-Westfalen (259), Belgien (256), England und Wales (251), der italienischen Landschaften Ligurien (248), Campanien (220), Lombardei (211), der Niederlande (207,2). Die Ernährungsbasis dieser Gebiete und auch von Deutschland als Ganzem ist eine künstliche, sie bedürfen der Einfuhr von Lebensmitteln, während Frankreich sich selbst genügen kann und gleichsam aus einem Masseninstinkt heraus auf dieser natürlichen und sicheren Grundlage verharrt. In diesem Sinne sind übrigens auch Österreich (77,8), Ungarn (86,1), die Schweiz (94,1), ja selbst Schweden (14,4) und Norwegen (8,56) als „übervölkert" anzusehen, während die Volksdichtigkeit der Tschechoslowakei mit 97 je km² der guten Ausstattung dieses Landes mit Naturgaben entsprechen dürfte. Italien beweist durch seine sehr starke Auswanderung, die vor dem Kriege bis über 800 000 im Jahre stieg, daß es zum mindesten hart an der Grenze des Fassungsvermögens steht. Folgende Zahlen beleuchten weiterhin die hier berührte Tatsache.

		Von 100 Erwerbstätigen gehören zu:	
		Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	Industrie, Bergbau, Handel u. Verkehr
Rußland	(1897)	58,3	25,0
Frankreich . . .	(1911)	40,7	45,6
Deutsches Reich .	(1907)	35,2	52,4
Niederlande . . .	(1909)	28,3	52,8
Belgien	(1910)	16,6	68,1
England und Wales	(1911)	8,5	72,8

Aber es sind nicht allein die sattsam bekannten Tatsachen der Industrialisierung und der gewaltigen modernen Verkehrsentwicklung, die eine ungewöhnlich starke Bevölkerungsverdichtung ermöglichen; wir haben vielmehr Beispiele und zwar recht ansehnliche und ehrwürdige, daß eine solche auch

auf rein agrarischer Grundlage stattfinden kann, allerdings unter besonders günstigen Umständen. Das eigentliche Ägypten, d. h. das Niltal unterhalb des zweiten Katarakts, ohne die dazugehörigen, fast unbewohnten Wüstengebiete, ein Land, das mit 31 200 km² nicht viel größer ist als Belgien (30 440 km²) oder Pommern (30 200²), hat nicht weniger als 13 Millionen Einwohner, das sind 414 auf den km², und ist somit das weitaus dichtest bevölkerte Land der Erde. Diesen Ruhm hatte es schon im grauen Altertum, denn in seinen Blütezeiten unter den Pharaonen wie unter römischer Herrschaft wird seine Bevölkerung auf 7 bis 8 Millionen geschätzt, war also etwa so stark und so dicht wie die Belgiens. Die Befruchtung durch den Nilschlamm in Verbindung mit dem warmen, sonnigen Klima, das mehrere Ernten im Jahre gedeihen läßt, machten das Land zur ergiebigsten Kornkammer des Altertums, dazu kam die Bedürfnislosigkeit der bäuerlichen Bevölkerung, um eine so enge Besiedelung zu ermöglichen. Wenn infolge von feindlichen Einbrüchen, Unruhen und Mißregierung die segenspendende Wasserregulierung versagte oder verfiel, so ging auch die Bevölkerung stark zurück. Sie soll im Altertum zeitweise auf 3 Millionen gesunken sein und betrug 1800 nur noch 2,46 Millionen, 1882 aber wieder 6,81 Millionen. Jetzt ist es nicht mehr das Getreide, wovon das Land lebt, sondern die Baumwolle und deren Ausfuhr, Getreide muß jetzt sogar eingeführt werden.

Lange nicht so dicht bevölkert ist das alte Kulturland des Ostens, China, das nach verbreiteter Meinung das klassische Beispiel von Übervölkerung darstellt. Das ungleich weiträumigere Land soll (nach Sacharoff) schon in den beiden vorchristlichen Jahrtausenden zwischen 59 und 79 Millionen schwankende Volkszahlen besessen haben, das wäre jedenfalls die größte Volksmenge, die bis zum 19. Jahrhundert in einem Staate zusammengefaßt war, denn das Römerreich hatte in seiner Blütezeit kaum über 60 Millionen. Allerdings hat sich China unter starken, durch Überschwemmungen, Hungersnöte und Kriege verursachten Schwankungen sehr lange nicht über diesen Stand erhoben; noch um 1650 n. Chr. wird es auf 62 Millionen Einwohner geschätzt. Seither, also unter der Mandschu-Dynastie, hat sich aber die Bevölkerung rasch vermehrt, offenbar dadurch, daß feudale Fesseln fielen, der Großgrundbesitz durch das Erbpachtsystem beseitigt wurde und daß nun jenes für das Reich der Mitte typische Gewimmel von Kleinbauern sich ausbreitete, die winzige Parzellen in gartenartigem Anbau bestellen, fleißig, bedürfnislos und kindergesegnet. Schon bis 1725 hat sich die Bevölkerung verdoppelt (125 Millionen); gegenwärtig (1921) zählt das eigentliche China der 18 Provinzen nicht weniger als 411 Millionen, d. h. auf einem Raum (3 874 300 km²) der nicht viel über 1/3 des Flächeninhalts von Europa (9 572 799 km²) umfaßt, beinahe die gleiche Bevölkerungsmenge (439 Millionen). China ist also mit 106 Einwohner auf



einen km² viel dichter bevölkert als ganz Europa (45,9 je km²) und auch als dieses ohne Rußland (5 647 600 km², 348 Millionen Einwohner, 62 je km²). Wenn auch einzelne europäische Länder höhere Dichtezahlen aufweisen, so findet sich in Europa doch keine Massierung auf derart großem Raum wie in China, zumal in den drei Küstenprovinzen Chekiang, Kiangsu und Schantung, wo auf einer Fläche, die Italiens Größe übertrifft (340 000 km²), 86,6 Millionen Einwohner leben, also etwa 255 auf den km². An diese schließen sich die gleichfalls dichter als Deutschland bevölkerten großen Provinzen Tschili und Honan am Hoangho, Anhwei, Kiangsi und Hupeh am Jangtse, Kwantung im Süden an.

Das eigentliche Japan zählt (1922) auf seinen 385 522 km² je 149,6 Einwohner, Korea nur 78,2; die Insel Java, etwa so groß wie England ohne Wales, gar 266 Bewohner auf den km².

Auch einige andere tropische und subtropische Gebiete von geringem Umfange, von großer Fruchtbarkeit und gesundem Klima, besonders Inseln, weisen gelegentlich sehr dichte Bevölkerungen auf, so Barbados 363½, Martinique 248, die Malediven 233, Grenada 219, Straits Settlements (Malakka) 213, Madeira 208, Mauritius 202. Dagegen haben die großen tropischen Inseln Kuba nur 25, Haiti 33, Jamaika 79, Portoriko immerhin 146½ je km². Von den amerikanischen Festlandstaaten haben nur Salvador (45,4), Guatemala (18,3) und die Vereinigten Staaten (13,5) eine Dichte von mehr als 8 je km²; in Asien zählen die Philippinen 36, Franz. Indochina 24, Siam 18,3, die Türkei 18, Persien nur 6 Bewohner auf den km².

An Ausdehnung kommt dem chinesischen Verdichtungsgebiet das Gangestiefland von Delhi bis Kalkutta am nächsten, wo auf einer Fläche, die etwas größer ist als Vorkriegs-Deutschland mit der Schweiz (592 785 km²) 116 Millionen Menschen (1921) leben, demnach 196 auf den km²; allein Bengalen, das etwa so groß ist wie die Apenninenhalbinsel ohne die beiden Südspitzen, zählt 228 Bewohner auf den km². Ganz Vorderindien (ohne Birma, Beludschistan und Ceylon) hat bei ungefähr gleicher Größe wie China (3 896 900 km²) 306 Millionen Einwohner, also 78,5 auf den km², immerhin demnach mehr als das Hochkulturland Frankreich. Im Beginn des 19. Jahrhunderts zählte es, nach Humboldt, erst 49 Millionen; das würde in einem Jahrhundert die ungeheure Zunahme auf annähernd das Sechsfache (1901: 285 Millionen) ergeben, die doch wohl den geordneten Zuständen unter der englischen Herrschaft zu verdanken ist; dafür scheint auch zu sprechen, daß die unter unmittelbarer Kronverwaltung stehenden Provinzen dichter bevölkert sind als die Eingeborenenstaaten und Agentien. Immerhin wird hier, wie in China und Ägypten, die Massierung auf wesentlich agrarischer Grundlage — denn die junge Industrie ist noch verhältnismäßig bescheiden — erkauft mit einer

erbärmlich niedrigen Lebenshaltung der breiten Massen und mit gelegentlichen Massensterben infolge von Mißernten oder Seuchen.

Zu den in alter Zeit wohlbesiedelten Gebieten gehörten auch einige Strom- und Oasen-Landschaften in Vorder- und Mittelasien, sofern durch Kanalbauten und Berieselungsanlagen für geregelte Bewässerung gesorgt und damit ein gartenartiger Fruchtbau von großer Üppigkeit ermöglicht wurde. Dem verdankt vor allem das alte Kulturland am Euphrat und Tigris seine hohe Bedeutung, desgleichen später Syrien und in der arabischen Zeit die zentralasiatischen Oasen, wie Merw, Buchara, Samarkand, Kokand — Gebiete, die großenteils längst Nomadeneinfällen (vor allem der Mongolen im 13. Jahrhundert) und dem Wüstensande zum Opfer gefallen sind. Babylonien wird auf 6—8 Millionen Bewohner zur Zeit Alexanders des Großen geschätzt (Beloch), das gegenwärtige britische Mandat Mesopotamien hat deren nur 2,85 Millionen, d. i. 7,68 je km².

Kleinasien und Syrien zählte, als es durch Pompejus dem Römerreiche einverleibt wurde, 17—18 Millionen (Beloch), um 1900 unter türkischer Herrschaft nur 12 Millionen Bewohner; das jetzige französische Mandat Syrien hat etwa 2½, das britische Mandat Palästina etwa ¾ Millionen, das sind 16,9 bezw. 32,5 Bewohner auf den km².

Die orientalischen Länder waren infolge ihrer Fruchtbarkeit und gewerblichen Blüte den europäischen im ganzen Altertum und bis weit in das Mittelalter an Volkszahl wie an Wohlstand überlegen. Allein Griechenland konnte sich ihnen in seiner besten Zeit, als es in Gewerbe, Handel und Kunst eine herrschende Stellung einnahm, zur Seite stellen. Es wird um 430 v. Chr. auf 2½, 338 v. Chr. auf 4 Millionen Einwohner geschätzt (Beloch), das wären an 50 — in Attika 90 — auf den km²; heute zählt Griechenland ohne Kreta und die neuen Erwerbungen 3 Millionen oder 44,5 auf den km². Griechenland mit seinem großenteils wenig fruchtbaren Boden hat immer viel durch Auswanderung abgegeben; das nahm besonders zu, als den Hellenen durch die Eroberungen Alexanders ein riesiges Kolonisationsgebiet im Orient eröffnet war. Infolge der späteren Wirren und der römischen Eroberung und Ausbeutung trat eine förmliche Entvölkerung des Landes ein, von der es sich erst in neuester Zeit wieder erholt hat.

Das römische Reich zählte beim Tode des Augustus in der lateinischen Reichshälfte etwa 26, in der östlichen, hellenistischen 29, zusammen also 55 Millionen Einwohner (Beloch), so viel wie Deutschland am Ende des vorigen Jahrhunderts, eine äußerst dünne Bevölkerung in Ansehung des riesigen Gebiets. Italien, das zu jener Zeit noch am dichtesten bevölkerte unter den westlichen Ländern, hatte doch nur etwa 7 (jetzt 39) Millionen Bewohner oder 22,4 (jetzt 126) auf den km², das ist eine geringere Dichtig-



keit, wie sie jetzt etwa Rußland (22—23) oder Estland (23,3) besitzen. Sizilien, das jetzt über 4 Millionen Einwohner zählt, soll damals 600 000 besessen haben. Und das war ein Stand zur Zeit höchster Blüte, bald nach Augustus begann die Volkszahl Italiens zu sinken. Die der westlichen Provinzen nahm noch zu, Spanien erreichte im 2. nachchristlichen Jahrhundert wohl 9, Gallien 8 Millionen als höchsten Stand; im 3. Jahrhundert trat auch da Niedergang ein. Dieses auffällige Versagen der sonst hochstehenden Antike erklärt sich aus ihrer technisch-wirtschaftlichen Rückständigkeit, infolge deren der Bodenbau extensiv, der Gewerbebetrieb primitiv, das Verkehrsleben trotz mancher guter Leistungen, z. B. im Straßen- und Brückenbau, schwach entwickelt blieb, sowie aus dem Überwiegen unfreier, d. h. unrationeller, leistungsarmer Arbeit durch Sklaven, später hartgedrückte Kolonen. Jene geringen Bevölkerungszahlen werden uns überhaupt vor einer Überschätzung der hochberühmten antiken Kultur warnen: diese war eine ausgesprochene Spitzenkultur, die große Masse der dünn verstreuten, wirtschaftlich rückständigen Bevölkerung war sehr arm und nicht vorgeschrittener als die des „barbarischen" Mittelalters. Durch dies alles werden wir auch den furchtbaren und völligen Zusammenbruch jener in ihren zivilisatorischen und organisatorischen Leistungen immerhin höchst achtungswerten Kultur verstehen können: ihre Basis war in jeder Hinsicht zu schmal.

Stillstand und Rückgang hielten in Europa auch in frühmittelalterlicher Zeit an. Dann, seit dem 11. Jahrhundert, begannen Bevölkerung und Kultur in den romanisch-germanischen Staaten sich langsam zu heben, der Boden wurde in stärkerem Maße der Bebauung erschlossen, freie Gewerbe kamen empor, der Verkehr nahm langsam zu, es entstanden wieder zahlreiche Städte und Marktorte, die Völker begannen sich kolonisierend auszudehnen. Bevölkerungshemmend wirkten die feudalen Verhältnisse mit ihrer produktionsfeindlichen Ständegliederung und Wirtschaftsordnung, ihren unaufhörlichen Fehden und Kriegen, ferner der niedere Stand der Gesundheitspflege, große Kindersterblichkeit, viele Seuchen und Hungersnöte. Immerhin hatten am Ausgang des Mittelalters Spanien etwa 11 — in der maurischen Zeit, im 9. bis 11. Jahrhundert, sicher erheblich mehr —, Italien 11, Frankreich 12 Millionen Bewohner, demnach mehr als während der höchsten Blüte im Altertum. Auf dem Boden des Deutschen Reiches, der zu Cäsars Zeit höchstens 2—3 Millionen beherbergt hatte, befanden sich um das Jahr 1300 wohl 12 Millionen Menschen, eine Zahl, die sich bis um 1500 nicht wesentlich veränderte, dann bis 1620 auf etwa 15 Millionen stieg. Der 30jährige Krieg brachte einen Rückgang bis auf 12 Millionen; noch mehr büßte Spanien unter der absolutistisch-klerikalen Mißwirtschaft ein, zählte es doch im Jahre 1600 nur noch 8, 1700 gar 5.7 Millionen. Auch Italien nahm im 16. und

17. Jahrhundert wieder ab, dagegen erhob sich Frankreich zum weitaus volkreichsten Lande Europas mit über 19 Millionen Einwohnern im Jahre 1700, die allerdings infolge des für das Land so unglücklichen spanischen Erbfolgekrieges bis auf 18 Millionen im Jahre 1715 zurückgingen.

Eine sehr erhebliche Volksvermehrung haben die europäischen Länder — wie ja auch die ost- und südasiatischen — erst in den beiden letzten Jahrhunderten erfahren, wie die folgende Übersicht von Einwohnerzahlen (in Millionen) in verschiedenen Jahren erweist:

	1700	1800	1900	1920
Spanien	5,7	11	18,5	21
Italien	10	16	32	38
Frankreich	19,6	26	38,9	39,2 [2])
England u. Wales	5	9	31,5	37
Belgien	—	3,5	7	7,5
Niederlande	2,2	2,4	5	7
Deutschland [1])	14	23	56	61,8 [3])
Schweden	1,5	2,3	5	5,9
Rußland	13	36	140	131

[1]) Genauere Zahlen für Deutschland in Tausenden:

1816 24 833
1870 40 818
1890 49 428 (Verdoppelung gegen 1816!)
1914 67 790
1922 62 036

[2]) ohne Elsaß-Lothringen 37,3.

[3]) Nach den Gebietsabtretungen infolge des Krieges.

Bei Rußland spricht die sehr beträchtliche räumliche Ausdehnung innerhalb dieses Zeitraums — und die Verkleinerung seit 1918 — mit; aber die Bevölkerung hat sich auch erheblich verdichtet, denn sie betrug 1725 noch nicht 1, gegenwärtig 6,8 Bewohner auf den km², hat sich also in weniger als zwei Jahrhunderten auf das Siebenfache vermehrt. Die Wirkung des unermeßlichen zur Verfügung stehenden Raumes zeigt sich in der mächtigen raumfüllenden Energie und dem Kinderreichtum des Volkes.

Es kamen im übrigen Einwohner auf den km²:

	1820	1840	1860	1880	1900	1920
in Frankreich	56,5	63,2	67,8	71,2	72,6	71,2
„ England und Wales	79,9	105,3	132,8	171,2	215,3	250
„ Deutschland	47,1	61,2	70,4	83,7	104,2	127
„ Österreich	47	56	61	73,7	87,2	(76,6 Rep. Öst.)

Die überall, abgesehen von Frankreich, sehr starke Vermehrung wurde ermöglicht durch die großen technischen und zivilisatorischen Fortschritte der neueren Zeit, die unvergleichlich rationellere und intensivere Wirtschaft in Agrikultur, Industrie und Verkehr, sowie durch die Abnahme hemmender Ursachen infolge der Fortschritte im Gesundheitswesen. Das letztere wirkt sich natürlich in einem Lande wie Rußland noch nicht so aus, kamen doch da um 1890 noch 36,7, 1912 allerdings nur noch 25,2 Todesfälle auf 1000 Menschen außerhalb des ersten Lebensjahres, und ist vor allem die Kindersterblichkeit erschreckend hoch, indem um 1890 von 1000 Geborenen 305,25

im ersten Lebensjahre starben. Trotzdem hat Rußland in Europa den stärksten Geburtenüberschuß, 16,2 auf 1000 (1912).

In Deutschland ist die Sterbeziffer von der Höhe 27, die sie im Zeitraum von 1851—1880 hatte, auf 15 im Jahre 1913 und 14,4 im Jahre 1922, die Zahl der Totgeburten von 1,5 auf 0,8 vom Tausend in dem gleichen Zeitraum zurückgegangen. Die Sterbeziffer Deutschlands betrug 1901—1910 18,9, sie war niedriger in England (15,4), Holland (15,2), Schweden (14,7), Norwegen (14,2) und Dänemark (14,2); dagegen betrug sie in Rußland 29,9, Bosnien 26,1, Rumänien 25,8, Ungarn 25,7, Spanien 25,2.

Allerdings pflegt auch die Geburtenziffer mit steigender Kultur abzunehmen. Die Zahl der Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner jährlich betrug in Rußland um 1890 51,4 auf dem Lande, 38,9 in den Städten; sie ist aber auch dort schon von 47,3 in den Jahren 1871—80 auf 46,7 in 1901—1910, ja 41,4 im Jahre 1912 zurückgegangen. Dagegen betrug sie in

	1861—70	1901—10	1913	1922
Frankreich	26,1	20,6	18,8	19,4
England und Wales	35,4	27,2	23,8	20,4
Deutschland	37,2	32,7	27,5	22,8

Selbst so dünn bevölkerte Länder wie Australien und Neuseeland weisen trotz ihres großen Nahrungsspielraumes stark abnehmende Geburtenziffern auf, 1921 25 bzw. 23,3 v. T., und die Vereinigten Staaten haben bei ähnlicher Gunst der Verhältnisse auch nur 23,7 v. T. Geburten (1920). Dagegen ist in Japan die Geburtenziffer 1880—1910 von 27,2 auf 32, bis 1921 gar auf 35,1 v. T. gestiegen. Nächst Rußland haben die höchsten Geburtenziffern, soweit solche feststellbar sind (1911/12): Rumänien 43,4, Britisch Honduras 42,5, Costarica 42,0, Bulgarien 40,6, Bosnien 40,3 — alles Länder mit schwach entwickelter Kultur und hoher Sterblichkeitsziffer.

Obwohl sich Geburts- und Sterbeziffern in ihrer Auswirkung vielfach gegenseitig aufheben, zeigen die Geburtenüberschußzahlen, also die eigentlichen Anzeiger der Volksvermehrung, doch außerordentliche Unterschiede in den einzelnen Ländern. Das zeigt folgende Skala der Überschußzahlen nach den neuesten Feststellungen, möglichst ergänzt durch eine frühere Jahresangabe:

Südafrika	1906	9,0 (Kapland)	1920	17,8
Argentinien	1905	18,6	1921	17,1
Rußland	1901	15,8	1912	16,2
Salvador	—	—	1922	16,2
Kanada	—	—	1920	15,7
Uruguay	1906	16,6	1922	15,2
Australien	1906	16,1	1921	15,1
Neuseeland	1906	17,8	1921	14,6
Niederlande	1906	15,6	1922	14,4

Bulgarien	1905	21,9	1919	12,8
Japan	1905	9,3	1921	12,4
Norwegen	1906	12,7	1922	12,3
Italien	1905	10,6	1921	11,9
Deutschland	1906	14,9	921	11,3
Tschechoslowakei	—	—	921	11,3
Vereinigte Staaten	1904	4,7	1920	10,6
Dänemark	1906	15,1	1922	10,4
Finnland	1906	13,9	1921	10,2
Chile	1905	2,4	1922	10,0
Spanien	1905	9,4	1922	9,9
Lettland	—	—	1922	9,1
Ungarn	1906	11,2	1922	8,6
Schottland	1906	11,9	1922	8,6
Litauen	—	—	1922	8,0
Nord-Irland	(Irl. 1906	6,6)	1921	7,8
England und Wales . .	1906	11.6	1922	7,6
Griechenland	—	—	1921	7,6
Schweden	1906	11,3	1922	6,8
Österreich	1905	8,6	1921	6,7
Belgien	1905	9,7	1922	6,5
Albanien	—	—	1922	5,4
Irischer Freistaat	(Irl. 1906	6,6)	1922	4,5
Korea	—	—	1920	4,2
Estland	—	—	1922	2,9
Frankreich	1906	0,7	1922	1,8
Brit. Indien	(Ceylon 1905	10,8)	1921	1,5
Straits Settlements	—	—	1921	0,9
Mexiko	1903	0,9	1910	— 0,3
Ver. Malaien-Staaten . .	—	—	1921	— 1,3

Deutsche Bevölkerungsbewegung.

Es kamen auf je 1000 Einwohner:

	Geborene lebend	Geborene tot	Gestorbene	Geburtenüberschuß	Wanderungsverlust	Überseeische Auswanderung
1871—1880 . .	39,1	1,6	27,2	11,9	1,8	.
1881—1890 . .	36,8	1,4	25,1	11,7	2,8	.
1891—1900 . .	36,1	1,2	22,3	13,9	0,7	0,55 (1894—1900)
1901—1910 . .	32,9	1,0	18,7	14,3	0,2	0,45
1911	28,6	0,9	17,3	11,3	—	0,35
1912	28,3	0,8	15,6	12,7	—	0,28
1913	27,5	0,8	15,0	12,5	—	0,39
1914—1918 .	18,1	0,6	21,0	— 3,1	—	zus. 24 268,
1919	20,0	0,7	15,5	4,5	—	gegen 25 843 i. J. 1913,
1920	25,9	0,8	15,1	10,8	—	gegen 23 451 i. J. 1921
1921	25,3	0,8	13,9	11,4	—	0,37
1922 . . .	22,8	0,8	14,3	8,5	—	0,59

Die durchschnittliche jährliche Zunahme der deutschen Bevölkerung betrug in dem Zeitraum 1816—1864 9,6 und 1864—1910 10,9 v.T., zusammen 10,2 v.T., das ist über den europäischen Durchschnitt, der 1820—1880 8,4 v.T. ausmachte.

Zu den natürlichen und absoluten Bevölkerungsveränderungen durch Geburten und Todesfälle treten die willkürlichen und relativen durch Wanderungen, die ja nur Verschiebungen bedeuten. Diese können innere sein, vorwiegend Zuzug vom Land zur Stadt, und äußere, d. h. Ein- und Auswanderung über die Staatsgrenzen. Sie waren auch im Altertum nicht gering. Im 5. vorchristlichen Jahrhundert war die Kolonialbevölkerung hellenischer Abstammung schon ebenso zahlreich wie die Bevölkerung des eigentlichen Hellas, je 2½ Millionen schätzungsweise. Noch intensiver war die Ausbreitung der Griechen in der hellenistischen Zeit, und auch im römischen Weltreiche fand ein sehr reger Bevölkerungsaustausch, zumal zwischen Italien und den Provinzen, statt. Dazu kamen die zwangsweisen Verschiebungen durch den Sklavenhandel, durch die andauernd recht beträchtliche Menschenmassen bewegt wurden. In Attika soll es um 430 v. Chr. auf 250 000 Köpfe Gesamtbevölkerung nicht weniger als 100 000 Sklaven gegeben haben, und ähnlich mag das Verhältnis auch anderwärts gewesen sein. Desgleichen gab es eine starke Bewegung vom Land zur Stadt: es sind während der ganzen Antike Städte in großer Zahl gegründet worden, so daß in der römischen Kaiserzeit fast das ganze riesige Reichsgebiet mit Stadtgemeinden besetzt war. Einige von ihnen waren zu Groß-, ja Riesenstädten angewachsen, zählte doch Rom 800 000, Alexandria und Karthago 700 000 Einwohner, Seleucia, Antiochia und Byzanz auch mehrere 100 000. Die dauernde Ernährung derart zusammengedrängter Massen ist eine anerkennenswerte Leistung für ein Zeitalter, das keinen Schnell- und Massenverkehr durch Eisenbahn und Dampf-Großschiffahrt kannte.

Endlich ist die der Kolonisation entgegengesetzte, in ihren Wirkungen fast noch bedeutsamere Erscheinung zu erwähnen: das teils friedliche teils kriegerische Einströmen nomadischer und halbnomadischer Volksteile aus unwirtlichen Gegenden in die Gebiete seßhafter Kultur. Die Wander- und Kriegszüge semitischer, indo-germanischer, mongolischer, türkischer, malaiischer und anderer Völker haben große Teile der Erdoberfläche in Volkstum und Kultur entscheidend verändert, haben Reiche gestürzt und errichtet. Alle alten Kulturländer haben derartige Wellenstöße zu wiederholten Malen erfahren, von den Akkadiern und Amoritern bis zu den Osmanen und Wahhabiten in Vorderasien, von den Hunnen bis zu den Mandschu in Ostasien; auf solche Weise sind große Teile Europas germanisiert und slawisiert, sind Syrien, Mesopotamien und Nordostafrika arabisiert worden, die Bewegung berberischer Nomaden gegen die negritischen Hackbauländer in Nordafrika hat bis zur neuesten Kolonialepoche angedauert.

Die Germanen haben in beiden Richtungen gewirkt: als barbarische Bedränger und Eroberer haben sie große Teile des römischen Reiches besetzt und als Träger höherer Kultur haben sie im 12. bis 14. Jahrhundert den Osten bis an den finnischen Meerbusen und die transsylvanischen Alpen kolonisiert. Auch die Russen haben sich kolonisatorisch ausgebreitet von ihrer Heimat am Dnjepr und Wolchow bis an das Eismeer, den Stillen Ozean und die Pforten Indiens. Ähnlich haben die Chinesen von einem ursprünglich kleinen Gebiet am Weiho aus fast den ganzen jetzigen Umfang des Reiches und darüber hinaus Teile von Hinterindien, Formosa und Java angefüllt.

Am gewaltigsten und folgereichsten ist die überseeische Auswanderung aus Europa in die neuen Erdteile; sie führte zur Europäisierung von Amerika und Australien, allerdings auch zu völliger staatlicher Loslösung des größten Teils von Amerika. Diese Auswanderung nahm einen besonders großen Umfang an seit der Befreiung der amerikanischen Kolonien und der Verbesserung der Verkehrsmittel im 19. Jahrhundert. Um 1800 lebten etwa 9 Millionen Menschen europäischer Rasse in außereuropäischen Gebieten, es sind danach bis 1891 etwa 26 Millionen Personen aus Europa ausgewandert, und allein in die Vereinigten Staaten 1821—1891 13,7 Millionen Europäer eingewandert. Es wanderten vom Tausend der mittleren Bevölkerung Europas im jährlichen Durchschnitt über See aus: 1861—1870: 1,3, 1871—1880: 1,1, 1881—1890: 2,1, 1891—1900: 1,7, 1901—1910: 2,9; der Wanderungsverlust Europas betrug demnach immerhin nur 1/6—1/4 von seinem Geburtenüberschuß.

Die stärkste Auswanderung ging lange Zeit von den britischen Inseln aus; durch sie sind Nordamerika, Australien und Südafrika zu angelsächsischen Ländern geworden. Es sind 1815—1852 an 3, 1853—1891 7,35 Millionen von den Inseln ausgewandert, denen allerdings 1854—1870 eine Ein- und Rückwanderung von 2,4 Millionen gegenübersteht. 1894—1913 war die Auswanderung etwa 2,3 Millionen.

Aus Irland sind 1851—1891 3,3 Millionen ausgewandert; die Insel hatte 1801—1841 eine durchschnittliche jährliche Zunahme von 11,3 v. T., dagegen 1846—1886 eine ebensolche Einbuße von 20,8 v. T. infolge unaufhörlicher Abwanderung. Auch der Geburtenüberschuß ist gering: 1871—1880 8,2, 1912 6,6 v. T. Irland bietet daher seit der großen Hungersnot von 1846, infolge deren 1 1/4 Millionen Bewohner starben und ebensoviele nach Amerika auswanderten, das seltene Beispiel eines Landes mit abnehmender Bevölkerung. Diese betrug 1811: 5,74, 1845: 8,3, 1851: 6,57, 1891: 4,7, 1911: 4,39 Millionen und erfährt erst seit dem Kriege wieder eine ganz kleine Zunahme (1921: 4,496 Millionen).

Aus Deutschland sind 1871—1880 595 151, 1881—1890 1 342 423, 1891 bis 1900 529 875, 1901—1910 279 645, 1911 22 690, 1912 18 545, 1913



25 843, 1922 36 527 Personen ausgewandert; allein nach den Vereinigten Staaten 1820—1870 2,37 und 1871—1914 2,68 Millionen. 1847—1910 sind 3 888 787 Personen aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten und nur 485 543 nach anderen Ländern ausgewandert; die Rückwanderung betrug 1908—1913 18 % und soll früher beträchtlich höher gewesen sein. In Tausendstel der mittleren Bevölkerung betrug die deutsche Auswanderung:

in den Jahrzehnten	1831/40—1861/70	0,6	1,6	3,0	2,6
in den Jahrfünften	1871/75—1886/90	0,9	0,5	3,7	1,8
" " "	1894/98—1909/13	0,61	0,48	0,45	0,36

Während in Deutschland die Auswanderungsziffer seit 1893 stark zurückgegangen ist, ist sie in den süd-, ost- und nordeuropäischen Ländern gestiegen. Rußland hatte noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine bedeutende Einwanderung, dagegen 1889—1894 einen Auswanderungs-Überschuß von durchschnittlich 10 653 im Jahre, 1904 einen solchen von 10 000. Die stärkste Auswanderung hatte vor dem Kriege Italien, sie stieg von 110 000 im Jahre 1876 bis auf 872 000 im Jahre 1913; allerdings kehrte reichlich die Hälfte der Auswanderer in die Heimat zurück. Immerhin leben außerhalb des Königreichs schon etwa 7 1/2 Millionen Italiener. Einen Wanderungsgewinn weisen gegenwärtig nur drei europäische Länder — Rumänien, die Schweiz, Belgien — auf. Auch Frankreich hatte beispielsweise 1850—1890 eine Zuwanderung von 1 1/2 Millionen, seine Auswanderung dagegen ist unbedeutend wie anderseits seine Volksvermehrung; im Gegensatz zu den europäischen Franzosen zeigen die kanadischen ein starkes Wachstum: die 60 000 Frankokanadier von 1763 haben es durch Kinderreichtum und Langlebigkeit auf nahezu 2 111 000 Seelen gebracht.

Nordamerika steht hinsichtlich der Bevölkerung unter allen Erdteilen einzigartig da. Während im romanischen Süd- und Mittelamerika mit Ausnahme der westindischen Inseln die eingeborene, indianische Bevölkerung sich im wesentlichen erhalten und mit den eingewanderten und eingeschleppten Weißen und Schwarzen vielfältig vermischt hat und in einer Reihe von Staaten den zahlreichsten und ausschlaggebenden Teil der Bevölkerung darstellt, ist sie in Nordamerika fast verschwunden und völlig bedeutungslos. In dem ungeheuren Landgebiet, das die Vereinigten Staaten und Kanada einnehmen, leben ganze 350 000 Indianer; ihre Zahl hat allein in der Union von 1910 bis 1920 um 21 000 abgenommen (244 000 statt 265 000). Nordamerikas Bevölkerung geht also so gut wie ganz auf Einwanderung zurück. Die Vereinigten Staaten sind das stärkste Einwanderungsland der Erde. Ihre Bevölkerung betrug 1790 noch nicht 4, 1820 9,6, 1880 über 50, 1915 reichlich 91 und 1920 fast 106 Millionen, ohne Alaska und Außenbesitzungen.

Die Aufgabe, einen gewaltigen Raum mit Menschen zu füllen, ist hier am großartigsten gelöst worden durch Tatkraft und Wagemut, eine großzügige Eisenbahn- und Landsiedlungspolitik, wesentlich begünstigt allerdings durch die natürlichen Reichtümer an Kohle, Eisen, Erdöl, Silber, Gold und fruchtbarem Boden. Dennoch ist die Bevölkerungsdichtigkeit der Vereinigten Staaten noch immer eine sehr schwache: 13,5 je km², weniger als Schweden oder das europäische Rußland. Selbst die nordatlantischen Staaten mit ihrer mächtigen Industrie- und Handelstätigkeit stehen mit 67,78 je km² noch hinter Dänemark und Polen und hinter dem künstlich retardierenden Frankreich zurück; die beiden großen, wirtschaftlich eminent bedeutungsvollen Staaten New York und Pennsylvanien haben nur eine Dichtigkeit von 79, Ohio von 54, Illinois von 44, das kleine Massachusetts allerdings von 180. Die westlichen Staaten mit 2,89 je km² aber werden in Europa nur von Island (0,92) übertroffen und stehen weit unter dem Durchschnitt von Amerika (4,8) und Afrika (4,6).

Die Einwanderung nimmt beständig ihren Fortgang, in neuerer Zeit streng beaufsichtigt und in bestimmten Grenzen gehalten durch die Staatsbehörde. Das germanische und irische Element machte dabei 1900 noch 75,9, 1910 nur noch 55,8 % aus, dagegen ist der Anteil der Süd- und Osteuropäer von 17,1 auf 34,7 % gestiegen. In den beiden Jahren 1921/22 und 1922/23 sind 832 475 Personen eingewandert, darunter nicht weniger als 103 843 Juden. Von der Bevölkerung der Vereinigten Staaten nach der Zählung von 1920 sind 89,7 v. H. Weiße, und zwar stammen 55,2 v. H. von amerikanischen, 21,5 v. H. von fremden oder gemischten Eltern, 13 v. H. oder 13,7 Millionen sind Fremdgeborene (davon 24 % Briten und Iren, 23 % Deutsche, Skandinavier, Niederländer, Schweizer, 24 % Russen, Polen, Litauer, Slaven, 14 % Südeuropäer). Dazu kommen 9,9 % Abkömmlinge von Negersklaven (10,46 Millionen), 244 000 Indianer, 111 000 Japaner, 62 000 Chinesen. Die Voraussetzungen für die Bildung einer Nation sind also hier wesentlich anders wie anderwärts, da neben der Geburt die Assimilierung Fremdbürtiger und Fremdrassiger gewichtig mitspricht; dennoch bildet sich aus so verschiedenartigen Elementen schnell eine Nation, in der die Eigenart des Kolonial-Angelsachsen ebenso bestimmend ist, wie in dem Völkergemisch Lateinamerikas der Wille, nach südeuropäisch-romanischer Art zu leben.

Schließlich ist nochmals der gewaltigen inneren Wanderbewegung zu gedenken, die, eine Folge der zunehmenden Industrialisierung, die Menschen sich immer stärker in städtischen und stadtähnlichen Wohnorten zusammendrängen läßt und als deren bislang letzter Ausdruck riesenhafte Wohnkomplexe wie Groß-London mit fast 7½, Groß-New York mit über 5½, Paris (Seine-Departement) mit fast 4½, Groß-Berlin mit 3,8, Chicago mit 2,7, Tokio mit

2,2 Millionen Einwohnern erscheinen. So hat in Deutschland die ländliche Bevölkerung nicht nur im Verhältnis zu der städtischen, sondern auch absolut seit 1871 abgenommen, und zwar von 26,2 auf 22,6 Millionen, während der Anteil der städtischen an der Gesamtbevölkerung 1871 36,1, 1890 47,0, 1910 60,0, 1919 62,5 v. H. betrug und von 14,8 auf 37,7 Millionen gestiegen ist. Es lebten im Deutschen Reiche vom Hundert der Einwohner:

	1871	1910
in Großstädten über 100 000 Einwohner	4,8	21,3
„ Mittelstädten von 20—100 000 Einwohner	7,7	13,4
„ Kleinstädten „ 5— 20 000 „	11,2	14,1
„ Landstädten „ 2— 5 000 „	12,4	11,2
„ ländlichen Gemeinden	63,9	40,0

In Frankreich ist die städtische Bevölkerung viel weniger schnell gewachsen; sie betrug 1872 31,1, 1891 37,4, 1911 44,2, 1921 46,3 v. H., so daß dort noch immer die größere Hälfte des Volks auf dem Lande lebt. Dagegen wohnten in den Niederlanden schon um 1890 nur noch 20 v. H. der Bewohner auf dem Lande, d. h. in Orten mit weniger als 2000 Einwohner, in Belgien 36, in Italien 40, ebenso 1910 in den Vereinigten Staaten, in Schweden anderseits 89 v. H.

Eine weitere Folge der Industrialisierung, des Aufsaugens von Bevölkerungsteilen durch die wachsende Industrie und ihre lockenden Lohn- und Lebensbedingungen ist das Nachdrängen ausländischer Arbeitskräfte — polnischer Bergarbeiter, slawischer Landarbeiter (Sachsengänger), italienischer Erdarbeiter — nach Deutschland. Überhaupt stand der abnehmenden Auswanderung Deutscher eine zunehmende Einwanderung Fremder gegenüber, betrug doch die Zahl fremder Staatsangehöriger bei der Zählung vom 1. Dezember 1910 nicht weniger als 1,26 Millionen, darunter die gute Hälfte Österreicher.

Im ganzen kann man sagen, daß die Wanderbewegungen und Bevölkerungsverschiebungen in den letzten hundert Jahren einen Umfang angenommen haben, gegen den die „Völkerwanderungen" früherer Zeiten verblassen.

Anmerkung

Die obigen Zahlenangaben sind entnommen dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, O. Hübners Geogr. Statist. Tabellen, dem Politischen Handwörterbuch, herausgeg. v. Paul Herre (1923); für ältere Zeiten Gust. Schmollers Grundriß I, 3, Die Bevölkerung usw., Leipzig 1901, und J. Beloch, Die Bevölkerung der griech.-römischen Welt, Leipzig 1886.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ HAMBURG

Baumwollproduktion und Baumwollverbrauch der Welt

1. Baumwollernte in Ballen zu annähernd 500 lbs[1])

(Erntesaison 1. August bis 31. Juli)

	1924/25	1923/24	1922/23	1921/22	1913/14	1912/13	1911/12	1910/11
Vereinigte Staaten	13 618 000	10 128 000	10 438 000	8 378 000	14 614 000	14 091 000	16 109 000	11 966 000
Indien	5 069 000	4 247 000	5 196 000	4 479 000	5 066 000	4 421 000	3 262 000	3 889 000
China	1 952 000	1 785 000	2 216 000	1 447 000	1 963 000	2 360 000	3 437 000	3 467 000
Ägypten	1 322 000	1 213 000	1 243 000	972 000	1 537 000	1 507 000	1 485 000	1 515 000
Brasilien	.	719 000	552 000	505 000	387 000[3])	399 000[3])	357 000[3])	300 000[3])
Rußland	397 000	321 000	137 000	78 000	969 000	870 000	875 000	895 000
Mexiko	213 000	138 000	178 000	147 000	159 000[3])	172 000[3])	158 000[3])	157 000[3])
Peru	.	181 000[2])	187 000	182 000	122 000[3])	134 000[3])	106 000[3])	96 000[3])
Korea	119 000	111 000	103 000	92 000	59 000[3])	52 000[3])	71 000[3])	38 000[3])
Persien[3])	.	.	200 000	87 000	142 000	136 000	113 000	116 000
Türkei[4])	160 000[2])	80 000	30 000	15 000	135 000	115 000	80 000	45 000
Britisch Afrika[5])	275 000[2])	223 000	159 000	95 000	56 000	51 000	53 000	44 000
Argentinien	.	73 000	26 000	17 000	durchschnittlich 3000			—
Niederländ. Indien[3])	.	.	.	100 000	75 000	78 000	61 000	50 000
Paraguay	28 000[2])	24 000	5 000	2 000	—	—	—	—
Ecuador	17 000[2])	11 000	4 000	3 000	—	—	—	—
Französ. Kolonien[6])	20 000[2])	18 000	17 000	16 000	durchschnittlich 15 000			
Australien	14 000[2])	12 000	9 000	3 000	—	—	—	—
Mesopotamien, Cypern, Malta u. Britisch West-Indien	.	12 000	10 000	8 000	5 000	5 000	6 000	4 000
Belgisch Kongo	.	7 000	4 000	4 000	—	—	—	—
Italien u. ital. Kolonien[7])	.	7 000	6 000	—	durchschnittlich 6000			
Portugiesisch Afrika	12 000	6 000	3 000	3 000	durchschnittlich 1000			
Gesamte Welternte in Baumwolle	24 100 000	20 881 000	20 764 000	16 974 000	25 388 000	24 409 000	26 226 000	22 700 000

2. Baumwollverbrauch der Welt in 1000 Ballen[8])

(Baumwolljahr 1. August bis 31. Juli)

	1923/24	1922/23	1921/22	1912/13	1911/12	1910/11
Vereinigte Staaten	5 612	6 622	5 896	5 553	5 368	4 696
Großbritannien	2 718	2 770	2 864	3 825	3 765	3 384
Japan	2 337	2 576	2 372	1 580	1 341	1 254
Britisch-Indien	2 065	2 252	2 317	1 698	1 606	1 479
China	1 571	1 609	1 396	durchschnittlich 525		
Frankreich	1 063	1 179	1 035	986	987	945
Deutschland	972	1 014	1 192	1 701	1 770	1 685
Italien	942	893	800	743	812	725
Rußland	597	509	639	1 735	2 035	1 751
Tschechoslowakei	417	254	374	—	—	—
Brasilien	379	670	477	182	199	153
Spanien	366	351	362	329	323	312
Belgien	296	272	243	257	234	236
Polen	179	228	220	309	321	286
Canada	152	177	157	107	115	88
Mexiko	149	136	132	46	39	18
Österreich	133	106	114	876	864	741
Schweiz	101	95	88	89	90	75
Schweden	86	84	76	82	78	83
Portugal	91	86	69	73	67	61
Holland	56	107	110	84	84	82
Finland	30	32	33	34	16	27
Dänemark	21	28	18	25	25	21
Norwegen	6	7	7	11	10	11
übrige Länder	91	86	183	?	?	?
Gesamtverbrauch der Welt	20 430	22 143	21 162	20 401	19 831	17 819

3. Die in der Baumwollindustrie vorhandenen Spindeln[9])

	1925	1914	1900
Großbritannien	56 710 000	59 317 000	46 100 000
Vereinigte Staaten	37 886 000	32 227 000	17 937 000
Deutschland	9 464 000 [10])	12 387 000	7 910 000
Frankreich	9 374 000	7 400 000	5 700 000
Britisch-Indien	8 313 000	6 596 000	5 945 000
Rußland	7 246 000	7 665 000	7 000 000
Japan	5 110 000	2 203 000	1 000 000
Italien	4 635 000	4 589 000	1 940 000
Tschechoslowakei	3 459 000	—	—
China	3 350 000	996 000	275 000
Spanien	1 813 000	1 900 000	2 645 000
Belgien	1 764 000	1 775 000	920 000
Brasilien	1 720 000	1 520 000	—
Schweiz	1 528 000	1 398 000	1 558 000
Canada	1 156 000	1 355 000	640 000
Polen	1 146 000	1 322 000	.
Österreich	1 051 000	4 941 000	3 500 000
Mexiko	805 000	762 000	773 000
Holland	727 000	606 000	320 000
Schweden	564 000	461 000	360 000
Portugal	503 000	428 000	164 000
Finland	253 000	236 000	—
Dänemark	79 000	88 000	—
Norwegen	69 000	83 000	—
übrige Länder	1 143 000	738 000	—
Gesamtzahl	159 904 000	151 111 000	104 000 000

Anmerkungen

[1]) Aufgestellt nach dem „International Cotton Bulletin", Manchester und dem „The Empire Cotton Growing Review Journal", London, unter Berücksichtigung der Bekanntmachungen des U. S. Dept. of Agriculture. Die Angaben über die Erntesaison 1924/25 sind nur für die nördliche Erdhalbkugel einigermaßen endgültig. Die Angaben für die südliche Halbkugel sind lediglich Vorschätzungen.

[2]) Private Schätzungen.

[3]) Die Angaben beziehen sich auf die Kalenderjahre und zwar bei der nördlichen Erdhälfte auf das erstgenannte Jahr, bei der südlichen auf das letztgenannte Jahr.

[4]) Angaben der Handelskammer von Konstantinopel in Ballen von 200 Kilo für die Kalenderjahre 1924 und vorhergehende ausschließlich über die Ernte der Adana-Zone.

[5]) Die Angaben in Ballen von 400 lbs umfassen den anglo-ägyptischen Sudan mit einer Ernte von 55 286 Ballen 1924/25, 47 652 1923/24, 28 306 1922/23, 24 074 1921/22; die Goldküste mit einer Ernte von höchstens 790 Ballen, Nigeria 25000 Ballen 1923/24, 16828 1922/23 und 15016 1921/22; Uganda 129 200 Ballen 1923/24, 92 821 1922/23 und 40 000 1921/22; Kenya 1653 Ballen 1923/24, 1200 1922/23, 417 1921/22; Nyassaland 5436 1922/23, 5581 1921/22, Rhodesia 1901 Ballen 1923/24; Tanganyika 11434 Ballen 1923/24, 7175 Ballen 1922/23; Südafrikanische Union mit 7000 Ballen 1923/24, 6523 1922/23 und 2523 1921/22.

[6]) Die Angaben umfassen für 1924/25 auch Syrien, wo 23 243 ha mit Baumwolle bepflanzt waren; für die übrigen Jahre Indochina mit 11 088 Ballen 1922/23 und 14 337 Ballen im Durchschnitt der Jahre 1909/10 bis 1913/14, Dahomey mit 1273 Ballen 1922/23, 1946 1921/22 und 664 im Durchschnitt 1909/14; Französisch Guinea mit durchschnittlich 150 Ballen; Französisch Sudan mit durchschnittlich 100 Ballen; Togo mit 4612 Ballen 1922/23 und 4602 1921/22; Algier mit 795 Ballen 1923/24 und durchschnittlich 1370 Ballen 1909/14.

[7]) Italien durchschnittlich 5000 Ballen; Somaliland 1500 Ballen in den letzten Jahren; Eritrea 1381 1923/24 und 1022 im Durchschnitt 1909/14.

[8]) Lediglich der industrielle Baumwollverbrauch in den Fabriken nach den Angaben der „International Cotton Federation". Die Größe der Ballen ist die handelsübliche, also je nach Provenienz verschieden, ägyptische 350 kg, amerikanische 500 lb, indische 400 lb, chinesische 250, 300 und 400 lb. Bei den asiatischen Ländern ist zu berücksichtigen, daß sie etwa 65 % Ballen zu 400 lb, 20 % Ballen noch geringeren Gewichts und nur 15 % Ballen zu 500 lb und mehr verwenden. In Europa verbraucht Italien zu etwa 40 % und Frankreich zu etwa 25—30 % Ballen indischer Provenienz, die übrigen Länder nur zwischen 10 und 20 %.

[9]) Die Angaben für 1900 sind dem „Baumwolljahrbuch 1914", die Angaben für 1914 „Kertesz, Textilindustrie sämtlicher Staaten, Braunschweig 1917" und die Angaben für 1925 sind dem „International Cotton Bulletin" entnommen.

[10]) In deutschen Quellen wird die Spindelzahl Ende Dezember 1924 mit 10 280 000 angegeben.

ERICH OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Seit dem letzten Bericht ist eine wesentliche Veränderung in der geopolitischen Situation der Alten Welt nicht eingetreten. Noch immer pendelt man in der europäischen Staatenfamilie zwischen brutaler, lediglich auf Macht gestützter Territorialpolitik und ethisch-kulturell gegründeter Volkstumpolitik hin und her, allenthalben bleibt man in engherzig-egozentrischer Einstellung befangen, überall steht man den innereuropäischen Staatsgrenzen hilflos gegenüber und weiß nicht, ob man sie als politische Machtgrenzen, als Wirtschaftsgrenzen oder als Grenzen nationaler Kultureinheiten werten soll. Kein Wunder, daß bei einer derartigen Mentalität der gegenwärtigen Staatslenker die Synthese von National und Übernational nicht gefunden wird, daß der schwere Zwist innerhalb der europäischen Staaten- und Schicksalsgemeinschaft mit unverminderter Heftigkeit weitergeht und die früher eingehend gekennzeichneten Brandherde auch heute noch in heller Glut stehen; Das zentraleuropäische Konfliktsgebiet (Rhein), die osteuropäische Gefahrenzone, die Region schwerer Wirren in Nordafrika—Vorderasien.

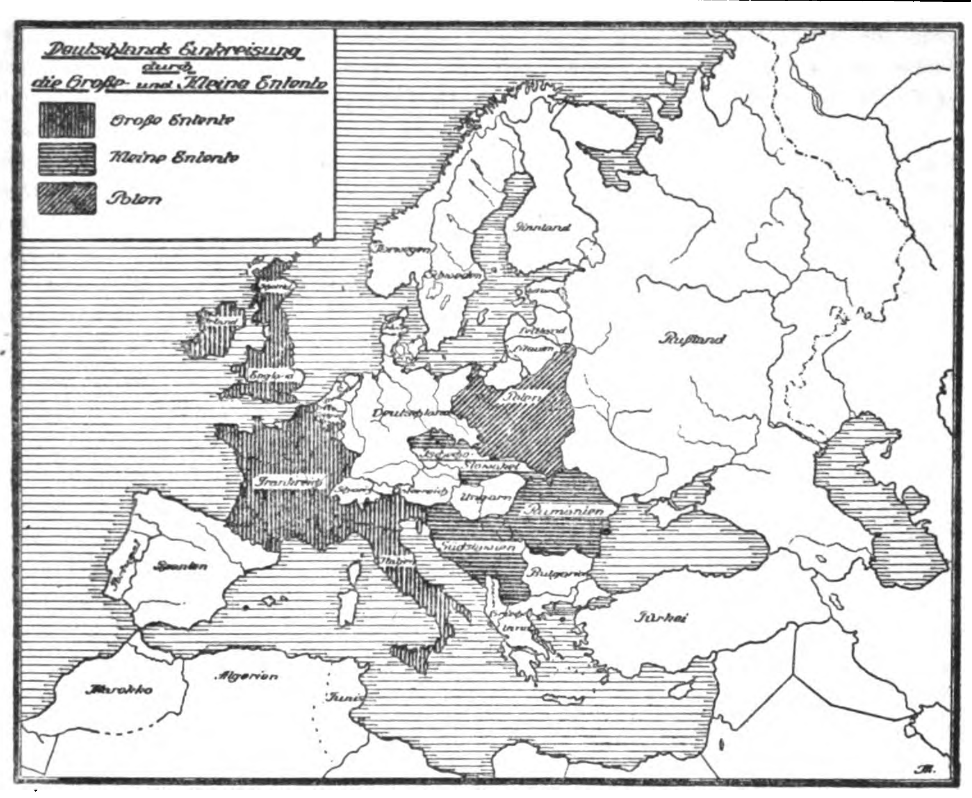
Unser Vaterland spürt naturgemäß die Ungunst der Mittellage jetzt mehr denn je: Nur das Deutsche Reich wird eben auf beiden Flanken von schweren Stürmen umbraust und erlebt die gesamteuropäische Krisis in einer Stärke wie kein anderer Staat sonst. Im Westen und Süden erschwert uns die Große Entente die Wahrung lebenswichtiger Belange im Rhein- und Saargebiet, im Osten treibt die Kleine Entente ihr Spiel und trachtet im Bunde mit Polen danach, unerträgliches Unrecht zu verewigen (Skizze 1). Unter dem ständigen Druck von außen bringen wir nicht die Ruhe auf, nach dem Fassadenumbau von 1918 nun endlich an den geopolitischen Umbau im Inneren zu gehen, sondern leben weiter in dem nach den Plänen dynastischer Territorialpolitik gezimmerten Gebäude, schleppen in Innerdeutschland Kleinstaaten, Exklaven und Enklaven wie einst im Mittelalter mit uns herum und erleben — im Zeitalter der Republik fast noch mehr als während der Monarchie — die ergötzlichsten Blüten eines engstirnigen Partikularismus. Ist das Gemeinschaftsgefühl aller Reichsdeutschen wirklich so schwach, daß der Grundsatz wahrhafter Volkstumpolitik im Inneren noch nicht durchgeführt werden kann? Oder wird der Wille zu einer modernen, den Belangen der deutschen Stämme gerecht werdenden Neugliederung des Reiches, einer föderalistischen Unität, lediglich durch die unglückseligen außenpolitischen Umstände gehemmt?

Wir vermissen wie im Inneren so auch nach außen tatfreudige Weitsicht. Darunter verstehen wir selbstverständlich auch nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten nicht einen Revanchekrieg, wohl aber die Verkündung und tunlichste Durchführung eines allumfassenden deutschen Programmes zur Befriedung Europas.

Die Welt jenseits Europas weiß nur zu gut, daß der großen politischen Krisis Europas auf die Dauer weder mit dem Dawes-Plan noch mit einem Sicherheitspakt abgeholfen werden kann. Zu diesen Mittelchen, die immer wieder bestenfalls nur eine Atempause verschaffen, muß etwas Großes und Neues und Radikales kommen, das das Übel an der Wurzel packt.

Wir dürfen nicht auf einen deus ex machina bauen, sondern müssen von uns aus der europäischen Politik ein zukunftsbeständiges Leitmotiv geben und zu diesem Zweck den Mut aufbringen, einen geopolitischen Generalbebauungsplan für die Alte Welt zu entwerfen.





Skizze 1.

Für diese Planung wird eine Erkenntnis von grundlegender Wichtigkeit sein: Die Bildung von völkischen Kulturgemeinschaften, in denen möglichst alle Glieder einer Kulturnation vereinigt sind (Großdeutschland!), ist und bleibt ein Ding der Unmöglichkeit, solange die gegenwärtig bestehenden, aus der Periode der Territorialpolitik erwachsenen Staaten Europas auf absoluter Souveränität in politischer und wirtschaftlicher Beziehung bestehen. Anders ausgedrückt: Die buntscheckige Völkerkarte Europas kann nur dann zu einem geopolitischen Faktor werden, wenn sich darüber das Flächenkolorit der irgendwie gearteten „Vereinigten Staaten von Europa" breitet. Es ist leicht und billig, über solche Gedanken zu spotten oder auf die Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung hinzuweisen. Würdiger und fruchtbarer jedoch wäre es, sofern kein anderer Weg zu einer wahrhaften Freiheit der Völker gewiesen werden kann, an dem Wegräumen der Schwierigkeiten mit ganzer Hingabe mitzuarbeiten. — Die oben gestreifte Neugliederung des Reiches erhält in diesem Zusammenhang ihren besonderen Sinn. Die Politik eines Staates ist um so fruchtbarer und stoßkräftiger, je mehr innere und äußere Politik in der Grundtendenz übereinstimmen (Rußland!). Wollen wir also das Volkstumprinzip zur Grundlage unserer Außenpolitik machen und mit unserer eigenen Freiheit zugleich die der Grenz- und Auslandsdeutschen erkämpfen, so müssen wir dafür sorgen, daß der nämliche Grundsatz zuvor im eigenen Hause durchgeführt wird. Die Weltwende, in der wir

leben, die Wende nämlich von Territorial- zu Volkstumpolitik, erheischt radikale Operationen im Kleinen wie im Großen.

Es ist Ende Mai 1925, und noch immer vermag uns die Große Entente nicht zu sagen, aus welchen Gründen das Kölner Gebiet nicht im Januar entsprechend dem Versailler „Vertrag" geräumt wurde! Das Saargebiet ist in den französischen Zollbereich einbezogen worden, die Zollfrage aber, eine Lebensfrage des dem Völkerbund zu treuen Händen übertragenen Saargebietes, wurde auf der Märztagung des Völkerbundes trotz der ausführlichen Denkschrift der saarländischen Parteien einfach mit Stillschweigen übergangen! Der Franzose Rault ist entgegen dem klaren und wohlbegründeten Willen der Saarbevölkerung erneut für ein Jahr zum Präsidenten der Saarregierung bestellt worden und kann also weiterhin die Ausbeutung und möglichste Französierung des Saargebiets betreiben! Die internationale Zentralkommission für die Rheinschiffahrt hat nicht nur das von der Schweiz vorgelegte Regulierungsprojekt, sondern auch den französischen Plan eines Seitenkanals gutgeheißen und ist über alle deutschen Einwände zur Tagesordnung übergegangen! — Sollen wir diese Blütenlese noch fortsetzen und etwa den köstlich klaren Entscheid im Danziger Briefkastenstreit anführen? Und dennoch! Das gesamte Rheinland rüstet sich zu der erhebenden Jahrtausendfeier, im Saargebiet sind allein seit Weihnachten 120 katholische und 47 evangelische Kinder von französischen zu deutschen Schulen zurückgekehrt, der letzte saarländische Lehrer an dortigen französischen Schulen hat seine Kündigung eingereicht, die Bewohner des von der französischen Grubenverwaltung skrupellos geopferten Bergmanndorfes Schnappach werden einstens bei der Abstimmung eine deutliche Antwort auf die Vergewaltigung durch die Franzosen erteilen. Deutsches Volkstum erweist sich zum Glück stärker als französische Machtpolitik!

Was die Große Entente und ihre Trabanten gegenüber Deutschland tun, das besorgt im Osten die Kleine Entente vor allem gegen die beiden von diesem Verband umklammerten Staaten Österreich und Ungarn (Skizze 1). Auch hier das gleiche Leitmotiv des Kampfes: territoriale Machtpolitik gegen Volkstumpolitik. Den Bewohnern Österreichs soll mit allen Mitteln der Anschluß an das deutsche Stammgebiet, dem ungarischen Rumpfstaat der Zusammenschluß mit den zahlreichen Grenzungarn verwehrt werden. In beiden Fällen arbeitet man hauptsächlich mit wirtschaftspolitischen Mitteln. Neu-Österreich beherbergt 70 % der Papier-, 80 % der Lokomotiv- und 90 % der Automobilindustrie des alten Gesamt-Österreich. Die zahllosen zoll- und handelspolitischen Barrieren der Nachkriegszeit gefährden diese Industriebetriebe naturgemäß außerordentlich, und es ist demgemäß ein verführerisches Lockmittel, wenn man Deutsch-Österreich zuruft: verzichtet auf den Anschluß an Deutschland, und wir sind bereit, eine neue Donauföderation zu schaffen, die euch genügenden Absatz und billigen Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen sichert. — Auch in Rest-Ungarn benutzt man die schlechte Wirtschaftslage (über 40 000 Arbeitslose), um daraus Kapital zu schlagen. Das verstümmelte Land birgt u. a. 80 % der Maschinenindustrie des einstigen Ungarn und ist infolgedessen auf das Wohlwollen der neugeschaffenen Nachbarstaaten unbedingt angewiesen. Die Handelsverträge werden hier in noch höherem Maße zum Instrument der Gesamtpolitik, als es ohnedies sonst der Fall zu sein pflegt.

Der aus der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien bestehende Block hat jedoch noch eine andere Aufgabe, nämlich als Knappe der Großen Entente und im Bunde mit Polen die Einkreisung Deutschlands zu vollenden. Stresemanns Vorschlag eines Sicherheitspaktes mit den Westmächten hat die Frage einer Revision der deutschen Ostgrenze aufgerollt und Polen dadurch in tolle Aufregung versetzt. Der ewig geschäftige Herr Benesch fuhr daraufhin so-

gleich von Prag nach Warschau und überbrachte den Polen immerhin eine Beruhigungspille: Die vertragliche Zusicherung ungehinderter Munitionsdurchfuhr durch die Tschechoslowakei nach Polen! Will man damit nur die deutsche Volkstumpolitik im Osten einschüchtern oder beabsichtigt man, hierdurch zugleich die Moskauer Politik zu beeinflussen?

In der Tat muß man als dritte Funktion der Kleinen Entente und ihrer lose verbundenen Freunde die antibolschewistische Front ansprechen. Auf der Mai-Konferenz der Kleinen Entente in Sinaja spielte die Besprechung der kommunistischen Gefahr eine große Rolle. Nach den entsetzlichen Bluttaten in Bulgarien wird man diese Sorge vor der bolschewistischen Großmacht im Osten gewiß verstehen. Betrachtet auch die Belgrader Politik Bulgarien als ihre spezielle bête noire, so waren die Vorgänge in Sofia doch auch für Rumänien von höchster Wichtigkeit, weil es zwischen Bulgarien und Sowjet-Rußland eingekeilt ist und seit der Annektion Beßarabiens mit Moskau auf recht gespanntem Fuße lebt. — Eine Zeit lang schien auch Südslawien von dem Gespenst der kommunistischen Revolution ernsthaft bedroht. Darin ist nun endlich ein entscheidender Wandel eingetreten, seitdem Paul Raditsch (nicht zu verwechseln mit dem alten Parteioberhaupt Stefan Raditsch) im Namen der kroatischen Bauern eine feierliche Loyalitätserklärung abgegeben und der Bauern-Internationale in aller Form entsagt hat. Serben und Kroaten werden nun vorerst friedlich in der Skuschtina zusammenarbeiten, Paschitsch hat die Einigkeit seines Landes noch einmal herstellen können, Handel und Wandel beginnen sich rasch und kräftig zu beleben. Um das Glück vollzumachen, hat Frankreich soeben 150 moderne Flugzeuge nach Südslawien geliefert, so daß dieser führende Staat der Kleinen Entente zum Segen des Völkerbundes nun auch über eine achtunggebietende Luftflotte verfügt.

Das ungetüme Rußland schaut gelassen all diesem Treiben an seiner Westgrenze zu und widmet sich inbrünstig der weiteren Ausgestaltung seines Riesengebietes. Man wird allmählich etwas ruhiger im Lande der Sowjets und sieht ein, daß man mit dem verruchten Privatkapitalismus wohl oder übel paktieren muß, will man nicht das einstige japanische Experiment wiederholen und einen nach außen gänzlich abgeschlossenen autarken Wirtschaftsstaat bilden. Dieser Versuch aber ist für Sowjet-Rußland unmöglich. Man braucht ausländisches Geld, viel Geld, um die heimische Industrie auf zeitgemäßer Grundlage zu erneuern, die landwirtschaftlichen Betriebe großzügig auszubauen usw., man braucht die Welt als Absatzmarkt für russische Erzeugnisse. Alles das führt die Sowjets dazu, allmählich die überradikalen Doktrinen über Bord zu werfen. Das Wiedererscheinen Trotzkis auf der politischen Bühne darf gewiß als Symptom für diesen langsam aber sicher einsetzenden Umbildungsprozeß gelten. Einstweilen spürt man den neuen Kurs vor allem in der russischen Innenpolitik. Wir meinen damit nicht so sehr die Zulassung von „Parteilosen“ zu den Sowjets, obwohl das Ergebnis der Ersatzwahlen recht bezeichnend ist:

Es wurden neu gewählt in	Personen	davon Kommunisten
die Dorfsowjets	258 064	5½ %
die Kreissowjets	1 686	38 %
die Gouvernementssowjets	645	49 %
den Allruss. Sowjetkongreß	318	über 75 %

Die Wahl zum Moskauer Sowjet ergab 2554 Kommunisten (66 %), 1308 Parteilose (34 %, bei der vorigen Wahl 12,3 %).

Wichtiger noch dünkt uns das Dekret des Rats für Arbeit und Landesverteidigung vom 31. März 1925, wonach der Privathandel wiederum in wesentlich verstärktem Umfange zugelassen, ja geradezu seine rege Mitwirkung erbeten wird. Es mutet doch schon wie eine Art Götterdämmerung an, wenn Dsershinski, der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschafts-

rates, öffentlich erklärt, die Sowjetregierung könne die Aufgabe, die dem Handel gestellt ist, ohne Hinzuziehung des Privathandels nicht bewältigen, der staatliche Handelsapparat arbeite namentlich auf dem Lande viel zu schwerfällig und viel zu teuer.

In der Behandlung der verschiedenen Nationalitäten schreitet Sowjet-Rußland auf der einmal eingeschlagenen Bahn folgerichtig fort: Gewährung von Kulturautonomie gegen Anerkennung des sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Dogmas der Sowjets. Nach Neugestaltung der Verhältnisse in Turkestan schickt sich Rußland jetzt an, seinen Millionen Juden im eigenen Lande eine völkische Heimstätte zu geben, und zwar handelt es sich um große landwirtschaftliche Siedlungen namentlich in der Süd-Ukraine, in der Krim und in Weißrußland. Zu gleicher Zeit bekennt sich Rußland als scharfer Gegner des Zionismus, der als Werkzeug des britischen Imperialismus und als schmachvolle Vergewaltigung der arabischen Fellachen gegeißelt wird. Innen- und Außenpolitik reichen sich somit die Hand: Rußland der „wahrhafte Befreier der Völker“ im eigenen Lande und in der weiten Welt, Rußland der „treue Beschützer aller vom Kolonialimperialismus bedrohten Nationen“.

In der antizionistischen Einstellung wird nun Rußland allerdings wesentlich bestärkt durch den Notschrei, den die gesamte christliche und mohammedanische Bevölkerung Palästinas anläßlich des Besuchs von Lord Balfour in die Welt sandte. Der Vater jener berühmten prozionistischen Deklaration von 1917 hat sich im Morgenlande sehr eindringlich davon überzeugen können, daß der einstige Schachzug zur Gewinnung des amerikanischen Judentums und zur Sicherung des Suezkanals gegen französisch-syrische Gelüste ein recht gewagtes Unternehmen bedeutet. Den Engländern daheim aber müßte das folgende, von allen Nichtjuden Palästinas gezeichnete Protesttelegramm die Augen öffnen:

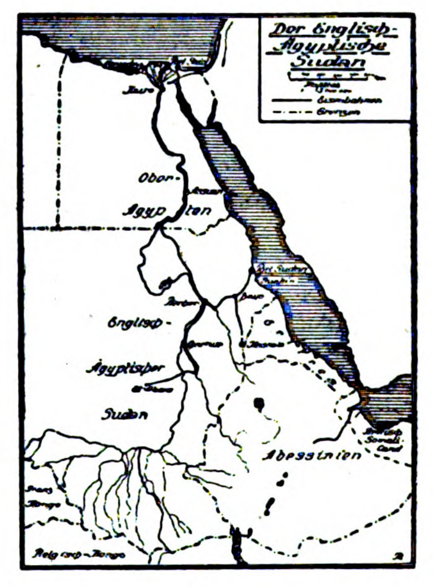
„The Moslem and Christian population of Palestine consider Lord Balfour's visit to their country to join in the Jewish celebrations at the opening of the Hebrew University a confirmation of his declaration, made on behalf of the British Government, to build a national home for Jews in Palestine, thus signifying the ultimate ruin of the Christian and Moslem population throughout Palestine. We consecrate to-day to prayers in all the churches and mosques for deliverance from Zionist aggression supported by British arms, and we renew our protests against the British Government, and raise our voices to the British public and to the world against the great calamity that has befallen us and our dear country.“

Macht- und Territorialpolitik auch hier gegen Volktumpolitik! Indessen, was kümmert das die gegenwärtigen britischen Staatsmänner! Macht geht vor Recht, in Palästina gerade so wie in anderen Teilen der Welt, z. B. in Cypern, das soeben gegen den Willen der eingeborenen Bevölkerung zur britischen Kolonie erklärt wurde. Der „Manchester Guardian“ begleitet diese Meldung mit folgender unübertrefflichen Glosse:

„The island is overwhelmingly Greek in population, and we have little right and little reason for staying in it. We have been there since Disraeli's time, but until the war began we paid a tribute to Turkey and our occupation was explayned by our commitments to defend the Ottoman Empire against Russian imperialism. When Mr. Winston Churchill eighteen years ago visited the island as Colonial Under Secretary he informed a deputation of Cypriot Greeks that only our obligation not to dismember the Sultan's dominions prevented us from fulfilling their desires. Now that the Sultanate has gone the way of the Hohenzollerns and Habsburgs we are still under an obligation to go on ruling this foreign island, as we promised France in a Convention of 1920 that we would

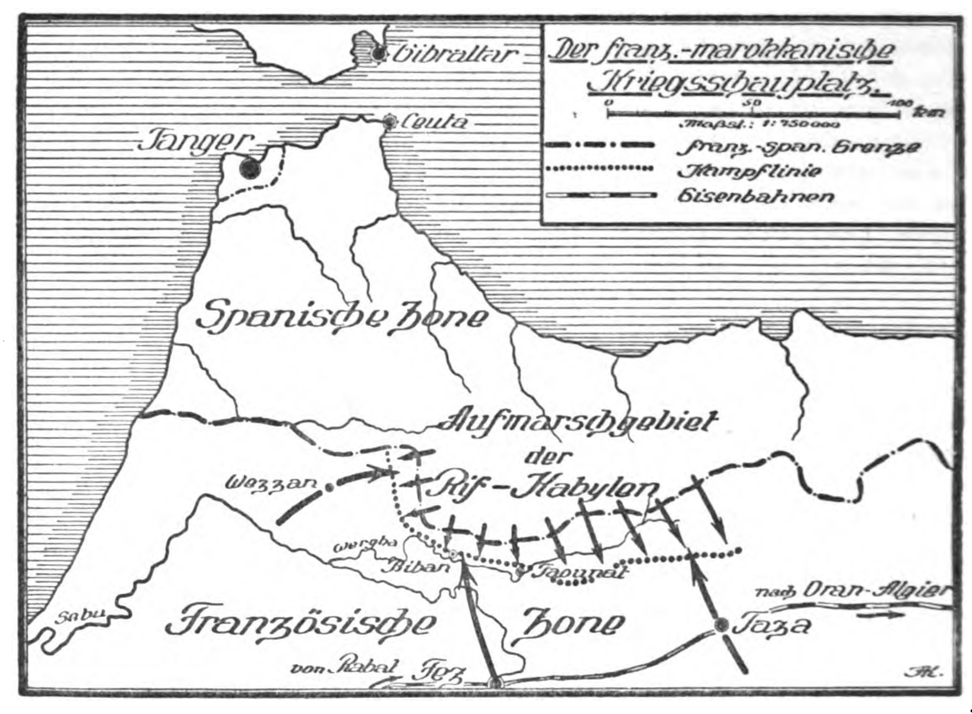
not retire without her consent. We made this promise because Cyprus is close to the Syrian coast and the French were afraid that, as the Greeks then had an empire in Asia Minor, the Syrian Mandate of France with its port of Alexandretta might be threatened. Greece has now lost her impire, but we still keep Cyprus. Like all the Greek lands, it has known many masters — Egyptians, Romans, Crusaders, Venetians, and Turks, — but it is none the less Greek. We have no more just claim to it than we had to the Ionian Islands or than Italy has to the Dodecanese. The changes in the constitution of the island which are to accompany its proclamation as a colony seem to be an improvement on its previous system. But to have done good to the engine is no excuse for tinkering with someone else's car. The Cypriot Greeks have agitated to be given to their own country from the first moment we landed. What motive have we for denying them what appears to be their obvious right?«

Eine naive Frage fürwahr, die das englische Blatt am Schluß aufwirft. Mit welchem Recht sitzt der Brite in Ägypten, der Italiener in Tripolis, der Franzose in Tunis, Algier und Marokko? Macht geht eben vor Recht, und damit ist die Fremdherrschaft in Nordafrika vorerst erschöpfend begründet. Indessen der Brite verfügt über eine feine politische Witterung. Die Freiheitsbewegung in Ägypten wurzelt so tief, daß möglicherweise die Zeit kommen kann, wo jeder Widerstand dagegen eine politische Unklugheit bedeuten würde. Großmütig und großzügig wird England dann in die Unabhängigkeit des Nilstaates einwilligen und nur noch eine kleine Bedingung daran knüpfen: Ägypten den Ägyptern, der ägyptische Sudan aber den Briten! Schon jetzt stellt man sich offenbar auf eine solche Lösung ein. Ungeheure Kapitalien wurden zur Fertigstellung des 350 000 cbm Mauer- und Betonwerk umfassenden Makwar-Dammes am Blauen Nil (südlich Khartum) bereitgestellt. Die Gesamtanlage mit allen Bewässerungskanälen soll schon im Juli 1925 vollendet werden, so daß dann das riesige Gezirah-Baumwollgebiet in Betrieb genommen werden kann. Nun folgt die nicht minder kostspielige Erschließung des Baumwollgeländes in dem ostwärts gelegenen Kassala-Distrikt. Bezeichnenderweise hat man mit dem Bau einer Eisenbahn begonnen, einer 217 Meilen langen Zweigbahn, die bei Haija von der Strecke Berber—Port Sudan abzweigt (Skizze 2). Gerade in dieser Maßnahme tut



Skizze 2.

sich die Absicht der Briten kund, die kommerzielle Erschließung des Sudan unabhängig von Ägypten zu betreiben und den Handel nicht über den Nilhafen Alexandria, sondern über den ägyptischem Einfluß entzogenen Port Sudan am Roten Meer zu leiten. Weniger als ein Drittel des gesamten Sudan-Außenhandels geht heute nur noch über Ägypten; 70 % der Einfuhr und 85 % der Ausfuhr nehmen ihren Weg über Port Sudan. Der Schiffsverkehr in diesem Hafen betrug 1919 ca. 1/2 Mill. t, im letzten Jahre waren es bereits 2,2 Mill. t. Eng-



Skizze 3.

land richtet sich mit voller Kraft im Sudan ein und organisiert dieses zukunftsreiche Wirtschaftsgebiet so, daß eine eventuelle Unabhängigkeit Ägyptens keine wesentliche Erschütterung bedeuten kann. Werden aber die Ägypter ihrerseits diese Lösung auf die Dauer gutheißen und das fruchtbare Nährgebiet des Altvaters Nil für immer den Landfremden gönnen?

Während in diesem Falle die Krisis noch in weiter Ferne zu liegen scheint, ist auf dem äußersten westlichen Flügel Nordafrikas, in **Marokko**, der Freiheitskampf der Eingeborenen gegen die fremden Eroberer bereits in vollem Gange. Nachdem die Rif-Kabylen Abd-el-Krims die Spanier aus dem zentralen Teil des unwegsamen Küsten-Atlas (Er-Rif) verjagt haben, wenden sie sich jetzt nach Süden und bedrohen mit ihrem Vormarsch auf Fes die Schlagader von Französisch-Nordafrika, die Bahn Rabat—Fes—Oran—Algier. Über den Ernst der Lage können die zweifellos stark tendenziösen französischen Meldungen nicht hinwegtäuschen. Die Marokkaner verdanken den Franzosen infolge ihrer Verwendung im Weltkrieg eine vorzügliche militärische Schulung, Abd-el-Krim verfügt jetzt über Kanonen und Maschinengewehre, Tanks und Flugzeuge und ist zweifellos ein höchst ernst zu nehmender Gegner. Der Ausgang des Kampfes ist also keineswegs mit völliger Sicherheit vorauszusehen, wenngleich es den Franzosen bislang augenscheinlich gelungen ist, die Wergha-Linie zu halten und stellenweise zur Gegenoffensive überzugehen (Skizze 3). Marschall Liautey wird jedoch auf jeden Fall weitere erhebliche Verstärkungen anfordern und darauf Bedacht nehmen müssen, vor allem das weiße Element in seiner Truppe

wesentlich zu verstärken. Nach einer englischen Meldung befinden sich unter den 45 000 Mann des französischen Oberbefehlshabers augenblicklich nur 20 000 Weiße. Bei einer derartigen Zusammensetzung der Truppe können eventuelle Schlappen leicht zur Katastrophe führen. Selbst die „Information" versichert, daß es in der gesamten muselmanischen Welt Nordafrikas gäre und daß man schon im vergangenen Jahre in Kairo (!) öffentlich Sammlungen für die Truppen Abd-el-Krims veranstaltet habe. — Wir bezweifeln nicht, daß Frankreich die Macht besitzt, die marokkanischen Freiheitskämpfer dieses Mal doch noch niederzuringen. Der Name Abd-el-Krims aber wird in Nordafrika unvergessen bleiben und fortleben als Symbol, bis schließlich einmal auch hier das Selbstbestimmungsrecht der Völker über die brutale Machtpolitik der Landfremden triumphiert.

Bezüglich des übrigen Afrika können wir uns kurz fassen. In Deutsch-Ostafrika haben die Engländer nach dem jetzt vorliegenden amtlichen Bericht die deutschen Besitzungen zu einem derartigen Spottpreise verschleudert, daß die Liquidation insgesamt noch nicht ein Achtel des wirklichen Wertes ergeben hat. Aber auch dieses neue skandalöse Verhalten der Briten wird sich an ihnen selbst rächen. Das deutsche Eigentum (Pflanzungen, städtische Grundstücke usw.) fiel in 301 Fällen an Engländer und in 61 Fällen an sonstige Europäer; außerdem aber erwarben Pflanzungen und Grundstücke 210 Inder, 112 Levantiner, 29 Goanesen, 10 Syrer, 4 Araber usw. Wir lenken die Aufmerksamkeit vor allem auf die hohe Zahl der Inder, die gelegentlich von dem ganzen östlichen Afrika bereits als dem „Indien der Jnder" sprechen. Bis hinunter nach Südafrika ist ja dieses Problem brennend. Das Zensusamt der südafrikanischen Union weist mit Nachdruck darauf hin, daß ohne starke Zufuhr weißen Blutes die Vorherrschaft der weißen Rasse in Südafrika auf die Dauer nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Obwohl die Influenza-Epidemie des Jahres 1918 unter den Farbigen nicht weniger als 500 000 Todesopfer (!) forderte, beherbergt die Union jetzt dreimal so viel Farbige als Weiße. Da der natürliche Bevölkerungszuwachs bei den Farbigen viel größer ist als bei den Weißen, erscheint die Zukunft alles andere denn rosig. Schon gärt es hier und dort, wenngleich vorerst von einer allgemeinen Auflehnung der Farbigen keine Rede sein kann. In Bloemfontein rotteten sich 4000 Kaffern zum Kampf gegen die Polizei zusammen, in Kapstadt forderten kommunistisch gefärbte Aufrufe die miserabel bezahlten Eingeborenen auf, den Besuch des Prinzen von Wales mit einem allgemeinen Boykott der Weißen zu beantworten, in Südwestafrika rühren sich die Rehoboth-Bastards und auch Teile der Hereros von neuem. Weit bedenklicher für England ist die Tatsache, daß die Südafrikanische Union ernsthaft an den Abbau der Vorzugszolltarife für das britische Mutterland denkt, und die Regierung Hertzog sich von diesem Vorhaben selbst durch das lauteste Geschrei der englischen Interessenkreise nicht abbringen läßt.

Krisenstimmung, wohin man schaut! Das Zeitalter der europäischen Vorherrschaft neigt sich dem Ende zu. Die Epoche bloßer Machtpolitik hört allmählich auf. Etwas Neues drängt zum Lichte, Weltwende. Und die Parole der Zukunft heißt zweifellos: wahrhafte Freiheit der Völker, unbedingtes Selbstbestimmungsrecht, Bildung übernationaler Staatenverbände mit Kulturautonomie für jeden Gliedstaat.

KARL HAUSHOFER: BERICHT AUS DEM INDOPAZIFISCHEN RAUM

Das geopolitisch wichtigste Ereignis dieses Zeitraums ist die überpazifische Flottenübung — weil sie das ganze anthropogeographische Gleichgewicht dort stört.

Am Osterdienstag, 14. 4. 1925, fuhr die Angriffsflotte der Vereinigten Staaten gegen die Insel Oahu mit der Hauptstadt Honolulu und dem Pearlhafen in der Hawaii-Gruppe aus, zunächst mit 2098 Seemeilen (ca. 3300 km) Fahrt vor sich bis zur Erreichung ihres Angriffszieles: 12 Schlachtschiffe mit dem Flottenflaggschiff, 6 Kreuzer, 56 Zerstörer, 3 Flugzeugmutterschiffe, 6 U-Kreuzer, 4 Minenschiffe und 10 Hilfsfahrzeuge. Es ist der Gegenzug auf die japanisch-russische Verständigung und die Rückgewinnung Chinas für Asien durch die Asiaten: Zunächst scheinbar eine Abwehrmaßregel, ganz wie die von ähnlichen Flottenstärken ausgeführten japanischen Abwehrübungen von 1924 an der Japansee — jene innerhalb des amerikanischen See- und Inselreichs, wie diese innerhalb des japanischen.

Das die Vereinigten Staaten mit überseeischen Daseinsbedingungen immer mehr zum Inselreich werden, wenigstens im amerikanischen Mittelmeer und im Pazifik, daß sie also eine Abschließungspolitik, die sie gegenüber Europa mimten, der übrigen Welt gegenüber gar nicht auf die Dauer aufrecht erhalten können, selbst wenn sie wollten, das macht dies größte aller Flottenmanöver auch den Binnendeutschen klar, die zumeist gar nichts von dieser Tatsache wußten und wissen wollten.

„Der Besitz von Honolulu und Pearl Harbour ist lebensnotwendig für die Vereinigten Staaten in jedem pazifischen Krieg. Von einem feindlichen Lande gehalten, bedeuten sie eine furchtbare für die Sicherheit eines jeden Punktes der pazifischen Küstenlinie der Vereinigten Staaten. Darüber hinaus ist ihre geographische Lage so, daß sie das tatsächliche Zentrum des ganzen pazifischen Handels sind, und die Macht, die die Hawaii-Inselgruppe hält, hat alle Handelsstraßen über den großen Ozean in ihrer Gewalt" — so spricht der linke, völkerbundfreundliche Manchester Guardian vom 14. 4. — nicht wir, die bloß feststellen müssen, daß die Hawaii-Inseln, wenn sie befragt würden, mit Dreiviertelmehrheit für ihre Zugehörigkeit zu Ostasien abstimmen würden. „Der Jahreshandelswert durch Honolulu ist der größte irgend eines pazifischen Inselhafens mit Ausnahme der neuseeländischen Häfen", die ja von der Manöverflotte bis zum Herbst mit 60 Schiffen auf einer Kreuzfahrt von 15 000 Seemeilen (ca. 24 000 km) mit den australischen auch noch aufgesucht werden.

„Das strategische Problem Amerikas macht außerdem Hawaii wesentlich als Basis für jede Operation zur Verteidigung der Philippinen" (die auch, falls das Volk befragt würde, mit einer Neunzehntelmehrheit ihrer 12 Mill. Einwohner heute lieber als morgen auf jede Verteidigung durch die Vereinigten Staaten verzichten würden — um den Preis ihrer Selbständigkeit und Unabhängigkeit) „da jede Flotte auf dem Wege von der kalifornischen Küste nach dem Gegenufer des Pazifik einen solchen Stützpunkt unterwegs braucht."

Der große Angriff rollte in vier Tagen vom 28. April bis 1. Mai programmäßig ab, und es ist jetzt schon vorauszusagen, daß die Vereinigten Staaten mehr schnelle kleine Kreuzer brauchen werden, eine Vertiefung von Pearl Harbour, Befestigung der übrigen Hawaii-Inseln außer Oahu und viel mehr Flugzeuge — als Manövererfahrung, „die ja doch zu beweisen war". Anfang Juni folgte dann die trans-pazi-

fische Kreuzfahrt nach Australien und Neuseeland mit 376 000 t Schiffsraum, mehr als Japan offiziell überhaupt haben darf.

Natürlich betrachtet Japan, ebenso wie den Singapurplan, auch die Vereinigten Staaten-Seemanöver als im wesentlichen gegen die pazifische Vormacht Asiens gerichtet. Das ist ja auch oft genug deutlich gesagt worden. Mizuno Floronori und Admiral Sato Tetsutaro haben sogar recht maßvoll im Chuo Koron darüber geschrieben, aber natürlich hielt es nicht die ganze öffentliche Meinung des Ostens so. Ihr schien es günstig, die Flottendrohung mit dem Einwanderungsgesetz und der Rassendistanzierung zu verknüpfen und so den geopolitischen Zusammenhang sichtbar herzustellen, den die Amtliche Welt aufzuzeigen vermied.

Hawaii gehört nur politisch zu Amerika, nach Aufbau, Bodenart, Siedelung, Neigung von neun Zehnteln seiner Bewohner zu der nach Ostasien gravitierenden malaio-polynesischen Inselflur. Es sind nur etwa 17 000 qkm auf acht bewohnbare und zahlreiche unbewohnte Inseln verteilt, aber sie gehören zu den geopolitisch wertvollsten Teilen der Welt, an sich ein paradiesisch glückliches Land, fähig, sich autarktisch so zu erhalten, daß es nur ein Drittel von dem einzuführen brauchte, was es ausführen kann, einer der am meisten vom Klima begünstigten Überschußräume der Weltwirtschaft, dem nur die strategische Lagengunst und die Raffgier seiner Nachbarn zum Fluch wurde.

Im wahren Angriffsziel des Flottenmanövers hat sich inzwischen die enggedrängte Bevölkerung noch mehr verdichtet. Die neubearbeiteten japanischen Städteeinwohnerzahlen des ersten Lustrums nach dem Census von 1920 geben darüber einige wichtige Aufschlüsse. Noch wirkt für Yokohama schwer, für Tokio leichter das Erdbeben nach. 1925 hat Yokohama 390 000 Einwohner (gegen 423 000 1920), Tokio 1 917 000 statt 2 173 000. Alle andern Städte zeigen starkes Wachstum und verraten den hohen Grad von Verstädterung (Urbanisierung) des sich zunehmend industrialisierenden Reichs.

Auch die Bildung kooperierender Städtegruppen hat zugenommen: Neben der Umgebung von Tokio und Yokohama arbeitet sich die Städtegruppe Osaka — 1 432 000 (1920: 1 252 000) mit Eingemeindungen seit 1. IV.: 2 050 000! — Kobe — 727 000 (608 628), Kyoto — 681 000 (591 324) heraus; und eine weitere Hiroshima 171 000 (160 504) — Kure 156 000 (130 354), mit den Häfen der Gegenküste die halbe Million erreichend, wird neben jener am Westeingang der Inlandsee erkennbar. Neu unter die Städte über 100 000 eingerückt sind Kumamote, die Gewerbezentrale von Kyushu mit 134 000 (70 393), der Petroleumhafen Niigata 116 000 (93 130), Okayama 113 000 (94 584), die Teestadt Shizuoka 139 000 (73 893). Die Hokkaido-Städte zählen: Hakodate 175 000 (144 740), Sapporo 122 000 (102 571), Otaru 116 000 (108 113); Seoul in Korea hat 271 000 Einwohner, Taihoku auf Formosa 180 000. Langsamer wuchsen, abgesehen von Kumamoto, die Städte von Kiushiu, der Südinsel des Stammreiches: Nagasaki von 176 554 auf 188 000, Kagoshima von 102 296 auf 122 000. Sendai, nach Lage und Geschichte etwa Frankfurt an der Oder vergleichbar, an der Schwelle des früheren Nord-Kolonialgebiets gelegen, hat 133 000 (118 978). Besonders rasch wächst Nagoya: 671 000 (430 000) dank den neuen Hafenanlagen und der besonders günstigen Ausnutzung der Wasserkraft.

Unter dem Eindruck des Erfolges der japanisch-russischen Verständigung ist auch das panasiatische Zusammengehörigkeitsgefühl in Südostasien stärker betont worden, während das chinesische Triumvirn-Kräftedreieck sich im Monat des Berichtes nur in der inneren Strukturstärke veränderte (Bewaffnung Feng-Yu-Hsiangs von der Mongolei aus).

Wir geben deshalb einige Notizen über Südostasien:

Über Siam hat W. Nunn — jüngst noch

Berater der siamesischen Regierung für Zoll- und Steuerfragen — einen Vortrag gehalten, der zeigt, wie gewandt sich die britische Vorherrschaft dort durchgesetzt hat, mit Hilfe eines in Oxford und Sandhurst erzogenen Fürsten, der nicht mit der gleichen Sicherheit wie früher Mongkut und Chulalongkorn ein gewisses Gleichgewicht innerhalb des unentbehrlichen Außeneinflusses zu erhalten wußte. So hat die Durchdringung des blühenden und reichen Landes Fortschritte gemacht, trotzdem die letzten Reste der Fremdenrechte sehr bald gefallen sein werden. Die Volksbildung hat auf britischen Linien weitere Entwicklung erfahren, das seit 1662 arbeitende umfangreiche Werk der französischen katholischen Missionen wird langsam zurückgedrängt.

Das ist nicht zuletzt ein Erfolg der Verkehrstechnik, aus der seit 1917 die deutsche Eisenbahnleistung ganz verdrängt worden ist, so daß das 2379 km umfassende Netz, das Bangkok und den Norden bis Chiengmai mit Penang verbindet, unmerklich immer mehr auf britische, küstenbestimmte Interessen umgestellt werden konnte. Das siamesische Volk wird als leicht regierbar und friedlich geschildert, wenn auch „Jung-Siam zu Überhebung, Ungeduld und Übergriffen“ neige. Doch nimmt es die moderne Zivilisation eher nur passiv an, als daß es sie auszugestalten wüßte. Heer und Klerus sind in siamesischer Hand, von den Wirtschaftsbetrieben nur der Reisbau; Handwerk, Kleinhandel und Fischerei sind in Händen der etwa 4 Millionen Chinesen (von 10 Millionen des gesamten Landes!) und eines kleineren indischen Bevölkerungsteiles; auch über die Schiffahrt verfügt größtenteils das Ausland, wobei der englische Anteil überwiegt. Daß die allgemeine Wehrpflicht einen sehr günstigen Einfluß auf die körperliche Tüchtigkeit der männlichen siamesischen Bevölkerung hat, wird stark betont. Für die Ausfuhr erträgt der Reis allein etwa 13 Millionen Pfd. St., das Zinn 1¾ Millionen Pfd. St., das Teakholz (in britischen und dänischen Händen) ½ Million Pfd. St. Die Hilfsquellen des reichen Landes sind noch ganz unerschöpft, aber der Siamese selbst ist kein „Arbeiter“ und braucht vor allem fremdes Kapital und fremde Organisation, die jetzt schon großenteils von den in Massen zuwandernden Chinesen besorgt wird.

In **Burma** ist die Küstenbahnstrecke Mulmein-Ye (89 miles, ca. 142 km) nun zustande gekommen: Ein mühsamer Bau durch ein Gelände mit reichen Niederschlägen (327 inches = 7305 mm, die beinahe das Fünffache des Regennestes Salzburg sind!), fast ohne Wege, so daß die schweren Eisenteile der 200 Brücken meist in Sampans und Prauen mit Hilfe der Flut in den Küstenströmen an Ort gebracht werden mußten. Die Anschlußstrecke Ye-Tavoy ist schon vermessen, die Aufnahme wird über Mergui und den Yalinga-Paß zum Anschluß an das von dort nur 24 km entfernte siamesische Netz mit dem Hauptstrang Bangkok—Penang durchgeführt.

Im ganzen soll das burmesische Netz um 1600 km erweitert werden, und es ist bemerkenswert, wie die ganze hinterindische Eisenbahnerschließung durch Briten und Franzosen im wesentlichen auf küstenhaftende Linien abzielt; während natürlich im geopolitischen Interesse der **eingeborenen Mächte** eine Erschließung nach dem reichen Inneren zu liegen würde im Anschluß an die großen Stromläufe unter Überwindung der Gebirgsschranken der Längszüge — so, wie es geraume Zeit die deutschen Bahnbauprojekte für Siam vorsahen. Der Gegensatz zwischen Selbstbestimmungswünschen und Landungsbrücken-Organisationen größten Stiles drückt sich auch hierin aus. So ist auch der Kanalbau durch die Landenge von Krah, der so sehr im Interesse des Ostens läge, aber Singapore entwerten würde, überaus gewandt auf die lange Bank geschoben worden.

Mit **Henry Cordier**, der am 16. III. 25 im 75. Lebensjahr starb, ist eine der stärksten und lebendigsten geistigen Kräfte der französi-

schen Politik in Ostasien dahingegangen. Als Zwanzigjähriger war er im Jahre 1869 als Kaufmann ausgezogen, in Shanghai in den Dienst einer großen angelsächsischen Firma getreten, und hatte bald darauf sein Herz für die Sinologie entdeckt, der er sich aber nicht so ausschließlich ergab, daß er nicht daneben geschickter Journalist und aufmerksamer Politiker geblieben wäre. Er ist ein typischer Exponent des immer wieder angestrebten Zusammenarbeitens der Westmächte im Fernen Osten. Als scharfer Beobachter auch in naturwissenschaftlichen Dingen veröffentlichte er 1874 die ersten Ergebnisse des nachher so berühmt gewordenen Observatoriums in Zikawei, und fand im Jahre 1881 den Weg auf einen Lehrstuhl der lebenden östlichen Sprachen frei. Unabsehbar ist es, was dieser eine Mann — an richtiger Stelle verwendet — seinem Vaterlande für die Erkenntnis fernöstlichen Wesens geleistet hat, weit mehr noch durch Lehren und Rat, als durch seine gedruckten Werke: Die Bibliotheca Sinica, Schriften über China, Tongking, den chinesisch-französischen Konflikt, die geheimen chinesischen Gesellschaften, die Juden in China, die in China von Fremden veröffentlichten Werke und vieles andere.

Im gleichen Frühjahr ist den Westmächten mit Alexander Hosie der beste Kenner von Szetschwan und neben Jordan vielleicht der sicherste Beurteiler der Opiumfrage gestorben. Über diese hat auch Sagataro Kaku, der frühere japanische Zivilgouverneur von Formosa, einen interessanten Beitrag geliefert: „Opium policy in Japan", eine freilich zweckbestimmte Schrift, wie alles, was den Westen über den Fernen Osten in westlichen Sprachen, durch das Mundstück seiner eigenen Schöpfungen erreicht, in diesem Falle durch den Völkerbund. Umso wichtiger ist es, daß die Männer nicht verschwinden, die unabhängig, aus eigner Anschauung und dann vertiefter Kenntnis, durch vielseitigen Lebensgang vor Einseitigkeit geschützt, Zeugnis ablegen können. Je mehr man die Literatur und die Presse übersieht, desto erschreckender zeigt es sich namentlich für Mitteleuropa, wie winzig die Schar ist, deren Blick nach beiden Seiten das gegenseitige Verstehen volkreicher Weltteile, wie des Abendlandes und der indopazifischen Monsunländer sichert — soweit es überhaupt zu sichern ist!

Wie wenig ein Teil der Missionare, namentlich der protestantischen, dazu beiträgt, dieses Verständnis zu mehren, das verrät ein bitterböser Aufsatz von Mei Kuei im China Expreß and Telegraph vom 16. IV.: „Alles in allem sind die Missionare sehr unbeliebt hier draußen, nicht nur bei den Chinesen, sondern auch bei den Europäern," sagt er, nachdem er sich darüber beklagt hat, daß die Globetrotter-Bücher zu stark unter dem Einfluß der Missionen stünden und deshalb „eine sehr falsche Vorstellung von China im ganzen und den Missionaren im besonderen gäben". Er zitiert Lin Shao Yang: (Chinas Appell an die Christenheit über die christl. Missionen) „Warum schickt Ihr uns kümmerlich erzogene Männer, um uns eine Religion zu lehren, an die selber zu glauben ihr Schritt für Schritt aufhört?" Böse Beispiele werden angeführt, und das Verhalten protestantischer angelsächsischer Missionare in unvorteilhaften Gegensatz zu dem viel christlicheren Verhalten der kath. Väter und Schwestern gestellt. —

Geopolitik hat hier nicht Werturteile zu fällen, wohl aber über vorhandene und ausgedrückte Stimmungen in ihren Beobachtungsgebieten zu berichten.

Auf der anderen Seite tritt die Liebenzeller Mission mit starkem Temperament für General Feng Yu Hsiang ein, indem sie das Buch von Marshall Broomhall über ihn übersetzt und den einen der streitenden chinesischen Triumvirn als einen guten Streiter Jesu Christi bezeichnet. Wir werden auf das Büchlein an anderer Stelle würdigend zurückgreifen, fürchten aber doch, daß eine Identifizierung in diesem Fall nur von Erfolg begleitet ist, wenn sich Feng Yu Hsiang wirk-

lich als fernöstlicher Konstantin erweisen sollte, und gegenüber den Verhandlungen zwischen Chang Tso Lin (Mandschurei) und Wu Pei Fu (Yangtse-Provinzen und Honan) sich etwa unter Mitübernahme des extremen sozialpolitischen Programms der verwaisten Kuo Ming Tang durchsetzen kann. In diesem Fall würden gewisse Zusammenhänge zwischen Urchristentum, Bolschewismus, chinesischem Staatssozialismus- und Kondottieretum schwere Belastungsproben erfahren, und China vielleicht um eine Neuauflage der Versuche des Philosophen Wang bereichert, der an der Wende des ersten christl. Jahrtausends zum zweiten China schon einmal mit Staatskommunismus beglückte.

Zum Schlusse einen Blitzauszug über nahen und ferneren Osten von einem unserer besten Beobachter, der auf dem Wege zum Fernen Osten ist, und der zusammenhängend darüber schreiben wird; „Große Schwierigkeiten, die jedem Deutschen ausnahmslos jenseits von Suez noch gemacht werden (Paß, Visum, Polizei, Schiffskarten, Bankreibereien und dadurch künstliche Verzögerung und Leistungsverminderung!); Ägypten sieht sehr unruhig aus, wirtschaftlich dabei erstarkend; Palästina ganz ruhig, solange die reichlichen Amerikagelder weiter fließen; Syrien widerspenstig gegen Alle! In Mesopotamien große Wirtschaftsentwicklung, solange die Engländer mit Türken und Arabern Frieden halten können; Persien: verhältnismäßig hoffnungsloser, sich selbst weit überschätzender Unruhenherd. Indien, prinzipiell auf sehr lange Sicht zu sehen: Selbständigkeit kommt, aber sehr langsam! In 3o Jahren hat es Unabhängigkeit. Indische Regierung für den englischen Teil sehr stupide, reaktionär, hochmütig, kleinlich, bürokratisch, dem Prinzip gegenüber fassungslos. Der Deutsche wird ungerecht und schlecht behandelt . . ." Das sind so ein paar Streiflichter aus der überseeischen angelsächsischen Wirklichkeit, ohne Schminke im Stil von Genf.

Weiterhin fiel auf, daß man auch dort die öffentliche Meinung über China systematisch und höchst ungerechterweise verdirbt. Dort heißt es einhaken und helfen. Das soll die Strafe sein für die Emanzipation Chinas, seine Verständigung mit dem großen kontinentalen Nachbarn, und seine Selbstbesinnung auf seine asiatische Kultur- und Machtaufgabe. Wir haben nicht den geringsten Grund in Mitteleuropa, an ihrem Vollzug gegenüber den Ostasiaten mitzuwirken.

Aus diesem Grunde bringen wir auch im Literaturbericht gern einen eingehenden Hinweis auf gemeinsame chinesisch-russische Kulturleistungen in der Nordmandschurei. den wir besonderer Aufmerksamkeit empfehlen.

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT
Das romanische Amerika III

Die noch zu überschauenden südamerikanischen Staaten zerfallen in vier Gruppen: Die mittleren Andenländer Ecuador, Peru und Bolivia, die drei großen ABC-Staaten Argentinien, Brasilien und Chile, die kleinen Pufferstaaten Paraguay und Uruguay und endlich die drei Guayana-Kolonien. Die erste Gruppe liegt mehr abseits vom großen Weltgetriebe. Leider viel zu selten schenkt ihr der europäische Nachrichtendienst seine Aufmerksamkeit; und auch das übrige Amerika behandelt die mittleren Andenstaaten reichlich stiefmütterlich. Tatsächlich haben die drei Hochlandsstaaten in ungleich geringerem Maße teilgenommen an dem

wirtschaftlichen und politischen Aufschwung, der die jüngste Entwicklung der ABC-Mächte und auch die Columbiens und Venezuelas kennzeichnet. Dieses Zurückbleiben ist ebenso sehr der Ausdruck der Lage fernab von dem wichtigsten Verkehrsmeer, dem Atlantik, wie der Schwierigkeit, die sich einer zweckdienlichen Verknüpfung der so gar wesensverschiedenen Landesteile und der Ausschöpfung ihrer an sich reichlich fließenden Wirtschaftsquellen entgegenstellt. Denn in Ecuador trennt ebenso wie in Peru das hochandine Gebiet die Küstenbasis von den noch wenig entwickelten Anteilen am Amazonastiefland. Lange galt der Weg von Lima nach Yquitos durch die Magalhäesstraße, an der Ostküste nordwärts und amazonasaufwärts für bequemer und war benutzter als der innerhalb von Peru über die Anden hinweg; und heute wird dieser Südweg durch die Panamaroute abgelöst worden sein. Allein auch innerhalb der eigentlichen Kerngebiete der beiden Staaten trennt der gewaltige Aufschwung der Anden, der hier wie dort nur von ganz wenigen Bahnlinien überwunden wird, den in Ecuador besonders wirtschaftswichtigen (Kakao), in Peru allerdings etwas ärmeren Küstensaum von dem zentralen, klimagünstigen Siedlungshochland durch große siedlungsleere und verkehrsschwierige Gebiete. Dieser Küstenanteil fehlt in Bolivia, und damit gehört es zu den wenigen größeren, heute etwas anachronistisch anmutenden Binnenstaaten. Seine Gliederung in Andenhochland und Tiefland entspricht dagegen vollkommen der physischen Struktur Perus und Ecuadors. Die Bergbauschätze sind hier wie im Andengebiet überhaupt die vornehmsten Wirtschaftsquellen.

Stellen sich der Aufwärtsentwicklung dieser drei Staaten zwar auf der ganzen Linie infolge ihrer physischen Struktur und ihrer Lage schwere Hemmnisse in den Weg, so muß darum gerade mit besonderem Nachdruck betont werden, daß sich im Laufe der letzten zehn Jahre wohl im ganzen Westen Südamerikas, vor allem jedoch in den mittleren Andenstaaten eine durchgreifende anthropogeographische Lageänderung durch die Eröffnung und Ausnutzung der Panamaroute vollzogen hat. Weit mehr als Columbien oder Chile haben die drei Andenstaaten ihre Entfernung zum nordamerikanischen Osten und Europa gekürzt. Die in einer nicht mehr allzu fernen Zukunft zu erwartende Eröffnung der panamerikanischen Bahn wird wohl einen in seinen vielfältigen Wirkungen nicht zu unterschätzenden unmittelbaren Wegeanschluß an den amerikanischen Norden, und eine vielleicht noch viel wichtigere Längsverbindung innerhalb Südamerika und besonders der Andenländer darstellen, aber keine neuerliche Verkehrsverkürzung bedeuten; denn man hat berechnet, daß die geringste Fahrtdauer zwischen New-York und Buenos Aires sicher nicht unter 26 Tagen betragen wird, während der Schnelldampferverkehr unter Berührung der wichtigsten Häfen des Ostens nur 15—16 Tage beansprucht. Selbst Frachtdampfer, die in der Stunde 10 bis 12 Seemeilen zurücklegen, werden die Häfen der Westküste von Ecuador bis Chile rascher erreichen, als das mit der Bahn möglich sein wird; und wenn auch alle Hemmungen, die aus der Interessenpolitik einer ganzen Reihe selbständiger Staaten entstehen, beseitigt und die unvermeidlichen Störungen häufigen Spurwechsels nach Möglichkeit gemildert sein werden, so hat doch immer noch nach wie vor der Panamerika-Expreß die Geländeschwierigkeiten eines der gewaltigsten Hochgebirge der Erde zu überwinden.

Der Westen des südamerikanischen Kontinents liegt nicht allein im Bereich nordamerikanischer Kraftwirkungen, sondern er nimmt Teil an dem Aufstieg und der Wertung der pazifischen Welt. Die Aufmerksamkeit von außen, vom asiatischen Gegengestade aus, für diese Staaten ist dabei ebenso groß wie die Regsamkeit im Innern, die freilich im Vergleich zum südamerikanischen Osten mit viel bedeutenderen Hemmungen zu kämpfen hat.

Ecuador erfreut sich seit Jahren eines geregelten Wirtschaftslebens bei aktiver Handelsbilanz und schwach anwachsender Gesamtschuld, so daß selbst die Revolution gelegentlich der Präsidentschaftswahlen im letzten Herbst der Wirtschaft des Landes, vor allem dank der gesteigerten Kakaopreise, keinen Abbruch tun konnte. Auch in Peru, das auch im letzten Dezember seine Revolution hatte, scheint die Wirtschaftslage eine durchaus befriedigende zu sein. Baumwolle und Zucker, die Hauptausfuhrartikel, warfen im letzten Jahre trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse und Wassermangel ausreichende Erträge ab. Von Jahr zu Jahr nimmt die Petroleumproduktion Perus zu; sie betrug 1922 5,3 Mill., 1923 6 Mill., 1924 6,5 Mill. Barrels, und Peru nimmt damit die achte Stelle unter den Petroleumproduzenten ein, und es übertrifft sowohl Venezuela (1924 3,2 Mill. Barrels) als auch Argentinien (1924 1,5 Mill. Barrels).

Das gemeinsame peruanisch-chilenische Wirtschaftsgebiet steht zugleich an zweiter Stelle unter den Kupferproduzenten der Erde; seine Kupfererzeugung entsprach in den letzten Jahren (1924 228 000 tons) dem vierten Teil der vereinsstaatlichen. Der Außenhandel ergab bei freilich schwankender Tendenz eine stark aktive Handelsbilanz: In den ersten neun Monaten des Jahres 1924 belief sich die Einfuhr auf 12,2 Mill. Pfd. St., die Ausfuhr auf 18,5 Mill. Pfd. St. Die Centenarfeier der Schlacht von Ayacucho gemeinsam mit der peruanischen Industrieausstellung und der Tagung des panamerikanischen wissenschaftlichen Kongresses hat dem peruanischen Nationalbewußtsein neue Nahrung gegeben. Im Frühjahr 1925 ist auch endlich eine Antwort auf die lange schwebenden Gebietsfragen, die die zwischen Peru, Columbien und Brasilien strittigen Regionen um den Rio Putumayo und Rio Yapura betrifft, durch Übereinkunft zwischen diesen drei Staaten gefunden worden, während die Tacna-Aricafrage zwischen Peru und Chile noch immer ungelöst ist. Wie sehr die Entwicklung Perus von der seines noch geringfügigen Bahnnetzes abhängt, mögen zwei Vergleichszahlen zeigen: der Staat, der eine Fläche von fast zwei Millionen Quadratkilometer überspannt, verfügt über ein Bahnnetz von nur 3200 km.

Bolivias Wirtschaft stagniert seit geraumer Zeit sowohl in seinem Hochlandsteil, dem Bergbaugebiet und der Zone regen pulsierenden Lebens, wie in seinem noch wenig entwickelten Tieflandsabschnitt; es leidet dabei vornehmlich unter dem Mangel der Verkehrsverbindungen. Zwar ist der Anschluß an das argentinische Bahnnetz gefunden, doch dieser Landweg vermag kaum zu befriedigen. Die Erklärung von Puerto Suarez, das zur Zeit der Kautschukhochkonjunktur eine wichtige und von regem Verkehr belebte Siedlung an einer seitlichen Lagôa des oberen Paraguay war, sich mir jedoch bei meinem Besuche im Jahre 1923 nur als ein kümmerliches Dorf vorstellte, zum Freihafen, zeigt nur zu deutlich, wie sehr es Bolivien darum zu tun ist, diese tropischen Tieflandsregionen zu entwickeln. Ein voller Erfolg wird ihm dabei erst beschieden sein, wenn es sich entschließt, die mühselige Karawanenstraße und Saumverkehrsstrecke durch die Bahn Cochabamba—Santa Cruz de la Sierra—Puerto Suarez zu ersetzen. Erst dann vermag eine mehr harmonischere Wirtschaftsstruktur des Staates das heute doch wohl zu einseitig auf den Bergbau eingestellte Wirtschaftsleben günstig auszugleichen. Trotz Belebung des Zinnbergbaus ist die erhoffte wirtschaftliche Erleichterung nicht eingetreten, wenn auch im letzten Jahr die Handelsbilanz aktiv war. Bei dieser bedenklich stagnierenden Eigenentwicklung des Staates ist die immer stärkere Investierung nordamerikanischen Kapitals, besonders im Bergbau Symptom für die Bewertung der nicht geringen Zukunftsaussichten. Vornehmlich die reichen Zinnminen werden fast ausschließlich durch die Nordamerikaner ausgebeutet.

Chile hat in der letzten Zeit, ebenso wie



Brasilien, eine in ihrer Zielsetzung freilich der brasilianischen grundverschiedene innere politische Krise durchgemacht. Der von der Militärpartei bewirkte Umsturz galt der Durchführung von Reformen, die eine Gesundung der vorher wenig erfreulichen Verhältnisse in der Verwaltung herbeiführen sollen, und es ist zu erwarten, daß mit der Wiederübernahme der Regierung durch den im Lande beliebten Präsidenten Alessandri eine wieder ruhigere Entwicklung gewährleistet wird. Viel pessimistischer muß leider die noch nicht zur vollen Entfaltung gekommene wirtschaftliche Krise Chiles beurteilt werden. Der tiefere Grund der Krise ist die Monopolstellung, die lange Zeit der Salpeterproduktion Chiles innerhalb der Weltwirtschaft zukam, und die heute durch die Herstellung des künstlichen Salpeters gebrochen ist. Besonders Deutschland ist darum aus der Reihe der Käufer ausgeschieden, während die Union Hauptabnehmer geworden ist. Die Hoffnungen auf eine wesentliche Steigerung der Salpeterausfuhr haben sich dagegen nicht erfüllt. Chile führte 1923 2,26 Mill., 1924 2,36 Mill. Tonnen Salpeter aus. Auch die Kupferausfuhr hielt sich im Vergleich mit dem Vorjahre in der Schwebe: 1923 167000, 1924 171 000 Tonnen. Eine Mißernte hat nur noch Erschwerung der Lage von der landwirtschaftlichen Seite aus gebracht. Besonders beachtenswert ist die stark ansteigende Aufnahmefähigkeit für vornehmlich industrielle Einfuhr, aus der auch Deutschland Nutzen zieht.

Argentinien ist heute noch vornehmlich, trotz reicher Bodenschätze in der Andenregion, Agrarstaat und darum in seiner wirtschaftlichen Lage von einer allerdings vielfältigen und sich darum leicht ergänzenden landwirtschaftlichen Produktion abhängig. Auf diesem Umstand beruht seine seit längerer Zeit günstige Wirtschaftsposition und seine im Vergleich mit anderen süd- und mittelamerikanischen Staaten größere innerpolitische Ruhe. Fast jeder agrarische Zweig hat im letzten Jahre zur Erreichung dieser günstigen Lage beigesteuert. War zwar die Weizenernte 1924 auch in Argentinien geringer (114,9 Mill. Centals) als im Vorjahr (148,2 Mill. Centals), so erfuhr jedoch die Getreideausfuhr eine ganz bedeutende Steigerung: es wurden exportiert 4,5 Mill. t Weizen, 4,6 Mill. t Mais, 1,4 Mill. t Leinsaat und 0,7 Mill. t Hafer. Das sind zusammen 11,23 gegen 8,2 Mill t Getreide im Vorjahre, eine Exportziffer, wie sie seit langem nicht erreicht worden ist. Da diese argentinische Entwicklung mit einem Ernteausfall in den anderen Getreideländern zusammenfiel, so hatte sie zudem eine außerordentlich günstige Preissteigerung zur Folge. Wenn auch der Quantität nach die Produktion an Wolle hinter der des Vorjahres zurückgeblieben ist, so haben die Erträge jedoch voll befriedigt. Die Ausfuhr von Fleisch und Häuten hat dagegen wieder eine bedeutende Steigerung zu verzeichnen. 37 000 Ballen Baumwolle kamen ferner zur Ausfuhr. Die Weinproduktion (1924 5,5 Mill. hl) steigt dauernd an, so daß das Land schon fast unabhängig von der Einfuhr fremder Weine ist.

KARL HAUSHOFER:
LITERATURBERICHT AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Die wichtigsten Erscheinungen mit der wertvollsten Ausbeute an geopolitischen Werten des letzten Vierteljahrs, sind neben einigen Aufsätzen der sich auf bemerkenswerter Höhe haltenden „Far Eastern Review" (Shanghai), und des „Transpazifik" (Tokio), der namentlich die ostasiatische Lokalpresse in guten Auszügen bringt, und einigen vortrefflichen Aufsätzen

der indischen Wochenschrift: „The Servant of India", Poona, so namentlich in Nr. 52 des Bandes VII und Nr. 1 und 7 des Bandes VIII die Sammlungen des wissenschaftlichen Stabes der Ostchinesischen Bahn:

C. E. R. Printing Office, Harbin, China 1924: North Manchuria and the Chinese Eastern Railway.

Ein schöner stattlicher Band von 454 Seiten mit einigen geopolitisch höchst wertvollen Kartenskizzen und Diagrammen, zahlreichen Abbildungen, und sonst nirgends erreichbaren Angaben zeigt, mit welchem Ernst die chinesisch-russische Arbeitsgemeinschaft an der ostchinesischen Bahn nach ganz neuen Methoden an's Werk geht. Es ist im wesentlichen russische Arbeit, die uns in diesem englisch geschriebenen Bande die ganze Nordmandschurei und ihre Hilfsquellen erschließt. Sie ruht auf den Sammelarbeiten von Menschikow, Smolnikow und Schirkow über Kirin und Heilungkiang von 1914 und 1915, die 1922 veröffentlicht und 1923 ausverkauft waren, weil sie — trotz dem damals nur russischen Text — für die Weltwirtschaft so wertvoll waren, daß keiner sie entbehren konnte, der mit dem Fernen Osten geschäftlich oder politisch zu tun hatte.

Die Wiederauferstehung des Bandes in einem internationalen Gewande bringt eines der wertvollsten unmittelbaren Erkenntnismittel der neueren geopolitischen Literatur. Schon die sonst oft recht gleichgültigen Köpfe der offiziellen Persönlichkeiten geben zu denken! Welche bedeutenden Köpfe haben die Sowjetbünde abgeordnet, um hier ein vorbildliches Beispiel des Zusammenwirkens ihres asiatischen Gesichtes mit asiatischen Mächten zu geben! Schade, daß die Zugeständnisse an die angelsächsische Leserwelt sich auf den Verzicht gegenüber der notwendigen Umrechnung aller geographischen Größen auf Kilometer und Quadratkilometer erstreckt haben, und damit die unmittelbare Wirkung auf den kontinentalen europäischen Leser abgestumpft wird. Wie wertvoll ist nicht allein die kurzgefaßte Kolonisationsgeschichte der Nordmandschurei, die Volksdichtenskizze, und dann die fast vollkommene Herausarbeitung der Einwirkung eines künstlichen Verkehrsweges, eben der ostchinesischen Bahn, auf Siedelungs-, Verkehrs-, Wehr- und Wirtschaftsgeographie, selbstverständlich auch auf die Veränderung der Kulturdecke, die sich in so verschiedener Dicke und Art über das rohstoffreiché Land breitet. Das Bevölkerungswachstum — $3^1/_2$ mal rascher als in Japan und $2^1/_2$ mal rascher als in den Vereinigten Staaten — mag für beide nicht beruhigend sein. 12 Millionen Menschen in der nördlichen, mindestens nicht dichter als Mukden besiedelten Mandschurei allein zeigen, wie unverlässig die Angaben des China-Yearbooks von 1923 z. B. mit 13,7 Millionen für die ganze Mandschurei gewesen sind, wie viel richtiger unsere Schätzung auf etwa 22 bis 23 Millionen 1920 auf Grund japanischer Mitteilungen gewesen war. Jedenfalls arbeitet der russische wissenschaftliche Dienst der ostchinesischen Bahn ganz anders exakt, als z. B. die verschwommenen Ausführungen des China-Yearbooks über das größere China. Werden einmal namentlich die Bilder noch schärfer und deutlicher sein, wobei der Text nur auf seiner augenblicklichen Werthöhe zu bleiben braucht, so haben wir in diesen Veröffentlichungen ein Hilfsmittel der Landeskunde von geopolitisch, kulturgeographisch und wirtschaftlich geradezu seltenen Wert zu begrüßen.

Wir können im Rahmen dieser Besprechungen die Bedeutung des Sammelwerks der ostchinesischen Bahn über die Nordmandschurei nicht erschöpfen, und behalten uns vor, in einem eignen Aufsatz auf das hervorragende Buch zurückzukommen.

L'Universo, die überhaupt sehr gut geleitete und vorzüglich informierte monatliche Rundschau des Istituto militare geografico in Florenz bringt in ihrer Februar-, März- und April-Nummer eine Reihe von Aufsätzen aus

der Feder von Giovanni Maturrzi über China, Korea, Japan mit dem Hokkaido, Indochina und Siam. Darin ist eine ganze Fülle von wertvollen und feinen Beobachtungen zusammengetragen, wenn ich auch nicht ganz mit dem Verfasser darin übereinstimme, daß man, um von Japan einen vorteilhaften Eindruck zu haben „sich damit begnügen müsse, es im Flug zu sehen, es nur zu streifen, und vor allem vermeiden müsse, sich darin zu vertiefen, und die glänzende und feine Lackschicht abzukratzen, die es bedeckt". Trotz dieser, seiner im ganzen kritischen Einstellung zu Japan erkennt aber der Verfasser doch klar die Stärke des geradezu religiösen Vaterlandsgefühls der Japaner und hebt hervor, daß dieses Gefühl das ganze Volk durchdringe, „das stets bereit und entschlossen sei, innere Zwietracht und persönliche Ziele auszuschalten, und sich bedingungslos dem Wohl des Vaterlandes zum Opfer zu bringen".

Stanley Rice: The Challenge of Asia, London, Murray 1925.

Der ehemalige hohe Beamte des indischen Dienstes nimmt die „Herausforderung Asiens" sehr vorsichtig auf und versucht — von seinem Standpunkt sicher mit Recht — den wichtigsten Fragen eher Schärfe zu nehmen, als zu geben. Dennoch ist es ein gutes warnendes Buch, das enthüllt, wie viel gebundener der Reichsbrite diesen Fragen gegenüber treten muß, als etwa der Amerikaner Lothrop Stoddard; wie vorsichtig er die russische Gefahr verschleiert, wie klar er erkennt, was die europäische Weltkriegspolitik Englands dem asiatischen Gesicht des Weltreichs geschadet hat. Warnen muß man den mitteleuropäischen Leser davor, gefährdete Machtstandpunkte der Westmächte mit europäischen zu verwechseln, was Rice in sehr gewandtem Spiel nahezulegen versucht. Nein: Deutsche und Oesterreicher werden für das Unrecht, das Asien von den Westmächten angetan wird, nicht mehr Schulter an Schulter mit diesen fechten, nicht in Kultur-, nicht in Politik-, nicht in Wirtschaftsfragen. Das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht als politisches Mittel „zur gewaltsamen Beraubung Deutschlands" verwendet, mag sich ruhig auswirken an den Mächten, die es zuerst geprägt haben; und wenn die Herausforderung Asiens peinlich von ihnen empfunden wird, so schallt es doch nur aus dem Walde wie man vorher in ihn hineinrief!

J. W. Gregory: The menace of Colour, London, Seeley 1925.

„Die Bedrohung durch die Farbigen", das ist die kürzeste Form, auf die man deutsch den Buchtitel bringen kann, der mehr verspricht, als der Verfasser darin hält.

Er kann die Größe der Problemstellung von Lothrop Stoddard z. B. nicht erreichen, von dem übrigens in dem sonst sehr wertvollen Literaturverzeichnis über die Schriften zur Frage der farbigen Rassen einige Hauptwerke nicht erwähnt sind. Die asiatische Drohung ist auf den vier Seiten 145—149 mehr als flüchtig abgehandelt, sehr eingehend dagegen, den wertvollsten Teil des Buches bildend, die amerikanische Negerfrage und die australische Besiedelung. Dieses Ausweichen gegenüber der asiatischen, wie übrigens auch gegenüber der auf eineinhalb Seiten ebenso flüchtig gestreiften Inderfrage in Afrika zeigt die Schwäche des reichsbritischen Standpunktes gegenüber dieser wichtigen geopolitischen Zukunftsaufgabe des Planeten.

Auch wenn er wollte, der Geolog der Universität Glasgow, der gründliche Kenner des australischen Siedelungsproblems, der Arbeitsverhältnisse des Weißen Mannes in den Tropen, der das Farbenproblem in den Vereinigten Staaten sehr eingehend durchgearbeitet hat, er kann und darf wohl nicht an die letzten Tiefen seines Gegenstandes rühren? Er will im Grunde doch jenes Verteilungsverhältnis der Erdfläche mindestens für den britisch sprechenden Teil der Menschheit aufrecht erhalten, dessen schroffe Ungerechtigkeit er doch selbst

in seiner Skizze 3 sehr anschaulich darstellt: drei Neuntel weiß besiedelt, fünf Neuntel von farbigen Rassen fruchtbar gemacht, aber weiß beherrscht, ein Neuntel nur von Denen in seinem Schicksal bestimmt, die es bebaut, sich mit Arbeit und Schweiß in seinen Boden vertieft haben.

„Australien allein kann das Zwanzigfache seiner augenblicklichen weißen Bevölkerung ernähren" schreibt G. Sicher! Das wissen die ostasiatischen, wie die indischen und mitteleuropäischen Millionen, die durch die Schuld der romanischen und britischen Raumgier enggepreßt, unter den möglichen Durchschnitt der Menschheit in der Lebenshaltung herabgedrückt, dem Kapitalismus der Westmächte frohnden müssen. Sie werden einmal zur Erkenntnis kommen, wer die Schuld daran trägt, auch wenn man sie geraume Zeit klug davon abzulenken sucht. Gregory hat nicht, wie Lothrop Stoddard, ein Werkzeug aufrüttelnder Wahrheitsliebe geschmiedet, sondern eins der Verschleierung!

H. J. Mackinder: Democratic Ideals and Reality. London, Constable & Co. 1919.

A study in the politics of reconstruction damals genannt, ein uns feindliches Buch, bis heute noch unübersetzt und für das deutsche Volk wohl unübersetzbar (wenn es gegenüber einem solchen Hasser nicht seine Selbstachtung aufgeben will, obwohl wir sehr viel daraus lernen könnten) muß geholt werden aus dem Giftschrein, in dem die arcana imperii britannici sonst verwahrt werden, durch die Etikette „Gift" für gute friedensfreundliche Europäer als für sie ungenießbar, für Reichserbauer aber heilsam gekennzeichnet.

Sein Verfasser hat Recht, wenn er in der Einleitung sagt: „Dies Buch, was immer sein Wert sei (er ist sehr hoch!), ist das Ergebnis von mehr, als von Kriegspsychose." Es ist tatsächlich aus ungemein konzentrierten Vorarbeiten entstanden, die 1904 als „The geographical pivot of history", 1905 als „Man-power as a measure of National and Imperial Strength" erschienen sind, und eine furchtbare Rolle für Deutschland — als Kern der geopolitischen Erziehung einer ganzen Generation britischer Staatsmänner des dauernden Außendienstes und geographisches Fundament von Versailles — gespielt haben.

Gäbe es nicht in Deutschland heute Mehrheiten, die aus diesem Buch nur das aufnehmen, was dem eigenen Lande schadet, die Erkenntnis des Gegners aber nicht gewinnen, die sich daraus gewinnen läßt, so würde ich kaum ein übersetzenswerteres Buch kennen; denn seine bitter mitteleuropa-feindliche Darstellung, die Größe und Weite seiner Gesichtspunkte haben einen Wert von säkularer Dauer. Allerdings zeigen sie auch, wessen sich Mitteleuropa in den Taten von denen zu versehen hat, die den Mechanismus des Weltreichs wirklich handhaben, und nicht nur die schönen Reden zu den verschiedenen Fenstern hinaus halten. Diese Männer sind — das zeigt uns Mackinders Beispiel — wohlgeschult, geographische und geschichtliche Erkenntnis mit politischem Können zu vereinen; leider trifft aber nicht zu, was sie darüber von unserer Schulung aussagen, daß nämlich Kartenkunde und geopolitisches Verständnis ein wesentliches Kulturmerkmal der deutschen Erziehung seien — im Gegensatz zum darin so „harmlosen" Angelsachsen!

Mitten in einer gehässigen Darstellung der Wiedererhebung Preußens nach Jena ist M. allerdings gerecht genug, den Satz zu schreiben: „Freilich, es war ein Feldlagerstaat, in der Mitte einer Ebene, ohne die natürlichen Bollwerke eines Spanien, Frankreich, Britannien." Mit höflichen Verbeugungen vor der Gedankenwelt der Demokratie vereint M. eine sie in der Praxis vernichtende Kritik. „Demokratie weigert sich, strategisch zu denken, außer sie wird dazu durch Abwehrzwecke gezwungen . . ." Daher jetzt die Vorbetonung des Sicherheitsmotivs, daher die Vorbetonung der Abwehr, der reinen Wehr, so sicher man selbst der vorbeugenden, für Andere

unmerklichen Angriffsstöße ist, so sehr man — den Andern den Gebrauch der Karten abgewöhnen möchte, die erbarmungslos verraten, wem zum Nutzen die Politik getrieben wurde, die doch in Flächenveränderungen auf der Karte nachweisbar ist! Und nur für den angelsächsischen Hausgebrauch ist der großartige Anschauungsunterricht bestimmt, der in fortwährender gegenseitiger Durchdringung von Erdkunde und Geschichte, aber im Grunde rein nach imperialistischen Gesichtspunkten (wenn auch ohne das Wort zu brauchen) die Weltalter durchläuft. Klare, überzeugende Skizzen erläutern diesen Anschauungskurs und zeigen, wie wertvoll der geopolitische Unterricht des Verfassers gewesen sein muß — für Imperialisten und menschliche Werkzeuge des Imperialismus! nicht für Träger demokratischer Ideale! Gerade aus den Befürchtungen des Gegensatzes heraus ist M. der am meisten logische geopolitische Erzieher zu einer Kontinentalpolitik der alten Welt, wenn ihre zahlenstärksten Völker nicht dauernd Ausbeutungsobjekte bleiben wollen. Aber dieses zweite Gesicht Mackinders sieht nur, wer in ganz großen Zusammenhängen geographisch zu denken weiß, und unkonventionelle Wege, auch der kartographischen Darstellungsweise zu gehen versteht.

Die Insel- und Halbinselmächte haben sich im Weltkrieg als die stärkeren erwiesen. Wer sich vor ihnen retten will, wird ihre Front zu trennen, die der alten Welt zu einen haben. Eine andere Erlösung gibt es für den ganzen Osten nicht, zu dem uns die Staatskunst der Schüler Mackinders gestoßen hat. Noch einmal erwähnt muß freilich werden, daß sein Buch aus ganz großen Zwecksgesichtspunkten heraus schroff deutschfeindlich ist, und in Verfolgung dieses Zieles auch vor Umbiegung der Tatsachen nicht zurückschreckt.

James Fairgrieve: Geography and World Power. London, University Press F 5. Aufl. 1924.

„Geographie und Weltmacht" ist im Grunde nichts anderes als eine volkstümliche Geopolitik ein Versuch, durch vortreffliche packende Skizzen unterstützt, den Einfluß erdgegebener Grundzüge auf die geschichtliche Bewegung flüssig und für breitere Schichten klar und einleuchtend darzustellen. Man kann in Einzelheiten anderer Meinung sein, wird auch in der ersten Anlage des dreimal umgearbeiteten Buchs die Zweckbestimmung für den Lehrgebrauch während des Krieges erkennen; sicher ist der Zweck, dem Lehrer ein übersichtliches, leicht zu erweiterndes Werkzeug zur geopolitischen Erziehung an der höheren Mittelschule, zur Erweckung von geopolitischem Verständnis überhaupt in die Hand zu geben, ihn selbst zur Vertiefung anzuregen, voll erreicht. Fast alle ähnlichen Bücher bei uns setzen zu viel voraus, wenden sich nicht so unmittelbar an den gesunden Menschenverstand, freilich auch nicht so kühl an den Instinkt einer Herrenrasse, die ihre Reichsnotwendigkeiten auch dann erkennt, wenn sie mit halben Worten zwischen den Zeilen ausgesprochen werden. Hier ist eine Grenze des Gebrauchswertes für dieses auch Deutschen sehr nützliche, hoffentlich bald übersetzte Buch.

W. L. Puxley: Green Islands in glittering Seas. London, George Allen Unwin. 1925. 315 S.

In diesem in leichter und anmutiger Erzählungsform geschriebenen Südseebuch spiegeln sich tatsächlich alle geopolitischen Leitfragen der eigentlichen Südsee. Der überwältigende Einfluß des Meeres und seiner Bewohner, Vulkanismus und Korallen, Pflanzenkleid-Eigenart und Tierwelt in ihrer insularen Verkümmerung und Absonderung kommen ebenso zu ihrem Recht wie Frührassen und Vollentwicklung der Polynesier zu „nackten Königen" als Rasse, Frühgeschichte und Einbruch des Weißen Mannes. Die Eindrücke folgen sich nicht in einer wissenschaftlichen Reihenfolge, wie sie in Mitteleuropa hergebracht ist: einzelne Kabinettstücke, wie der Abschnitt über die „Seewölfe" (Haie), das große Barriere-Riff, auch das betrübliche Kapitel über die endemischen und einge-

schleppten Krankheiten, über den Rassentod in der lachenden Südsee, sind nicht da eingefügt, wo wir sie suchen würden, sind aber in ihrer Art von erschütternder Größe und außerordentlicher Feinheit der Naturanschauung. Aber als Ganzes bringt Puxley lebendige Anschauung, noch mit dem frischen Duft der grünen Inseln im gewaltigen Dünungsgang des größten Meeres, manchmal anfechtbare, aber immer fesselnde Werturteile, namentlich über den unerträglichen Kondominiums-Zustand zwischen England und Frankreich in den Neuen Hebriden, die rückständigen Methoden Frankreichs in seiner zerstörenden Einwohnerpolitik in der Südsee; wertvollen geopolitischen Rohstoff, auf den neuesten Stand gebracht; der Verfasser spricht pro domo in jenen Teilen, die den ehemals deutschen Gebieten in ihrer Mandatausübung gelten, aber alles in allem ist sein Buch wohl deutscher Übersetzung und geopolitischer Beachtung in Mitteleuropa wert.

Einige feine geopolitisch verwertbare Hinweise enthält, wenn es auch in erster Linie auf belletristische Wirkung geschrieben ist,

H. M. Tomlinson: Tidemarks. London, Cassell and Co. 1925.

Darunter sind, an des Dänen Jensen treffende Beobachtungen in seinem Weltwanderbuch erinnernd, S. 24—25 der erste Eindruck von der malaio-polynesischen Rasse und ihrer „Gelassenheit, Vornehmheit". „Es ist nicht sehr beruhigend, einen Wink von ihr zu bekommen, daß die von langer Hand aufgerichtete Lebensführung der eigenen Rasseverwandten am Ende töricht sein könnte, und daß es andere, bessere Wege gäbe!"

Auch auf S. 190 finden sich gute Bemerkungen über die Malaien: „Es ist klar, daß trotz seiner angeblich ererbten Indolenz der Malaie das Problem des Daseins sehr viel glücklicher gelöst hat als die ihm überlegenen Rassen. „Er erträgt auch gar nicht demütig ein Benehmen, das seinen eigenen Sittencodex verletzt, denn er hat das Selbstgefühl eines Aristokraten (Jensens viriler Adel!), und setzt voraus, daß sein Wert nicht in Frage gestellt wird." „Ich fühlte, es würde leicht sein, sie als Nachbarn für den Rest meines Lebens zu haben... Ja, es würde leicht und sogar erfreulich sein, das eigene Schicksal mit dem der Malaien zusammenzuwerfen (was Lafkadio Hearn mit wenig, Robertson mit ziemlichem Glück getan hat!). Ein Malaien-Weiler ist ein viel anziehenderes Ergebnis menschlicher Anstrengung, und birgt glücklichere Menschen als Birmingham." So S. 190—95!

S. 198 spricht T. von „jenen gottgesegneten Händlern der Vergangenheit, die Gewürze haben wollten, und Gottes gesegnetes Schießpulver anriefen, um sie zu bekommen", ist also schon stark vom kulturgeographischen Reiz der Südsee auf die Bahnen von Forster und Rousseau verführt, und auf S. 199 zeigt er in dem Eindruck chinesischer und malaiischer Friedhöfe, wie tief der Zauber des Ostens anthropogeographisch Besitz von dem skeptischen Schilderer ergriffen hat: „Die chinesischen und malaiischen Friedhöfe zeigen, daß diese Völker irgendwie restlos die Tatsache des Todes in ihr Weltbild aufgenommen haben, und sich selbst nichts darüber weismachen. Sie laden es nicht ein, das Schicksal, aber wenn es kommt, nehmen sie es still und selbstverständlich auf sich, und ihre Gräber sind so, als hätten sie keinen Zweifel, daß die Toten am besten wissen, was mit sich anfangen. Aber der christliche Friedhof ist eine laute, verzweifelte Anstrengung, diese Tatsache zu verneinen ..." So Tomlinson in der Südsee.

NEUERSCHEINUNGEN DES AUSLANDES

ENGLAND, JAN.—MAI 1925.

I. Alte Welt:

Aliens: Aliens naturalisation: return. H.M.S.O. —.—.9

Anderson, G. Graham: The call for protection: in the interest of the consumer. S 62. P. S. King —.1.6

Armstrong, Harold; Turkey in travail: the birth of a new nation, with 8 illus. and 2 maps. S. 292. Lane —.8.6

Bacon, Reginald, H. Admiral, Sir: A Naval scrap-book. First part, 1877—1900. With 24 illus. S. 286. Hutchinson —.24.—

Belgium: Report on economic and financial conditions, with an annexe on the economic situation in the Grand Duchy of Luxemburg. H. M. S. O. —.3.6

Bierstadt, Edward Hale: The great betrayal: a survey of the Near East Problem, Foreword by Edward Capps, S. 361, Illus. Hunchinson —.15.—

Bodelsen, C. A. Studies in mid-Victorian Imperialism. Seiten 226. Constable —.10.6

British Imperial calendar and Civil Service list, 1925. H. M. S. O. —.5.—

Brendon, J. A.: The building of the modern world. Book 3, The Expansion of Europe, with maps and illus. pp. 199. E. Arnold. Feb. '25 —.2.6

Bretherton, C. H.: The Real Ireland. S. 197. Black —.5,—

Bowen-Rowlands, Ernest: In Court and out of Court: some personal recollections. With fronties and 11 illus. S. 319. Hutchinson. —.18.—

Budge E. A. Wallis, Egypt, pp. 256. Williams & N. —.2.6

Commercial year-book of the Soviet Union 1925. Compiled and edit. by Louis Segal and A. A. Santalov. S. 452. Allen & U. —.6.—

Constantine, King of Greece: A. King's private letters written by King Constantine of Greece to Paolo Princess of Saxe-Weimar during the years 1912 to 1913. Pref. by Adm. Mark Kerr. With fronties. S. 205. Nash & G. —.10.6

Census of England and Wales: Industry tables. H. M. So —.47.8

Dawson, Samuel, A.: Freedom of the Press, Milford —.7.6

Dodd, Agnes, F.: A Short history of the British Empire. Illus. S. 286. Dent —.6.—

Donald, Robert, Sir: A Danger Spot in Europe and its government by the League of Nations. S. 166. Parsons —.3.6

Eastman, Max: Since Lenin died. S. 158. Labour Pubg. Co —.4.—

Fuel, Research Board — Physical and chemical survey of the national coal resources. Nr. 4. The Lancashire coal field: the Ravine seam. H. M. S. O. —.1.6

Foreign office list and diplomatic and consular year book, Edit. for Godfrey E. P. Hertslet by members of the Staff of the foreign office. S. 555. Harrison & Sons —.25.—

Gill, Conrad: The Rise of the Irish linen industry. Illus. S. 371. Milford —.16.—

Gooch, G. P.: Germany. With intro. by the Rt. Hon. H. A. L. Fisher. (The Modern World: a survey of historical forces, Vol. 2.) S. 372. Benn —.15.—

Graham, Malbone W. Jun. and Binkley, Robert C.: New governments of Central Europe. With 6 charts. S. 695. Pitman —.21.—

Green, Alice-Stopford: History of the Irish state to 1014. S. 449. Macmillan —.12.6

Huntington, Ellsworth and Cushing, S. H.: Principles of human geography. Chapman & Hall —.15.—

Hurd, Archibald: State socialism in practice. S. 234. P. Allan —.3.6

Hingston, R. W. G.: Nature at the desert's edge: studies and observation in the Bagdad Oasis. Illus. S. 299. Witherby —.15.—

Ibanez, Vicente Blasco: Alfonso XIII. unmasked: the military terror in Spain. S. 158. Nash & G. —.3.6

„Iconoclast": Ramsay Macdonald, 1923—1925, S. 191. L. Parsons —.3.6

Iconoclast, J.: Ramsay Macdonald: the man of to-morrow, Popular ed. S. 288. L. Parsons —.3.6

Ironside, Edmund: Maj. Gen. Sir: Tannenberg, the first thirty days in East Prussia, with maps. S. 316. Blackwood —.15.—

Janssen, Johannes: History of the German people after the close of the Middle-Ages. S. 438. K. Paul —.18.—

Jerusalem and Judea. Reprinted from the „Travellers' handbook for Palestine and Syria." Rev. by Harry C. Luke. S. 152. T. Cook —.4.—

Joyce, P. W.: A Short history of Gaelic Ireland from the earliest times to 1608. S. 572. Longmans —.5.—

King, W. J. Harding: Mysteries of the Lybian Desert: a record of three years of exploration. With 49 illus. and 3 maps. S. 348. Seeley, Service —.21.—

Labour year book, 1925. S. 599. Labour Pubg. Dept. —.3.6

Lansbury, George: The Miracle of Fleed Street: the story of the „Daily Herald". S. 173. Labour Pubg. Co —.2.—

Lee, Sidney, Sir: Life of King Edward VII. Illus. Macmillan, Mar. '25 —.31.6

Lefferts, Walter: Our own United States. Lippincott —.6.—

Liberal year book 1925, S. 392. Liberal Pubg. Dept. —.2.6

MacInnes, C. M.: The British Commonwealth and its unsolved problems. S. 186. Longmans —.5.—

MacNeill, J. G. Swift: Studies in the Constitution of the Irish Free State. S. 268. Talbot Pr. —.12.6

McRae, Milton, A.: Forty years in newspaperdom: the autobiography of a newspaper man. Illus. S. 514. Brentanos —.15.—

Mears, Eliot Grinnell: Modern Turkey: a politico-economic interpretation, with selected chapters by representative authorities. Illus. pp. 797. Macmillan, Feb. '25 —.25.—

Ogg, David: Europe in the seventeenth century. (The history of Europe.) Edit. by E. Lipson. pp. 591. Black, Feb. '25 —.18.—

Navigation and shipping of the United Kingdom: Annual statement 1923. H. M. S. O. —.20.—

Palestine: Report on administration. H. M. S. O. —.1.—

Palmer's Index to „The Times" newspaper. April—June 1924. S. 135 S. Palmer —.30.—

Parliament: House of Commons-Debates. H. M. S. O. —.10.—

Remington, Frank, C.: Motor rambles through France: some descriptions and some reflections. Illus. in col. by Evelyn J. Rimington. And a suppl. chapter on French mediaeval architecture by the Rev. G. H. West. S. 262. Constable —.15.—

Rogers, J. D.: A Historical Geography of the British Dominions. With maps. S. 390. Milford —.7.6

Rosenberg, Käthe: How Britain is governed: a short survey of the history and working of the British Constitution. S. 96. Labour Pubg. Co. —.2.6

Russia: The official report of the British Trades Union Delegation to Russia and Caucasia. S. 274 —.5.—

Troup, Edward, Sir: The Home office. S. 279. Putnam —.5.—

Tynan, Katharine: Life in the Occupied Area. S. 282. Hutchinson —.18.—

Seeley, J. R., Sir: The expansion of England: two courses of lectures. S. 367. Macmillan —.3.6

Security: Seiten 79, English Review —.1.—

Sheridan, Clare: Across Europe with Satanella, with 45 illus. S. 216. Duckworth —.15.—

Smith-Dorrien, Horace, Gen.-Maj.: Memories of forty-eight years' service. With maps and illus. S. 543. Murray —.25.—

Socialist annual, 1925. S. 287. I. L. P. Information Comm. —.2.6

Spender, J. A.: The Public Life, 8 illus. S 260. Cassell — 30.—

Symons, M. Travers: Britain and Egypt: the rise of Egyptian nationalism. S. 344. C. Palmer —.7.6

Solmi, Arrigo: The making of modern Italy, intro. by Arundell del Re. S. 255. Benn —.12.6

St. Lucia: Colonial report 1923. H. M. S. O. —.—.6

Stock Exchange year-book, 1925: the origin, history and present position of each of the public securities and joint stock companies known to the markets of the United Kingdom. By Thomas Skinner. S 3,266. Skinner —.50.—

Stein, Leonard: Zionism. S. 218. Benn —.6.—

Sweden: Economic, commercial, and industrial situation. H. M. S. O. —.1.6

Villiers, H. Montagu: Charms of the Consular career. S. 258. Hutchinson —.12.6

Warren, G. F. and Pearson, F. A.: The Agricultural situation. Chapman & Hall —.15.—

Whelpley, J. D.: Reconstruction. S. 383. Funk & W. —.12.6

Whibley, Charles: Lord John Manners and his friends. S. 320. Blackwood —.30.—

Worsford, W. Basil: Palestine of the Mandate. Illus. S. 287. Unwin —.21.—

Wrong, Margaret: Ideals and realities in Europe. S. 156. Student Christian Movements —.2.6

Wynne, R. V.: The State and its ailments S. 312. Simpkin —.15.—

Return of the Kings, The: facts about the conspiracy for the restoration of Monarchy in Central-Europe. S. 222. Nash & G. —.10.6

II. Indopazifische Welt.

Battye, J. S.: Western Australia: a history from its discovery to the inauguration of the Commonwealth. With fronties, S. 480. Milford —.25.—

Burt, E. W.: Fifty years in China: the story of the Baptist Mission in Shantung, Shansi, and Shensi. 1875—1925. Illus. S. 127. Carrey Pr. —.2.—

Brown, J. Macmillan: The Riddle of the Pacific. Illus. S. 324. Unwin —.30.—

Brunei, State of: Colonial report. H. M. S. O. —.1.—

Edwardes, S. M.: Crime in India. S. 177. Milford —.8.6

Gribble, J. D. B.: A History of the Deccan. Vol. 2, Edit. by Mrs. M. Pendlebury. Illus. S. 276. Luzac —.21.—

Harrison, Charles: Ancient warriors of the North Pacific: The Haidas their laws, customs and legends etc. Illus. and a map. S. 222. Witherby —.15.—

Harrison, Cuthbert, W.: An Illustrated guide to the Federated Malay States. Illus. S. 377. Malay States Information Agency —.2.6

Horsley, Reginald: New Zealand, with 12 col. drawings by A. D. M'Cormick. (Romance of Empire ser.) S. 345. Jack —.5.—

India East: Progress and condition, 1923—24. H. M. S. O. —.2.6

India-East: Constitutional Reforms, Reform Enquiry Ctte. H. M. S. O. —.1.4

India-East: Statistical abstract for British India: from 1912—13 to 1921—22. H. M. S. O. —.3.—

India-East: Constitutional reforms, Enquiry Ctte. Report: Appendix 5, Written evidence —.9.—
Appendix 6, Oral evidence, pt. 1 —.9.—
Appendix 6, Oral evidence, pt. 2 —.9.—
H. M. S. O.

India Office list, 1925: Compiled from official records by direction of the Secretary of State for India in Council. S. 829. Harrison —.30.—

Irak: Great Britain and Irak: treaty of alliance. Bagdad. H. M. S. O. —.—.9

Lang, W. H.: Australia. With 12 drawings in col. by G. W. Lambert. S. 316. Jack —.5.—

Lee, Ida: (Mrs. Bruce Charles Marriott): Early explorers in Australia: from the log-books and journals, including the diary of Allan Cunnigham, botanist, from March 2. 1817 to November 19. 1818. With maps and Illus. S. 663. Methuen —.21.—

Leete, F. A. and Cheyne, G. C.: Regulation of rivers without embankments as applied in the training works at the headwaters of the Rangoon River, Burma, Illus. S. 134. Crosby, Lockwood —30.—

Lucas, Charles, Sir: The Empire at War. Edit. for the Royal Colonial Institute. Vol. 4. Illus. S. 634. Milford —.28.—

Malay States (Unfederated); Colonial report 1923. H. M. S. O. —.5.3

Marriott, J. A. R.: The Eastern question: an historical study in European diplomacy. S. 576. Milford —.8.6

Puxley, W. Lavallin: Green islands in glittering seas. Illus. S. 316. Allen & U. —.12.6

Shah, H. T. and Khambata, K. J.: Wealth and taxable capacity of India. S. 382. P. S. King —.15.—

Ronaldshay, Earl of: The heart of Aryavarta: a study of the psychology of Indian unrest. S. 280. Constable —.14.—

Rice, Stanley: The Challenge of Asia. S. 256. Murray —.7.6

Reichwein, Adolf: China and Europe: intellectual and artistic contacts in the eighteenth century with 24 plates and 2 dia. S. 182. K. Paul —.12.6

Surridge, Victor: India. With 12 drawings in col. by A. D. McCormick. S. 320. Jack —.5.—

Tongan, Islands: Protectorate-Colonial report. 1923—24. H. M. S. O. —.—.3

Piggott, Horace and Finch, Robert, J.: Asia, with maps, exercises and Index. S. 255. Dent —.3.6

Pillai, P. Padmanabha: Economic conditions in India. S. 348. Routledge —.12.6

Vajil, C. N.: Financial developments in modern India, 1860—1924. Foreword by the Hon. Sir Basil P. Blackett. S. 672. P. S. King —.21.—

III. Afrika.

Africa-West: Palm oil and palm kernels: report of appointed to consider best means of securing improved and increased production. H. M. S. O. —.—.9

Braby's Natal directory: Including Zululand, Griqualand East and Pondoland. With which is incorporates Davis' Natal directory. Simpkin —.30.—

Braby's Orange Free State Directory: Including Basutoland and trades directories of Kimberley and Aliwal North. Simpkin —.25.—

Dale, Godfrey Rev.: Islam and Africa: an introduction to the study of Islam for African Christians. S. 149. S. P. C.K. —.2.6

Lang, John: The land of the golden trade (West-Africa). With 12 drawings in col. by A. D. McCormick. S. 327. Jack —.5.—

Werner, A.: The language families of Africa. Routledge —.3.6

IV. Amerika.

Banning, George, Hugh: In Mexican waters. Illus. S. 208. M. Hopkinson —.18.—

Beard, Charles, A.: American government and politics. Macmillan —.18.—

Chandler, J. A. C.: The Genesis and birth of the Federal Constitution. Macmillan —.11.—

Dominican Republic and Hayti: Economic financial and commercial conditions, 1924. H. M. S. O. —.2.—

Goodspeed, Thomas, W.: The Story of the University of Chicago 1890—1925. Camb. Univ. Pr. —.10.—

Falkland Islands: Colonial report, 1923. H. M. S. O. —.—.9

Freemann, Lewis, R.: Down the Grand Canyon. Illus. S. 381. Heinemann —.25.—

Hudson, Manley, O.: The Permanent Court of International Justice and the question of american participation. Milford —.17.—

Hibbard, Benjamin Horace: A History of the public land policies. S. 611. Macmillan —.20.—

Mitchell, B. W.: Trail life in the Canadian Rockies. Macmillan —.12.6

Osgood, Herbert, L.: The American Colonies in the eighteenth century. Vol. 3. Milford —.28.—

Prescott, William H.: History of the conquest of Mexico. With a preliminary view of the ancient Mexican civilisation and the Life of the Conqueror, Hernando Cortes. With the author's latest corrections and additions. Edit. by John Foster Kirk. S. 735. Allen & U. —.6.—

Rowe, Henry K.: History of religion in the United States. Macmillan —.8.—

Shipee, Lester, B.: Recent American history. Macmillan —.35.—

Shipley, Arthur, E. Sir: Islands: West Indian-Aegean. Illus. S. 151. M. Hopkinson —.6.—

Sunderland, J. T.: America and world brotherhood. S. 305. Luzac —.6.—

Young, John P.: Central American currency and finance. Milford —.11.6

West Indies, British: Economic and financial conditions, H. M. S. O. —.1.6

V. Systematisches und Allgemeines.

Abbott, Wilbur Cortez: The Expansion of Europe, a social and political history of the modern world (1415—1789). S. 489. Bell —.16.—

Annual register, the: A review of public events at home and abroad, 1924. Edit. by M. Epstein. S. 187. Longmans —.30.—

Adams, W. Capt: Real wealth and financial poverty: a study of the present financial system as a monopoly of money etc. S. 286. C. Palmer —.7.6

Baker, P. J. Noel: The Geneva Protocol for the pacific settlement of international disputes. S. 240. P. S. King —.9.—

Bartholomew, J. G.: The Oxford economic atlas. Intro. by L. W. Lyde. S. 76. Milford —.6.—

Beasley, C. G.: Local geography, Murby, Mar. '25 —.1.—

Blanchard, Raoul: Les Forces hydro-electriques pendant la Guerre (Histoire economique et sociale de la Guerre mondiale: serie Francaise). Milford —.6.—

Bowen, Frank, S.: The Sea: its history and romance. Vol. 1. Illus. S. 316. Halton & T. Smith —.15.—

Brooks, C. E. P.: The Evolution of climate. Pref. by G. C. Simpson. S. 181. Benn —.8.6

Bunting, W. L.: Where geography and history meet. S. 121. Dent —.2.—

Burkitt, M. C.: Prehistory: a study of early cultures in Europe and the Mediterranean Basin. With a short pref. by l'abbe H. Breuil. S. 464. Camb. Univ. Pr. —.35.—

Caddick, David, W.: Political principles and motives: a treatise for legislators and electors. S. 109. Methuen —.3.6

Burns, C. Delisle: Industry and civilisation. S. 278. Allen & U. —.10.6

Cambridge modern history atlas, the: Edit. by Sir A. W. Ward, Sir G. W. Prothero, Sir Stanley Leathes, assisted by E. A. Benians. S. 249. Cambr. Univ. Pr. —.40.—

Carr-Saunders, A. M. Population. With frontis. (World's manuals.) S. 112. Milford —.2.6

Cash, W. Wilson: The Moslem world in revolution. Illus. S. 160. S. P. G. —.2.—

Chisholm, George, G.: Handbook of commercial geography, with maps and diags. S. 841. Longmans —.25.—

Sunnigham, Brysson: Port administration and operation: a review of systems of mangement in vogue in various countries. S. 189. Chapman & Hall —.13.6

Customs formalities (Simplification of) international convention, Geneva. H. M. S. O. —.—.6

Davis, Watson: The story of Copper. Illus. S. 405. T. W. Laurie —.12.6

Dumbleton, J. E.: The Construction of wells and bore-holes for water supply, and the elements of the analysis and purification of water. S. 134. C. Lockwood —.25.—

Edgeworth, F. Y.: Papers relating to political economy. S. 452. Macmillan —.50.—

Enock, C. R.: The Remedy, the logic of the cosmos, the law of life: the ultimate principles of political-economic order. S. 44. Simpkin —.2.6

Febvre, Lucien and Bataillon, Lionel: A geographical introduction to history. S. 414. K. Paul —.16.—

Fontaine, Arthur: L'Industrie francaise pendant la Guerre. (Histoire economique et sociale de la Guerre Mondiale: serie Francaise.) Milford —.14.—

Ford, Henry: Representative government. S. 326. Pitman —.12.6

Gregory, J. W.: The menace of colour: a study of the difficulties due to the association of white and coloured races. With illus. and maps. S. 264. Seeley, Service —.12.6

History of the Great War: based on official documents, by direction of the Historical section of the Committee of imperial Defence. Vol. 2, Military operations: France and Belgium. Compiled by Brig. Gen. J. E. Edmonds. Maps and sketches compiled by Maj. A. F. Becke. S. 576. Maps —.5.6. Macmillan —.12.6

Huntington, Ellsworth: Civilisation and climate. Milford —.23.—

Hoyland, John, S.: A brief history of civilisation. S. 238. Milford. Prize ed; —.7.6

Jeffrey, Edward, C.: Coal and civilisation. Macmillan —.10.6

Isaac, Charles Percival: The menace of money power. S. 306. J. Cape —.6.—

Langshaw, Harold: Socialism: and the historic function of Liberalism, Pref. by the Rt. Hon. Charles Trevelyan. S. 182. C. Palmer —.6.—

Legan, Innes: War and peace, a study in citizenship. S. 24. Bowes & Bowes —.1.—

League of Nations: Fifth Assembly: Report of British Delegate. H. M. S. O. —.—.3

League of Nations: Report of Sec. of Foreign Affairs. H. M. S. O. —.—.9

League of Nations: International Labour Conference: Sixth session. H. M. S. O. —.—.6

League of Nations: 32nd session of the Council: report by British Representative. H. M. S. O. —.—.4

Merriam, Charles, E. and Barnes, Harry, E.: A history of political theories in recent times. Essays on contemporary developments in political theory, contributed by students of the late William A. Dunning. With fronties. S. 611. Macmillan —.17.—

Meteorological Office: Geophysical memoirs, Nr. 24. The distribution of thunderstorms over the Globe. H. M. S. O. —.2.—

Meteorological Office: Geophysical memoirs, Nr. 25. Surface and geostrophic wind components at Deerness, Holyhead, Gt. Yarmouth and Scilly. H. M. S. O. —.2.—

Miller, Herbert Adolphus: Races, nations and classes: the psychology of domination and freedom. (Lippincott sociological ser.) S. 216. Lippincott —.9.—

Mineral Resources Bureau (Imperial): Statistics, 1920—22: China clay —.—.9
Crome ore and chromium —.1.—
Diamonds —.1.—
Monazite —.—.6
H. M. S. O.

Mineral Resources Bureau (Imperial): Mining laws of the British Empire and foreign countries. Vol. 6, British India. Part I, General principles: major minerals. H.M.S.O. —.15.—

Mineral Resources Bureau (Imperial); Statistics, 1920—22. H. M. S. O. Cobalt —.—.6

Mineral Resources Bureau (Imperial): Statistics, 1920—22: Gold —.2.—
Barium Minerals —.1.—
H. M. S. O.

Mineral Resources Bureau (Imperial): Statistics, 1920—22: Manganese —.1.3
Quicksilver —.1.—
Fluorspar —.—.6
H. M. S. O.

Mines Dept: Coal Mines Act, 1911; regulations and orders. H. M. S. O. —.1.—

Minty, L. Le Marchant: English banking methods: the practical operation of an English bank. S. 468. Pitman —.15.—

More, Louis, T.: The Dogma of evolution. Milford —.16.—

Nathan, Manfred: The Renascence of international law. Sweet & M. — 10.—

Oliver, W. M.: The World's industrial parliament; a short popular account of the International Labour Organisation, set up by the Covenant of the League of Nations, Foreword by Viscount Burnham. With fronties. S. 63. Allen & U. —.3.—

Palgrave, R. H. S.: Dictionary of political economy. Edit. by Henry Higgs. S. 942. Macmillan —.36.—

Parsons, J. Inglis: Evolution explained. S. 282. J. Bale —.7.6

Playne, C. E.: The Neuroses of the Nations. S. 468. Allen & U. —.16.—

Price, Richard, R.: Financial support of State Universities. Milford —.15.—

Price, M. T.: Christian missions and Oriental civilisations: a study in culture contact: the reaction of Non-Christian peoples to Protestant missions from the standpoint of Individual and group behaviour. S. 604. Probsthain —.16.—

Reisner, Edward, H.: Nationalism and education since 1739. Macmillan —.12.—

Ridout, Robert E. T.: The industries of the world: an economic geography for senior classes. S. 150. E. Wilson —.3.6

Roberts, Robert: The Social laws of the Qoran: considered and compared with those of the Hebrew and other ancient codes. S. 136. Williams & N. —.10.6

Sadler, Gilbert, T.: A New World by a new cision. S. 140. C. W. Daniel —.4.6

Salt, A. E. W.: Military geography of the British Commonwealth. Foreword by Lt. Gen. Sir C. H. Harington. S. 426. Gale & P. —.10.—

Spencer, Anna: Woman's share in social culture. Lippincott —.10.6

Sorokin, Piterim, A.: The Sociology of revolution. Lippincott —.12.6

Sykes, Joseph: An Outline of English banking administration. S. 92. Pitman —.2.6

Thomas, S. Evelyn: Elements of economics. S. 658. Pitman —.10.6

Parry, R. E.: Geography: the scientific study of human settlement. Book 1, British Isles. Pitman —.3.—

Vaughan, C. E.: Studies in the history of political philosophy before and after Rousseau. Vol. I: From Hobbes to Hume, Vol. II: From Burke to Mazzini. With port. and memoir, and with a list of the writings of Prof. Vaughan. S. 384. Longmans —.42.—

War Office-Memo. on medical diseases in Tropical and Sub-Tropical areas. H. M. S. O. —.2.6

Williams, R.: The League, the Protocol and the Empire. S. 174. Allen & U. —.5.—

Wilson, Woodrow: College and State, educational, literary and political papers, 1875—1913. Edit. by Ray Stannard Baker and William E. Dodd. The public papers of Woodrow Wilson. S. 543. Harper —.30.—

ZUR BERICHTIGUNG

In einer Besprechung unseres Buches „Fern-Ost", welche vor einiger Zeit in dieser Zeitschrift erschienen ist, werden uns ein paar sachliche Irrtümer vorgeworfen. Wir möchten zu diesen Vorwürfen hier kurz Stellung nehmen.

Daß die bekannte japanische Malerschule auf S. 248 Katoschule und nicht vielmehr Kanoschule genannt worden ist, ist natürlich ein Druckfehler, wie denn überhaupt leider noch einige andere, von unserem Kritiker wohl ebenso wie von uns selbst übersehene Druckfehler stehen geblieben sind, z. B. auf S. 297, wo die

Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten fälschlich mit 150 statt 105 Millionen angegeben ist (auf S. 289 steht übrigens die richtige Zahl).

Bedeutsamer ist eine Bemerkung des Herrn Kritikers zu S. 87 unseres Buches. Er wirft uns vor, daß wir die großen Holzsäulen der spätestens im 18. Jahrhundert gebauten großen Palasthallen Pekings aus „amerikanischen Urwäldern" stammen lassen Das sei ein völliger Anachronismus. Nun steht aber bei uns gar nicht zu lesen, daß die Holzsäulen jenes Palastes aus Amerika stammen, sondern im Anschluß an ihre Schilderung wird allgemein gesagt: „Diese enormen chinesischen Holzsäulen sind meist ganze Stämme uralter besonderer Hartholzbäume aus amerikanischen Urwäldern". Wir geben zu, daß es besser gewesen wäre, die Worte „neuerdings" oder „bei neueren Bauten" einzufügen.

Tatsache ist folgendes, wobei wir natürlich die Glaubwürdigkeit unserer Gewährsleute voraussetzen:

Die große 1911 gebaute Halle des Ling-Yin-Klosters bei Hangchow wird von Holzsäulen getragen, zu denen die sogenannte Oregonfichte verwendet ist (C. Crow, The Traveller's Handbook for China, S. 123). Und von den Holzsäulen des 1889 durch Blitz zerstörten und dann wieder aufgebauten Himmelstempels in Peking gilt dasselbe: „Man benutzte die Oregonfichte, und die Säulen wurden mit großen Kosten von Portland nach Peking verfrachtet". (Ebenda S. 211; s. a. Juliet Bredon, Peking, S. 143). Der Gedanke, etwa K'ang Hsi oder Ch'ien Lung oder gar noch frühere chinesische Kaiser mit Amerika Handel treiben zu lassen, hat uns wirklich ganz fern gelegen.

Hans und Margarete Driesch.

ZUR BERICHTIGUNG VON HERRN UND FRAU PROFESSOR DRIESCH

1. Der nebenbei in meiner Besprechung erwähnte Druckfehler Kato- statt Kano-Schule ist natürlich an sich unwichtig, und wurde nur erwähnt, weil gerade die Kano-Schule so berühmt ist und deren Name auch den meisten Europäern, die im Osten gewesen sind, so geläufig ist, daß dieser Druckfehler sozusagen den Augen wehtut. Es wurden übrigens auch in anderen Besprechungen gelegentlich besonders auffällige Druckfehler erwähnt, so z. B. in der des Buches von Colin Roß das mehrfach wiederkehrende falsche Wort Takemono statt Tokonoma.

2. Was meine Bemerkung zu den Holzsäulen betrifft, die angeblich aus amerikanischen Urwäldern stammen sollen, so machen die Verfasser geltend, daß sie „im Anschluß an ihre Schilderungen des Thronsaales in der Verbotenen Stadt allgemein gesagt hätten: Diese enormen chinesischen Holzsäulen sind meist ganze Stämme uralter besonderer Hartholzbäume aus amerikanischen Urwäldern."

Auf Seite 87 steht aber folgender Abschnitt: „Die Thronhalle ist 33 m hoch, 60 m breit und 30 m tief. Es ist eine vornehme dunkle Pracht, die uns innen umgibt. In der Mitte auf einer erhöhten Plattform, der vergoldete Thronsessel, davor ein großer Weihrauchkessel von alter Cloisonné-Arbeit in Türkisblau und Gold. Um den Thronaufbau herum hohe dicke Holzsäulen mit Goldlack-Ornamenten dick bedeckt, und im weiteren Umkreis gleich mächtige Säulen, aber dunkelrot lackiert. Diese enormen chinesischen Holzsäulen sind meist ganze Stämme uralter besonderer Hartholzbäume aus amerikanischen Urwäldern. Über dem Thron steigert sich die Decke zu einem Kuppelbau" usw....

Die Erwähnung der Holzsäulen erfolgt also nicht im allgemeinen im Anschluß an die Schilderung des Thronsaals, sondern im spezi-

ellen inmitten dieser Schilderung, und jeder unbefangene Leser muß den Eindruck haben, daß mit diesen Holzsäulen eben die Säulen des Thronsaals in der Verbotenen Stadt gemeint sind.

Daß im Jahre 1911 an einer ganz anderen Stelle, nämlich in Hangtschau, Holzsäulen aus amerikanischen Oregon-Fichten aufgerichtet worden sind, ist durchaus möglich und wird nicht bestritten. K. Haushofer.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstr. 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114

